Freiheit für Ulla und Ingrid S. 8

Arbeiterkampf

Jg. 18 Nr. 291 8. 2. 88 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

KORRUPT wie NUKEM

Demo am 19.3. in Hanau

Wieder einmal signalisieren die Meinungsbarometer die mehrheitliche Ablehnung des Atomprogramms durch die Bevölkerung. Wieder einmal übt sich die herrschende Politik in der bewährten Technik, einen Skandal durch Desinformation, Kosmetik und Beruhigung zur absoluten Wirkungslosigkeit herunterzubringen. Und wieder einmal muß sich die außerparlamentarische Opposition fragen, ob sie sich damit begnügen will, den Part zu spielen, den der CDU-Staat sowieso für sie vorgesehen hat. Wallmanns, Töpfers und Weimars Lösungsvorschläge für die Krise sind schon auf dem Tisch: Bei den Hanauer Atomfirmen sollen einige finstere, aber irrelevante Verflechtungen abgeschnitten werden. Der Name Transnuklear ist erledigt. Schmerzhaft ist das nicht, denn Aushängerschilder lassen sich leicht tauschen. So wird an der WAA ungeachtet juristischer Papiererfolge der Gegner weitergebaut und bei ALKEM herrscht Frohsinn: Auf der Suche nach einigen Plutoniumfässern hat die Presse glatt „übersehen", daß der Bombenstoff dort in Tonnenstärke lagert. Am 6.2. hat die Anti-AKW-Bewegung auf der Atommüllkonferenz in Neuwied den lange erwarteten Beschluß gefaßt, am 19. März bundesweit in Hanau für die Stillegung der Atomanlagen zu demonstrieren. Am 5.3. finden in Gorleben, Essen (gegen RWE) und Frankfurt (gegen Degussa) Auftaktaktionen statt. Der AK berichtet über Atommüllpfade, Proliferation, militärische Ambitionen und fragt sich, was das BKA auf dem nuklearen Schwarzmarkt treibt.

Seite 3



Richter und Henker
Name Transnuklear ist erledigt. Schmerzhaft ist das nicht, denn Aus- aren Schwarzmarkt treibt.
Seite 3

Israel prügelt sich den Widerstand herbei

Aufstand in besetzten Gebieten dauert an

Zwei Monate nach dem Beginn des palästinensischen Aufstands in den von Israel besetzten Gebieten sind zwar mit Schüssen, CS-Gas, Prügeln, Massenverhaftungen und einer Hungerblockade der Lager „Ruhe und Ordnung" im Gasastreifen wiederhergestellt, in der Westbank und Ost-Jerusalem aber brennen erneut die Straßenbarrikaden und setzen sich die Kinder der Steine gegen die Besatzer zur Wehr. Ist die Regierung Israels tatsächlich unfähig, eine politische Lösung einzuleiten? Wie steht die jüdische Bevölkerung Israels zu der blutigen Unterdrückung des Aufstands? Was ist von der israelischen Friedensbewegung zu erwarten? Und: Hat die PLO abgewirtschaftet, haben die islamischen Fundamentalisten die Führung übernommen? Seite 13

DDR
Dokumente aus der Opposition
S. 43/44

Richter und Henker von Rheinhausen

... sitzen in der SPD-Baracke

Der Kampf der Krupp-ArbeiterInnen, derzeit Symbol für konsequenten und breit geführten Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung, tritt in diesen Tagen in seine vielleicht schwierigste Phase. Nachdem maßgebliche Zeitungen ihre bisher eher zurückhaltende Berichterstattung aufgegeben haben und seit Ende Januar diejenigen ganz offen als „Heuchler" beschimpfen, denen es nach wie vor um den Erhalt des Standortes geht, haben die SPD-Führer von Nordrhein-Westfalen sowie IGM-Chef Steinkühler jetzt deutlich gemacht, daß sie zu diesen „Heuchlern" nicht gehören wollen.

Eigentlich müßten jetzt diejenigen als Heuchler angeprangert werden, die sich wie SPD-Parteichef Vogel immer für den Erhalt des Stahlwerkes Rheinhausen ausgesprochen und die Arbeiter ermuntert haben, lauthals weiter zu demonstrieren. Diejenigen, die den Stahlarbeitern jetzt die kalte Schulter zeigen, sollten wir nicht aus ihrer Verantwortung entlassen! Seite 19

GRÜNE auf Koalitionskurs

Leicht hatten es die Nord-Grünen in den letzten Monaten wirklich nicht. Nach der Niederlage bei der Landtagswahl im September vergangenen Jahres (3,9%) fand grüne Politik außerhalb der Parteigremien in Schleswig-Holstein nicht mehr statt. In den turbulenten Wochen der Barschel-Affäre hatten sich die Grünen genauso abgemeldet wie bei den Auseinandersetzungen um die Lübecker Atommülltransporte. Lediglich die Tatsache, daß in wenigen Wochen wieder eine Wahl ansteht, veranlaßte die übriggebliebenen alternativen Funktionsträger, nochmals Partei zu werden. Für die Wahl am 8. Mai sollte in Bad Oldesloe eine Landesdelegiertenkonferenz die entscheidenden Weichen stellen.

Seite 40

Porno-Debatte: Rückschritt im Fortschritt?



Gustav Klimt
Wiener Maler um die Jahrhundertwende, dessen Aktmalereien zum Teil bis in die 60er Jahre verboten waren.

Der Protest gegen die Gewalt-Pornographie war in der „Emma"-Kampagne nur Einstieg und Ausgangspunkt. Alice Schwarzer ist alsbald beim Kampf gegen die „Pornographisierung des Alltags" angelangt. Von der Polemik gegen Stökkelschuhe, Miniröcke, Reizwäsche und Sexspiele zieht sie die Verbindung zur „gefolterten und zerstückelten Frau" und landet bei der Scheinalternative „lieber prüde Zicke" als ein „aufgezäumtes Häschen". Der Vorläufer der heutigen Pornowelle sei die „Sexwelle" der späten 60er Jahre gewesen. Alice Schwarzer übernimmt folgerichtig Andrea Dworkins Position, „die neue Pornographie komme von der Linken." Was wunder, daß die Süssmuth, Laurien etc. hier eine Möglichkeit zum Abstauben wittern. — Wir publizieren in diesem AK u.a. einen Rückblick auf die Debatte um Sexualität und Pornographie Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre und eine Untersuchung über den Zusammenhang von Pornographie und Gewalt gegen Frauen. Seite 27

Rhein-Main-Autonome

Beschissene Situation

Der Untersuchungshäftling schätze seine Lage möglicherweise realistisch ein, ließ die Karlsruher Bundesanwaltschaft über ihren Sprecher verlauten. Andreas Eichler, wegen der Erschiessung zweier Polizisten am 2.11.87 an der Startbahn West beschuldigt, schnitt sich am 28.1. gegen 23.30 Uhr mit einer Rasierklinge die Pulsadern auf. Dann rief er um Hilfe. Ein Notarzt leistete erste Hilfe, vorübergehend wurde er in ein Krankenhaus verlegt. ,,*Die Angehörigen von Herrn Eichler sowie sein Verteidiger erhielten erst im Verlauf des Mittags des nächsten Tages Kenntnis von diesem Sachverhalt und zwar über die Medien*'', heißt es in einer Presseerklärung, die im Namen seiner Verlobten abgegeben wurde.

Andreas E. ist einer scharfen Isolation unterworfen. Er darf an keinerli Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen und verbringt 23 Stunden des Tages in Einzelhaft. Eine Stunde Hofgang muß hinter einer Betonbrüstung allein abgehalten werden. Er darf keine Gemeinschaftsduschen benutzen, Besuche finden hinter Trennscheiben statt, insbesondere werden Besuchsanträge seiner Verlobten, die inzwischen ein Kind bekommen hat, abgelehnt. Ferner gibt es Postkontrolle, Zensurmaßnahmen, nächtliche Schikanen — die ganze Bandbreite des sog. ,,humanen Strafvollzugs'', wie er speziell gegen politische Gefangene praktiziert wird, kommt zur Anwendung. Ein Mensch, dessen Würde und Ansehen durch eine beispiellose Pressekampagne bereits mit Füssen getreten worden ist, soll offenbar nun auch individuell gebrochen werden.

Nach den Schüssen im letzten November hatte die Bundesanwaltschaft die Stichworte gegeben, die von den Medien begierig aufgegriffen worden waren: Gegen jedes liberale Rechtsprinzip wurde Andreas E. in riesigen Schlagzeilen als Mörder hingestellt. Statt der Unschuldsvermutung gab es Vorverurteilungen im großen Stil, weil man nach den offiziellen Darstellungen der Strafverfolger die Tatwaffe in seinem Rucksack gefunden hatte. Neben Andreas E. beschuldigt Rebmann den Mörfeldener Studenten Frank H., an der Tat beteiligt gewesen zu sein. Nach ihm wird immer noch gefahndet. Den Fahndungsdruck und die insgesamt bedrohliche Situation für alle aktiven Startbahngegner nutzte die Bundesanwaltschaft, eine ganze Reihe anderer Delikte aus dem Bereich von Kleingruppen-Aktivitäten — Strommasten, Brandanschläge, Sachbeschädigung, Sabotage — ,,aufzuklären'' und eine entsprechende ,,terroristische Vereinigung'' anzuklagen. Dies ist der erste konkret praktizierte Fall der neuen — inzwischen ein Jahr alten und schon wieder als ,,unzureichend'' dargestellten — Gesetzgebung, in der der Terrorismusbegriff bekanntlich enorm

en — inzwischen ein Jahr alten und schon wieder als ,,unzureichend'' dargestellten — Gesetzgebung, in der der Terrorismusbegriff bekanntlich enorm

ausgeweitet worden war.

In diesem Zusammenhang spricht ein Flugblatt von Startbahngegnern von elf Haftbefehlen und fünf Inhaftierten: ,,*Zwei Tote werden benutzt.*'' Die Linke Liste an der Universität Frankfurt schätzt, daß etwa 200 Ermittlungsverfahren im Gang sind. Bei Vernehmungen werden den Vorgeladenen Bildmappen vorgelegt, auf denen insgesamt um die 80 Personen erfaßt sind. Mit Hilfe eines Wechselbads von Drohungen, Kooperationsangeboten und Behauptungen über angeblich schon getätigte Aussagen versucht die Polizei, die Leute zum Sprechen zu bringen. Solche Vernehmungstaktiken haben nach Darstellung der Linken Liste (,,taz'', 2.2.88) ,,*zu einer unglaublichen Aussageflut*'' geführt. Ähnliches hört man vielfach aus der Szene. Der Staatsschutz scheint dabei zu sein, die Startbahngegner und Autonomen des Rhein-Main-Gebiets so umfassend wie möglich aufzurollen.

Erst nach langem Schweigen hatte Andreas E. den gegen ihn erhobenen Mordvorwurf öffentlich zurückgewiesen. Mitte Dezember gab sein Anwalt Hechler eine Erklärung an die Medien. Kernsätze: ,,*1. Die gegen mich erhobenen Vorwürfe treffen nicht zu. Ich habe nicht mit der bei mir gefundenen Waffe auf Polizisten geschossen und bin an der Tat auch nicht beteiligt. 2. Ich verurteile die jetzt mir vorgeworfene Tat, und ein derartiges Vorgehen hat und hätte nie meine Billigung gefunden.*'' Er bittet um Verständnis darum, daß er zum konkreten Tatvorwurf eine Einlassung gegenüber der Staatsanwaltschaft nicht habe umgehen können. ,,*Alle, die mich kennen, wissen, daß ich weder ein ,Verräter' bin, noch versuchen werde, einen Schuldvorwurf unbegründet ,abzuwälzen'. Namen von Entlastungszeugen werde ich dann nennen, wenn diese sich selbst über die notwendige Solidarität mit mir Klarheit verschafft haben und ihre Bedenken gegen mögliche eigene Strafverfolgung zurückstellen.*''

Offenbar befindet sich Andreas E. in einer sehr kritischen Situation. Während es seinen Gegnern in der Bundesanwaltschaft leicht fällt, sein langes Zögern als ,,verdächtig'' hinzustellen, ist es in Wahrheit umgekehrt so, daß nichts an seinem bekanntgewordenen bisherigen Verhalten Anlaß gibt, an der Richtigkeit seiner Behauptung zu zweifeln, daß ihm die aufgefundene Waffe untergeschoben worden ist. Möglicherweise kann er die Vorwürfe jedoch nur entkräften, wenn er andere belastet. Deshalb sein Appell nach Solidarität.

Die Frage ist, wie es zu dem schweren Fehler kommen konnte, daß er die öffentliche Erklärung nicht sofort nach seiner Festnahme abgegeben hat. Hierzu gibt es eine etwas gewundene Aussage seines Anwalts, aus der man, grob gesagt, schliessen kann: Die Bundesanwaltschaft hat Andreas E. nahegelegt, daß es gewissermaßen in seinem eigenen Interesse wäre, wenn er erstmal abwarte, bis er sich öffentlich äußert. Während die Bundesanwaltschaft, wenn diese Interpretation richtig ist, Andreas E. mit Drohungen und/oder Versprechungen zum Schweigen gebracht hat, gab sie gleichzeitig sechs Wochen lang Stichworte für seine massivste öffentliche Vorverurteilung. Es bleibt unverständlich, warum E.s Anwalt nicht dafür gesorgt hat, ein solches Manöver zu durchkreuzen. Fast hat es den Anschein, als ob realpolitische Illusionen, um es mit einem Schlagwort zu kennzeichnen, über die beste Verteidigung eine Rolle spielten.

Wenn es sich wirklich so verhält, wie wir hier nur schliessen können, wäre Andreas E. von der Karlsruher Bundesanwaltschaft gnadenlos hereingelegt worden. Die gleiche Eiseskälte spricht aus dem vieldeutigen Kommentar, er schätze wohl seine Lage ,,realistisch'' ein. Aber sie ist auch verräterisch: Wäre sich die Bundesanwaltschaft wirklich sicher, Andreas E. als Täter überführen zu können, dann müßte sie ja das größte Interesse daran haben, daß er am Leben bleibt und bald ein Prozeß stattfindet, dessen Korrektheit unzweifelhaft ist. Kann sein, daß wir auch schon unter Paranoia leiden, aber ist da nicht ein Unterton, der E. beinahe auffordert, es noch einmal zu versuchen?

Der Appell von Andreas E., mit ihm solidarisch zu sein und ihn zu entlasten, scheint bisher wirkungslos verhallt zu sein. Wohl gibt es zahlreiche Aussagen einzelner gegenüber den Vernehmern im Glauben, sich und andere zu entlasten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, und niemanden sollte das ver-

hallt zu sein. Wohl gibt es zahlreiche Aussagen einzelner gegenüber den Vernehmern im Glauben, sich und andere zu entlasten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, und niemanden sollte das ver-

wundern, denn man hat es mit Behörden zu tun, die nicht gerade darauf aus sind, der Szene und ihren Leuten Unschuld zu bescheinigen. Eine Entlastung von Andreas E. müßte darin bestehen, daß das Geschehen des 2.11.87, das immer noch weitgehend im Dunkeln liegt, seitens der Startbahngegner öffentlich aufgeklärt wird. Denn nur die Öffentlichkeit bietet Schutz vor Manipulationen. De facto ist aber eine Situation eingetreten, wo einerseits Startbahngegner aus politischer Unerfahrenheit und Angst Aussagen gegenüber dem Staatsschutz machen, andererseits jedoch in der Öffentlichkeit demonstrativ geschwiegen wird. Diese Situation ist absurd und wird schlimme Konsequenzen für die von Karlsruhe Beschuldigten haben.

Es stellt sich auch heraus, wie irreführend eine ganze Reihe revolutionärer Posen waren, die man unter Autonomen und anderen teilweise und zeitweise gern eingenommen hat. Anstatt aber diese notwendigen Diskussionen nüchtern und selbstkritisch zu führen, haben autonome Gruppen zwar eine Menge Stellungnahmen herausgegeben (siehe AK 289), doch ist es weitgehend beim parolenhaften Austausch moralischer und weltanschaulicher Allgemeinplätze geblieben. Eine konkrete politische Bestandsaufnahme und die Prüfung, wie man gegen die Repressionswelle mobilisieren kann, ist bisher ausgeblieben. Statt die eigenen politischen Voraussetzungen zu überdenken, begeben sich ,,Autonome aus der Startbahnbewegung'' mit einem Flugblatt gegen einzelne, namentlich genannte ,,Verräter'' voll in den Prozeß der Zerfleischung. So darf es nicht weitergehen.

de.

Strauß in Moskau:

Kontinuität durch Wandel?

Zur Jahreswende 1987/88 folgte Franz Strauß mit seinen Wadenbeißern Gerold Tandler, Edmund Stoiber und Theo Waigel einer Einladung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Staatskommission für Außenwirtschaftsbeziehungen, Wladimir Kamentzew, in die Sowjetunion.

Aufmerksamkeit erregte Strauß' Benehmen in Moskau sowie seine Bewertung der sowjetischen (langfristigen) Politik: ,,*Nach meinem Besuch bin ich davon überzeugt, daß Gorbatschow und die neue politische Führung der Sowjetunion keinen Krieg wollen — ich darf daran erinnern, daß ich schon seit vielen Jahren der Kremlführung bestätigt habe, außerordentlich vorsichtig und risikobewußt zu sein.*'' (Strauß im ,,Bayernkurier'' 1/88) Der grundlegende politische und strategische Kurs seit Gorbatschow habe sich verändert. Nach Weltrevolutionsplänen, nach ,,friedlicher Koexistenz'', nach ,,Entspannung'' und dem gleichzeitigen Aufbau einer ,,gigantischen Überrüstung'' in den 70er Jahren zeige die Sowjetunion jetzt eine ,,friedfertigere Haltung'': So erläuterte Th. Engel im ,,Bayernkurier'' am 16.1.88.

Daß dieses politische Schauspiel auf dem Moskauer Parkett sowohl dem eigenen Anhang mal wieder Verständnisschwierigkeiten bereiten als auch andere verblüffen werde, ist von den CSU-Dramaturgen sicher genüßlich ausgekostet worden, Die ,,Spiegel''-Journalisten diagnostizieren eine Persönlichkeitswandlung: ,,*Strauß war nicht mehr Strauß, er war selig.*'' Das Sinnbild des Kommunistenhassers kehrt sein Innerstes nach außen: ,,*Strauß kriegt sich kaum noch ein vor lauter Lob.*'' (,,Spiegel'', 1/88) Und bei der ,,Zeit'' spürt man Entlastung: ,,*Zwar gibt es nach seiner Entdeckungsreise auch gemischte Gefühle. Aber der Stoßseufzer der Erleichterung ist unüberhörbar.*'' Warum braucht nur ein Strauß — dieses Intelligenzbündel — solange um zu kapieren, daß Gorbatschow gar nicht mit der alten Bestie Breschnew zu vergleichen sei?! Erleichterung dann später, als feststand, daß der reiselustige Alte zumindest in diesem Fall keine negativen Folgen für ,,Deutschland'' heraufbeschwören werde.

Nun ist der einfältige Anhang allemal mit der Begründung ruhigzuhalten, nicht die CSU habe ihre Position zur Sowjetunion geändert, sondern die objektive Lage dort sei neu, so daß eine Neubewertung nötig sei. Er, Strauß, habe das schon jahrelang vorausgesehen. (1) Daß die Vermittlung dieser Politik keine Schwierigkeiten bereiten würde, war spätestens nach dem Milliarden-Coup klar. Doch wie wird der rechte Rand reagieren?

Das Hausblatt des Neonazis Frey, der ,,Deutsche Anzeiger'', gibt sich noch am 8.1.88 betont neutral: ,,*Ob Strauß ein Junktim, ein Bedingungsge-*

Das Hausblatt des Neonazis Frey, der ,,Deutsche Anzeiger'', gibt sich noch am 8.1.88 betont neutral: ,,*Ob Strauß ein Junktim, ein Bedingungsge-*

füge, zwischen Deutscher Frage, Abrüstung und Wirtschaftskooperation hergestellt hat, wurde nicht bekannt.'' In der nächsten Nummer ist ihnen dann klargeworden, daß das meiste politische Kapital zu gewinnen ist, wenn man Strauß nationalen Verrat vorwirft (immerhin stellt sich Freys ,,Liste D'' zur Wahl!): ,,*Von Strauß war nicht zu erwarten, daß er der legitimen deutschen Standortbestimmung nun die nachdrückliche Forderung folgen ließ ... Lösung der deutschen Frage ... Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland ...*''

Die neonazistische Zeitschrift ,,Nation Europa'' unterhält ihre Leser mit folgendem Hinweis: ,,.... *Dazu gehört das Rätselraten um eine angebliche Einladung von Franz Josef Strauß in den Kreml ...*'' (,,NE'', 1/88) Wir können von dieser Stelle aus den bohrenden Zweifeln ein Ende bereiten: Ja, Strauß ist wirklich eingeladen worden. Er ist auch wirklich — sogar selbst! — hingeflogen mit einer neunsitzigen Cessna Citation. (Ob allerdings seine Begleiter während des Fluges Angst hatten — schließlich ist der Pilot schon ziemlich alt — können wir nicht mitteilen.)

Die ,,vertriebenen'' ,,Ostpreußen'' setzen anfangs auf seine Bauernschläue. ,,*Ist Strauß den Sowjets auf den Leim gegangen?*'' So lautete offensichtlich eine vielgestellte Frage in ihren Reihen. ,,*Wer das politische Wirken von Franz Josef Strauß zurückverfolgt, wird nicht auf die Idee kommen, ihn als einen Utopisten zu werten; vielmehr war er stets ein nüchterner Realist und man darf davon ausgehen, daß er sich so auch in Moskau gesehen hat. So dürften auch kritische Bemerkungen, Strauß sei auf einem ,Trip zum Wandel durch Annäherung', die Basis seines politischen Handelns verkennen.*'' (,,Ostpreußenblatt'' 2, 9.1.1988)

Erst zwei Nummern später überblicken sie, welche verheerenden politischen Auswirkungen diese Einschätzung auch für ihre eigene Glaubwürdigkeit haben könnte: Deshalb schoben sie am 23. Januar (selbstkritisch?) nach: ,,*Nachdem der CSU-Chef über Nacht vom großen Warner vor falschem Spiel des Kremls zum Gönner des Kreml-Chef geworden ist, gibt es zumindest im Westen Deutschlands keinen organisierten Widerstand mehr gegen die Politik Kohl/Genscher/Gorbatschow.*'' (ebd., Nr. 4)

Einzig ,,Die Deutschen Konservativen e.V.'' (eine Folgeorganisation der ,,Konservativen Aktion''/Löwenthal u. Co.) brüllte ihren Strauß-Haß ungehemmt heraus: ,,... *mit einer beispiellosen Propaganda-Kampagne, auf die auch konservative Politiker hereinfallen, versucht sich der Moskauer Kommunismus ein menschliches Gesicht zu geben.*'' ,,*Das Lächeln von Herrn Gorbatschow versetzt die Dummen und Naiven in Entzücken.*'' ,,*Entschuldigen Sie bitte — aber diese Blindheit, Buckelei und Naivität widert uns an bis zum Erbrechen.*'' Naja, dabei haben sich schon viele selbst bekleckert ...

Es ließe sich ausführlich darüber spekulieren, ob Strauß eine innere (Teil-?)Wandlung durchgemacht habe, ob er sein ,,Feindbild'' endgültig aufgibt, ob wir zukünftig mit dem ,,Feindbild'' Strauß keine Politik mehr machen können, ob die Rechten ohne die Gallionsfigur schwächer werden. Eines ist deutlich: Die medienwirksame Darstellung seiner Läuterung war unvermeindliches Abfallprodukt einer Reise, die aus ökonomischen Gesichtspunkten nicht länger zu verschieben war. Stichpunktartig sei auf folgendes hingewiesen: Strauß ist Aufsichtsratsvorsitzender des europäischen Airbus-Konsortiums und vertritt bei Besuchen die Interessen dieses Konzerns. Die finanziellen Kalkulationen der Airbus-Flugzeuge sollen auf Dollarkursen von DM 2,- basieren. Airbus befürchtet massive Benachteiligungen, wenn z.B. der Konkurrent Boing aus dem USA weltweit aufgrund der börslichen Kursentwicklung des Dollars bessere Geschäfte machen kann. Eine Umorganisierung des Konzerns steht an. Erschwerend wirkt offensichtlich auf, daß in den Airbus Teile eingebaut sind, die laut Cocom-Liste nicht in den ,,Ostblock'' exportiert werden dürfen. (2) Just in diesem Monat wurde auf der Cocom-Jahrestagung sowohl über eine bessere Kontrolle der Technologie-Exporte, als auch über eine Kürzung der Cocom-Liste nachgedaht. Zeitgleich kritisierte der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse während seines kürzlichen Bonn-Besuches und bei einer Begegnung mit ,,Wirtschaftsführern'' beim Ostausschuß der deutschen Wirtschaft die

während seines kürzlichen Bonn-Besuches und bei einer Begegnung mit ,,Wirtschaftsführern'' beim Ostausschuß der deutschen Wirtschaft die

Cocom-Liste.

Die Gespräche in Moskau, die Auswahl der Gesprächspartner, das Besuchsprogramm, jede Gelegenheit wurde genutzt, um der SU (speziell auch bayerische) Hilfe bei der technologischen Entwicklung ihres Landes anzubieten und sich Klarheit zu verschaffen über eine bessere ökonomische Zusammenarbeit und Ausräumung bestimmten Handelshemmnisse. (3) Optisch unterstrichen wird das durch Strauß' Besuch des Weltraumkontroll- und Leitzentrums in der Nähe Moskaus. Sicherlich vertritt Strauß nicht nur die Interessen des Airbus-Konsortiums.

Dann: Der Szenenwechsel zwei bis drei Wochen nach der Moskaureise, die Inszenierung des ,,alten Strauß'' in Südafrika: Daß die farbigen AfrikanerInnen nicht am politischen Leben beteiligt werden, sich keine eigenständige Existenz aufbauen dürfen, daß Arbeitsplätze immer zuerst an Weiße vergeben werden, daß sie in ,,Homelands'' deportiert werden, daß sie keine unabhängigen Gewerkschaften gründen dürfen, daß sie ohne Prozeß, willkürlich, eingesperrt werden können, zwangsumgesiedelt, erschossen und gefoltert werden, all das kritisiert Strauß nicht. Natürlich. Im Gegenteil. —

Woher kommt das Uran, das Gold, die Diamanten?

Ein Antifa-Gen. aus Hamburg

Anmerkungen:

1) „Meine seit vielen Jahren vertretene Überzeugung, daß sich geschichtliche Entwicklungen und Entscheidungen nicht mehr auf den Barrikaden der Revolution und auf den Schlachtfeldern des Krieges vollziehen, sondern in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und im wirtschaftlichen Wettbewerb, fand in Moskau nicht nur keinen Widerspruch, sondern Zustimmung." („Bayernkurier" 1/88)

2) Cocom: Koordinationskomitee für die Ost-West-Handelspolitik

3) „Für die Deutschen zeichnet sich, freilich noch an einem entfernten Horizont, die Möglichkeit eines an Bodenschätzen aller Art reichen Landes und eines bald 300 Millionen Menschen umfassenden Marktes ab. Die Sowjetunion wiederum ist, wenn sie ihre Reformpolitik möglichst rasch und wirksam in Gang bringen will, auf die wirtschaftlichen und technischen Spitzenleistungen des Westen angewiesen. Wir haben über konkrete Fälle der Zusammenarbeit, über den Austausch von Wissenschaftlern und Wirtschaftsdelegationen, über die Möglichkeiten einzelner Firmen in der Sowjetunion gesprochen. In Moskau weiß man, auch das gehört zur Perestrojka, daß westliche Unternehmen international wettbewerbsfähige rechtliche Bedingungen vorfinden müssen, wenn sie mit dem notwendigen Elan und Engagement in die Kooperation mit der Sowjetunion einsteigen sollen. Es wurde uns versichert, daß alle dafür notwendigen Schritte getan werden." (Strauß im „Bayernkurier" 1/88)

SPENDEN-ERGEBNIS

Seit dem ersten Spenden-Aufruf in AK 288, vom 16.11.87, sind folgende Spenden eingegangen:

SUMME bis AK 290	**30.862,-**
Seit AK 290	
Abo statt Spende	-60,-
U.H., Hamburg	500,-
KB Braunschweig	350,-
g., Hamburg	500,-
Hr., Hamburg	250,-
Frauenzelle Eimsbüttel	100,-
He., Hamburg	500,-
R.D., Eimsbüttel	100,-
S., Antirep	100,-
In., Antirep	500,-
Co. + Re., Hamburg	90,-
Uw., Hamburg	110,-
R.M., Oldenburg	200,-
NRW-Fete	172,73
AK-Leser HH-Neustadt	200,-
AK-Sammlung Altona	200,-
KB Bremen	600,-
KB Dortmund	1.605,-
H.B. Bielefeld	400,-
A.F., München	50,-
Ga., Hamburg	150,-
P.P., Hamburg	250,-
R.W., Marburg	25,-
H-H.H., Westberlin	50,-
KB Köln	1.600,-
Cl.C., Westberlin	250,-
KB Stuttgart	80,-
M., Kiel	250,-
KB Bonn	1.660,-
"Sivve Schröm", Bonn	26,50
BO Altona	1.000,-
U.Sch., Hamburg	300,-
P.J., Flensburg	250,-
hn., Flensburg	50,-
Summe seit AK 290	**9.372,27**
SUMME total	**40.234,27**

Summe seit AK 290 **9.372,27**

SUMME total **40.234,27**

Wir haben unser Spendenziel von DM 40.000,- damit schon einmal erreicht. Wir freuen uns natürlich, wenn wir unsere Erwartungen noch ein Stück weit übertreffen können. Wir danken hier allen Spendern, die dazu beigetragen haben, die Existenz der Zeitung für ein weiteres Jahr zu sichern.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Plutonium, BKA und ein falsch deklariertes System

Den Wust von Informationen, Halbinformationen, Lügen, von kleinen Irrtümern und großen Fälschungen im Atomskandal zu sortieren, zu analysieren und zu bewerten, scheint eine wahre Mühsal zu sein. Ganz leicht ist es jedoch, die spektakulärste der bisher bekanntgewordenen Tatsachen zu bestimmen: Seit drei bis vier Jahren ist das Bundeskriminalamt über V-Leute auf dem nuklearen Schwarzmarkt aktiv. Sie haben versucht, Kernsprengstoffe, also waffenfähige Materialien und darunter insbesondere Plutonium aufzukaufen. Eilig wird der Liberale beipflichten: Das zeige, wie ernst die Gefahr genommen werden müsse, daß Terroristen in den Besitz einer Atomwaffe kommen könnten. Ja... — das zeigt es auch. Aber noch gefährlicher ist vielleicht die Möglichkeit, daß das BKA selber über Plutonium verfügt.

30 bis 40 Mal sollen, wie das ARD-Magazin Panorama am 2.2.88 berichtete, die getarnten Beamten aus Wiesbaden heimlichen Plutonium-Angeboten diskret und ohne Kosten zu scheuen nachgegangen sein, aber stets habe es sich um Betrugsversuche, um Scheinofferten gehandelt. So behauptet es das BKA. Einmal allerdings war man schon so weit, eine Probe zu erhalten, die das BKA an einen Angestellten des Kernforschungszentrums Jülich zur Untersuchung gab. Der Leiter der Abteilung Sicherheit und Strahlenschutz, Harald Büker, führte eine Analyse durch, um die Echtheit des angebotenen Materials zu prüfen. So stellt es Büker dar. Panorama: Das geplante Geschäft sei dann doch nicht zustandegekommen. Logische Schlußfolgerung, um die sich das Fernsehmagazin mutlos herumschleicht: Die Probe muß echt gewesen sein. Nach einem negativen Analyse-Ergebnis wäre der deal ja nicht ernsthaft weiter verfolgt, sondern als eine der vielen (angeblichen) Scheinofferten abgehakt worden. Und sicher hätte auch Büker keinen Anlaß gesehen, über diesen Vorfall auf einer vertraulichen Tagung einen streng vertraulichen Vortrag zu halten. Womit wir gleich zum nächsten Punkt kommen.

Die Tagung wurde von der Hessischen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) durchgeführt, der Vortrag Bükers am 8.4.87 gehalten. Richtig: Anfang April des letzten Jahres — da war doch noch was. Drei Tage zuvor war gerade die Hessen-Wahl, bei der Wallmann siegte, gelaufen. Und am Vortag hatte die Skandalfirma Transnuklear die Selbstanzeige ihrer Korruptionsaffaire bei der Staatsanwaltschaft Hanau einge-

stanzeige ihrer Korruptionsaffaire bei der Staatsanwaltschaft Hanau einge-

reicht, die sie mit Bedacht auf einen Zeitpunkt nach der Wahl hinausgezögert hatte. Wer hätte in jenen Tagen geglaubt, daß sich solches im Stillen abspielen könnte? Es war ja Wallmann gewesen, der jede Behauptung eines militärischen Hintergrunds bei den Hanauer Firmen als Beleidigung der BRD zurückgewiesen hatte. Es war Wallmann, der von anständigen Unternehmen sprach, deren Ruf mit verleumderischer Absicht in den Dreck gezogen werde.

SPD und Grüne hatten damals vage und in allgemeinster Form Proliferation — also die Weitergabe von atomwaffenfähigem Material und entsprechender Technologie — in ferner Zukunft für möglich gehalten, sozusagen nicht absolut ausschliessen wollen, falls man die Aktivitäten der ALKEM, NUKEM, RBU, Transnuklear etc. nicht einschränke. Über Behauptungen, es gäbe bereits einen Schwarzmarkt für Plutonium und das BKA sei sein bester Kunde, hätten sie damals nur gelacht. „Altlinke Weltverschwörungstheorien" — das sind Fischers Töne, die man noch im Ohr hat. Ganz in diesem Sinn pflegten auch die Stellungnahmen des Ökoinstituts Darmstadt, des Atomkritikers Traube, der „taz" etc. auszufallen. Aber das Thema ist zu ernst, um sich lange bei politischen Ignoranten und Versagern aufzuhalten.

Die HSFK ist eine Stiftung, die bei aller Unabhängigkeit der SPD recht nahe steht. Sie bescheinigte der ehedem sozialdemokratischen und zeitweise „rot-grünen" Landesregierung gutachterlich, für den Ausbau des Frankfurter Flughafens (Startbahn West) gäbe es keine Interessen der dort ansässigen US-Air Base. Später bescheinigte sie auch die militärische Unbedenklichkeit des Hanauer Atomdorfs — eine Auftragsarbeit, die sie inzwischen bereuen düfte. Sie hielt das verabredete Stillschweigen über den alarmierenden Bericht des Jülicher Technikers mit strengster Disziplin, die solchen „Linken" sonst ein Greuel ist, ein, jedenfalls gegenüber der Öffentlichkeit. Daß maßgebliche Politiker besser informiert sein könnten, muß man wohl annehmen, wenn ein Volker Hauff beispielsweise die Einrichtung eines Krisenstabs für die Bewältigung des Atomskandals anregt, was vor diesem Hintergrund allmählich verständlich wird. Im übrigen muß es sogar erstaunen, daß ein Joschka Fischer keine Kunde von den schwarzen Angeboten und Nachfragen erhielt — schließlich ist die grüne Realpolitik in derlei fortschrittlichen Stiftungen durchaus vertreten.

Der von Büker referierte Vorfall soll sich bereits 1984/85 abgespielt haben. Im Angebot seien drei bis vier Kilogramm Plutonium gewesen, angeblich „Abfallprodukte aus amerikanischen Kernwaffenfabriken". Verhandelt worden sei mit Waffenhändlern in Brüssel. Der ganze Vorgang wird vom BKA geleugnet. Genauer will sich Büker erst vor dem inzwischen eingerichteten Bonner Untersuchungsausschuß äußern. Es ist unklar, ob das BKA Regierungs- oder andere (wenigstens potentielle) politische Kontrollorgane überhaupt unterrichtet hat. Klar ist allerdings, daß von dieser Seite keinerlei Anstoß zur Aufdeckung des gegenwärtigen Atomskandals ausging. Somit mag das BKA einerseits ein Aufklärungsinteresse verfolgt haben, das nur mit dem konkreten Verdacht begründet werden kann, daß Nuklearmaterialien aus westdeutschen Beständen abgezweigt werden. Andererseits weist das Schweigen der Behörde sie ebenso als echte Kaufinteressentin aus.

Verschwörungs-Mutmaßungen sind jetzt erlaubt, sogar unentbehrlich: Wer würde sich dafür verbürgen wollen, daß es nicht mehr als nur ein „echtes" Plutoniumangebot an die ehrenwerten Kunden aus Wiesbaden gegeben hat? Wer kann ausschliessen, daß ein Handel einmal oder mehrmals auch zustandegekommen ist? Wer wagt zu denken, was das BKA mit eigenem Plutonium täte oder gar tut? Diejenigen, die unter dem Siegel strikter Geheimhaltung auf dunklen Märkten agieren, sind für menschliche Verfehlungen, nützliche Aufwendungen, teure Bewirtungen usw. jedenfalls nicht weniger empfänglich als die nukleare Zunft zwischen Hanau und Mol.

Ein Analysen-Techniker, der über seine polizeilichen Aufträge später Friedensforschern berichtet, ist, auch wenn jene noch so handverlesen sind, für dieses Terrain ungeeignet. In dem inzwischen vergangenen Zeitraum von ungefähr drei Jahren hätte oder hat das BKA natürlich die Möglichkeit gehabt, eine andere, noch vertraulichere Stelle für die Untersuchung von Plutoniumproben u.ä. zu finden. Und schließlich: Wo das BKA ist, da sind BND, CIA, der südafrikanische BOSS und manche andere schon lang. Ein deutlicheres Signal dafür, wie weit der Atomstaat fortgeschritten ist, kann man sich nicht vorstellen, und das Schlimmste dabei ist, daß es in aller Stille geschieht.

Immer wieder mal sind Versuche atomarer Erpressung bekanntgeworden. Stets hieß es, sie seien nie wirklich ernstzunehmen gewesen. Spätestens mit dem Auftauchen der Geheimdienste auf diesem Sektor ist es mit solchen Beruhigungen vorbei. Das ist wirklich gelungen: Man setzt den Begriff und die Bedrohung durch den „Atomterrorismus" in die Welt, um sich eben so zu betätigen, wie es von dem beschworenen Phantom befürchtet wird. Sollte sich aber wirklich einmal eine Gruppe von Verrückten um Plutonium bemühen, so wird es ihr schlimmer ergehen als dem Hasen, der den Igel immer schon vorfindet: An allen Ecken und Enden, Quellen, Mündungen und Verknüpfungen des Nuklearmarkts, in Genf und Brüssel, Nizza und Miami sitzen die Dienste. Kriminalistische Plattitüden im James Bond-Stil der 60iger werden realitätstüchtig, und eine so altmodische Sache wie ein militärischer Putschversuch bekommt ein zeitgemäßes Gewand.



Egal, ob Realos und Liberalos Zeter und Mordio schreien, weil sich die Fakten nicht mit dem Trugbild vom Rechtsstaat decken, dessen Diener in Wahrheit ihr Gewaltmonopol auch als Ermächtigung zum Anlegen unkontrollierbarer Nuklearvorräte verstehen: Man muß sich angewöhnen, beim Stichwort „Atomterrorismus" immer gleich BKA zu assoziieren. Dadurch wird die Sache nicht weniger geheimnisvoll — im Gegenteil —, aber sie verliert das Mysteriöse, das Unfaßbare, das ihr bisher immer anhaftete. Dies erfordert auch eine Präzision des Begriffes „subnationale Proliferation" (Weitergabe von Atomwaffentechnik an Empfänger, die keine Staatsregierungen sind). Die imperialistische Propaganda hat es verstanden, eine Interpretation zu lancieren, die die hier gemeinten subnationalen Empfänger mit nicht-staatlichen oder staatsfeindlichen Gruppen gleichsetzt, mit anderen Worten: Befreiungsbewegungen, organisiertes Verbrechen etc. Sehr viel wahrscheinlicher — „realpolitischer" — ist es, von einer ganz anderen und viel potenteren Kundschaft auszugehen: Geheimdienste, Polizeien, Militärs, industrielle Kreise oder auch hierzulande so etwas wie eine bayrische Landesregierung.

Horizontale Proliferation

Die allmähliche Ausrüstung von Nicht-Kernwaffenstaaten mit militärischen nuklearen Fähigkeiten läßt sich seit langem an der Entwicklung der sog. Schwellenländer beobachten. Immer mehr Länder kommen in diesen Status, sodaß nach Indien, Südafrika, Israel, Brasilien, Argentinien, Pakistan und natürlich der BRD mittlerweile auch Libyen, Indonesien, Taiwan, Jugoslawien, die Schweiz u.a. genannt werden. Letztere hat übrigens, wie kürzlich ein Historiker in Staatsarchiven herausfand, seit langem „Vorsorge" getroffen, und irgendwie hat man beinahe Verständnis dafür: Für den jederzeit möglichen Fall eines Super-GAUs im französischen Schnellbrüter Malville, der ja so lokalisiert ist, daß das benachbarte Alpenland dann unweigerlich vernichtet würde, will die Schweiz wahrscheinlich in der Lage sein, einen Gegenschlag (flexible response) zu führen. Hier bewirkt das eidgenössische Abschreckungssystem also einfach ein paar Sicherheitsaufwendungen beim Superphenix, die die Franzosen sonst auch noch unterlassen hätten, vielleicht ein Modell für eine angemessene österreichische Politik gegen die WAA in der Oberpfalz...?

Jeder kann die Fortschritte beobachten, die die Schwellenländer auf dem Weg zur Bombe machen, und jeder weiß, daß sie ihre Aktivitäten notdürftig mit einem „zivilen Atomprogramm" tarnen, da sie die erforderlichen Komponenten — Reaktoren, Anreicherung und Wiederaufarbeitung — wegen des Atomwaffensperrvertrags nur zur „friedlichen Nutzung der Kernenergie" importieren dürfen. Auch die Exporteure in Westeuropa — BRD, Frankreich, Belgien, Schweiz — sind daran gebunden, und so vollzieht sich bei jedem Geschäft das Beschwörungsritual mit den Stichworten Frieden, Forschung, Energieprogramm, Kontrolle. Jeder weiß, daß es „unsittliche" Ergänzungen solcher Geschäfte gibt, aber im konkreten Einzelfall läßt sich scheinbar nie erhärten, wer beispielsweise die Urananreicherung nach Südafrika oder Pakistan weitergereicht hat. Denn für das Publikum und seine „Akzeptanz" der Atomenergie muß die Trennung von ziviler und militärischer Nutzung propagandistisch intakt bleiben.

So auch im aktuellen Fall von Pakistan. Niemand bezweifelt die im übrigen nicht neuen Behauptungen, daß Islamabad zum Bombenbau in der Lage wäre — mithilfe hochangereicherten Urans. Aber niemand will es gewesen sein, der dem Land angereicherte oder gar bombenfähige Materialien überlassen hätte. Der „furchtbare Verdacht", westdeutsche Firmen könnten Kernsprengstoff an Pakistan verkauft und gegen den Sperrvertrag verstoßen haben, hat sich Gott-sei-Dank nicht bestätigt und darf nun folglich auch nicht mehr geäußert werden. Sonst würde man ja böswillig das Ansehen der BRD herabsetzen, die doch in dieser Hinsicht so grundanständig ist. Nur gegen die Kirchenmäuse aus Belgien, die in ihrer Geldgier vor nichts zurückschrecken, bleibt ein gewisses Mißtrauen bestehen.

Trotz dieser Wendung des Skandals, die ja absehbar war, haben sich einige Informationen ergeben, die bezeichnenderweise nicht oder schlecht dementiert wurden und „belastbar" erscheinen. Diese Informationen weisen darauf hin, daß es neben der Weitergabe atomarer Anlagen und atomaren know hows (Ausbildung von Pakistanern in Mol, von Südafrikanern in Karlsruhe) an die Schwellenländer auch eine Proliferation direkt mit Bombenstoffen gibt. Also wieder Schwarzmarkt und wieder die Einschränkung: Anbieter und Käufer sind dort in eben jenem Maße abenteuerlich und gleichzeitig „seriös", wie es etwa bei Irangate der Fall war.

Aus verschiedenen Quellen wird über Geschäfte berichtet, die in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum angebahnt oder getätigt worden sind. Unter Berufung auf britische TV-Anstalten schreibt Alexander Roßnagel, 1980 hätten belgische Waffenhändler dort südafrikanischen Agenten 12 Kilogramm Plutonium angeboten. Die Südafrikaner seien bereit gewesen, 5 Millionen Dollar pro Kilo zu zahlen. Die Belgier hätten noch mehr haben wollen, daran sei der Handel gescheitert („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", 24.1.88) Ähnliches soll sich dort Ende Oktober letzten Jahres zugetragen haben. Ein belgischer Waffenhändler sagte aus, Vertreter von Pakistan, Südafrika, Brasilien, Iran und Irak hätten sich an schwarzen Urankäufen interessiert gezeigt („taz", 18.1.88) Auch die „Weltwoche" (21.1.88) behauptet, allerdings ohne weitere Konkretisierung, von Libyen, Iran und Irak seien zumindest ernsthafte Bemühungen bekannt, an Plutonium heranzukommen. Der Darmstädter Experte Roßnagel hält es für erwiesen, daß sich Israel in US-Atomanlagen ‚bedient' habe (Die unfriedliche Nutzung der Atomenergie, VSA).

Schweizer Zeitungen berichten mit relativer Offenheit und konkreten Belegen über eine Reihe dubioser Briefkastenfirmen in Liechtenstein und Zug. Die „Zuger Connection" bestehe aus zwei Firmengruppen, zum einen drei Gesellschaften des Ex-Nazis Alfred Hempel — Internuklear, Orda AG und Pomera AG — und zum anderen die R.T.Z. Mineral Services. Hempel verfügt über ein weitverzweigtes Netz von (Schein-)Firmen zwischen Düsseldorf und Zürich im Nuklearhandel; interessanterweise werden ihm auch Kontakte zum BND nachgesagt. Weniger spektakulär als das „Wüste Gobi"-Projekt für BRD-Atommüll in China, das er angeblich verfolgt, dafür folgenreicher waren seine Schwerwasserlieferungen für Indien und, wie es jetzt heißt, auch für Pakistan und zwar über die genannte Internuklear (Zug, Düsseldorf). Schweres Wasser braucht

nannte Internuklear (Zug, Düsseldorf). Schweres Wasser braucht

man für speziell zur Plutoniumerzeugung geeignete Natururan-Reaktoren; entsprechend scharf sollte der Stoff kontrolliert und limitiert sein.

Ausgesprochen interessant ist nun, daß ausgerechnet die Hanauer NUKEM (35%) und die einschlägige Tochter Transnuklear (10%) Hempels Partner bei Internuklear sind, sodaß man sich fragt, was dort alles unter dem Sofa liegt. Manfred Stephany, bis zum 8.1.88 NUKEM-Geschäftsführer und in dieser Eigenschaft auch für Transnuklear zuständig, hält bei Internuklear einen Verwaltungsratssitz („Tagesanzeiger", 23.1.88). Und schon hat sich der „ungeheuerliche Verdacht", den Wallmann und Töpfer so heftig bemüht in die Welt setzten, um ihn desto besser dementieren zu können, in einem konkreten Fall bestätigt: Das Schwerwasser an Pakistan wurde „unter Umgehung des Atomwaffensperrvertrags" geliefert, wie „Spiegel" (3/88) und „Weltwoche" (21.1.88) unwidersprochen schreiben. Gleich drei westdeutsche Unternehmen und darunter ausgerechnet das Hanauer Flaggschiff waren über einen gemeinsamen Briefkasten in der Schweiz beteiligt. Aber auch der andere Part der Zuger Connection, die R.T.Z., führt über einen weiteren Briefkasten zur NUKEM, wie noch zu zeigen sein wird.

Zurück zum Plutoniumhandel: Über „eine deutsche Nuklearanlage" wollte im Februar/März 1981 ein belgischer Händler namens Armand Donnay Zugang zu angereichertem Uran gehabt haben, das er zusammen mit dem CIA-Agenten Edwin Wilson Libyen offerieren wollte. Den Libyern sei jedoch der Anreicherungsgrad von 20% zu niedrig gewesen; sie hätten 80% verlangt (Roßnagel, s.o.) Die „Basler Zeitung"

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

(16.1.88) referiert erhellende Details über einen Fall, der in der ersten Hälfte der siebziger Jahre große Aufregung hervorgerufen habe. ,,Damals bekamen einige Schweizer Hersteller von Nukleareinrichtungen und Kernkraftwerken aus Waffenhändlerkreisen das Angebot von etwa 20 Kilo Plutonium. Sie könnten dieses Material eventuell potentiellen Kunden von Atomkraftwerken als ,Nebengabe' oder ,Prämie' anbieten, hieß es... Was dabei herausgekommen ist, ist bis heute ,Geheimsache'.''

Viele verschlungene Pfade zum Kap

Hiermit dürfte der relevante, nicht exotische Kern solcher Geschäfte angesprochen sein. Aus den entwickelten Atomstaaten werden waffenfähige Stoffe kaum an nukleare ,,Amateure'' verdealt werden, sondern vielmehr an die gleichen Kunden, denen man bereits Anlagen verkauft hat. Umgekehrt sind diejenigen Länder, die sich wie Pakistan scheinbar zivile Atomtechnik zu einschlägig militärischen Zwecken besorgt haben, auch die relevantesten Käufer auf dem Schwarzmarkt. Man muß sich also neben den offiziellen, scheinbar zivilen Geschäften eine Art parallelen Markt vorstellen, auf dem letztlich die gleichen Partner miteinander in Verbindung treten, um über ,,Nebengaben'' und ,,Prämien'' zu verhandeln — nur daß die Briefkästen und Briefköpfe leicht verändert sind. Wenn diese Kombination richtig ist, sollte man annehmen, daß sich in der nuklearen Grauzone neben der Fliege Pakistan auch Spuren des Elefanten Südafrika finden sollten, besonders wo das Rassistenregime hierzulande schwergewichtige Männerfreunde hat. Und siehe da...

Sozusagen als ,,Nebenprodukt'' der Nachrichtenlawine über Atomgeschäfte erfährt man erstens den Umfang und zweitens die freche Ungeniertheit, mit der die nuklearen Beziehungen nach Südafrika gehandhabt werden. Da die manipulierte Öffentlichkeit jedoch auf die Reizworte Libyen und Pakistan eingestimmt ist, erregt man sich hier-
manipulierte Öffentlichkeit jedoch auf die Reizworte Libyen und Pakistan eingestimmt ist, erregt man sich hier-
über kaum. Nicht nur daß das illegal in Namibia geraubte Uran wie selbstverständlich über Verarbeitungsprozesse in England, der Sowjetunion und den USA in die BRD-Reaktoren kommt, nicht nur daß Uranladungen von Station zu Station schlicht umdeklariert werden, um den Verstoß gegen UN-Beschlüsse zu vertuschen, nicht nur daß das alles gängige Praxis ist und im konspirativen Einvernehmen mit Euratom geschieht (FR, 26.1. und Spiegel, 3/88), nein — da tauchen im Hamburger Hafen sogar sechs Container mit je 95 Tonnen Uran direkt aus Südafrika auf, geordert von der Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) Hanau, Empfänger ein Subunternehmen von Transnuklear etc.etc., um ausgerechnet in ein niedersächsisches TN-Lager auf Bundeswehrgelände weitergeleitet zu werden (,,taz''-HH, 22.1.88). Und das ist nur eine Ladung, über die die GAL zufällig Kunde erhielt.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der schon genannten R.T.Z. Mineral Services im schweizerischen Zug recht klar. Es handelt sich um eine Tochterfirma des englischen Rohstoffriesens Rio Tinto Zinc, der an Uranminen Beteiligungen hält, 46% beispielsweise an der Rössingmine in Südafrika. Da die Schweiz kein Mitglied in der UNO und an ihre Dekrete folglich nicht gebunden ist, kauft R.T.Z. Zug Uran von Südafrika, um es als kanadisches oder australisches Material weiter zu veräussern, an Japan beispielsweise oder auch an den Iran... So weist die Firma stattliche Gewinnbilanzen aus, ohne daß in der Schweiz irgendwelche Aktivitäten von ihr zu beobachten wären. Und ohne daß sich Schweizer Behörden zum Einschreiten animiert fühlen würden: Denn reale Atomtransporte durch ihr Territorium finden ja gar nicht statt. Aber wie das vom englischen ,,Observer'' (17.5.87) aufgedeckte geheime Geschäft mit dem Iran zeigt, handelt es sich keineswegs um den üblichen Exportweg des namibischen Urans aus Südafrika, sondern eher um einen, der für ,,Umgehungen des Atomwaffensperrvertrags'' geeignet ist.

Rio Tinto Zinc ist zu 10 Prozent an NUKEM beteiligt. R.T.Z. Zug wiederum hält der Schweizer ,,Sonntagszeitung'' (24.1.88) zufolge 30% der NULUX, einer luxemburger Tochter von NUKEM (60% Beteiligung laut NUKEM-Geschäftsbericht von 1985). Die ,,Weltwoche'' (21.1.88) gibt den R.T.Z.-Anteil an NULUX mit 20% an und nennt als Dritten im luxemburger Bunde die Dresdner Bank, deren Auftauchen in diesen finsteren Machenschaften die Zwanghaftigkeit eines Naturgesetzes hat. Daß M. Stephany die NUKEM bei NULUX vertrat, sei nur nebenbei erwähnt. Der luxemburger Briefkasten ist verräterisch, weil er für die Rassisten von Südafrika... — nein: weil er für die Rassisten strategische Bedeutung hatte (bei uns sitzen ja auch welche). Genauso wie das Regime am Kap strategische Bedeutung für die Bundesrepublik haben muß, sonst würde die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau kaum Kredite für das Atomprogramm Pretorias geben (FR, 23.1.88).

NULUX geriet in die Schlagzeilen, als der Europa-Abgeordnete der luxemburger Grünen, Jup Weber, Ende Januar ein Dokument veröffentlichte, das ein großes Urangeschäft mit Südafrika beinhaltete (,,taz'', 23.1. und 26.1.). NULUX und das französische Energieversorgungsmonopol EDF hatten am 4.1.1979 einen ,,Vorvertrag'' über die Lieferung von insgesamt 3.747,5 Tonnen Uranhexafluorid nach Südafrika abgeschlossen, das über kleinere Chargen bis 1992 geliefert werden sollte. Das Geschäft kam später nicht zustande; als Uranexporteur leidet das Rassistenregime durchaus nicht an Mangel, hatte damals aber Probleme bei der Umwandlung in das Hexafluorid. Wichtig ist, eine Erklärung dafür zu finden, warum Südafrika zum damaligen Zeitpunkt ein starkes Interesse daran hatte, sich bei westeuropäischen Partnern eine langfristige Absicherung für die Verarbeitung seines eigenen Urans zu Hexafluorid zu verschaffen. Die Antwort fällt nicht schwer: Die RSA hatte damals bereits das Testprogramm laufen, das im Herbst 1979 zur Zündung eines Atomsprengkörpers über dem Indischen Ozean führte. Andererseits drohte die Carter-Regierung den Boykott aller Nukleargeschäfte mit Pretoria für eben diesen Fall an. Die Drohung wurde nicht verwirklicht, die Carter-Administration behauptete, ein Atomtest habe nicht sicher nachgewiesen werden können — der Vorvertrag wurde gegenstandslos.

Obwohl es nur um Natururan ging, also keineswegs um bombenfähige Stoffe, ist das der krasseste Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag, der von einer westdeutschen Firma bisher bekanntgeworden ist. Mit der Bereit-
[illegible]
von einer westdeutschen Firma bisher bekanntgeworden ist. Mit der Bereit-
schaft, Pretoria notfalls beizuspringen, um sein Atomprogramm für mehr als ein Jahrzehnt aufrechtzuerhalten, haben NUKEM, EDF und Dresdner Bank die Voraussetzungen für den RSA-Atomtest geschaffen. Denn über die Techniken zur weiteren Verarbeitung des Hexafluorids und zur Anreicherung verfügte Südafrika damals schon. Eine Spekulation, aber eine begründete, bleibt es, anzunehmen, daß sich Pretoria für diesen Dienst dankbar zeigte. Vielleicht hat man die BRD bei der Beobachtung und Auswertung des Test angemessen beteiligt...? Aber das ist zu ,,ungeheuerlich'', um darüber Aufklärung durch bürgerliche Medien zu erwarten.

Nachzutragen bleibt, daß eine Figur namens Colhoun als ,,NUKEM-Sprecher'' gegenüber der ,,taz'' (26.1.88) den Vorvertrag rechtfertigte und ,,völlig in Ordnung'' fand: ,,Große Prozentsätze unseres Urans kommen ja aus Südafrika.'' Das hatten wir immer schon behauptet (siehe dazu zahlreiche Untersuchungen von Wolf Geisler/Anti-Apartheid-Bewegung), während die Atommafia immer schon strengstes Stillschweigen darüber bewahrte. Die Figur Colhoun, die in der ,,taz'' merkwürdigerweise als NUKEM-Sprecher vorgestellt wird, während der Pressesprecher des Unternehmens tatsächlich ein anderer ist (Jörg Pompetzki), rührt sonst die Trommel für die Wüste Gobi als Entsorgungsnachweis. Man liegt wohl richtig mit dem Schluß, daß der Düsseldorfer Alfred Hempel mit im Spiel ist — derjenige, bei dem man sich so schwer entscheiden kann, ob man ihn besser als NS- oder BND-Mann charakterisiert. Aber vielleicht sind wenigstens die Sowjetunion und die VR China so aufmerksam, diesen Sachverhalt zu studieren und Geschäftsbeziehungen zu solchen Figuren abzubrechen.

Vertikale und latente Proliferation

Als buchstäblich einzigem gelang es Robert Jungk, in der Öffentlichkeit zu fragen, ob nicht die eigenen bundesdeutschen nuklearen Begehrlichkeiten sehr viel bedeutsamer seien als eine mögliche Verschiffung von zwei Fässern nach Pakistan. Die Frage stellen, heißt ja sie beantworten — zumindest für die LeserInnen dieser Zeitung, für die das Thema alles andere als neu ist. Darum ist die Suche nach der Spur, die nach Pakistan führt, auch deshalb so wichtig, weil sie kriminelle Praktiken offenlegen könnte, die vielleicht im Auftrag der Bundeswehr durchgeführt werden. Leider offenbart der Vergleich zwischen der Menge bedruckten Papiers und dem Gehalt der publizierten Informationen ein geradezu kriminelles Mißverhältnis, wie es die Etablierung des Atomstaats begleitet.

Da sind also Fässer schwachradioaktiven Mülls mit Kobalt-, Caesium- und Plutonium-Verunreinigungen via Transnuklear zur Zwischenlagerung in westdeutsche Atomkraftwerke gelangt — Abfälle, die nicht von ihnen stammten. Transnuklear behauptet, die Belgier hätten in Mol Reste von Reinigungsschlamm aus einem ihrer Reaktoren beigemengt. Aber Kobalt 60 ist gar kein Spaltprodukt aus der Uranspaltung wie Caesium, Jod, Strontium, Tellur und die anderen von Tschernobyl noch wohlbekannten Stoffe. Jens Scheer versucht das so zu erklären, daß Kobalt in korridierendem Stahl des belgischen Reaktors enthalten war. Mag sein, obwohl Kobalt in den zu diesem Zweck gebräuchlichen Stahlsorten nicht genannt wird. Dann aber stimmt die von Mol gegebene Darstellung nicht, daß man eine kobalthaltige Sendung aus der BRD genutzt habe, um den eigenen Kobalt-/Plutonium-Schlamm beizumengen (,,stern'', 29.12.87). Eine kobalthaltige Sendung aus der BRD kann eigentlich nur bedeuten, daß sie aus dem Bereich Medizin, Forschung, Ausbildung kam. Diese Fässer gehen aber nicht zur Lagerung in Atomkraftwerken zurück.

Zweiter Widerspruch: In einem Faß aus Mol, das in Brunsbüttel gelandet war, fand sich neben Plutoniumspuren auch Americium, das nächstschwere Element im periodischen System (,,taz''-HH, 14.1.88). Man ist zwar kein Nuklearexperte — trotzdem ist einigermaßen logisch zu schliessen, daß sich Americium nicht in verhältnismäßig winzigen Plutoniumspuren bildet, und mehr soll es ja nicht sein, was von dem besagten belgischen Reaktor-Reinigungsschlamm kommt. Americium tritt vielmehr typischerweise bei der Wiederaufarbeitung auf, wo es um größere Plutoniummengen geht. Folge: Spuren, Reste oder stark kontaminierte Materialien von Wiederaufarbeitungsprozessen sind beigemengt worden. Sie kämen aber nicht von dem vielgenannten, inzwischen stillgelegten Reaktorfossil BR-3 in Mol. Macht da jemand Wiederaufarbeitung in einer kleinen unbekannten Giftküche, und müssen die Spuren dieser illegalen Tätigkeit unauffällig verwischt werden?

Wir würden die Frage nicht stellen, wenn wir nicht einen konkreten Verdacht hätten. Die ,,Basler Zeitung'' (20.1.88) meldet, Transnuklear habe ,,eine kleine Zahl verbrauchter Brennstäbe'' aus dem schweizerischen AKW Gösgen ,,zu wissenschaftlichen Untersuchungen in das Forschungszentrum der Kraftwerkunion (KWU) in Karlstein (D)'' gefahren. In bayrischen Karlstein nahe der hessischen Landesgrenze, wo RBU, NUKEM und andere Hanauer Firmen Dependancen unterhalten, wurde ein Nuklearlabor der KWU erst bekannt, nachdem sich Plutonium und Americium im Klärschlamm auf den Feldern gefunden hatten. Dankenswerterweise erfährt man jetzt aus schweizerischen Medien, daß dort offensichtlich abgebrannte Brennelemente aufbereitet werden — natürlich nur zu ,,wissenschaftlichen Zwecken''. Es gibt sie also — die unbekannten Giftküchen.

Nicht zu vergessen: Aus Karlstein soll Kobalt 60 zu medizinischen Zwecken via Transnuklear nach Pakistan gegangen sein. Es erscheint geraten, daß sich die KWU und die bayrische Staatsregierung demnächst auf eine Version festlegen, was in dem Städtchen eigentlich geschieht: Wiederaufarbeitungs-Pfuschereien, Plutoniumtechnik oder Kobaltbestrahlung (was etwas völlig anderes ist).

NUKEM beglückte die Öffentlichkeit mit der sozusagen nuklear-lyrischen Geschichte, man habe Labormöbel-Abfall mit Kernbrennstoff-Charakter gehabt. Dieses neuartige Gemisch sei deshalb mit angereichertem Uran verlängert worden, um es nach Mol ,,zur Verbrennung'' schicken zu können. Anschließend habe man vorgehabt, über eine Fabrik in der Pfalz aus der Asche wieder Uran zu recyceln. Und dann haben wir noch eine Flasche Whisky reingegossen und eine Prise Pfeffer zugegeben, dabei ein Kirchenlied gesungen und heraus kam eine Waschmaschine? Selbst als KommunistIn hätte man gezögert, der Nuklearbranche ein so dreistes Lügen zu unterstellen. Wer das (interessante, weil spaltbare) U 235 freiwillig mit dem (uninteressanten, weil nicht spaltbaren) U 238 vermengt, gibt zu erkennen, daß er an einer Rückgewinnung des Urans jedenfalls nicht interessiert ist. Aber vielleicht ging es ja darum, die Abfälle dem gleichfalls in Mol praktizierten Naßveraschungsverfahren des Kernforschungszentrums Karlsruhe zuzuführen, wo sich Plutonium extrahieren ließ, ohne es bei den Kontrollbehörden angeben zu müssen?!

Unbekannte Wiederaufarbeitungslabors der KWU, Plutonium-Extraktion aus NUKEM-Materialien, obwohl NUKEM keine Genehmigung für Plutonium besitzt, unkontrollierte Plutoniumgewinnung unter Anleitung der Karlsruher Kernforscher, nicht oder falsch deklarierte Störfälle in Atomreaktoren und bestochene Fachleute an allen Schaltstellen — die bundesdeutsche Atomwirtschaft hat nicht nur einen, sondern viele Wege gefunden, um waffenfähige Kernmaterialien aus dem Brennstoff- und Abfall-Kreislauf abzuzweigen und für geheimgehaltene Zwecke bereitzustellen. Und das alles bewegt sich noch jenseits der bundesdeutschen Zentralstelle für Waffenplutonium, ALKEM, der es auf geradezu wundersame Weise gelungen ist, sich aus dem Skandalgetöse herauszuhalten. Wir sind mitten in einem Prozeß, der sich eindeutig auf eine militärische Teilhabe der heimlichen Atommacht BRD zubewegt. Es reicht nicht mehr, das Atomprogramm mit romantischen Naturschützer-Vorstellungen zu bekämpfen. Im Gegenteil: Dadurch daß wir es zu lange taten, dadurch daß wir die grüne Dominanz über die Anti-AKW-Bewegung zu lange akzeptierten, haben wir ein gutes Jahrzehnt Rückstand gegenüber den Aufgaben aufzuholen, die sich stellen, wenn man ein modernes imperialistisches Atomprogramm angemessen bekämpfen will.

de.

Das Warten auf den großen Knall

Dreißig Jahre lang konnte sich Großbritannien damit brüsten, Austragungsort des bisher schwersten Reaktorunfalls gewesen zu sein (vgl. AK 290). Die neueste Idee des CEGB (Central Electricity Generating Board) ist der Versuch, diesen Titel von der Sowjetunion zurückzuerobern.

Eine andere Theorie geht davon aus, daß das Nordirlandministerium die Finger im Spiel hat und sich angeichts hartnäckiger Gerüchte, die IRA verfüge nun über Boden-Luft-Raketen vom sowjetischen Typ SAM-7, der irischen Frage ein für alle mal entledigen will.

Beide Erklärungen sind zumindest überzeugender als die Annahme, eine Gruppe halbwegs intelligenter Wissenschaftler könnte einen Plan ausbrüten, den selbst der Vorsitzende der konservativen irischen Fine Gael-Partei, Alan Dukes, als einen ,,feindlichen Akt'' gegen Irland bezeichnet hat.

Am 17. Januar wurden erstmals Pläne des CEGB bekannt, im walisischen Atomreaktor Trawsfynydd den größten möglichen Unfall zu simulieren. Der Plan sieht vor, am 12. Februar den Reaktor abzuschalten und gleichzeitig sämtliche Kühlsysteme des gasgekühlten Magnox-Reaktors lahmzulegen. Man wolle ,,sehen, ob er sich überhitzt'', so ein Sprecher.

Die Veröffentlichung der bis dahin geheimen Pläne durch die gezielte Indiskretion eines Mitarbeiters hat vor allem in Irland einen Sturm von Protesten ausgelöst. Der völlig veraltete Reaktor, dessen normale Lebensdauer seit Jahren überschritten ist, befindet sich nur ca. 160 Kilometer von Dublin entfernt an der Westküste von Wales. Die britische Atomwirtschaft war schon immer der Ansicht, daß sich die Irische See hervorragend als Standort eignet. Die daraus resultierende Ansammlung von Reaktoren, Mülldeponien und Aufbereitungsanlagen entlang der britischen Westküste hat der Irischen See den Ruf des am höchsten contaminierten Meeres eingetragen.

Vertreter irischer Umweltgruppen weisen auf die Ähnlichkeit des in Trawsfynydd geplanten Experimentes mit den Ereignissen von Windscale/Sellafield, Harrisburg und Tschernobyl hin. Mary O'Donnell von der Gruppe Earthwatch sagte, CEGB spiele ,,mit einem sehr alten Reaktor herum, der erwiesenermaßen innere Korrosion aufweist'', und Greenpeace warnt in einer Erklärung vor der Gefahr eines ,,katastrophalen Unfalls''. Sämtliche irischen Parteien sowie Vertreter der Regierung haben inzwischen gefordert, den Test abzusetzen und stattdessen den Reaktor stillzulegen. Energieminister Burke sagte, man werde nötigenfalls die internationalen Gerichte anrufen, um den Test zu verhindern.

Inzwischen haben sich Europaparlamentarier aus Irland, Britannien, Italien und der BRD dem Protest angeschlossen und die EG aufgefordert, verstärkt von ihren Kontrollmöglichkeiten Gebrauch zu machen. In einem Schreiben an die britische Regierung erinnerte der zuständige EG-Kommissar Davis daran, daß Experimente, bei denen die Gefahr der Verseuchung eines anderen EG-Landes besteht, eine Genehmigung der EG benötigen.



Quelle: Irish Times, 19.1.88

Proteste regen sich auch in Großbritannien. Die Regierung der Isle of Man und das Notstandskomitee des Greater Manchester Council forderten ein sofortiges Verbot des Tests. Sean Rogers, Vorsitzender des Notstandskomitees kündigte an, man werde Evakuierungspläne für den Fall ausarbeiten, daß der Test durchgeführt wird. Im Unterhaus regte der walisische Abgeordnete Dafydd Elis Thomas an, die atombegeisterte Premierministerin möge doch persönlich am Test teilnehmen. Thomas hob besonders die Möglichkeit eines Graphit-Brandes im Reaktor hervor. Brennendes Graphit war nach einem britischen Untersuchungsbericht zu Tschernobyl, der sich auf offizielle sowjetische Quellen stützt, ein wesentlicher Faktor bei der dortigen Katastrophe. Würde sich dies in Trawsfynydd wiederholen, so könnte der Reaktor, der im Unterschied zum Tschernobyl-Reaktor nicht über ein sog. ,,containment'', eine zweite Stahlbetonhülle verfügt, sein gesamtes radioaktives Inventar an die Umwelt abgeben. Zwar verneint das CEGB kategorisch die Möglichkeit eines solchen Brandes, Nuklearexperten bezweifeln aber, daß sich das Verhalten von Graphit nach langer Bestrahlung im Reaktor noch verhersagen läßt.

Gerade die Unzuverlässigkeit des seit über zwanzig Jahren im Betrieb befindlichen Reaktors unterstützt die Argumentation der Kritiker des Tests. In den letzten Jahren häuften sich die Pannen:

— Im Februar 1986 öffnete sich ein Ventil und entließ 15 Tonnen contaminiertes Kühlmittel in die Atmosphäre. Ein Arbeiter, der das Ventil von Hand schließen wollte, wurde dabei verseucht.

— Im August 1986 mußte der Reaktor nach einer Explosion im Turbinenraum abgeschaltet werden, die Teile des Kühlsystems lahmlegte. Zwei Tage zuvor war der Reaktor von der zuständigen Prüfstelle, der NII (Nuclear Installations Inspectorate), geprüft und für sicher befunden worden. Die gleiche Behörde ist auch für die Genehmigung des geplanten Tests zuständig.

— Am 21.1.88 schaltete sich der Reaktor aufgrund eines Fehlers im Kontrollsystem erneut ab.

Bis jetzt scheint es, daß die Verantwortlichen der CEGB und NII entschlossen sind, alle Warnungen und Proteste in den Wind zu schlagen und den Test wie geplant anlaufen zu lassen. Greenpeace und andere Organisationen haben für den 12.2. Demonstrationen vor der britischen Botschaft in Dublin angekündigt. Es war am Ende wohl doch keine gute Idee, dem Tschernobyl-Fallout ausgerechnet in Irland entfliehen zu wollen.

nb./Dublin

Quellen:
The Irish Times; The Irish Independent; The Independent (London); Evening Herald (Dublin); In Dublin

Skandal-Theater — eine nukleare Chronik



Prolog: Hinter den Kulissen

Es wußte nicht nur jeder von Beginn an, worum es geht, das ganze wurde auch sorgsam inszeniert. Bei allem, was über den Charakter und die Praktiken des Atomstaates bekannt ist, sollte diese These gar nicht so gewagt sein. Achten wir darauf, was Manager der Branche mal so daher plaudern, werden wir darin nur bestätigt. Einen ,,richtigen Schlachtplan'' hätten sie gehabt, wissen Geschäftsführer der Hanauer Atomtransportfirma Transnuklear zu erzählen. Eine recht martialische Begriffswahl, doch für das, was sich seit dem März 1987 abspielte — mit zwei Toten und Verwicklungen auf internationaler Ebene — eine durchaus nicht übertriebene Charakterisierung. Soviel ist bekannt: von NUKEM, Degussa, RWE bis zur Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) und dem Bundesumweltministerium waren alle in irgendeiner Form informiert.

13. März 1987:
Bei Transnuklear findet die ,,erste Krisensitzung'' statt. Im Büro des technischen Geschäftsführers Peter Vygen treffen sich ,,*elf Männer ... Mitarbeiter der Transnuklear, der NUKEM-Buchhaltung und der Degussa-Steuerabteilung*''. Das Ergebnis der Sitzung, bei der es um die schmierigen Geschäfte der Transnuklear ging, sei gewesen, daß ,,*eine berichtigte Steuererklärung abgegeben werden müsse.*'' (,,Zeit'', 4.9.87)

14. März 1987:
Der (damalige) NUKEM-Geschäftsführer Manfred Stephany wird in die Sache einbezogen (,,Zeit'', 4.9.87).

20. März 1987:
Zusätzlich wird die RWE in Essen eingeschaltet. Stephany tritt ,,bei dem NUKEM-Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Franz Josef Spalthoff von der RWE in Essen zum Rapport'' an (,,Zeit'', 4.9.87). Zu diesem Zeitpunkt ist demnach nicht nur die NUKEM als

RWE in Essen zum Rapport'' an (,,Zeit'', 4.9.87). Zu diesem Zeitpunkt ist demnach nicht nur die NUKEM als
Muttergesellschaft der Transnuklear, sondern sind auch die Degussa und die RWE als ,,Großmütter'' im Bilde. Der ganze Aufwand gegenseitiger Absprachen und Rückversicherungen nur um eine zu berichtigende Steuererklärung? Eine unglaubwürdige Version.

2.-8. April 1987:
Noch ,,bevor die Staatsanwälte mit den Ermittlungen beginnen'', wird der Kreis der Eingeweihten ein weiteres Mal vergrößert. ,,Nach einem richtigen Schlachtplan'', weiß ein Transnuklear-Geschäftsführer der ,,Zeit'' zu berichten, schwärmten ,,*Emissäre der TN in die gesamte Bundesrepublik aus, um den Schaden des Ermittlungsverfahrens zu begrenzen. Sie informieren wichtige Behörden wie die für die Genehmigung von Atommülltransporten zuständige Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig und das Bundesumweltministerium*'' (,,Zeit'', 4.9.87). Da drängen sich Fragen auf. Worin bestand denn der Beitrag von PTB und Bundesumweltministerium bei der Schadensbegrenzung für das Ermittlungsverfahren? Wovon wurde das Bundesumweltministerium unterrichtet und was war ohnehin schon bekannt? Warum wurde die PTB überhaupt informiert, wo es zu diesem Zeitpunkt doch angeblich nur um ,,*kaufmännische Unregelmäßigkeiten*'' ging. Auch später noch, im Dezember, soll es bei den Mol-Verschiebungen doch angeblich nur um radioaktiven Abfall, um schwach und mittelaktiven Müll, gegangen sein, niemals aber um Kernbrennstoffe. Die PTB ist allerdings nur für die Genehmigung der Transporte von Kernbrennstoffen, d.h. bestrahlter oder unbestrahlter Brennelemente, alle Formen von Plutonium und Uran, sowie von hochaktivem Müll zuständig. Dabei handelt die PTB, wie das Atomgesetz in Paragraph 23 festlegt, ,,*nach den fachlichen Weisungen des für die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz zuständigen Bundesminister.*'' (FR, 22.12.87)

Alle sonstigen Atomtransporte, so auch die von schwach- und mittelaktivem Atommüll, werden von den zuständigen Landesbehörden genehmigt. Warum also wurde die PTB informiert?

Hatte die FAZ, die in den ersten Tagen ihrer Berichterstattung über die TN-Affäre konsequent die beiden Sparten radioaktive Stoffe und Kernbrennstoffe vertauschte und wiederholt vom Transport ,,ausgedienter Brennelemente'' nach und von Mol durch die Transnuklear geschrieben hat, doch nichts verwechselt?


Trotz alledem — der Kanzler und der Atomminister sehen keinen Anlaß zum Aussteigen

1. Akt: Schmieriges Theater

2.-7. April 1987:
Transnuklear erstattet die erste Selbstanzeige. Über den genauen Zeitpunkt gibt es widersprüchliche Angaben. Nach Darstellung Wallmanns erfolgte die Anzeige durch den NUKEM/TN-Anwalt bereits am 2. April — allerdings beim Frankfurter Generalstaatsanwalt, der nach Hanau weiterverwies, also bewußt an die falsche Adresse. (taz, 29.1.88). Nach Spiegel und anderen erfolgte die Selbstanzeige des kaufmännischen Geschäftsführers Hans-Joachim Fischer erst am Dienstag, den 7. April, zwei Tage nach der hessischen Landtagswahl.

8. April 1987:
Nach beiden Versionen trifft die Selbstanzeige am 8. April bei der zuständigen Hanauer Staatsanwaltschaft ein (taz, 29.1.88). Jetzt beginnen die Ermittlungen der Hanauer Staatsanwaltschaft und des hessischen Landeskriminalamtes. Begründet werden sie mit ,,*Verdacht auf Untreue, Unterschlagung, Urkundenfälschung und Betrug.*'' (Zeit, 4.9.87) Am selben Tag werden 5 Mitarbeiter von Transnuklear und NUKEM gefeuert. Zu den Entlassenen gehören bei Transnuklear der Prokurist Hans Holtz sowie Hans-Günther Knackstedt, und bei NUKEM der Prokurist Günther Kreißl sowie Hans-Erich Schmidt von der Abteilung Finanzen und Steuern (Zeit, 4.9.87).

17. April 1987:
Nach einer außerordentlichen Sitzung der Gesellschaftsvertreter der Transnuklear wird die Reihe der Bauernopfer um den Transnuklear-Geschäftsführer Peter Vygen ergänzt (Wirtschaftswoche, 15.1.88).

27. April 1987:
Bevor es an die Öffentlichkeit dringt, daß die angeblich harmlose Korruptionsaffäre ,,*tief in den Sicherheitsbereich hineinspielt*'' (Spiegel, 27.4.87), hat der Skandal seinen ersten Toten. Am 27. April um 6 Uhr morgens wird die Leiche des PREAG-Diplomingenieurs Klaus Rahmke bei Hannover-Linden auf Bahngleisen gefunden. Er war zuständig für die Entsorgung von 5 Atomkraftwerken in Norddeutschland (Zeit, 4.9.87). Die Oberstaatsanwaltschaft bestätigte, ,,*der Mann sei ,als einer, der auf der Nehmerseite gestanden hat', in Erscheinung getreten. Allerdings sei gegen ihn noch nicht konkret ermittelt worden.*'' (SZ, 29.4.87) Etwas anderes als Selbstmord wird für den Tod des Ingenieurs gar nicht erst in Betracht gezogen. Als Tatmotiv wird eine zweiwöchige Arbeitslosigkeit angeführt. Der Mann war von der PREAG entlassen worden, als seine Verwicklung in die Schmiergeldaffäre firmenintern offenkundig wurde. (Zeit, 4.9.87)

An diesem Tag steht laut Spiegel bereits fest, daß ,,*über 100 Mitarbeiter in Kernkraftwerken und Elektrizitätsversorgungsunternehmen, so der Ermittlungsstand der Staatsanwaltschaft Hanau, mit mindestens 6 Millionen Mark*'' geschmiert worden seien. (Spiegel, 27.4.87).

In der Folgezeit entrücken die Ereignisse um Transnuklear zeitweise dem Blick der Öffentlichkeit. Dafür werden aber auch bei anderen Hanauer Firmen im Lichte der weiteren Geschehnisse bemerkenswerte Möglichkeiten zur geheimen Verschiebung von atomaren Brennstoffen offenkundig.

10. Juni 1987:
Bei der RBU in Hanau werden 25 Kilogramm Uranoxidtabletten entdeckt, die unbemerkt aus dem RBU-Werk II im bayrischen Karlstein ,,verschwunden'' waren und zwei Jahre lang in einem ungesicherten RBU-Lager in Rodenbach bei Hanau in einem leeren Transportbehälter lagen (taz, 23. u. 30.6.87). Die Frage, wie es zu dieser Abzweigung gekommen sein könnte, beantwortete der RBU-Pressesprecher dahingehend, es könne ,,*sich nur um ein ,Versehen' gehandelt haben.*'' (taz, 23.6.87).

20. Juli 1987:
Der Spiegel zieht Bilanz. Bis auf interessante Details, z.B. über die konkreten Kanäle der ,,Geldwäsche'' für die Schmiergeldkasse und pikante Einzelheiten der Kundenpflege, allerdings nichts Neues. Mehr als 30 Personen aus der Atombranche wurden bis dahin gefeuert. Ermittlungen durch die Hanauer Behörden laufen gegen lediglich sieben Beschuldigte. Als offizielle Version für die Gründe der Schmiergeldzahlungen durch Transnuklear gilt weiter, sie hätten der Auftragsbeschaffung gedient. Inoffiziell ist das längst überholt. Im Juli plauderte Transnuklear/NUKEM-Pressesprecher Pompetzki aus: ***,,Wir hätten die Aufträge doch sowieso bekommen.***'' (Wirtschaftswoche, 1.1.88)

2. Akt: Die Fässer-Flut

Was sich anfangs ,,nur'' schmierig ausmalte, entpuppte sich über den Herbst 1987 als ganz und gar nicht ungefährlich. Im Dienste der Entsorgung war, wie sich nun zeigte, mit Plutonium gepantscht worden, Fässer falsch deklariert und auf die verschiedenen AKWs — wie es gerade kam — als Zwischenlager verteilt worden. Ob entsorgungsfähig oder nicht, der Müll wurde beiseite geschafft. Wenn er nicht verarbeitet werden konnte, dann wurde er eben auf dem Parkplatz in Mol gestapelt.

Aber hartnäckig wurde bis zum Schluß an der These von rein kaufmännischen Unregelmäßigkeiten, bei denen keinerlei Sicherheitsbelange berührt seien, festgehalten. Von August (spätestens!) bis Dezember 1987 brauchte die Staatsanwaltschaft in der BRD — die ja angeblich ermittelte —, bis sie den Erkenntnisstand ihrer auch nicht gerade sehr eifrigen belgischen Kollegen nachvollzog. Wie lange hätte sie noch gebraucht, wenn nicht wieder von der Transnuklear, diesmal zusammen mit der PREAG, eine ,,Selbstbezichtigung'' erfolgt wäre?

men mit der PREAG, eine ,,Selbstbezichtigung'' erfolgt wäre?

Juni 1987:
Durch eine Äußerung Töpfers am 21.12.87 im Bonner Umweltausschuß wird bekannt, es hätten sich bei der Staatsanwaltschaft Hanau bereits ,,*im Juni 1987 weitergehende Hinweise ergeben, daß die Geschäftsleitung der Transnuklear nicht nur die Praxis der Auftragsbeschaffung durch sogenannte nützliche Aufwendungen grundsätzlich festgelegt bzw. gebilligt hatte, sondern daß sie auch über das darüber hinausgehende finanzielle Ausmaß unterrichtet gewesen war.*'' (SZ, 23.12.87) Mit der verschämten Formulierung ist gemeint, daß man von da an wußte, daß zu den bekannten 6 Mio. Bestechungsgelder noch einmal 15 Mio. DM hinzukommen würden.

August 1987:
Erstmals bringt ein Bericht im belgischen Fernsehen ,,Unregelmäßigkeiten'' im Atomzentrum Mol an die Öffentlichkeit (Handelsblatt, 22.12.87). In der BRD wird der Bericht von Christoph Maria Fröder über den ,,Skandal Transnuklear'' nur vom WDR ausgestrahlt. Er deckt die Mol-Verschiebungen der TN anhand eines Unfalls auf, der sich bereits am 21.10.1986 ereignet hatte. Bei dem Unfall eines TN-Transporters lief radioaktive Flüssigkeit aus, die nicht in den Frachtbriefen auftauchte. Die Deklarationen waren gefälscht (taz, 1.9.87).

September 1987:
Die belgischen Behörden beginnen mit Untersuchungen zur Verwicklung des Atomzentrums Mol in den ,,Transnuklear-Skandal'' (taz, 18.12.87), der bald auch ihr eigener werden wird.

5. November 1987:
Die Staatsanwaltschaft in Turnhout (Ostbelgien) teilt mit, es scheine zwischen ,,*Mol und Hanau ein ,Organisationsnetz' für den Austausch von nuklearen Abfällen bestanden zu haben.*'' Mitarbeiter der Abteilung Abfallbeseitigung im Forschungszentrum Mol seien von Transnuklear offenbar dafür bezahlt worden, ,,*nicht mehr aufzubereitende Abfälle zu akzeptieren. ... Im Gegenzug sei die gleiche Menge aufbereiteter Nuklearabfälle von Mol aus in die Bundesrepublik transportiert worden.*'' (taz, 6.11.87) Die Behörden in der BRD blockieren. Angeblich können sie immer noch keine sicherheitsrelevanten Verstöße feststellen. Staatssekretär Gröbl vom Bundesumweltministerium meint, man ,,*könne in dieser Angelegenheit nichts unternehmen.*'' (taz, 21.12.87)

8. Dezember 1987:
Schließlich unterrichtete die PREAG zunächst das niedersächsische Umweltministerium darüber, daß einige der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

von Transnuklear an die AKWs Unterweser und Stade zurückgelieferten Fässer möglicherweise Stoffe enthalten, die aus anderen Kernkraftwerken stammen.

10. Dezember 1987:
Der seit dem 8. April gekündigte Transnuklear-Prokurist Hans Holtz — er führte die Schmiergeldliste — und zwei weitere Mitarbeiter der Transnuklear werden verhaftet (SZ, 22.12.87).

15. Dezember 1987:
Das Bundesumweltministerium will nach eigenem Bekunden erst zu diesem Zeitpunkt von Transnuklear und PRE-AG darüber informiert worden sein, *„daß in den Fässern mit radioaktiven Abfällen, die aus Mol geliefert worden seien, Plutonium und Kobalt 60 festgestellt worden sei.''* (SZ, 22.12.87) Nun eröffnet auch die Staatsanwaltschaft, sie habe festgestellt, daß Transnuklear an die belgische Firma Smet Jet, die Arbeiten an den Fässern in Mol durchführte, im Laufe von acht Jahren rund 24 Millionen Mark zahlte, obwohl die Leistung jener Firma *„allenfalls mit acht Millionen Mark veranschlagt werden konnte.''* (SZ, 22.12.87)

Der Prokurist der Hanauer Transnuklear ist tot. Er wird am Morgen des 15.12. in seiner Zelle in der Hanauer Justizanstalt mit aufgeschnittenen Pulsadern aufgefunden. Er sei verblutet, melden die Medien einen Tag später. In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit wird Alarm geläutet.

16. Dezember 1987:
Vom Bundesumweltministerium werden *„Verhandlungen mit den belgischen Behörden und den Mitarbeitern des Kernforschungszentrums (CEN) in Mol aufgenommen.''* (SZ, 22.12.87) „Verhandlungen'' ... — eine seltsame Formulierung. Das Ergebnis dieser „Verhandlungen'' war, herausgefunden zu haben, daß von Transnuklear vertraglich nicht unbedingt der aus deutschen Kernkraftwerken nach Mol gelieferte und dort bearbeitete („konditionierte'') Abfall zurückgeschickt werden mußte. *„Zurückgeschickt werden mußte nur Abfall mit vergleichbarer Art und Menge der Radioaktivität.''* (SZ, 22.12.87)

17. Dezember 1987:
Bei einer Durchsuchung der Transnuklear-Büroräume werden durch die Staatsanwaltschaft und Polizei „verläßliche Informationen'' für den Atommüll-Rücktransport von 321 Fässern, die mit Plutonium kontaminiert sind, gefunden (FR, 18.12.87). Die Frage nach der Herkunft des Plutoniums kommt auf. Prompt kommt von belgischer Seite die Mitteilung, in den Fässern spurenweise enthaltenes Plutonium stamme *„nicht aus der Bundesrepublik, sondern aus dem belgischen Reaktor BR-3 in Mol''* (FAZ, 18.12.)
publik, sondern aus dem belgischen Reaktor BR-3 in Mol'' (FAZ, 18.12.)
Kein deutsches Plutonium also? Oder sollte diese Erklärung auch ein Ergebnis der „Verhandlungen'' vom Vortag sein? Töpfer gibt sich auf alle Fälle energisch und entzieht der Transnuklear mit sofortiger Wirkung die Transportgenehmigung.

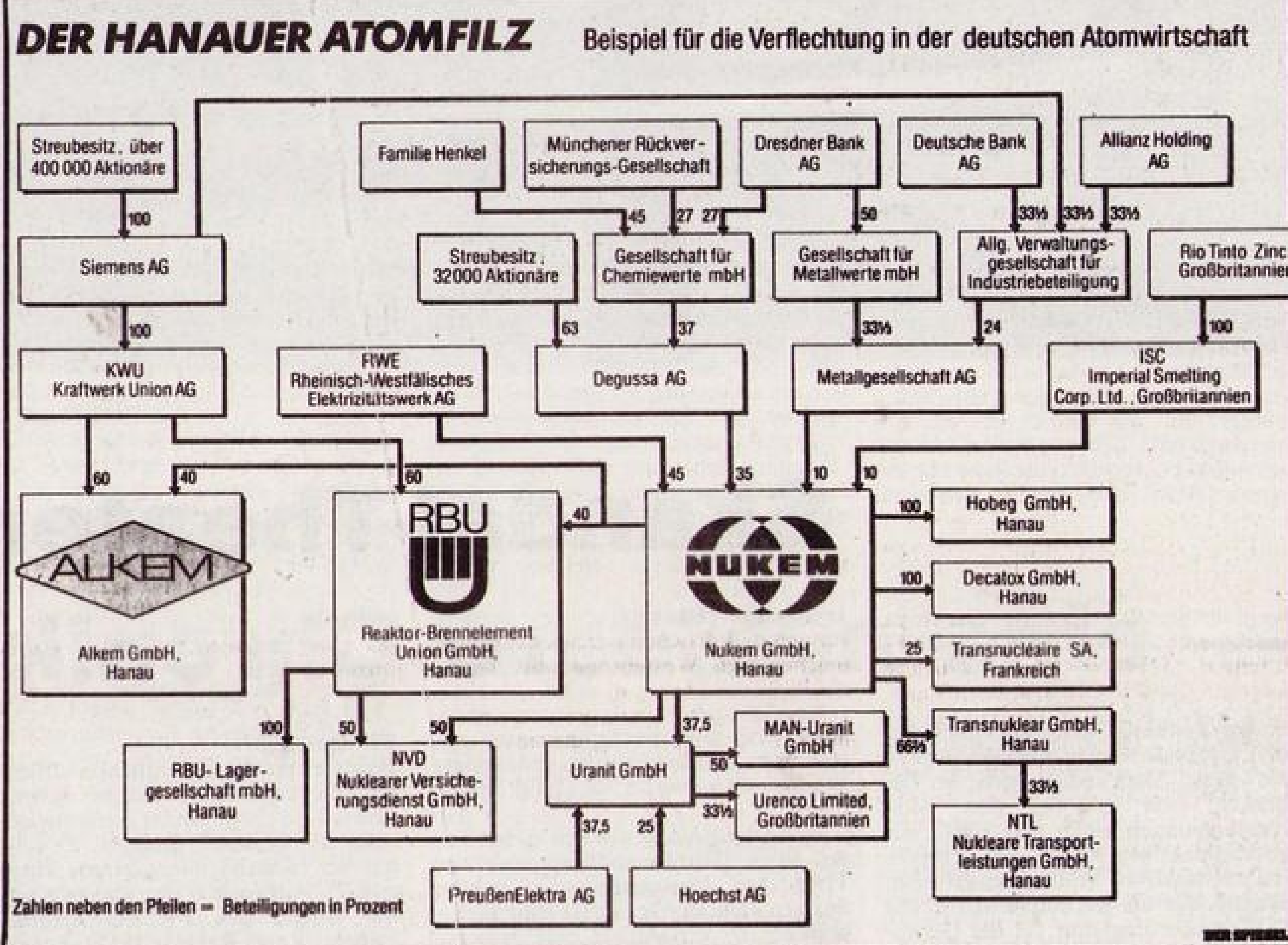
18. Dezember 1987:
Als Ermittlungsergebnisse lassen sich zusammenfassen: Transnuklear hatte Atommüll aus bundesdeutschen Atomkraftwerken zur Behandlung nach Mol in Belgien gebracht, dann aber anstatt des eigenen Materials radioaktive Materialien angeblich belgischen Ursprungs u.a. mit Plutonium, Kobalt 60 und Cäsium 137 zurückgebracht. Diese Plutonium-kontaminierten Fässer — zumindest 321 an der Zahl — werden von Transnuklear zur Zwischenlagerung auf die bundesdeutschen AKWs verteilt. Gleichzeitig zahlte Transnuklear aber Schmiergelder an Mitarbeiter des Atomzentrums in Mol. Beides paßt nicht zusammen, denn es ist keine Erklärung, daß Transnuklear für die Beseitigung belgischer Plutoniumreste — angeblich insgesamt 200 Milligramm — auch noch Schmiergelder zahlte. Das ging schließlich auch der Hanauer Staatsanwaltschaft auf: *„Auf den ersten Blick unlogisch''* (taz, 19.12.87).

22. Dezember 1987:
Die Information kommt auf, daß auch *„hochradioaktiver Atommüll von bundesdeutschen AKW-Betreibergesellschaften als mittelradioaktiver Müll deklariert und über die Hanauer Transportfirma Transnuklear nach Belgien verbracht''* worden sei (taz, 22.12.87). Das wird von belgischen Behörden bestätigt. Insgesamt seien 6.000 m³ nach Mol gebracht und 5.400 m³ ins Bundesgebiet zurückgekommen. Bei den restlichen 600 m³ handele es sich um hochverstrahlten Müll aus bundesdeutschen AKWs (FR, 22.12.87). Die Schmiergeldzahlungen an Mol-Mitarbeiter ließen sich so erklären, doch die Profiteure wären dann allein die Betreiber. Die AKW-Betreibergesellschaften hätten Kosten eingespart, weil die Entsorgung mittelaktiven Mülls nur ein Bruchteil dessen betrage, war für hochaktiven Müll zu zahlen gewesen wäre, meint die taz (22.12.87). Das Problem: Die Schmiergeldzahlungen hätten von den Betreibern kommen müssen. Außerdem scheint die Höhe der Zahlungen dieser Erklärung zu widersprechen.

3. Akt: Bomben, Bluffs

Die Enthüllungen zu den Mol-Verschiebungen hatten sich zwischen Anfang Dezember und Weihnachten auf Entsorgungsferkeleien beschränkt. Zur liebsten Beschäftigung für Politiker, Beamte und Presse wurde das Fässerzählen. Kein Tag ohne neue Fässer, neue Zahlen, neue Rekorde. Und wo sie über auftauchten ...

Seit Weihnachten aber ging es plötzlich nicht mehr nur um schwach- und mittelaktive Abfälle mit Spuren von Plutonium. Zunehmend kam Spaltstoff, eventuell mit Waffenqualität, ins Spiel. Da wird bekannt, es sei möglich, Störfälle falsch zu deklarieren, vielleicht auch zu verheimlichen. Dann wäre es aber auch möglich, Manipulationen am Brennstoffinventar vorzunehmen: Transnuklear organisiert den Transport; NUKEM entsorgt, vermischt und vertuscht die Spuren unter schwach- und mittelaktivem Müll. Die heimliche „Entsorgung'' oder besser vielleicht Besorgung von waffenfähigem Atomspaltstoff, so deutet sich an, könnte funktionieren. Genau an dem Punkt wird das Skandal-Theater zu heiß. Es kocht über. Das Thema muß vom Tisch. Aber wie? Wallmanns „unglaublicher Verdacht'' paßte da ganz gut. Ein Bluff, aber wirkungsvoll. Er kam wie ein Donnerschlag und verdünnisierte sich wie ein Pups.



Quelle: Spiegel 45/1986

Quelle: Spiegel 45/1986

23.-29. Dezember 1987:
Einen Tag vor Weihnachten kommt ein neues Thema auf: Die Problematik nicht geklärter Störfälle und im Zusammenhang damit heimlich weggeschaffter Materialien steht im Mittelpunkt der Berichterstattung. In der Fernsehsendung „Brennpunkte'' pakt ein ehemaliger TN-Mitarbeiter aus. Er hatte beim Frankfurter Anwalt v. Plottnitz eidesstattlich zu Protokoll gegeben, bei einer Besprechung in der TN-Abteilung für radioaktive Abfälle sei beschlossen worden, *„alphastrahlendes Material aus einem deutschen Atomkraftwerk falsch deklariert, ‚mit den üblichen Transporten' nach Mol bringen zu lassen''* (FR, 28.12.87). Die Aussage hatte Brisanz. Sie betraf Kernbrennstoffe, hochangereichertes Uran und Plutonium. Wie im Januar bekannt wurde, hatte Transnuklear das Bundesumweltministerium bereits vorgewarnt. Schon am 22. Dezember erstattete sie Bericht von diesen Vorgängen, bei denen 100 Gramm Kernbrennstoff *„aus einem Störfall in einem deutschen Siedewasserreaktor zum Verschwinden gebracht''* wurde (taz, 14.1.88).

28. Dezember 1987:
Der Verdacht gilt den AKWs Philippsburg und Gundremmingen. Nach der FAZ handelte es sich bei den Stoffen um 100 g Uranstaub und eine Mischung aus Kobalt 60, Cäsium 137 und Spuren von Plutonium (FAZ, 29.12.87). Jens Scheer konkretisierte in einem Leserbrief an die taz, es müsse sich um einen Brennelementeschaden gehandelt haben. *„Plutonium weist auf defekte Brennstoffrohre, Kobalt 60 auf Korrosion der stählernen Druckbehälter und -leitungen''* (taz, 8.1.88. Das hieße, unbemerkt wurden defekte Brennelemente ausgewechselt. Hier gewinnt die RBU-Meldung vom 10.6.87 Bedeutung, zeigt sie doch, daß der Ersatz mit neuem Kernbrennstoff unbemerkt abgezweigt und für derartige Fälle bereitgehalten werden könnte. Transnuklear organisiert den Transport. Vermischt unter schwach- und mittelaktivem Müll werden die Spuren des Störfalls vertuscht. Ab nach Mol.

Die Dementis des bayerischen Umweltministeriums, zuständig für die RWE-Kraftwerksblöcke in Gundremmingen, und des für das AKW Philippsburg zuständigen Badenwerks kamen noch am Abend des 28.12. sowie am 29.12. (HA, 30.12.87).

Gleich am 29. fand ein Treffen von Beamten des Bundesumweltministeriums mit Vertretern der Staatsanwaltschaft statt (FR, 29.12.87).

Am 30. Dezember dementierte auch die Staatsanwaltschaft. Das Thema war out. Es war zu brisant, hieße es doch, die Möglichkeit einzugestehen, daß man auf diesem Weg im Prinzip an Waffenplutonium der höchsten Güteklasse herankommen kann. Einzige Bedingung dazu: Es müßte sich bei den betreffenden Brennelementen um solche mit nur kurzem Abbrand handeln. Wer Störfälle verheimlichen kann, kann auch Störfälle fingieren, um genau das zu erreichen.

29. Dezember bis 13. Januar:
Noch bevor die Störfallproblematik aus der Berichterstattung gekippt wurde, gab es ein neues Thema. In einer Lagerhalle der Transnuklear in Hanau wurden 50 Fässer gefunden (FR, 29.12.87). Die Staatsanwaltschaft bestätigte den Fund am 29. Dezember (FR 30.12.87). Der Spiegel ergänzte am 4. Januar, *„die 50 vergessenen Fässer gehörten der Hanauer Mutterfirma NUKEM und lagerten seit 1985 bei Transnuklear.''*

Mit diesen 50 Fässern wurde auch NUKEM der direkten Beteiligung am Atomschmuggel überführt. Messungen ergaben relevanten Teilmengen mit hochangereichertem Uran 235 in den Fässern (taz, 15.1.88). NUKEM setzte dazu eine haarsträubende Geschichte in die Welt. Der Inhalt der Fässer bestehe aus Asche verbrannter Büromöbel, die mit hochangereichertem Uran kontaminiert gewesen seien. Um eine Verarbeitung in Mol zu ermöglichen, habe der Anreichungsgrad des Urans gesenkt werden müssen. Dazu habe man die Möbel mit abgereichertem Uran 238 bestreut. So seien die Möbel in Mol verascht und 1985 in fünfzig Fässern als Reststoffe zurückgeliefert worden. Bei Messungen sei festgestellt worden, daß die Fässer jetzt zusätzlich Kobalt 60 und Cäsium 137 enthielten. Eine Wiederverwertung des Urans sei deshalb nicht möglich gewesen. So seien sie in der Lagerhalle bei Transnuklear abgestellt worden (FAZ 16.1.). Diese Geschichte ist völlig absurd. Interessant ist das Material, weil es sich von der Beschaffenheit mit dem in den Aussagen des TN-Zeugen über die Vertuschung von Störfällen deckt.

7. Januar 1988:
Es dringt an die Öffentlichkeit, daß die Staatsanwaltschaft Hanau gegen die drei NUKEM-Geschäftsführer Manfred Stephany, Hackstein und Jelinek-Fink Anklage erheben will (taz, 8.1.88).

8. Januar 1988:
Die NUKEM versteht den Wink. Auf einer kurzerhand einberufenen außerordentlichen Aufsichtsratssitzung wird der NUKEM-Geschäftsführer und Vorsitzende des TN-Verwaltungsrates Manfred Stephany „in die Wüste geschickt''. Zum Nachfolger wird der bisherige Geschäftsführer der Jülicher Transnuklear-Beteiligung Uranit GmbH, Bernd J. Breloer, ernannt (Wirtschaftswoche, 15.1.88).

11. Januar 1988:
In einem Spiegelinterview entrutscht Töpfer der bemerkenswerte Ausspruch ***„Ich suche auch hier die Wahrheit — auch auf die Gefahr hin, daß wir sie finden.''*** (Spiegel, 11.1.88).

13. Januar 1988:
Nach Meldung der FAZ hat sich „ein nicht genannter Informant'' sowohl „beim hessischen Umweltminister als auch bei der Hanauer Staatsanwaltschaft'' gemeldet und die Behauptung aufgestellt, *„daß aus dem belgischen Kernforschungszentrum Mol spaltbares Material über Lübeck nach Libyen und Pakistan verschifft worden ist.''* (FAZ, 10.1.88).

14. Januar 1988:
Jetzt überstürzen sich die Ereignisse. Die Hanauer Atomfirma NUKEM wird auf Anordnung von Umweltminister Töpfer bis zur Wiederherstellung der „Zuverlässigkeit'' und Klärung aller „Unregelmäßigkeiten'' (taz, 15.1.88) geschlossen. Begründet wird die Entscheidung damit, NUKEM habe *„Informationen zurückgehalten, es seien Mängel in der Geschäftsführung offenkundig geworden und es bestünden erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der Firma. Insbesondere habe NUKEM die Belastung von 50 Atommüllfässern mit Plutonium, Kobalt 60 und hochangereichertem Uran den Behörden nicht gemeldet.''* (taz, 16.1.88). Das geht allerdings bereits in der sich überschlagenden Presse unter. Ausgelöst hat die Hektik des Blätterwaldes ein *„ungeheuerlicher Verdacht''*, den der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann persönlich in die Welt gesetzt hat. *„Zur Waffenherstellung geeignetes Nuklearmaterial, so Wallmann, könne unter deutscher Beteiligung in die krisengeschüttelten Dritte-Welt-Länder Pakistan und Libyen geschmuggelt worden sein.''* (Spiegel, 18.1.88) Der Verdacht von Proliferation bezieht sich auf die 50 Fässer in Hanau. Der Hanauer Chefermittler Farwick erklärte, *„daß von dem Inhalt der 50 Fässer etwa 16 Kilogramm verschwunden seien. Diese Zahl ergebe sich aus der Differenz zwischen den Lieferpapieren und dem tatsächlichen Gewicht der Fässer.''* (taz, 15.1.88)

15. Januar 1988:
Sich berufend auf die Durchsuchung der NUKEM-Geschäftsräume durch die Kripo erklärte der SPD-Umweltexperte Hauff, es seien *„Beweise für einen Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag gefunden worden.''* (taz, 16.1.88)

Auch andere Politiker lassen sich zu bemerkenswerten Äußerungen hinreißen. So will dem FDP-Vize Baum die Erkenntnis dämmern, daß die Selbstmorde der zwei Atommanager *„offensichtlich (!) einen alarmierenderen Hintergrund haben als bisher angenommen.''* (taz, 16.1.88) Da gilt es etwas richtig zu stellen, denn wenn ein Zusammenhang zwischen dem Tod der Manager und einer Abzweigung von atomwaffenfähigem Material besteht, wäre er etwas komplizierter. Der eine der beiden Toten war nämlich kein TN-Mann, sondern arbeitete als Diplom-Ingenieur bei der PREAG. Zuständig war er für die Entsorgung von fünf norddeutschen Atomkraftwerken. Wollte Baum andeuten, dieser Mann sei in Ausübung einer mit der Bestechung übernommenen Aufgabe für die Entsorgung bundesdeutscher AKWs von waffenfähigem Material verantwortlich gewesen?

Die Staatsanwaltschaft muß inzwischen die Nachricht vom Vortag, der Verdacht auf Proliferation stehe im Zusammenhang mit den 50 Fässern bei NUKEM dementieren. Dagegen heißt es jetzt: *„Aus einem anderen, 1984 erfolgten gesonderten Transport von Mol zur NUKEM fehlen zwei Fässer.''* Farwick bestätigt, daß diese Fässer *„trotz intensiver 14tägiger Suche bisher nicht aufgetaucht seien.''* (taz, 16.1.) Die 50 Fässer, hieß es jetzt, seien vielmehr wegen Plutonium-Anteilen in den Blickpunkt staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gerückt.

Die Rolle der Staatsanwaltschaft im Verlauf der gesamten zum Skandal präparierten Enthüllungen ist mehr als unglücklich. Zum wiederholten Mal muß sie Ermittlungsergebnisse dementieren, uminterpretieren. Dabei unterlaufen Fehler. Der Fehler hier: die 50 Fässer gerieten nicht wegen der Plutonium-Spuren, sondern wegen hochangereichertem waffenfähigen Uran 235 in den Blick der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Auch Umweltminister Weimar hatte im Umweltausschuß berichtet, die Hanauer Staatsanwaltschaft habe über die 50 NUKEM-Fässer Unterlagen, aus denen hervorgehe, *„daß sich in einigen Atommüllfässern der Firma hochangereichertes waffenfähiges Uran 235 befinde.''* (taz, 15.1.88) Warum der Feh-
Atommüllfässern der Firma hochangereichertes waffenfähiges Uran 235 befinde.'' (taz, 15.1.88) Warum der Feh-
ler? Ist die Staatsanwaltschaft mittlerweile einer zu den Fässern passenden Spur von abgezweigtem Waffenplutonium auf den Fersen?

Der Vorhang fällt?

18. Januar 1988:
Der SPD-Umweltexperte Volker Hauff zieht seinen Proliferationsverdacht zurück. Auf einer Pressekonferenz sagte er: *„Ich würde diese Formulierung heute nicht mehr so gebrauchen.''* (taz, 19.1.88)

19. Januar 1988:
Auch Weimar tritt den Rückzug an. In seiner Stellungnahme vor der Presse erklärte er, daß die Staatsanwaltschaft in Hanau von ihm ausschließlich aufgrund der Hinweise eines Journalisten des „Bonner Energiereport'' (Kassing) informiert worden sei. Ausschließlich deshalb habe auch Ministerpräsident Wallmann dem „ungeheuerlichen Verdacht'' auf Proliferation in die Welt gesetzt. (FR, 21.1.88)

21. Januar 1988:
Der Bundestag setzt einen Untersuchungsausschuß zum Skandal-Theater ein. Der Verdacht auf den Bruch des Atomwaffensperrvertrages soll dabei so schnell wie möglich vom Tisch. Mit dem Stempel „lückenlos aufgeklärt'' soll der Atomindustrie auf ein Neues die Absolution erteilt werden. Die derzeitige „Unordnung'' in den Reihen von Atomindustrie und Atomstaat wird dann, so steht zu befürchten, auch behoben sein. Desinformation und gezielter Theaterdonner könnten eben das bezweckt haben.

Die Anti-AKW-Bewegung hat noch nicht reagiert. Es liegt an ihr, daß der Vorhang offen bleibt.

Rh., Hamburg

Nuklearwaffenstaat Bundesrepublik Deutschland?

Nachdruck aus: Foreign Policy, Nr. 67, Sommer 1987

Für viele bleibt die Bundesrepublik Deutschland der zwingendste Grund dafür, die Verhältnisse innerhalb der Allianz unangetastet zu lassen. Beiderseits des Atlantiks wird das NATO-Bündnis häufig als ein Instrument dafür betrachtet, sowohl die Bundesrepublik als auch die Sowjetunion in Schach zu halten. Eine Abkehr der Vereinigten Staaten würde Fragen hinsichtlich der Wiedervereinigung und des möglichen Zugangs Deutschlands zu Nuklearwaffen aufwerfen. Die Entrüstung über die Ehrung deutscher Gefallener auf dem Friedhof von Bitburg im Jahre 1985 und das Aufsehen, das die deutsch-deutsche Annäherung im Jahre 1984 erregte, erinnerten lebhaft daran, wie hartnäckig Furcht und Mißtrauen gegenüber beiden Teilen Deutschlands sind. Da die Menschen in der Bundesrepublik die Teilung ihres Landes — selbst in Ermangelung eines langfristigen Plans zur Beseitigung der Teilung — nicht mehr als natürlichen oder dauerhaften Zustand hinnehmen, kann der deutschen Frage nicht aus dem Wege gegangen werden. Eine Vogel-Strauß-Politik würde die neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik nur verstärken. Sollte Bonn jemals zu dem Schluß kommen, daß seine hinsichtlich dieser Frage gehegten Hoffnungen durch seine Bündnispartner blockiert werden, könnte es nach der Prämisse handeln, daß die Straße nach Berlin über Moskau führt.

Mit dem Abtreten der Kriegsgeneration könnte sich die Möglichkeit ergeben, die deutsche Frage etwas leidenschaftsloser anzugehen als bisher. Washington muß sich immer vor Augen halten, daß der Wettstreit der Supermächte in Europa immer ein Kampf um die beiden Teile Deutschlands gewesen ist und auch bleiben wird. Die Vereinigten Staaten sollten sich deshalb stets in der Rolle des echten Fürsprechers für die nationalen Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland sehen.

Die deutsche Wiedervereinigung liegt nach wie vor in weiter Ferne, aber die Frage eines Nuklearwaffenstaats Bundesrepublik Deutschland könnte sich wesentlich früher stellen. Während die ausgeweitete Abschreckung der Vereinigten Staaten problematisch ist, könnte ein westeuropäisches nukleares Potential eine überzeugende direkte Abschreckung vor einem sowjetischen Angriff darstellen; daran müßte die Bundesrepublik Deutschland allerdings in irgendeiner Form beteiligt werden.

werden.

Die Anomalie der NATO-Strategie hat seit eh und je darin gelegen, daß der in militärischer Hinsicht am stärksten gefährdete und wichtigste europäische Mitgliedsstaat über keine eigenen Nuklearwaffen verfügt und sich in Bezug auf seine Sicherheit auf andere verlassen muß. In Frankreich zumindest — ein Staat, der wie die Sowjetunion einem Nuklearwaffenstaat Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich den größten Widerstand entgegensetzen würde — verbreitet sich bei den führenden Politikern zunehmend die Erkenntnis, daß eine europäische Lösung für eine kontinentale Verteidigung die Notwendigkeit einer nuklearen Rolle für Bonn mit sich bringt. Da Frankreichs eigene Sicherheit vor einem sowjetischen Angriff sich auf eine starke und stabile Bundesrepublik stützt, hat sich Jacques Chirac, der derzeitige Premierminister Frankreichs, im Jahre 1983 dafür ausgesprochen, der Bundesrepublik Deutschland in einer westeuropäischen Nuklearstreitmacht eine direkte Verantwortung zu übertragen. Frankreichs ehemaliger Präsident, Valérie Giscard d'Estaing, hat erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland, anders als Frankreich, *„ein Ziel ohne Schutzschild darstellt. Wir können die Bundesrepublik nicht für längere Zeit in dieser Position belassen, da ansonsten ihre Unterstützung für das westliche Bündnis (verlorengehen wird)"*. (1) Auch Großbritannien könnte der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in eine westeuropäische Nuklearstreitmacht wohlwollend gegenüberstehen, allerdings eher zum Zwecke einer Aufteilung der hohen Kosten für die Unterhaltung seines nuklearen Potentials. Aus naheliegenden Gründen wurde in der Bundesrepublik die Möglichkeit der Entwicklung einer Nuklearstreitmacht bislang nicht erörtert. Es liegt klar auf der Hand, daß Bonn keinerlei Verlangen danach hat, die ihm auferlegten nuklearen Beschränkungen einseitig zu durchbrechen. Es würde sich jedoch zweifellos für Nuklearwaffen entscheiden, wenn die Amerikaner ihren strategischen Schutzschild aufhöben und die „Nuklearisierung" der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenwirken mit ihren westeuropäischen Bündnispartnern, vielleicht mit einem gemeinsamen Kontrollmechanismus über diese Waffen, erfolgte.

Die Sowjetunion würde einer wie auch immer gearteten nuklearen Rolle der Bundesrepublik Deutschland ablehnend gegenüberstehen. Bei einer Zustimmung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs allerdings bliebe Moskau kaum etwas anderes übrig, als die Sachlage als gegeben hinzunehmen. Darüber hinaus würde ein Nuklearwaffenstaat Bundesrepublik Deutschland (oder sogar ein wiedervereinigtes Deutschland), anders, als dies bei einer entsprechenden Modernisierung Chinas der Fall wäre, keine konkrete Gefährdung der Sicherheit der Sowjetunion darstellen. Der eigentliche Schlag, wie es vom Kreml gesehen wird, wäre gegen die politischen Vorteile gerichtet, die die Sowjets derzeit dadurch gewinnen, daß sie die Widersprüchlichkeiten der ausgeweiteten Abschreckung schüren und dadurch für Verstimmungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen sorgen.

Die „Nuklearisierung" der Bundesrepublik Deutschland müßte im Rahmen eines strukturierten Gesamtkonzepts erfolgen. Dieser Prozeß kann hier nicht in allen Einzelheiten erörtert werden, es können jdoch einige grundsätzliche Richtlinien dargelegt werden. Zunächst müßte zwischen den Kräften Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Parität herrschen. Zweitens müßte mit Hilfe eines eurostrategischen Rüstungsabkommens versucht werden, ein Gleichgewicht zwischen den zusammengefaßten Streitkräften Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik auf der einen und dem gegen Westeuropa einsetzbaren sowjetischen TNF-Potential (TNF = Theater Nuclear Forces (Nuklearkräfte in und für Europa (Nukleare Kriegsschauplatz-Waffen)) auf der anderen Seite zu erreichen. Um schließlich die sowjetischen Befürchtungen zu verringern müßten die nuklearen Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich als Zweitschlags-Abschreckungspotential ausgelegt sein. Mit Hilfe einer solchen Konfiguration könnten ihre Einsatzsysteme großer Reichweite möglicherweise auf seege-

könnten ihre Einsatzsysteme großer Reichweite möglicherweise auf seege-

stützte langsam fliegende Marschflugkörper (Cruise Missiles) beschränkt und Anzahl und Detonationswert der von jedem Einsatzmittel mitgeführten Gefechtsköpfe begrenzt werden. Die Bundesrepublik ist eine stabile Demokratie und hat sich einen Anspruch auf das Vertrauen ihrer Partner erworben. In der Praxis würde die (durch die Geschichte belastete und durch die geographischen Verhältnisse verwundbar gewordene) Bundesrepublik als Nuklearwaffenstaat einen äußerst zurückhaltenden und vorsichtigen Akteur auf der geopolitischen Bühne darstellen.

Der politische Zusammenbruch Europas im Jahre 1945 zwang praktisch die Vereinigten Staaten, die im Hinblick auf das Kräftegleichgewicht auf dem europäischen Kontinent früher von Deutschland wahrgenommene Rolle zu übernehmen. Aber in einer von Nuklearwaffen beherrschten Welt ist die Theorie des „Amerika für Deutschland" unhaltbar. Ein Nuklearwaffenstaat Bundesrepublik Deutschland als Teil eines europäischen Abschreckungspotentials würde die Risiken im Zusammenhang mit dem Einsatz von Nuklearwaffen zur Abschreckung eines sowjetischen Angriffs gegen Westeuropa dorthin verweisen, wo sie hingehören. Kurzum, Europäer, nicht Amerikaner, sollten unter dieser Bedrohung leben müssen.

Die geopolitischen Umstände sind ständigen Veränderungen unterworfen. Bündnisse, auch die NATO, haben nicht allezeit Bestand. Das atlantische Bündnis beruhte einst auf zwei grundsätzlichen Voraussetzungen, die den Vereinigten Staaten die Verteidigung Westeuropas mit minimalem Risiko und erträglichem Aufwand ermöglichten, nämlich auf Amerikas nuklearstrategischer Überlegenheit und seiner globalen Vorherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet. Heute hat das Schwinden des nuklearstrategischen Vorteils der Vereinigten Staaten die Überzeugungskraft ihres nuklearen Engagements gegenüber der NATO geschwächt. Gleichzeitig hat der Rückgang ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Bezug auf den Rest der Welt ihrem weltweiten militärischen Engagement immer größere Belastungen auferlegt und in der Tat zu einer gefährlichen Überdehnung in strategischer Hinsicht geführt. Die Schönwetterperiode der amerikanischen Hegemonie — als es den Anschein hatte, daß die Vereinigten Staaten alle ihre internationalen Zielsetzungen ohne direkte Opfer oder langfristige wirtschaftliche Folgen erreichen konnten — ist endgültig vorbei.

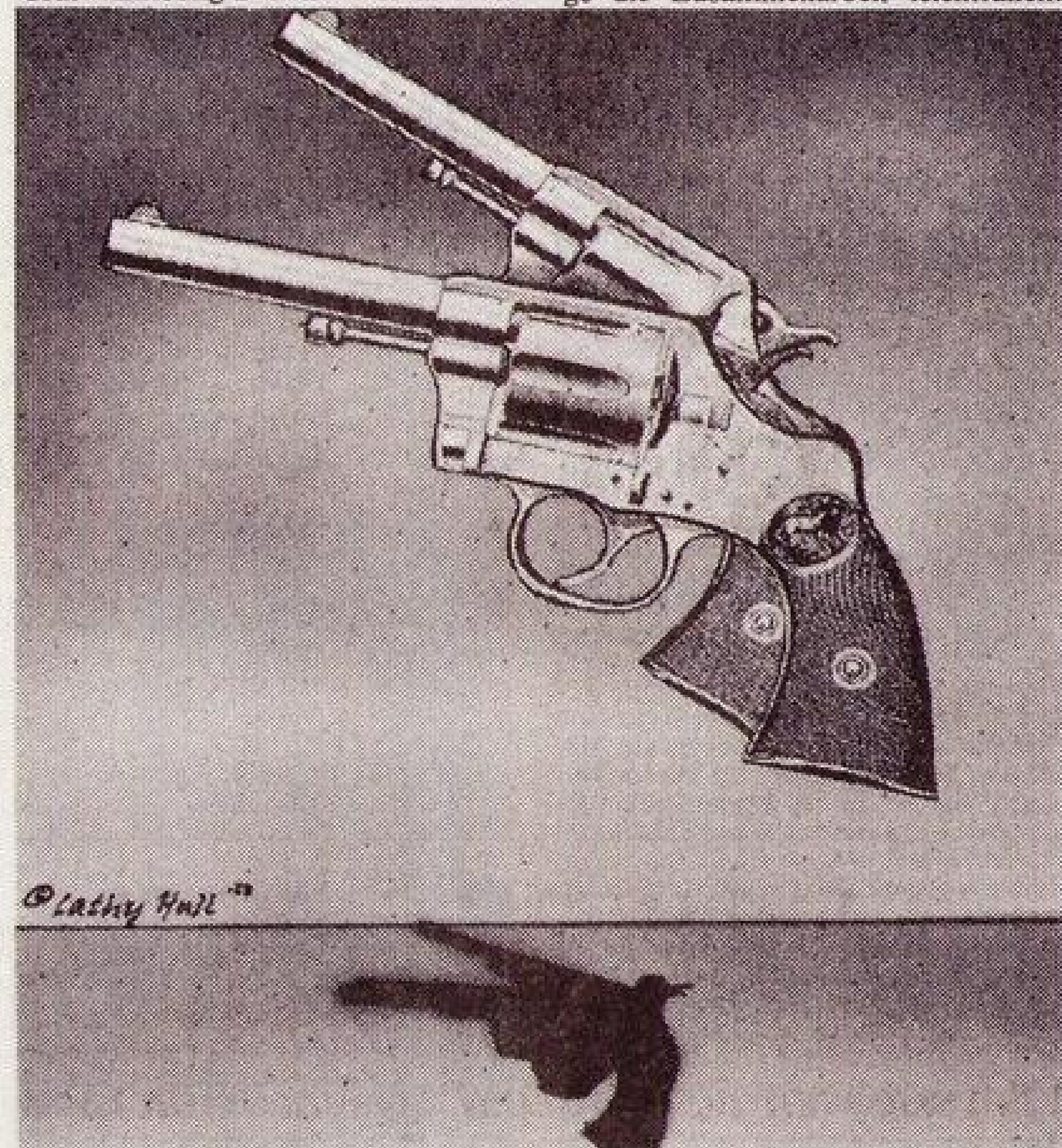
Washington ist im Besitz einer „Westeuropäischer Karte", die Moskaus „Deutschen Karte" ebenbürtig ist und diese sogar übertrumpfen kann.

Die Schwächung der Position Amerikas in der Weltwirtschaft und seine Überdehnung sind durch eine doppelte Ironie miteinander verknüpft. Zuerst war es die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit, die im Grunde Westeuropa, Japan und später den neu entstehenden Industriestaaten dazu verhalf, nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Konkurrenten zu werden. Dies hat dazu geführt, daß Amerikas Anteil an der Weltproduktionsleistung, die im Jahre 1945 bei 50 Prozent lag, 1980 auf 31,5 Prozent zurückgegangen war und gegen Ende des Jahrhunderts entsprechend den Voraussagen auf 20 Prozent abfallen wird. (2) Neben den quantifizierbaren unmittelbaren Ausgaben für das militärischeEngagement der Vereinigten Staaten in Übersee gibt es ernstzunehmende verdeckte Kosten, die den Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft zum Nachteil gereichen. Während Amerika sein Kapital und seine Technologie aus dem zivilen Bereich für den militärischen Bereich abzweigt, machen sich Westeuropa und Japan die US-Sicherheitsgarantien zunutze, indem sie ihre Wettbewerbsfähigkeit mit Ressourcen steigern, die sie ansonsten für die Verteidigung aufwenden müßten. Zweitens hat Washington die Verbreitung der Weltwirtschaftskraft in der Erwartung tatkräftig unterstützt, daß dadurch eine parallellaufenden Verbreitung militärischer Macht und somit in vielen Fällen eine Entlastung der Vereinigten Staaten im Bereich ihrer Eindämmungspolitik ge-

Entlastung der Vereinigten Staaten im Bereich ihrer Eindämmungspolitik ge-

genüber der Sowjetunion ermöglicht würde. Hier konnte der „Atlantizismus" das Erreichte nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wenngleich die Welt in wirtschaftlicher Hinsicht vielpolig ist, ist sie militärisch im wesentlichen zweipolig, da Westeuropa im strategischen Sinne nach wie vor von den Vereinigten Staaten abhängig ist.

In der Nachkriegszeit hatte die Aussicht auf Multipolarität in Washington gemischte Gefühle erweckt. Bei ihrer Gratwanderung zwischen einem Westeuropa, das ausreichend stark ist, um Amerika einen Teil seiner Lasten abzunehmen, und einem Westeuropa, das nicht so stark ist, um eine Herausforderung für seine Führungsposition darzustellen, haben sich die „Atlantiker" der Vereinigte Staaten und Westeuropas in die sogenannte „Zwei-Säulen"-Konzeption geflüchtet. Eine wirklich gleichrangige europäische Säule würde jedoch weder der militärischen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten bedürfen noch die politischen Beschränkungen in Kauf nehmen wollen, die damit einhergehen. Andererseits wäre Washington nicht gewillt, knapp bemessene Ressourcen für die Verteidigung einer gleichrangigen europäischen Säule aufzuwenden. Auch Amerika zöge es vor, eine nicht durch bündnisbezogene Erwägungen belastete Außenpolitik zu betreiben.



Eine Dezentralisierung fordert, realistisch betrachtet, ihren Preis. Multipolarität würde die politische und wirtschaftliche Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa erhöhen; Amerikas Fähigkeit zur Beeinflussung internationaler Entwicklungen würde entsprechende Einbußen erfahren. Bei einer strategischen Autonomie Westeuropas würden seine letzten Hemmungen fallen, bei heiklen Fragen noch härter mit Washington zusammenzuprallen. Wenngleich Westeuropa aufgrund gemeinsam anerkannter Werte in Grundsatzfragen fest an der Seite Washingtons stehen würde, könnte es sich doch in bestimmten Bereichen der Rüstungskontrolle und des Ost-West-Handels mit Moskau zusammentun. Dennoch ist es nicht mehr sinnvoll, vor den Folgen der Unabhängigkeit Westeuropas die Augen zu verschließen. Es war unvermeidlich, daß Westeuropa, nachdem es sich von den Folgen des Krieges erholt hatte, seine eigenen Interessen bestimmen und verfolgen würde. Eine kluge Politik setzt dem Unvermeidlichen keinen Widerstand entgegen, sie versucht vielmehr, das Unvermeidliche in einen Vorteil umzuwandeln.

Auf lange Sicht würde ein gleichgestelltes und unabhängiges Westeuropa die atlantische Gemeinschaft stärken, da weder Amerika noch Europa falsche Erwartungen in den anderen Partner setzen würden. Solange die Selbstbehauptung mit entsprechendem Sich-auf-sich-selbst-Verlassen einherginge, hätten die Amerikaner keinerlei legitime Basis zur Beanstandung einer gegensätzlichen Politik Westeuropas. Würden sie mit Washington zusam-

gensätzlichen Politik Westeuropas. Würden sie mit Washington zusam-

menarbeiten, wären sich die Westeuropäer darüber im klaren, daß diese Zusammenarbeit als Folge der freiwilligen Wahl echter Partner und nicht des Diktats einer hegemonischen Macht stattfindet. Obwohl es im Anschluß an eine entsprechende Dezentralisierung keinerlei formelle Bindungen im Bereich der Sicherheitspolitik zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa gäbe, müßte solchen in historischer und kultureller Hinsicht ähnlichen Staaten bei gleicher Interessenlage die Zusammenarbeit leichtfallen.

Zweifellos würden die Vereinigten Staaten und Westeuropa ihre Maßnahme in Bezug auf die Verschuldung der Dritten Welt abstimmen. Durch das Ende der US-Sicherheitsgarantien würden sich wahrscheinlich die Interessen der Westeuropäer in bislang beispiellosem Umfang auf den Persischen Golf richten und somit Möglichkeiten für eine nützliche Zusammenarbeit eröffnen. Zweifellos würden in anderen Fragen wie Handel, Terrorismus und Naher bzw. Mittlerer Osten Unstimmigkeiten aufkommen, aber diese Probleme führen auch jetzt schon zu Zwistigkeiten. Diese Differenzen dürften sich aber auch unter den nach Auflösung der Allianz gegebenen Bedingungen ausräumen lassen. Was beispielsweise den Nahen und Mittleren Osten angeht, gehen die Meinungen in Bezug auf die anzuwendende Taktik zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa weit auseinander, in den langristigen Zielsetzungen sind sie sich jedoch einig: weitestgehende Beschränkung des sowjetischen Einflusses und Schaffung eines dauerhaften Friedens.

Eine grundsätzliche Neubeurteilung der atlantischen Beziehungen darf nicht länger hinausgeschoben werden. In Westeuropa wird der normale wahlpolitische Pendelschlag in den 90er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die SPD und in Großbritannien die Labour Party zurück an die Macht bringen. Beide Parteien werden mit hoher Wahrscheinlichkeit eine völlig andere Außenpolitik verfolgen. In den Vereinigten Staaten, die zur Zeit von einem großen Haushalts- und Handelsdefizit erschüttert werden, dürfte jedoch bereits in diesem Jahrzehnt eine Neubewertung des NATO-Bündnisses vorgenommen werden. Das US-Engagement in der NATO verschlingt zwischen 42 und 60 Prozent der US-Verteidigungsausgaben. Da Steuererhöhungen politisch nicht durchsetzbar sind, die Sozialversicherung und der Schuldendienst unangetastet bleiben müssen und die Ausgaben im Inland bereits gekürzt worden sind, bleibt offensichtlich nur noch die NATO, um das Haushaltsdefizit in den Griff zu bekommen. Die Dezentralisierung könnte erheblich dazu beitragen, das übermäßige Engagement der Vereinigten Staaten in finanzieller und strategischer Hinsicht abzubauen. Durch die Auflösung der aus Europa abgezogenen Verbände der Landstreitkräfte könnten beträchtliche Einsparungen erzielt werden. Gleichzeitig könnte Amerikas Potential für außerheimische Gebiete durch die Umverteilung

Amerikas Potential für außerheimische Gebiete durch die Umverteilung

der verbleibenden Verteidigungsressourcen mit dem Ziel verstärkt werden, strategische Beweglichkeit und die Demonstration maritimer Macht in den Vordergrund zu stellen.

Amerikas Antwort auf die sich verschärfende Krise innerhalb der NATO hängt von einer Beurteilung der Bedeutung der Probleme der Allianz ab. Reformen werden keine wesentlichen Änderungen der Beziehungen innerhalb des Bündnisses erzwingen; die Probleme der NATO werden ständig wachsen. Wenn die Dinge wirklich so schlecht stehen, wie dies von den Reformern behauptet wird, reicht eine schlichte Reform nicht aus; dann gilt es vielmehr, eine grundlegende Umstrukturierung der atlantischen Beziehungen vorzunehmen. Trotz der allen Änderungen innewohnenden Risiken muß ein derartiger Versuch unternommen werden, da der Status quo zwangsläufig auf eine unliebsame Trennung hinauszulaufen scheint. Im Gegensatz zu der derzeitigen Tendenz in den Beziehungen innerhalb des Bündnisses bieten Veränderungen auch die Möglichkeit, eine neue positive Entwicklung in Gang zu setzen — Amerikas und Westeuropas politische Führer müssen nur klug genug sein, diese Chance zu nutzen.

Aus dem Englischen übersetzt vom Bundessprachenamt.

Anmerkungen:
1) Atlanta Journal, 11. Dezember 1984, 29
2) Paul M. Kennedy, „The First World War and the International Power System", International Security 9, Nr. 1 (Sommer 1984); S. 36-39

Foreign Policy,
halboffizielle Zeitschrift
zur US-Außenpolitik



Es herrscht ein bißchen Unruhe

Ulla Penselin und Ingrid Strobl weiter in Haft

1500 demonstrierten am 18. Januar in Hamburg gegen die Verhaftung von Ingrid Strobl und Ulla Penselin, 1000 waren es am 6. Februar in Köln. Die linke Szene bleibt, diesen Schluß legen die Zahlen nahe, unter sich. Der einzige, zumindest halbwegs erfolgreich, Versuch, das politische Spektrum zu erweitern, ist bisher ein Aufruf, der von Ingrid Strobls Anwältin Lunnebach in Absprache mit ihrer Mandantin erarbeitet worden ist. Das hat prompt zu einiger Unruhe in der Unterstützerszene geführt hat, die von der schlecht recherchierten taz-Berichterstattung forciert wurde. Die taz hatte fälschlicherweise behauptet, der Aufruf „Freiheit für Ingrid Strobl" sei von der EMMA selbstherrlich und ohne Rücksprache mit Ingrid und ihrer Anwältin entstanden und den zum Großteil linksliberalen Prominenten zugeschickt worden. Nachdem dies richtiggestellt worden war blieb immerhin bei manchen noch die Verstimmung darüber, daß Ulla Penselins Verhaftung in dem Text nicht benannt, ihre Freilassung also auch nicht gefordert wurde. Das wurde von der RA'in damit begründet, daß die Leute, die den Aufruf erhalten haben vorwiegend persönliche Bekannte und FreundInnen von Ingrid sind — dadurch auch eher motiviert sind einen auf Ingrid zugeschnittenen Aufruf zu unterschreiben, als einen allgemeinen. Ganz überzeugen kann diese Begründung allerdings nicht: der Aufruf ging beispielsweise auch an die AL in Westberlin.

Aber so ärgerlich es ist, daß in dem Aufruf nur die Solidarität mit Ingrid bekundet wurde, so falsch ist es auch jetzt gegen den Aufruf Stimmung zu machen oder gleich die ganze Orientierung auf die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit als

det wurde, so falsch ist es auch jetzt gegen den Aufruf Stimmung zu machen oder gleich die ganze Orientierung auf die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit als

Irrweg zu bezeichnen. Festzuhalten ist nämlich, daß es außer dem Strobl-Aufruf keine Aktivitäten gibt, die darauf zielen, ein ähnlich breites politisches Spektrum in die Solidaritätsarbeit einzubeziehen. Das aber ist notwendig, um, wenn das überhaupt möglich ist, den Staatsschutzapparat unter Legitimationsdruck zu setzen. Bisher können die Staatsschützer nämlich durchaus zufrieden sein: die öffentliche Empörung über die Verhaftungen hält sich in vergleichsweise recht engen Grenzen. Nichteinmal die äußerst magere Begründung mit der der Haftrichter am 20. Januar beim Haftprüfungstermin Ulla Penselin in U-Haft behielt, bewegte die Gemüter der kritischen Öffentlichkeit über ein leicht resigniertes „Ja ist es denn die Möglichkeit?" hinaus. Das Ergebnis von Ingrid Strobls Haftprüfungstermin am 4. Februar war zwar bei Redaktionsschluß nicht bekannt — die Tatsache daß der Haftrichter seinen Entscheid nicht direkt verkündete, sondern (wie bei Ulla) die Bekanntgabe verzögerte, deutet aber darauf hin, daß das Ergebnis nicht anders ausfallen wird.

Es wird also derzeit in der BRD weitgehend stillschweigend hingenommen, daß eine Frau verhaftet wird, weil sie angeblich beim Kauf eines Weckers einer bestimmten Marke auf Video aufgenommen worden ist, und daß eine andere in U-Haft sitzen muß, weil sie sich mit drei Frauen in Osnabrück getroffen hat, von denen eine später einen „Zeitgeberbaustein" gekauft hat, wie er auch bei Brandanschlägen der „Roten Zora" Verwendung findet. Wenn es der Bundesanwaltschaft aber gelingt, aufgrund einer derartig dünnen Indizienkette Ulla und Ingrid länger in Haft zu halten oder sie sogar verurteilen zu lassen, wird das Auswirkungen auf die Repression gegen die Bewegungen insgesamt haben. So billig waren „TerroristInnen" noch nie zu haben...

Konstrukt Kontaktschuld

Mit seiner Begründung für Ullas Haftfortdauer vom 27.1.88 bestätigt der Bundesgerichtshof nämlich was bisher in den Flugblättern und Einschätzungspapieren der Unterstützungsgruppen bloß behauptet worden ist: die Verhaftung resultiert einzig und allein daraus, daß Ulla Frauen kennt, von denen die Bundesanwaltschaft vermutet, sie gehörten der

behauptet worden ist: die Verhaftung resultiert einzig und allein daraus, daß Ulla Frauen kennt, von denen die Bundesanwaltschaft vermutet, sie gehörten der

„Roten Zora" an (siehe Dokumentation Presseerklärung). Die zu keinem konkreten Tatvorwurf konkretisierten Verdächtigungen sind bloße Vermutungen. Keinen Deut tragfähiger sind die Verdächtigungen gegen Ingrid Strobl: die Tatsache allein, daß sie einen Wecker gekauft hat und daß ein Wecker der gleichen Marke, möglicherweise sogar genau dieser Wecker bei einem Sprengstoffanschlag Verwendung gefunden hat, belegt nicht mehr als genau das. Ingrids Wecker, so er es überhaupt ist, kann bevor er in den Sprengsatz eingebaut worden ist auf zahllose Umwege geraten sein, kann verschenkt, verloren oder gestohlen worden sein. Daß die Bundesanwaltschaft diese Möglichkeiten nicht ausschließen kann, muß ausreichen — es gibt schließlich eine Unschuldsvermutung in diesem Land — sie sofort wieder auf freien Fuß zu setzen. Andernfalls reicht es künftig, daß es Anschläge gibt, die dieselben Mißstände zum Opfer haben, gegen die sich auch legale politische Aktivitäten richten, um auch letztere strafrechtlich zu verfolgen. „Die Verdächtigungsmethode, nach der eine Vielzahl im außerparlamenatrischen Bereich politisch aktiver Frauen in terrornähe gerückt wird, bedient sich eines sprachlichen Tricks. Die Zauberformel heißt ‚Anschlagrelevanz'. Verdächtig ist, wer sich als Frau bei anschlagsrelevanten Themen engagiert." Gemerkt hat das nicht etwa das „deutsche Nachrichtenmagazin", das sonst so gerne enthüllt und so verdammt hartnäckig recherchiert — nein, die österreichische Zeitung „profil" kann für sich verbuchen am umfassendsten und präzisesten über die politischen Hintergründe und das reaktionäre Umfeld der Verhaftungen berichtet zu haben. Während in der BRD „Zeit" und „Spiegel" schweigen, die „Emma" ihren Titel doch lieber für „unsere erste Frau im All" reserviert und die „konkret" sich mit dem schlichten Hinweis begnügt, wir berichten nächstes Heft, hat die linksliberale „profil" immerhin vier Seiten für das brisante Thema freigeschaufelt. Aber nicht nur die liberale Presse hält sich auffällig zurück. Auch die kritischen Vereinigungen wie das Komitee für Grundrechte und Demokratie oder die Humanistische Union haben bisher keinen Protest erhoben. Es kann nicht daran liegen, daß sie nicht gemerkt hätten, wie haltlos und gefährlich die Begründungen von BGH und Bundesanwaltschaft für die Verhaftungen sind. Liegt es also daran, daß sie

sie nicht gemerkt hätten, wie haltlos und gefährlich die Begründungen von BGH und Bundesanwaltschaft für die Verhaftungen sind. Liegt es also daran, daß sie

es gemerkt haben und Angst haben auf irgendeine Art und Weise mit ins Visier zu geraten? Oder begnügen auch sie sich nicht mehr mit einer Unschuldsvermutung und befürchten, daß vielleicht doch „irgendwas" dran sein könnte an den Anklagen? Darauf kommt es aber angesichts der Situation überhaupt nicht an. Entscheidend für das aktuelle Engagement muß sein, was als Begründung für die nunmehr über sieben Wochen dauernde Haft herhält: daß Ingrid einen Wecker gekauft hat und daß Ulla sich mit anderen Gentechnikkritikerinen getroffen hat. Mehr ist da nicht!

fassanbass

Dokumentation

Freiheit für Ingrid Strobl!

Am 20. Dezember vergangenen Jahres wurde die Journalistin Ingrid Strobl von einem GSG-9-Kommando in ihrer Kölner Wohnung verhaftet. Seither ist sie in Untersuchungshaft im Frauengefängnis Neudeck in München. Ingrid Strobl sitzt dort in einer Zelle ohne Fenster, sie wird von den anderen Gefangenen strikt isoliert und nur gefesselt transportiert.

Ingrid Strobl, die als kritische Journalistin bekannt und anerkannt ist, wird vom BKA ganz allgemein — ohne Angabe von Beweisen — der „Zugehörigkeit zu der terroristischen Vereinigung ‚Revolutionäre Zellen'" beschuldigt. Ihr wird darüber hinaus der Kauf eines Weckers angelastet, der angeblich bei einem Sprengstoffattentat auf die Kölner Lufthansa-Zentrale (100.000 DM Schaden) im November '86 als Zeitzünder gedient haben soll. Dieser Verdacht der Polizei ist Ingrid Strobl seit Februar 87 bekannt. Sie hat daraus keinerlei Konsequenz gezogen. Bis heute, fünf Wochen nach der Verhaftung, wurde ihrer Anwältin noch keine Akteneinsicht gewährt. Nichts rechtfertigt die dramatische Verhaftung und die unmenschlichen Haftbedingungen!

Das anhaltende Schweigen der Ermittlungsbehörde nährt den Verdacht, daß hier im Zuge der bundesweiten Razzien gegen „Terroristen" bei Linken und Feministinnen ein Exempel statuiert werden soll. Ein Exempel am Beispiel einer Journalistin, die als gesellschaftskritisch bekannt ist und der darum der Ruch des „SympathisantInnentums" anhaftet. Geht es in diesem deutschen Winter wieder einmal um „Fahndungserfolge" um jeden Preis und um die Einschüchterung kritischer Intellektueller?

Wir erwarten unter diesen Umständen die sofortige Freilassung von Ingrid Strobl!



Dokumentation

Freiheit für Ulla Penselin und Ingrid Strobl

Resolution des Bundeshauptausschusses der GRÜNEN

— Wir erklären unsere Solidarität mit Ingrid Strobl und Ulla Penselin und rufen dazu auf, sie durch Briefe, Spenden und gezielte Öffentlichkeitsarbeit in allen Kreis- und Landesverbänden zu unterstützen.

— Wir betonen, daß es Bestandteil GRÜNER Solidarität sein wird, gerade um *die* Themen eine verstärkte öffentliche Auseinandersetzung zu führen, die in den Haftbefehlen gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl als „anschlagsrelevante Themen" bezeichnet und damit tabuisiert werden sollen. Mit Hilfe des § 129a soll die Auseinandersetzung und der Widerstand gegen Gen- und Reproduktionstechnik, selektierende Bevölkerungspolitik und ImmigrantInnen- und Flüchtlingsgesetze kriminalisiert werden.

— Wir sind empört über das offen rechtswidrige Vorgehen der Bundesanwaltschaft und fordern einen Bericht der Bundesregierung über das Vorgehen des Bundeskriminalamts in Bezug auf die durchgeführten Durchsuchungen, Anklagen und Verhaftungen.

— Wir fordern die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens und die Freilassung von Ingrid Strobl und Ulla Penselin.

— Wir weisen darauf ihn, daß der bereits erfolgte Haftprüfungstermin von Ulla Penselin (der wohl nicht zur Freilassung führen wird, eine Entscheidung steht für diesen Dienstag an) und der noch bevorstehende Haftprüfungstermin (6.2.88) von Ingrid Strobl den verstärkten Protest und eine ausführliche Berichterstattung notwendig macht.

— Wir protestieren dagegen, daß die Weiterleitung eines offenen Briefes an Ingrid Strobl, verfaß vom Arbeitskreis Frauenpolitik der GRÜNEN IM BUNDESTAG, verhindert wurde. Zur Begründung dieser Maßnahme führte der Bundesgerichtshof (BGH) an, daß es Mitgliedern des Deutschen Bundestag verwehrt sei, das Ermittlungsverfahren und die Verhaftung von Ingrid Strobl als „Unrecht" zu bezeichnen, „ohne Kenntnis und Prüfung der Beweislage". Die Behauptung des BGH, der offene Brief des Arbeitskreises der GRÜNEN Bundestagsfraktion sei durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht gedeckt, macht uns annähernd fassungslos. Wenn der BGH meint, „für eine solche Meinungsbildung fehlt es an einer konkreten Grundlage" und daher liege begrifflich keine Meinungsäußerung vor, schafft er in der Konsequenz das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ab.

Wir stellen fest, daß Ingrid Strobls Anwältin und der Öffentlichkeit bis heute keine Beweise und konkret nachweisbaren Tatvorwürfe präsentiert wurden, sondern daß vielmehr der § 129a der „Sicherheitsgesetze" dazu benutzt werden konnte, TheoretikerInnen und OrganisatorInnen sozialer Bewegungen auszuforschen und zu kriminalisieren, um sich so auf dem Umweg über das BKA das zu verschaffen, was die im Chaos gescheiterte Volkszählung nicht erbracht hat: den Überblick und die Ausforschung der politischen Szene.

Wir bestätigen deshalb die Solidaritätsadresse unserer Bundestagsfraktion und teilen dem Bundesgerichtshof mit, daß er mit seiner Befürchtung vollkommen richtig liegt: Wir wollen in der Tat Ingrid Strobl und Ulla Penselin gegen das Vorgehen und die unzulänglich begründeten Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft unterstützen und bestärken.



Dokumentation

Dokumentation

Gesinnungskriminalisierung

Erklärung des Anwalts von Ulla Penselin

Der Bundesgerichtshof hat am 27. Januar 1988 mitteilen lassen, daß auf die am 20. Januar 1988 stattgefundene Haftprüfung beschlossen worden sei, Haftfortdauer anzuordnen.

Damit setzt der Bundesgerichtshof die Kriminalisierung des kritischen Engagements von Ursula Penselin zum Thema „Gen- und Biotechnologie" fort.

Der Haftbefehl vom 19. Dezember 1987 wirft Ursula Penselin lediglich vor, einem Kreis von Frauen anzugehören, der sich in Gesprächen und Kongressen intensiv mit dem Thema Gen- und Biotechnologie sowie dem gewaltsamen Widerstand hiergegen auseinandersetzt. Gegen drei weitere Frauen aus diesem Kreis erhebt der Bundesgerichtshof den gleichen Vorwurf.

Mit diesen drei Frauen wird Ursula Penselin vorgeworfen, sich am 31.7.1987 in Osnabrück getroffen zu haben. Eine dieser Frauen soll in einem Elektronik-Fachgeschäft in Hamburg elektronische Zeitgeberbausteine erworben haben, wie sie bei Brandanschlägen auf Filialen der Bekleidungswerke Adler am 15. August 1987 verwandt worden sind.

Die Bundesanwaltschalft hat im Haftprüfungstermin eingeräumt, daß jeder Bastler derartige Zeitgeberbausteine kenne.

Dennoch schließt der Bundesgerichtshof aus der Teilnahme an diesem Treffen, daß Ursula Penselin hierbei an der Vorbereitung dieser Anschläge mitgewirkt habe.

Irgendwelche Erkenntnisse über den Inhalt der Gespräche auf diesem Treffen gibt es nicht. Das Treffen fand in einem Café in Osnabrück statt, das jedermann zugänglich ist.

Ursula Penselin wird weiter vorgeworfen, an einem Treffen in Telgte am 28./29. November 1987 teilgenommen zu haben. Dieses Treffen hat in einer Ferienwohnung stattgefunden, die nicht unter dem Namen einer der TeilnehmerInnen an diesem Treffen gemietet worden ist. Nach diesem Treffen sind, wie die Bundesanwaltschaft im Haftprüfungstermin am 20.1.1988 bekannt gab, in der Sickergrube ein Flugblatt der Revolutionären Zellen gefunden worden, ferner ein Kassenbeleg, nach dem eine der Teilnehmerinnen am Tag zuvor in Hamburg Bananenstecker und dazugehörige Kupplungen gekauft habe.

Die Bundesanwaltschaft machte im Haftprüfungstermin deutlich, daß Ursula Penselin diese Käuferin nicht gewesen sei.

Behauptet wurde allerdings, daß solche Gegenstände auch bei der Herstellung von Spreng- und Brandsätzen Verwendung finden könnten.

Dieses zweite Treffen macht, laut Haftbefehl, Ursula Penselin der Mitgliedschaft in der genannten terroristischen Vereinigung dringend verdächtig.

Im Haftprüfungstermin bekannte die Bundesanwaltschaft, keine neuen Ermittlungsergebnisse gegen Ursula Penselin vorlegen zu können. Es gebe kein weiteres Beweismaterial als das im Haftbefehl aufgeführte.

Unter diesen Umständen bedeutet die Aufrechterhaltung des Haftbefehls die Fortsetzung der Gesinnungskriminalisierung. Ursula Penselin wird nichs weiter vorgeworfen, als Kontakt gehabt zu haben zu Frauen, die verdächtigt sein, Bauteile gekauft zu haben, die bei Anschlägen Verwendung finden können.

Derartigen Verdächtigungen und Vermutungen kann jeder jederzeit ausgesetzt werden. Wenn derartige Vermutungen zur Konstruktion von Haftbefehlen gem. § 129a StGB ausreichen, sind der Willkür bei der Verfolgung Andersdenkender Tür und Tor geöffnet. Die Haft kann auch angeordnet werden, wenn keine Fluchtgefahr besteht, der Tatverdacht allein reicht zur Anordnung der Untersuchungshaft. Dies verstärkt die Gefährlichkeit der Vorschrift. Der Haftbefehl muß mangels Tatverdachts aufgehoben werden. Ursula Penselin muß freigelassen werden. Der § 129a StGB gehört abgeschafft.

Hamburg, den 27. Januar 1988

Hartmut Jacobi
Rechtsanwalt

Lebewesen für die Produktion

Was bringt die Biotechnologie?

Wir dokumentieren im Folgenden den Redebeitrag, den der Molekularbiologe Ludger Wess, Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, am 5.1.88 auf der Solidaritätsveranstaltung für Ulla Penselin, Ingrid Strobl und das Gen-Archiv in der Hamburger „Fabrik" hielt.

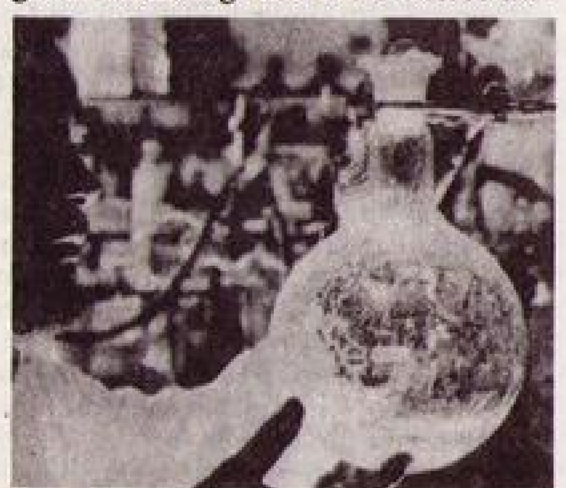
Wer die Gentechnologie angreift, greift zugleich den wichtigsten Wachstumssektor der 90er Jahre an. Etwa seit Ende der 70er Jahre gilt es in den Denkfabriken der Multis als ausgemacht, daß in den neuen Entdeckungen und Entwicklungen der modernen Biologie Möglichkeiten stecken, die die Grundlage für eine neue industrielle Revolution abgeben können.

Das Neue an dieser Technologie ist, daß man jetzt Lebewesen nach den Erfordernissen der industriellen Revolution gezielt verändern oder ganz neu hervorbringen kann. Weil mit Lebewesen gearbeitet wird, die sich mitsamt ihrer neuen Eigenschaften sehr schnell vermehren können, ergibt sich als ein neues Kennzeichen dieser Technologie, daß die Ergebnisse der Grundlagenforschung nahezu unmittelbar in der Produktion eingesetzt werden können; sie schung nahezu unmittelbar in der Produktion eingesetzt werden können; sie müssen nicht erst in jahrelanger Entwicklungsarbeit produktionstechnisch verwertbar gemacht werden. Damit wird nicht nur die Trennung von sog. „reiner" Grundlagenforschung und angewandter Forschung aufgehoben, sondern vor allem die Trennung von Forschung und unmittelbarer kommerzieller Verwertung.

Um diese Verbindung optimal zu nutzen, mußte hier in der BRD in den zurückliegenden Jahren Entwicklungsarbeit geleistet werden, weil die Verzahnung von Industrie und universitärer Forschung hier längst nicht so eng war wie z.B. in den USA oder Japan. Die deutsche Chemie-Industrie hat aus diesem Grunde ihre ersten großen Gentechnik-Investitionen Anfang der 70er Jahre in amerikanischen Universitäten gemacht.

Zur Strukturreform zählt z.B. die Etablierung von sog. Technologieparks und Genzentren und das Modell der gekoppelten Forschungsförderung: öffentliche Gelder gibt es für Projekte nur, wenn auch ein privatwirtschaftlicher Geldgeber gefunden wird. Auch das Hochschulrahmengesetz zählt dazu. Es hat viel zum Industrie-Eintritt in die Hochschulforschung beigetragen, und es hat darüberhinaus aber noch andere Folgen intendiert: mit der Vorgabe, daß mit Wissenschaftlern nur noch auf wenige Jahre befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden dürfen, werden Vorbedingungen für typische Täterkarrieren hergestellt: enormer Leistungsdruck, der zu einer sozialen Isolierung in den Labortrakten und zu ausgeprägter politischer Anpassungsbereitschaft führt, begünstigt skrupelloses Vorgehen im Interesse des „Fortschritts" und der eigenen Karriere — wir kennen die Parallelen zu Täterkarrieren aus der NS-Zeit.

Zahlreiche der bereits erwähnten Forschungszentren, in denen Industrie und Hochschulforschung im Verbund arbeiten, sind inzwischen gerade fertig oder kurz vor der Fertigstellung: Genzentren in Heidelberg und München, die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung in Braunschweig, das Bremer Biotechnologiezentrum und das Zentrum für molekulare Neurobiologie in Hamburg. Die Liste erhebt kei-



nen Anspruch auf Vollständigkeit. Es wird also mit großer Energie daran gearbeitet, den Forschungs- und Investitionsrückstand aufzuholen. Die Aufhebung der Trennung von Forschung und kommerzieller Verwertung ist dabei programmatisch.

Als Beispiel für die vielen verschiedenen Forschungsprojekte seien zwei ökonomisch und weltpolitisch besonders wichtige Sektoren herausgegriffen:

▶ In der Pharmaproduktion ist die BRD besonders im Rückstand. Hier soll daher mit dem entsprechenden Hochdruck aufgeholt werden. Als lukrativ und zukunftsträchtig gilt die Herstellung von körpereigenen Regulationsstoffen, die mit herkömmlichen Mitteln bisher nicht zugänglich waren, weil sie im Körper nur in geringsten Mengen vorhanden sind (sog. Interferone, Endorphine, Neuropeptide etc.). Von diesen Substanzen verspricht man sich ganz neuartige Therapiemöglichkeiten, weil sie sehr komplexe Verhaltensmuster beeinflussen oder steuern können. Sie greifen unmittelbar in den Hirnstoffwechsel ein und beeinflussen beispielsweise den Hormonzyklus der Frau wesentlich tiefgreifender als die herkömmliche Hormonpille. Langfristig wird darauf gehofft, die Kontrolle für das gezielte An- und Ausschalten von Genen unter Kontrolle zu bekommen. Teile der genannten Forschungsbereiche werden in Hamburg im Zentrum für molekulare Neurobiologie in Zusammenarbeit mit dem Fortpflanzungslabor Leidenberger in Angriff genommen.

In der Pflanzenzucht ist das Ziel die Entwicklung von neuen sog. Industriepflanzen, die ganz auf spezielle Bedürfnisse der Produktion zugeschnitten sind: Pflanzen (oder auch Bakterien, die dies bisher nicht können) sollen gezielt z.B. seltene Fette als Rohstoffe für Schmiermittel, Lebensmittel oder Chemiefasern herstellen, andere Pflanzen — auch ein Hamburger Projekt — sollen ihre Kälteempfindlichkeit verlieren. Der Sinn solcher Manipulationen liegt darin, daß wertvolle Industriestoffe, die bis jetzt noch ausschließlich aus tropischen Pflanzen gewonnen werden müssen, von Pflanzen, die hier wachsen, produziert werden können. Damit wird ein für die Metropolen unverzichtbarer Sektor der Rohstofferzeugung, der bis jetzt nocht in den drei Kontinenten lokalisiert war, hierher verlagert.



Demo in Hamburg am 18.1.88

Foto: H. Wojahn

Für die sogenannte Dritte Welt bleibt die Produktion von Nahrungsmitteln und Pflanzen für die Treibstoffgewinnung mit Vieh und Saatgut, das ebenfalls gentechnisch „optimiert" sein wird. All diese Organismen sind patentierbar und benötigen eine hochtechnisierte und standardisierte Pflege, d.h., die Einfuhr solcher Pflanzen und Tiere in die drei Kontinente dürfte die letzten Reste von Kleinbauerntum und Subsistenzwirtschaft endgültig zerstören. Hierzulande stehen zur Zeit die ersten Freilandversuche mit solchen gentechnisch veränderten Pflanzen an. In den USA gibt es einen breiten Widerstand gegen diese Versuche; entsprechende Felder wurden wiederholt von Gegnern zerstört. Um so mehr hofft man in Europa auf den ungestörten Verlauf der hiesigen Freisetzungsexperimente.

▶ In der Embryonen-Forschung geht es — und das läßt sich kaum anders als in dieser Schärfe sagen — darum, Freiräume für medizinische Verbrechen zu schaffen. Mediziner fordern inzwischen unverhohlen die Erzeugung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken, „um die medizinische Praxis zu optimieren", das heißt nichts anderes als der breite Einsatz der Tierversuche. Genforscher wollen mit den Embryonen die vorgeburtliche Diagnostik von erblichen Krankheiten und Merkmalen optimieren (s.u.). Die Fortpflanzungsmedizin braucht die Embryonen, um die Reagenzglas-Befruchtung zu verbessern. Die Transplantationsmedizin, also das Gebiet der Organverpflanzungen, ist dabei, sich menschliche Embryonen und mißgebildete Neugeborenen als „Ersatzteillager" zu sichern, weil in der ersten Welt eine große Nachfrage nach Spenderorganen und Gewebe herrscht und embryonale Organe und Gewebe vom Empfänger besonders gut vertragen werden bzw. passend herzustellen sind.

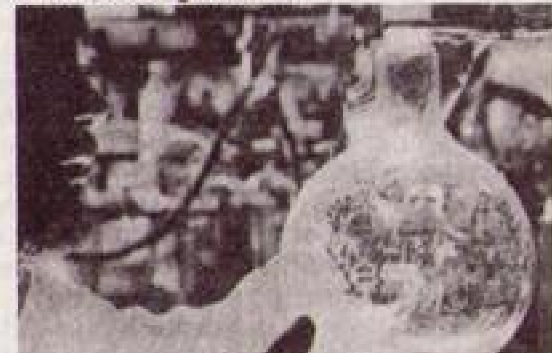
In der Humangenetik werden mit Hochdruck neue Diagnoseverfahren entwickelt, um Träger von bestimmten Merkmalen, Krankheiten oder Krankheitsrisiken ausfindig zu machen. Dies soll zum einen geschehen, bevor sie geboren werden, mit dem Ziel, die Geburt eines solchen Menschen zu verhindern, weil er oder sie zu krank oder leistungsschwach ist. Es gibt hierzu eine ganze Reihe von sorgfältigen Kosten/Nutzen-Rechnungen, die die Entlastung des Gesundheits- und Sozialhaushaltes durch vorgeburtliche Selektion berechnen. Zum anderen sollen Menschen mit bestimmten Krankheitsrisiken (Dispositionen) ausfindig gemacht werden, um ihnen eine bestimmte Lebensweise aufzuzwingen. Dies betrifft Menschen mit angeblich angeborener Neigung zu Herzinfarkt, Bronchitis, Zuckerkrankheit, Alkoholismus, Schizophrenie usw. Mit einer solchen Suche und Kennzeichnung sollen privatwirtschaftliche Unternehmen vor teuren Folgekosten bewahrt werden: Versicherungsgesellschaften werden sich dieser Tests bedienen, um analog zu HIV-positiven Menschen die Träger bestimmter Risiken nicht mehr oder nur noch zu erhöhten Kosten zu versichern. In Chemie-Unternehmen werden ähnliche Tests eingesetzt, um zu begründen, daß Beschäftigte, die sich am Arbeitsplatz eine chronische Vergiftung zugezogen haben, von ihrer Verfassung her zu empfindlich sind und nicht etwa deshalb erkranken, weil die Giftstoffbelastung am Arbeitsplatz zu hoch ist. Langfristig sollen nur noch besonders robuste ArbeiterInnen eingestellt werden.

Besonders wichtig werden die humangenetischen Beratungsstellen. Sie haben die Aufgabe, Informationen über die genetische Struktur der Bevölkerung zusammenzutragen und diese Daten nach Möglichkeit mit sozialen Angaben zu koppeln. In einigen Instituten existieren bereits mosaikförmige Übersichten über weite Verwandtschaftsbeziehungen. Das Datenmaterial reicht z.T. bis in die Nazizeit zurück, oder wurde, wie im Fall Münster, in den 50er und 60er Jahren mit Mitteln des Atomministeriums zusammengetragen, um Daten über die Verbreitung von Erbschäden in der Bevölkerung zu erhalten. In Münster wurden sämtliche Krankenakten aus fast zwei Jahrzehnten und aus dem gesamten Regierungsbezirk zur Erstellung eines Gen-Registers durchgesehen und auszugsweise festgehalten.

Humangenetische Beratung und vorgeburtliche Diagnostik sollen ferner allmählich fester Bestandteil der Schwangerschaftsvorsorge werden. Die Daten aus Vorsorge-Untersuchungen und humangenetischer Beratung sollen mit den Daten, die z.Zt. bereits bundesweit über Geburtsverlauf und Säuglingsentwicklung gesammelt werden, zusammengeführt werden. Dabei handelt es sich zum Teil auch um soziale Daten. Das Netz der Beobachtung und Kontrolle des individuellen Lebens wird damit noch enger geknüpft und Minderheiten von Geburt an stigmatisiert.

Auch auf der ideologischen Ebene ist die humangenetische Beratung wichtig, denn sie bereitet geschickt den Boden für die Akzeptanz einer Aussonderungspolitik gegen Krüppel und Leistungsschwache.

Die Humangenetik wird dabei in einem gesundheits- und sozialpolitischen System etabliert, das in ungebrochener nazistischer Kontinuität auf Aussonderung, auf Selektion angelegt ist. Die Sozialpolitik ist hierzulande in den letzten Jahren in aller Stille zum Vernichtungsangriff übergegangen — nicht nur in der Humangenetik. Nichts anderes ist gemeint,



— wenn die Sterilisierung entmündigter Menschen wieder gesetzlich ermöglicht werden soll, wie es die Reform des Pflegerechts vorsieht;
— wenn in den letzten Jahren die Pflegesätze für Anstaltsinsassen systematisch herabgesetzt wurden und Personal derart abgebaut wird, daß die Patienten täglich mit Medikamenten stillgehalten werden müssen, um eine Minimalversorgung zu leisten;
— wenn immer mehr Pflegepatienten abgeschoben werden in dubiose Privatheime und ihre Betreuung und Versorgung immer mehr nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt wird;
— wenn die medizinische Versorgung für Alte und dauernd Arbeitsunfähige
— wenn die medizinische Versorgung für Alte und dauernd Arbeitsunfähige immer mehr eingeschränkt wird und diskutiert wird, Rentner ab 65 nicht mehr intensivmedizinisch zu versorgen;
— wenn eine Kampagne zur Etablierung der sog. „Euthanasie" entfesselt wird, die Alten und Kranken unmißverständlich klarmacht, daß sie gefälligst abzutreten haben — „in Würde sterben", heißt das zynisch. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden führt in einer jüngsten Publikation die Etablierung der „Sterbehilfe" als bevölkerungspolitische Maßnahme an, mit der der zukünftige „Rentnerberg" abgeschmolzen werden kann;
— wenn jetzt von der bayerischen Staatsregierung offen die Absonderung von HIV-Positiven in Konzentrationslagern gefordert wird und auch der „Spiegel" bereits auf dieser Linie liegt.

Die radikalen KritikerInnen haben in der letzten Zeit eine Menge geleistet, um diese verschiedenen Dinge zusammenzubringen, zu analysieren und zu kritisieren.

Viel ist passiert, was die Betreiber, die es gewohnt sind, völlig ungestört und unbehelligt ihrem Geschäft nachzugehen, aufgestört hat.

Es stört sie, daß die historischen Wurzeln, insbesondere die NS-Praxis der Humangenetik, Fortpflanzungsmedizin und Bevölkerungspolitik so aufgearbeitet werden, daß diese Geschichte Folgen für die Gegenwart hat.

Es stört sie, daß es KritikerInnen gibt, die sich nicht in die Akzeptanzdiskussion um Chancen und Risiken einbinden lassen und dennoch wichtige Aufklärungsarbeit in weiten Bevölkerungskreisen leisten.

Es verunsichert sie, daß — wie z.B. im Schwarzbuch oder bei der Stoeckenius-Affäre — ihre Namen und Verbrechen öffentlich gemacht werden, und es alarmiert sie, wenn die Kritik an ihrer Tätigkeit praktisch wird.

Die Reaktionen sind zweierlei: zum einen igeln sich die Betreiber ein. Ihre Kongresse finden nur noch unter Polizeischutz statt, sie geben nur noch ungern Interviews und bauen hohe Zäune um ihre Institute. Zum anderen setzen sie den Staatsschutzapparat auf diejenigen an, die ihnen lästig werden.

Darum: Lassen wir uns nicht beirren! Gehen wir mit unserer Kritik jetzt erst recht in die Offensive!

Erklärung der Frauen aus dem Gen-Archiv Essen zur Durchsuchungsaktion des BKA am 18.12.87

Wir arbeiten im Gen-Archiv Essen. am 18.12.87 wurden Räume des Gen-Archivs in Essen und der taz Bochum sowie Wohnungen von mehreren Frauen in Düsseldorf, Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund durchsucht. Das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft haben diese Maßnahmen angeordnet, die sich besonders gegen die Frauen richten, die sich kritisch mit Fragen der Gentechnik und deren Anwendung beschäftigen. Die Durchsuchungen wurden ohne vorliegenden Durchsuchungsbeschluß und mit Maschinenpistolen bewaffnetem, riesigem Polizeiaufgebot durchgeführt.

Es wurden wissenschaftliche Artikel, Ansichtskarten, Broschüren zum Thema, Adressenlisten von Seminaren und auch private Adreßbücher beschlagnahmt. Häufig wurde den Betroffenen nicht einmal mitgeteilt, weshalb sie durchsucht wurden. Dies konnten sie erst am nächsten Tag der Presse entnehmen. Dort hieß es, würden Durchsuchungen im Rahmen von Ermittlungen gegen die „Revolutionären Zellen" und deren feministischen Flügel „Rote Zora" vorgenommen. Die „Rote Zora" hat Erklärungen zu Anschlägen auf gentechnologische Einrichtungen veröffentlicht.

Seit im Frühjahr 1985 der erste Frauenkongreß gegen Gentechnologie in Bonn tagte, nimmt die Diskussion über Zwecke und Ziele der Gen- und Fortpflanzungstechnologie, Humangenetik und Leihmutterschaft nicht nur in der Frauenbewegung einen immer breiteren Raum ein.

Es gibt eine Fülle von Publikationen, die sich kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen und insbesondere darauf hinweisen, daß den Frauen ihr ureigenster Bereich — die Gebärfähigkeit — entzogen werden soll.

— Babys sollen in der Retorte aufwachsen — wozu?

— An toten oder lebenden Embryonen wird herumgeforscht — wozu?

— Frauen sollen einerseits behinderte Kinder austragen, um Spenderorgane zu erzeugen; Frauen sollen andererseits behinderte Kinder abtreiben.

Wie in anderen Städten der Bundesrepublik haben auch im Ruhrgebiet in den letzten Jahren Veranstaltungen und Aktionen zu diesem Thema stattgefunden, um darauf aufmerksam zu machen und eine breite Diskussion zu entfachen. Im Gen-Archiv Essen werden allgemeine, wissenschaftliche, juristische und politische Veröffentlichungen aller Art zu diesem Thema gesammelt. Wir Frauen aus dem Gen-Archiv werden als Referentinnen von universitären, gewerkschaftlichen und kirchlichen Einrichtungen sowie von Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen eingeladen, um über dieses Thema zu informieren.

Mit dem Kongreß „Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik" im Frühjahr 1985 in Bonn wurde zum ersten Mal in der Bundesrepublik ein breiter Protest zu diesen Fragen öffentlich formuliert. Dem „Aufruf zur Aktionskonferenz" in Bonn folgten damals rund 2.000 Frauen aus dem In- und Ausland mit dem erklärten Ziel, „konkrete Widerstandsformen und Aktionsmöglichkeiten gegen die neuen Techniken zu erarbeiten". In der Resolution, die auf dem Kongreß verabschiedet wurde, heißt es: „Wir werden alles daran setzen, diese Entwicklung zu stoppen und es zu verhindern."

Die Vorstellungen, wie dies zu tun sei, reichten vom eigenen Boykott der Techniken über die Abwehr von Versuchen, Frauen in „Wertvolle" (in der „ersten" Welt) und „Minderwertige" (in der „dritten" Welt) zu spalten bis hin zu Forderungen nach einem Forschungsstopp.

Auch die „Rote Zora" sieht sich in diesem Zusammenhang und leistete einen ihrem Politikverständnis entsprechenden Beitrag: Sie bekannte sich zu einem Sprengstoffanschlag gegen den Technologiepark in Heidelberg, einer Einrichtung, in der Bio- und Gentechnologie über die Grundlagenforschung hinaus für ihre wirtschaftliche Verwertung weiterentwickelt werden.

Der Kongreß in Bonn hatte eine mobilisierende Wirkung für viele Frauen, vor allem aus der autonomen Frauenbewegung. Es entstanden zahlreiche neue Gruppen zu dem Thema. Die Auseinandersetzung mit den Gen- und Fortpflanzungstechnologien wurden für viele von uns zum Schwerpunkt unserer Diskussionen und Aktivitäten.

Wir halten Vorträge, organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen, machen Informationsstände. Es gibt Dia-Serien, Sketche und Theaterstücke. Die Frauen des Genarchivs Essen stellen eine umfassende Materialsammlung für alle Interessierten zur Verfügung. Sie bieten Informationen über Forschungen und Anwendungsbereiche der Biotechnologie, Gentechnologie, Reproduktionsmedizin und deren angrenzende Bereiche und über kritische Stellungnahmen zu diesen Themenkomplexen. Sie werden zunehmend als Referentinnen zu Veranstaltungen im Bildungsbereich eingeladen.

Nach dem Bonner Kongreß gab es weitere bundesweite Treffen und eine „Aktionswoche" im Oktober 1985. Anlaß: zwei internationale Messen und Kongresse zur Biotechnologie in Hannover und Düsseldorf, deren Ablauf von Frauen-Aktionen gestört wurde.

Auf internationaler Ebene hatte sich bereits 1984 das „Feministische internationale Netzwerk zu den neuen Reproduktionstechnologien" (FINNRET) gegründet. Die Umbenennung 1985 zu FINRAGE („Feministisches internationales Netzwerk des Widerstandes gegen Gen- und Reproduktionstechnologien") signalisiert unsere zunehmend kritische Haltung zu den neuen Technologien.

Eine weitere gemeinsame Aktivität der Frauen gegen Technologie war die „Aktionswoche gegen Humangenetische Beratungsstellen" im Frühjahr 1987. Motto: „Ohne Zucht und Ordnung". In mehreren Städten gleichzeitig fanden Aktionen und Veranstaltungen statt, die sich gegen die bevölkerungspolitischen Auslese- und Ausmerzepraktiken dieser Beratungsstellen und der Fortpflanzungsmediziner richteten.

Die gemeinsame Forderung lautete: „Abschaffung der Humangenetischen Beratungsstellen!" Zu dieser Forderung kamen wir über eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Eugenik, mit einzelnen Persönlichkeiten, ihrem Werdegang, ihren Publikationen und ihrer aktuellen praktischen Arbeit in den Beratungsstellen.

In dem 1984 erschienenen Buch „Die Wohltätermafia" wird zum ersten Mal die Praxis humangenetischer Beratung, ihre inhaltliche und personelle Kontinuität eugenischer Beratung, ihre inhaltliche und personelle Kontinuität eugenischer Auslese- und Ausmerzepolitik aus ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit heraus aufgezeigt. Dieses Buch entstand auf einer Grundlage von geheimgehaltenem, geklautem Aktenmaterial aus einer Hamburger Beratungsstelle. Mitherausgeber des Buches ist Udo Sierck, der in einem taz-Artikel auch die Auswertung von Akten veröffentlichte, die im Sommer '86 von der „Roten Zora" aus der Humangenetischen Beratungsstelle in Münster entwendet wurden. Dafür wurde seine Wohnung auch prompt vom BKA durchsucht und eine Fotokopie der Dokumentation der „Roten Zora" beschlagnahmt. Wir Frauen des Genarchivs sagen klar: „Neben unserem Anspruch, diese Technik zu entmystifizieren und allen LaienInnen verständlich und überschaubar zu machen, wollen wir mit unserer Arbeit die gesellschaftliche Akzeptanz der Gen- und Reproduktionstechnologie erschweren." Wir lehnen es ab, „positiv nutzbare Anwendungsbereiche" zu benennen. Ebenso finden wir die Forderung nach Kontrolle von Instituten und Konzernen völlig abwegig. Unsere Ablehnung der Technologien begründen wir mit einer grundlegenden Kritik an der naturwissenschaftlichen Herangehensweise, die Mensch und Natur durch Zerstückelung in immer kleinere Teile, letztlich die Gene, zu beherrschen versucht.

Mit Frauen aus Duisburg, Essen und Bochum haben wir im Oktober '87 in Essen ein Treffen zusammen organisiert. Der inhaltliche Schwerpunkt war die Diskussion um den Begriff der „Selbstbestimmung", wofür sich auch der Verfassungsschutz interessierte.

... Aus den Ereignissen der jüngsten Zeit ziehen wir deshalb folgende Schlußfolgerungen: Mit der breit angelegten Durchsuchungsaktion wird die konsequente Frauenpolitik gegen Gen- und Reproduktionstechnologien verfolgt, die auf vielfältige Weise eine eindeutig und radikal ablehnende Haltung zu den Technologien zum Ausdruck bringt. Die jüngste Novellierung des § 129a hat erweiterte Voraussetzungen für eine verschärfte Kriminalisierung geschaffen (die „Zerstörung technischer Arbeitsmittel" kann jetzt als Straftatbestand geahndet werden). Der Protest gegen die neuen Technologien, der mit illegalen Mitteln die herrschende Forschung und Praxis erschwert und verhindert, wird nun zum Anlaß genommen, grundsätzlich die politische Organisierung von Frauenwiderstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologie zu kriminalisieren.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit uns zu solidarisieren. Z.B. Veranstaltungen organisieren, Protestbriefe an das Bundes- oder Landesgesundheitsministerium oder an das Bundesministerium für Forschung und Technologie schicken usw. Wer Näheres über das Gen-Archiv in Essen erfahren will, wende sich an: Gen-Archiv, Führichstr. 15, 4300 Essen 1

Die Frauen vom Gen-Archiv und Frauengruppe Bochum gegen Gentechnologie und Bevölkerungspolitik

Der Hackethal hat seine Schuldigkeit getan

Hat er es zu weit getrieben oder nicht? Das war die Frage, die die Kommentare der Boulevardpresse nach dem Standesgerichtsurteil gegen Professor Julius Hackethal rauf und runterbuchstabierten. Die Antworten fielen verschieden aus — ja meint die Morgenpost, nein beharrt die Bild und der Express bleibt unentschieden — und waren sich doch gleich: grundsätzlich mochte die Reputation des Kritikers der bundesdeutschen Schulmedizin niemand in Frage stellen. Der Mann ist schließlich nahe dran am deutschen Volksempfinden, ist populär — und zwar fast im gesamten, deutschen Meinungsspektrum. Hackethal ist wohl der einzige, auf den Springer-Presse und alternative Blätter wie sozial-extra gleichermaßen scharf sind, der beim alternativen Gesundheitstag genauso begeisterte ZuhörerInnenmengen vorfindet wie bei Versammlungen im Altersheim. Julius Hackethal, der seine Anhängerschaft in der BRD bescheiden auf „ca. 34.5 Millionen wahlberechtigte Bundesbürger" (stern 11.4.85) schätzt, hat ein Talent wie kaum einer, den Nerv der Zeit zu treffen. Sein Geheimnis ist die bunte Ideenmischung, mit der er sein jeweils entscheidendes Anliegen garniert. In diesem Konvolut aus Kritik an etablierter Schulmedizin, Unzufriedenheit mit bürokratischer Sozialverwaltung, Spott über ungelenkes Fachchinesisch und betontem Humanismus findet jedeR vieles was gefällt — und einiges, was Hackethal im Lauf der letzten zwölf Jahre getan, geschrieben und gepredigt hat war wichtig. Schlimm allerdings ist, daß auch als immer offensichtlicher wurde, welchen Kurs der Schulmedizinkritiker einschlägt kaum jemand dessen politisches Gesamtkonzept gewürdigt hat.

Amerika ist wunderbar

Hackethals Kritik am Gesundheitsversorgungs-System der BRD war von Anfang an von einer reaktionären Grundstimmung getragen. Ausgerechnet die Vereinigten Staaten pries der „Freund seiner Patienten" (Hackethal über sich selbst) als Paradies auf Erden. Dort gebe es keine Gängelungsinstrumente wie die Reichsversicherungsordnung, keine Ärztliche Gebührenordnung, dafür aber exzellente Spezialisten begründete der Chirurg seine Wahl. Ausgerechnet das Sachleistungsprinzip, das auch von den Konservativen immer als entscheidender Faktor für die angebliche „Kostenexplosion im Gesundheitswesen" verantwortlich gemacht wird, sah Hackethal als Hemmnis für eine patientenfreundliche Medizin an. Und das in einer Zeit, in der auch in der politischen Diskussion gerade die Weichen für einschneidende Verschlechterungen der medizinischen Versorgung gestellt wurden. Daß in den USA Arme medizinisch fast nur in den free clinics behandelt werden, weil sie sich die Therapie in den regulären Krankenhäusern nicht leisten können war für Hackethal kein Thema. In seiner Lobpreisung der Mayo-Klinik notierte er dagegen süffisant: sogar arme Neger hätten hier ihren Leibarzt, wenn sie sich die Reisekosten leisten könnten...

Aber noch war Hackethal, der 1976 in einem ersten Standesgerichtsverfahren wegen „Herabsetzung von Kollegen" zu 1000 DM Geldbuße verurteilt worden war, der Liebling der liberalen, teilweise sogar der linken Presse. Mehr zur Kenntnis genommen als seine merkwürdigen gesundheitspolitischen Vorstellungen wurden seine Tätigkeit als einer der wenigen kollegenkritischen Gutachter in „Kunstfehler"-Prozeßen und seine Attacken gegen die schulmedizinische Ausbildung vor allem der Chirurgen. Schon bald erweiterte Hackethal sein Themenfeld: als nächstes geriet die immer mehr zum Gesprächsstoff werdende Krankheit „Krebs" in sein Visier. Die herkömmliche Krebstherapie schien Hackethal falsch angelegt. Es werde zuviel operiert war seine Hauptthese. Viel Resonanz bekam er auch auf seine Kritik an den Vorsorgeuntersuchungen, die er als teuer, aber nutzlos bezeichnete. Für den ersten Gesundheitstag, der pikanterweise das Thema „Medizin und Nationalsozialismus" bearbeitete, war das kein Grund auf eine Einladung des Schulmedizinkritikers zu verzichten. Mit der Übernahme des Kostenarguments hatte sich Hackethal dabei bereits in den Mainstream eingereiht, es wurde für ihn zu einem entscheidenden Argument in seinem kurz darauf eröffneten Feldzug gegen die „unmenschliche" Gerätemedizin. Diese Kampagne mündete folgerichtig in Hackethals Kampagne für die Freigabe der aktiven Sterbehilfe. Der Kritiker der „Halbgötter in Weiß" wollte jetzt ausgerechnet diesem Berufsstand die Verfügung über Leben und Tod in die Hand geben.

Lebensunwert?

Noch immer regte sich auch in linken Kreisen kaum Kritik an dem populären Schulmedizinkritiker. Dabei war Hackethal mit seiner öffentlich propagierten Sterbehilfeaktion bei einer krebskranken Frau mittlerweile voll auf dem Kurs, den auch die Propagandisten der „Euthanasie" in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus eingeschlagen hatten. Damals wurde von dem Juristen/Mediziner-Team Binding/Hoche in der Schrift „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens" die Tötung unheilbar Kranker propagiert. Wesentliches Argument für die beiden war, daß die Tötung sterbebereiter Kranker ein „Ausfluß freien Mitleids mit den Kranken" sei und zumindest von diesen selbst „als Erlösung" empfunden werde. Genau dieses Argumentationsmuster wurde von Hackethal populär gemacht: ein Video im Fernsehen und Fotos der entstellten Krebspatienten im „Spiegel" appellierten an die Emotionen jedeS DeutscheN. Ähnlich drastisch führte Hackethal — auch da von der Medienwelt voll unterstützt — die Leiden der querschnittgelähmten Daniela vor. Daniela war aber, das wurde nirgendwo herausgestellt, nicht unheilbar krank, sie war lediglich schwerstbehindert. Die Sterbehilfekampagne war mit der Propagierung ihres Todes als „Erlösung" einen wesentlichen Schritt weitergegangen. Daß Hackethal nahezu gleichzeitig auch öffentlich über die Ermöglichung von Sterbehilfe für AIDS-Kranke nachdachte verdeutlicht nur, in wie kurzer Zeit entscheidende Schritte getan werden können. Die Schrift von Binding/Hoche behandelt aber nicht nur die Tötung Sterbewilliger, sie setzt sich auch für die Vernichtung „lebensunwerten Lebens" ein: „unheilbar Blödsinnige" gehören dazu, „leere Menschenhülsen", die keinen eigenen Willen hätten, und „Ballastexistenzen". Der Wunsch, „lebensunwertes Leben" vernichten zu können und „unheilbar Kranke zu erlösen" war in der Geschichte der „Euthanasie" immer eng aneinandergekoppelt. Das ist auch in der BRD heute nicht anders. Parallel zu Hackethals Kampf für die Freigabe der Sterbehilfe wurden in den Medien mehrere Fälle von schwerstbehinderten Neugeborenen diskutiert, die entweder nach der Geburt durch Nichtbehandlung starben oder sogar getötet wurden: *„Gericht verurteilt schwerbehindertes Kind zum Leben"*, *„Wer haftet für das leben wider Willen"*, *„Baby durfte sterben"*, *„Oldenburger Gericht: schwere menschliche Tragödie/ Tochter hatte Wasserkopf, offenen Rücken und war querschnittsgelähmt"*, *„Muß man trostloses Leben mit allen Mitteln verlängern ?"*, *„Gericht verurteilte schwerbehindertes Kind zum Leben"*. Ob „Zeit", „Frankfurter Rundschau" oder „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — die Tötung Behinderter schien keine Redaktion problematisch zu finden. Dem „Wiener" blieb es vorbehalten auch sprachlich offen auf eugenischen Kurs zu gehen: in einer Reportage über eine Mutter, die ihre behinderte, neunjährige Tochter töten will, führt das Zeitgeist-Magazin die Kategorie des „lebensunwerten Lebens" explizit wieder ein — und nichts passiert: *„Das Problem der Marion Odendahl: Sie nimmt das Leben nicht wie es ist, sondern fordert ein Leben, das es wert ist, gelebt zu werden."* Deswegen will sie ihre Tochter töten...

Diese Entwicklung ist nicht auf Julius Hackethal allein zurückzuführen — aber er ist wesentlich an der Popularisierung der Sterbehilfe beteiligt, er hat mit seinen spektakulären Aktionen das Thema in die Schlagzeilen und auf die Titelseiten gebracht. Und immer noch hat Hackethal seine AnhängerInnen auch in der Linken: auf den Gesundheitstag 1987 wurde er als Hauptreferent zum Thema „Sterbehilfe" nach Kassel eingeladen. Zum Skandal wurde das erst, als Behinderteninitiativen und einige wenige andere ReferentInnen deswegen öffentlich zum Boykott aufforderten. Die taz, die diesen Skandal in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung rückte, wurde selbst von linken Zeitungen wie dem DKP-nahen „demokratischen Gesundheitswesen" oder der Arbeitsmedizinzeitschrift „Gegengift" deswegen heftig angegriffen: die Zeitung betreibe die Spaltung der Gesundheitsbewegung.

Standesgerichte abschaffen

In diesem Kontext wäre es höchst erfreulich, daß Julius Hackethal nicht mehr praktizieren darf. Allein: die Umstände dieses wahrscheinlichen Approbationsentzuges sind fast genauso problematisch, wie die Positionen von Hackethal. Ausgerechnet die reaktionäre Ärztekammer Bayerns hat das Verfahren gegen den unliebsamen Kollegenkritiker in Gang gesetzt. Und die „Euthanasie"-Kampagne des Chirurgen ist auch nicht der einzige, sondern nur einer von mehreren Punkten, aufgrund deren das Urteil des Standesgerichts gefällt wurde. Die „öffentliche Herabsetzung von Kollegen", ein Lieblingsvorwurf der sonst vor allem gegen ÄrztInnen erhoben wird, die sich für die Abschaffung des §218 eingesetzt haben, ist der wesentliche zweite Anklagepunkt. Völlig unakzeptabel ist aber nicht nur dieser zweite Vorwurf, sondern auch die Institution des Standesgerichts selbst. Standesgerichte sind Institutionen der Zwangskörperschaft Ärztekammer. Ebenso wie die Standesgerichte der Rechtsanwaälte dienen sie im wesentliche dazu, KritikerInnen aus den eigenen Reihen zu disziplinieren. Demokratischen Einfluß auf die Standesgerichte gibt es nichteinmal ansatzweise: die Ärztekammern selber sind für die Benennung der beiden ehrenamtlichen Richter, die von einem hauptberuflichen Richter unterstützt werden, verantwortlich. Die Ärztekammern sind aber nicht nur undemokratische Organisationen — sie können auch keinerlei Legitimation für sich reklamieren, als „Euthanasiegegner" anerkannt zu werden. Die zahllosen Ärzte, die an den Massenvernichtungsprogrammen der Nationalsozialisten beteiligt waren sind nicht mit Standesgerichtsverfahren oder gar Approbationsentzug behelligt worden. Professor Werner Catel, einer der Medizinschergen des NS, konnte 1960 nicht nur als Ordinarius für Kinderheilkunde an der Universität in Kiel amtieren, er forderte auch 1962 Möglichkeiten für die „begrenzte Euthanasie" an „vollidiotischen Kindern" zu schaffen, ohne daß auch nur jemand auf die Idee gekommen wäre, ihm die Approbation zu entziehen. Auch der Präsident der ähnliche, allerdings moderater formulierte Forderungen wie Hackethal stellenden „Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben", Atrott, wird seitens der Bundesärztekammer in Ruhe gelassen. Er kann sogar ohne Proteste einzukassieren behaupten, im wesentlichen bestehe Übereinstimmung zwischen seiner Organisation und der Bundesärztekammer.

Daß Julius Hackethal jetzt wahrscheinlich die Approbation entzogen wird kann also keinesfalls als Erfolg der „Euthanasie"-KritikerInnen gewertet werden. Es hat seine Ursache auch mindestens genausosehr in kammerinternen Querelen, wie in Hackethals lauthalser Propapgierung von Positionen zu Sterbehilfe, die selbst Befürwortern einer Legalisierung heute noch zu weit gehen. Daß Hackethal diesbezüglich fallengelassen wird hängt also damit zusammen, daß er sich zu weit vorgewagt hat. Die Debatte über die Legalität der Sterbehilfe, die sich im Anschluß an dieses Urteil und im Verlauf der von Hackethal angekündigten juristischen Schritte dagegen intensivieren wird, birgt große Gefahren in sich: schnell kann es dazu kommen, daß es nicht mehr um die Legitimität der Sterbehilfe an sich geht, sondern nur darum, wieweit Ärzte gehen dürfen. Die Kritik der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben an Hackethals Positionen deutet die Entwicklung an: man will sich moderater geben, um die Schwelle für die völlige Freigabe abzusenken. Die Erfolgsaussichten dieses Konzepts sind so schlecht nicht: die KritikerInnen der Freigabe dieser Form von Tötung waren schon auf dem Gesundheitstag in der Defensive. Die SozialreformerInnen und KostendämpfungsstrategInnen können zuversichtlich in die Zukunft blicken: „Es ist durchaus nicht verwerflich, durch Mittelbeschränkungen im Gesundheitswesen ein erhöhtes Todesrisiko von Mitgliedern der Gesellschaft in Kauf zu nehmen." hat ein Walter Krämer im „Forschungsbericht 90" des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung 1982 festgestellt. Die politischen Maßnahmen, die seitdem zur Kostendämpfung beschlossen wurden, orientieren sich an diesen Werten: die Reform des Krankenhausfinanzierungsgesetzes hat Unterschiede zwischen teuren Behandlungs- und billigen Pflegebetten geschaffen, in der Gesundheitsökonomie sind Begriffe wie „Grenmzwertnutzen" und „Alterslastquote" mittlerweile termini technici. Das menschliche Leben wenn es erhalten werden soll braucht einen Wert: Lebenswert.

Fassanbass

Neues vom Celler-Bomben Ausschuß:

Bundesdeutsche Geheimdienste in Mordanschlag verstrickt

Im Dezember 1987 wartete der 11. Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Niedersächsischen Landtags, der sich um die Aufklärung der Hintergründe des „Celler Lochs" bemüht, mit einer neuen Sensation auf. Es wurde bekannt, daß sich das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz, das Bundesamt für Verfassungsschutz, das BKA und der Top-Agent Werner Mauss 1978 an einer Operation des spanischen Geheimdienstes beteiligten, an derem Ende die versuchte Ermordung des Führers der „Befreiungsbewegung für die Kanarischen Inseln" (MPAIAC), Antonio Cubillo, stand.

Am 5.4.1978 wurde Cubillo bei einem Mordanschlag durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Einer der Täter war der spanische Geheimdienstagent „Paco", der zu dieser Zeit gemeinsam mit dem niedersächsischen Verfassungsschutz V-Mann, Jelco Susak, in einem Ausbildungslager in Algerien tätig war.

Daß sich hinter der Geheimdienstaktion „Operation Neuland" ein Mordkomplott verbirgt, konnte niemand ahnen. Auch nicht die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags, die im 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß sitzen und die es eigentlich hätten wissen sollen, aber erst durch eine gezielte Indiskretion davon erfuhren.

Die falsche Fährte

Die niedersächsische Landesregierung hatte jedenfalls alles Erdenkliche getan, um die Verstrickungen und Aktivitäten seiner Verfassungsschützer in dieser Affäre zu verdecken und zu vertuschen. Ein Kunststück an Desinformation wurde vollbracht. Den Mitgliedern des 10. und des 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurden von der Landesregierung mehrere Berichte über die „Operation Neuland" vorgelegt, in denen mit keinem einzigen Wort der Mordanschlag auf Cubillo erwähnt wurde.

Berichtet wurde lediglich, daß man seit 1974 Zugänge für V-Leute zum bundesdeutschen Terrorismus suchte. „*Bei der Einschätzung der Gefährdungslage*" durch den bundesdeut-
bundesdeutschen Terrorismus suchte. „*Bei der Einschätzung der Gefährdungslage*" durch den bundesdeut-
schen Terrorismus war für die Landesregierung besonders wichtig, „*daß es offenbar gute Verbindungen zwischen deutschen und palästinensischen Terroristen gab und sich deutsche Terroristen in arabischen Ausbildungslagern schulen ließen.*" (1. Bericht der Niedersächsischen Landesregierung für den elften Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, S. 16). Und um dies zu erkunden, sollten V-Leute in die RAF und die Bewegung 2. Juni eingeschleust werden.

Verschwiegen wurde, daß ein wesentliches Element bei der „Operation Neuland" der gemeinsame Einsatz des niedersächsischen Verfassungsschutzes und des spanischen Geheimdienstes gegen die kanarische Befreiungsbewegung in Algerien war, um die wirtschaftlichen Interessen bundesdeutscher Firmen im Ausland zu schützen.

Neckermann, TUI — die Paten

Wie war nun der wirkliche Verlauf der „Operation Neuland"?

In einem zweiten Bericht der Landesregierung, der dem Untersuchungsausschuß nachgereicht werden mußte, wurde erstmals erwähnt, daß das „*BKA in einer anderen hier nicht bekannten Angelegenheit Kontakte zum spanischen Nachrichtendient aufgenommen*" habe und daß „*spanischerseits mitgeteilt*" wurde, „*daß nach dortigen Erkenntnissen auch deutsche Terroristen in dem algerischen Ausbildungslager Chercel ausgebildet würden*" (2. Bericht der Niedersächsischen Landesregierung für den elften Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, S. 8).

Von den „dortigen Erkenntnissen" des spanischen Geheimdienstes, daß in Chercel bundesdeutsche Terroristen ausgebildet würden, war später nie mehr zu hören. Vermutlich hat es sie nie gegeben.

Was war aber mit der anderen „hier nicht bekannten Angelegenheit" des BKA?

Bundesdeutsche Touristikunternehmen wie Neckermann und TUI hatten im Jahre 1977 Post von der kanarischen Befreiungsbewegung bekommen. In den Briefen verlangte die MPAIAC eine jährlich zu zahlende „Revolutionssteuer". Neckermann sollte umgerechnet 25.000 DM und TUI 75.000 DM pro Jahr auf ein Konto der Bank „Credit Populaire d'Algerie" einzahlen. „*Für diese Geldsumme wird unsere Organisation Ihnen eine Quittung geben, die in einem zukünftigen freien kanarischen Staat von Wert sein könnte*", hieß es weiter in den Briefen. Da es damals zu einer ganzen Anzahl von Anschlägen auf Niederlassungen ausländischer Firmen kam und die MPAIAC den Touristikunternehmen androhte, daß „*unsere Bewegung durch unsere bewaffneten Kräfte militärische Schritte*" unternehmen würde, wurden diese Androhungen von Neckermann und TUI ernst genommen.

Da man nicht an die MPAIAC zahlen wollte, wurde man statt dessen umgehend im Bonner Außenministerium vorstellig. Außenminister Genscher tat, was man in solchen Fällen zu tun pflegt. Er „*verhängte erst einmal Nachrichtensperre und nahm danach Kontakt zu seinem spanischen Amtskollegen Marcellino Oreja auf, der auch sofort reagierte: 24 Stunden später waren auf Gran Canaria und Teneriffa 26 Insulaner verhaftet, die im Verdacht stehen zur ‚Befreiungsarmee' des Chef-Revolutionärs Cubillo zu gehören*" (Stern, 20.4.78).

Doch Genscher und Oreja taten noch mehr. Hinter den Kulissen wurde eine rege Tätigkeit entwickelt. Zum einen wurde auf diplomatischem Wege versucht, die MPAIAC politisch zu isolieren. Im Juli 1978 sollten nämlich in Khartum bei einem Treffen der „Organisation für die Einheit Afrikas" (OAU) die Kanarischen Inseln zu einem Teil Afrikas erklärt werden, und für die MPAIAC bestand die Chance, durch die OAU offiziell anerkannt zu werden. Damit hätte gedroht, daß der Streit um die Kanarischen Inseln vor die UNO gekommen wäre. Um dies zu verhindern, reiste Oreja durch mehrere afrikanische Staaten. Oreja wollte dafür sorgen, daß das Thema „Kanarische Inseln" erst gar nicht verhandelt wird, denn die spanische Regierung hatte natürlicherweise ein vitales politisches, wirtschaftliches und militärisches Interesse an der Bekämpfung und Zerschlagung der Separatistenbewegung.
sches Interesse an der Bekämpfung und Zerschlagung der Separatistenbewegung.

Hinzu kam, daß auch die internationale Bedeutung der Inselgruppe zu diesem Zeitpunkt enorm gewachsen war, weil Portugal damals den USA gerade die Azoren als NATO-Stützpunkt streitig gemacht hatte; von daher sah Antonio Cubillo mit Recht die Kanarischen Inseln „*als einziges strategisch bedeutsames Sprungbrett des Westens in das gärende Afrika*" (Stern, 20.4.78).

So ist es kein Wunder, daß auch noch auf einer ganz anderen Ebene eine emsige Geschäftigkeit entwickelt wurde.

BKA und VS vollstrecken internationale Politik

Eingeschaltet waren mittlerweile von der spanischen und der bundesdeutschen Regierung die Geheimdienste der beiden Länder. In Madrid trafen sich ab Juli 1977 mehrmals hohe Beamte des niedersächsischen VS, des BKA — vertreten durch den damaligen Leiter der Abteilung Terrorismus, Boeden — und Werner Mauss mit Vertretern des spanischen Geheimdienstes. Das Bundesamt für Verfassungsschutz, wenn auch nicht personell vertreten, wurde ständig auf dem Laufenden gehalten.

In einer eidesstattlichen Versicherung von Werner Mauss von Anfang 1988 an den Untersuchungsausschuß in Hannover heißt es zu den Zielen der Operation: „*Ich war an einer Aktion beteiligt, deren Ziel es gewesen ist, spanische Behörden in dem Bemühen zu unterstützen, in Spanien tätige deutsche Firmen bzw. spanische Niederlassungen deutscher Firmen vor Anschlägen extremistischer bzw. terroristischer Gewalttäter zu schützen.*"

Auch wenn Mauss bei dieser Operation als „Beauftragter des BKA" tätig war, vermutlich angeheuert, auf jeden Fall aber bezahlt wurde er vom Verband der Sachversicherer, die auch gleich die Reisekosten der Verfassungsschützer und der BKA-Bullen mit übernahmen. (TAZ, 30.1.88)

Bestätigt werden die Angaben von Mauss auch durch die Landesregierung, nur eben mit dem Unterschied, daß sie angeblich nicht weiß, daß es bei der Operation darum ging, deutsche Firmen vor Anschlägen zu schützen. Lapidar heißt es: „*Die geplante Operation wird in Zusammenarbeit mit dem spanischen Nachrichtendienst durchgeführt*" (2. Bericht der Niedersächsischen Landesregierung für den 11. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, S. 11).

Auch die Durchführung der Operation wurde in Madrid festgelegt. „*Dort wurden die Möglichkeiten der Einschleusung eines VM* (V-Mann, d.Red.) *in die Kanarische Befreiungsbewegung im einzelnen besprochen.*" (2. Bericht, S. 9).

Von bundesdeutscher Seite war als V-Mann Jelco Susak vorgesehen. Susak schien für diesen Job besonders geeignet. Er arbeitete schon länger für den VS und hatte einige Kontakte in der linken Szene der BRD, so z.B. zum Frankfurter Gefangenenrat.

Für den spanischen Geheimdienst arbeiteten bei dieser Aktion mindestens zwei V-Leute. Einer von ihnen trat mit dem Decknamen „Paco" auf.

Mit welchem genauen Ziel der spanische Geheimdienst, das BKA und der VS in Algerien agierten, darüber schweigen sich sowohl Mauss und natürlich erst recht die Landesregierung aus. Der Ablauf der Aktion verdeutlicht aber einiges:

— Am 10.2.78 reiste der V-Mann Susak nach Gran Canaria ab. Zu seiner Steuerung hielt sich der Verfassungsschützer Borrak in Spanien auf.

— „*Vom 15.2.78 ab wurde Susak in Las Palmas belassen. Die Verbindung zu ihm lief dabei z.T. über Angehörige des spanischen Nachrichtendienstes und Mauss*" (2. Bericht, S.12).

— Am 28.2.78 schrieb Susak dem VS in einem Luftpostbrief, daß sein Kontaktmann „Paco" vom CIA mit der Ermordung Cubillos beauftragt wurde (taz, 8.12.87).

— Am 11.3.78 kam es in Las Palmas zu einem neuen Treffen zwischen Borrak, Mauss und Susak. Trotz der Ankündigung „Pacos" wurde die Aktion, offenbar unbekümmert, weitergeführt. Susak wurde mit Tarndokumenten ausgestattet.

— Am 24.3.78 wurde Susak mit spanischer Unterstützung nach Algier zu seinem ersten Einsatz eingeschleust. Dieser Einsatz dauerte bis zum 31.3.78
nem ersten Einsatz eingeschleust. Dieser Einsatz dauerte bis zum 31.3.78
und nach Angaben der Landesregierung soll Susak „*mehrfach persönlich mit Antonio Cubillo zusammengetroffen sein*" (2. Bericht, S. 12).

— Am 5.4.78 wurde dann der Mordanschlag auf Cubillo verübt, bei dem dieser lebensgefährlich verletzt wurde. In seinem Wohnhaus wurde er am Fahrstuhl von zwei Männern durch mehrere Messerstiche niedergestreckt (Stern, 20.4.78).

— Am 17.4.78 fand in Hannover ein weiteres Gespräch zwischen BKA, Mauss und dem spanischen Geheimdienst statt. 12 Tage nach dem verübten Attentat „*wurde der Fortgang der Operation*" besprochen (2. Bericht, S. 13).

— Am 24.4.78 flog Susak wieder nach Algier. Zu Cubillo konnte er nicht vordringen, da Cubillo nach dem Attentat „*abgeschirmt in einem Krankenhaus untergebracht worden war*" (2. Bericht, S. 13). Die Reise war für die Landesregierung „*insoweit nur von geringem Wert*" (ebenda).

— Am 28.7.78 flog Susak noch einmal nach Algerien. Bei diesem Einsatz wurde er von den algerischen Behörden verhaftet und gestand seine Agententätigkeit. Susak behauptete, daß er mißhandelt worden sei. Nach mehreren Wochen Haft wurde Susak abgeschoben. Als V-Mann war er „verbrannt". Die „Operation Neuland" war damit faktisch beendet.

Inwieweit die bundesdeutschen Geheimdienste an der Planung der Ermordung Cubillos beteiligt waren, ob sie lediglich von Anfang an von den Plänen unterrichtet waren und sie billigend in Kauf nahmen oder ob die Idee der Ermordung Cubillos als „exotische Lösung" des Problems MPAIAC von bundesdeutscher Seite gar ins Gespräch gebracht worden ist und ob Susaks Aufgabe u.a. in der Erkundung der örtlichen Gegebenheiten bestanden hat — über all dies sind öffentlich bisher keine Unterlagen bekannt.

Es ist jedoch kaum vorstellbar, daß wochen- und monatelang spanische und bundesdeutsche Geheimdienste konkrete Modelle einer gemeinsamen Zusammenarbeit entwickeln, streng rechtsstaatlich versteht sich, und dann erfahren die bundesdeutschen Profis der Inneren Sicherheit ausgerechnet von ihrem V-Mann, daß die spanischen Partner ein falsches Spiel mit ihnen gespielt, sie ganz erbärmlich über den Tisch gezogen haben und die ganze Zeit ein ganz anderes, ein kriminelles Ziel verfolgten.

Wäre das so gewesen, dann hätte man natürlich alles unternehmen müssen, um den geplanten Mord zu verhindern, dann hätte man die algerischen Behörden informieren müssen und hätte die Zusammenarbeit mit dem spanischen Geheimdienst umgehend abgebrochen. Das tat man, wie wir wissen, nicht.

Enthüllend allein ist die Rechtfertigung der Zusammenarbeit mit den spa-

Enthüllend allein ist die Rechtfertigung der Zusammenarbeit mit den spanischen Geheimdiensten, die der Pressesprecher des niedersächsischen Innenministeriums, Volker Benke, 1987, wo erst ein Teil der Wahrheit ans Licht gekommen war, gegenüber der Presse abgab: „Von einer Beteiligung des Verfassungsschutzes an dem Anschlag" könne man nicht sprechen, weil Susaks Angaben „*zeitlich so vage waren*" (taz, 8.12.87).



Mauss 19??

Nein, ausgetrickst fühlt man sich weiß Gott nicht, und profitiert von dem Anschlag auf Cubillo hatte man allemal, denn nachdem Cubillo seine Aufgaben in der MPAIAC aufgrund seiner erlittenen Verletzungen nicht mehr ausreichend wahrnehmen konnte, zerfiel die MPAIAC in heftige Fraktionskämpfe, und ihre internationale Stellung wurde dadurch erheblich geschwächt.

„Die sieben Samurai" — Hasselmanns letztes Aufgebot?

Durch die teilweise Aufdeckung des wahren Charakters der „Operation Neuland" durch die Presse, sieht sich Niedersachsens Innenminister Hasselmann mit ernsten Problemen konfrontiert. Die Abschottung funktioniert nicht mehr so, wie sie soll.

An der Planung und Durchführung der Operation war er nicht beteiligt, hier kann er auf die Erblast seiner Vorgänger verweisen. Anders ist die Frage gelagert bei seiner Informationspflicht gegenüber den parlamentarischen Kontrollinstanzen. Für die systematische Verdunkelung und die damit einhergehende Deckung der illegalen Praktiken des VS trägt er die volle Verantwortung.

Die Abfassung der Berichte für den Untersuchungsausschuß war für das Innenministerium eine Gratwanderung. Auf der einen Seite ist man gesetzlich zur Information gezwungen, und auf der anderen Seite möchte man freiwillig nicht mehr als gerade nötig über die dunklen Machenschaften der geheim arbeitenden Sicherheitsorgane lüften. Bei der Erstellung der Berichte orientiert man sich daran, was die interessierte Öffentlichkeit ohnehin schon weiß oder im Normalfalle noch wissen und herauskriegen könnte.

Dieser Normalfall existiert für Hasselmann nicht mehr. Seit geraumer Zeit gibt es in seinem Hause eine ganze Reihe von undichten Stellen, aus denen es munter sprudelt, und die das Innenministerium immer mehr in Verruf bringen.

Nicht nur, daß die Hintergründe um die „Operation Neuland" der Presse zugespielt worden sind, Hasselmann wurde gleich mit einer ganzen Anzahl weiterer unangenehmer Skandalgeschichten konfrontiert, die sich um die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses ranken:
— So wurde bekannt, daß der Journa-
Tätigkeit des Untersuchungsausschusses ranken:

— So wurde bekannt, daß der Journalist Bernd Plogmann, dessen Wohnung in Hannover am 16.10.87 im Zusammenhang mit dem Tode Barschels durchsucht worden war, drei Tage vorher von Mitarbeitern des VS gewarnt worden ist (Göttinger Tageblatt, 8.1.88).

— So wurde bekannt, daß in Niedersachsen eine ganze Reihe von Journalisten auf der Lohnliste des VS stehen (taz, 9.1.88).

— So wurde bekannt, daß gegen Beamte des LKA, die mit V-Männern zusammenarbeiten, Ermittlungsverfahren wegen Vertuschung von Tötungsdelikten und Waffenhandel laufen (FR, 13.1.88).

— So mußte das Innenministerium jetzt nachträglich gegenüber dem Untersuchungsausschuß bekanntgeben, daß Verfassungsschützer in den 70er Jahren feucht-fröhliche Feste mit einem DDR-Agenten feierten. Drei Verfassungsschützer wurden damals deshalb ins LKA strafversetzt. Einer von ihnen zeigte daraufhin bei der Bundesanwaltschaft an, daß der VS den Celler Anschlag beging (Göttinger Tageblatt, 13.1.88).

Aus allen diesen Vorfällen zog die Landesregierung ihre ersten Konsequenzen. Staatssekretär Friedrich Höse, der im niedersächsischen Innenministerium für Polizei und VS zuständig war, wurde inzwischen abgelöst (Göttinger Tageblatt, 27.1.88). Mit diesem Schritt will die Landesregierung Führungsstärke demonstrieren. Zugleich dürfte dies auch eine deutliche Warnung in Richtung Hasselmann gewesen sein.

Eine weit wichtigere Maßnahme ist aber ganz ohne Zweifel der Versuch der totalen Abschottung des VS. Zu diesem Zweck wurde beim VS eine Sondereinsatzgruppe aufgestellt, die den bezeichnenden Namen „Die sieben Samurai" trägt. Nach Auskunft des Pressesprechers Benke soll diese Ein-

Fortsetzung nächste Seite

Todesfälle

Die tiefe Verstrickung des niedersächsischen VS, des BKA und von Werner Mauss in das Mordkomplott des spanischen Geheimdienstes auf den Führer der kanarischen Befreiungsbewegung, Antonio Cubilo im Jahr 1978 (s. Artikel in diesem AK), ist Anlaß für uns, einige rätselhafte Todesfälle der letzten Jahre neu zu beleuchten.

Auffällig ist: Wenn Mauss irgendwo in Aktion tritt, dann sterben plötzlich Menschen unter ganz mysteriösen Umständen. Meistens ist es Herzversagen, manchmal Selbstmord und oft kann die genaue Todesursache nicht festgestellt werden. Und was noch seltsamer ist, manchmal sterben mehrere Menschen innerhalb eines kurzen Zewitraums, meistenms sind es Zeugen, die gegen Mauss aussagen und ihm damit gefährlich werden könnten.

Die Fälle Straufen, Wolf und Pützstück

Im Mai 1984 nahm der 10. Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Niedersächsischen Landtags seine Tätigkeit auf. Er sollte die Zusammenarbeit niedersächsischer Behörden mit Werner Mauss klären und prüfen, ob die bestehenden Gesetze dabei eingehalten worden sind.

Regen Anteil an der Arbeit des Untersuchungsausschusses nahm auch der Bonner Textilunternehmer Kurt Straufen. Werner Mauss, der auch als Versicherungsagent tätig ist, hatte durch seine dubiosen Ermittlungsmethoden erreicht, daß Straufen in einer Brandsache die Versicherungssumme nicht voll ausgezahlt werden brauchte.

Straufen führte daraufhin eigene erfolgreiche Recherchen in Sachen Mauss durch. Zur Aufklärung eventueller Straftaten, begangen durch Mauss und die Polizei, hätte Straufen viel beitragen können. Jedoch, am 1.5.85 starb Straufen, die Todesursache konnte trotz Obduktion und toxikologischer Untersuchung nicht eindeutig festgestellt werden.

che konnte trotz Obduktion und toxikologischer Untersuchung nicht eindeutig festgestellt werden.

Merkwürdig war, daß kurz vorher, am 23.2.85, Straufens einstiger Rechtsanwalt, der Rechtsanwalt Wolf, an Herzversagen gestorben war und wenige Tage danach der ehemalige Leiter des 3. Kommissariats der Kripo Bonn, Pützstück, ebenfalls an Herzversagen verschied.

In einem Brief des Rechtsanwalts Peter Kochalski, der die Söhne Straufens vertrat, gerichtet an die Staatsanwaltschaft Bonn vom 17.5.85 und den ,,Mauss-Untersuchungsausschuß'' am 25.9.85 als 25. Beweisbeschluß zugegangen, heißt es: ,,Allen kurz hintereinander Verstorbenen war gemeinsam, daß sie in dem Komplex Straufen/LVM-Versicherung Münster/Mauss eine entscheidende Rolle spielten und als Belastungszeugen in einem eventuellen Strafverfahren gegen Mauss und andere Entscheidendes hätten aussagen können.'' Kochalski wies darauf hin, daß sowohl Straufen, Wolf und auch er, Kochalski, Morddrohungen erhalten hätten, die sich auf ihre Rolle als Informationslieferanten für den Untersuchungsausschuß bezogen. In einem weiteren Brief an das Amtsgericht Bonn vom 24.6.85 berichtet Kochalski, daß er von Straufen wisse, ,,daß andere Rechtsanwälte, die mit Mauss-Fällen befaßt waren, vor Mauss Angst hätten und sich deshalb zurückhielten.''

Der 10 Untersuchungsausschuß befaßte sich in seiner 48. Sitzung mit den Todesfällen, stellte auch Beweisbeschlüsse, aber geklärt wurden die Todesfälle nicht.

Der Fall Theissen

In seinem Brief vom 24.6.85 an das Amtsgericht Bonn führt Kochalski auch Informationen an, die er in Hannover bei einem Gespräch von Rechtsanwalt Brehm und dem Sicherheitsbeauftragten Ott zum Fall Theissen erhalten hatte. ,,In Altstrimming sei Mauss mit der Familie Theissen eng befreundet gewesen. Mauss habe Herrn Theissen über die Fliegerei kennenge-

halten hatte.'' ,,In Altstrimming sei Mauss mit der Familie Theissen eng befreundet gewesen. Mauss habe Herrn Theissen über die Fliegerei kennenge-

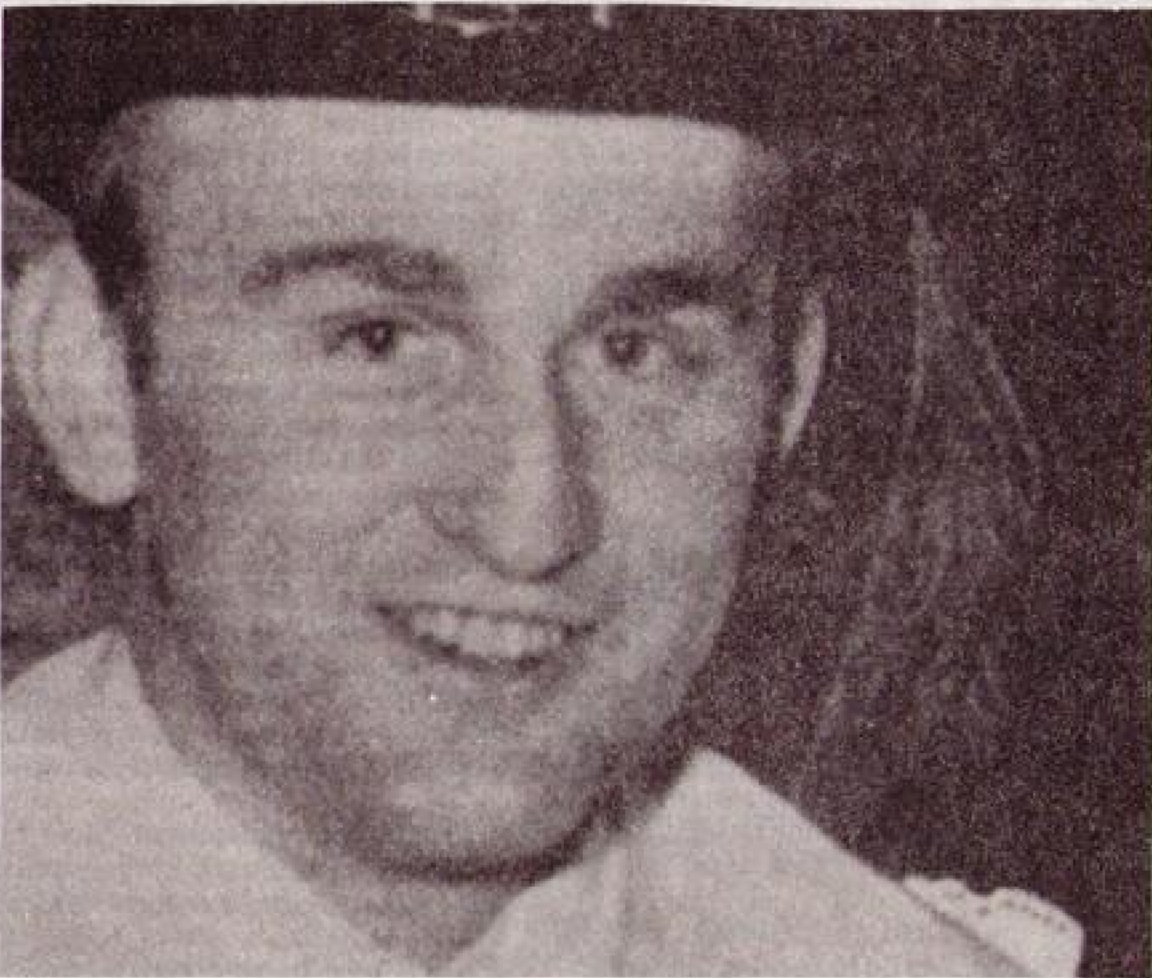
lernt. (...) Im Jahre 1979 sei Herr Theissen zusammen mit seinen Prokuristen und seinem Betriebsleiter Nikolai nach Udine in Italien geflogen. Auf dem Rückflug über München am 11.5.1979 sei dann sein Flugzeug aus ungeklärten Gründen abgestürzt. Der Flugschreiber sei niemals gefunden worden. (...) Nach dem Flugzeugabsturz sei Frau Nikolai von einer Schweizer Anlagen AG angerufen worden, ihr Ehemann sei einem Anschlag zum Opfer gefallen. (...) An den ungeklärten Flugzeugabsturz knüpften sich seinerzeit zahlreiche Vermutungen, die nicht nur durch den Anruf bei Frau Nikolai, sondern auch dadurch genährt worden seien, daß der Betrieb des Herrn Theissen seinerzeit ,,pleite'' gewesen sei, was Herrn Theissen bewogen haben könnte, Mauss um Geld zu bitten, möglicherweise auch zu erpressen. Diese Vermutungen lagen nahe, da Herr Theissen mit Mauss eng befreundet war und offensichtlich sehr viel über diesen wußte.''

Die Fälle Barschel und Knack

Am 10.10.87 stirbt Barschel in Genf auf ungeklärte Weise in der Badewanne seines Hotelzimmers. Laut ,,Bild'' haben die Schweizer ,,Justizbehörden von gewichtiger deutscher Seite und über mehrere Kanäle den Wunsch übermittelt bekommen, daß es in aller Interesse wäre, wenn man diesen Fall als Selbstmord einstufen könnte' (Bild, 16.10.87).

Der ,,Stern'' ermittelte, daß Werner Mauss in dem gegenüber liegenden Hotel zur Todeszeit Barschels Quartier bezogen hatte. Daß Barschel überhaupt nach Genf geflogen war, lag daran, daß ein Journalist, ein gewisser ,,Roloff'', ihm angeblich Entlastungsmaterial zustecken wollte. Dieses Material, von dem Barschel sich offenbar viel versprach, hat er nie erhalten, stattdessen verstarb er.

Hinter dem Decknamen ,,Roloff' verbirgt sich der in Hannover lebende Journalist Bernd Plogmann, der für den niedersächsischen VS arbeitet. Am 16.10.1987 wurde Plogmanns Wohnung wegen seiner Rolle in Genf durchsucht. Drei Tage vorher wurde er von ,,Mitarbeitern niedersächsischer Behörden'' über die bevorstehende Durchsuchung informiert (Göttinger Tageblatt, 8.1.88). Der FDP-Landtagsabgeordnete Fischer, der dies enthüllte, will nun von Hasselmann wissen, ,,welche Akten beiseite geschafft


Mauss 1968

worden sind'' (Göttinger Tageblatt, 8.1.88).

Nach Barschels Tod verstarb plötzlich der Staatssekretär im Innenministerium von Schleswig-Holstein, Knack an Herzversagen. Knack war Zeuge im Barschel-Ausschuß. Er hatte den Medienreferenten Pfeiffer mit VS-Materialien versorgt.

Barschels Tod kam vielen gelegen, denn Barschel war — wie Mauss auch — in Waffengeschäfte verwickelt.

Bedrohung von Journalisten

In dem oben erwähnten Brief von Rechtsanwalt Kochalski an das Amtsgericht Bonn heißt es zu dem Gespräch mit Rechtsanwalt Brehm und dem Detektiv Ott weiter: ,,Zusätzlich wurde uns bei unserem Besuch am 31.12.83 berichtet, der Redakteur Aust habe sich in Besitz des Fotos befunden, auf dem Mauss abgelichtet gewesen sei. Mauss habe gedroht, falls Herr Aust das Foto veröffentliche, werde er ihn umlegen.'' Zu dieser Zeit war es das einzige Foto, das von Mauss existierte.

An anderer Stelle schreibt Kochalski: ,,Der TV-Journalist Christoph-Maria Fröhder, der verschiedene Fernsehsendungen über Mauss gemacht und auch bei der Enttarnung von Mauss mitgewirkt hat, hat dem Unterzeichner noch vor kurzem folgenden Sachverhalt bestätigt: Im Jahre 1984 hat das Hessische Fernsehen einen Bericht über Mauss von Herrn Fröhder mit anschließender Diskussion gebracht. Etwa acht Tage später wurde festgestellt, daß die Radmuttern am Auto der Lebensgefährtin von Herrn Fröhder gelöst waren.'' (alle Zitate aus Kochalskis Briefen stammen aus den Unterlagen des Mauss-Untersuchungsausschusses, 25. Beweisbeschluß) Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß der niedersächsische VS eine Sondergruppe ,,Die sieben Samurai'' aufgestellt hat, die undichte Stellen im Landesamt aufspüren soll und zu deren Aufgaben es auch gehört Journalisten zu observieren. Daß die Existenz dieser Gruppe gerade dadurch aufgeflogen ist, als man die Journalisten Aust und Müller vom ,,Stern'' bespitzelte, ist bezeichnend. Offenbar diente diese VS-Aktion zur Abdeckung von Mauss.

Immer Herzversagen

Die ,,Bild'' hatte nach dem Tode Barschels diverse Methoden des perfekten Mordes aufgelistet. Schon seit längerem gibt es vom CIA entwickelte Wirkstoffe, die einen Herzstillstand herbeiführen und die im menschlichen Körper bei einer normalen gerichtsmedizinischen Obduktion nicht nachzuweisen sind.

Diese Aufstellung von Todesfällen ist beileibe nicht vollständig. Mauss war an einer ganzen Reihe weiterer Geheimdienstaktionen beteiligt, so war er während der Schleyer-Entführung eingeschaltet, war in die Schmücker-Affäre verwickelt usw., usw. Aber: beweisen kann man nichts.

He., KB Göttingen



Fortsetzung von vorheriger Seite

satzgruppe ausschließlich nach ,,Maulwürfen'' im Landesamt selber suchen (taz, 30.1.88). Aufgeflogen ist die Existenz dieser Gruppe allerdings, als sie am 12.1.88 den ,,Stern''-Journalisten Rudolf Müller und Stefan Aust am Flughafen Hannover observierte.

Daß ausgerechnet Müller und Aust nachspioniert worden ist, zeigt an, daß ,,Die sieben Samurai'' eine viel übergreifendere Aufgabe hatten und haben, als nur nach ,,Maulwürfen'' im VS zu suchen und das Treiben des Werner Mauss abzudecken.

Die politische Brisanz des Umstandes, daß die Arbeit von Journalisten zu einem Beobachtungsprojekt des VS gemacht wird, liegt darin, daß man ihre Informationsquellen aufspüren, kontrollieren und notfalls verstopfen will. Dem Innenministerium ist klar, daß die Mitglieder des Untersuchungs usschusses mehr Informationen aus der Presse erhalten haben als aus den offiziellen Berichten der Landesregierung. Daraus ergibt sich zwangsläufig: Behindert man die Arbeit kritischer Journalisten, dann behindert man gleichzeitig die Arbeit des Untersuchungsausschusses.

Besonders peinlich für Hasselmann ist nicht so sehr die Tatsache, daß er am 15.1.88, also drei Tage nach der erfolgten Observation von Müller und Aust, die Landespressekonferenz belogen hatte, als er versicherte, daß Journalisten nicht bespitzelt würden, als vielmehr die Tatsache selber und die Umstände, unter denen die Existenz dieser Gruppe beim VS aufgeflogen ist. Der ,,Stern'' war nämlich *,,durch Hinweise mehrerer Personen''* unterrichtet worden (taz, 30.1.88).

Hasselmann kann sich derweil damit trösten, daß bisher nur relativ nebensächliche Details aus der Arbeit seiner Geheimdienste enttarnt worden sind. Aber wir warten mit Spannung auf die nächsten Ausblicke durch das ,,Celler Loch''.

He., KB Göttingen

Auch Göttinger Polizeikessel war rechtswidrig

Auch Göttinger Polizeikessel war rechtswidrig

Vor Wiederholungen schützt das freilich nicht

Nachdem von Gerichten die Polizeieinsätze in Brokdorf und beim Hamburger Kessel aus dem Sommer 1986 nachträglich für rechtswidrig erklärt worden sind, hat jetzt das Verwaltungsgericht Braunschweig auch den Göttinger Polizeikessel vom 1. Dezember 1986 ebenso beurteilt. An dem polizeilichen Erfolg der damaligen Großrazzia im Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) ändert das Urteil aber nichts.

Zur Vorgeschichte des Verfahrens

Im Spätherbst 1986 waren in Göttingen mehrere Häuser besetzt worden, die am Morgen des 1. Dezember von der Polizei geräumt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurden vorübergehend 40 Besetzer/innen festgenommen. Aus Protest demonstrierten spontan 200 Leute in der Stadt und verabredeten für den Abend ein Treffen im Juzi. Kaum hatte die Versammlung abends begonnen, es waren über 400 Menschen zusammengekommen, riegelte ein Großaufgebot der Polizei das Gebäude ab, stürmte das Haus, verprügelte und mißhandelte einzelne Besucher/innen, zerschlug das Mobilar, durchsuchte alle Versammelten und fertigte von jedem und jeder der 414 Porträtaufnahmen an.

Zu diesem Einsatz waren eigens Sonderkommandos aus Westberlin herangeschafft worden, die durch besondere Brutalität auffielen. Während der rund fünfstündigen Razzia wurden vor dem Haus eintreffende Freunde und Angehörige der Eingeschlossenen ebenfalls verprügelt und dann von der Polizei abgedrängt.

Der Polizeieinsatz rief in den folgenden Tagen einen Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit hervor, der darin gipfelte, daß der Göttinger Stadtrat die Razzia in einem Beschluß verurteilte. Polizei und Innenministerium kamen unter einen spürbaren Rechtfertigungsdruck.

Razzia und Datenerhebung

Diesem Klima der allgemeinen Empörung war es zu verdanken, daß nach anfänglichem Vorgeplänkel um die Rechtfertigung der Razzia aufgrund vermeintlicher gesetzlicher Grundlagen durch Polizei und Innenminister sehr bald von deren Seite die Katze aus dem Sack, um nicht zu sagen, die Sau rausgelassen wurde. Was kümmern sie Gesetze und Bürgerfreiheiten wie Versammlungsrechte, wenn ,,... *die einmalige Chance bestand, die Identität eines sehr großen potentiellen Täterkreises zu ermitteln''* (Bezirksregierung Braunschweig). Über 400 überprüfte und aktuelle ,,Identitäten'' mit dazugehörigen Fotos ließen nicht nur die Herzen der Staatsschützer höher schlagen, die auf einen Streich den allergrößten Teil ihrer Klientel datenmäßig aufbereitet und dabei auch noch körperlich zugerichtet hatten, sondern es ratterten auch die Fahndungscomputer. Das elektronische Spurendokumentationssystem (Spudok), Anfang der 80er Jahre ohne Rechtsgrundlage eingerichtet, konnte auf den neuesten Stand gebracht werden.

Schon damals war es für Polizei und ihre Sonderkommandos möglich, in Sekunden mit Hilfe von Spudok aus Bruchstücken von Informationen Identitätsfeststellungen zu treffen, ohne daß der Betroffene überhaupt gemerkt hätte, von der Polizei beobachtet, geschweige denn registriert worden zu sein. So reichten z.B. die Merkmale: Haarfarbe — rot; Vorname — Manfred aus, der Polizei die Gewißheit zu verschaffen, wer da vor ihr lief, demonstrierte, einkaufte, aus der Kneipe kam oder ein Gerichtsverfahren besuchte.

Da die alte Spudokdatei etwas angestaubt war und die Belegschaft der Szene aus Polizeisicht im Laufe der letzten Jahre offenbar gewechselt hatte, war das Kesseltreiben im Juzi nötig geworden. Ursprünglich mit der Suche nach einem Störsender begründet, wurde zum Sturm auf das Haus angesetzt, um *,,die Masse aus der Anonymität zu reißen''* (Polizeichef Will).

Noch deutlicher formulierte Innenminister Hasselmann: *,,Wir wollten die Strippenzieher in ihren Löchern aufspüren.''* Die Sprache verrät, woher der Mann kommt.

Wohl selten wurde ein derartiger Polizeieinsatz mit seinen vorgeschobenen Begründungen wie die erwähnte Suche nach dem Störsender und der amtlichen ,,Erfahrung'', daß sich im Juzi ,,bekanntermaßen'' Straftäter träfen, von den Verantwortlichen selbst in so dankenswerter Weise als Unsinn entlarvt wie hier.

Der Einsatz machte nur Sinn, wenn die Szene überraschend und möglichst vollständig durchleuchtet werden konnte. Diese Situation war am Abend des 1. Dezember in Göttingen gegeben. Unter diesem Gesichtspunkt war die Razzia im Juzi für die Polizei ein Erfolg: sie bekam was sie wollte.

Unter diesem Gesichtspunkt war es auch klar, daß kein Gericht den Polizeieinsatz rechtfertigen würde, wollte es an rechtsstaatlichen Prinzipien wie dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, der Versammlungsfreiheit oder der Unschuldsvermutung festhalten. So ist es auch gekommen.

Das Verwaltungsgericht Braunschweig wertete das Treffen im Juzi als Versammlung, für deren Auflösung eine Auflösungsverfügung durch die Polizei nötig gewesen wäre. Eine solche Verfügung sei nicht ausgesprochen worden, also seien die Maßnahmen der Polizei alle rechtswidrig; auf Einzelheiten komme es nicht unbedingt an.

Die Polizeibehörde hatte, den Prozeß wohl selbst nicht ganz ernst nehmend, einen schlecht vorbereiteten Vertreter in die Verhandlung geschickt, der mit nachträglich angefertigten Aktenvermerken nachweisen wollte, daß die polizeiliche Lagebeurteilung damals am 1. Dezember richtig, der Juzi-Einsatz deshalb notwendig gewesen und die Klage der Betroffenen folglich abzuweisen sei. Von ,,Strippenziehern aufspüren'' also keine Rede mehr; die ,,Löcher'' waren ja ausgeleuchtet.

Den Trick mit den nachgeschobenen Tatsachen für die polizeiliche Lagebeurteilung wollte das Gericht nicht mitmachen. Es hielt die Klage der Betroffenen für zulässig und begründet und entsprach damit ihrem Klageantrag, den Polizeieinsatz zu verurteilen.

So ist im Nachhinein leider wieder einmal allen gedient. Die Polizei hat ihre Daten, die Betroffenen ihr Recht, was für ausstehende Strafverfahren wegen Widerstand im Juzi noch seine Bedeutung haben wird, das Gericht nach kurzem Prozeß seine Ruhe, die nächste Instanz die Chance der Revision, und der Rechtsstaat hat seine Bewährungsprobe bestanden. Bis zum nächstenmal, wenn es wieder heißt:

Faites votre jeu, s'il vous plaît, oder, in der Diktion des Innenministers: Vorwärts Bulle, Einsatz!

KB/Gruppe Göttingen

Die Kinder der Steine in Schamirs Büro

Ministerpräsident Schamir, auf einen Rückzug aus den von Israel besetzten Gebieten angesprochen, antwortete: „Wenn wir uns zurückziehen, dann werden diese Leute nirgendwo haltmachen. Sie werden auch nach Haifa und nach Tel Aviv vordringen, sie werden in mein Büro kommen."

Auch nach fast zwei Monaten hat das israelische Militär den vornehmlich von palästinensischen Kindern und Jugendlichen geführten Aufstand in den besetzten Gebieten nicht ersticken können. Wie im Dezember stand auch im Januar die Armee des Besatzerstaates den „Kindern der Steine" — den „neuen Generälen", wie Arafat sagte — gegenüber, die, an einem Ort zurückgeschlagen, Angriff und Widerstand an einem nächsten Ort wieder aufnehmen. In den ersten fünf Wochen des Aufstandes kam es nach einer Zählung des israelischen Militärs zu 1.200 „Zusammenstößen".

Die Streikaufrufe, teils von der PLO, teils von den islamischen Fundamentalisten, wurden fast ausnahmslos befolgt. Rund 100.000 der palästinensischen „Gastarbeiter" blieben über Wochen den israelischen Arbeitsstätten fern. Anfangs, weil sie im Streik gegen die israelischen Besatzer standen; in den letzten Wochen eher, weil sie aufgrund der über die Lager verhängten Ausgehverbote nicht zu ihren Arbeitsplätzen gelangen konnten. In einzelnen Sektoren der israelischen Wirtschaft führte dies zu teilweise erheblichen Produktionsrückgängen. Um die ausgesperrten Pflückerkolonnen aus dem Gasastreifen zu ersetzen — zur Zeit ist der Höhepunkt der für Israel sehr wichtigen Zitrusfruchternte — wurden im Rahmen eines von drei Ministerien ausgearbeiteten Notprogramms Oberschüler klassenweise für jeweils einige Tage in die Zitrushaine geschickt.

Insbesondere Landwirtschaft, Bauwesen und Lebensmittelindustrie — Bereiche, in denen PalästinenserInnen die härtesten, dreckigsten und am schlechtesten bezahlen Arbeiten zugewiesen — waren von Streiks und Ausgehverboten betroffen waren. Jetzt ist „awoda iwrit", jüdische Arbeit, wieder gefragt. Langfristig, äußerte Arbeitsminister Mosche Katzaw, dürfe Israel sich nicht auf fremde Arbeitskräfte verlassen, „Juden müßten ermutigt werden, Handarbeit zu akzeptieren und es als Beitrag zum Wohlergehen der Nation zu sehen." — Eine Reihe jüdisch-israelischer Unternehmer, die die Durchsetzung des alten Prinzips „jüdische Arbeit" nicht abwarten mögen, haben einerseits zu Hunderten Palästinenser entlassen, andererseits den Import von Arbeitskräften aus dem Libanon, aus Zypern, Griechenland, Portugal und den Philippinen gefordert.

Wie die palästinensischen Arbeiter nahmen auch die palästinensischen Geschäftsinhaber in den besetzten Gebieten geschlossen an den Streiks teil, obwohl ihre Läden immer wieder von der Besatzungsmacht mit gewaltsam geöffnet wurden und ihnen mit Lizenzentzug gedroht wurde.

Erst als Anfang Januar Panzerfahrzeuge vor und in den Flüchtlingslagern auffuhren, als schwerbewaffnete Truppen durch die Lager patrouillierten, als danach die Lager von Hubschraubern aus mit „Tränengas" eingedeckt wurden, und als schließlich alle Lager im Gasastreifen (und einige der Lager auf der Westbank) mit bis zu zweiwöchigem Ausgehverbot belegt worden waren, so daß den Lagerbewohnern schließlich die Lebensmittel ausgingen, bekam das Militär die Lage in den Griff — im Gasastreifen, denn nun flammte verstärkt der Aufstand in der Westbank und auch in Ost-Jerusalem auf. Erstmals seit 1967 wurde ein Teil Ost-Jerusalems unter Notstandsrecht gestellt. Nablus wurde zur militärischen Zone erklärt, die Bir Zeit-Universität und weitere Ausbildungseinrichtungen wurden für unbegrenzte Zeit geschlossen.

Zwischen fünfzig und hundert PalästinenserInnen sind unter den Kugeln der israelischen Besatzer und in einigen Fällen der Siedler oder an den Folgen von „Tränengas"einsätzen in den bisherigen zwei Monaten des Aufstandes umgekommen. Von den vierunddreißig namentlich bekannten Toten im Dezember waren zwölf zwischen elf und zwanzig Jahre alt. Tausende haben Schuß- und (in den letzten Wochen) schwere Schlagverletzungen erlitten. Mehrere hundert PalästinenserInnen sind von den militärischen Schnellgerichten zu Haftstrafen verurteilt worden.

Erfolg

Der Militärkorrespondent der „Jerusalem Post", Hirsch Goodman, stellte schon Anfang Januar fest, daß die „Krawalle" aus arabischer Sicht zweifellos ein Erfolg seien: die palästinensische Frage ist wieder in das Zentrum des internationalen Interesses gerückt; die Palästinenser in den besetzten Gebieten wurden erstmals von den arabischen Israels unterstützt (eintägiger Generalstreik); die Beziehungen Israels zu den USA, zur EG, zu Ägypten und Jordanien wurden strapaziert; das israelische Militär war gezwungen, Millionen Dollars aus einem bereits angespannten Militärhaushalt abzuzweigen und Fronttruppen von den Grenzen und aus der Ausbildung abzuziehen; Israel war im Innern gespalten (hier allerdings irrt Hirsch Goodman oder aber er sitzt einem Wunschdenken nach einem nennenswerten großen „anderen Israel"



auf) und wurde, mehr als zu irgendeiner Zeit seit dem Libanon-Krieg von außen kritisiert. „Aber am wichtigsten war vielleicht, daß die Bewohner der Gebiete (bra-
Zeit seit dem Libanon-Krieg von außen kritisiert. „Aber am wichtigsten war vielleicht, daß die Bewohner der Gebiete (bra-
ve jüdische Israelis nennen die besetzten Gebiete stets nur „Gebiete", höchstens „verwaltete Gebiete"; K.) ihre kollektive Kraft bemerkten, Umstände zu ändern trotz des Mangels an formaler Organisation — eine Lektion, fürchten manche, die nicht vergessen wird von jenen, die Anarchie dem Ausgleich als dem Weg zur Erreichung nationaler Ziele vorziehen."

Mitte Januar sah Hirsch Goodman Israel „in einem Krieg, (...) bei dem (...) kein Ende in Sicht ist" einem bisher unbekannten Gegner gegenüber. „Die Palästinenser, die wir jetzt bekämpfen, sind nicht dieselben Palästinenser, die wir vor zwanzig Jahren trafen. (...) Sie sind eine Generation, die unter israelischer Besatzung aufgewachsen ist und die von ihren israelischen Besatzern die Kunst eines kraftvollen Nationalismus scharfsinnig erworben hat. Sie haben die Macht der internationalen Medien erfahren, die Verzwicktheit von Israels internen Uneinigkeiten und die Natur der pan-arabischen Politik. Sie sind Absolventen von Oberschulen, Lehrer-Kollegs und Universitäten, womit ihre Eltern nicht aufwarten konnten. Sie sind ein anderer ‚Feind' als der klardefinierte Terrorist zwanzig Jahre vorher, der Granaten auf vorbeifahrende Wagen schleuderte, Straßen verminte und hausgemachte Bomben im Auftrag der PLO auf öffentlichen Plätzen deponierte. Der heutige ‚Feind' hat keine entwickelteren Waffen als einen Molotowcocktail gebraucht. Ihre Wut ist nicht gegen die israelische Zivilbevölkerung gerichtet. Sie haben keine Befehle der PLO angenommen."

Amos Kenan, der für die Existenz eines israelischen und eines palästinensischen Staates eintritt und zu der Gruppe von Schrifstellern gehört, die im Dezember vor Rabins Haus gegen die Repression in den besetzten Gebieten demonstrierte, äußerte in einem Interview mit der belgischen Zeitung „Le Soir": „Der Mut der jungen Palästinenser, ihr Mut im Angesicht der Kugeln ist nicht umsonst. Gerade dies ist eine Art Prozeß, macht politischen Druck, wenn der normale Prozeß fehlt. Solange wir Juden uns unter britischem Mandat ruhig verhielten, hatten es die Engländer nicht eilig wegzugehen. Alles hat sich geändert, nachdem wir den Aufstand organisierten." (Kenan ist ein ehemaliges Mitglied der Lohamei Cherut Jisrael, bekannter als „Lechi"- oder „Sterngruppe", dir rechtsradikale bewaffnete Gruppe in der Zeit vor der Staatsgründung.)

PLO

War bis vor wenigen Wochen die PLO noch *die* Terrorzentrale überhaupt, wird nun mit bemerkenswertem Eifer der Einfluß der PLO auf den Aufstand minimiert wo nicht gar völlig negiert. Selbst Scharfmacher wie Ministerpräsident Schamir und der „Held von Entebbe", Generalstabschef Schomron, die im ersten
Scharfmacher wie Ministerpräsident Schamir und der „Held von Entebbe", Generalstabschef Schomron, die im ersten
Monat des Aufstands von der lieben, bequemen Gewohnheit noch nicht lassen wollten, die PLO für alles und jedes verantwortlich zu machen, haben mittlerweile zugestanden, daß Ausbruch wie Dauer des Aufstandes nicht „von außen" gesteuert seien. Auch Kriegsminister Rabin (Arbeitspartei) räumte öffentlich ein, daß die PLO bei der Auslösung des Aufstandes keine Rolle gespielt habe; die direkten Ursachen lägen vielmehr in der seit zwanzig Jahren währenden Unsicherheit in den besetzten Gebieten.

Die PLO stand damit, schreibt Lamis Adoni im „Middle East Journal", „vor einer delikaten Situation: Wenn sie ihre eigne Rolle bei diesem Aufstand betonte, würde sie damit den Israelis in die Hände arbeiten, die ja fortwährend lamentierten, die Proteste seien von außen angestachelt; wenn die PLO sich aber zurückhielte, würde sie ihren eigenen Einfluß in der arabischen und internationalen Arena und insbesondere unter den Palästinensern selbst untergraben."

Arafat hat sich dieser Situation in einem Interview Mitte Januar gestellt und im Namen der PLO die volle Verantwortung für den Aufstand übernommen. „Nur die Israelis möchten dort (in den besetzten Gebieten; K.) den Eindruck einer Kluft zwischen der PLO-Führung und dem Volk erwecken. Sie wollen die Palästinenser von uns im Exil abblocken. Aber ich sage Ihnen: Alle Palästinenser sind eins mit der PLO-Führung, das ist unser stärkster Schild." Zugleich bestritt Arafat einen nennenswerten Einfluß fundamentalistischer Kräfte. Die palästinensische Revolution habe nicht das geringste mit der „islamischen Revolution" des Iran und der der libanesischen Schiiten gemein. „Nicht einmal die Islamisten in den besetzen Gebieten sind auf der Linie von Teheran."

Etwas mehr in der Mitte hält sich das Urteil des „Middle East Journal": „Obwohl der Beitrag, den islamische Fundamentalisten zum Aufstand leisteten, offensichtlich ist, gibt es gegenwärtig keine Anzeichen dafür, daß er dem palästinensischen Nationalismus oder der Anerkennung der PLO als dessen Symbol den Rang abläuft. Aber die Situation ist auch gefährlich für die PLO. Eine der Gefahren besteht darin, der Versuchung nachzugeben, zuviel der Verdienste in Anspruch zu nehmen und den Eindruck zu erwecken, die Entwicklungen in den besetzten Gebieten zu kontrollieren."

Ganz anders wollen jedoch einige israelische Politiker und ein großer Teil der israelischen Presse wie der in Israel tätigen Auslandskorrespondenten den Einfluß von PLO bzw. islamischen Fundamentalisten sehen. Der Aufstand werde im Gasastreifen von „islamischen Extremisten" geführt (Jerusalem Post, International Edition); eine zunehmende Anzahl von Palästinensern wende sich, besonders im Gasastreifen, dem „radikalen islamischen Fundamentalismus" zu (taz); nach Auffassung von Experten sei der Einfluß der Fundamentalisten „erheblich gewachsen" (FR); als unbestritten gelte, daß im Gasastreifen „der islamische Fundamentalismus die Herrschaft der PLO verdrängt hat und treibenden Kraft der neuen palästinensischen Generation geworden ist" (NZZ). Und — immer mal wieder — als schlußgültiger Beweis, daß „nirgendwo Arafat-Bilder" (u.a. taz) zu sehen gewesen seien.

Für die israelischen Status quo-Politiker sind derlei „Analysen" (wenn nicht eh schon von einem israelischen Dienst geliefert) ein Geschenk G'ttes: Erst konnte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes nicht akzeptiert werden, weil es sich bei ihr um eine terroristische Organisation handele; jetzt braucht nicht mehr mit ihr verhandelt zu werden, weil sie keinen Einfluß mehr habe; und den Vorschlag, nun mit den islamischen Fundamentalisten, wenn sie denn die Führung übernommen haben, zu verhandeln wird eh niemand machen — womit die israelische Regierung wieder etwas Zeit für die Suche nach einem zugänglichen Verhandlungspartner gewonnen hat. (Womit nicht ein gewachsener Einfluß fundamentalistischer Kräfte in den besetzten Gebieten bestritten werden soll — s. dazu gesonderten Artikel in diesem AK.)

Die arabischen Länder taten sich einigermaßen schwer mit einer Unterstützung der aufständigen Palästinenser. Der Amal-Führer Berri sah sich Mitte Januar veranlaßt, als Ausdruck „seiner Hochachtung vor der Erhebung des palästinensischen Volkes" die Belagerung der Palästinenserlager bei Beirut aufzuheben. Die arabischen Staaten brauchten sechs Wochen, bis eine Außenministerkonferenz zum Aufstand in Tunis zustandekam. In
chen, bis eine Außenministerkonferenz zum Aufstand in Tunis zustandekam. In
einer gemeinsamen Entschließung der Außenminister wurde politische und finanzielle Hilfe für die Palästinenser in den besetzten Gebieten vereinbart. Die UNO wurde aufgefordert, für die Räumung der besetzten Gebiete durch die Israelis zu sorgen.

Handlungsunfähig

Der Nahostkonflikt sei durch den Aufstand in den besetzten Gebieten von einem außenpolitischen zu einem innenpolitischen Konflikt geworden, ist jetzt häufig in der bürgerlichen Presse zu lesen, und so lang wie breit wird auf die „Zerstrittenheit" der Regierung und deren „Handlungsunfähigkeit" verwiesen, die eine politische Lösung verhindere. In allen *wesentlichen* Fragen ist die Koalitionsregierung von Likud und Arbeitspartei durchaus nicht zerstritten: Eine Räumung der besetzten Gebieten ist für beide Koalitionspartner nicht einmal von ferne diskutabel; der Aufstand müsse niedergeschlagen werden; eine politische Lösung könne erst eingeleitet werden, wenn „Ruhe und Ordnung" wiederhergestellt sind. So bleibt als Beleg für „Zerstrittenheit" bis „Handlungsunfähigkeit" der Regierung Israels nur der Verweis auf die tatsächlich recht heftig geführten Wortgefechte in der Knesset („Verräter", „Lügner" etc.), was aber ein traditioneller Bestandteil israelischer Politfolklore ist und im Lande selbst kaum einen aufregt — zumal besagte „Zerstrittenheit" nicht zuletzt im Lichte der für November dieses Jahres anstehenden Knesset-Wahlen zu sehen ist.

Und mit der häufig bemühten „inneren Zerrissenheit" der Arbeitspartei wegen des Vorgehens in den besetzten Gebieten ist es auch nicht weiter her als mit sonstigen Bemühungen, einer sozialdemokratischen Politikvariante Kredit zu verschaffen. Ein Leitartikler der „Jerusalem Post" konstatierte denn auch trocken:

Fortsetzung nächste Seite

Die Kinder der Steine

von Nizar Kabbani

Sie haben die Welt geblendet
mit nichts in ihren Händen
als Steinen
Sie brachten Licht Fackeln gleich...
und kamen als gute Nachricht

Sie leisteten Widerstand ... sie explodierten...
sie wurden Märtyrer

Wir blieben Polarbären
deren Körper Hitze und Kälte nichts anhaben kann

Sie kämpften für uns,
bis sie erschossen wurden
während wir in unseren Kaffee-Häusern saßen
wie der Schleim der Auster

Einer von uns sucht ein Appartement
Ein anderer ist auf der Suche nach einer weiteren Milliarde
und einer vierten Ehefrau
mit wohlgeformten Brüsten und geglättet von der Zivilisation
Und wieder ein anderer sucht in London
nach einem stattlichen Heim

Einer ist Waffenhändler
Einer sucht Vergnügungen in Bars und Spielhöllen
Einer will einen Thron... eine Armee... ein Emirat

Oh, du Generation des Verrats
Du Generation der Makler
Du Generation der Spieler
Du Generation des Mülls
Du Generation der Prostitution

Du wirst hinweggefegt werden
(auch wenn die Geschichte sich verspäten mag)
von den Kindern der Steine!

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Rabins Kollegen kritisieren seinen Stil, nicht substantiell."

Stützen kann sich die israelische Regierung mit ihrer Weigerung, die besetzten Gebiete zu räumen, wie mit der brutalen Unterdrückung des Aufstands auf breiteste Zustimmung der jüdischen Israelis. Eine Telefonumfrage von Gallup Israel unter 612 erwachsenen jüdischen Israelis Mitte Januar ergab, daß 86% mit dem Vorgehen des Militärs gegen die Palästinenser einverstanden sind (46%), bzw. es noch „zu lasch" (40%) finden. 66% der Befragten waren der Meinung, daß bei einer Forstsetzung des Aufstandes ein Massentransfer („mass transfer" in der englischsprachigen Version der Fragen) der Palästinenser aus den besetzten Gebieten in Betracht gezogen werden solle.

Dennoch befindet sich das jüdische Israel, wie es ein UNWRA-Mitarbeiter formulierte, in der Lage eines Menschen, dem ein Messer im Hals steckt das er weder runterschlucken noch ausspucken kann. Die israelische Regierung hat auf den Aufstand mit einer Reihe von hektischen Initiativen geantwortet, die sämtlich darauf hinauslaufen, den bisherigen Status quo soweit wie nur irgend möglich aufrechtzuerhalten. (S. hierzu auch: „Was will Israel mit den besetzten Gebieten?" in AK 290.) Mit der von den Palästinensern anerkannten Vertretung, der PLO, soll um keinen Preis verhandelt werden; anderweitig lassen sich aber keine palästinensischen Verhandlungs„partner" finden; selbst ein „moderater" Palästinenser wie Hanna Siniora, der Herausgeber von „Al-Fajr", der bereits Gesprächspartner führender Mitglieder der Arbeitspartei war und der als Vermittler zu fungieren bereit sein könnte, wird plötzlich verhaftet, wird mit Ausreiseverbot belegt wird (was dann, wie es heißt, auf Druck der USA wieder aufgehoben wurde). So vermeidet bzw. zerschlägt die israelische Regierung jeden tatsächlichen und ernstzunehmenden Weg zu einer politischen Lösung, die dem Selbstbestimmungsrecht des palästinensichen Volkes gerecht würde, und zieht alle denkbaren Scheinlösungen aus dem Ärmel. Schamir entdeckte das Camp David-Abkommen wieder und wollte mit Ägypten über eine „Autonomie" für die Palästinenser verhandeln, dies sei „die perfekte Antwort auf die gegenwärtige Situtation". Peres erwog die „Entmilitarisierung" des Gasastreifens und fragte — durchaus hellsichtig — die Kritiker dieser Erwägung: „Was wollen wir mit den Einwohnern des Gasastreifens machen, wenn sie sich, statt Steine zu schmeißen, um israelische Identitätskarten und Pässe bewerben?" Ansonsten blieb Peres bei der „jordanischen Lösung", da die Palästinenser in den besetzten Gebieten zweifellos Jordanien den Vorrang gegenüber der PLO geben würden, wenn es darum ginge, den Frieden zu ermöglichen; Hussein sei bereit, auch den Gasastreifen zu übernehmen. Und jüngst hat Schamir erklärt, auf der Grundlage eines von den USA ausgearbeiteten Plans über eine Autonomie für den Gasastreifen und die Westbank verhandeln zu wollen. Schamir, der bisher jede internationale Konferenz abgelehnt hatte, sagte im israelischen Fernsehen, er akzeptiere das Konzept einer 24stündigen internationalen Konferenz als Auftakt zu direkten Gesprächen zwischen Israel, Jordanien und „Vertretern" der Palästinenser aus der Westbank und dem Gasastreifen.

Friedensbewegung

Angesichts der ganz überwiegenden Zustimmung der jüdischen Israelis zur Aufrechterhaltung des Status quo und dem Vorgehen des Militärs in den besetzten Gebieten fristet die israelische Friedensbewegung eine recht kümmerliche Existenz am Rande der Gesellschaft. Hinzukommen noch ihre politische Konturlosigkeit wie ihre organisatorische Schwäche. Erst gut drei Wochen nach dem Beginn des Aufstandes kam eine erste Demonstration des losen Aktionsbündnisses verschiedener Friedensgruppen „Schalom achschaw" (Friede jetzt) mit nur ein- bis zweitausend TeilnehmerInnen zustande. In Anspielung auf die Demonstration 1982 gegen den Libanon-Krieg mit mehreren hunderttausend Teilnehmern sagte ein Professor der Universität von Tel Aviv: „Diesmal sind es nicht unsere Kids, die getötet werden. Es sind arabische Kids."

Nach sechs Wochen des Aufstandes und nicht zuletzt unter dem Eindruck von Rabins Prügelorder wurden dann zwei Demonstrationen durchgeführt: In Tel Aviv demonstrierten einige zehntausend (die Angaben schwanken zwischen dreißig- und hunderttausend) Anhänger von „Schalom achschaw", in Nazareth „mindestens 10.000" (Neue Zürcher Zeitung) bzw. 30.000 (taz) arabische Israelis und einige hundert jüdische.

Die Demonstration in Tel Aviv wurde unter der Parole „Verhandlungen für eine Kompromißlösung!" durchgeführt. Auf den Transparenten war zu lesen: „Zwei Staaten und zwei Völker", „Die besetzten Gebiete sind eine Zeitbombe", „Frieden ist besser als ein Groß-Israel". Die Kundgebungsreden waren demgegenüber weitaus gemäßigter. Allein Ibrahim Nimr Hussein, der Vorsitzende des Rates der arabischen Bürgermeister in Israel, der eine „Solidaritätsbotschaft der gesamten arabischen Bevölkerung Israels" überbrachte und zur Einheit aller Friedenskräfte, Juden wie Araber, aufrief, forderte eine internationale Konferenz unter Einbeziehung der PLO. Hingegen sprach der Publizist Smilanski wohl vielen seiner Zuhörern aus dem Herzen: „Viele von uns unterstützen das Ziel der Regierung, den Status quo in Gasa und der Westbank wiederherzustellen. Aber kann man mit Schüssen und brutalem Draufschlagen die Situation wiederherstellen, wie sie vor der Revolte bestand?" — Die Anhänger von „Schalom achschaw", beobachtete die „Jerusalem Post — International Edition" wollen zwar keine Unterdrückung in den besetzten Gebieten, aber auch keinen Aufstand; wollen territoriale Kompromisse, wissen aber nicht, mit wem diese Kompromisse geschlossen werden könnten.

In der Demonstration in Nazareth, die ganz vorwiegend von arabischen Israelis getragen wurde, wurden im Zug Tafeln mit den Namen der erschossenen PalästinenserInnen mitgeführt. Der Bürgermeister von Nazareth und Abgeordnete der Demokratischen Liste für Frieden und Gleichheit, Tawfik Zayyad, forderte auf der Kundgebung „Frieden im Mittleren Osten auf der Basis: Zwei Völker, zwei Nationen"; er legte zum Ausdruck seines Protestes gegen die israelische Besatzungspolitik sein Knesset-Mandat nieder. Der einzige arabische Abgeordnete der Arbeitspartei, Abdul Wahab Darawscheh, erklärte unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer seinen Parteiaustritt. Der Vertreter von „Schalom achschaw" auf der Kundgebung, Eli Schimoni, sprach sich „gegen Gewalt" aus und teilte ansonsten mit, Angriffe auf Juden und Araber schüfen Furcht und Haß und würden den Frieden noch schwieriger machen.

David

Am 10.1., also schon einen Monat nach dem Beginn des Aufstands, wurde das Kabinett offiziell informiert, daß „das Problem" in den besetzten Gebieten „schwieriger" sei als bisher angenommen. Rabin erklärte: „Es wird eine komplizierte und langfristige Angelegenheit, die Ordnung wiederherzustellen." Polizeiminister Chaim Bar-Lew sah voraus: „Die Lage wird nie wieder so werden, wie sie vor dem Aufstand war." Und ein hochrangiger Militär äußerte: „Alles was wir tun können, ist, zu den gleichen Maßnahmen zu greifen wie bisher, nur in verstärktem Ausmaß."

Zum Zeitpunkt dieser Äußerung waren laut Generalstabschef Schomron im Gasastreifen schon „viel mehr Truppen eingesetzt als 1967 für die Eroberung des Landstreifens". Im gesamten Gasastreifen fuhren Panzerfahrzeuge auf. Truppen durchkämmten die einzelnen Häuser, verprügelten die Bewohner und zerschlugen das spärliche Mobiliar. Nach und nach wurden sämtliche Lager im Gasastreifen einem Ausgehverbot unterworfen, sodaß rund 200.000 Menschen in ihre Häuser eingesperrt waren. Die israelische Tageszeitung „Haaretz" bezeichnete diese Maßnahme als „militärische und wirtschaftliche Blockade", die Lagerbewohner sollten ausgehungert werden. Lebensmittel- und Medizinlieferungen der UNWRA wurden vor den Lagern aufgehalten.

Der Einsatz einen neuen „Tränengases", das in bis zu fünfzehn Kilo schweren Behältnissen von Hubschraubern aus über Demonstrationen und Lagern abgeworfen wurde, führte in mehreren Fällen zu Fehlgeburten bzw. zum Erstickungstod. Geliefert wurde das „Tränengas" mit der Bezeichnung 560 CS bzw. 515 CS, Herstellungsdatum: 1988, aus den USA. Ein Militärsprecher bestritt, daß es sich um ein „Spezialgas" handele, möglicherweise sei es aber „eine neue Tränengasmarke".

Mehr als die Erschießung von aufständischen Kindern und Jugendlichen, mehr als die Ausweisung von vier angeblichen Aufstandsführern, mehr als der „Tränengas"einsatz und das Aushungern der Lagerbewohner, mehr als all dies hat die Weltöffentlichkeit die Prügelorder des sozialdemokratischen Kriegsministers Rabin erregt. „Die erste Priorität", erklärte Rabin nach sechs Wochen des Aufstandes, „ist die Anwendung von Gewalt, Kraft und Prügel." Rabin trug dies die Verurteilung durch die in den USA erscheinende deutsch-jüdische Zeitung „Aufbau" ein, er habe „sich zu der Rolle eines israelischen Noske" herbeigelassen, „um Erfüllungsgehilfe der erbittertsten Falken und Vorkämpfer des Status quo zu werden."

Militärs erläuterten (inoffiziell) gegenüber der „Jerusalem Post", daß ein verhafteter Palästinenser damit rechnen könne, nach zwei, drei Wochen wieder aus der Haft entlassen zu werden; wenn ihm aber die Hand gebrochen werde, setze ihn dies viel länger außer Gefecht. Hunderten von PalästinenserInnen wurden von israelischen Soldaten gezielt Knochenbrüche an Armen und Beinen zugefügt. Zur Effektivierung der Prügeleinsätze hat das israelische Militär 10.000 neue Schlagstöcke aus besonders hartem Holz geordert. Die israelische Tageszeitung „Haaretz" berichtete, die Soldaten hätten sich darum gerissen, Festgenommene auf dem Abtransport zu begleiten und zu verprügeln. Eine blutbespritzte Mauer in Ramallah, an der Festgenommene zusammengedroschen wurden, hat unterdes traurige Berühmtheit erlangt.

„Die israelischen Soldaten im Gasastreifen", kommentierte die „Jerusalem Post — International Edition", „meinen nicht, im Libanon zu sein. Sie meinen nicht, einen unpopulären Krieg zu kämpfen. Auf der Westbank und in Ost-Jerusalem meinen viele, auf ihrem eigenen Gebiet zu kämpfen." Tatsächlich handelt es sich bei den in den besetzten Gebieten eingesetzten Soldaten fast ausnahmslos um jene Generation jüdischer Israelis, die um 1967 herum geboren wurde und der beigebracht wurde, daß Gasastreifen, Westbank und Ost-Jerusalem unverzichtbarer „Sicherheitsgürtel" wie eigenes Land seien.

Nun aber kommt in Teilen des jüdischen Israel Furcht auf, daß sich die herangezogene Brutalität der Soldaten auch auf die innere Demokratie auswirken könne. Am 29.1. erschien in allen großen israelischen Tageszeitungen ein von 500 Psychologen und Mitarbeitern psychologischer Dienste unterzeichneter Brief, in dem die Regierung davor gewarnt wurde, die Wehrpflichtigen in eine „moralisch unhaltbare Lage" zu bringen: im Krieg kämpften Soldaten für das Überleben ihres Landes, was moralisch akzeptabel sei — in den besetzten Gebieten aber schlügen Bewaffnete einen Aufruhr wehrloser Menschen nieder, was bei den jungen Soldaten Spuren hinterlassen müsse.

In Schnellkursen werden derzeit Dozenten für den Unterricht in den Truppen ausgebildet. Aufgabe dieser Dozenten sei es, heißt es in der „Jerusalem Post — International Edition", „daß sie die Überzeugung vermitteln, daß die Palästinenser keine Untermenschen („sub-humans" im Original; K.) sind, daß Überreaktion mehr Gewalt erzeugt und daß Zurückhaltung geübt werden muß, weil wir mit ihnen (den Palästinensern; K.) in Frieden leben müssen." Außerdem sollen die Soldaten über Ursache und Ziel des Aufstands informiert werden — vielleicht von Lehrern, die die Ursachen selbst noch nicht begriffen oder erfolgreich verdrängt haben?

K., Hamburg

Quellen

Div. Ausg. der Monate Dez., Jan. u. Feb. von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler Zeitung (Schweiz), Bild Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post — International Edition (Israel), Klassenstrijd (Organ der SAP, Niederlande), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), Newsweek (USA), Palästina Bulletin, Spiegel, Stern, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Unsere Zeit, Volkskrant (Niederlande), Vorwärts (Schweiz), Vrij Nederland (Niederlande), Die Welt



David: Die Welt versteht mich nicht mehr (Karikatur von Jos Collignon, aus „de Volkskrant", 16.1.88)



Palästinenser vor dem Militärgericht in Nablus

Imageschädigung

Ob Hafenstraße oder Gasastreifen: die Presse heizt den Aufruhr an. Außenminister Peres (Arbeitspartei) fand zu der schönen Formulierung: „Wenn die Fernsehkamera Panzern gegenübersteht, gewinnt die Kamera."

Um die Panzer aus dieser unerquicklichen Lage zu befreien, wurden Journalisten und TV-Teams mit Festnahme bedroht, festgenommen und schließlich einzelne Lager (in denen, vermutete der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", „die energischste Niederhaltung stattfindet") und Aufstandsgebiete bis hin zum ganzen Gasastreifen zur „militärischen Zone" und damit zum Sperrgebiet für die Presse erklärt.

Der „fortgesetzte Schaden", der nach Meinung israelischer Offizieller dem israelischen Image durch Presse und Fernsehen zugefügt wurde, war damit jedoch ebensowenig zu stoppen wie durch Public relations-Aktionen etwa der jüdisch-israelischen Gruppe „Opfer des Terrors", die einige hinterbliebene Familienmitglieder nach Washington geschickt hatte, um dort vor der UNO zu bekunden, daß auch Steine und Molotow-Cocktails tödlich sein könnten. Und auch das jüngst vom israelischen Militär stationierte „Media Information Center" wird mit noch soviel (Des)Information aus blutiger Unterdrückung der Palästinenser keinen Akt israelischer Verteidigung machen können.

Die „New York Times", die sonst sehr viel Verständnis für Israels sog. Sicherheitsinteressen aufbringt, qualifizierte das israelische Vorgehen in den besetzten Gebieten als „Politik von Schlägertypen". Überhaupt hat sich die Stimmung gegenüber Israel in den USA, und dies sogar unter den US-amerikanischen Juden, zum Teil erheblich verschlechtert. Nach einer Umfrage des US-Nachrichtenmagazins „Time" unter 957 US-Bürgern waren 72% der Nicht-Juden und 57% der Juden mit der Prügelpolitik nicht einverstanden, 65% der Nicht-Juden und 77% der Juden waren der Auffassung, daß die Prügelpolitik dem Ansehen Israels schade.

Die US-amerikanische deutsch-jüdische Zeitschrift „Aufbau" verurteilte zwar die mit der Stimme der USA verabschiedete Resolution des UNO-Sicherheitsrates gegen die Ausweisungen, konstatierte aber auch: „Die schlechte Presse, die Israel fast weltweit in den letzten Wochen bekam, sollte der Regierung der nationalen Einheit zu denken geben." Rabbiner Alexander Schindler, Präsident der reformierten Union of American Hebrew Congregations äußerte „Israel kann nicht in den besetzten Gebieten sitzen und darauf warten, daß Friede einkehrt. Der Status quo birgt endlose Konflikte in sich, er ist eine Zeitbombe in Israels Innerstem." Und vor einigen Tagen wandte Schindler sich direkt an den Staatspräsidenten Chaim Herzog mit dem Ersuchen, dem „Wahnsinn" der Verprügelung von Palästinensern ein Ende zu machen. Ted Mann, Präsident des Jüdischen Kongresses der USA, sagte nach einem Treffen mit Rabin vor der Presse, der Jüdische Kongreß betrachte das Verprügeln von Palästinensern durch israelische Soldaten als inhuman und unannehmbar. Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Jossi Beilin, der zwecks Imagepolitur in die USA entsandt worden war, mußte sich von israelischen Konsuln aus allen Teilen der USA sagen lassen, daß die Kritik Israels in der amerikanischen Öffentlichkeit präzendenzlose Ausmaße erreicht hätte und daß amerikanische Juden sich für Israels Verhalten heute noch mehr schämten als während des Libanon-Krieges. Morris Abram, Vorsitzender der Präsidentenkonferenz großer jüdischer Organisationen, forderte die israelische Regierung auf, diplomatische und politische Schritte zu einer Änderung der Lage zu unternehmen. Woody Allen protestierte in der „New York Times" gegen die Prügelpolitik und fragte, ob diese „nicht staatlich sanktionierte Brutalität oder sogar Folter" sei. Theodore Ellenoff, Präsident des American Jewish Comitee, sandte Telegramme an Schamir, Peres und Rabin, in denen er „unseren Widerwillen gegen die unverhältnismäßige physische Reaktion (des israelischen Militärs; K.) und unsere Besorgnis darüber ausdrückte, wie unsere Mitglieder und die Bürger der USA solche Aktionen interpretieren werden."

Von ferne her rüffelte die in Düsseldorf herausgegebene „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung": „In der antiisraelischen Lynch-Atmosphäre" (womit übrigens die Kritik am israelischen Vorgehen gemeint ist) „glaubten einige amerikanisch-jüdische Repräsentanten auf ihre bisherige Abneigung gegen eine öffentliche Zurechtweisung Israels verzichten zu können." Wo Henryk M. Broder recht hat, da hat er recht: man finde „die lärmendsten Zionisten in Frankfurt, New York und Kapstadt, weit weg von Zion" — oder eben auch in Düsseldorf.

K., Hamburg

Islamischer Fundamentalismus in den besetzten Gebieten

Anfang Oktober 87 begann die größte spontane Aufstandswelle im Gaza-Streifen seit Beginn der israelischen Besatzung im Juni 1967. Zwei Monate später erfaßten die Proteste auch das Westjordanland. Getragen wurde der Aufstand von der palästinensischen Jugend, die in den besetzten Gebieten ohne Zukunftschancen leben muß, wenn sich die Verhältnisse dort nicht grundlegend ändern. Das aber scheint wenig aussichtsreich.

Erstmals seit 20 Jahren machten in diesen Auseinandersetzungen palästinensische Islamisten von sich reden, Anhänger fundamentalistischer moslemischer Ideen und Gruppen. Waren sie es, die entscheidend zur Militanz der Proteste beigetragen haben, wie manchmal vermutet wurde? Oder wurde ihr Einfluß von interessierter Seite übertrieben, um die führende Rolle der PLO im palästinensischen Befreiungskampf zu unterminieren?

Bis heute blieb die Führungsrolle der PLO im Kampf um nationale Selbstbestimmung unangefochten und verdeckte deshalb lange Jahre das Erstarken islamisch-fundamentalistischer Strömungen in den besetzten Gebieten.

Für PLO und moslemischen Staat

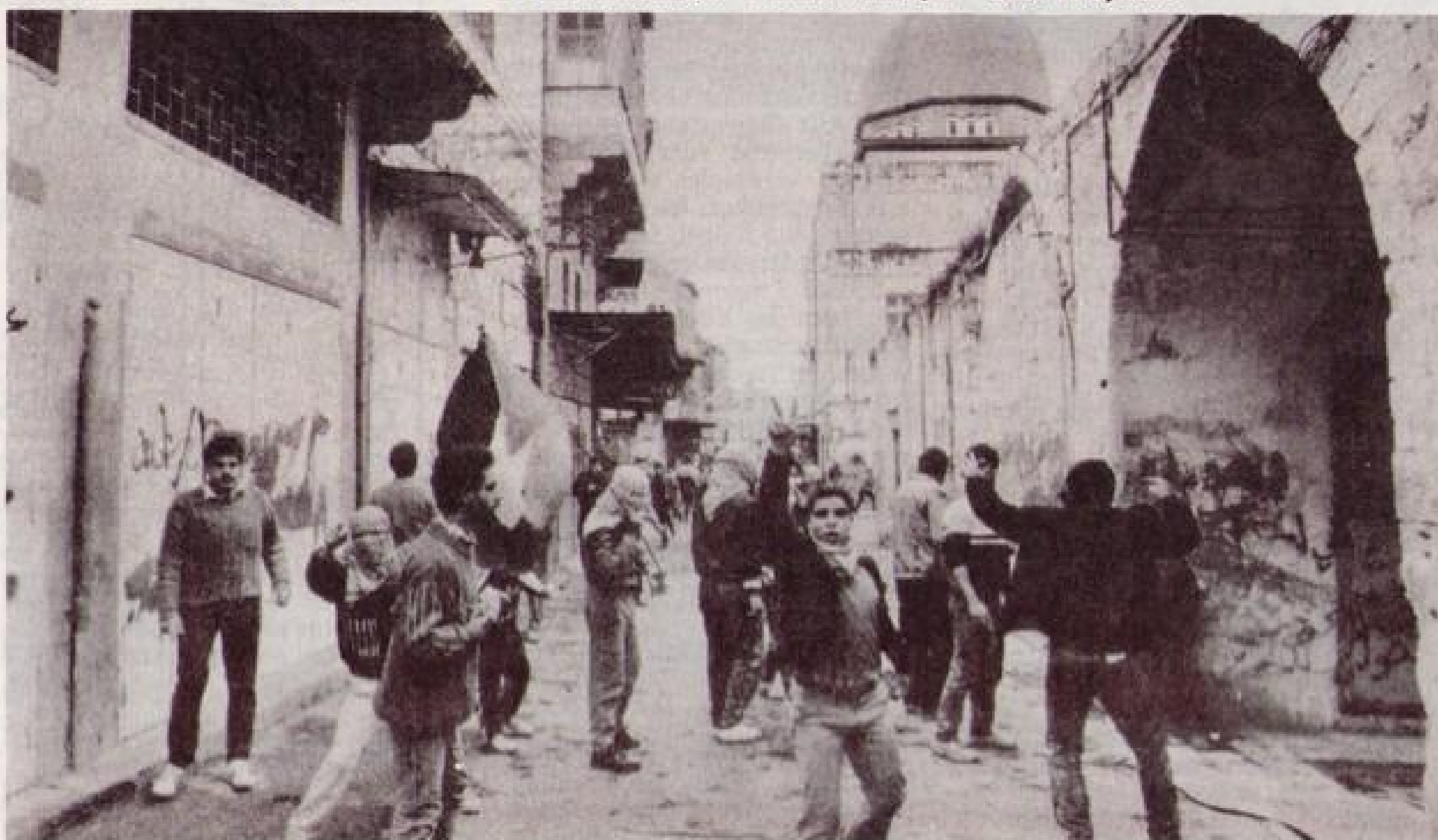
Mehr als 90% der Palästinenser in den besetzten Gebieten betrachten die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, so lautete das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage 86. Fast 80% sehen in Arafat den fähigsten palästinensischen Führer. Nur knapp die Hälfte votiert für einen Staat in Westjordanien und im Gaza-Streifen, dagegen lehnen 40% eine solche Zwischenlösung ab. Rund 60% wünschen einen islamisch-nationalen oder einen fundamentalistisch orientierten Staat, nur ein knappes Drittel will ein demokratisches Palästina. Anschläge und Attentate finden breite Zustimmung (80%); 60% halten den bewaffneten Kampf für die geeignete Taktik, Palästina zu befreien. Wenn diese radikalen Standpunkte so gemeint sind, wie sie geäußert wurden, werden sie zukünftig eher den radikalen islamischen Strömungen zugute kommen als den ,,linken'' Maximalisten in der PLO.

Quelle: Arbeiterkampf 281, S. 10

Unstrittig ist, daß die Reislamisierung, die Rückbesinnung auf moslemische Traditionen und Werte, auch die Palästinenser erfaßt hat. Diese Entwicklung begann in der Westbank und im Gaza-Streifen später als in anderen islamischen Ländern und wurde zunächst nur im täglichen Leben sichtbar: Mehr Gläubige besuchten die Freitagsgebete, junge Männer ließen sich einen Bart wachsen und Frauen kleideten sich islamischer Tradition gemäß. Mit dem Sieg der islamischen Revolution Ende der siebziger Jahre traten auch in den besetzten Gebieten moslemisch-fundamentalistische Gruppen in Erscheinung, für die der fanatisierte Islam politische Ideologie wurde. Besonders unter der Jugend und in den Universitäten gewann diese Bewegung rasch Einfluß.

Eine solche Entwicklung schien in Palästina bis dahin undenkbar und wurde deshalb zunächst ignoriert. Denn nahezu das gesamte palästinensische Volk erkennt bis heute die PLO als seine einzig legitime Vertreterin an, eine säkulare, demokratisch strukturierte Organisation, die nationale Ziele verfolgt und in der Vergangenheit Religion und Politik trennte. Der Islam indes war in der palästinensischen Gesellschaft immer bedeutsam geblieben; auch in der PLO gab es neben palästinensischen Nationalisten, Panarabisten und Marxisten Anhänger islamischer Strömungen, vor allem in der größten und einflußreichsten Einzelorganisation, der Fatah. Diese Befreiungsorganisation war Mitte der fünfziger Jahre in Abgrenzung zum Baathismus und Nasserismus entstanden, den beiden damals vorherrschenden Ideologien. Sie propagierten panarabische Ziele und wollten einen arabischen Sozialismus verwirklichen. In Ägypten, Syrien und dem Irak stürzten diese Bewegungen, deren Führer aus dem Kleinbürgertum kamen, die alten feudalen Regime. Panislamische Ideen hingegen wurden für lange Jahre verdrängt.

Mit der Fatah entstand eine neue palästinensische Führung. Sie belebte den palästinensischen Nationalismus neu und wollte, unabhängig von den arabischen Staaten, Palästina befreien. Der bewaffnete algerische Befreiungskampf war Vorbild. Fast alle Gründungsmitglieder der Fatah entstammten der palästinensischen Bourgeoisie, waren im Gaza-Streifen unter ägyptischer Militärverwaltung aufgewachsen



Demonstrierende Palästinenser in Nablus

und hatten an ägyptischen Universitäten studiert. Alle waren Mitglieder der Moslembrüder gewesen oder hatten mit deren Ideologie sympathisiert.

Nach dem Juni-Krieg 1967, der die Niederlage des arabischen Nationalismus besiegelte, verblaßten die panarabischen Ideen. Das palästinensische Nationalgefühl wurde nun zum entscheidenden Identifikationsmerkmal und zur wichtigsten Kraft im Befreiungskampf. Die Palästinenser waren zwar mehrheitlich sunnitische Moslems, und in der Westbank und im Gaza-Streifen hatte die Moslembruderschaft nach 1948 unter jordanischer Herrschaft oder ägyptischer Militärverwaltung geheime Zellen gebildet; der Islam aber blieb für den palästinensischen Befreiungskampf ohne Bedeutung.

Das begann sich Ende der siebziger Jahre zu wandeln; die Religion gewann auch in Palästina politischen Einfluß. Ein Grund war für diese Entwicklung maßgebend: Die bisherige Politik der PLO war in eine Sackgasse geraten. Die Forderung der PLO, bis zur endgültigen Befreiung Palästinas einen nationalen Staat an der Seite Israels zu gründen, schien schon damals — angesichts der von Israel geschaffenen Fakten in den besetzten Gebieten — unerfüllbar geworden zu sein. Aber auch die arabischen Staaten wollten keinen palästinensischen Staat.

Der palästinensische Nationalismus

Verschiedene Ereignisse begünstigten die Entwicklung des palästinensischen Nationalismus: die Niederlage des arabischen Staaten im Juni-Krieg 1967, die fortdauernde israelische Besatzung, Israels Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, deren wirtschaftliche Ausbeutung, die politische Repression, schließlich die Vernichtung der palästinensischen Fedayin im jordanischen Bürgerkrieg 1970/71 und das Scheitern der Volkskriegsstrategie.

Aber erst 1973 war in den besetzten Gebieten eine nationale Führungschicht entstanden, die sich vom jordanischen Regime gelöst hatte und eng mit der PLO zusammenarbeitete. Die PLO beschloß deshalb die Gründung der Palästinensischen Nationalen Front in der Westbank und im Gaza-Streifen. Die projordanischen Notabeln verloren ihren politischen Einfluß. Von dieser Zeit an propagierten zwei PLO-Organisationen, die Fatah und die DFLP (Hawatmeh), einen unabhängigen nationalen Staat, der in jedem befreiten Teil Palästinas gegründet werden sollte. Die Ministaat-Forderung, seit 1974 im PLO-Programm, gilt noch heute offiziell als Zwischenschritt auf dem Wege zur endgültigen Befreiung Palästinas, löste aber faktisch die wenig Erfolg versprechenden maximalistischen Ziele der palästinensischen Nationalcharta ab. Innerhalb der PLO widersetzte sich vor allem die PFLP (Habasch) der neuen Politik: sie lehnte jede Verhandlungslösung ab. Die PFLP verließ deshalb 1974 das Exekutivkomitee der PLO und stellte die Mitarbeit in der Palästinensischen Nationalfront ein.

Die arabischen Staaten erklärten auf dem Gipfeltreffen in Rabat 1974 die PLO zur alleinigen Vertreterin des palästinensischen Volkes und sprachen sich 1982 in Fes für einen palästinensischen Staat aus. Doch diese Anerkennung blieb ein verbales Zugeständnis, das vornehmlich den propalästinensischen Stimmungen in der arabischen Welt Rechnung trug: einen palästinensischen Staat an der Seite Israels befürworteten diese Regime nicht. Immerhin aber konnte die PLO den Beschluß der arabischen Gipfelkonferenz in den nächsten Jahren diplomatisch nutzen, deren Führung an der sich abzeichnenden Verhandlungslösung im Nahen Osten teilnehmen wollte.

Nicht nur Israel wußte das zu verhindern, auch die arabischen Staaten suchten den Einfluß der PLO zu begrenzen: das Eingreifen Syriens in den libanesischen Bürgerkrieg 76 schwächte die PLO; die Camp David-Abkommen 1978 und der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel schlossen die Befreiungsorganisation von einer Verhandlungslösung aus; die israelischen Invasionen 78 und 82 im Libanon und der Abzug der palästinensischen Fedayin aus Beirut 82 besiegelten das Scheitern der militärischen Option. Auch auf politischer Ebene sollte die militärisch geschwächte PLO nichts erreichen, darin waren sich Israel, Syrien und Jordanien einig. Der syrische Präsident Assad unterstützte 1983 die PLO-Opposition, um die Befreiungsorganisation zu spalten und deren Alleinvertretungsrecht zu unterminieren; der jordanische König hingegen wollte anstelle der PLO mit Israel über eine gemeinsame Verwaltung der besetzten Gebiete verhandeln. Der palästinensische Nationalismus schien perspektivlos geworden.

Die Ausstrahlung des Fundamentalismus

Diese hoffnungslose Situation radikalisierte die Jugend in der Westbank und im Gaza-Streifen und machte sie für maximalistische Forderungen empfänglich. Die vielen Zugeständnisse Arafats hatten keine politischen Erfolge gebracht, deshalb fanden die Parolen der Islamisten Gehör. Die Fundamentalisten verneinten das Existenzrecht Israels und erklärten die arabischen Regierungen für illegetim. Sie kritisierten die Kompromißbereitschaft der PLO und deren mangelnde Militanz, Fehler, die sie dem Einfluß der Linken und Kommunisten in der PLO anlasteten (s. Kasten). Der fundamentalistische Islam gewann unter den Palästinensern auch deshalb Einfluß, weil diese ideologische Strömung im Nahen Osten seit Jahren erfolgreich gewesen war. Die Signalwirkung der (schiitischen) islamischen Revolution im Iran war ungeheuer. Im Irak und in den Golfstaaten waren die Schiiten zu einer politischen Kraft, einer Bedrohung für die herrschenden Regime geworden. Im Libanon hatten die schiitischen Organisationen die palästinensischen Fedayin an Militanz und Opferbereitschaft übertroffen und schließlich die israelischen Truppen und die US-Marines gezwungen, das Land zu verlassen. In anderen arabischen Ländern konnten die sunnitischen fundamentalistischen Bewegungen Erfolge verbuchen: in Saudi-Arabien, in Ägypten, in Tunesien und einige Jahre lang auch in Syrien.

Für die Ausstrahlung des Fundamentalismus auf die moslemischen Völker blieben die Spaltung des Islam in Sunna und Schia sowie die tiefe jahrhundertealte Feindschaft zwischen beiden Strömungen zweitrangig. Der politische Erfolg zählte, gleich, ob es sich um die schiitische oder die sunnitische Variante handelte. Der Islam bot neue Identifikationsmöglichkeiten, er gab sozialen Halt, vermittelte ein Gefühl von Würde und schuf so die Illusion, ein taugliches Mittel im Kampf um Unabhängigkeit zu sein, eine Alternative zu den nationalen Bewegungen, die nicht in der Lage gewesen waren, eine unabhängige nationale Entwicklung einzuleiten und auch durchzusetzen, geschweige denn fähig gewesen waren, Palästina zu befreien.

Israel und Jordanien ließen die traditionellen Moslemführer und die neuen Islamisten lange Zeit gewähren oder unterstützten sie sogar. Diese Kräfte schienen nämlich geeignet, die Palästinenser zu spalten und eine Konkurrenz zur PLO aufzubauen, um deren Einfluß zu mindern und die nationalen Ambitionen des palästinensischen Volkes zu schwächen. Daß der islamische Fundamentalismus bis heute kein soziales und wirtschaftliches Konzept besitzt und ohne Perspektive im Kampf um die Unabhängigkeit geblieben ist, machte ihn für diese Ziele besonders geeignet.

Die palästinensischen Islamisten

Unter den palästinensischen Studenten wuchs der Einfluß der Islamisten rasch. Die Studentenratswahlen gewannen 1979 islamische Listen, mit Programmen, in denen sich soziale, religiöse und moralische Forderungen mischten. An einigen Universitäten erhielten sie die absolute Mehrheit und damit alle Sitze: in Hebron, Nablus und an der 1978 von Israel gegründeten Islamischen Universität Gaza. Die Wahlen in der Universität Bir Zeit, bekannt für ihre Auseinandersetzungen mit der Besatzungsmacht, gewann eine christlich-moslemische Liste unter der Parole ,,Die Moschee und die Kirche gegen die Ungläubigen'' 43% der Stimmen. Ein Jahr später war aus der religiösen Liste eine rein moslemische geworden, für die immerhin noch 25 bis 35% votierten. Verluste erlitt der moslemische Block an allen Universitäten 1982 für kurze Zeit, als die palästinensischen Nationalisten von der Belagerung Beiruts und dem Abzug der PLO profitierten.

Angespornt von den Wahlerfolgen 1979 griffen die fundamentalistischen, strikt antikommunistischen Moslems in den folgenden Jahren ausschließlich die palästinensischen Nationalisten und Linken an: 1980 überfielen sie den Sitz des Roten Kreuzes in Gaza, eine Hochburg der palästinensischen Nationalisten. Die Gesellschaft, geleitet von prominenten Nationalisten, war 1972 von Dr. Abd al-Shafi gegründet worden. Al-Shafi gehörte schon 1962 dem

Die Ideologie der Islamisten

Ahmed Sadiq, ein Theoretiker dieser Bewegung, sieht das Wesen des Palästina-Konfliktes im Kampf zwischen dem Westen und dem Islam. Das wichtigste Problem sei die historische, gegen den Islam gerichtete Aggression. Israel sei das aktuelle Zentrum dieser Aggression, deren wichtigestes Mittel die Schaffung von Nationalstaaten sei, eine Folge wiederum der Entfremdung der moslemischen Völker vom Islam. Eine angemessene Lösung der Krise der ganzen Epoche und deren Kern, des Palästina-Konfliktes, liege in der Bildung einer ,,Vereinigten Islamischen Front'', dem einzigen Kampfinstrument, um die Umma zu vereinigen und der globalen Aggression gegen den Islam in einem totalen Krieg gegen den Westen und Israel zu begegnen.

Israel sei zwar der Hauptfeind des Islam und müsse zerstört werden, heißt es in Schriften von Bassam Jarrar, einem fundamentalistischen Wortführer aus Ramallah. Das Kräfteverhältnis aber mache den bewaffneten Kampf in den besetzten Gebieten heute unmöglich. Der Wunsch der illegitimen Regierungen der moslemischen Völker, einen Kompromiß zu schließen, verhindere im Augenblick die Zerstörung Israels. Ziel sei die Einheit der Umma und ein muslimischer Staat. Die palästinensische Sache betreffe die gesamte Umma und könne deshalb weder von den Arabern, von den Palästinensern oder gar von gewissen Palästinensern in Beschlag genommen werden. Der Weg zu dem einen islamischen Staat könne auch über einen nationalen Staat führen. Die PLO indes sei nicht repräsentativ für die Palästinenser, der Beschluß des Rabat-Gipfels sei hinfällig, da von illegitimen Regierungen gefaßt. Beeinflußt von den marxistischen Strömungen, den Palästinensern Habasch, Hawatmeh und der Kommunistischen Partei, habe sich die PLO in ein Instrument der Negation des Islam verwandelt, so die Verlautbarungen von Bassam Jarrar.

In einer anderen Schrift werden al-Fatah von den Islamisten Avancen gemacht: sie sei zwischen 73 und 75 vom rechten Weg abgekommen. Damals habe sie, beeinflußt von den linken Gruppen in der PLO, die nationale Souveränität über das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer aufgegeben und mit den islamischen Kräften gebrochen.

Der Staat Israel habe keinerlei Legitimation, ließ Amin al-Khazindar, ein religiöser Würdenträger in Gaza verlauten, für den Augenblick aber akzeptiere man Teillösungen. Khazindar wurde wegen seiner Zustimmung zu den Camp David-Abkommen, 1979 ermordet. Die Schaffung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gaza-Streifen sei Teil unserer Rechte, heißt es auch bei Bassam Jarrar, eine Anerkennung Israels sei trotzdem ausgeschlossen. In dieser Frage gebe es wahrscheinlich die größte Divergenz zur PLO.

Quelle: J.-F. Legrain, Islamistes et la lutte nationale palestinienne dans les territoires occupés par Israel, in: Revue francaise de science politique, Avril 86, Heft 2, S. 227-247



Moslems nach dem Freitagsgebet in Ost-Jerusalem

Fortsetzung von vorheriger Seite

ersten gesetzgebenden Rat im Gaza-Streifen an und wurde 1964 einer der drei stellvertretenden Sekretäre der von Nasser gegründeten PLO. Nach 1971 — damals wurde der bewaffnete Widerstand im Gaza-Streifen von israelischen Truppen zerschlagen — führte er die eher militante Opposition gegen den neuen konservativen Bürgermeister al-Shawaa in Gaza an. Der Angriff auf den Sitz des Roten Kreuzes im Januar 1980 war also keinesfalls zufällig. Das Gebäude wurde geplündert und angezündet. Cafés und Kinos wurden von der wütenden Menge auf ihrem Weg zerstört — das iranische Vorbild war deutlich. Die israelische Besatzungmacht ließ den Mob gewähren und griff erst Stunden später ein.

In den nächsten Jahren provozierten die Islamisten auch auf der Westbank Zusammenstöße mit Linken und Anhängern der PLO, sie sprengten deren Versammlungen und riefen zum Kampf gegen die „unehrliche Linke" und zur „Jagd gegen die Feinde Gottes" auf. Die israelische Besatzungsmacht, sonst schon darauf bedacht, das Hissen einer palästinensischen Fahne mit aller Macht zu verhindern, ließ den Fundamentalisten freie Hand.

Diese Haltung Israels ist nicht verwunderlich. Denn obwohl die Zerstörung Israels das höchste Ziel der Fundamentalisten ist, richteten sich deren Kämpfe bis vor knapp zwei Jahren ausschließlich gegen Kommunisten und Linke, die der PLO nahestehen. Erst von 1984 an wurden Palästinenser wegen Mitgliedschaft in islamistischen Organisationen verurteilt.

Auch in Jordanien konnten die Moslembrüder bis Dezember 85 — im Gegensatz zu allen anderen oppositionellen Bewegungen — relativ frei arbei-

Organisationen verurteilt.

Auch in Jordanien konnten die Moslembrüder bis Dezember 85 — im Gegensatz zu allen anderen oppositionel-

len Bewegungen — relativ frei arbeiten. Erst als sie im Mai 85 die Verhandlungen Husseins mit Israel und seine Annäherung an Syrien kritisierten, verbot die jordanische Regierung politische Agitation während der Freitagsgebete. Dieser Erlaß galt auch für die Westbank, deren Oberster Moslemischer Rat, abhängig von den jordanischen Autoritäten, sich von den Islamisten distanzierte: sie hatten zum Sturz der arabischen Regime aufgerufen und die Errichtung islamischer Staaten propagiert.

Die Zusammenarbeit zwischen traditionellen Moslemführern und Islamisten funktioniert trotzdem. In den Moscheen der Westbank konnten sie trotz Zensur islamistisches Gedankengut verbreiten. Nicht nur die traditionellen Moslemführer unterstützten die Islamisten in dieser Frage: Die palästinensische Zeitung al-Fajr, die der Politik Arafats nahesteht, schrieb nach dem Verbot Husseins im November 85, einen Kommentar unter dem Titel „Politik und Religion sind untrennbar".

Wie stark islamistische Strömungen in der Bevölkerung verbreitet sind, ist schwer zu beurteilen, da sie im Untergrund arbeiten und unter verschiedenen Namen auftreten. Es existierten keine spezifischen islamischen Organisationen in der Umma, heißt es bei Islamisten und traditionellen Moslems, es gebe nur die Einheit des Islam und die Gemeinschaft der Gläubigen. Die älteste Organisation sind die Moslembrüder, 1928 in Ägypten gegründet. Diese Gruppe bildete nach 1946, ermutigt vom Präsidenten des Obersten Islamischen Rates, Zellen in Palästina. Die haschemitische Königsfamilie duldete die Organisation, um den Einfluß von Nasseristen und Kommunisten zu begrenzen. Nach dem Verbot der Opposition in Jordanien konnten die Moslembrüder ihre Arbeit als Wohltätigkeitsgesellschaft fortsetzen. Nach der israelischen Besetzung 1967 blieben die Moslembrüder jahrelang untätig; erst Ende der siebziger Jahre forderten sie plötzlich und vehement den Islam als Alternative zu den nationalistischen Ideologien. Nach Bassam Jarrar, einem Theoretiker der islamistischen Bewegung, besitze die Gesellschaft keine organisierten Strukturen, sondern funktioniere als Gemeinschaft der Praxis und des Denkens im Rahmen verstreuter kleiner Gruppen. Diese „Organisationsform" scheint auch auf andere islamistische Gruppen zuzutreffen.

Die militanten Aktivisten werden heute meist als Jihad Islami oder Islamischer Jihad bezeichnet. Der Jihad Islami sehe, so Bassam Jarrar, im Zionismus — anders als die Moslembrüder — eine unmittelbare Bedrohung des Islam, sei aber trotz Opposition zum Säkularimus taktisch flexibler und zu Kooperation mit den konservativen Fraktionen der palästinensischen Bewegung bereit. Eine solche Zusammenarbeit scheint tatsächlich möglich — allerdings gegen die Linke. Parolen gegen Israel bleiben vorerst Propaganda.

Es gibt inzwischen auch islamistische Gruppen, die den Kampf gegen Nationalisten, Linke und Kommunisten unmittelbar zum Ziel haben. Eine solche Organisation ist die „Gemeinschaft". Ihr geistlicher Führer Scheich Yasin schwor nach Entlassung aus einem israelischen Gefängnis dem bewaffneten Kampf ab und gründete diese Gruppe, eine inzwischen im Gaza-Streifen einflußreiche Organisation, die auf religiösem und sozialem Gebiet arbeitet

raelischen Gefängnis dem bewaffneten Kampf ab und gründete diese Gruppe, eine inzwischen im Gaza-Streifen einflußreiche Organisation, die auf religiösem und sozialem Gebiet arbeitet

und sich dem Kampf gegen Links verschrieben hat. Ob die PLO diese Kräfte integrieren kann, scheint fraglich.

PLO und Islamisten

Die PLO muß auf zwei Entwicklungen reagieren: In den besetzten Gebieten, wie in anderen Teilen der islamischen Welt, ist der Fundamentalismus eine politische, ideologische und militärische Alternative für die Menschen geworden. Die Führung der PLO will von dieser Entwicklung profitieren. Sie sucht ihrerseits traditionelle islamische Würdenträger und Islamisten zu integrieren oder aber mit diesen Bewegungen zusammenzuarbeiten: Nach der Abspaltung der Abu Mussa-Fraktion von al-Fatah 83 wurde ein islamischer Würdenträger, Scheich Abd al-Hamid al-Sayeh, Vorsitzender des Palästinensischen Nationalrates. Im April 87 nahm der Nationalrat vier moslemische Integristen auf, von denen zwei auch im Zentralrat der PLO vertreten sind. Im Libanon verbündete sich Arafat im Dezember 83, in Tripolis belagert von prosyrischen palästinensischen Gruppen und al-Fatah-Dissidenten, mit den Milizen des sunnitischen Fundamentalisten Scheich Schaban. Als die schiitische Amal im Libanon palästinensische Flüchtlingslager angriff und einschloß, verhielten sich die proiranischen Hezbollahis neutral. In Israel und in den besetzten Gebieten werden seit einigen Jahren Attentate und Anschläge auch gemeinsam von al-Fatah und dem Jihad Islami verübt.

Aber auch innerhalb der PLO sind traditionelle moslemische und islamistische Kräfte angewachsen, die den Charakter der PLO verändern könnten. In der PLO-Führung sind seit dem Sieg der islamischen Revolution im Iran und den erfolgreichen Kämpfen der schiitischen Gruppen im Libanon die Sympathien für en Islam gewachsen. Man möchte die Militanz des Fundamentalismus für den eigenen Kampf nutzen, nachdem alle anderen Methoden versagt haben.

Arafat, der als gläubiger Moslem gilt, verneint für die Zukunft eine grundlegende Änderung der PLO. Seit einigen Jahren benutzt der PLO-Chef indes häufig religiöse Ausdrücke und zitiert Koranverse. Andere Organisationen eifern dem nach: die Heiligen Stätten von Jerusalem zierten kürzlich das Titelblatt der DFLP-Zeitung (Hawatmeh).

Es wird aber nicht bei Worten bleiben: Der Chef der Einheit 17 plant, im Gaza-Streifen künftig religiöse Jugendliche zu organisieren, die vom militanten Fundamentalismus angezogen werden. Die Einheit ist eine besondere Gruppe innerhalb der Fatah. Sie erklärte sich in der Vergangenheit häufig für Anschläge verantwortlich und wurde als Leibgarde Arafats bezeichnet. Israel lenkte zur Zeit der Bombardierung des PLO-Hauptquartier in Tunis im Zusammenhang der Attentate auf israelische Geheimdienstler in Larnarca und der Entführung des italienischen Passagierschiffes Achille Lauro die Aufmerksamkeit auf diese Gruppe.

Die Hinwendung zu moslemischen Strömungen scheint heute vor allem taktischen Erwägungen zu folgen. Ob diese Taktik — angesichts der Intoleranz und Unnachgiebigkeit fundamentalistischer Bewegungen — auf Dauer erfolgreich sein wird, scheint sehr fraglich. Die Forderungen der PLO jedenfalls stehen den Zielsetzungen der islamischen Integristen diametral gegenüber. Und bislang galt der Kampf der Islamisten in den besetzten Gebieten vor allem den palästinensischen Kommunisten und Nationalisten.

mst

Quellen: Alain Gresh, The PLO: the struggle within: towards an independent Palestiniam state, London, 1985; Jean-Francois Legrain, Islamistes et la lutte nationale palestinienne dans les territoires occupés par Israel, in: Revue francaise de science politique, Avril 86, Heft 2, S. 227-247; Ann Lesh, Gaza: Forgotten Corner of Palestine, in: Journal of Palestine Studies, Autumn 1985; Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 30.5.86 und 16.10.87; Jerusalem Post, 5.9.87 und 21.11.87; Al-Fajr, 25.10.87; Le Monde, 16.10., 30.10., 31.10.87, 16.1.88 und 23.1.88; Unsere Zeit, 9.1.88.

Territorialer Imperativ

„Die fünfte Kolonne" oder auch „fünfte Spalte" ist eine ständige satirische Rubrik der englischsprachigen Wochenausgabe der israelischen Zeitung „Jerusalem Post". Das folgende Textbeispiel wurde der Ausgabe vom 9. Januar entnommen.

Die Fünfte Kolonne
Matt Nesvisky

Das Personal der Fünften Kolonne kann nicht länger taub bleiben gegenüber der Flut von Briefen, die unser Büro erreichen. Folgendes muß getan werden:

I. Sofortmaßnahmen

1. Alle Steine in den verwalteten Gebieten einkassieren.

2. Alle Dinge beschlagnahmen, die zum Herstellen von Benzinbomben dienen; dazu gehören: alle Glasflaschen (zwei Cent Pflaschenpfand anbieten), Stoffstücke, brennbare Flüssigkeiten, Nägel usw.

3. Die Herstellung, den Verkauf, die Verteilung oder den Besitz von Autoreifen verbieten; Strafe 15 Jahre Gefängnis oder eine Million Schekel.

4. Alle Gegenstände entfernen, die möglicherweise zum Blockieren von Straßen verwendet werden könnten; z.B. Felsbrocken, Baumstämme, Bettgestelle, alte Möbel, Leichen usw.

5. Alle Straßen entfernen.

6. Das Tragen der Keffijeh verbieten, denn das Kopftuch erschwert die Identifizierung von Unruhestiftern und verursacht Israelis schlechte Träume. Alle männlichen Palästinenser mit individueller Kopfbedeckung ausrüsten, wie beispielsweise Cowboy-Hüte, Sombreros, Panama-Hüte, Baseball-Mützen, Sikh-Turbane, bolivianische Chullos, Melonen, Schlapphüte, Kreiselhüte, Kapotthütchen, Tschakos, Jarmulkes (1) Leopardenfellkappen, Kränze, Feze, Bowler, Seemannsmützen, Bärenfellmützen, Barette, Hamburger, Waschbärenmützen, Tirolerhüte, Astrachans, Dreispitze, Kardinalsmitren usw.

7. Alle Unruhestifter mit 10 mal 20 cm großen, plastikverschweißten Zulassungspapieren ausstatten, die Foto, Name, Adresse, Identitätsnummer und besondere Kennzeichen enthalten; die Ausweise sind ständig gut sichtbar über der linken Hemdtasche zu tragen.

8. Alle Westbank-Universitätsklassen schließen, mit Ausnahme der geisttötendsten Kurse, beispielsweise Seminaren über Henry James.

9. Alle geschlossenen Geschäfte mit Gewalt öffnen.

10. Alle offenen Geschäfte mit Gewalt schließen.

11. Salpeter auf ihren Ackerboden streuen.

12. Ihre Brunnen mit LSD anreichern.

13. Allen Arbeitern aus den Gebieten die Fahrt zur Arbeit nach Israel verbieten, falls diese Arbeiter Anzeichen von palästinensischem Nationa-

chern.

13. Allen Arbeitern aus den Gebieten die Fahrt zur Arbeit nach Israel verbieten, falls diese Arbeiter Anzeichen von palästinensischem Nationa-

lismus zeigen, d.h. Kleidungsstücke im arabischen Stil tragen, arabisch sprechen, den Islam praktizieren, usw.

14. Alle Gartenclub-Mitglieder mobilisieren, um alles im Keim zu ersticken.

II. Einschränkung der Bewegungsfreiheit

1. Bei allen Bewohnern den Ärmel des Wurfarms mit einer Sicherheitsnadel am Jackengürtel oder am Mantelsaum befestigen. Bei Steinwerfern unter zehn Jahren könnten die Arme mit ihren Sprungseilen festgebunden werden.

2. Da alle Bewohner der Westbank und Gazas darauf bestehen, in verwalteten Gebieten zu leben, soll man alle besagten Bewohner in Verwaltungshaft nehmen. (2)

3. Ausgangssperre rund um die Uhr.

III. Deportationen

1. Alle Propagandisten der Gewalt deportieren.

2. Alle Propagandisten der Gewaltlosigkeit deportieren.

IV. Die militärische Antwort

1. Um die Reagan-Regierung, die UNO und die Medien der Welt zufriedenzustellen, wird die Armee künftig auf den Einsatz von scharfer und Gummi-Munition verzichten. Von nun an werden die Truppen Unruhestiftern nur noch antworten mit (a) Papierkrampen, die mit einem Gummiband abgeschossen werden; (b) Spucken; (c) maßvoll obszönen Gesten; und (4) mit mildem Hohngeschrei (Pfui, Schämt euch, Das ist nicht nett, Deine Mutter reitet auf einem Kamel, usw.).

Soldaten feuern mit Tränengas und Gummigeschossen?! — Auf einen Mob steinewerfender *Zivilisten?!* — Das kann nicht so weitergehen!! — Wir *müssen* einen Weg finden ... — ... ihre Herzen und ihren Verstand zu erreichen. — Gut, wir haben der Armee befohlen, Rippen zu brechen und Köpfe zu knacken. — Oh. — *Ich* dachte an einen subtileren Weg. (Aus: The Jerusalem Post International Edition, week ending January 30, 1988)

2. Gleichfalls wird die Armee nicht mehr länger mit Tränengas auf Unruhestifter schießen, da sich dies als außerordentlich beunruhigend für Allergiker und Asthmatiker erwiesen hat. Künftig wird der shabab (3) von Wasserwerfern begossen, die verweichlichende Parfüms und Duftwässerchen enthalten (z.B. Frühlingsveilchen, Nacht in Paris usw.). Islamische Fundamentalisten könnten mit Schweinekoteletten und gebundenen Soßen zurückgeschlagen werden. Unruhestifter unter zehn Jahren (siehe oben) werden bombardiert mit ablenkenden, unschädlichen Geschossen, wie gefüllten Doughnuts, Crembos, weichen Bonbons und Kuscheltieren.

3. Die Armee wird in den Gebieten künftig weniger in Erscheinung treten. Das wird folgendermaßen geschehen: (a) Straßensperren werden in sitzender Stellung vorgenommen, (b) Patrouillen werden im Gänsemarsch oder kriechend ausgeführt, (c) Häuser werden zum Verhör der Bewohner nur betreten, wenn niemand zuhause ist.

Stellung vorgenommen, (b) Patrouillen werden im Gänsemarsch oder kriechend ausgeführt, (c) Häuser werden zum Verhör der Bewohner nur betreten, wenn niemand zuhause ist.

4. Um der Beschwerde entgegenzutreten, daß die einzigen Israelis, denen Westbank-Araber jemals begegnen, Soldaten seien, wird die Armee künftig in den Gebieten nicht mehr uniformiert auftreten. Stattdessen werden sich die Truppen ein nicht einschüchterndes Äußeres zulegen, wie Fußballtrikots, Clownskostüme und andere Formen erheiternder, nicht bedrohlicher Verkleidungen.

5. Auf Grundlage der Ergebnisse der jüngsten Untersuchung über die Praktiken des Schin Bet werden neue Techniken der Informationserlangung angewendet. Körperliche Folter wird selbstverständlich vermieden. Verdächtige könnten aber Videoaufzeichnungen vom Zionistischen Weltkongreß ausgesetzt werden, oder sie könnten gezwungen werden, an Sarale Scharons Gesangsveranstaltungen teilzunehmen.

V. Die Medien

1. Israel wird weiterhin der Presse vollen Zugang zu allen Unruhen gewähren, aber um die Einhaltung der Fairness zu sichern, wird es auf einem Proporzsystem bestehen. Beispielsweise werden die Fernsehanstalten verpflichtet sein, für jede TV-Minute, in der Truppen beim Eintreten auf Demonstranten zu sehen sind, 60 Sekunden solchen Errungenschaften wie der Sonnenenergie und der Bewässerung zu widmen.

2. Da unsere Führer beschlossen haben, daß Unruhestifter nur gewalttätig werden, wenn Fernsehkameras zugegen sind, wird von den Anstalten gefordert, daß sie Sprechproben abhalten, Training organisieren und sich anderweitig um die Vorstellungen kümmern, damit ein professionelles Niveau erreicht wird, das der besten Sendezeit gerecht wird. Hervorragende Unruhestifter könnten schließlich mit eigenen Serien ausgezeichnet werden.

VI. Transfer

1. Abgesehen von den üblichen Deportierten (siehe oben) darf kein Palästinenser seines Heims beraubt werden. Aber mithilfe einer Reform-Eilmassenbekehrung werden alle Araber der Westbank und Gazas sofort als Reformjuden anerkannt. Mit einem Schlag wird das die Palästinenser der Einflußsphäre und dem Vertretungsanspruch der PLO entziehen, und sie untauglich für israelische Personalausweise machen. (4) Besonders große Palästinenser könnten es allerdings bei israelischen Basketballteams versuchen.

2. Um das geheiligte Prinzip der Einheit zu demonstrieren, werden alle Regierungsmitglieder dem Beispiel Ariel Scharons folgen, indem sie ihren stän-

raelischen Basketballteams versuchen.

2. Um das geheiligte Prinzip der Einheit zu demonstrieren, werden alle Regierungsmitglieder dem Beispiel Ariel Scharons folgen, indem sie ihren stän-

digen Wohnsitz in städtische Zentren wie Ramallah und Jericho, die Altstadt von Nablus oder ausgewählte Flüchtlingslager verlegen.

VII. Langfristige Strategie

1. Weiter um Regen beten.

Anmerkungen

(1) Das klassische jüdische Käppchen.
(2) Die sog. Verwaltungshaft (administrative detention) ist eine von der ehemaligen britischen Mandatsmacht übernommene bequeme Einrichtung, politisch mißliebige Palästinenser ohne Begründung und Verfahren bis zu sechs Monaten einzusperren.
(3) Palästinensische Jugendliche.
(4) Das bezieht sich auf die von den maßgeblichen Orthodoxen sehr eng ausgelegte Beantwortung der Frage „Wer ist Jude?"; wer nach dem reformierten Ritus zum Judentum übergetreten ist soll nicht als Jude (und damit auch nicht automatisch als Staatsbürger Israels) gelten.

Die Diplomatie als Krieg mit anderen Mitteln

Die ,,Friedens"diplomatie in Mittelamerika und der Krieg der USA gegen Nicaragua



Der Wunsch ihres Herrn ist den Contras Befehl

Die Übereinkunft der fünf zentralamerikanischen Präsidenten vom 7. August 1987 in Guatemala-Stadt, die u.a. einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien, die Demokratisierung der beteiligten Länder, die Einstellung jeglicher Hilfe an Aufständische und das Verbot der Zurverfügungstellung von Territorium für destabilisierende Aktionen gegen andere Regierungen der Region vorsieht, wurde anfänglich besonders in Nicaragua überschwenglich als ,,Wunder von Esquipulas'' begrüßt. Kein Wunder, versprachen sich die meisten Nicaraguaner davon doch ein Ende des zermürbenden Krieges, ,,paz digna'', einen Frieden in Würde, ein Ende des wirtschaftlichen Niedergangs und die mittelfristige Chance einer Neuaufnahme bzw. Fortsetzung des sandinistischen Revolutionsprojekts. US-Präsident Reagan, der das Zustandekommen dieses Abkommens in letzter Minute durch Vorlage eines eigenen ,,Friedensplans'' verhindern wollte, ließ es zwar durch Außenminister Shultz als ,,kühnen Schritt in die richtige Richtung'' bezeichnen, kündigte allerdings fast gleichzeitig damit an, weitere 270 Mio. Dollar zur Fortsetzung des Contra-Krieges im US-Kongreß beantragen zu wollen, ,,bis in Nicaragua vollständige Demokratie herrscht''. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht eine Untersuchung der Politik des US-Imperialismus nach dem sog. Friedensabkommen, auch Arias-Plan genannt. Mag Reagan auch unmittelbar nach der Übereinkunft politisch in die Defensive geraten sein, eine ,,Niederlage in der Schweinebucht'', d.h. eine entscheidende Niederlage, wie es enttäuschte ultrarechte Kritiker ausdrückten, hat die Reagan-Administration sicherlich nicht erlitten. Das Potential einer imperialistischen Weltmacht bietet vielfältige Möglichkeiten, solche ,,Mißgeschicke'' an der diplomatischen Front auszubügeln. Noch gibt Reagan das Land, das er als ,,Country-

vielfältige Möglichkeiten, solche ,,Mißgeschicke'' an der diplomatischen Front auszubügeln. Noch gibt Reagan das Land, das er als ,,Country-
Club für Terroristen'' diffamieren läßt, nicht für ,,freedom & democracy'', wie er sie versteht, verloren. So fuhr im Oktober Jeane Kirkpatrick, ehemalige US-Botschafterin bei der UNO und seine Vertraute, nach Managua, um der in der US-Botschaft versammelten Rechten Nicaraguas zu versichern, sie hätte ,,viele Freunde'', ohne aber zu versäumen hinzuzufügen: *,,Man kann nicht sagen, daß sie (die militärische Lösung) nicht unter irgendwelchen Umständen möglich sein wird. Wer weiß schon, wie die Umstände sein werden?''*

Das Abkommen von Guatemala-Stadt (im folgenden wird dafür der in der Presse gebräuchlichere Begriff Esquipulas II verwendet) führte als erstes zum Rücktritt des US-Sonderbotschafters Habib, der bereit war, auch in Managua direkt zu sondieren. Dies war das Signal für die Hardliner in der Regierung. Elliot Abrams, im State Department für Lateinamerika zuständig, wurde mit der Ausarbeitung eines neuen Schlachtplans zur Unterwerfung des revolutionären Nicaragua beauftragt.

Das nach ihm so bezeichnete ,,Abrams-Projekt'' hat folgende Kernpunkte:

1. Neu- und Umdefinition des Abkommens als ,,vorläufig'' und ,,einleitend'', mit dem Ziel, den Arias-Plan ausschließlich als Forderungskatalog nur gegenüber Nicaragua zu benutzen. Auf diplomatischer Ebene hätte das zum Ergebnis, Nicaragua als alleinigen Störenfried in der Region zu isolieren, sollte es sich bei den anstehenden Konferenzen als zu wenig ,,flexibel'' erweisen.
2. Politische Erpressung Nicaraguas vor allem durch die möglichst extensive Auslegung der Demokratisierungsbestimmungen des Abkommens mit dem Ziel, die Sandinisten zu weitestgehenden, noch über die schon eingegangenen Verpflichtungen hinausreichenden Zugeständnissen zu zwingen. Zweck dieser Strategie ist es, der rechten Opposition mehr Bewegungsspielraum gegen die FSLN zu verschaffen, ihr die Möglichkeit zu geben, besonders die ökonomischen Folgen der Strategie des ,,low intensity conflict'' für ihre Agitation gegen den Sandinismus auszunutzen. Darüber hinaus wird damit beabsichtigt, der Contra die Chance zum kontinuierlichen Aufbau einer inneren Front zu geben und somit die Macht der Sandinisten von zwei Seiten Schritt um Schritt zu unterminieren.
3. Aufrechterhaltung des militärischen Drucks durch weitere Stärkung der Contra sowie Offenhaltung der Interventionsoption zu jedem Zeitpunkt.

Dieses Projekt basiert auf für die USA sehr günstigen Voraussetzungen. Die Vertragspartner der sandinistischen Revolutionsregierung sind allesamt ökonomisch und militärisch in höchstem Maß von den USA abhängig: Arias' Costa Rica ist extrem verschuldet, seine Wirtschaft wird von US-Konzernen weitestgehend kontrolliert. Azconas Honduras ist praktisch von den USA besetzt, Cerezos Guatemala ist ebenfalls hoch verschuldet, Cerezo selbst besitzt nur geringen Spielraum gegenüber den US-ausgebildeten Militärs seines Landes. Duarte, der salvadorenische Präsident, erlebt eine schon länger andauernde Aushöhlung seiner Machtposition, gilt als der Prototyp einer US-Marionette. (Daß er bei seinem letzten Rapport in Washington in aller Öffentlichkeit die ,,Stars and Stripes'' im Präsidentenzimmer geküßt hat, soll bei US-Bürgern mächtig Eindruck gemacht haben.)

Abgesehen von der Tatsache, daß sie allesamt erbitterte Gegner der sandinistischen Revolution sind, darf man/frau sie als in höchstem Maß von

Abgesehen von der Tatsache, daß sie allesamt erbitterte Gegner der sandinistischen Revolution sind, darf man/frau sie als in höchstem Maß von
den USA beeinflußbar ansehen. Die USA selbst sind nicht Vertragspartner, sie können aber über ihre Marionetten, einschließlich ihrer Contra-Söldnertruppe, vielfältigen Druck auf Nicaragua ausüben. Die Vertragsbestimmungen, die Nicaragua heranzieht, um einer einseitigen Erpressung entgegenzuwirken, insbesondere die Simultaneitätsklausel (,,Die einzelnen Bestandteile des Dokuments bilden ein geschlossenes und unteilbares Ganzes''; außerdem die ,,Verpflichtung, die Vereinbarungen gleichzeitig innerhalb der festgelegten Fristen zu erfüllen'' und die Kontrolle der Vertragsbestimmungen durch eine internationale Überprüfungskommission) eignen sich im Endeffekt nicht einmal zur Ausübung von Druck gegenüber den anderen vier: Wirksame Sanktionsbestimmungen fehlen in diesem Abkommen völlig. Im Gegenteil: Nicaragua, das am meisten am Vertrag interessiert ist, riskiert im Konfliktfall die Aufkündigung des Abkommens durch die Einheitsfront der vier ,,Partner''. Der für einen Frieden in Nicaragua so extrem wichtige Artikel 6 des Abkommens (die ,,Verpflichtung, Personen, Organisationen oder Gruppen, die die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten destabilisieren wollen, die Benutzung ihres Hoheitsgebietes zu verweigern und ihnen weder militärische noch logistische Unterstützung zu gewähren oder zu gestatten'') dürfte z.B. von Honduras — selbst wenn es dies ernsthaft beabsichtigte — mangels wirklicher Souveränität gegenüber den USA gar nicht durchgesetzt werden können.

Einige Fakten zeigen in diesem Zusammenhang anschaulich, wie die Reagan-Administration ihr Projekt um- und durchzusetzen gedenkt.

Vor dem Gipfeltreffen von San Jose

Die Präsidenten Azcona und Duarte wurden nach Washington beordert und sehr massiv auf die neue Strategie eingeschworen. Azcona, der lange Zeit die Existenz der Contra auf hondurenischem Territorium einfach geleugnet hatte, argumentierte danach folgendermaßen: Wenn die Sandinisten einen Waffenstillstand mit der Contra abschlössen, wäre deren Verbleib auf hondurenischem Gebiet sowieso nicht mehr notwendig. Ein Argument, das es in sich hat. Weigern sich die Sandinisten, einen Waffenstillstand zu für sie ungünstigen Bedingungen zu vereinbaren, so sind sie nach dieser Logik selbst Schuld am weiteren Verbleib der Contra in Honduras. Andererseits gibt dieses Argument der Contra alle Möglichkeiten, ihre Stützpunkte nicht räumen zu müssen. Schließlich braucht es *ihr* Einverständnis zu einem Waffenstillstand! Darüber hinaus behielt sich Azcona vor, selbst zu beurteilen, ob Nicaragua sich an den Buchstaben der Übereinkunft halten würde. Nur dann sieht er sich nämlich verpflichtet, seinerseits überhaupt Schritte zur Erfüllung des Abkommens einzuleiten. Dies ist eine eindeutige Erpressung und außerdem ein klarer Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen. Dort ist schließlich festgelegt, daß nur eine internationale Überwachungs- und Kontrollkommission befugt ist, eine derartige Beurteilung vorzunehmen. Zu guter Letzt verlangte Azcona im Falle eines Abzugs der Contra noch 250 Mio. Dollar als Ersatz für die ihm dadurch

trollkommission befugt ist, eine derartige Beurteilung vorzunehmen. Zu guter Letzt verlangte Azcona im Falle eines Abzugs der Contra noch 250 Mio. Dollar als Ersatz für die ihm dadurch
entfallende US-Hilfe!

Eine Woche vor dem Gipfel in San Jose reisten Sicherheitsberater Powell und Abrams nach Costa Rica, El Salvador, Honduras und Guatemala, um die Präsidenten dieser ,,befreundeten'' Länder aufzufordern, Nicaragua wegen mangelnder Vertragserfüllung anzuklagen. Ohne die Verurteilung der Sandinisten und die weitere Unterstützung der Contra, so die Drohung, keine weitere US-Wirtschaftshilfe! Dies soll in einer Form geschehen sein, die einen prominenten Kongreßabgeordneten der Demokraten zu der Äußerung bewegte, die Präsidenten wären wie Staatschefs von Bananenrepubliken behandelt worden.

Die verstärkte Unterstützung der nicaraguanischen Rechtsopposition, die ja als Ergebnis von Esquipulas II mehr Freiheiten hat, durch die USA kommt in dem Beschluß des Kongresses vom Oktober zum Ausdruck, diese mit 250.000 Dollar ab sofort zu unterstützen. Es wird hier klar, daß damit eine innernicaraguanische Opposition, die bis jetzt untereinander zerstritten und wenig attraktiv für das Volk geblieben ist, hochgepäppelt werden soll.

Das Gipfeltreffen von San Jose (Esquipulas III)

Dieses weitere Treffen der fünf Präsidenten war Bestandteil des Abkommens von Guatemala-Stadt. Es sollte offiziell der Beratung über die Verwirklichung des Friedensplans in allen fünf zentralamerikanischen Ländern dienen. Zu diesem Zweck war zuvor eine internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission in alle Länder gereist, um diesem Gipfel zu berichten und somit eine Grundlage für einen weiteren Fortgang des Friedensplans zu schaffen. Die USA konnten die Früchte ihrer diplomatischen Erpressung einfahren. Dies in einem solchen Maß, daß auch nach dem Urteil unbeteiligter Diplomaten aus anderen Ländern fast ausschließlich über Nicaragua verhandelt wurde.

Duarte und Azcona sollen sich (wen wundert's?) besonders hart gegenüber Nicaragua gezeigt haben. Dies, obwohl die internationale Kommission in allen Ländern Verstöße gegen den Arias-Plan kritisiert hatte und auch, obwohl Nicaragua durch diese von Contadora-Staaten hauptsächlich besetzte Kommission sogar positiv hervorgehoben wurde: ,,Trotz des Kriegszustands wurden konkrete Schritte zur Demokratisierung unternommen.'' Duarte und Azcona bezeichneten die Kommission schlicht und einfach als parteilich (sie hatte es gewagt, die Contra-Camps in Honduras als Verstoß gegen das Abkommen zu bezeichnen!). Beide forderten mit Erfolg ihre Auflösung, so daß nun die Kontrolle in Zukunft in den Händen der fünf am Konflikt beteiligten Außenminister liegt. Wie die Abstimmungen bei dieser Konstellation ausgehen werden, läßt sich unschwer ausmachen!

Vor die Wahl gestellt, den Gipfel scheitern zu lassen, mußte Daniel Ortega, der nicaraguanische Präsident, Zugeständnisse erbringen, die weit über die Bestimmungen des Arias-Plans hinausgehen:

1. Bereitschaft zu einem Dialog mit der Contra und dies in Mittelamerika;

die Bestimmungen des Arias-Plans hinausgehen:
1. Bereitschaft zu einem Dialog mit der Contra und dies in Mittelamerika;

2. Abschaffung der antisomozistischen Volksgerichte;
3. sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands (obwohl der Kriegszustand keineswegs aufgehoben ist!);
4. Versprechen eines allgemeinen Amnestieerlasses, der z.T. auch ehemalige somozistische Nationalgardisten umfaßt.

Es sei hier daran erinnert, daß Daniel Ortega diese Zugeständnisse zu einem Zeitpunkt macht, wo das Abkommen bereits ein halbes Jahr in Kraft ist und außer Nicaragua keiner der anderen Vertragspartner Schritte zur Vertragserfüllung unternommen hat, die von nennenswerter Bedeutung wären.

Das rechte Oppositionsblatt triumphierte in diesem Zusammenhang mit der Schlagzeile: ,,Sandinisten kapitulieren!'' Ortega verknüpfte diese Konzession allerdings mit der Ablehnung der erneuten Contra-Hilfe im US-Kongreß.

Die Sandinisten sehen Esquipulas II als Schlüssel zum Frieden mit der Chance, ein neues Fundament für die Fortsetzung der eigenen Revolution zu gewinnen. Obwohl Nicaragua zurecht vom ,,strategischen Sieg'' über die Contra spricht, haben die Auswirkungen der CIA-Strategie des ,,low intensity conflict'' in ökonomischer und sozialer Hinsicht ein für die Bevölkerung teilweise nur noch schwer erträgliches Ausmaß erreicht. In den letzten Wochen herrschte im gesamten Land Benzinmangel, in abgelegeneren Landesteilen gab es sogar Probleme mit der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln (siehe dazu den Kasten: Brief aus Masaya!). Nicaragua erwartet als Folge eines Friedens insbesondere von europäischen Ländern Wirtschaftshilfe. Wirtschaftsexperten sprechen von der gigantischen Summe von zwei Milliarden Dollar, die das Land benötigt, um wieder auf die Beine zu kommen!

Bisher haben alle Konzessionen noch wenig für Nicaragua erbracht. Im Gegenteil: Zu beobachten ist eine Verschärfung des Krieges, ,,wie überhaupt noch nie zuvor'', wie es Verteidigungsminister Humberto Ortega vor kurzem ausdrückte. Einige Fakten dazu: Seit Anfang 1987 werfen die Contra alle verfügbaren Truppen aus den Camps in Honduras an die Front. 12- bis 15-jährige werden zum Kampf gegen das sandinistische Volksheer (EPS) zwangsrekrutiert. Die USA verbesserten ihre Versorgungsleistungen und die Bewaffnung ihrer Söldnertruppe. So verfügt die Contra jetzt über 300 Red-Eye-Boden-Luft-Raketen, die gegen die Hubschrauber des nicaraguanischen Heeres eingesetzt werden können (fünf Abschüsse im Oktober!) So schafft es die Contra überdies wieder mehr, sich über längere Zeiträume auf nicaraguanischem Territorium einzunisten, weil sie die USA durch ihre in Honduras stationierten Flugzeuge mit Waffen und Lebensmitteln aus der Luft versorgt. Die nicaraguanische Luftabwehr registrierte im September etwa 110 Verletzungen ihres Luftraums; im Januar wurde erneut ein solches Flugzeug mit vier Insassen, aus Honduras kommend, abgeschossen. Die Contra operiert in kleineren Einheiten, startet hauptsächlich nachts zu Überfällen und setzt verstärkt Minen ein. Den vorläufigen Waffenstillstand, den das sandinistische Heer zugestand, nutzte die Contra zur Regeneration und zur Verbesserung ihrer eigenen mi-

ein. Den vorläufigen Waffenstillstand, den das sandinistische Heer zugestand, nutzte die Contra zur Regeneration und zur Verbesserung ihrer eigenen mi-
litärischen Position.

Aktivitäten der rechten politischen Opposition

Die Strategie der von den USA gesteuerten rechten Opposition dürfte sein: Der ,,Nationale Dialog'', Bestandteil des Arias-Plans für alle fünf Länder, kommt in Nicaragua nur zögernd voran. Die der Contra besonders nahestehenden Rechten der sog. Coordinadora werden dafür sorgen. Es wird versucht, die bisher stark zerstrittenen Oppositionsgruppen immer stärker gegen die FSLN zusammenzubringen. Die Contra soll über die PSC (Sozialchristliche Partei) als legale Partei innerhalb Nicaraguas aufgebaut werden. Huembes, der Vorsitzende der Coordinadora, fordert Waffenstillstandsverhandlungen zwischen FSLN, interner Opposition und der Contra. Obwohl die Fähigkeit zur Massenmobilisierung noch immer recht beschränkt ist, organisiert die Rechte zunehmend provokatorische Demonstrationen, die auch zu Auseinandersetzungen mit der sandinistischen Basis führen. Adressat solcher Veranstaltungen ist hauptsächlich die internationale Presse, der gegenüber die sandinistische Regierung als totalitär und undemokratisch dargestellt werden soll.

Die wieder zugelassene ,,Prensa'' hat sich zum lupenreinen CIA-Kampfblatt entwickelt: Sie druckt permanent Verlautbarungen der Contra ab, versucht jede Unmutsäußerung der Bevölkerung zum radikalen Widerstand gegen die FSLN hochzuputschen. Natürlich bieten die enormen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ökonomischen Probleme oberflächlich betrachtet jede Menge Stoff für Agitation zugunsten der Opposition. Es verwundert nicht, daß die rechte Opposition eine Totalamnestie fordert. Gerade in dieser Frage stekt eine große Gefahr: Sie kann der FSLN zweifachen Schaden zufügen. Ihre Basis steht einer solchen Forderung sehr ablehnend gegenüber. Gleichzeitig könnte eine Totalamnestie Somozisten erlauben, sich legal im Land zu etablieren und den Sturz der revolutionären Regierung mit politischen, aber auch terroristischen Methoden neu in Angriff zu nehmen.

Reagan will die Comandantes bis zum Ende seiner Amtszeit gestürzt haben, wie er gegenüber Beratern verlauten ließ. Die beantragten 68 Mio. Dollar Contrahilfe, über die am 4. Februar im Repräsentantenhaus abgestimmt wird, sind für Reagan die Voraussetzung für die Verwirklichung des Arias-Plans, wie *er* ihn versteht. Abrams nannte sie eine ,,Versicherungspolice'', daß die Sandinisten ihre Zugeständnisses nicht rückgängig machen könnten.

Was wollen die US-Demokraten? Sie favorisieren eine ,,Verhandlungslösung'', sprechen stehts davon, man müsse die Sandinisten dazu zwingen, (und damit erst noch etwas zuwarten), ihre Versprechungen zu erfüllen. Sie setzten also auf eine mittelfristige Beseitigung der Sandinisten, auf eine allmähliche politische Liquidierung, ein Zusammenspiel von ökonomischen Druckmitteln und politischer Opposition (Stichwort ,,Mexikanisierung''). Die Sandinisten setzen trotzdem ihre Hoffnungen auf die Demokraten. Eine Verhandlungslösung würde, so ihre Kalkulation, dem Land dringend benötigte Zeit geben, sich zu konsolidieren, die Gefahr einer militärischen Intervention durch die USA stark verringern und neue Kräfte freisetzen zum (Wieder-)Aufbau.

Die FSLN bemüht sich seit Contadora-Zeiten bis heute die Rahmenbedingungen für die Fortführung des revolutionären Prozesses zu erhalten bzw. neu zu formen. Dies heißt immer und vor allem, die militärische Auseinandersetzung auf die diplomatisch-politische Ebene zu verlagern. Der Versuch, den USA auf diplomatischer Ebene die internationale Anerkennung für die Fortführung der militärischen Aggressionen durch weitestgehende innenpolitische Konzessionen zu entziehen, ist sehr riskant. Wenn Oscar René Vargas versichert, daß die Revolution sich nicht ,,sozialdemokratisieren'' werde, sondern nur eine ,,den Bedingungen angepaßte Realpolitik'' betreibe, so stellt sich die Frage, wie weit diese Anpassung noch gehen kann, zumal die Bedingungen ja weiterhin in großem Maß von den USA bestimmt werden. Die FSLN versichert, daß sie an den revolutionären Grundprinzipien unabänderlich festhalten wird. Ortega hat in seiner Rundfunkrede klargestellt, daß die direkten Verhandlungen mit der Contra ausschließlich die Feuereinstellungsmodalitäten berühren werden, es jedoch in keinem Fall Verhandlungen über eine Machtneuverteilung oder eine Änderung der Verfassung geben werde. Eine Auflösung des sandinistischen Heeres oder der Sicherheitskräfte stehe nicht zur Debatte. Bayardo Arce, einer der neuen Comandantes der Revolutionsregierung, hat in einer großen Versammlung Anfang dieses Jahes betont, daß die FSLN eine ,,Chilenisierung'' nicht zulassen werde und die USA daran erinnert, daß das Volk von Nicaragua ,,un pueblo en armas'' sei, ein Volk in Waffen.

e., Wbln.

Nicaragua im Januar 1988

Brief einer Westberliner Internationalistin aus Masaya

Liebe Freundinnen und Freunde: nach gut einem Jahr wieder in Nicaragua finde ich ein Land vor, dessen Zustand kaum noch zu beschreiben ist, da die Ereignisse sich mittlerweile überschlagen. Der alltägliche Überlebenskampf ist hart geworden. Erste Gespräche mit Freunden und Bekannten kommen recht schnell auf die gleichen Aussagen: Es ist für uns alle so viel schwerer geworden und wir sehen keine Aussicht auf Verbesserung!

Seit Mitte Dezember herrscht Benzinknappheit. Tagelang gibt es überhaupt kein Benzin; alle Tankstellen — selbst diejenigen, die den Sprit gegen Dollarcoupons (die's zu unserem Erstaunen mittlerweile gibt) verkaufen — sind geschlossen. Dann sind an der Tankstelle wieder Endlosschlangen mit dem Limit, daß jeder Wartende nur drei Gallonen erhält. Die zunächst vermutete Erklärung, daß die Tankstellenbesitzer mit Aussicht auf Preissteigerungen horten, wird hinfällig, anesichts des tatsächlich vorhandenen Mangels.

Dann wird Anfang Januar in bisher nicht erlebtem Maße die Stromzufuhr gekürzt. Zwar wird versucht, über Zeitungsveröffentlichungen die Kürzungen kalkulierbarer zu machen, was meist jedoch nicht so richtig gelingt, d.h. z.B., daß wenn in der Zeitung von zwei Stunden Abschaltung gesprochen wird, tatsächlich ca. drei Stunden der Strom weg ist. Zur Zeit liegt die Kürzung bei täglich mindestens fünf Stunden. Nun stellt euch die Arbeitsmöglichkeiten in 'nem Betrieb vor, wo von morgens um 10 bis nachmittags um fünf Uhr kein Strom ist! Meist fehlt er auch in den Abendstunden wenn's grad dunkel wird, man von der Arbeit kommt, zu Abend essen will, abschalten, Fernsehgucken ... Was dies für die eh schon total angeschlagene Produktion im Lande für Schäden verursacht, mag ich nicht abzuschätzen. Ich stell's mir allerdings verheerend vor. Nichts ist mehr planbar, alles hängt davon ab, ob es Strom gibt.

Dazu kommt dann noch, daß auch das Wasser mehr und mehr gekürzt wird. Hat Managua eh schon zwei volle Tage ohne Wasser, so wird nun auch in den Regionen das Wasser abgestellt. Dies wird zum einen durch die Stromkürzungen verursacht (Pumpen!), ist aber auch Folge einer jährlich wachsenden Wasserknappheit. Die Regenzeit wird von Jahr zu Jahr trockener, was auf die Abholzung der Urwälder in Lateinamerika

Jahr trockener, was auf die Abholzung der Urwälder in Lateinamerika
zurückzuführen ist.

Die Inflation ist unaufhaltsam. Preise steigen von einer Woche auf die nächste zum Teil um 100%. Die Antworten auf die Frage, was dieses oder jenes kostet, erscheint mir in der dann genannten Tausenderhöhe auch ab und an willkürlich, nicht mehr faßbar. Nichts steht mehr in einem realen Verhältnis. Sicher ist nur, daß die einstmals eingerichteten Verteilungsstellen in den Stadtteilen die Versorgung mit den Grundnahrungsmitteln zu gesicherten Preisen überhaupt nicht mehr garantieren. Sicher ist auch, daß es auf den Märkten zu hohen Preisen all diese Waren reichlich im Angebot gibt.

El Salvador:

Die FMLN erweitert den Spielraum der Opposition

In der Nacht zum 31. März 1987 griffen unbemerkt zusammengezogene Einheiten der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) die Kaserne der 4. Infanteriebrigade des salvadorianischen Heeres in El Paraiso, Chalatenango, an. Zum zweiten Mal seit 1983 wurden große Teile des für ,,uneinnehmbar'' ausgegebenen, festungsähnlich ausgebauten Gebäudekomplexes von der Guerilla zerstört und etliche, zum Teil schwere, Waffen erbeutet. Ein US-Militärberater und 50 Regierungssoldaten, darunter zwei ranghohe Offiziere, verloren bei dem Angriff ihr Leben.

Die Aktion gegen die Kaserne von El Paraiso war die spektakulärste in einem für die FMLN aus militärischer wie politischer Sicht erfolgreichen Jahr. Über die in den ,,kontrollierten Zonen'' stationierten Sender Radio Venceremos und Radio Farabundo Marti veröffentlichte die Guerilla Anfang Januar ihre Bilanz: Danach sind 1987 dem Regierungsheer 8.700 Verluste (Tote und Verwundete) zugefügt worden; mehr als in jedem anderen der vergangenen sieben Kriegsjahre. 645 Gewehre, 10 MGs, 17 Raketenwerfer, 13 Granatwerfer, 6 Kanonen und knapp 60.000 Schuß Munition konnte die FMLN nach ihren eigenen Angaben erbeuten.

Von insgesamt sieben landesweit

Von insgesamt sieben landesweit
durchgeführten Verkehrsstillegungen waren bis zu 95 Prozent des Güter- und Personenverkehrs außerhalb der Hauptstadt betroffen. Bei der letzten, die vom 3. bis 5. November als Reaktion auf die Ermordung des Präsidenten der regierungsunabhängigen Menschenrechtskommission, Anaya, verhängt wurde, konnte sich praktisch kein Fahrzeug ohne starken militärischen Geleitschutz auf den Landstraßen bewegen. Auch ihre Sabotage-Aktionen hat die FMLN im vergangenen Jahr fortgesetzt und intensiviert. Die Sprengung von zehn Brücken und einer Vielzahl von Elektrizitätsstationen und Strommasten sowie die Verbrennung von Kaffeernten verursachten Schäden in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar.

Über die Verluste der Guerilla im Kriegsjahr 87 haben weder die FMLN selbst noch das Presseamt der Streitkräfte (COPREFA) informiert. Radio Venceremos gab jedoch bekannt, daß das Regierungsheer im zu Ende gegangenen Jahr mindestens 376 Menschen ermordet hat oder ,,verschwinden'' ließ; 135mal seien Dörfer und kleinere Ansiedlungen von der Luftwaffe angegriffen und beschossen worden. Der Weihbischof von San Salvador, Rosa Chavez, nannte in seiner Weihnachtspredigt die Zahl von 1.039 gewaltsam zu Tode gekommenen Menschen — außerhalb der direkten Kriegshandlungen zwischen Regierungsheer und Guerilla.

Die Aktionen der FMLN, vor allem der eingangs erwähnte Angriff auf El Paraiso, haben verschiedene Mythen der letzten Kriegsjahre zerstört und die Propaganda des COPREFA und der Duarte-Regierung nachdrücklich, weil praktisch widerlegt.

Die sogenannte ,,Operation Phoenix'' von Anfang 1986, bei der es der Regierung in wochenlangen Dauer-Bombardements und mit Hilfe von 15.000 Soldaten gelungen war, die auf den Hängen des Guazapa-Vulkans — in nur 30 Kilometer Entfernung der Hauptstadt gelegen und bis dahin ,,kontrolliertes Gebiet'' der Guerilla — lebende Bevölkerung zu ermorden oder zu vertreiben, hat die FMLN *nicht* in die Defensive gedrängt. Die Taktik der Guerilla, ihre großen Verbände aufzulösen und (wieder) in kleineren Gruppen zu operieren, ist nicht Ausdruck ihrer Schwäche, sondern hat sich den personellen Aufstockungen und operativen Veränderungen im Regierungsheer wirksam angepaßt. Offensive Aktionen bleiben weiterhin möglich, und die FMLN ist nach wie vor in der Lage, auch größere Gefechte für sich zu entscheiden.



Durch ihre Militäraktionen hat die FMLN auch ihre politischen Handlungsräume und die der salvadorianischen Opposition insgesamt erweitert. Dieses ist der eigentliche Fortschritt des vergangenen Jahres; denn auch die FMLN weiß, daß alleine militärischer Druck — und sei er noch so stark — die Machtverhältnisse in El Salvador nicht entscheidend ändern kann. Da sind die USA vor, wenn es sein muß, mit einer direkten und massiven Intervention ihrer Truppen.

Das von den mittelamerikanischen Staatspräsidenten am 7. August unterzeichnete Esquipulas II-Abkommen sieht für El Salvador Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla über einen Waffenstillstand und weitergehende Fragen zur Beendigung des Krieges vor. Napoleon Duarte, der sich bis dahin strikt geweigert hatte, mit der FMLN zu sprechen, bevor diese die Waffen nicht niedergelegt hat, mußte sich mit seiner Unterschrift unter das Kompromißpapier verpflichten, eine Einladung zur insgesamt dritten Dialogrunde des Krieges auszusprechen.

Anfang Oktober kam es in der Apostolischen Nuntiatur von San Salvador zu einem zweitägigen Treffen zwischen einer hochrangigen Regierungsdelegation und je vier Mitgliedern der politischen (Exil-)Oppositionsfront FDR und Commandantes der Guerilla, die sich — unter dem persönlichen Schutz mehrerer Botschafter stehend — in den Verhandlungspausen der draußen versammelten Menge leibhaftig in ihren Kampfuniformen präsentieren konnten. Die Gespräche erbrachten zwar kein konkretes Ergebnis, ebensowenig ein Nachfolgetreffen am 21. und 22. Oktober in Caracas/Venezuela, weil die Regierung nur über die Modalitäten eines eventuellen Waffenstillstandes verhandeln, über damit zusammenhängende politische Fragen jedoch nicht diskutieren wollte; wichtiger zu diesem Zeitpunkt war jedoch, *daß* der Dialog unter den genannten Bedingungen fortgesetzt wurde. FMLN und FDR konnten via Presse der interessierten Weltöffentlichkeit dokumentieren, daß die USA in sieben Jahren Krieg und trotz Milliarden-Hilfen für die salvadorianische Regierung ihr Ziel nicht erreicht haben: die ,,Befriedung'' des Landes, die Zerschlagung der Revolution. Im Gegenteil: mit ihrer Anwesenheit in der Hauptstadt unterstri-

wesenheit in der Hauptstadt unterstri-
chen FMLN und FDR den Charakter der in El Salvador bestehenden Doppelmacht. Mehr noch: Duarte wurde faktisch gezwungen, die Existenz von zwei Heeren öffentlich anzuerkennen.

Am 26. Oktober war dann erstmal Schluß mit den Verhandlungen. Herberto Anaya wurde von ,,Unbekannten'' vor seiner Wohnung erschossen. Während die Regierung die ,,Todesschwadrone'' als Täter ins Spiel brachte — deren Existenz der Ermordete übrigens immer bestritten hatte; es sei denn, man setzte sie mit National- und Haciendapolizei und den in den USA ausgebildeten Elitebataillonen der Armee gleich —, beschuldigte die FMLN Duarte und die offiziellen Sicherheitskräfte, für den Mord verantwortlich zu sein, und brach die Gespräche ab.

Doch auch jetzt zeigte sich, daß die Opposition neue Spielräume hat: tagelang demonstrierten Zehntausende militant und mit aufstandsähnlichen Aktionen gegen den Mord, ohne daß die Regierung sich zu einer Zerschlagung der Proteste in der Lage gesehen hätte.

Ein weiteres Ergebnis der für die Revolution verbesserten politischen Bedingungen im Land war schließlich die vorübergehende Einreise von Guillermo Ungo, Ruben Zamora und zwei weiteren FDR-Führern aus ihrem Exil nach El Salvodor, bzw. eine weitgehende politische Bewegungsfreiheit, die sie dort hatten und ausnutzen konnten.

1988, Wahljahr in El Salvador und letztes Amtsjahr der Reagan-Administration, wird sich zeigen, ob diese Bewegungsfreiheit erhalten und vergrößert werden kann.

Reimar Paul, Mexico-Stadt
Januar 1988

Gewitterwolken über Rheinhausen

Fortsetzung von Seite 1

Hält die weiche Linie von Schnoor (SPD)?



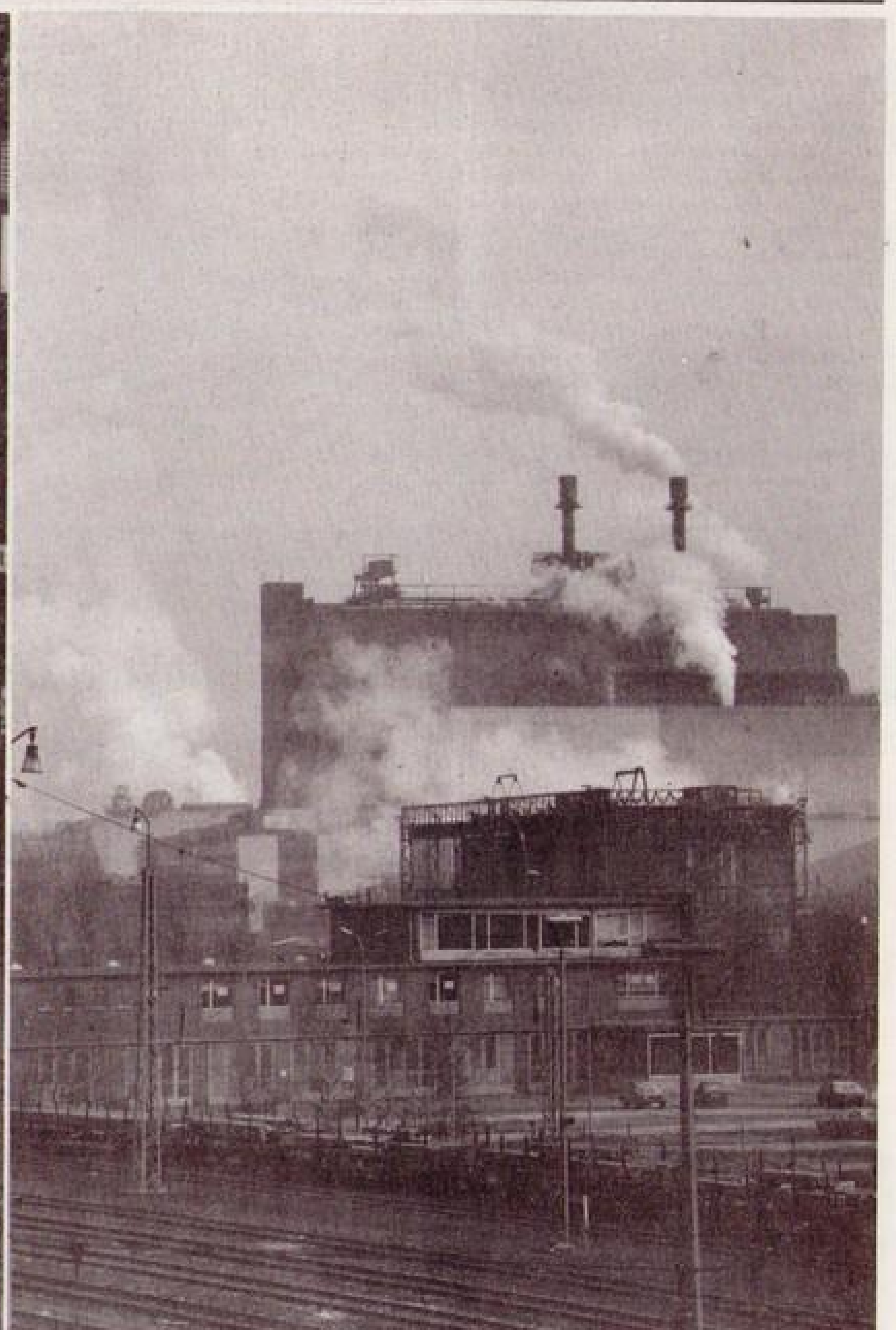


Foto: H. Wojahn

Foto: H. Wojahn

Gewitterwolken über Rheinhausen. CDU und FDP schleudern Blitze. Ihnen ist die Deeskalationslinie des nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor (SPD) ein Dorn im Auge. Im Düsseldorfer Landtag erregten sie sich über eine Schnoor-Äußerung, die dieser vor kurzem auf einer Betriebsrätekonferenz der SPD-NRW losgelassen hatte. *,,Die bewaffnete Macht ... nach dem Krieg''* sei *,,Teil der Arbeiterbewegung geworden''* hatte Schnoor da behauptet. Im Landtag bezeichnete Schnoor den umstrittenen Satz im Nachhineien als ,,falsch''. Er verteidigte jedoch seinen Grundgedanken. Der Großteil der Polizisten sei gewerkschaftlich organisiert, was für den sozialen Frieden in der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sei. Die nordrhein-westfälische Polizei — so Schnoor — sei weder in Rheinhausen noch anderswo Gegner von Demonstranten.

Für FDP und CDU waren solche Gedanken Ausdruck ,,klassenkämpferischer Gesinnung''. Der CDU-Abgeordnete Hans-Ulrich Klose forderte von der Polizei, daß ihr *,,die Sensibilität für das Recht''* nicht verlorengehen dürfe. Auch in Rheinhausen, dürfe es nicht mit Duldung der Polizei rechtsfreie Räume geben (FR 5.2.).

Etwas klüger der SPD-Fraktionschef Farthmann. Dieser warf der Opposition im Landtag vor, *,,die Polizei ohne Not zu größerer Härte zu nötigen''* (NRZ 5.2.).

Ob die SPD ihre Deeskalationslinie wird durchhalten können, hängt nicht

(NRZ 5.2.).

Ob die SPD ihre Deeskalationslinie wird durchhalten können, hängt nicht
zuletzt davon ab, ob und wie die Aktionen der Stahlarbeiter sich ausweiten. Daß es da auch für Schnoor eine Schmerzgrenze gibt, wurde durch die Äußerungen der SPD zur ArbeiterInnen-Mahnwache vor dem Haus des Krupp-Chef's Cromme deutlich. Zwar distanzierten sich NRW's FDP und SPD-Politiker von der Äußerung des bayrischen FDP-Vorsitzenden Brunner (dieser hatte die Mahnwache vor Crommes Haus mit den SA-Wachen vor jüdischen Geschäften verglichen). Gleichwohl mißbilligte die SPD-Landtagsfraktion, die Mahnwache, *,,da davon auch unbeteiligte Familienmitglieder betroffen seien.''* Selbst Karin Benz-Overhage vom IG Metall Vorstand konnte es nicht lassen, die Mahnwachen als eine *,,unpassende Form des Protests''* zu bezeichnen. Das positive Bild, das die Öffentlichkeit von den Aktionen der Stahlarbeiter habe, gerate ihn Gefahr, meinte Karin Benz-Overhage (WAZ 20.1.88).

Während die SPD hofft, daß sich Radikalisierungen durch besonnenes Auftreten von Politikern und Polizei verhindern lasse, gibt es auch aus dem Kapitalistenlager inzwischen vermehrt Stimmen, die, wie die CDU, eine härtere Hand fordern.

— So bekam der Betriebsrat von Krupp-Rheinhausen vor kurzem eine schriftliche Warnung des Thyssen-Vorstandes, indem dieser davor gewarnt wird, auch bei Thyssen-Hamborn eine ,,Betriebsbesichtigung'' zu veranstalten. Falls man sich an diese Warnung nicht halte, würde man sich — so der Thyssen-Vorstand — vorbehalten, *,,rechtliche Schritte zu ergreifen''*. Der Betriebsrat von Rheinhausen erklärte allerdings: *,,Wir haben ein solches Schreiben nie erhalten''* (WAZ 3.2.88). Die Betriebsbesichtigung, auf Einladung von Thyssen-Kollegen, fand wie geplant statt.

— Auch der Geschäftsführer der Industrie- und Handelkammer Duisburg ist mit der weichen Linie von Schnoor unzufrieden. In einem Gastbeitrag für die FAZ vom 5.2., bezeichnet er die Aktionen vom 10.12.87 als nicht *,,vom Demonstrationsrecht ... gedeckt und rechtswidrig.''* Der 17.2. (Aktionstag des DGB-Duisburg) soll nach dem Willen Piepers anders verlaufen. *,,Die Grundrechte anderer Bürger''* sollen *,,beachtet und die Rechtsordnung respektiert''* werden.

— Schließlich seien noch die 22 Anzeigen nordrhein-westfälischer BürgerInnen (Stand 22.1.) erwähnt, die sich durch die Straßenblockaden am 10.12.87 genötigt fühlten. Selbst der Duisburger Polizeipräsident und derzuständige Staatsanwalt wurden von diesen Leuten nicht verschont. Die Anzeigen laufen auf Strafvereitelung im Amt.

Gewitterwolken ...

Die Medien lassen Rheinhausen fallen

Seit Ende Februar wird immer deutlicher, daß die anfangs wohlwollende Berichterstattung der Medien über den Kampf um das Stahlwerk allmählich umschlägt in t.w. unverhohlene Feindschaft. So kommentiert Werner Jaspert in der ,,Süddeutschen Zeitung'' am 28.1., mehr hoffend als wissend, daß die *,,weitgehend berechtigte Wut der ersten Wochen''* abklinge und all diejenigen *,,auf dem Rückzug sind, ... die das Aus für Rheinhausen zu einem Fall von Menschenverachtung und Profitgier gemacht oder zum Synonym für den Untergang des Ruhrgebiets aufgebauscht haben.''*

Das, was sich nach Meinung Jasperts' an notwendiger Einsicht schon breitgemacht hat, liegt für die ,,FAZ'' offensichtlich noch in der Zukunft. Am 29.1. warnt Lothar Bewerunge in einem Kommentar: *,,Bei Krupp in Rheinhausen wächst die Heuchelei ... Der evangelische Pfarrer Kelp ... erweckt in Ansprachen den Eindruck, als ob man in Duisburg vor einer Massenvertreibung stehe.''* Bewerunge warnt vor Diesen und Anderen, *,,die mit den berechtigten Sorgen und Nöten der Stahlarbeiter Schindluder betreiben''* obwohl *,,seit immerhin drei Wochen ... die definitive Zusage der Unternehmensleitung von Krupp''* vorliegt, *,,daß selbst bei Stillegung des Werks ... kein Mitarbeiter aus wirtschaftlichen Gründen entlassen wird.''*

Die FAZ hat die Marschroute vorgegeben, da möchte auch ein Sozialliberaler (FAZ 2.2.) nicht nachstehen. Der Chefredakteur der ,,Neuen Ruhr Zeitung'', Jens Feddersen kommentiert am 30.1.: *,,Johannes Rau und Reimut Jochimsen haben zu keiner Zeit falsche Hoffnungen für die Region Duisburg geweckt. Sie sind ehrlich geblieben — wohl wissend, daß kein Weg am ,Aus' für Rheinhausen vorbeiführt. Die falschen Hoffnungen sind von Personen, Institutionen, auch von kirchlichen Stellen und von einigen Medien geschürt worden, die keine direkte Verantwortung haben, aber sich prächtig auf immerwährende Stimmungsmache verstehen.*

Die Heuchler aller Schattierungen hatten und haben noch immer ihre große Zeit ... Ein ,Schimmi'-Wort schmeichelt nur ihm selbst. Die Polizei und die Kultusbehörde dürfen nicht nur wegschauen. Auch das ist eine Frage der Ehrlichkeit.''

In allen Redaktionen ,,plötzlich'' die gleiche Einsicht. So geht's nicht weiter in Rheinhausen und der Region. Da müßen Hoffnungen heruntergeschraubt werden, damit die Politik zum Kurswechsel ansetzen kann.

Gewitterwolken ...

Verräter

Ein unmoderner Begriff und doch beschreibt er die Vorfälle exakt.

Durch den Druck vor Ort, hat die IG Metall-Führung den Kampf um den Stahlstandort Rheinhausen bisher, trotz ,,Frankfurter Vereinbarung'', in der mit den Stahlkapitalisten der ,,sozialverträgliche'' Abbau von 34.000 Stahlarbeitsplätzen ausgehandelt wurde, zumindest vom Wort her unterstützt.

Franz Steinkühler hat sich nun schon mehrere Male an den Koksöfen der Mahnwache in Rheinhausen die Hände gewärmt und sich solidarisch gezeigt. Nun erklärt er in sicherem Abstand zu diesen immerglühenden Koksöfen, auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung: *,,Protest, der nur auf den Erhalt von Stellen zielt, verpufft.''* Es sei klar, daß nicht alle Arbeitsplätze in der Stahlindustrie gehalten werden können. Kein Unternehmen könne es sich leisten, *,,jährlich 200 Millionen rote Zahlen zu schreiben''*. Die IG Metall werde auch weiterhin entschieden und unmißverständlich für die Arbeitsplätze der betroffenen Menschen eintreten, allerdings *,,nicht unbedingt für die, die sie jetzt haben.''* (NRZ 4.2.88). Steinkühler redet ein diesem Zusammenhang auch noch von Beschäftigungsgesellschaften und den volkswirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit. Doch der Kern seiner Aussagen ist deutlich und wird von den Betroffenen auch so verstanden. *,,Belegschaftsmitglieder und Betriebsräte, die von der IG Metall eine härtere Gangart fordern, werteten Steinkühlers Bemerkungen als Versuch, der Bewegung für den Erhalt des Standortes ,in den Rücken zu fallen.' Die Äußerung, ein Betrieb, der rote Zahlen schreibe, könne kaum gehalten werden, erwecke den Eindruck, daß es der IG Metall nicht mehr um den Erhalt des Standortes gehe''* (WAZ 4.2.88). Zumal Steinkühler mit der völlig unkritischen Übernahme der Verlustzahlen seitens des Krupp-Vorstands in Höhe von 200 Mio. Mark dem Betriebsrat in den Rücken fällt, der diese Zahlen stets anzweifelte.

In einem Interview der ,,Süddeutschen Zeitung'' (5.2.), erläutert Steinkühler dann, wie er sich sein Trostpflaster, die Beschäftigungsgesellschaften vorstellt: *,,Diese müßten die Arbeitnehmer halten — möglicherweise in Kurzarbeit, aber das Beschäftigungsverhältnis muß bestehen bleiben ... Zweck der ganzen Übung ist es, die Zeit zu überbrücken, bis Ersatzarbeitsplätze geschaffen sind.''*

Wenn aber die Schließung des Werkes sinnvoll ist, wie sollen dann wie und von wem Ersatzarbeitsplätze in der notwendigen *Größenordnung* geschaffen werden? Darüber schweigt Steinkühler sich aus.

Landesregierung schiebt Verantwortung von sich

Parallel zu den Äußerungen von Steinkühler, wird in der Presse von einem Papier der SPD-Landtagsfraktion zur Zukunft der Montanregionen berichtet, *,,in dem ausdrücklich auf die Forderung nach Erhalt des Stahlstandortes in Rheinhausen verzichtet wird''* (TAZ 4.2.88). Mit dem Aufbau *,,zukunftsträchtiger Industrien mit der gleichen Zahl von Arbeitsplätzen''* — so Fraktionsgeschäftsführer Farthmann — sei *,,dem Standort Rheinhausen mehr gedient ... als etwas aufrechtzuerhalten, von dem wir wissen, daß es irgendwann zu Ende ist''*. Leute, die diesem ganzen Zauber nicht trauen, weil es jetzt schon genug Arbeitslose gibt, die gerne in ,,zukunftsträchtigen Industrien'' arbeiten würden, erklärt Farthmann schlicht für Idioten. So erklärte er gegenüber Journalisten: Wer nicht erkenne, daß die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen *,,die bessere Alternative ist, der ist nicht richtig im Kopf''* (TAZ 4.2.).

,,Wann und ob überhaupt ... das Krupp-Stahlwerk geschlossen wird, ist eine rein unternehmerische Entscheidung'' versucht Farthmann seine Äußerung vom Vortage in einem Brief an die ,,FR'' etwas zu relativieren (TAZ 5.2.). Doch mit diesem Brief wurde wiederum auch klarer, daß die SPD-Führer von NRW, sich für die Arbeitspätze im Stahlwerk Rheinhausen nicht verantwortlich fühlen.

Farthmann schlug für die Montankonferenz am 24.2. bei Kohl, ein auf fünf bis zehn Jahre verteiltes Investitionsprogramm von 10 bis 20 Milliarden Mark vor, mit dem jährlich 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Man wolle in Düsseldorf — so hieß es — ,,einen Anzug scheidern, den Bonn auch anziehen kann.'' Der Bund müsse aus dem Programm wesentliche Teile ohne Not übernehmen können. Man erwarte auch vom Bund nicht durchgehend für alle Elemente eine Zwei-Drittel-Finanzierung (SZ 5.2.).

Selbst wenn die Landesregierung jetzt unter dem Druck der Situation bereit sein sollte, mehr Finanzmittel zu bewilligen als üblicherweise vorgesehen (für die Zukunftsinitiative Montanregion waren bisher nur zwei Milliarden Mark eingeplant), und vorausgesetzt die Bundesregierung wäre bereit, dies Programm mitzufinanzieren, so würde es von der Größenordnung her höchstens reichen, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit etwas abzubremsen.

Es geht darum zu Flicken und Hoffnungen aufzubauen. Einige Pastoren ziehen da ja nicht mit. Dafür aber die Lokalpresse NRW's. Auf den Titelseiten werden in den letzten Tagen auffällig häufig Projekte ,,mit Zukunft'' vorgestellt. Mal ist es eine Müllentsorgungsanlage für 500 Mio. Mark in Castrop-Rauxel (800 Arbeitsplätze), mal ein Freihafen für Duisburg-Rheinhausen, mal der Autobahnausbau um Duisburg, und inzwischen ist



Zeichen des Protestes — allüberall in Duisburg-Rheinhausen

Foto: H. Wojahn

Fortsetzung nächste Seite



KRUPP-Stahlwerker eröffnen die Tarifrunde mit einer Demonstration und Blockade auf der ,,Brücke der Solidarität'' in Rheinhausen

Rheinhausen belastet Tarifverhandlungen

IG-Metall im Clinch mit der Basis

Parallel zu den Aktionen der Rheinhausener Krupparbeiter und der sie unterstützenden Belegschaften der anderen Stahlstandorte läuft seit einigen Wochen die Tarifverhandlung für die 140.000 Beschäftigten der Stahlindustrie in NRW, Bremen und Osnabrück. Überregionale Beachtung findet die Tarifauseinandersetzung spätestens seit den begleitenden Warnstreiks und Aktionen am 20. 1.88.

Die Forderung der IG Metall lautet: Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, 5 % mehr Lohn und Gehalt ab 1.1.87 und 40.— DM zusätzlich für alle Auszubildenden. Vier Verhandlungsrunden lang erlaubten sich die Stahl-Arbeitgeber die Provokation, ohne ein Angebot anzutreten. Selbst nach der vierten Verhandlungsrunde besaßen sie die Stirn ihr Verhalten damit zu rechtfertigen, daß die IG Metall noch keine Priorität habe erkennen lassen. Natürlich fehlten die mittlerweile schon traditionellen Forderungen nach Abkoppelung der Krisenbranchen nicht. ,,Notleidende und subventionierte Branchen könnten nicht gleich hohe oder sogar höhere Löhne bezahlen als
Branchen könnten nicht gleich hohe oder sogar höhere Löhne bezahlen als
blühende Branchen ,,mahnte'' der Präsident der Bundevereinigung der Deutschen Arbeitgeber, Murrmann. (,,Der Gewerkschafter'' 2/88) Wesentlich dreister formulierte es der CDU-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag bei einem Besuch in Rheinhausen: ,,Vergessen sie für sechs Monate bis zwei Jahre mal alle gesetzlichen Bestimmungen und wir werden morgen Firmen haben, die investieren.'' (,,Stahlnachrichten'', 15.1.88) Kaum verwunderlich, wenn es bei dieser Tarifrunde an der Basis gärt. Hinzu kommt der aktuelle Konflikt in Rheinhausen und der Kampf für den Erhalt der Standorte, der dieser Tarifrunde einen ganz eigenen Stempel aufdrückt.

Die IG Metall selbst war es denn auch, die als erste den Unmut der Funktionäre zu spüren bekam. Am 14.1.88 hatte die IG Metall zu einer Großveranstaltung in die Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg mobilisiert. Vor über 6.000 Stahlarbeitern, darunter viele Funktionäre, kam es zu spontanen, von der Veranstaltungsleitung nicht eingeplanten Abstimmungen. Die Forderung nach Urabstimmung, als auch die Abstimmung zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie wurde durch Handheben von Tausenden Anwesenden unterstützt. Deutlich zur Sprache kam auch die Unzufriedenheit mit der IG Metall, die stattdessen nur zu einem zweistündigen Warnstreik aufrufen wollte. Theo Stegmann von Krupp und andere forderten mehrmals, die Verbindung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche mit dem Kampf um den Erhalt der Stahlstandorte. Daß die IG Metall an dieses heiße Eisen nicht ran will, machte Vorstandsmitglied Klaus Zwickel deutlich. Er warnte davor, daß die Tarifauseinandersetzungen angesichts der Strukturkrise zur Nebensache zu werden droht.

Trotz der Beschlüsse z.B. der Vertrauenskörper von Mannesmann-Huckingen und Krupp-Rheinhausen nach Einleitung der Urabstimmung beschloß die Tarifkomission lediglich die Durchführung von Warnstreiks für die fünfte Verhandlungsrunde am 20. Januar 88. Über 40.000 Stahlkocher folgten diesem Aufruf. Die medienwirksamste Aktion des Tages war die Demonstration von 6.000 Stahlarbeitern aus den Duisburger Betrieben von Krupp, Thyssen und Mannesmann zur Hochfelder Rheinbrücke und deren Umbenennung in ,,Brücke der Solidarität''.
rität''.

Die fünfte Verhandlungsrunde brachte endlich das von den Unternehmern geforderte Angebot:

— eine Stunde Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ab Januar 1989 bis September 1992
— Eine Lohnpause von 14 Monaten
— 1,5 % Lohnerhöhung ab 1.1.1989
— 2 % Lohnerhöhung ab 1.5.1990
— 3 % Lohnerhöhung ab 1.9.1991 bis 30.9.1992
— Für die Auszubildenden wurde kein Vorschlag unterbreitet.

Das Angebot war ein weiterer, an Unverschämtheit kaum noch zu überbietender Affront. Aber auch diese Provokation quittierte die Tarifkomission nicht mit der Einleitung des Urabstimmungsvferfahrens. In der Erklärung der Komission vom 21. Januar 88 wird den Unternehmern eine weitere Chance eingeräumt: ,,Nur eine deutliche Verbesserung des Angebotes gibt die Chance, das Scheitern der Verhandlungen noch zu verhindern. Auch der nächste Verhandlungstag muß Warnstreik- und Aktionstag sein.''

Auch nach dem 20.1.88 gab es weitere Resolutionen aus den Stahlbetrieben. So forderten beispielsweise die Vertrauensleute von Mannesmann-Huckingen die sofortige Einleitung der Urabstimmung. ,,Die Kollegen sind auch sauer auf die IG Metall'', gab die ,,UZ'' vom 28.1.88 den VK-Leiter von Mannesmann, Lutz Pohlig, wieder.

Am 2. Februar fand die 6. Verhandlungsrunde statt. Auch hier kam es trotz Warnstreiks und Protestaktionen von mehr als 30.000 Stahlarbeitern zu keinem besseren Angebot. Die Verhandlungen wurden vertagt. An diesem Tag waren es einmal mehr die Kollegen von Krupp-Rheinhausen, die für Schlagzeilen sorgten. Frühmorgens trafen sie sich mit Stahlarbeitern aus Hattingen, um mit ihnen gemeinsam zur Thyssen-Hauptverwaltung nach Duisburg-Hamborn zu fahren. Dort wurden sie von Thyssen-Kollegen in Empfang genommen. Gemeinsam wurde eine Kundgebung für den Erhalt aller Stahlstandorte und die 35-Stunden-Woche abgehalten. Anschließend zogen Hattinger und Rheinhausener Stahlarbeiter, trotz Androhung rechtlicher Schritte seitens des Thyssen-Vorstands zur obligatorischen ,,Betriebsbesichtigung'' auf das Werksgelände.

In Rheinhausen hatte die Belegschaft außerdem schon am vorhergehenden Abend ab 22 Uhr für 24 Stunden die Arbeit niedergelegt und alle Tore blockiert.



Foto: H. Wojahn

Fortsetzung von vorheriger Seite

sogar ein Weiterbildungszentrum auf dem Werksgelände von Krupp Rheinhausen im Gespräch.

Es nieselt ...

DGB-Aktionen mit Zielrichtung Bonn

Das Einklagen von Verantwortung auf Bonn zu orientieren, hat auch die Aktionsplanung des DGB-Bundesvorstandes für die nächsten Monate bestimmt. In Vorbereitung sind bundesweit regional organisierte Kundgebungen und Aktionen. Auftakt soll in NRW sein. Am Samstag, den 20. Februar, also drei Tage *nach* der Stahlrunde mit Rau und vier Tage vor der Stahlrunde mit Kohl, sollen in Bielefeld, Hattingen und Dortmund Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden. Das Motto dieser Veranstaltungen ,,Ja zum Revier — Arbeitsplätze für NRW'', wurde ,,*bewußt allgemein gehalten, Anspielungen auf die Krisenbranchen Stahl und Kohle mit Absicht unterdrückt.*'' (WAZ 2.2.88). Der Betriebsrat von Krupp-Rheinhausen hatte ursprünglich vorgeschlagen, die Aktionen an einem Werktag während der Arbeitszeit durchzuführen. ,,*Die Gewerkschaften lehnten dies ab mit der Begründung: Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlassen, um an Kundgebungen teilzunehmen, ,müssen mit erheblichen arbeitsrechtlichen Konsequenzen' rechnen.*'' (WAZ 2.2.88). Die Rheinhausener sowie die Bochumer Gewerkschafter haben sich von ihrem Vorhaben jedoch nicht abbringen lassen und planen Sternfahrten und Kundgebungen für den 17. Februar während der Arbeitszeit.

Hoffentlich ist wenigstens am 17. gutes Wetter im Revier!

uh

Terminkalender zu Rheinhausen

17.2. Gespräch zwischen Krupp-Vorstand, Krupp-BR und Ministerpräsident Rau
17.2. Aktionstag in Duisburg-Rheinhausen und Bochum
Veranstaltung im alten Walzwerk u.a. mit Franz Steinkühler
19.2. Aktionstag in Siegen
20.2. Solidaritätskonzert im alten Walzwerk u.a. mit Ulla Meinecke, Anne Haigis, Klaus Lage, Zelötinger, Herbert Grönemeyer, Klaus Hoffmann, Maurenbrecher, Purple Schulz
Kundgebungen und Demonstrationen des DGB in Bielefeld, Dortmund und Hattingen
23.2. IGM-Aktion, Menschenkette von Tor 1 des Stahlwerks in Rheinhausen über Oberhausen, Essen, Bochum bis zum Tor 1 des Hüttenwerks von Hoesch in Dortmund, ca. 80 km
24.2. Montanrunde beim Kanzler zur Stahlkrise

Rheinhausen — ein Reisebericht

,,Wir müssen nach Rheinhausen'' — diese Idee entstand spätestens nach der Protestaktion in der Nacht vom 6./7.1.88: Stahlarbeiter der Nachtschicht waren spontan zu einem Fackelzug durch Rheinhausen aufgebrochen nachdem der Aufsichtsratsvorsitzende von Krupp-Stahl, Scheider, geäußert hatte, es gäbe keine Alternative zur Schließung von Rheinhausen. Kurzfristig entschieden wir, einige Hamburger Genossen, nach Duisburg zu fahren. Ohne großartige Vorstellung über das, was uns konkret erwarten würde. Drei Tage Rheinhausen, und wir waren uns einig, bei nächster sich bietender Gelegenheit sind wir wieder dabei.

Rheinhausen life war nicht nur drei Tage raus aus dem mühseligen politischen Alltagsgeschäft, sondern vor allem Tage intensiver Erlebnisse, Beobachtungen, Gespräche und politischer Diskussion. Sicherlich in keiner Weise zu vergleichen mit den Erfahrungen als Polittourist im Portugal der Jahre 74/75. Für solche Erwartungen ist Rheinhausen die falsche Adresse. Wer aber die gängigen Rituale gewerkschaftlicher und betrieblicher Kämpfe, noch schlimmer das gewerkschaftliche Alltagsgeschäft ein wenig kennt, der wird aus dem Erleben der ,,Rheinhausener Verhältnisse'' ein Stück Hoffnung auf das Erwachen des ,,schlafenden Riesen'' mitnehmen können.

Eine reine Vergnügungsreise würde Rheinhausen nicht werden, das war uns nach einem Vorbereitungsgespräch klar. Drei Veranstaltungen standen auf unserem Programm, außerdem wollten wir ein Interview mit Theo Steegmann,
unserem Programm, außerdem wollten wir ein Interview mit Theo Steegmann,
dem stellvertretenden BR-Vorsitzenden von Krupp-Rheinhausen und Vertreter der linken BR-Mehrheit führen. Zwischen Vorbereitungsgespräch und Abreise lagen ganze zwei Tage und jede Menge Lesestoff zum Thema. ,,AK'', ,,Revier'', ,,Express'', ,,SOZ'', ,,Metall'' und ,,Gewerkschafter'' des Jahrgangs 87 sowie eine Vielzahl von Artikeln der Tagespresse. Soviel es eben ging. Dann Schädelbrummen: Frankfurter Vereinbarung, Stahlpolitisches Programm, Nationale Stahl AG, Stahlstiftung, Beschäftigungsgesellschaft, Vergesellschaftung, Ersatzarbeitsplätze, Volksbegehren, Bonner Ministerrunde; die letzten Kämpfe in Hattingen, Maxhütte und Rheinhausen. Eigentlich konnte nichts schiefgehen; merkwürdig nur, daß sich Ruhe und Gelassenheit nicht so recht einstellen wollten. So war die Anreise im PKW geprägt von intensiver Diskussion der zum Teil noch nicht verdauten Informationen.

Fraueninitiative Rheinhausen

Um 14.00 Uhr erreichten wir Rheinhausen. Auf dem Weg zum Stahlwerk fallen die vielen Plakate ,,Rheinhausen muß leben! Erhalt aller Standorte'' in den Fenstern von Wohnungen, Geschäften und öffentlichen Gebäuden auf. Dann der Blick auf die beeindruckende Silhouette des Stahlwerks. Gegen den grau verhangenen Himmel hebt sich der Qualm der Hochöfen ab. Alles Bilder, die man mindestens vom Fernsehen kennt. Ihr unmittelbarer Anblick unterstreicht die Eigenartigkeit des Reviers nachhaltig. Jetzt kommt auch der fürs Fotografische mitgereiste Genosse auf Touren. ,,Hoffentlich ist morgen besseres Wetter.''

Nach kurzer Irrfahrt um das weitläufige Werksgelände landen wir dort, wo alle hinwollen, zum Infozelt der Mahnwache am Tor 1. Vor dem Zelt brennen zwei Koksöfen, unentbehrlich in dieser Jahreszeit. Im Infozelt ist es ruhig. Die Männer und Frauen der Mahnwache unterhalten sich, einige vertreiben sich die Zeit mit einem Video. Etwas unsicher noch, trinken wir erst mal einen heißen Kaffee und studieren das ausliegende Infomaterial. Unser Augenmerk fällt auf ein Flugblatt mit dem Programm der 7. Aktionswoche. Hier scheint eine Menge mehr an organisierten Aktionen und Veranstaltungen zu laufen, als der überregionalen Presse zu entnehmen ist.

Draußen am Koksofen kommen wir mit einem Kruppianer ins Gespräch. Er erzählt, seit Anfang Dezember keine Nacht mehr ruhig geschlafen zu haben, von der psychischen Belastung, die die neue Situation hervorrief und einer Riesenwut über Krupp und die politischen Parteien. ,,Ersatzarbeitsplätze — hört mir auf damit, ich kann das Wort bald nicht mehr hören'', antwortet er wütend auf unsere Fragen nach Lösungen. An Ersatzarbeitsplätze glaubt er erst, wenn sie da sind, und vorher darf das Stahlwerk nicht geschlossen werden. Unsere Frage, ob er von der IG-Metall enttäuscht sei, läßt er unbeantwortet. Solche Probleme müßten intern abgemacht werden, es gäbe eh' schon genügend Gerüchte über alles mögliche, das würde die Kollegen nur unnötig verunsichern. Die Moral jedenfalls sei nach den ganzen Wochen nach wie vor gut und ,,wenn wir wollen, kriegen wir jederzeit mehrere tausend Leute auf die Straße''; dafür garantiert schon der ,,Offene Kanal'', ein privater Fernsehsender zur Unterstützung der Belegschaft, der über die Krupp-Hausantenne in 3.500 Werkswohnungen ausstrahlt.

Um 20.00 Uhr abends suchen wir die Menage auf. Eine Veranstaltung der Fraueninitiative Rheinhausen steht auf dem Programm. Die Menage ist eine Krupp-Werkskantine und seit Dezember zentraler Veranstaltungs- und Diskussionsort für Krupp-Belegschaft und Rheinhausener Bevölkerung. Die Menage ist mit 600-700 Menschen gut gefüllt. Auf dem Podium sitzen Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP), Anke Fuchs (SPD), Ilma Hillerich (Grüne), IG-Metall-Vorstandsmitglied Karin Benz-Overhage und Vertreterinnen der Kirche.

Im Publikum treffen wir Theo
Im Publikum treffen wir Theo
Steegmann. Kaum älter als wir, merkt man auch ihm die veränderten Zeiten in Rheinhausen an. ,,Ich bin auf Droge, seit 16 Stunden auf den Beinen'', kennzeichnet er seine Situation und bestätigt unseren Eindruck. Zum Interview hat er keinen Bock mehr, früheste Möglichkeit Samstagabend nach der Vergesellschaftungsveranstaltung, ,,für 'ne halbe Stunde''.

Aufmerksamkeit wieder für die Frauenveranstaltung. Inhaltlich kaum Höhepunkte, auffällig die Geduld, mit der die verschiedensten Diskussionsbeiträge zur Kenntnis genommen werden. Dies gilt für die Frauen vom Podium wie auch für die Rednerinnen aus dem Publikum. Ungeduld und Zwischenrufe von älteren Krupp-Kollegen, gerade bei Adam-Schwaetzer, werden von der Diskussionsleiterin zurückgewiesen. ,,Dies ist ein Abend der Frauen. Die Männer sollen sich zurückhalten'', wird gleich zu Beginn klargestellt und verfehlt seine Wirkung nicht. Diskussionsbeiträge, die etwas engagierter gegen Anke Fuchs oder Irmgard Adam-Schwaetzer gerichtet sind, sind ebenfalls unerwünscht. Dies sei eine Informationsveranstaltung, und es sei Konsens der veranstaltenden Fraueninitiative, die Politikerinnen nicht anzugreifen, aus dem Publikum sollten lediglich Fragen gestellt werden.

Auffallend an dieser und auch anderen Veranstaltungen der nächsten Tage war die Toleranz und Langmütigkeit der anwesenden Kruppianer und ihrer Angehörigen. So meldeten sich beispielsweise MG-Frauen in bekannt penetranter Weise zu Wort und hielten ihre abtörnenden Monologe. Erst nach mehreren Minuten werden sie gebeten, zum Schluß zu kommen. Gleiches gilt aber auch für das Geschwätz von Fuchs, Adam-Schwaetzer und anderen. Unbefriedigende Auskünfte wie ,,bei einer Verstaatlichung hättet ihr Bangemann als Aufsichtsratsvorsitzenden, und damit wäre gar nichts gewonnen'', werden ruhig hingenommen, während markige Floskeln wie ,,wer nicht kämpft hat schon verloren'' (beides Originalton Fuchs) mit Beifall bedacht werden. Selbst Adam-Schwaetzer kann mit billigen Distanzierungen von ihrem Parteikollegen Bangemann punkten. Die eigentliche Gemütslage unter der freundlichen Oberfläche wurde nur einmal spürbar. Die engagierte Rede einer Frau der Hattinger Fraueninitiative über die ganze Verlogenheit der verschiedensten

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Versprechungen und der tatsächlichen deprimierenden Entwicklung in Hattingen bei der Schaffung ,,neuer Arbeitsplätze'' findet minutenlangen tosenden Applaus, immer wieder von Bravo-Rufen unterbrochen. Im Ergebnis wird die Veranstaltung allerdings auch von den Anwesenden als eher unbefriedigend gewertet. ,,Die haben uns auch nichts zu bieten'', ist jedenfalls eine des öfteren zu vernehmende Kritik.

Bürgerkomitee

Der anbrechende Tag drückt auf die Stimmung. Kälte und Schneeregen vertreiben jede Lust auf spontane Erkundungen. Vor allem des Fotografierens wegen ein nicht zu verhehlender Frust. Alle Hoffnungen müssen nun auf den Samstag verschoben werden.

Am Nachmittag unternehmen wir dann doch noch einen kurzen Abstecher zum Werk. Abgesehen von einigen Rheinhausenern, die an der Wache Tor I Koks in einen Lieferwagen schippten für eine Mahnwache in Duisburg-Meiderich, war alles ruhig. Von dem kurz darauf erfolgten Besuch der ,,Tatort''-Prominenz Schimanski/Tanner im Infozelt Tor I erfahren wir am nächsten Tag aus der Presse. Nun gut, man kann nicht alles haben, und es hätte schlimmer kommen können.

Um 20.00 Uhr ist die Sitzung des Bürgerkomitees. Wir sind zehn Minuten früher da und müssen uns mühsam durchdrängeln, um Platz zu finden. 800-1.000 sind in der Menage, und wieder ist es hauptsächlich die Rheinhausener Bevölkerung, die anwesend ist.

Auf dem Podium sitzen Pfarrer Kelb, Theo Steegmann und zwei Frauen der Fraueninitiative. Kelb moderiert oder besser zelebriert die Sitzung. Bei aller demonstrativen Gelassenheit und Freundlichkeit, die Sitzung ist klar strukturiert. Zu Beginn Grußadressen, eingegangene Spenden, Berichte von Solidaritätsaktionen, also Informationen überhaupt. Dann ein Rückblick auf das, was sich in den letzten Tagen ereignet hat. Und abschließend eine Vorausschau auf das, was in den nächsten Tagen an wichtigen Veranstaltungen, Aktionen und Verhandlungen anliegt.

Auch auf der Bürgerkomiteesitzung immer wieder unangenehme Auftritte von MGlern, bis man ihnen den Ton abdreht mit der Bemerkung, Gelegen-
immer wieder unangenehme Auftritte von MGlern, bis man ihnen den Ton abdreht mit der Bemerkung, Gelegen-
heit zur Grundsatzdebatte sei am Samstag auf der Vergesellschaftungsveranstaltung. ,,Wir würden hier alle gern den Kapitalismus stürzen, nur ich schätze mal, daß wir derzeit einfach noch nicht stark genug sind, um das in den nächsten Tagen zu wuppen'', polemisiert Theo Steegmann, die Stimmung im Saal treffend, gegen die Beiträge der MG.

Im ersten Teil der Sitzung berichtet ein jüngerer Krupp-Kollege von seinem Besuch bei der Zeche ,,Rheinpreußen'' zehn Kilometer von Rheinhausen entfernt. Er bezieht sich auf eine durch Pfarrer Kelb verlesene Resolution zum notwendigen gemeinsamen Kampf von Stahlarbeitern und Bergleuten. Die Betriebsräte von ,,Rheinpreußen'' hätten ihn abgefertigt, führt er aus. ,,Natürlich sind wir mit euch solidarisch, Kollegen, aber wir führen nicht den gleichen Kampf. Bei uns werden zwar auch 20.000 Arbeitsplätze abgebaut, aber es fliegt niemand auf die Straße, es gibt keine Massenentlassungen'', zitiert er die Reaktion der Zechen-Betriebsräte. Seine Bitte, mal mit ein paar Bergleuten nach Rheinhausen zum Bürgerkomitee zu kommen, um ihre Solidarität zu bekunden, war mit der Bemerkung abgewimmelt worden, das ginge nicht, die könnten ja gar nichts sagen, die hätten gar kein Votum der Belegschaft. Der Krupp-Kollege endet mit deutlicher Skepsis gegenüber zu großen Erwartungen auf die Solidarität der Bergleute. Andere Kollegen berichten über die positive Resonanz auf ihren Besuch bei Arbed-Saarstahl in Völklingen, von Mahnwachen in Meiderich und anderen Aktionen. Es ist zu spüren, wie wichtig dieser Teil der Sitzung ist. Hier wird Mut und Motivation getankt, ohne die der Wochen währende Kampf wohl nicht zu führen wäre.





Politprominenz aus Bonn zu Besuch in der KRUPP-Menage: Anke Fuchs (SPD) und Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP) antworten auf Fragen der Fraueninitiative

Foto: H. Wojahn

Theo Steegmann gibt im mittleren Teil einen Überblick über die letzten Tage. Er berichtet über die Gespräche zwischen Betriebsrat und Vorstand, geht auf den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen ein und berichtet vom Moratoriumsbeschluß der AFA (Arbeitnehmer-Organisation innerhalb der SPD) vom Vortage. Gibt immer wieder die Termine für die Runde mit Rau bzw. des Bonner Stahlspitzengesprächs bekannt, ebenso die Termine für die nächsten Tarifverhandlungen. Er begründet die Notwendigkeit, auf der nächsten Tarifkommissionssitzung der IG-Metall einen klaren Beschluß zur Urabstimmung zu fassen, und daß es da noch Widerstände gäbe. Kritische Diskussionsbeiträge gegen die SPD, den Moratoriumsbeschluß der AFA, zum Teil auch gegen Theos verharmlo-
Diskussionsbeiträge gegen die SPD, den Moratoriumsbeschluß der AFA, zum Teil auch gegen Theos verharmlo-
sende Darstellung finden keine erkennbare Resonanz, weder Zustimmung noch Ablehnung. Das Bürgerkomitee hat das Vertrauen der Anwesenden, das ist unverkennbar. Die wird auch deutlich, als Theo um Verständnis bittet dafür, daß er keine Details über geplante Aktionen des Vertrauenskörpers mitteile, bzw. auf die Notwendigkeit nichtöffentlicher Vertrauensleuteversammlungen hinweist.

Im letzten Teil der Sitzung wird das Programm der nächsten Woche vorgestellt. In der 8. Aktionswoche findet u.a. eine Journalistenveranstaltung zum Thema ,,ziviler Ungehorsam'' statt. Ein Jugendvertreter gibt eine von Schülern geplante Menschenkette rund um das Stahlwerk bekannt. Im Ausblick werden noch eine Veranstaltung mit französischen und belgischen Stahlarbeitern und eine mit englischen Stahlarbeitern und Bergleuten angekündigt. Hierzu sei man bemüht, den Vorsitzenden der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, nach Rheinhausen zu bekommen.

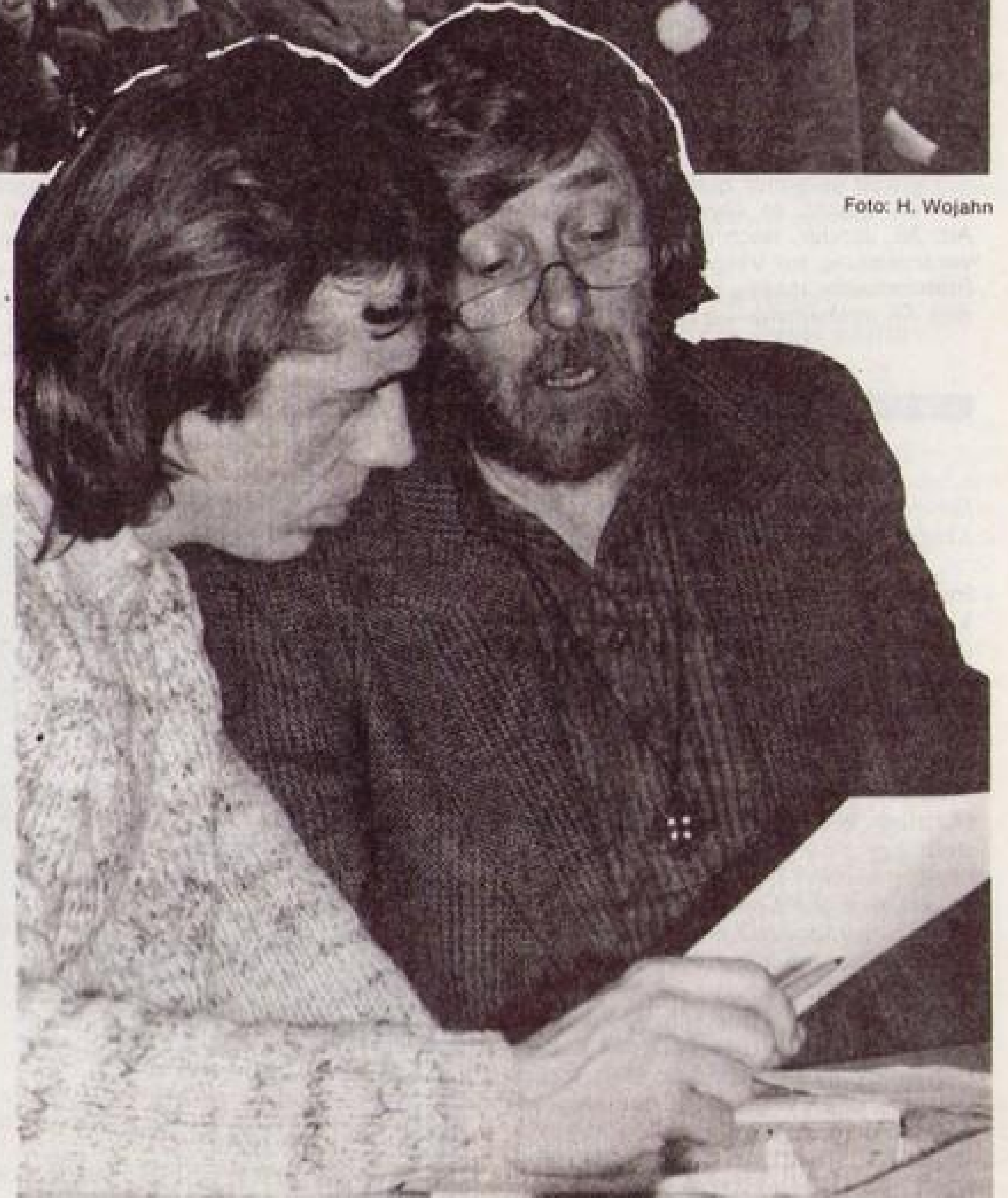
Pünktlich gegen 22.00 Uhr ist Schluß. Eine Veranstaltung ohne Leerlauf, ohne theoretische bzw. kontroverse Debatten ist zu Ende. Ungewohnt und beeindruckend für uns allemal. (Zur Samstagsveranstaltung zur Vergesellschaftungsfrage ebenso wie zum Interview mit Theo Steegmann siehe die entsprechenden Artikel im AK.)

Es soll an dieser Stelle nicht um eine großartige Einschätzung und Wertung gehen, zumal die Pose des erhobenen Zeigefingers die denkbar ungeeignetste ist. Es ging darum, vor Ort ein möglichst genaues Bild vom Kampf in Rheinhausen zu bekommen, die Stimmung eines nicht alltäglichen Kampfes zu spüren, Informationen zu sammeln und Kontakte zu knüpfen. ,,Revolutionstourismus''? Daß die bürgerliche ,,WAZ'' (30.1.) diesen Begriff für hämische Kommentare aufgreift, kann nicht verwundern. Ärgerlicher ist es schon, wenn die linke ,,TAZ'' (25.1.) hierfür das Stichwort gibt. Es ist eine recht billige Methode, die nervigen und klugscheißerischen Debattenbeiträge von MG und BSA (Bund Sozialistischer Arbeiter) zum Anlaß zu nehmen für undifferenzierte Polemik; die Rheinhausener selbst gehen damit viel gelassener um. Es gibt genug gute Gründe für organisierte und unorganisierte Linke, vor Ort zu gehen, um sich ein Bild von der wirklichen Arbeiterklasse, ihrem Bewußtsein und ihrem Kampf zu machen, aber auch, um diesen Kampf zu unterstützen. Daß beispielsweise die von Hans Janssen vor-
Kampf zu machen, aber auch, um diesen Kampf zu unterstützen. Daß beispielsweise die von Hans Janssen vor-
geschlagene Initiative für ein Volksbegehren zur Vergesellschaftung nicht gerade eine glänzenden Start hatte, deckt eher ein Informations- und Diskussionsdefizit der Linken — namentlich der ,,direkt betroffenen'' Linken im Revier auf.

Wir wollen also alle ermuntern, dem Kampf in Rheinhausen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Das gilt für die Information vor Ort genauso wie für die politische Arbeit zuhause.

Die Auseinandersetzungen in Rheinhausen werden sich möglicherweise noch einige Wochen oder gar Monate hinziehen. In Anbetracht der zunehmend negativen Berichterstattung, (,,Handelsblatt'' vom 30.1.: ,,Wider die Schüler-Kinderkreuzzüge'') dürften sich für die praktische Solidarität neue, schwierigere Aufgaben stellen als in Zeiten, in denen die Medien-Öffentlichkeit für Rückenwind sorgte.

B&G-Kommission, Hamburg



Pfarrer Kelb (r.) und Theo Steegmann vom KRUPP-Betriebsrat leiten die Treffen des Bürgerkomitees

Foto: H. Wojahn

Pfarrer Kelb (r.) und Theo Steegmann vom KRUPP-Betriebsrat leiten die Treffen des Bürgerkomitees

Foto: H. Wojahn



Mit den Worten: „Dies tun wir am besten gleich in den Papierkorb'' exkommuniziert Pfarrer Kelb die sektiererischen Ergüsse der MG

Foto: H. Wojahn





Foto: H. Wojahn

„Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, wie stark unser Druck ist"

Interview mit Theo Steegmann, 2. BR-Vorsitzender bei Krupp-Rheinhausen

Theo Steegmann
2. Betriebsratsvorsitzender von Krupp-Rheinhausen im Interview über Erfahrungen und Perspektiven des Kampfes um Krupp-Rheinhausen.

Während Steinkühler und Farthmann sich bemühen Arbeiter- und WählerInnen auf die Schließung des Krupp-Stahlwerkes mit „Ersatzarbeitsplätzen" einzustimmen, steht für Theo Steegmann der Erhalt des Standortes nach wie vor an erster Stelle.

Theo ist gelernter Stahlwerker. Seit 13 Jahren macht er Gewerkschaftsarbeit. Am 23. Januar, nach einer Diskussionsveranstaltung zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie, saßen wir zusammen. Für den AK interviewten as und uh.

Ihr verhandelt zur Zeit mit dem Krupp-Vorstand. Worum geht es genau ?

Im Grunde genommen geht es nach der Vereinbarung vom 16. Dezember darum, daß wir uns erst einmal wieder auf der Grundlage der sogenannten Optimierungsphase und der in dieser Optimierungsphase abgeschlossenen Verträge befinden. Wir verhandeln z.Zt. über alle Modelle, wobei im Vordergrund die Sicherung des Standortes Rheinhausen steht.

Diskutieren die Kollegen über das, was ihr z.Zt. verhandelt? Was ist an Perspektiven im Gespräch?

Im Moment ist das eine schwierige Situation, weil es im Prinzip erstmal nur die Forderung gibt, den Standort zu erhalten. Mit dem Vorstand diskutieren wir z.Zt. verschiedene Möglichkeiten zur Lösung der Probleme im Profilstahlbereich. Im Grunde genommen ist ja seit längerem bekannt, daß unser Walzwerk relativ veraltet ist, daß Investitionen herkommen müssen und daß das Stahlwerk nicht vollständig ausgelastet ist. Wobei die Zahlen, die da gehandelt werden, nicht stimmen. Das Problem, welches wir im Moment haben ist, daß möglicherweise auch Modelle denkbar sind, im Rahmen einer Kooperation Mannesmann-Krupp, den Standort Rheinhausen zu erhalten. Ob das aber geht und ob die andere Seite da grundsätzlich zu bereit ist oder ob sie uns im Prinzip jetzt kaputt machen wollen, das werden wir in den näch-
oder ob sie uns im Prinzip jetzt kaputt machen wollen, das werden wir in den nächsten Tagen und Wochen ausloten müssen. Nur, wenn das eine Chance hat werden wir damit auch an die Belegschaft herantreten und da Modelle diskutieren. Wenn wir erkennen: das hat keine Chance, werden wir unsere Taktik darauf einstellen und nach wie vor versuchen, die zu zwingen wieder bei der Optimierungsphase zu bleiben, d.h. bei dem Erhalt des Standortes hier, zumindest bis 1990.

Verhandlungen können ja die Aktionsbereitschaft dämpfen. Das scheint bei euch jedoch nicht der Fall zu sein ...

Ich denke es sind verschiedene Elemente, die da wichtig sind. Einmal ist die regelmäßige Information der Belegschaft durch den Betriebsrat wichtig. Wir haben unser Betriebsratsbüro rund um die Uhr besetzt und in den heißen Phasen ist es außerdem so, daß die Belegschaft schichtenweise aus dem Betrieb raus zum Betriebsrat kommt und von uns informiert wird.

Ein zweites wichtiges Element ist mittlerweile das Bürgerkomitee geworden, wo zweimal in der Woche 800 Leute zusammenkommen. Ein großer Teil davon sind Belegschaftsmitglieder von uns. Das gibt den Leuten das Gefühl, daß die Bewegung weiter geht. Außerdem sehen sie, daß es mehr sind als nur sie, die kämpfen. Es kämpft hier die ganze Stadt. Das ist eine ganz wichtige Sache, die da auch so emotional rüberkommt. Es hat sich auch herausgestellt, daß die Zusammenarbeit mit den Kirchenleuten ungeheuer wichtig ist, weil die Kirchenleute auf so einer emotionalen Ebene wesentlich mehr an Glaube und Hoffnung vermitteln können, was wir als Materialisten relativ schlecht können. Die Pfarrer können denen so ein Gefühl vermitteln, daß das Unrecht ist, was den Leuten hier passiert und sie vermitteln auch ein viel stärkeres Gefühl von Glaube und Hoffnung, daß man hier halt kämpfen muß und daß man auch gewinnen kann, wenn man kämpft.

Die Freiräume, die sich die Kollegen erkämpft haben, werden erbittert verteidigt

Glaube und Hoffnung speisen sich ja auch aus dem bisher Erreichten. Wie sieht es mit der Selbstbestimmung aus, die sich die Belegschaft in den ersten beiden Aktionswochen erkämpft hat?

Die Freiräume, die sich die Kollegen in dieser Zeit erkämpft haben, werden erbittert verteidigt. Die einzelnen Vorarbeiter, die jetzt versuchen die Produktion anzukurbeln, um wieder Höchstleistungen zu erzielen, treffen auf wesentlich massiveren Widerstand bei den Kollegen, als das früher der Fall war. Also da hat sich schon was verändert, was auch von der anderen Seite nicht mehr so leicht zurückzudrehen ist. Das Selbstbewußtsein bei den Kollegen ist gestiegen. Es hat sich gezeigt, daß man die betriebliche Hierarchie verändern kann.



Theo Steegmann Foto: H. Wojahn

Theo Steegmann Foto: H. Wojahn

Wäre eine Betriebsbesetzung eine Steigerungsmöglichkeit, um den Druck auf den Vorstand im gegebenen Augenblick noch zu verstärken?

In den ersten 14 Tagen hatten wir faktisch eine Betriebsbesetzung, obwohl wir nicht so laut darüber geredet haben oder das als solche dargestellt haben. In dieser Zeit war es so, daß die Belegschaft die völlige technische Kontrolle über die Anlage hier im Werk hatte. Im Werk konnte rein-und rausfahren wer wollte und vieles mehr. Ich weiß nicht, ob das eine Steigerungsmöglichkeit oder überhaupt eine Möglichkeit wäre, jetzt noch einmal so einen deklamatorischen Akt zu machen und zu sagen: Wir haben unseren Betrieb besetzt. Wir befinden uns eigentlich in einer ständigen Diskussion über neue Aktionsmöglichkeiten und neue Aktionsformen. Ich möchte es daher also nicht völlig ausschließen. Aber ich verspreche mir eigentlich in der jetzigen Situation nicht mehr sehr viel davon.

Ihr habt euch in den vergangenen Wochen nicht nur im Betrieb neue Freiräume erkämpft. Auch im Ort und der Region seid ihr mit radikalen Aktionsformen hervorgetreten. Die Mahnwache vor dem Haus des Aufsichtsratsvorsitzenden Cromme ist jedoch vor kurzem abgebrochen. Warum?

Als das mit der Mahnwache bekannt wurde, haben die Leute auf der ersten Sitzung im Bürgerkomitee alle spontan Beifall geklatscht. Ob es nun Kirchenleute waren, Selbständige, Einzelhändler oder unsere Kollegen. Alle fanden die Aktion im ersten Moment erst einmal gut. Nachdem wir jedoch diskutiert haben, wie veröffentlichte Meinung, oder die, die bei uns Meinung machen, auf so etwas reagieren, da sind ja Erfahrungen aus Berlin oder anderswo bekannt, haben wir uns dafür entschieden, die Sache nicht weiter zu verfolgen. Wir wußten genau, wie solche Scharfmacher wie Brunner von der FDP auf solche Aktionen reagieren. Und wir haben das dann so eingeschätzt, daß wir die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nicht werden durchhalten können.

Zurück zum Betrieb. Wie kam es eigentlich zum dem Durchbruch der Linken bei der Betriebsratswahl im April letzten Jahres?

Hauptcharakter der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat seit April ist einmal eine Art Generationenwechsel. D.h. es sind sehr viel jüngere Leute in den Betriebsrat gekommen. Betriebsräte in den montanmitbestimmten Industrien sind eigentlich ungeheuer festgefügte Gremien, deren Mitglieder in der Regel alle freigestellt sind. Es gibt im Vorfeld sehr viel Gerangel um Einzelpositionen. Das ist ungeheuer selten, daß wie bspw. bei uns, elf Betriebsräte neu in den Betriebsrat einziehen. Das war für Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie völlig ungewöhnlich. Ich denke das hat sich in unserer über Jahre laufenden Auseinandersetzung hauptsächlich an Fragen entzündet wie: Inwieweit wird die Belegschaft und der Vertrauenskörper in die Arbeit und die Entscheidungen des Betriebsrates mit einbezogen? Ist ein Betriebsrat bereit, seine grundsätzlichen Entscheidungen vorher im Vertrauenskörper zu diskutieren und zur Abstimmung zu stellen? Das war immer unsere Kritik in den letzten Jahren, daß Betriebsräte nicht abgehoben von der Belegschaft arbeiten und ihre Entscheidungen treffen dürfen, sondern nur im ständigen Prozeß der Auseinandersetzung mit der Belegschaft.

Es hat sich gezeigt, daß viele Leute nicht das bringen, was man von ihnen erwartet hat

In Bezug auf den Optimierungsplan, der ja auch Entlassungen beinhaltete, gab es keine unterschiedlichen Ansichten im Betriebsrat?

Die Zustimmung des Betriebsrates zur Optimierungsphase war eine harte Entscheidung, weil gerade die neuen Betriebsräte eine sehr radikale Position vertreten haben, die darauf hinauslief sowas grundsätzlich abzulehnen und um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Wir von der Betriebsratsspitze haben da aber die Gefahr gesehen, ins offene Messer zu laufen. Cromme hat uns deutlich gesagt: Wenn ihr vom Grundsatz her den Weg der Optimierung nicht mitgeht, wird das Walzwerk geschlossen und der Betriebsrat wird dann vor der Belegschaft für die Situation verantwortlich gemacht. Wir haben das so eingeschätzt, daß die Auseinandersetzung mit solch einer massiven Erpressung von Cromme nicht durchzuhalten ist. Die Abstimmung über das Optimierungskonzept ging dann querbeet durch den Betriebsrat.

Hat des Schließungskonzept des Vorstandes einen neuen Meinungsstreit im Betriebsrat entfacht oder werden grundsätzliche Differenzen durch die laufenden Aktionen eher verdeckt?

Seit Bekanntwerden des Schließungskonzeptes gibt es keine Fraktionen mehr im Betriebsrat. In so einer Situation kämpfen wir alle mit dem Rücken an der Wand. Es gibt noch Meinungsverschiedenheiten über einzelne konkrete Schritte, die wir einschlagen sollen, aber die werden relativ schnell gelöst und geklärt, wobei die beiden Lager da völlig querbeet durcheinander diskutieren, weil die Situation für alle völlig neu ist. Von daher ist im Grunde genommen die Auseinandersetzung im Vorfeld der Betriebsratswahlen vergessen. Die Kräfteverhältnisse stellen sich jetzt völlig neu dar. Es hat sich jetzt auch gezeigt, daß viele Leute, wo man gedacht hätte, sie würden eigentlich mehr bringen, nicht das bringen, was man von ihnen erwartet hat, während plötzlich wieder ganz neue Leute auftauchen, die ungeheuer aktiv sind, mit denen man vorher aber überhaupt nicht gerechnet hat.

Die Meinungsverschiedenheiten im Betriebsrat nach Bekanntgabe des Schließungskonzeptes sind, wie Du sagst, ziemlich schnell gelöst worden. Was wurde genau diskutiert?

Es gab die Position, in einen unbefristeten Streik zu treten. Das heißt so lange die Brocken hinzuwerfen, bis dies Konzept vom Tisch ist. Diese Position gab es in der ersten Phase, als das alles sehr aufgeheizt war. Vertreten wurde das im Betriebsrat, von einigen Vertrauensleuten und einem Teil der Jugendvertretung. Aber im Prinzip war das nach den ersten 14 Tagen, drei Wochen ausgestanden. Denn man muß ja sehen, daß betriebswirtschaftlich so ein Bombending hinter dieser Kooperation Mannesmann/Krupp steht, daß die auch einen Streik von zwei oder drei Monaten ausgehalten hätten. Und im Prinzip stößt du dann an die technische Grenzen in so einem Hüttenwerk.

Du kannst so einen Hochofen maximal eineinhalb Wochen oder 14 Tage rausnehmen. Dann geht es aber an eine kritische Grenze. Dann mußt du ihn wieder hochfahren. Und dann hast du auf der anderen Seite auch schon gleich eine Anfahrtszeit von einer oder eineinhalb Wochen, wo du die Hochöfen wieder hochfährst, und wo du die dann auch nicht mehr unterbrechen kannst. D.h. je länger man rausgeht aus der Produktion, um so mehr zwingt einen das hinterher, die Hochöfen langsam wieder hochzufahren. Du bist dann festgelegt in deiner Streiktaktik. Und das wollten wir im Prinzip nicht. Wir wollten so eine flexible Stop-and-Go-Taktik fahren. So daß die andere Seite sich auch nicht einrichten kann, wann wir produzieren und wann wir nicht produzieren. Damit wollten wir auch erreichen, daß wir die Geschichte möglichst lange durchhalten, weil man andererseits auch die finanziellen Grenzen der Kollegen sehen muß. Es gibt Kollegen, die in diesem Monat über 400 DM verloren haben. Und das ist bei einigen schon eng, die z.B. Kredite am Laufen haben oder sonstwas. Und die Stimmung wird da auch bei einem Teil der Belegschaft zunehmend mieser, je mehr Geld sie verloren haben.

Am 17. und 24. Februar wird es die Stahlrunden bei Rau und Kohl geben. Im April ist die nächste Aufsichtsratssitzung. Werden, was diese Termine angeht, seitens der Belegschaft große Hoffnungen gehegt?

Also es stimmt uns schon ein bißchen bedenklich, daß die politischen Erwartungen auf die Kanzlerrunde ungeheuer ansteigen. Meine persönlichen Erwartungen sind da nicht besonders hoch. Ich befürchte, daß da möglicherweise nicht mehr herauskommen wird, als Milliardensubventionen für Sozialpläne, im besten Fall. Möglicherweise kommt es aber auch noch schlimmer. D.h. daß da Stillegungsprämien ausgehandelt werden, um den ganzen Kapazitätsabbau in der Stahlindustrie noch zu beschleunigen. Von daher orientieren wir in der Diskussion eigentlich schon darauf, daß unser Widerstand über den 24. Februar hinausgehen muß. Unsere Taktik, die wir im Moment entwickelt haben, mit unseren Aktionswochen und bestimmten Aktionen innerhalb dieser Woche, die die Kollegen nicht zu sehr finanziell ausbluten, ist schon darauf angelegt, auch einen möglichst langen Widerstand durchhalten zu können. Wir gehen davon aus, daß es vor April oder Mai nicht zu einer Entscheidung im Aufsichtsrat zu dieser Kooperation kommen wird. Das ist für uns ein zentrales Datum. Und da haben wir auch noch, so denken wir, einige Trümpfe in der Hand.

Die Stimmung insgesamt ist auf der Kippe. Zwischen Angst und der Bereitschaft mehr zu tun und sich zu wehren.

Eure Überlegungen gehen ja auch in die

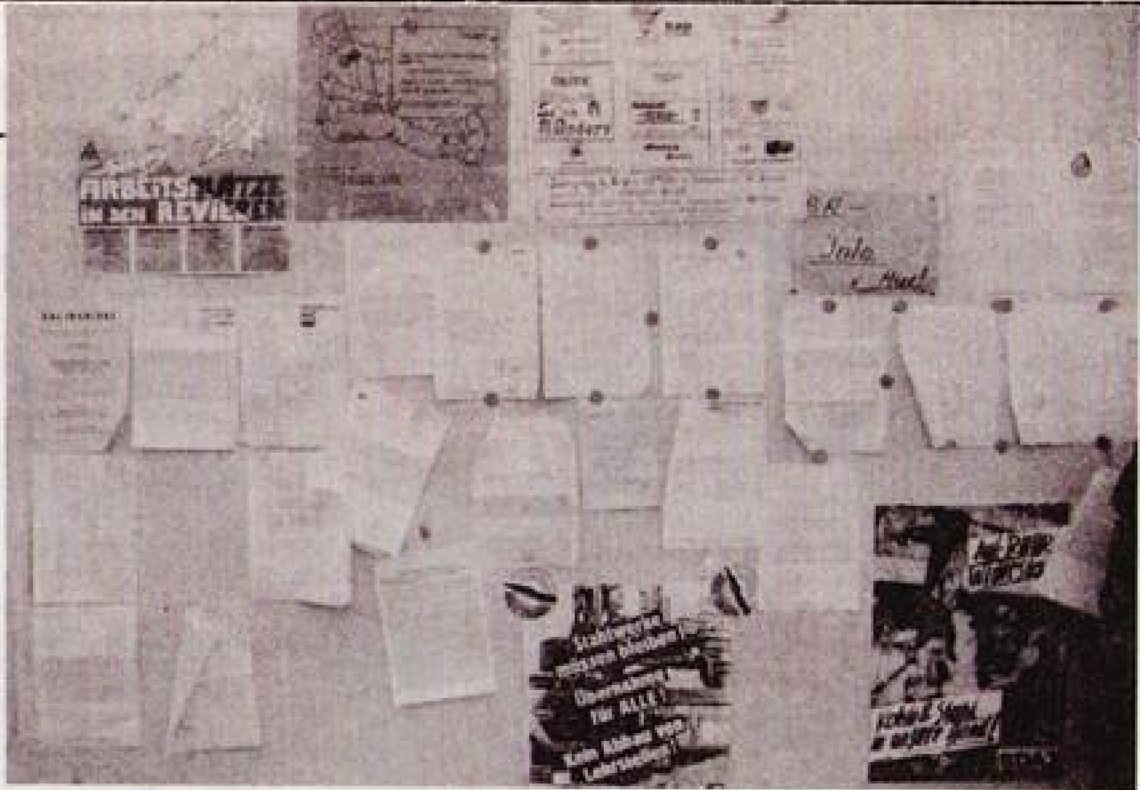
Eure Überlegungen gehen ja auch in die Richtung, wie ihr die anderen Stahlbetriebe und die IGM als Organisation zu mehr praktischer Solidarität veranlassen könnt. Gibt es Fortschritte?

Also ich denke, daß das sehr unterschiedlich ist. Erstaunlicherweise ist bspw. die Diskussion mit der Huckinger Belegschaft sehr solidarisch. Man hat da schon den Eindruck, daß da gemeinsame Betroffene reden, weil die Huckinger Belegschaft, unabhängig von den bekanntgewordenen Kooperationsplänen, eigentlich schon seit zwei oder drei Jahren unter dem Druck steht, daß ihnen die Hütte zugemacht wird. Das wird ihnen auch ständig so offen und brutal von ihrem Unternehmensvorstand gesagt. Von daher sind die eigentlich in einer ähnlichen Situation wie wir. Die Bereitschaft ist unserer Meinung nach relativ groß, was zu tun. Ähnlich ist es bei Thyssen oder in anderen Betrieben. Im Grunde genommen sind im Moment alle betroffen von der Situation. Zumindestens die Betriebsräte wissen es auch. Die Reaktionen sind jetzt unterschiedlich. Die einen reagieren völlig ängstlich und halten sich zurück und versuchen überhaupt nichts zu machen, um ihren Vorstand nicht zu verärgern. Aber es brodelt und kocht unter der Oberfläche bspw. bei den Hoesch- Kollegen. Ich denke, da ist jetzt insgesamt eine Stimmung in vielen Belegschaften, die genau auf der Kippe steht. Zwischen Angst und der Bereitschaft mehr zu tun und sich zu wehren. Da wird es, wie oft, ganz entscheidend von den Betriebsräten, den Vertrauenskörperleitungen und der IG Metall abhängen, ob es gelingt ...

Habt ihr mit euren Besuchen bei Mannesmann und den anderen Stahlbuden da was bewirken können?

Das hat erstmal in der Belegschaft zu einer realistischeren Einschätzung ge-

Fortsetzung nächste Seite



Bekundungen der Solidarität werden öffentlich gemacht

Foto: H. Wojahn

Fortsetzung von vorheriger Seite

führt. Es gab am Anfang viele, die gedacht haben, die Solidarität würde sehr schnell und spontan herstellbar sein. Die Leute sehen das heute realistischer. Also das erfordert noch einiges, damit sich auch in anderen Werken die Kollegen solidarisieren. Das hängt aber auch ganz zentral davon ab, daß man Perspektiven entwickeln muß und konkrete Schritte, die auch die Belegschaften vereinheitlichen. Solange es nicht gelingt, eine konkrete, realistische Kampfperspektive für alle Belegschaften zu entwickeln, wird es ungeheuer schwierig sein, Solidarität herzustellen.

Was wäre eine konkrete Kampfperspektive?

Eine gemeinsame Perspektive ist die Forderung nach Vergesellschaftung. Vom Prinzip her finden das alle gut. Nur das Problem ist, daß die meisten Belegschaften diese Forderung im Moment, als konkrete Perspektive, nicht für realistisch halten. Ich denke, daß es erstmal darum gehen muß, und das, denke ich, wird zunehmend, zumindestens hier in Duisburg auch von anderen Belegschaften begriffen, daß es gemeinsame Forderungen für die Montanrunde beim Kanzler geben muß. Da wäre grob, denke ich mir, erstmal die Linie zu sagen, daß, wenn Geld zur Verfügung gestellt wird, damit neue Arbeitplätze und nicht die Stillegung und Vernichtung von Standorten finanziert wird. In diesem Sinne halte ich z. Zt. eine Vereinheitlichung der Belegschaften schon für möglich.

Eine gewisse Mobilisierung der Basis setzt voraus, daß die Führung sich bewegt

Bietet nicht auch die Stahltarifrunde Möglichkeiten der Vereinheitlichung und des Zusammenrückens der Belegschaften? Wird es zum Streik kommen?

Die Arbeitgeber kriegen jetzt schon mit, daß da Bewegung und Zoff in der Tarifrunde ist. Deshalb werden sie möglicherweise ein Angebot auf den Tisch legen, was die Mehrheit der Tarifkommission akzeptiert. Wenn das nicht der Fall ist und sie weiter mit völlig unerträglichen Angeboten provozieren, dann halte ich es durchaus für möglich, daß die Tarifkommission sich am 3. Februar mit Mehrheit für die Einleitung einer Urabstimmung entscheiden wird. Denn ich denke, die meisten haben schon begriffen, daß sich das jetzt nicht um eine Tarifrunde, wie um jede andere Tarifrunde in den letzten Jahren auch handelt. Zunehmend werden auch die Möglichkeiten gesehen, Druck auf die Arbeitgeber im Hinblick auf die Montanrunde und das Kanzlergespräch zu machen und auch unsere übergreifenden Forderungen zur Stahlkrise zu verstärken. So haben wir das ja auch immer diskutiert, daß man beides verbinden muß. Die Forderung nach dem Erhalt der Stahlstandorte mit der Tarifrunde ...

muß. Die Forderung nach dem Erhalt der Stahlstandorte mit der Tarifrunde ...

... aber konkrete Forderungen nach Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten werden von der IGM jetzt nicht erhoben?

Diese Diskussion hat es im Vorfeld gegeben, Stichwort: Rationalisierungsschutzabkommen. Das wurde von unserem, wie auch von anderen Vertrauenskörpern gefordert. Im Vorfeld dieser Tarifrunde ist es jedoch nicht gelungen diese Forderung zu einer Forderung der IG Metall zu machen. Und wir haben uns realistisch darauf geeinigt, daß wir die jetzige Forderung mitten in der laufenden Tarifrunde nicht mehr umgedreht kriegen. Das was steht, sind die Forderungen 35-Stunden-Woche, Begrenzung der Mehrarbeit und eine fünfprozentige Erhöhung von Löhnen und Gehältern.

Der innergewerkschaftliche Streit ist damit noch nicht ausgestanden. Du hast auf einer Vertrauensleutevollversammlung der Stahlindustrie erfolgreich eine Probeabstimmung für die Einleitung einer Urabstimmung durchgeführt. Ist die Stimmung an der Basis der IG Metall z.Zt. kämpferischer als die offizielle Politik der IG Metall?

Ich denke schon. Das ist immer ein sehr schwieriges Verhältniss von Basis und Führung. Vielen Stahlarbeitern sitzt immer noch der Stahlarbeiterstreik von 78/79 in den Knochen. Da sind ja teilweise sehr negative Erfahrungen gemacht worden mit der Art und Weise wie dieser Streik geführt wurde und wie und welche Entscheidungen im Rahmen des sechswöchigen Arbeitskampfes gefällt wurden. Von daher gibt es sehr viel Mißtrauen an der Basis gegenüber dem, was die Führung macht. Teilweise berechtigt, teilweise unberechtigt. Aber das ist immer eine Situation, wo das so auf der Kippe steht mit der Stimmung. Einerseits ist die Basis nur zu mobilisieren wenn sie Vertrauen in ihre Führung hat und den Eindruck hat, jetzt meinen die es wirklich ernst und verarschen uns nicht nur. Auf der anderen Seite setzt eine gewisse Mobilisierung der Basis ja überhaupt voraus, daß die Führung sich bewegt. Von daher ist es im Moment ein Hin- und Hergezerre und eine relativ schwierige Situation. Ich teile weder die Einschätzung, daß die Führung alles blockiert, noch bin ich der Meinung, daß die Führung, die wir hier haben, optimal ist. Ich denke daß die Stimmung in den meisten Betrieben so ist, daß die Einleitung der Urabstimmung ohne Probleme von einer übergroßen Mehrheit, d.h. von weit über 75% mit „Ja" beantwortet würde.

Hältst Du es auch für möglich, daß die IG Metall-Führung den Streik diesmal auf breiterer Front führt und nicht, wie '78/79, auf einen Teil der Stahlindustrie begrenzt?

Das denke ich, ist das, was z. Zt. die Angst der IG Metall ausmacht. Denn die IG Metall weiß, daß sie mit so einem Streik wie 78/79 bei uns nicht mehr landen kann. Den meisten ist klar, egal ob sie eher zum politisch konservativen Lager oder zum progressiven oder linken Lager in der IG Metall gehören, daß dieser Streik anders aussehen muß als der von 78/79. Das wird auch gar keine große Diskussion geben, daß das ganz anders angelegt werden muß, denke ich mir. Man kann sich dann über die konkrete Streiktaktik unterhalten, d.h. ob wirklich alle Buden reingehen müssen oder nicht.

Auf der anderen Seite hat die IG Metall bei Stahl aber auch einen sehr großen Vorteil. Das ist eine sehr kleine überschaubare Branche, die nicht gleich solche Dimensionen annimmt wie Baden-Württemberg oder die NRW-Metallverarbeitung. Sondern da ist ein Streik auch auf lange Zeit finanziell durchaus gut durchhaltbar und auch im Rahmen von 116 AFG eigentlich kein Problem. Die objektiven Bedingungen für einen Streik sind also günstig. Ob es dazu kommt wird man sehen.

Alle Forderungen, die politisch langfristig angelegt sind,

Alle Forderungen, die politisch langfristig angelegt sind, werden uns im Moment nicht retten

Zur Vereinheitlichung der Stahlbelegschaften könnte ja nicht nur die Tarifrunde, sondern vor allem auch eine weitergreifende Forderung, wie die nach Vergesellschaftung beitragen. In den Diskussionen hier vor Ort hatten wir jedoch den Eindruck, daß die verschiedenen Perspektivmodelle, wie die Beschäftigungsgesellschaft, die AfA-Moratoriumsforderung oder eben auch die Vergesellschaftungsforderung noch nebeneinanderstehen, ohne daß da von Seiten der Betriebslinken eine Schwerpunktsetzung erkennbar ist.

Es ist halt so, daß alle Forderungen, die politisch langfristig oder auch nur mittelfristig angelegt sind, wie die Forderung nach Vergesellschaftung und der Gesetzesinitiative, uns im Moment nicht retten werden. D.h. die große Gefahr besteht darin, daß wir vorher platt sind, bevor es überhaupt eine größere politische Bewegung für die Forderung nach Vergesellschaftung gibt. Von daher sind wir gezwungen Konzeptionen zu entwickeln, vor allem bis zum Kanzlergespräch. Denn unsere Einschätzung ist da schon so, daß wir bis zum Kanzlergespräch so konkrete Modelle auf dem Tisch liegen haben, daß die gezwungen sind, politisch darauf zu reagieren.

Beim Kanzlergespräch werden die Modelle in zweierlei Richtung gehen, denke ich. Einmal wird es Modelle zur Standortsicherung geben. D.h. die Unternehmer werden von der Bundesregierung Geld einfordern, um den Standort hier länger aufrechtzuerhalten und um die Veriuste zu kompensieren. Ob das realistisch ist, weiß ich nicht.

Die anderen Modelle werden in Richtung Beschäftigungsgesellschaft gehen. Damit ist jedoch nicht eine Beschäftigungsgesellschaft gemeint, die nur Beschäftigungstherapie macht, wie die im Saarland. Sondern Krupp und Mannesmann sollen verpflichtet werden *neue* Arbeitsplätze hier in der Region zu schaffen. Und die Beschäftigungsgesellschaft soll auch in ganz bestimmten Arbeitsfeldern arbeiten. Das würde ich unter dem Stichwort ökologische Erneuerung des Ruhrgebiets fassen. Die Investitionen der öffentlichen Hand sollen an die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gekoppelt werden. Das ist so grob gesagt die Überlegung. Und es scheint halt eine Bereitschaft beider Konzerne zu geben auch einen Teil der Riesengewinne, die sie da in dieser Kooperation machen würden, in die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu reinvestieren. Scheint sage ich ausdrücklich. In den nächsten Tagen und Wochen werden die Verhandlungen zeigen, wie stark unser Druck ist.

Grundsätzlich kann gesagt werden, daß unsere Forderung nach Standorterhaltung unabhängig von der Forderung nach Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen steht. Denn selbst im Rahmen der Optimierungsphase werden hier über den Daumen 2.000 Arbeitsplätze weggefallen.

Besteht nicht die Gefahr, daß das Setzen auf die Beschäftigungsgesellschaft als aktuelles Ziel desorientierend wirkt im Hinblick auf das politische Ziel Vergesellschaftung?

Ich sehe da eine Verbindung zwischen beiden Forderungen. Ich halte die Diskusion um Beschäftigungsgesellschaften, die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Konzerne auch für einen Schritt hin zur Diskussion um Vergesellschaftung. Die Auseinandersetzung um die Beschäftigungsgesellschaft ist auch eine Auseinandersetzung um Fragen wie: In welchen Bereichen sollen überhaupt neue Arbeitsplätze geschaffen werden, was ist denn überhaupt qualitatives Wachstum, was ist denn ökologische Erneuerung des Ruhrgebiets? Das sind alles Auseinandersetzungen um inhaltliche Fragen, die m.M. nach der Forderung nach Vergesellschaftung überhaupt nicht entgegen-

setzungen um inhaltliche Fragen, die m.M. nach der Forderung nach Vergesellschaftung überhaupt nicht entgegen-

stehen, sondern eher Schritte dahin bedeuten können.

Was sind deiner Meinung nach die Mindestkriterien einer Beschäftigungsgesellschaft Krupp- Rheinhausen?

Eine Mindestbedingung wäre, daß die Beschäftigungsgesellschaft wirklich neue Arbeitsplätze schafft und keine Beschäftigungstherapie mit den Kollegen betreibt. D.h., daß die Kollegen nicht mit irgendwelchen Arbeiten wie Schrott brennen oder Aufräumarbeiten oder sonstwas beschäftigt werden. Die Beschäftigungsgesellschaft muß Arbeit in Bereichen schaffen, die für die Kollegen zukunftsträchtig sind, wo sie das Gefühl haben, hier werden wirklich Arbeitsplätze für die nächsten Jahre geschaffen.

Diese Arbeitsplätze müßten aber durch die öffentliche Hand subventioniert werden. Denn für die Unternehmer sind diese Betriebe nicht profitabel. Mit den dort hergestellten Produkten, wie Entstaubungs- oder Abwässerreinigungsanlagen oder mit der Altlastsanierung, machen die Unternehmer auf dem Markt keine Gewinne.

Die Beschäftigungsgesellschaft muß außerdem einen großen Schwerpunkt auf Qualifizierungsmaßnahmen legen, was z.B. heißt: Modernisierung der vorhandenen Lehrwerkstätten.

Und wie sollen deiner Meinung nach die Arbeitsplätze in der Beschäftigungsgesellschaft langfristig gesichert werden?

Die Beschäftigungsgesellschaft soll eine dauerhafte Einrichtung sein. Wobei noch nicht klar ist, in welchen Bereichen der Einzelne in Zukunft tätig ist und welche Arbeitsplätze da in den nächsten Jahren entstehen werden. Die Konzerne müssen verbindlich mit einer Kapitalbeteiligung in die Beschäftigungsgesellschaften einbezogen werden. D.h. sie sollen sich da nicht aus ihrer Verantwortung stehlen können und die Beschäftigungsverhältnisse unserer Kollegen einfach in diese Gesellschaft abschieben. Wie das jedoch konkret aussehen soll, darüber fangen die Gespräche jetzt erst an. Deswegen kann man da erstmal nur sehr grobe Sachen angeben.

Wenn die Vergesellschaftungsforderung für Rheinhausen kurz- und mittelfristig keine Perspektive ist, wie du sagst, gehörst du doch zu den eifrigsten Befürwortern dieser Forderung. Welche politische Dimension hat die Vergesellschaftungsdiskussion für dich?

Vom Grundsatz her halte ich es für notwendig, daß die Forderung stärker in die öffentliche Diskussion kommt. Von daher finde ich es taktisch ungeheuer wichtig, die Auseinandersetzung auch mit der SPD hier in Nordrhein-Westfalen zu suchen. Die SPD hätte aufgrund der Landesverfassung ja einige Möglichkeiten, das politisch offensiv in die Diskussion zu bringen. Das passiert nicht und da muß man mit ihnen diskutieren, warum nicht. Der Unmut in den SPD-Ortsvereinen nimmt zu und die Kritik wächst. Und ich finde es wichtig, die Auseinandersetzung zu suchen und die auch offensiv zu suchen, zu fragen: Warum geht ihr nicht hin und fordert die Vergesellschaftung?

Ich bin pessimistisch was eine realistische Durchsetzung in den nächsten zwei, drei oder vier Jahren angeht. Ich halte es aber für politisch ungeheuer wichtig, die Diskussion zu führen, weil damit in den Köpfen der Leute der herrschende Eigentumsbegriff und damit auch die Eigentumsverhältnisse in Frage gestellt werden. Im Prinzip ist es das erste Mal seit Mitte der 50er Jahre, daß man in der Bundesrepublik wieder offensiv über die Eigentumsfrage an Produktionsmitteln diskutieren kann. Und das halte ich schon für einen politischen Fortschritt, der an sich betrachtet, abgesehen von der möglichen Durchsetzung dieser Forderung, für uns ein politischer Fortschritt ist.

Die Moratoriumsforderung dient der AfA zur Profilierung

Wie beurteilst Du den Vorschlag der AfA nach einem Moratorium für die Stahlindustrie? Besteht nicht die Gefahr, daß mit dem Moratorium der kämpferischen Stimmung hier, der Boden weggezogen wird?

Wenn es wirklich gelingen würde, so ein Moratorium durchzusetzen, würden die Rheinhausener zumindest das Gefühl haben, daß sie mit ihrem Kampf erreicht haben, daß jetzt überall in der gesamten Stahlindustrie erstmal für zwei Jahre nichts passiert. Ich würde das sogar für eine politisch günstige Ausgangsposition halten, weil das bedeutet, der Druck geht nicht raus, der Widerstand hört nicht auf, die Leute müssen weiter aktiv bleiben. Wir werden uns da ja nicht hinsetzen und warten, was die Kommission, welche immer das auch sein mag, da ausarbeitet, sondern wir werden ja versuchen, mit ei-

warten, was die Kommission, welche immer das auch sein mag, da ausarbeitet, sondern wir werden ja versuchen, mit ei-

genen Vorschlägen und mit eigenen Aktionen und mit eigenem Druck da auch reinzugehen.

Als der AfA-Bundesvorstand hier war, hatte das für mich eher den Charakter von so einer Schauveranstaltung. Das war so das Gespür, sich mit so einer Forderung im Augenblick profilieren zu können, ohne dem Zwang zu unterliegen, diese Forderung auch wirklich politisch durchsetzen zu müssen. Anders könnte es möglicherweise sein, wenn die CDU in Nordrhein-Westfalen auch noch auf diese Geschichte hüpft. Dann würde sich das von der politischen Konstellation her noch einmal anders darstellen. Die CDU steht im Moment, zumindest hier in Nordrhein-Westfalen, unter enormem politischem Druck. Das was hier abläuft, bedeutet für die einen wahnsinnigen Popularitätsverlust. So wie Blüm sich hier am Anfang versucht hat als Retter darzustellen, ging das offensichtlich gründlich in die Hose.

Während Teile der SPD sich mit einem Moratorium aus der Verantwortung stehlen wollen, gibt es von den Grünen hier in der Region eine „linke Kritik" an der Vergesellschaftungsforderung. Sie meinen, man solle die Vergesellschaftung auf die Konzernobergesellschaften ausdehnen und die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt den Belegschaften, Umweltschutzverbänden etc. übertragen.

Ich denke, das ist eine Sache über die man sich sicher lange unterhalten und streiten kann. Nur muß ich ehrlich sagen, gibt es für mich im Augenblick wichtigere Diskussionen. Mein Gefühl, und wohl auch das der meisten Kruppianer, die da heute auf der Veranstaltung waren, ist, daß das im Moment sehr theoretische Auseinandersetzungen sind. Im Vordergrund der Diskussion hätte eigentlich stehen müssen, ob diese Initiative im Moment überhaupt eine realistische Chance hat sich zu verbreitern oder nicht. Sicherlich kann man sich dann, unter den politischen Gruppen, die diese Initiative tragen, noch konkreter darüber unterhalten, wie die Gesetzesinitiative aussehen sollte.

Das Engagement der Grünen in Bezug auf Rheinhausen. Wie würdest du es grundsätzlich beurteilen?

Unsere Erfahrungen mit den Grünen sind sehr gemischt. Natürlich stehen die Grünen uns von ihrer Programmatik her sehr nahe. Was ihren konkreten politischen Einfluß in den Gewerkschaften und in den Betrieben angeht, ist er gleich Null. Das ist eigentlich das Problem. Wir haben den Eindruck, daß es den ganzen Politikern, die in den letzten Wochen hier waren, in der Regel darum geht, sich selber in Szene zu setzen. Da muß man teilweise, teilweise sage ich ausdrücklich, die Grünen mit einbeziehen. Wobei die Grünen hier vor Ort im Bürgerkomitee eigentlich sehr rührig und sehr aktiv sind. Und das, obwohl ihre Kräfte eigentlich sehr gering sind. Aber sie machen eben das, was sie machen können.

Wir wollen keinen ausschließen, egal woher er kommt

Kritik „von links" gibt es ja nun nicht nur von den Grünen, sondern vor allem auch von der Marxistischen Gruppe und dem Bund sozialistischer Arbeiter. Auf dem Bürgerkomitee fiel uns auf, daß die MGler von „den Bürgern", trotz ihres penetranten Auftretens, recht tolerant behandelt wurden.

Also nach wie vor finde ich das auch eine sehr positive Sache in unseren Diskussionen. Vom Grundsatz her sagen wir: Hier kann jeder reden. Wir wollen keinen ausschließen, egal woher er kommt. Die Schmerzgrenze ist für uns auf der rechten Seite mit den „Patrioten für Deutschland" erreicht. Denen geben wir keine Möglichkeit, sich hier öffentlich zu äußern. Das ist aber relativ schnell klar gewesen. Wir haben das politisch diskutiert, wo die herkommen und welche Positionen die vertreten.

Wenn die Diskussionsfreiheit für die Linken aber dazu führt, daß uns Veranstaltungen wie heute, im Prinzip kaputt gemacht und umgedreht werden, weil dann acht oder zehn Leute vom „Bund sozialistischer Arbeiter" auftreten und immer wieder das Gleiche erzählen, was sie im Bürgerkomitee auch schon erzählt haben, dann müssen wir daraus Konsequenzen ziehen. Aber ich denke, die sind mittlerweile nun auch bekannt. Die Leute im Bürgerkomitee stöhnen und jaulen schon alle auf, wenn wieder einer von ihnen auftritt. Von daher werden sie begreifen müssen, daß sie hier bei unseren Leuten im Moment nicht angesagt und nicht gefragt sind. Wir werden ihnen vorschlagen, ihre eigenen Veranstaltungen zu organisieren. Dann sollen sie gucken, wieviele Leute da hinkommen.

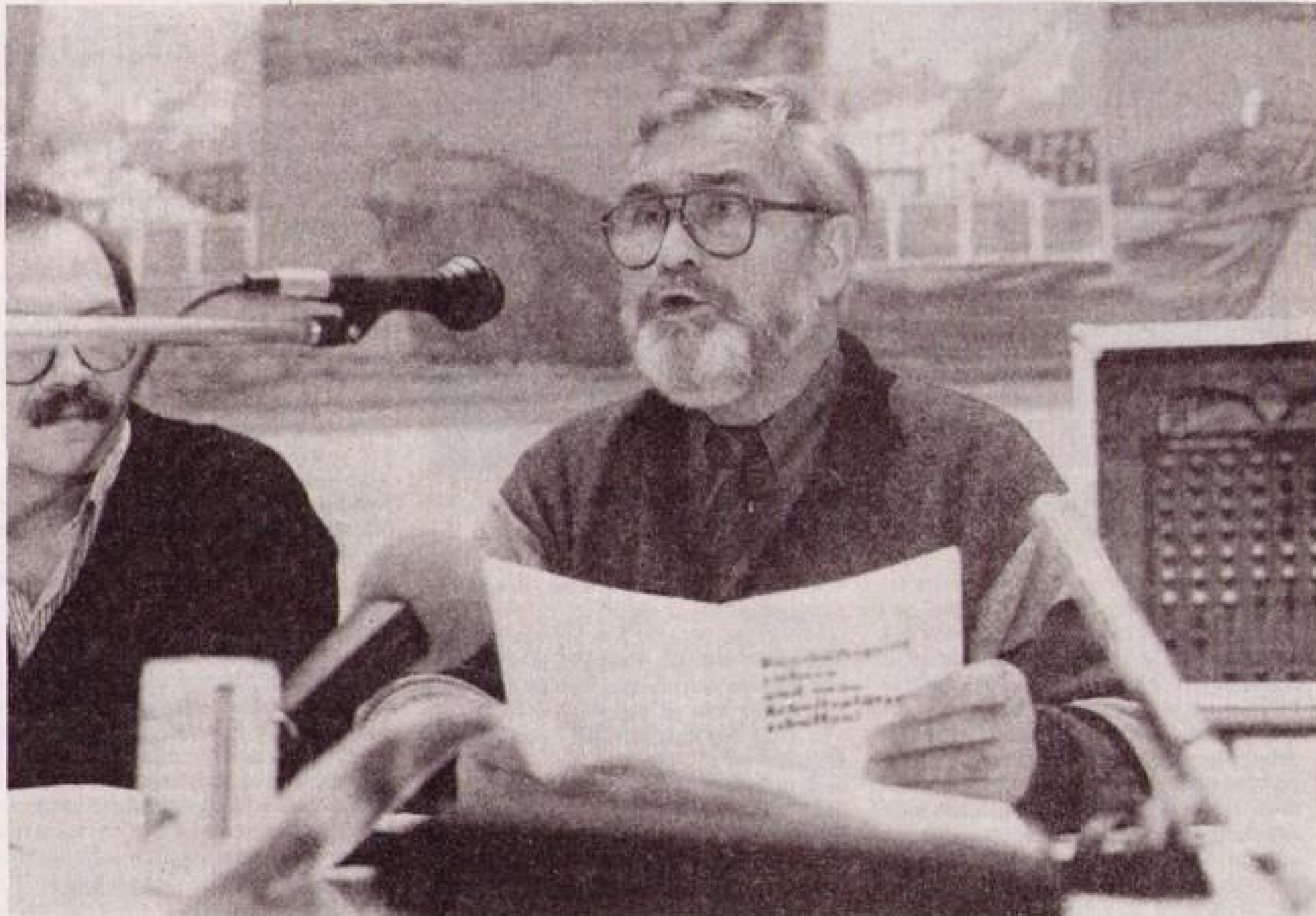
viele Leute da hinkommen.

Zum Abschluß eine Frage, die deine eigene Partei angeht. Das, was du uns da bisher an konkreten Erfahrungen geschildert hast, sieht ja nicht gerade berauschend aus. Würde das SPD-Mitglied Steegmann soweit gehen, wie der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der AG Weser? Der hatte ja aus Protest gegen die fehlende Unterstützung der Landesregierung sein Parteibuch demonstrativ zurückgegeben.

Ich denke, das ist eine Sache, die ich nicht persönlich für mich alleine entscheide. Mein Motiv, Mitglied der SPD zu werden war nicht eine rein persönliche Entscheidung, sondern dahinter stand die Überlegung, daß die Mehrheit unserer Kollegen hier sozialdemokratisch denkt, daß wir in unserer Stadt Ortsvereine haben, die Träger von politischen Auseinandersetzungen und politischem Einfluß sind. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die SPD-Mitglieder hier zunehmend wütender werden auf die Politik der Landesregierung und dabei auch ihr Wahlverhalten und möglicherweise auch ihre Mitgliedschaft in der SPD in Frage stellen. Wir werden das dann gemeinsam diskutieren. Ich denke, das ist nicht eine Entscheidung, die ich so persönlich für mich alleine treffe. Das würde ich im Übrigen auch für relativ perspektivlos halten, was ja auch die weitere Entwicklung von Hans Ziegenfuß und der AG Weser gezeigt hat. Solange keine andere sozialistische Alternative oder was auch immer da ist, worauf man die Kollegen orientieren kann, zeigt so ein einzelner Akt, sein Parteibuch hinzuwerfen, den Kollegen noch lange keine Perspektive. Ich denke unsere Aufgabe als Sozialisten ist es, den Kollegen da zumindestens eine politische Perspektive zu zeigen.

Theo, wir danken dir für das Gespräch und wünschen euch viel Erfolg in euerm Kampf!

Die Ereignisse in und um Rheinhausen haben die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Stahlindustrie in Teilen der IG Metall und der Öffentlichkeit wieder aktuell gemacht. Im Vordergrund steht dabei die Initiative von Hans Janßen (ehemaliges IGM-Vorstandsmitglied) und dem HWP-Professor Harald Mattfeldt aus Hamburg. Beide hatten Mitte Dezember letzten Jahres vorgeschlagen, über ein Volksbegehren den Erlaß eines Vergesellschaftungsgesetzes für die NRW-Stahlindustrie durchzusetzen (siehe AK 290).



Hans Janssen (ehem. IGM-Vorständler) in Rheinhausen

Vergesellschaftungsdiskussion mit Startschwierigkeiten

Nach diesem Vorschlag sollen die stahlerzeugenden Unternehmen in NRW in eine NRW Stahl AG überführt werden, wobei die Konzerne in Höhe des Kapitalwerts entschädigt werden. Hierbei soll allerdings geprüft werden, ob die bisher geleisteten öffentlichen Subventionen, sowie andere Bundes- und Landeszuschüsse in Anrechnung gestellt werden.

Zudem sollen Beschäftigungsgesellschaften gegründet werden, die bei „unvermeidbaren Entlassungen", die KollegInnen im Bereich des Aufbaus neuer Produktlinien und Projekte von regionalem Nutzen beschäftigt. Dies soll zur längerfristigen Schaffung von zukunftsorientierten Arbeitsplätzen dienen, die nicht von der Montanindustrie abhängen. Die rechtliche Konstruktion der NRW Stahl AG sieht das Land NRW als Alleinaktionär und die jeweiligen Stahlstandorte als montanmitbestimmte, juristisch unabhängige Tochtergesellschaften vor, wobei das Eigenkapital dieser Gesellschaften sich mehrheitlich im Besitz der NRW Stahl AG befinden soll. Die Beschäftigungsgesellschaften sind Tochtergesellschaften der jeweiligen Stahlwerke. Ihr Eigenkapital wird zu je einem Drittel vom Land, der Kommune und dem Stahlunternehmen selbst getragen.

Die Chance nutzen ...

Am 23.1.88 fand in der Menage von Krupp-Rheinhausen unter dem Motto „Vergesellschaftung jetzt!" eine Diskussionsveranstaltung statt, zu der der Betriebsrat eingeladen hatte.

Die Notwendigkeit die Vergesellschaftungsforderung gerade jetzt zu stellen, wird in dem Einladungsflugblatt des Krupp- Betriebsrates folgendermaßen begründet:„*Der Ruf nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie ist keine neue Forderung. Weder in den Stahlbelegschaften, die zuletzt 1983 in Entschließungen ihrer Vertrauenskörper die Vergesellschaftung zur Tagesforderung erheben wollten, noch in der IG Metall, die 1985 ein stahlpolitisches Programm mit entsprechender Zielsetzung verabschiedete.*

Aber noch nie war die Notwendigkeit einer solidarischen Gesamtlösung der Stahlprobleme so deutlich wie heute; noch nie war es so dringlich, diese Forderung auf die gewerkschaftspolitische Tagesordnung zu setzen und noch nie schienen die Chancen einer großen Massenmobilisierung so aussichtsreich, wie nach dem Stahlaktionstag im Revier am 10.12.1987."

Gerade jetzt scheint es möglich — so die Initiatoren — eine noch profitable Industrie zu vergesellschaften und den ungehinderten Profitinteressen zu entziehen, bevor öffentliche Gelder nur noch dazu dienen, KollegInnen in die Arbeitslosgkeit abzufedern.

Um deutlich zu machen, daß die Kraft für die Janßen/Mattfeldt- Initiative, sich vor allem aus den Gewerkschaften heraus entwickeln muß, war das Podium entsprechend besetzt worden: Hans Janßen, Theo Steegmann — Betriebsrat Krupp-Rheinhausen, Hermann Bömer — Universität Dortmund/Gutachter des Krupp-Betriebsrates, Otto König — IGM-Hattingen und Günter Spahn — VK-Leiter bei Thyssen Hamborn.

Theo Steegmann, als einladender Betriebsrat, umriß die Zielsetzung der Veranstaltung folgendermaßen: Es solle der Versuch gemacht werden zu einer gemeinsamen Einschätzung des Janßen/Mattfeld-Vorschlages zu kommen, um sich dann „*auf möglichst konkrete Schritte zu verständigen, wie wir in der nächsten Zeit weiter vorgehen. Jeder in seinem Betrieb und in seinem Bereich*".

Die gleichen Gesichter

Der Verlauf der Veranstaltung, zeigte, daß sich seit der Ruhrgebietskonferenz vom 17. Dezember letzten Jahres, wo Hans Janßen seinen Vorschlag das erste Mal vorgestellt hatte, an Basisdruck noch nicht viel mehr entwickelt hatte. Der von Janßen/Mattfeldt vorgeschlagene Zeitplan, nach der noch bis zur Bonner Montankonferenz im Februar „*ein großer Teil der Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt*" werden soll, läßt sich demnach nicht mehr realisieren. Auch Janßen schätzt das offensichtlich so ein. Sein Einleitungsreferat begann mit den Worten: „*Als ich das letzte Mal in diesem Raume war, ich sehe das den Gesichtern an, habe ich ja fast vor gleichem Kreise die Vorstellungen unserer Bürgerinitiative dargelegt.*"

Ursache für den schleppenden Beginn der Diskussion ist wohl Folgendes: Zum Einen haben Hans Janßen und Harald Mattfeldt ihren Vorschlag nicht gerade an die große Glocke gehängt. Zum anderen scheint die Betriebslinke in NRW dem Vorschlag noch relativ distanziert gegenüberzustehen. Befürworter der Initiative aus dem betrieblichen Bereich waren auf der Veranstaltung noch rar gesät. Die von ihnen geäußerte Kritik an dem Gesetzesvorschlag machte deutlich, daß die inhaltliche Diskussion gerade erst begonnen hat und von Vereinheitlichung und gemeinsamer Strategie noch keine Rede sein kann.

Von mehreren Diskussionsrednern aus dem gewerkschaftlichen Bereich, wurde die in dem Gesetzvorschlag vorgesehene Beschränkung der Vergesellschaftung auf die stahlerzeugenden Seite der Konzerne kritisiert. Stattdessen wurde vorgeschlagen, die Vergesellschaftungsforderung auf die Konzernobergesellschaften auszudehnen. Eine Vergesellschaftung der nur stahlerzeugenden Seite der Konzerne würde — so die Kritiker — diese langfristig von den Subventionen der öffentlichen Hand abhängig machen. In der Kritik bezog man sich dabei auch auf das Stahlpolitische Programm der IG Metall. Auch dort werde die Vergesellschaftung der Konzernobergesellschaften gefordert.

In diesem Punkt der Kritik der Janßen/Mattfeldt-Initiative, waren sich linke Gewerkschafter von Mannesmann wie Vertreter von VSP und Grünen einig.

Wer erwartet hatte, auf der Veranstaltung würde von linken Gewerkschaftern über den Stand der Diskussion in Vertrauenskörpern und Betriebsräten berichtet, sah sich enttäuscht. Ein Kollege von Mannesmann schätzte den derzeitigen Diskussions- und Mobiliserungsstand in den Betrieben wohl ziemlich realistisch ein, als er sagte:„*Es ist völlig klar, daß in den Belegschaften viel Aufklärungs- und Mobiliserungsarbeit gemacht werden muß, daß wir noch längst nicht soweit sind, daß die Belegschaften heute in einer Welle der Solidarität diese Initiative mittragen können.*"

Den schwach entwickelten Stand der Diskussion nutzten Vertreter des „Bundes sozialistischer Arbeiter" in sektenhafter Dreistigkeit, um mit 8 RednerInnen, in fast gleichen Grundsatzmonologen, „aufzuzeigen", daß eine Vergesellschaftungsforderung im Kapitalismus, schlimmster Reformismus sei.

Volksbegehren nur mit dem Segen der IGM ?

Was tun, wenn IG Metall- und SPD- Führung der Janßen/Mattfeld- Initiative die kalte Schulter zeigen ? Nicht zuletzt, das Nichterscheinen eines IGM- Vorstandsmitgliedes (trotz Einladung) sowie das Fehlen von SPD-Prominenz bestärkte diesen Eindruck. Soll mensch die Sache in diesem Fall notfalls mit Druck aus den betrieblichen Funktionärskörpern anschieben ? Zwei der Vertreter auf dem Podium machten deutlich, daß es ihnen im Gegenteil eher darum ging, weiter darum zu Ringen, daß sich die Apparate der Sache annehmen. So meinte Günter Spahn: „*Wir brauchen ... Politiker ... um solche Dinge in die Tat umzusetzen. Ich glaube nicht, daß wir in der Lage sind, die Kollegen soweit zu motivieren, daß sie von selbst aus die Vergesellschaftung angehen ... Wir brauchen dazu die bindende Klammer der Organisation*". Und Otto König:„*Die Papierlage*" der IGM „*ist eigentlich gut. Was fehlt ist ... die Frage des Mobilisierungskonzeptes der Gesamtorganisation, ... was eingebunden werden müßte ... in ein Gesamtmobiliserungskonzept des DGB*".

Daß Gewerkschaften und SPD sich nur bewegen, wenn „von Unten" Druck kommt, dafür ist eigentlich der Kampf um Rheinhausen ein gutes Beispiel. Und auch die Friedens- und Ökologiebewegung, haben sich ersteinmal außerhalb des DGB entwickelt, organisiert und Stärke gezeigt, bis sich auch in den Gewerkschaften das Terrain für sie öffnete.

Hans Janßen vermied es zwar, sich eindeutig für Basisdruck gegen die „kalte Schulter" auszusprechen, aber seine Ausführungen können immerhin in diese Richtung interpretiert werden. So meinte er, es gelte nun „*mit den Betriebsräten, mit den Vertrauensleuten, nicht nur in Rheinhausen, sondern bundesweit und mit allen Gewerkschaftern, die guten Willens sind und mit dem ganzen DGB*" für das Volksbegehren und die Gesetzesinitiative einzutreten. Wir sollten darüber diskutieren, so Janßen, was wir tun können, „*damit jeder über Vergesellschaftung reden muß und keiner, auch in diesem Raum, ganz gleich woher er kommt, dieses Thema totschweigen kann*".

Welche Schwierigkeiten es macht in den gewerkschaftlichen Funktionärskörpern vor Ort eindeutige und verbindliche Beschlüsse zur Vergesellschaftung zu verabschieden, verdeutlichte nocheinmal der, schon eingangs zitierte, Mannesmann-Kollege:„*Wir müssen es offen sagen, wir müssen es begreifen, es gibt schwere Bremser, schwergewichtige Bremser im DGB, die das nicht wollen ... Immer dann wenn es konkret wird, wenn es darum geht auch diese Papiere in die Wirklichkeit umzusetzen, ja dann*" gibt es „*auf einmal unüberwindliche Hindernisse, dann ist das alles noch nicht so weit*".

Verschlafen die Linken eine Chance ?

Leider argumentierte von den linken Organisationen nur der Vertreter der

VSP

in eine Richtung, die nach vorne wies. „*Wir haben keine Zeit mehr. Die Bewegung von Rheinhausen ist jetzt ... Und sowas läßt sich nicht beliebig fortsetzen ... Von der heutigen Veranstaltung*" müßte eine „*Initiative ausgehen, ... unabhängig davon, ob die IG Metall- Führung heute schon bereit ist das mitzutragen ... Ein Schritt wäre m.M. nach, daß Funktionärskörper in den verschiedenen Stahlbetrieben bereit sind, diese Initiative zu unterstützen.*"

Im Vergleich zur VSP hatte die

DKP

offensichtlich wesentlich mehr Schwierigkeiten das Volksbegehren von Unten, ohne den Segen von Gewerkschaften und SPD anzuschieben. Deutlich wurde dies an ihrer Einschätzung der AfA- Forderung nach einem zweijährigen Moratorium für die bundesdeutsche Stahlindustrie. Der Vertreter der DKP, Lutz Schröter, bewertete die AfA-Forderung nicht als Störfeuer gegen eine sich entwickelnde Vergesellschaftungsdiskussion, sondern begrüßte die Forderung als sinnvollen Zwischenschritt. Denn die sozialdemokratischen Kollegen hätten, so Schröter, eben noch eine gewisse Distanz zur Forderung nach Vergesellschaftung, was solch einen Zwischenschritt notwendig mache. Die Moratoriumsforderung biete da die Chance, daß der „*Konflikt zwischen den Lebensinteressen der Menschen und den Interessen der Konzerne deutlich*" wird. Durch die praktische Erfahrung mit dem Moratorium werden die KollegInnen dann irgendwann „*an einen weiteren Punkt kommen, wo man sagt, das reicht offensichtlich nicht ...*" Das führt dann „*heran an die Frage ... der Vergesellschaftung*".



Foto: H. Wojahn

Die Grünen

griffen mit ungewohnt linksradikalen Tönen in die Diskussion ein. Zwei Vertreter der LAG Grüne und GewerkschafterInnen sowie der MdB Eckhard Stratmann, sprachen sich zwar deutlich positiv für den „*Aufbau einer breiten Volksbegehrensbewegung für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie*" aus (siehe ihr schriftlicher Diskussionbeitrag), ihre Kritik an der Gesetzesinitiative ließ jedoch den notwendigen Realismus vermißen. Sie forderten für das Ruhrgebiet nicht weniger, als daß was — so wörtlich — Gorbatschow z.Zt. in den Betrieben der Sowjetunion durchführt. Unter Ausblendung der Tatsache, daß im Gegensatz zur Oktoberrevolution die Ruhrkämpfe 1923 mit einer Niederlage endeten und die Eigentumsverhältnisse nicht geändert werden konnten, forderten die Grünen, daß „*die Belegschaften, die ortsansässige Bevölkerung, Umweltschutzverbände etc. tatsächlich ... über das Was, Wie und Wo der Produktion*" bestimmen können müssen. Erst wenn dies möglich sei, könne man von Vergesellschaftung sprechen. Der Gesetzesvorschlag von Janßen/Mattfeldt würde dagegen auf einen Staatskonzern mit Montanmitbestimmung hinauslaufen. Die Zahnlosigkeit dieser Art Mitbestimmung sei ja bekannt.

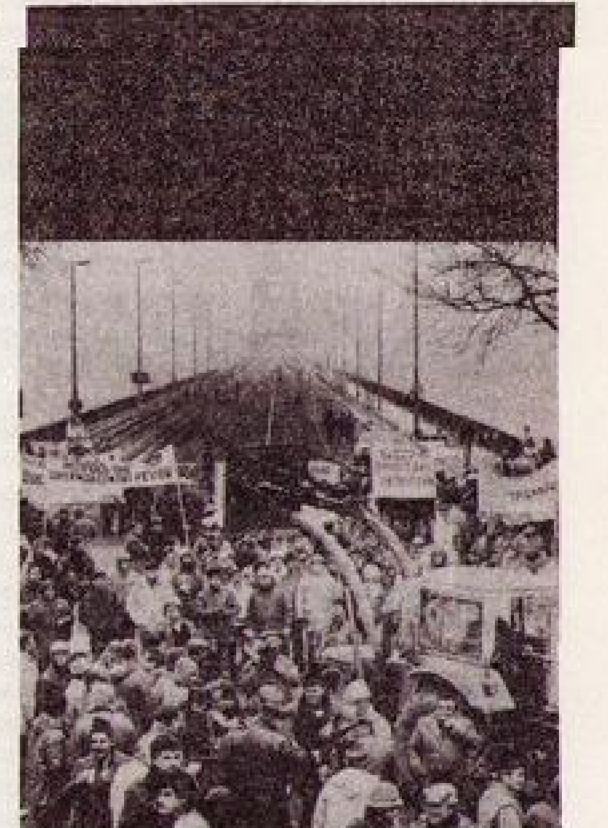
Was für die Grünen die Perestroika-Fahne, war für den

BWK

-Vertreter die Programmatik der Nachkriegs-KPD. „*Es kann doch nicht in unserem Interesse sein, letzten Endes eine weitere Monopolisierung der Stahlindustrie zu fördern, indem praktisch in Nordrhein-Westfalen oder auf Bundesebene die Stahlkonzerne einfach unter einem Dach ... zusammengefaßt werden ... Nach 1945 ist diese Forderung nach Vergesellschaftung ... aufgekommen ... mit dem ganz wesentlichen Ziel die alten Konzernstrukturen, die letztlich auch zur Herausbildung des Faschismus geführt haben, zu zerschlagen. Wenn es heute um Vergesellschatungsforderungen geht, muß*" dies „*zumindest auch ein wichtiger Gesichtspunkt sein ... Das Problem läßt sich nicht einfach lösen über eine Verstaatlichung oder Vergesellschaftung auf Landesebene*".

Als Lichtblick konnte mensch es am Ende dieser etwas frustrierenden Diskussion immerhin ansehen, daß Stratmann und Janßen erklärten, man müße sich wohl einmal im kleinen Kreis zu klärenden Gesprächen treffen.

as, uh — Hamburg



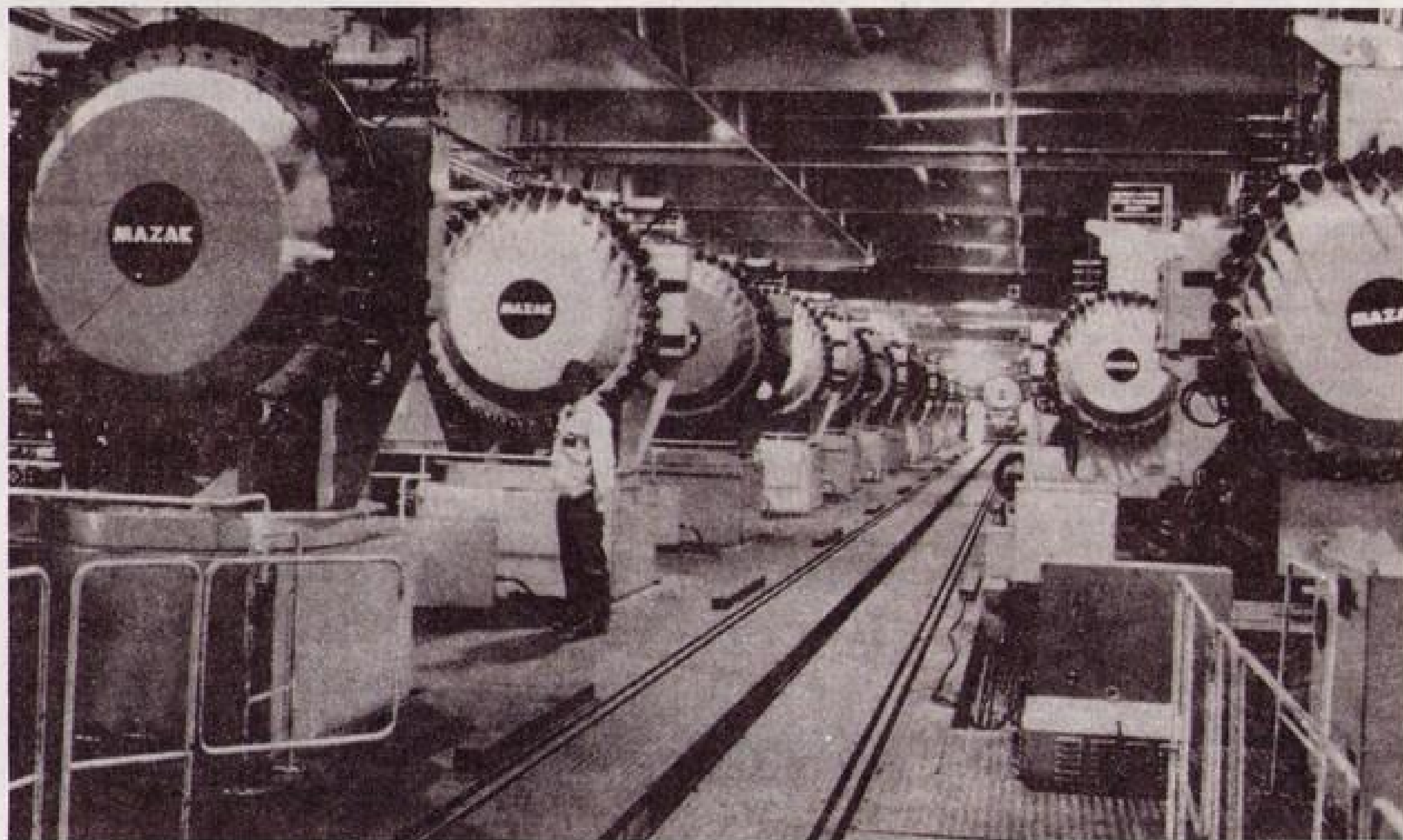
Einen guten Überblick über den Kampf um das Stahlwerk Rheinhausen bietet diese Dokumenation. Herausgegeben wurde sie vom Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung des Werkes.

Außer der Vorgeschichte (seit 1982), gibt's eine spannende Chronologie der Ereignisse zwischen dem 27. November und dem 14. Januar, wichtige Dokumente, wie die „Frankfurter Vereinbarung", Auszüge aus den Rheinhausener Betriebsvereinbarungen vom September '87 (Optimierungsplan) und den Vorschlag für ein Volksbegehren zur Vergesellschaftung von Hans Janßen und Harald Mattfeldt.

Die Dokumentation ist kein bleischweres Materialpaket. Eine lockere Sprache, zahlreiche Photos, da macht das Lesen einer „Gewerkschaftszeitung" endlich mal wieder Spaß!

Bestelladresse:
Betriebsrat der Krupp Stahl AG
Werk Rheinhausen
4100 Duisburg 14
Preis: 3 DM

Sonderkonto:
Hilfe für Krupp Stahlarbeiter Rheinhausen Stadtsparkasse Duisburg
Kto. Nr. 2 5000 1930
BLZ 250 500 00



Computergesteuerte Dreherei

Anforderungen an eine gewerkschaftliche Automationspolitik

von Frigga Haug

Ich möchte einige kritische Fragen an die Gewerkschaftspolitik stellen bzw. Anforderungen an eine zeitgemäße Politik der Gewerkschaften formulieren. Ich denke, daß die Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns nicht nur von den Kräften der Unternehmer abhängen, auch nicht nur von denen der Gewerkschaften selbst oder auch nur von den Veränderungen in der Technologie bestimmt sind. Alltagsmeinungen und Technikmythologien durchsetzen das Feld der Gewerkschaftspolitik ebenso wie wissenschaftliche Diskussionen. Ja, auch unsere Beiträge als Wissenschaftler bilden selbst ein Element im Kraftfeld gewerkschaftlicher Politik, sie sind eine eigene Realität. Es ist also nicht gleichgültig, wie wir über die Technologie denken. Von daher möchte ich diesen Hintergrund als Bestimmungsfaktor einbeziehen. Es fällt leichter, sich zu solchen Diskussionen, von denen wir selbst Teil sind, zu verhalten, wenn wir einen historischen Blick werfen. Gehen wir zurück und rekonstruieren wir die Haltung der Linken zur Produktivkraftentwicklung in den vergangenen 2o Jahren. Sie gleicht auf den ersten Blick einer stürmischen Talfahrt. Von den Höhen eines sich auf Marx berufenden Technikoptimismus — die Produktivkraftentwicklung wird nicht nur die Menschen von beschwerlicher Arbeit befreien, sie wird letztlich das Joch der Produktionsverhältnisse sprengen — bis hin zur Niederung grüner Verweigerung — die technologische Entwicklung war ein Irrweg, sie bedeutet totale Kontrolle heute und die Entzweiung des Menschen mit der Natur auf lange Sicht — und schließlich feministischer Abkehr — die Technologie ist männlich und die Verkehrung des Geistes gegen das Leben. Solch globaler Rückblick schafft uns eine erste Ordnung, verstellt aber zugleich den Blick auf die vielen Seitenwege und Abstufungen, deren Begreifen notwendig ist, um mögliche Eingriffspunkte ausfindig zu machen, praktische wie theoretische.

Da ich selbst in der Frage der Automationspolitik theoretisch und praktisch seit 15 Jahren engagiert bin, möchte ich mich hier auf einige wenige besonders wirksame Technikpositionen beschränken und in Auseinandersetzung mit ihnen einen eigenen Politikvorschlag entwickeln. (Die vielen Positionen in der Automationsgeschichte, die schließlich schon seit der Weimarer Zeit aktuell ist, haben wir in einem eigenen Buch aufgearbeitet. Dort findet sich auch eine tabellarische Übersicht über die Aussagen zur Qualifikationsentwicklung, die überraschende Einsichten bringt, Projektgruppe Automation und Qualifikation, PAQ, 1978).

Automation gleich Verelendung?

Als wir Anfang der siebziger Jahre unser Forschungsprojekt zu den sozialen Folgen der Automation begannen, war die Linke über die Frage der Produktivkraftentwicklung ganz anders zerstritten als heute. In der DDR gab es (verbunden mit den Namen Kuczynski und Winter) eine heftige Auseinandersetzung, ob der Kapitalismus überhaupt noch in der Lage sei, die Produktivkräfte zu entwickeln, da er ja (nach Lenin) längst in sein Fäulnisstadium getreten sei. Für die Unmöglichkeitsthese entschieden sich große Teile der studentischen Linken auch in Westdeutschland, z.B. an dem Institut, an dem wir arbeiteten, so daß wir inmitten einer faktisch rasant fortschreitenden Automatisierung von Büro und Verwaltung begannen, zunächst deren Möglichkeit zu beweisen. (Die Problemstellung war für uns dennoch nicht unfruchtbar, da wir auf diese Weise einen Einblick in den ungeheuerlichen Zusammenhang von Rüstungsentwicklung und militärischen Anforderungen und industriellem Fortschritt gewannen, vgl. PAQ 1975). Zur gleichen Zeit schlugen sich die Gewerkschaften schon mit den Folgen der Automatisierung herum. Der von der Industriegewerkschaft Metall veranstaltete internationale Kongreß „Automation, Risiko und Chance" (1966) vermittelte ein weitgehend optimistisches Bild für die Zukunft. Zur gleichen Zeit veröffentlichten Gorz (1967) und Mallet (deutsch 1972, französisch 1963) ihre Vision eines neuen Revolutionären Subjekts, als das sie die technische Intelligenz im Automationszeitalter bestimmten. Nur wenig später erschien Kern und Schumanns Teilbericht aus einer Großen Studie des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW) unter dem Titel „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" (1970). Obwohl in diesem Buch eine Vielzahl gegenläufiger Bewegungen und Detailbeobachtungen nachzulesen sind, gelang ihm der Durchbruch — vor allem in der gewerkschaftlichen Diskussion — durch die Unterstützung der Polarisierungsthese. Schon Marx hatte als Folge der ersten industriellen Revolution eine Spaltung der Arbeiter gesehen in eine kleine qualifizierte Oberschicht (Meister, Aufseher),denen eine zunehmend elendere Masse von ausschließlich ihre Kraft verausgabenden Detailarbeitern gegenüberstände. Eben die gleiche Entwicklung prophezeiten Kern und Schumann als Folge der Automatisierung.

Mitte der siebziger Jahre erhielt diese Position populäre Unterstützung durch die Übersetzung des Buches von Harry Braverman „Die Arbeit im modernen Produktionsprozess", in dem er im wesentlichen Arbeit an nichtautomatisierten Anlagen untersucht. Desungeachtet konnte sein Werk zu einer Art Manifest gegen jegliche Automatisierung werden (kritisch zu Braverman, Burawoy 1978, Haug W.F. 1982).

Von seiner Gründung an hat unser Forschungsprojekt gegen den Verelendungs-
Haug W.F. 1982).

Von seiner Gründung an hat unser Forschungsprojekt gegen den Verelendungsdiskurs gestritten, den die Polarisierungsthese hervorgebracht hat. Dagegen schien uns die Integration der Teilarbeiten, die ein Charakteristikum der Automatisierung ist, die geeignete technische Basis zu sein, die bis in die einzelnen Tätigkeiten hinein eine bewußte gesellschaftliche Produktion zu einer Notwendigkeit macht. Für ihre Realisierung würde allerdings gekämpft werden müssen. Automatisierung schien uns eben die Zersplitterung auf höherer gesellschaftlicher Stufe zu überwinden, die Marx als Grund für die Verelendung des Arbeiters in der mechanischen Industrie gesehen hatte. Wir begriffen diese Tendenzen als Teil veränderter Bedingungen, innerhalb derer und um die gegen die negativen Folgen der Automatisierung innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse gestritten werden müßte:

— gegen die strukturelle Arbeitslosigkeit und

— gegen die Intensivierung und Entleerung von Tätigkeiten in den Lücken und an den Rändern der Automation. Erstaunlich war uns, daß diese offensichtlichen negativen Folgen der Technikentwicklung gar nicht den Kern des Verelendungsdiskurses ausmachten, sondern das Schicksal der Facharbeiter, für die wir zunächst nur eine sprunghafte Kompetenzerweiterung vorhersehen konnten. Im Großen und Ganzen wurde davon ausgegangen, daß ein großer Teil der Facharbeiter seine Qualifikation verlöre, absinken würde zu bloßen Überwachern und Knöpfchendrückern. Der Gestaltungsraum für Facharbeiter, der kennzeichnend für ihre Tätigkeit war, würde von Computern ausgefüllt werden. „Sie werden von Maschinen enteignet", wie das im politischen Diskurs eines Teils der Grünen heißt. Solches Denken hielt sich nicht nur hartnäckig in Gewerkschaften und Sozialwissenschaften bis in die 80er Jahre. Auch unser Versuch, mit den betroffenen Facharbeitern selbst zu diskutieren, zeigte sie zerrissen zwischen einer Begeisterung für ihre je eigenen Arbeitsplätze und einem allgemeinen Pessimismus über die Folgen der Automation für alle anderen. Insbesondere ihre Auffassung brachte uns dazu, nicht mehr abstrakt gegen die Polarisierungsthese zu streiten, als vielmehr eine Krise der Facharbeiter selbst für wahrscheinlich zu halten (vgl. dazu Haug 1982).

Zerstörung alter Strukturen

Betrachten wir die Automatisierung als Veränderung in den Arbeitsbedingungen, die selbst nichts automatisch bewirken, sondern in denen und um die würde gekämpft werden müssen, so mußte sozialwissenschaftliche Forschung im Interesse der Arbeitenden vor allem subjektiv vorgehen, d.h. Arbeitsforschung zusammen mit Arbeitenden betreiben. Es genügte nicht länger, nur die technologisch veränderten Arbeitsbedingungen zu untersuchen, noch nur ihre Übersetzung in Arbeitsaufgaben durch die Unternehmer (wenngleich beides unerläßliche

Schritte im Forschungsprozeß sind); ins Zentrum geraten die Tätigkeiten und der

Schritte im Forschungsprozeß sind); ins Zentrum geraten die Tätigkeiten und der Standpunkt der Arbeitenden selber, ebenso wie ihre „Arbeitskultur".

Da alle von uns befragten Arbeiter ihre neue Tätigkeit für interessant, qualifiziert, ja faszinierend hielten, mußte die von uns vermutete Krise das Verhältnis der Arbeit zu den übrigen Lebensbereichen und zur Gesellschaft umfassen und/oder die Anordnung der Arbeitstätigkeiten im Betrieb betreffen. Das heißt, daß die Automatisierung nicht ohne weiteres kulturell verträglich ist.

Wir arbeiteten heraus, daß folgende Bereiche durch Automation unter Veränderungsdruck geraten:

— das Verhältnis der Hand- zur Kopfarbeit und damit das Verhältnis der Arbeiter zu den Intellektuellen und die gewohnte Hierarchie — Automationsarbeit ist Kopfarbeit.

— das Verhältnis der Männer zu den Frauen, die Organisation der Familie und das Verhältnis der Arbeit zur Freizeit —die Arbeitsaufgaben folgen den Grenzen des Arbeitstages nicht, sondern bewegen die Köpfe noch nach Feierabend und vor Arbeitsbeginn. Alle Arbeiten können auch von Frauen gemacht werden; da es überwiegend büroartige Tätigkeiten sind, scheinen Frauen traditionell dafür geeignet; ihr neuer Ausschluß bedarf eines offensiven kulturellen Umbruchs im Verhältnis zur Arbeit und ihrer Bewertung.

— das Verhältnis von Lernzeit und Lebenszeit — das Arbeitsarrangement automatisierter Arbeitsplätze ist ein Lernarrangement. Lernen in der Arbeit und lebenslanges Lernen sind so nicht bloß Privilegien einiger weniger Intellektueller. Zugleich entsteht als neue Problemgruppe: die Alten. Ihre Erfahrung steht gegen die Lernfähigkeit der Jungen.

Solche Veränderungen aber sind nicht an sich positiv von den Betroffenen erlebbar. Im Gegenteil: in erster Linie erfahren sie sie als Zerstörung alter Strukturen, Gewohnheiten, Privilegien und auch Solidarnetze. Notwendig wird eine Gewerkschaftspolitik, die in den angesprochenen Bereichen offensiv Alternativen erarbeitet und Veränderungen kulturell ermöglicht (ich komme darauf zurück). Diese Momente sind gewissermaßen der Binnenaspekt der Automationsfolgen, notwendige Basis, von der aus der Makroaspekt, die Neuverteilung von Arbeit und Arbeitszeit, die gesellschaftliche Planung der Produktion und die Verwandlung von Privatarbeitern in gesellschaftliche und die Befriedigung weiterer Lebensbedürfnisse (etwa ökologischer und sozialer Art) begonnen werden können und müssen.

Unser Fazit: die Automation ist eine Herausforderung für jede sozialistische Politik. Gerade weil alte Herrschaftsstrukturen in Bewegung geraten, werden die Folgen widersprüchlich erfahren, sowohl für die einzelnen Arbeiterpersönlichkeiten als auch im Verhältnis zu den alten Gesellschaftsstrukturen, die in allen Aspekten in Krise geraten.



Auf der Technologiekonferenz der Grünen in Heidelberg 1984 waren praktisch alle möglichen Positionen der Kritik vertreten:

der Ausbau des Sicherheitsstaates durch die Christdemokraten nährte den Zorn gegen die computergestützte Kontrolle der Bürger.

Die ökologische Krise unterstützte die Illusion, man könne noch einmal vor den Faustkeil zurück. Computerexperten versprachen, die alternative Ökonomie der kleinen Projekte zu fördern und wieder andere technologisch Versierte wollten sich auf Sabotage spezialisieren. Technikkritik war die Artikulationsform für Gesellschaftskritik. Dies galt und gilt mehr oder minder für einen Großteil der Stimmung unter den Linken. Der Verelendungsdiskurs der Polarisierungsthese ist hier ein passender Baustein.

Ende der Arbeitsteilung?

In dieser Situation veröffentlichten Kern/Schumann ihre neue Untersuchung „Ende der Arbeitsteilung?". Das Buch hat schon begonnen, eine ähnlich nachhaltige Wirkung zu erzielen, wie das erste, und ebenso wie dieses, die Politik der Gewerkschaften zu bestimmen — diesmal in verzweifelt-optimistischer Umkehr. Kernaussage der Studie ist zunächst einmal ein Rückruf der Polarisierungsthese. In den alten Betrieben fanden sich die prognostizierten Dequalifizierten nicht — vielmehr hatte ein kleinerer Stab von relativ umfassend Qualifizierten die weit weniger arbeitsteilig betriebene Produktion übernommen. Hierarchien waren verschoben und vor allem die Produktionskonzepte setzten in den erfolgreich automatisierten Betrieben eher auf die Entwicklung der einzelnen Arbeiter als daß sie aus der Einsparung von Arbeit (und also Arbeitsentgelt) ihre Profite zogen.

Kern/Schumann behaupten, nach wie vor die Polarisierungsthese — jetzt als Segmentierungsthese — aufrechterhalten zu wollen, da vom Standpunkt einer einheitlichen Arbeiterklasse das Heer derjenigen, die arbeitslos würden oder auf andere Weise nicht der Vorteile der Automation teilhaftig, eine Spaltung der Klasse darstellten. Sie empfehlen eine Veränderung der Gewerkschaftspolitik: offensiv und mit den neuen Produktionskonzepten, d.h. mit dem modernen Management zu streiten (zur Kritik an Kern/Schumann vgl. ausführlich Haug 1985).

Angesichts des modischen Pessimismus ist dies ein mutiges Buch. Angesichts der vielfältigen — sich in den bunten Positionen der Grün-Alternativen ausdrückenden — Krisen, greift es auch hinter gesellschaftlich Gewußtes zurück. Die einfühlende Einnahme des Unternehmerstandpunktes zu Untersuchungszwecken hat Kern/Schumann dazu verholfen, Linienkämpfe, ja überhaupt Kämpfe in der Betriebsleitung wahrzunehmen und als politisch nutzbare zu begreifen. Da sie ihren Standpunkt perspektivisch nicht mit einem „Projekt der Transformation der Gesellschaft" oder anders, mit einer alternativen Art zu produzieren, verbanden, erhält ihre Studie die unfreiwillige Schlagseite, die die Produktion heute tatsächlich bestimmenden Kräfte als solche zu bestätigen und, statt die Widersprüchlichkeit für beide Seiten herauszuarbeiten, gewissermaßen im nachhinein moralisch/gesinnungsmäßig die Seite der Arbeitnehmer einnehmen zu müssen. Wiewohl wir die jetzt von Kern/Schumann herausgestellten Möglichkeiten für eine offensive Automationspolitik durch die Gewerkschaften befürworten und teilen, glauben wir doch nicht, daß dies auf so widerspruchslose Weise, wie von ihnen vorgestellt, auch geht.

Die Widersprüche in der Produktionsweise zerreißen in erster Linie die Arbeitenden, betreffen ihre gesamte Lebensweise. Insofern muß eine offensive Automationspolitik alle jene Positionen der Technikkritik einbeziehen, wie sie in

Teilen der alternativen Bewegung artikuliert werden. Sie sind zudem ohnehin

Teilen der alternativen Bewegung artikuliert werden. Sie sind zudem ohnehin Teil des Alltagsbewußtseins. Sie erhalten Gewicht und Nahrung, weil sie sich auf erfahrbare Krisen beziehen. Ihre Anordnung um den Fluchtpunkt alternativer Produktion und die Übersetzung in heute mögliche Politik, scheint mir eine notwendige Aufgabe.

Tschernobyl hat das Technikmißtrauen verschärft und der abstrakten Kritik neue Nahrung gegeben. Was so jenseits des bisher Denkbaren als selbstgemachte Katastrophe möglich ist, entbindet einen starken Willen zur Rückkehr in ein Leben, das angesichts der Tödlichkeit von Tschernobyl kein klares Konzept schuldig zu sein scheint. Der linken Kritik gegen Krieg und die durch Hochrüstung immer größere Nachfrage nach Energie gesellt sich eine lebensreformerische Rechte, die die Sehnsucht nach dem einfacheren Leben verknüpft mit der Abwälzung aller Verantwortung auf die einzelnen. Noch ist offen, wie sich diese Kräfte mischen und wohin sie sich orientieren werden. Sicher aber ist, daß sich jene technizistische Position blamiert hat, die alles für machbar hielt, die Natur absolut beherrschbar und unterwerfbar unter menschliche Vernunft. Es ist dies die gleiche Position, die die Vision von der menschenleeren Fabrik nährte, die jeden Arbeiter als Störfaktor sah und als abschaffbar und von daher die Angst der Gewerkschaften vor der neuen Technologie schürte. Daß dies ein Irrtum und ein Irrweg ist, auch dies lehrten Harrisburg und Tschernobyl.

Was ist Frauen-, was Männerarbeit?

Wohin aber können die Gewerkschaften, kann ein Projekt der Arbeit orientieren? Die Widersprüche, die die Automation verschärft und aufreißt, läßt andere Arbeitergruppen hervortreten und sie läßt die als stabile „Rationalisierungsgewinner" Betrachteten — die Facharbeiter —etwas angeschlagen aus diesen Prozessen hervorgehen. Beide Bewegungen verlangen eine Veränderung herkömmlicher Arbeiterpolitik. Gehen wir davon aus, daß Automatisierung alte Arbeitsteilungsgrenzen zerstört, Arbeitsgänge inte-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

griert, letzte Handarbeiten an Maschinen übergibt, ebenso wie deren Steuerung, so folgt, daß Produktionsarbeit informationsverarbeitende Tätigkeit wird, Kopfarbeit. Damit werden zwei wichtige Grenzziehungen durchlässig: die zu den Kopfarbeitern, die zu den Frauenarbeiten — im weiteren Sinne verschmilzt die Grenze zwischen Büro- und Verwaltungsarbeit und Produktionsarbeit, zumindest der Tätigkeitsstruktur nach.

In dem Maße, in dem das geschieht, wird Frauenarbeit ein neu umkämpftes Terrain. Schon werden Umdefinitionen dessen, was überhaupt Frauenarbeit, was Männerarbeit ist, vorgenommen. Ist ein Setzer an einer Fotosatzmaschine ein männlicher Maschinenarbeiter oder ist dies eine weibliche Schreibkraft? Was, wenn eine „Oberin“ in einem Krankenhaus zugleich mit den Schwestern einen Maschinenpark verwaltet? Daß hier Männer um diese Stellung sich bewerben, macht auch Sprachpolitik notwendig. Unterhalb der Gewerkschaftskämpfe findet ein erbitterter Geschlechterkampf um die neuen Arbeitsplätze statt. Die „Feminisierung der Arbeit“ muß ja nicht notwendig ein gegeneinander der Geschlechter zur Folge haben; zugleich ist sie ein Zeichen für eine enorme Verbreiterung der qualifizierten Lohnarbeiter. Hier hat die Frauenbewegung Vorarbeit geleistet. Als Lernbewegung hat sie anstelle der vielen unqualifizierten Frauen eine stets wachsende Anzahl von Frauen mit Berufsabschlüssen, mit abgeschlossenen höheren Schulbildungen, ja mit Facharbeiterdiplomen hinterlassen. Die neue Familien-Politik der Rechtsre-
schlossenen höheren Schulbildungen, ja mit Facharbeiterdiplomen hinterlassen. Die neue Familien-Politik der Rechtsre-
gierung wird nicht unbedingt greifen können. Progressive Automationspolitik muß in jedem Fall auch Frauenpolitik sein.

Die Integrierung der Teilarbeiten in einen neuen Arbeitszusammenhang zersetzt auch alte hierarchische Strukturen und Privilegien. Eine Analyse der neuen Tätigkeiten zeigt, daß die meisten alten Qualifikationen nicht gebraucht werden, wohl aber die Haltungen, die sie hervorbrachten und eine hohes Quantum an „Computerintelligenz“ hinzuerworben werden muß — ein Umbruch, der die älteren, „erfahrenen“ Arbeiter als neue Problemgruppe konstituiert. Daß der Kampf gegen die Angelernten (ein Status, hinter dem sich ganz unterschiedliche Qualifikationen verbergen) von den Facharbeitern vorläufig gewonnen wird, verweist auf einen Aspekt ihrer Kompetenz, die der verlangten Automationsqualifikation entgegenkommt: eine hohe Verantwortlichkeit für das Produkt, für den Ablauf des Produktionsprozesses, Produzentenstolz. Wo ein Großteil ihrer Qualifikationen obsolet wird, kann in der Ungesichertheit ihrer Situation der Rückgriff auf solche Produktionshaltung diese Facharbeiter zu vereinzelten „Partnern“ der Unternehmer machen — eine Gefahr, gegen die die Gewerkschaften bewußt Gegenstrategien entwerfen müssen. Eine allgemeine Ausbildung für alle, die solche Produktionstugenden mit den erforderlichen Kenntnissen in Elektronik und im Computereinsatz ebenso verbindet wie sie gesellschaftspolitische Planungskompetenzen einbezieht, muß zu den Grundlagenqualifikationen jeden Bürgers der modernen industriellen Welt gehören. Insofern muß Automationspolitik notwendig auch Bildungspolitik sein.

Arbeit als Lernarrangement

Ein Hauptproblem aber scheint mir der kulturelle Umsturz durch die mikroelektronische Produktionsweise zu sein. Eine Hauptanstrengung von Automationspolitik müßte die Herstellung von kultureller Verträglichkeit sein. Das beginnt mit der Identitätskrise der Facharbeiter, mit dem Zusammenbruch ihres identitätsstiftenden Verhältnisses zu Kopfarbeitern und zu Frauen. Noch bestimmen Arbeiterschweiß und die schwielige Arbeiterfaust unsere Bilder vom Proletariat. Die Phantasien, die nach vorne greifen, können ihr Material schon lange aus der Wirklichkeit des Heute holen: Arbeiter beiden Geschlechts, die die Produktion überblicken, nicht unter Teilen gebeugt tätig sind. — Dabei gerät die alte Form der Familie, geraten Bild und Wirklichkeit des männlichen Ernährers in Zweifel. Die Scheidungsquoten haben sich vervielfacht, die alleinstehenden Mütter leben großenteils in relativer Armut; dennoch stellen sie den größeren Teil der berufstätigen Frauen mit Kindern dar. Solche Entwicklung zeigt sich als vielfältiger Zusammenbruch. Daß ein unangemessenes Zurück in konservativen Erhalt der Kleinfamilie mit der weiblichen „Nur-Hausfrau“ hier nicht Krisengewinnler wird, macht eine Familienpolitik notwendig, die die Bedürfnisse der Frauen als wesentliche einbezieht.

Gehen wir davon aus, daß die neuen Arbeitstätigkeiten die Entwicklung der Einzelarbeiter voraussetzen, sie keinesfalls behindern. Ein wesentlicher Faktor solcher Bestimmung scheint mir dann darin zu bestehen, daß die Arbeit so beschaffen ist, daß ihre angemessene Wahrnehmung eine ständige Weiterentwicklung des Produktionsprozesses beinhaltet. Arbeit tritt als Lernarrangement auf. Solche Arbeitsstrukturen aber sind selbst eine Zumutung für die Gewohnheit, in relativ jungem Alter „genug gelernt“ zu haben und von da an die Lernkosten in Form von entsprechend der Ausbildungshöhe berechneten, zustehenden Lohnes „zurückerstattet“ zu bekommen. Insofern bedeutet Automatisierung auch hier eine radikale Umwälzung herkömmlicher Haltung. Ernährungsgewohnheiten, körperliche Bewegung, ja die Grenzen des Privaten selbst geraten unter Veränderungsdruck. Eine Kulturpolitik, die die gesamte Lebensweise erfaßt, wird hier unumgänglich.

Auf unseren Soziologengesellschaften wird seit einigen Jahren davon gesprochen, daß der „Arbeitsgesellschaft“ die Arbeit ausgegangen sei. Aber macht nicht die Automatisierung die Bewältigung einer Unzahl notwendiger Aufgaben (sozialer und ökologischer Art) überhaupt erst möglich? Sie erzwingt eine Neuverteilung gesellschaftlicher Aufgaben sowie eine Neustrukturierung des individuellen Lebens. Eine allgemeine radikale Arbeitszeitverkürzung ist die Bedingung, Automation überhaupt kulturell verträglich durchzuführen. Notwendig wäre eine Dreiteilung der täglichen Lebenszeit: zur erwerbsarbeitgemäßen Zeitnutzung müßte eine Spanne für die allgemeine Entwicklung der Lebensweise, in die die Geburt und Aufzucht der Kinder integriert ist, gehören; hinzu muß ein Zeitspanne des gesell-
bensweise, in die die Geburt und Aufzucht der Kinder integriert ist, gehören; hinzu muß ein Zeitspanne des gesell-
schaftspolitischen Engagements kommen. Weil die neue Technologie alle Lebensbereiche durchdringt und die alten Verhältnisse zersetzt, ist eine progressive Politik nur möglich, wenn sie unter Einschluß aller Betroffenen geschieht.

Aus der Krise der Lebensweise, aus den Paradoxien wachsender Naturbeherrschung, die mit Naturzerstörung einhergeht und erweiterten Emanzipationsmöglichkeiten für Frauen, die mit ihrer neuerlichen Fesselung ans Haus zusammenfallen, entstanden neue soziale Bewegungen. In den Widersprüchen der Automationsarbeit, im Ringen um eine progressive Politik, die die Entwicklung der Produktivkräfte nutzen will, können sie zu stützenden Kräften werden. Heute erkennen wir praktisch, daß die Fragen von Krieg und Frieden, Leben und Tod, Natur und Vernunft, Mann und Frau Fragen der Produktionsweise sind. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit betrifft alle.

Literatur

Brosius, Gerhard und Frigga Haug (Hrsg.), 1987: Frauen/Männer/Computer. EDV im Büro: Empirische Untersuchungen. Argument-Sonderband 151 Berlin/W.
Braverman, Harry, 1977: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß. Frankfurt/M.
Burawoy, Michael, 1978: Toward a Marxist Theory of the Labour Process: Braverman and Beyond. In: Politics and Society, vol. 8, no 3-5, 247-312
Dahrendorf, Ralf, 1983: Die Chancen der Krise, Stuttgart
ders, 198o: Im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft. Wandlungen der sozialen Konstruktion des menschlichen Lebens. In: Merkur 34
Friedrichs, G. (Hrsg.), 1966: Automation: Risiko und Chance. 2. Internationale Arbeitstagung der IG Metall, Frankfurt/M.
Glotz, Peter, 1984: Die Arbeit der Zuspitzung. West-Berlin
Gorz, André, 1967: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus. Frankfurt/M.
Haug, Frigga, 1985: Automationsarbeit und Politik bei Kern/Schumann. In: Das Argument 154, 813-831.
Haug, Frigga, 1982: Wessen Kultur im Arbeitsprozeß? In: Kürbiskern, Heft 2, 1o1-1o6
Haug, Wolfgang Fritz, 1982: Automationsarbeit und Arbeitskultur. In: Derselbe u. W. Elfferding (Hrsg.): Neue Technik und Sozialis-
Haug, Wolfgang Fritz, 1982: Automationsarbeit und Arbeitskultur. In: Derselbe u. W. Elfferding (Hrsg.): Neue Technik und Sozialis-
mus. Argument-Sonderband 95 Berlin/W.
Kern, Horst u. Michael Schumann, 197o: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Frankfurt/M.
diess., 1984: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München
Mallet, Serge, 1972: Die neue Arbeiterklasse. Neuwied/Berlin (Paris 1963)
Projektgruppe Automation und Qualifikation, 1975 — 1983: Automation in der BRD; Entwicklung der Arbeit; Theorien über Automationsarbeit; Automationsarbeit: Empirie I —III; Zerreißproben — Automation im Arbeiterleben. Westberlin
dass., 1986: Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch. Westberlin



Foto: M. Stroux

Göttingen:

Göttingen:

Skinheads überfallen Jugendzentrum

Am 23.1.88 überfielen ca. 30 Skins das Göttinger Jugendzentrum in der Innenstadt (Juzi). Gegen 19 Uhr sammelten sich die Skins, die zum größten Teil von auswärts angereist waren, gegenüber dem Juzi. Unter Rufen wie „Rotfront verrecke", „Kommt raus, wir schlagen euch tot", rückten dann die Skins in Marschordnung auf das Juzi vor, traten die Eingangstür ein, schossen Tränengas in das Gebäude und warfen eine Rauchbombe aus Bundeswehrbeständen in das Treppenhaus.

Die Skins, zum Teil vermummt und mit Helmen, Baseballschlägern und Holzknüppeln ausgerüstet, sammelten sich anschließend an der nahe gelegenen Wallanlage. Zwei Streifenwagen der Polizei fuhren vor, schauten sich den Schauplatz des Geschehens und die Nazizusammenrottung kurz an und fuhren — ohne einzuschreiten — wieder weg.

Unmittelbar nach der Abfahrt der Polizei griffen die Skins das Juzi zum zweiten Mal an, warfen Scheiben ein und jagten einzelne Leute, die das Juzi wegen der Rauchentwicklung verlassen hatten.

Nachdem sich eine gewisse Anzahl eilig alarmierter AntifaschistInnen eingefunden hatte, zogen sich die Nazis vorsichtshalber zurück. Die mittlerweile wieder eingetroffene Polizei ging abermals nicht gegen die Skins vor. Die Skins konnten, von der Polizei völlig unangetastet, bewaffnet wie sie waren in SA-Manier durch die Stadt marschieren und wahllos Passanten angreifen und zusammenschlagen.

Das erste Mal, daß die Polizei an diesem Abend in Aktion trat, das war zu dem Zeitpunkt, als sich ca. 350 AntifaschistInnen, die meistens nun ebenfalls vermummt und mit Holzknüppeln bewaffnet, in die Innenstadt bewegten, um das zu tun, was die Polizei bisher unterlassen hatte, nämlich das Wüten der Skins zu unterbinden.

Als die Skins die anrückenden AntifaschistInnen sahen, flüchteten sie in die Tiefgarage eines Hotels. Die Polizei raste mit Blaulicht an, setzte gegen die AntifaschistInnen den Schlagstock ein und riegelte das Hotel ab. Die Skins wurden in Schutzhaft genommen, ihre Personalien „wegen des Verdachts von Straftaten" festgestellt. (Hessische-Niedersächsische Allgemeine, 25.1.88) Beschlagnahmt wurden neben den Holzknüppeln und Baseballschlägern eine Schreckschußwaffe und ein großkalibriger Gasrevolver.

Während die Polizei damit beschäftigt war, die Skins vor den AntifaschistInnen zu schützen, demolierten andere AntifaschistInnen zwei Autos von Skins, ein Auto wurde umgekippt.

Nach der Personalienfeststellung erteilte die Polizei den Nazis einen „Platzverweis". Die Polizei brachte die Skins zu ihren Wagen, ein Teil der Skins verließ Göttingen in Richtung Heimat, ein anderer Teil fuhr, von der Polizei begleitet in das nahe Göttingen gelegene Mackenrode, wo es ein FAP-Zentrum gibt.

Fünf Tage nach dem Skin-Überfall führte die Polizei mehrere Hausdurchsuchungen bei AntifaschistInnen wegen des umgekippten Naziautos durch.

Unter dieser Parole randaliert seit Monaten eine Gruppe von Skins und FAP-Anhängern in Göttingen. Immer wieder — meistens an Wochenenden — werden Punks, Ausländer und andere Passanten wahllos überfallen. Bei der Staatsanwaltschaft laufen derzeit über 20 Verfahren gegen die Skins wegen Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. (Göttinger Tageblatt, 26.1.88)

Auffallend ist, daß sich die Skins/FAPler zunehmend mit Gaspistolen und Luftgewehren bewaffnen, offenbar, weil sie bei vielen Schlägereien den kürzeren gezogen haben. In den letzten Wochen mehren sich die Fälle, wo Scheiben von linken Wohngemeinschaften mit Luftgewehren zerschossen worden sind und Passanten mit Gaspistolen bedroht und beschossen wurden. Im Dezember 1987 haben die Skins sogar Mitglieder eines zivilen Streifenkommandos der Göttinger Polizei „mit einem abgesägten Luftgewehr bedroht". (Göttinger Tageblatt, 15.12.87)

Geplant und organisiert werden die Aktivitäten der Skins und der FAP in Mackenrode, wo der einschlägig gerichtsbekannte Karl Pollacek residiert. Hier werden Sonnenwendfeiern veranstaltet, hier wird Wehrsport und Nahkampf geübt, hier sammelt man sich vor Überfällen und hierhin zieht man sich nach vollbrachter Tat zurück.

In der Presse versucht die Polizei die Eskalation der Auseinandersetzungen als „Krawall zwischen Skinheads und der ‚Militanten unabhängigen Linken' " darzustellen. (GT, 26.1.88) Die Polizei will den Eindruck erwecken, als wäre sie in diesem Konflikt eine Art Schiedsrichter oder Schlichter, auf jeden Fall aber eine überparteiliche Institution. Und in dieser Pose sieht man „mit großer Sorge" der „weiteren Entwicklung des Konflikts zwischen der autonomen Linken und den Skins" entgegen. (GT, 27.1.88)

Das klingt dann — für die große Öffentlichkeit bestimmt — als hätte man alles Erdenkliche getan, um diese bedauerliche Entwicklung zu stoppen. Aber das genaue Gegenteil ist der Fall. „Bereits gegen 17 Uhr erhielt die Polizei erste Hinweise auf einige ‚Glatzköpfe', die mit Baseball-Schlägern Passanten verunsicherten". (H NA, 25.1.88)

Hätte die Polizei diese Hinweise ernst genommen, hätte sie die Skins beobachtet, dann hätte die Polizei den Überfall aufs Juzi verhindern können, wenn sie nur gewollt hätte. So, wie sich die Göttinger Polizei verhalten hat, so produziert man Krawalle, allerdings: Skin-Krawalle. Es bleibt festzustellen, daß die Polizei die Skins offenbar als Lockvögel benutzt hat, um so mit Schlagstockeinsatz, Hausdurchsuchungen und Pressehetze gegen die Linke vorgehen zu können.

He., KB Göttingen

Gefahr einer neuen Sittlichkeit

Kritische Anmerkungen zur Anti-Pornographie-Kampagne der „Emma"

Es ist auffällig an der „Emma"-Kampagne, daß sie polarisiert und emotionalisiert. Genau das scheint beabsichtigt zu sein.

Die Sprache, der reißerische Stil, die überspitzten Formulierungen, mit denen die Kampagne geführt wird, ergeben nur ein undifferenziertes Schwarz-Weiß-Bild.

Nach „Emma" soll es nur noch zwei Seiten geben: die „pro-pornos" und die „anti-pornos" — keine Frage, welches die Guten und welches die Schlechten, die Gegner der Frauen und selbstverständlich der „Emma" sind.

Da stehen die Frauen mit ihren miesen Erfahrungen in Sachen Sexualität und sexueller Gewalt, die von der tag-täglichen Anmache auf der Straße, über die Behandlung als Objekt in Werbung und Film, bis hin zu sexuellem Mißbrauch und Vergewaltigung reichen. Für all das serviert Alice Schwarzer in ihrer Kampagne die Erklärung: Pornographie. Denn *„Feministinnen definieren es politisch, sie sagen: ‚Pornographie ist die Theorie, Vergewaltigung die Praxis' (Brownmiller); ‚Pornographie macht Sexismus sexy' (McKinnon), ‚Pornographie ist Kriegspropaganda gegen Frauen' (Schwarzer)."* (Emma 10/87)

Deshalb muß Pornographie bekämpft werden. „Emma" bietet zu diesem Zweck eine Kampagne und einen Gesetzentwurf an.

Während in dem von ihr vorgeschlagenen Gesetzentwurf scheinbar der Versuch gemacht wird, den Gegenstand Pornographie einzugrenzen und zu definieren, gilt diese Vorsicht nicht für die Kampagne, wie sie in der Zeitschrift präsentiert wird.

Keine Frage — es ist notwendig, sich mit frauenverachtender, erniedrigender Pornographie auseinanderzusetzen und sich dagegen zu wehren. Ob die „Emma"-Kampagne dabei behilflich ist, muß jedoch bezweifelt werden.


„Kängeruhstellung"

Aus: „Das Sex-Buch", Günter Amendt, Weltkreisverlag 1979

Darstellung von „wertlosen Huren" gleich Pornographie

Darstellung von „wertlosen Huren" gleich Pornographie

Beginnen wir mit der Definition: In der „Emma" wird Pornographie nach Wörterbuch definiert: *„Das Wort kommt aus dem Griechischen, porne bedeutet Hure und graphein heißt schreiben, darstellen. Auf gut deutsch also: Pornographie ist die Darstellung von Huren."* (Emma 10/87). Andrea Dworkin setzt noch ein Wort hinzu, sie spricht von *„wertlosen Huren"*.

So benutzt und *„auf gut deutsch"* gesagt liegt in der Anwendung dieser *„rein wörtlichen"* Übersetzung bereits eine moralische und sittliche Vorverurteilung.

Eine ganz andere Definition und Einordnung des Gegenstands Pornographie bietet z.B. der Sexualforscher Ernest Bornemann an. Er greift ebenfalls auf den wörtlichen griechischen Ursprung zurück, versucht jedoch dann, den Begriff in einen historischen Kontext zu setzen. Er schreibt: *„Pornographie (gr. porne = Hure, graphein = schreiben) die Beschreibung des Lebens, der Sitten und der Tätigkeiten von Prostituierten. Die Tatsache, daß das Wort Pornographie in der bürgerlichen Welt einen anderen Sinn angenommen hat, nämlich den der Beschreibung des Sexualaktes, charakterisiert die Verzerrung der moralischen Werte, die seit dem Verfall der hellenischen Welt im europäischen Kulturleben eingesetzt hat. Da die Griechen im Geschlechtsverkehr nichts Verwerfliches, sondern im Gegenteil eine Offenbarung des Göttlichen sahen, betrachteten sie auch die Beschreibung des Geschlechtsverkehrs als ein durchaus legitimes Feld der Dichtkunst. Die christliche Vorstellung, daß der Geschlechtsverkehr nur unter verheirateten Menschen verzeihlich ist und die Beschreibung des Geschlechtsaktes deshalb prinzipiell verwerflich sei, wäre den Griechen unverständlich gewesen."* (E. Bornemann, Lexikon der Liebe, Frankfurt 1978, Band 3)

Nun mag man die Bornemann-Definition für idealisierend halten, wichtig daran ist nur, daß hier zumindest der Versuch gemacht wird, einen Begriff historisch einzuordnen, während die „Emma"-Kampagne die ursprüngliche wörtliche Bedeutung unkritisch auf die Jetzt-Zeit überträgt und anwendet. Ein Streit um die richtige Einordnung und Klärung des Begriffs ist deshalb nicht nebensächlich, weil die Definition in der „Emma"-Kampagne als Beweismittel verwendet wird, daß Pornographie nichts anderes sein kann als die Abwertung von Frauen zu „Huren".

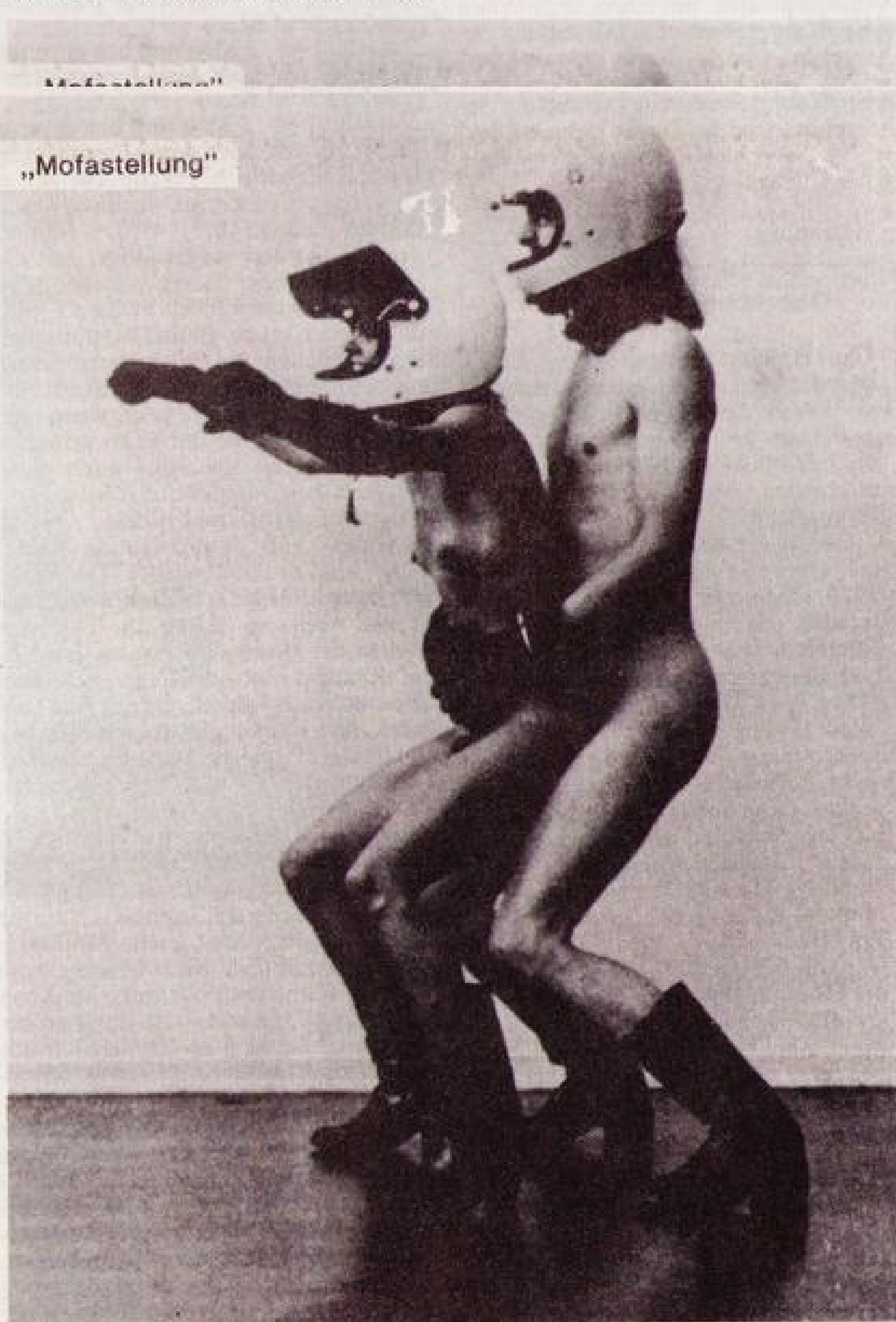
Ob eine Darstellung tatsächlich pornographisch ist, läßt sich aber nicht vom Begriff her per se ableiten, wie Alice

Ob eine Darstellung tatsächlich pornographisch ist, läßt sich aber nicht vom Begriff her per se ableiten, wie Alice Schwarzer und Andrea Dworkin es versuchen, es läßt sich nur durch die konkrete Anschauung des Gegenstands belegen. Die Gefahr bei der Herangehensweise der „Emma"-Kampagne besteht darin, daß mit pauschalen Urteilen, Vorurteilen und Emotionen, weniger mit handfesten Beweisen gearbeitet wird.

Wenn Andrea Dworkin von *„wertlosen Huren"* schreibt, in der „Emma"-Kampagne die Begrifflichkeit übernommen wird und z.B. von einer *„hurenmäßigen Ausstaffierung"* von Popstars (s. Zitat aus dem Vorwort von A.S. zu dem Buch von A. Dworkin, vergl. AK 289) gesprochen wird oder von *„Kaufhauspuppen, die aufgezäumt sind wie Berufs-Dirnen"* (Emma 10/87), wenn dies zugleich unmittelbar in Bezug zu Pornographie gesetzt oder sogar mit dieser gleichgesetzt wird, dann wird damit nichts weiter als das traditionelle gesellschaftliche — leider zumeist reaktionäre — Frauenbild aktiviert und spießige Ressentiments bestätigt. Die herkömmliche Verachtung der Gesellschaft für *solche* Frauen, die sich verkaufen bzw. „unter ihrer Würde" verhalten oder kleiden, wird übernommen und zum moralischen und sittlichen Maßstab gemacht. Appelliert wird dabei an die „normale" gesellschaftliche Verachtung für Huren, an Vorurteile und Klischees.

Es ist ein Paradox der „Emma"-Kampagne, die eigentlich etwas *für* Frauen erreichen will, daß sie auf die gesellschaftliche Ächtung von Prostituierten zurückgreift. Zudem negiert diese Art des Herangehens, daß die gesellschaftliche Beurteilung von dem, was die „anständige Frau" von der Hure unterscheidet, nicht unabhängig von gesellschaftlichem Wandel und Veränderung des Geschmacks, der Mode, der Moralvorstellungen zu diskutieren ist. Vor etwa 100 Jahren galten Frauen als „Huren", die keine wadenbedeckenden langen Röcke trugen oder nicht als Jungfrau in die Ehe gingen; Anfang der 60er Jahre standen dafür eher der Minirock oder der Bikini, während der außereheliche Geschlechtsverkehr allmählich gesellschaftsfähig wurde, und heute gehört nach „Emma" das Tragen von Strapsen, „einschlägigen Dessous" und „Reizwäsche" in diese Kategorie (s. Zitat unten).

Eine Anti-Porno-Kampagne, die sich links verstehen will, müßte besonderen Wert auf eine genaue Definition des konkret Gemeinten legen. Das müßte auch beinhalten, sich der Tatsache zu stellen, daß der Gegenstand Pornographie veränderbar ist, ebenso wie Sitte, Moral und Anstand einer gesellschaftlichen Veränderung unterliegen. Von bürgerlichen, spießig-muffigen Moralvorstellungen müßte sich deutlich abgegrenzt werden.


„Mofastellung"

„vergewaltigt — gefoltert — zerstückelt"

Immer wieder wird in der „Emma"-Kampagne das Horrorbild der *„zerstückelten, gefolterten, vergewaltigten Frau"* als Beleg dafür bemüht, welche Ausmaße, welche Brutalität Pornographie inzwischen erreicht habe. *„Am Anfang haben sie uns ‚nur' vergewaltigt; dann haben sie uns ‚nur' gefoltert; jetzt zerstückeln sie uns."* (Emma 12/87)

Diese Art der brutalen Darstellungen, der Folterungen, Vergewaltigungen, Hinrichtungen sind aber nur ein Sonderzweig innerhalb der Pornobranche.

Ein Verbot dieses Bereichs ist hierzulande bereits durch das bestehende Gesetz abgedeckt; Gewaltpornographie *ist* illegal. Ob der Absatz solcher Produkte zunimmt oder gar „explosionsartig expandiert", wie „Emma" wiederholt behauptete, ist folglich schwer zu überprüfen, da es darüber kaum verläßliche Zahlen geben wird.

Um so flotter läßt sich also allerlei behaupten, wie beispielsweise: *„Jede dritte ausgeliehene Videokassette ist harte Pornographie."* (Emma 12/87, S. 18). Listig gebraucht Alice Schwarzer den Begriff „harte Pornographie" mal im Sinne des Gesetzgebers (verbotene Pornographie, z.B. in Verbindung mit Gewalt) und mal im Sinne des amerikanischen „hard core", was dann einfach nur Porno-Filme bedeutet. „Harte Pornographie" im juristischen Sinn ist vermutlich in kaum einer Videothek auszuleihen, also sind offenbar *sonstige* „nicht jugendfreie" Sex-Filme gemeint. Auch auf diese bezogen ist die Behauptung der „Emma" zweifelhaft, eine Quelle wird nicht genannt.

Weiteres Zitat: *„Monatlich werden 500.000 Porno-Videos ausgeliehen, 200.000 davon sind ‚besonders gewalttätig'."* (Emma 10/87, S. 17). Auch hier fehlt ein Hinweis auf die Quelle. Verständlich, denn diese Behauptung ist wohl aus der Luft gegriffen. Die Zahl könnte ja, wenn authentisch, nur von den Verleihern selbst kommen. Es gibt aber nirgendwo eine Kategorie „besonders gewalttätiger Porno", auf deren Grundlage aus den Computern der Videotheken irgendeine Zahl ausgeworfen werden könnte. Die Rechtslage ist im Gegenteil so, daß „besonders gewalttätige Pornos" gar nicht offen angeboten werden dürfen.

Wer trotzdem Brutal-Pornos in Umlauf bringt, wird das kaum extra registrieren. Woher also hat „Emma" diese Zahlen genommen oder bekommen?

Jeder Mann ein Pornograph!

Die Horrorvision der *„gefolterten und zerstückelten Frau"* ist für die „Emma"-Kampagne der Ausgangspunkt, um damit auch andere Bereiche sexueller Darstellungen ziemlich wahllos als Vorfeld brutaler Pornographie zu definieren, während zugleich jeder Mann zum Pornograph wird. *„Als Objekte genügen die Frauen den Männern schon lange nicht mehr. Die Hemmungslosigkeit ihres Zugriffs steigert sich."* (Emma 10/87) Oder: *„Ihnen genügt es nicht mehr, uns mit Netzstrümpfen, Dekolleté und Häschenohren darzustellen. Sie fesseln uns. Foltern uns. Ermorden uns. Denn genau das macht den neuen Mann heiß: die kaltgemachte Frau. Ihm reicht's endgültig mit unserer Emanzipation."* (Emma 10/87) Die *„Richtigkeit"* solcher Behauptungen wird vor allem über Assoziationen vermittelt, wobei die Wirkung über die demagogische Aneinandereihung von Einzelbeispielen, scheinbar wissenschaftlichen Zahlenangaben und Verallgemeinerungen erzielt wird. So wird z.B. ein einzelner Mann beschrieben — *„gut gekleidet."* *„Er dreht uns den Rükken zu. Sein Blick ist auf das Filmplakat im Schaufenster gerichtet: ‚Frauen — gequält und geschändet', 5. Woche."* (Daran schließt sich direkt die Verallgemeinerung an:) *„Er ist einer der 82% aller Männer zwischen 18 und 65, die ‚Erfahrungen mit pornographischen Filmen' haben, 79% dieser Männer sehen die Pornos ‚mit Lust' (das ergab eine Untersuchung des Hamburger Instituts für Sexualforschung)."* (Emma 10/87)

Es wird sicher richtig sein, daß fast alle Männer schon einmal einen pornographischen Film gesehen haben (übrigens auch ein beträchtlicher Teil aller Frauen), vielleicht auch noch „Lust" empfunden haben — was aber sagt das über die Haltung dieser Männer zu Pornographie aus, werden sie deshalb zu Vergewaltigern oder zumindest gewalttätig gegen Frauen — wie hier assoziiert wird?

Vor allem Andrea Dworkin, die sich als *„Feministin mit linker Vergangenheit"* bezeichnet, geht noch einen Schritt weiter: Sie entlarvt die *„Rolle der Linken"* als *„besonders zynisch"* in diesem Geschäft. Von Alice Schwarzer wird diese These übernommen: *„Die Dworkin sagt ja zurecht, die neue Pornographie komme von der Linken."* (Konkret 2/88, S. 38) In ihrem Vorwort zu dem Buch von A. Dworkin beschreibt Alice Schwarzer die Rolle der Linken wie folgt: „*Sie* (die Linke-Anm.) *benutzt und erniedrigt die Frauen auch noch im Namen der (sexuellen) Freiheit. Ihre konser-*
folgt: „Sie (die Linke-Anm.) benutzt und erniedrigt die Frauen auch noch im Namen der (sexuellen) Freiheit. Ihre konser-
vativen Väter genossen sexuelle Dienstleistungen noch hinter bigott verschlossenen Türen. Ihre Söhne stehen öffentlich dazu: Nutten-Look und Zuhälter-Attitüde beherrschen die Szene, die Mutter-Hure feiert ihre Wiederauferstehung in den Kultfilmen (à la ‚Paris, Texas'), die Bukowskis bleiben WG-Bestseller, Peep-Shows und Puffs sind ‚geil'." (A. Schwarzer in A. Dworkin, Pornographie, Köln 1987, S.11) Es drängt sich beim Lesen dieser Sätze der Gedanke auf, ob eventuell hier ein Hauptgegner der „Emma"-Kampagne angesiedelt sein könnte. Bestätigt wird diese These zumindest ganz offen von A. Dworkin, wenn sie schreibt: *„Die neue Pornographie ist links; und die neue Pornographie ist ein riesiger Friedhof, auf dem die Linke begraben liegt. Die Linke kann nicht ihre Huren und ihre Politik gleichzeitig haben."* (A. Dworkin in Emma 2/88, S. 31)

... alles Pornographie ... (?)

Mit ähnlich demagogischen Verallgemeinerungen wird die *„Beweisführung"* für die *„explosionsartige Verbreitung der Pornographie geführt. Immer mehr und immer härter"* (Emma 10/87). Ausgangspunkt ist wieder ein Einzelbeispiel, in dem ein Mann Gewaltpornographie liest und danach eine Frau vergewaltigt. Es wird dann der steigende Jahresumsatz der legalen und illegalen Porno-Presse mit Zahlen belegt; angeschlossen wird der steigende Umsatz diverser Illustrierter. Interessant, was „Emma" hier unter dem Stichwort Pornographie zusammenträgt. Dazu gehören die *„traditionelle Hochglanz-Sexpresse (à la Playboy)"*, die *„Yuppie-Pornopresse à la Wiener"*, die *„Billigsex-Wochenpresse (à la Neue Revue)"*, sowie last not least „Bravo". *„Und in der Jugendzeitschrift ‚Bravo', die von 12- bis 13jährigen gelesen wird, ziert jedes zweite Ausklapp-Poster nicht, wie einst, ein Pferd oder ein Rocksänger, sondern ein Mädchen in Nutten-Aufmachung."* (Emma 10/87) Unglaublich — alles Pornographie!

Dies nach einem Einstieg, der von brutalster Gewaltpornographie ausging. Sicher sind Hefte wie die „Neue Revue" schlüpfrig, anmacherisch und eklig, sie aber unter Pornographie zu fassen oder mit harter Pornographie in Zusammenhang zu bringen, ist schlicht maßlos oder meint jede beliebige sexuelle Darstellung.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Lieber „prüde Zicke" oder „aufgezäumtes Häschen"?

Auch wir Frauen sind nicht nur Opfer — zumindest dann nicht, wenn wir uns dem *„pornographischen Männergeschmack"* unterwerfen bzw. dem *„zwangsläufigen Versuch einer Verhurung aller Frauen"* (A.Schwarzer in A. Dworkin, Pornographie, Köln 1987, S. 11) nicht standhalten. Das hört sich dann so an: *„Man muß heute von einer Pornographisierung des gesamten Alltags sprechen. Da ist die ‚Reiz'wäsche, die es noch vor einigen Jahren nur in Spezialgeschäften gab, und die jetzt in jedem Kaufhaus angeboten wird. Da sind die ‚Sexspiele', für die vor wenigen Jahren besonders spezialisierte Prostituierte doppelte Tarife nahmen, und die jetzt berufstätige Ehefrauen am Feierabend zu liefern haben. Selbst türkische Ehefrauen, die auf der Straße nur verschleiert gehen dürfen, müssen heute zuhause für ihre Ehemänner die Nutte spielen. Längst geht es nicht mehr ‚nur' um die Pornographie im engeren Sinne, dieses ‚kalte Herz der Frauenfeindlichkeit' (McKinnon), längst geht es um die Pornographisierung unseres gesamten Lebens. Die Pornographie ist die Logik des Seximus."* (Emma 10/87) Oder: *„Wir erleben, wie die Mode voll dabei ist: Stöckelschuhe, Miniröcke, einschlägige Dessous und eine ‚neue Bademode' (Herbst 87), die sich mit ihren Streifen und Stricken direkt von den Darstellungen gefesselter Frauen in der Pornographie inspirieren läßt."* (A. Schwarzer in A. Dworkin, Pornographie, Köln 1987, S. 11)

Was bitte haben Stöckelschuhe, Miniröcke, Sexspiele, einschlägige Dessous etc. mit *„gefolterten und zerstückelten Frauen"* zu tun? Dieser Zusammenhang ergibt nur für jemanden einen Sinn, der gegen jegliche Art der Darstellung von Sexualität ist; ansonsten ist er schlicht konstruiert. Das erste Zitat ist zudem teilweise nicht nur frauenfeindlich (gegen die Frauen, die z.B. „Reiz"wäsche kaufen und tragen), nicht nur sexualfeindlich (gegen besondere „Sexspiele", was damit auch immer gemeint sein mag, vielleicht machen sie ja auch den Frauen Spaß). Es spielt sich zudem noch als Richterin über Sitte und Anstand auf, indem es einer anständigen — *„nicht verhurten"* Frau deutlich macht, wie sie sich zu kleiden und im Bett zu verhalten hat.

Als Fazit ergibt sich, daß nicht so sehr der Kampf gegen harte, brutale Pornographie das wirkliche Anliegen der „Emma"-Kampagne ist, wie es beim er-

Als Fazit ergibt sich, daß nicht so sehr der Kampf gegen harte, brutale Pornographie das wirkliche Anliegen der „Emma"-Kampagne ist, wie es beim er-

sten Durchlesen den Anschein hat, was in den ersten Debatten die Hauptrolle spielte und was wohl auch der wesentliche Auslöser für die breite Diskussion war. Gewaltpornographie wird in der „Emma"-Kampagne nur als Einstieg und Ausgangspunkt genommen. Zur Hauptsache polemisiert wird aber undifferenziert gegen jede Art von „sexueller Darstellung" in der Werbung, Mode, in Zeitschriften und Filmen sowie gegen die Linken und ihre Ideen von sexueller Liberalisierung.

Alice Schwarzer bestätigt diese These in ihrem neuesten Konkret-Interview. *„Wozu unsere Kampagne tatsächlich ‚benutzt' werden wird: Man wird die ‚Übertreibungen' der Pornographie bremsen. Und das soll mir recht sein. Das genügt mir zwar nicht, denn politisch noch wichtiger als die sogenannte harte Pornographie ist die Pornographisierung des gesamten Alltags — aber es ist mehr als nichts."* (Konkret 2/88, S. 43) Was Alice Schwarzer aber alles unter „Pornographisierung des Alltags" subsumiert. Fortschrittliche und feministische Frauen dürften aber kein Interesse daran haben, diese inhaltliche Bestimmung von „Pornographisierung des Alltags", wie dieser Artikel an Beispielen deutlich zu machen versucht, zu übernehmen. Kein Wunder, daß Alice Schwarzer für Frauen nur noch zwei Möglichkeiten sieht: *„Lieber prüde Zicke, als wie ein Häschen aufgezäumt durch die Gegend zu hüpfen."* (A. Schwarzer in einem Interview in „Journal für die Frau", 2/88, S. 55) Das aber darf keineswegs die Alternative für Frauen sein. Es gibt noch vieles dazwischen, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Bündnis mit der „moral majority"

Der Schwerpunkt der „Emma"-Kampagne und ihre Herangehensweise provozieren geradezu den Beifall und das Interesse von der falschen Seite.

Wenn es darum ginge, eine fortschrittliche Kampagne zu initiieren, dann könnte frau es sich nicht leisten, naiv auf eine breite Frauenfront zu hoffen — wie A. Schwarzer es macht..

Wenn z.B. Rita Süssmuth die Initiative *„begrüßt"* und den Gesetzesvorschlag eine *„pfiffige Idee"* findet, wenn sich Hanna-Renate Laurin (CDU) und die CSU-Frau Ursula Männle für die Kampagne aussprechen, wenn auch sie auf einen *„grundlegenden Bewußtseinswandel"* (vergl. dazu Emma 1/88) hinwirken wollen, dann haben sie bestimmt nichts Fortschrittliches im Sinn.

Angesichts einer gesellschaftlichen Situation, in der staatlicherseits — als Schutz gegen Aids — verstärkt nur die feste Bindung (am liebsten in der Ehe) propagiert wird und dies auf fruchtbaren Boden fällt, oder auch angesichts einer Linken, die sich derzeit lieber mit der Erfüllung der Frau in Mutterrolle und Familie befaßt als z.B. mit antiautoritärer Erziehung oder § 218, angesichts eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, das die Durchsetzung eines Gesetzes gegen Pornographie nur mit Hilfe von Rita Süssmuth und Kollegen — leider wohl in der diesen genehmen Weise — ermöglicht, ist zu befürchten, daß das Aufgreifen der Kampagne von dieser Seite nicht in erster Linie gegen frauenverachtende Brutalitäten gerichtet sein wird (die dürfen unter illegalen Spezialbedingungen in Clubs und unter Ladentischen weiter blühen), sondern sich auf eine Wende in Sachen Sitte, Moral und Anstand gegen allzuviel Freizügigkeit konzentrieren wird. Die „Emma"-Kampagne unterstützt diese Tendenz.

Pornographie stellt unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen tatsächlich Sexualität als mehr oder weniger brutales Herrschaftsverhältnis dar. Ob das als Reflex auf die Stärke der Frauenbewegung zu bewerten ist, wie Alice Schwarzer es interpretiert (*„Je bedrohlicher (für die Männer) die Emanzipation, um so bedrohlicher die Pornographie."* (Emma 12/87)) ist nicht plausibel und logisch. Es entspricht vielmehr schlicht dem traditionell vorherrschenden gesellschaftlichen Bild der Frau — leider — trotz Frauenbewegung. Von daher ist es notwendig und sinnvoll, sich für eine konsequente Entbrutalisierung dieses Bereiches einzusetzen, soweit möglich auch mit Unterstützung der Gesetze und der Justiz, wofür die herrschende Gesetzgebung zunächst einen Spielraum bietet, der in der Praxis bei weitem noch nicht ausgenutzt ist.

Schwieriger wird es dort, wo es sich um „subtilere" Formen der Gewalt im Gegensatz zur manifesten Gewaltausübung handelt, wie z.B. die „Verfügbarkeit" von Frauen. Trotzdem müßten auch hier exemplarische Angriffe, die argumentativ gut vorbereitet sind, möglich sein.

Nur darf der Kampf gegen Pornographie nicht mit Moral und gesundem Volksempfinden, mit einem allgemeinen Angriff auf jede sexuelle Darstellung einhergehen, denn das könnte sich als Rückschlag, als Einschränkung demokratischer Freiheiten erweisen.

Angriff auf jede sexuelle Darstellung einhergehen, denn das könnte sich als Rückschlag, als Einschränkung demokratischer Freiheiten erweisen.

g./Hamburg

Der Meese-Report

Ohne ein Wort der Abgrenzung, Kritik oder auch nur Erläuterung beruft sich Alice Schwarzer in ihrer Begründung des Gesetzentwurfs auf die Ergebnisse des 1986 in den USA erschienen „Meese-Report" (vergl. Emma 12/87).

Der Meese-Report ist in Reaktion auf eine von US-Präsident Nixon 1970 eingesetzte Kommission entstanden, die ermittelte, daß die Konfrontation mit Pornographie keine bedeutende Rolle in der Verursachung von kriminellem Verhalten spiele. Mit diesem Ergebnis war der nachfolgende Präsident Reagan nicht zufrieden. Er beauftragte daraufhin Generalstaatsanwalt Meese, eine Kommission einzurichten und erneut zu untersuchen. Von den zwölf Mitgliedern der neuen Kommission waren acht *„altbewährte, stockkonservative Porno-Gegner"* — so die SZ (vom 18.7.86) oder wie die FR (vom 11.7.86) schreibt *„konservative Kämpfer für Moral und Anstand"*. Sie kamen in ihrem Schlußbericht — wie erwartet — zu dem Ergebnis, daß es einen kausalen Zusammenhang zwischen Pornographie und Gewaltverbrechen gegen Frauen gebe. Von den vier Frauen der Kommission, die aus unterschiedlichen politischen Richtungen kamen, wurde dieser Mehrheitsbeschluß nicht vertreten. Sie protestierten und gaben ein Minderheitenvotum ab, in dem es heißt: *„Die wissenschaftliche Forschung habe keinen Zusammenhang zwischen Pornographie und Verbrechen entdecken können. ‚Gewalttätigkeit' ist das Problem, nicht jedoch Sex."* (SZ 18.7.-86)

Die Untersuchung trägt also deutlich die Handschrift der *„moral majority"*, das heißt derjenigen Wahrer von Sitte und Anstand, die am liebsten jegliche Form der Darstellung von Sexualität aus der Öffentlichkeit verbannen wollen. Das kann kein Vorbild für eine fortschrittliche Anti-Porno-Kampagne sein.

g./Hamburg

Klagerecht für Frauen — Rückschritt im Fortschritt?

A. Schwarzer ergänzt in ,,Emma'' 12/87 die Kampagne gegen Pornographie durch einen Gesetzentwurf, der Frauen die Möglichkeit geben soll, selbst gegen Pornographie zu klagen. Der mit den Rechtsanwältinnen Petra Rogge und Helga Wullweber erarbeitete Entwurf ist eine Weiterentwicklung des bestehenden § 184 des Strafrechts und muß getrennt von der Kampagne in der ,,Emma'', auf die A. Schwarzer den Schwerpunkt legt, gesehen werden.

Anders als im geltenden Pornographieverbot wird eine zivilrechtliche Klagemöglichkeit für Frauen gefordert, in der nicht mehr die gängige Auffassung von Anstand und Moral, sondern Frauenfeindlichkeit das Kriterium sein soll. Pornographie wird als ,,deutlich erniedrigende sexuelle Darstellung von Frauen und Mädchen'' definiert. Die Frauen werden als Opfer benannt. Damit kommt ,,Emma'' zweifellos der Verdienst zu, diese Seite der Pornographie auch in die juristische Debatte gebracht zu haben. A. Schwarzer will so eine Gesetzeslücke schließen, die 1980 ein Richter feststellte, als er ihr in der Klage wegen sexistischer Darstellungen von Frauen gegen den ,,Stern'' zwar moralisch Recht, juristisch aber Unrecht gab. Was also ist nach dem bisherigen Gesetz verboten, und wie sieht die Erweiterung bzw. Konkretisierung durch den neuen Entwurf tatsächlich aus?

Die entscheidende Passage aus dem bestehenden Gesetz lautet:
,,(3) Wer pornographische Schriften (...), die Gewalttätigkeiten, den sexuellen Mißbrauch von Kindern oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben, 1. verbreitet (...), wird mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.''
(13. Abschnitt des StGB ,,Straftaten gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht'', § 184 Verbreitung pornographischer Schriften.)

Gewaltpornos also sind bisher schon verboten. So auch im ,,Emma''-Entwurf, hier jedoch gekennzeichnet als Gewalt an Frauen, die in ihrer Beson-

Gewaltpornos also sind bisher schon verboten. So auch im ,,Emma''-Entwurf, hier jedoch gekennzeichnet als Gewalt an Frauen, die in ihrer Beson-

derheit ausgeführt wird. Nämlich Frauen werden vergewaltigt, mit Gegenständen oder Tieren penetriert, gefesselt, (...) zerstückelt etc. und sollen dabei auch noch Genuß vortäuschen. Dabei bleiben die Autorinnen jedoch nicht stehen, sondern der Straftatbestand soll dann erfüllt sein, wenn diese Delikte die Würde der Frau verletzen. Und nun zeigt sich, daß auch dieser Entwurf eine Bandbreite von Interpretationsmöglichkeiten zuläßt. ,,Würde der Frau'' und ,,erniedrigende Darstellung'' sind Gummibegriffe. Der Ersatz der moralischen Definition des öffentlichen Anstands durch die Schmerzgrenze der klagenden Frauen (und ihrer Richter) gibt der Klage zwar einen anderen Blickwinkel, grenzt das Problem aber nicht ein. Nach wie vor bleibt die Frage bestehen: Was ist Pornographie und was soll verboten werden?

Sehen wir uns dazu die gegenwärtig von ,,Emma'' veröffentlichten Kritiken zur Pornographie an, finden wir ein weitgefächertes Sammelsurium an Auffassungen, das auch Ministerin Süßmuth und CSU-MdB Männle nicht ausläßt. Ohne die Positionen an dieser Stelle zu wiederholen, ist doch zu befürchten, daß sich so eine eher prüde und sexualfeindliche Haltung durchsetzt.

Das spricht jedoch nicht grundsätzlich gegen einen Gesetzentwurf. Wäre er bereinigt von ungenauen Allgemeinheiten wie ,,Würde der Frau'' und ,,erniedrigende Darstellungen'' als Maßstab für die Diskriminierung der Frau, wäre er deutlich gegen die Auffassung ,,Pornographie erniedrigt Frauen per se'' abgegrenzt, und würde durch Regelbeispiele noch mehr verdeutlicht werden, was gemeint ist, dann könnte auch ein Gesetz ein geeignetes Hilfsmittel im Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen in Pornos sein.

Ein zweiter Gesetzentwurf ist in der Diskussion. Susanne Baer und Vera Slupik aus Berlin haben zunächst mit Alice Schwarzer zusammengearbeitet, ihren Gesetzentwurf dann aber zurückgezogen und allein veröffentlicht. Sie beziehen sich auf die Anti-Porno-Gesetzgebung in den USA und übernehmen ihre Beispiele aus Aussagen der Anhörungen dort. Auch in ihrer Definition gehen sie über die hier landläufige Sicht, Pornographie als Darstellung von Sexualität zu bezeichnen, hinaus und sehen sie als eine Form sexueller Gewalt. Sie sei *,,nicht nur Bild, Idee oder Phantasie, sondern Realität''*. Damit rücken sie Pornographie auch für die Konsumenten in die Nähe von Wirklichkeit und tatsächlich ausgeübter Gewalt. In welchem Kontext diese Auffassung steht, macht das folgende Zitat aus der Begründung klar: *,,Pornographie trägt durch die Sexualisierung der hierarchischen Ungleichheit der Geschlechter dazu bei, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu verhindern, indem Gewalt untrennbar mit Sexualität gekoppelt und somit gerechtfertigt wird.''*

Ohne an dieser Stelle im einzelnen auf diese Weltanschauung einzugehen, wird doch deutlich, daß der Pornographie eine überhöhte Bedeutung in der Unterdrückung der Frau beigemessen wird.

Die Gleichsetzung mit sexueller Gewalt kann dazu führen, daß sich mit der Presse- und Kunstfreiheit gar nicht mehr auseinandergesetzt werden muß, denn als solche kann es keine Überschneidungen mehr zwischen Pornographie und Kunst- oder Meinungsfreiheit geben. Aus der Begründung: *,,Durch die Herstellung und Verbreitung von Pornographie wird nicht Kunst gemacht und verbreitet, sondern es werden Frauen erniedrigt.''*

Daß das so einfach nicht ist, zeigen Klauseln in den Entwürfen, die den Mißbrauch durch reaktionäre Saubermänner ausschließen sollen. Während der ,,Emma''-Entwurf für den Zweck der wissenschaftlichen und gesellschaftskritischen Arbeiten das Verbot einschränkt, wollen die Berlinerinnen konkret öffentliche Bibliotheken und Sammlungen ausnehmen sowie das pornographische Material, das vor Inkrafttreten des Gesetzes hergestellt wurde.

Mit dem Mittel der Zivilklage versuchen beide Entwürfe, sich von einer Strafverschärfung und Zensur abzugrenzen. Es soll den Frauen und nicht den Strafverfolgungsbehörden die Initiative in die Hand legen. Davon erhoffen die Frauen sich, daß der Mißbrauch durch ein frauenfeindliches Rechtssystem verhindert wird. Tatsächlich müssen wir aber davon ausgehen, daß findige konservative Juristen bislang noch jedes Recht zu verdrehen wußten und sicherlich auch Wege finden, formale Einschränkungen zu umgehen. Der § 218 sollte ein warnendes Beispiel für juristische Winkelzüge sein.

Auch eine Zivilklage wird eine Form von Zensur bzw. Selbstzensur nach sich ziehen. Da das Spektrum der klagenden Frauen auch konservative Klägerinnen umfaßt und letztendlich Richter (und nicht die Frauenbewegung) die Urteile fällen werden, ist mit einer Entliberalisierung zu rechnen. Denn bei einem Verbot durch eine Zivilklage werden Präzedenzfälle geschaffen, die den Markt beeinflussen, weil einmal verbotene Beispiele kaum offiziell von anderen Verlegern übernommen werden. Allerdings könnte so wieder ein Schwarzmarkt geschaffen werden. Durch die Gesetzentwürfe werden sicherlich nicht nur *,,Übertreibungen der Pornographie gebremst''*.

Der Berliner Entwurf unterscheidet sich von dem der ,,Emma'' darin, daß auch Männer und Transsexuelle, die wie Frauen diskriminiert werden, klageberechtigt sein sollen. Und der Schutz der Darstellerinnen in Pornos wird über das Arbeitsrecht hinaus im Berliner Entwurf eingehender behandelt und weist Parallelen zu Forderungen der Frauenbewegung für Opfer in Vergewaltigungsprozessen auf.

Beide Entwürfe haben, auch wenn die Autorinnen es bestreiten, eine moralische Komponente. Nämlich dann, wenn die Schamgrenze gefunden wer-

Fortsetzung nächste Seite

Dokumentation

Dokumentation

Gesetzentwurf der ,,Emma" gegen Pornographie

§ 1 Generalklausel

Wer Frauen oder Mädchen durch Herstellung, Verbreitung oder Öffentlichmachung von Pornographie in ihrem Recht auf Würde und Freiheit, körperliche Unversehrtheit oder Leben verletzt, ist zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens und zur Unterlassung verpflichtet.

§ 2 Definition von Pornographie

Pornographie ist die verharmlosende oder verherrlichende, deutlich erniedrigende sexuelle Darstellung von Frauen oder Mädchen in Bildern und/oder Worten, die eines oder mehrere der folgenden Elemente enthält:
1. Die als Sexualobjekt dargestellten Frauen/Mädchen genießen Erniedrigung, Verletzung oder Schmerz;
2. die als Sexualobjekte dargestellten Frauen/Mädchen werden vergewaltigt — vaginal, anal oder oral;
3. die als Sexualobjekte dargestellten Frauen/Mädchen werden von Tieren oder Gegenständen penetriert — in Vagina oder After;
4. die als Sexualobjekte dargestellten Frauen/Mädchen sind gefesselt, geschlagen, verletzt, mißhandelt, verstümmelt, zerstückelt oder auf andere Weise Opfer von Zwang und Gewalt.

Die Verbreitung, Sammlung oder Öffentlichmachung von Pornographie im Sinne der Absätze 1 bis 4 ist nur dann zulässig, wenn sie eindeutig wissenschaftlichen oder eindeutig gesellschaftskritischen Zwecken dient. Die Herstellung von Pornographie aber ist auch in diesem Falle unzulässig.

§ 3 Anspruchsberechtigung

1. Jede Frau (jedes Mädchen), die mit einer pornographischen Darstellung konfrontiert ist, ist berechtigt, ihre Rechte nach § 1 im eigenen Namen geltend zu machen. Der Schadensersatz umfaßt den Anspruch auf Ersatz materieller und immaterieller Schäden.
2. Das gleiche Recht haben alle Vereine, Verbände oder Institutionen, die sich als juristische Personen konstituiert und die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen/Mädchen zu ihrem programmatischen oder satzungsgemäßen Ziel erklärt haben.
3. Jede Frau (jedes Mädchen), die als „Darstellerin" bei der Herstellung von Pornographie in ihrem Recht auf Würde, Leben, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit verletzt ist, ist berechtigt, gegen die Verantwortlichen Ansprüche im Sinne dieses Gesetzes geltend zu machen.

§ 4 Herstellung von Pornographie

Ebenfalls zur Unterlassung und zu Schadensersatz ist verpflichtet:
1. wer Frauen/Mädchen durch Täuschung, Drohung oder Zwang zu pornographischen Darstellungen bringt;
2. wer die Darstellungen von Frauen/Mädchen nachträglich in einen eindeutig pornographischen Zusammenhang bringt.

§ 5 Zwang zur Wahrnehmung von Pornographie

Wer in der Öffentlichkeit oder privat, am Arbeitsplatz oder in der Schule Frauen oder Mädchen gegen deren Willen, vorsätzlich oder fahrlässig, der Wahrnehmung von Pornographie aussetzt, kann von diesen auf Unterlassung und zu Schadensersatz verklagt werden.

§ 6 Konsum von Pornographie

Wer nachweislich aufgrund des Konsums von Pornographie Frauen/Mädchen in ihrem Recht auf Würde, Leben, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit verletzt, ist den direkt Betroffenen zu Schadensersatz verpflichtet.

Pornographie und Gewalt gegen Frauen: Wie zwingend ist der Zusammenhang?

Die Kampagne der „Emma" beruht auf 3 Annahmen:
1. Erhebliche Zunahme von Pornographie — speziell harter Pornographie.
2. Zunahme von sexueller Gewalt gegen Frauen.
3. Der Konsum von Pornographie führt zu Gewalt gegen Frauen.

Diese Behauptungen durchziehen die gesamte „Emma"-Kampagne. „Emma" geht von der Annahme aus, daß *„Gewalt gegen Frauen gelernt wird wie jedes Verhalten. Und daß Pornographie eben auch wie ein Lehrbuch wirkt."*(1) Pornographie *„macht den Geschlechterkampf zum Geschlechterkrieg"*(2). Wie sind diese Annahmen nun begründet?

Zunahme der Pornographie

„Wir erleben zur Zeit ... eine explosionsartige Verbreiterung der Pornographie. Immer mehr und immer härter."(3)

„Emma" gibt keine Belege (im Sinne von zahlenmäßig überprüfbar) für diese Expansion an. Es werden lediglich beispielhaft Zahlen zu Umsatz und Auflagenhöhe der Pornoprodukte genannt. Dabei bleibt unklar, wie diese Zahlen einzuordnen sind. „Emma" gibt weder Vergleichszahlen noch Quellen an. Daß diese Zahlen von anderen übernommen werden (z.B. vom „Spiegel"), deutet darauf hin, daß hier kaum Statistiken existieren. *„Immer mehr wird die Porno-Produktion zur Gewalt-Porno-Produktion."*(4) Woher nimmt Alice Schwarzer diese Gewißheit? Wer eine Kampagne auf solchen Äußerungen aufbaut, muß sich auch die Frage nach den Quellen dieser Aussagen gefallen lassen (oder den Vorwurf der Emotionalisierung).

Gewalt gegen Frauen

„Der Kundenkreis für ‚harte' Pornos wächst, die Zahl der Vergewaltigungen ebenfalls."(5)

Aus der nebenstehenden Grafik läßt sich dies nicht ersehen. Seit 30 Jahren ist

duktion zur Gewalt-Porno-Produktion."(4) Woher nimmt Alice Schwarzer diese Gewißheit? Wer eine Kampagne auf solchen Äußerungen aufbaut, muß sich auch die Frage nach den Quellen dieser Aussagen gefallen lassen (oder den Vorwurf der Emotionalisierung).

Gewalt gegen Frauen

„Der Kundenkreis für ‚harte' Pornos wächst, die Zahl der Vergewaltigungen ebenfalls."(5)

Aus der nebenstehenden Grafik läßt sich dies nicht ersehen. Seit 30 Jahren ist

die Straftatziffer für Vergewaltigung ziemlich konstant geblieben: 9 bis 11 polizeilich bekanntgewordene Fälle im Jahr pro 100.000 der Bevölkerung. Die entsprechenden Zahlen für sexuelle Nötigung sind bis 1983 angestiegen, gehen seitdem wieder zurück. Zum Vergleich: Die Zahl der bekanntgewordenen Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung hat sich in den letzten 30 Jahren etwa verdoppelt, von 52 Fällen pro 100.000 Einwohner im Jahr 1953 auf 105 Fälle 1986; seit 1982 sinkt sie wieder. Die allgemeine Gewaltkriminalität (einschließlich der Gewalt gegen Frauen) ist ebenfalls sehr angestiegen, hatte den Höhepunkt 1982. Die Kurven für sexuelle Gewalt gegen Frauen und allgemeine Gewaltverbrechen weisen ähnliche Tendenzen auf (Zu- bzw. Abnahmen zu den gleichen Zeitpunkten).

Einschränkend muß angemerkt werden, daß diese Kriminalstatistiken lediglich die angezeigten Fälle ausweisen. Die Dunkelziffer der nicht bekanntgewordenen Fälle bei Vergewaltigung wird mindestens auf das zehn-, wenn nicht gar auf das zwanzigfache geschätzt. Trotzdem läßt sich hier auch mit den angezeigten Fällen arbeiten, da man davon ausgehen kann, daß die Dunkelziffer nicht signifikant angestiegen ist (eher das Gegenteil könnte der Fall sein, da durch die Frauenbewegung mehr Frauen den Mut zur Anzeige fanden).

Was sagen diese Kurven also aus? Meines Erachtens läßt sich daraus zum einen eine deutliche Zunahme der allgemeinen Gewaltkriminalität ablesen, mit einem Rückgang seit Anfang der 80er Jahre. Zum anderen fällt auf, daß die sexuelle Gewalt gegen Frauen in viel geringerem Ausmaß steigt als die allgemeine Gewalt.

Es geht keineswegs darum, die vorhandene Gewalt gegen Frauen zu verharmlosen! Jegliche Gewalt gegen Frauen muß bekämpft werden. Unbestreitbar gibt es auch Fälle, wo Gewaltpornos nachgespielt werden. Daß aber durch die „explosionsartige" Verbreitung von „harten" Pornos auch die Angriffe auf Frauen in entsprechendem Ausmaß steigen, dafür lassen sich keine Nachweise finden.

Pornographie-Wirkungsforschung

„Emma" beschäftigt sich ausführlich mit Forschungen, die den Zusammenhang zwischen Pornographie und Gewalt gegen Frauen untersuchen (6), obwohl sie der Meinung ist, daß es *„eigentlich keiner Beweise bedarf"*(7), denn: *„Wäre es nicht längst an der Zeit zuzugeben, daß wir uns dieses Zusammenhangs schon immer irgendwie bewußt waren...?"*(8) Die Schlußfolgerung der „Emma" ist eindeutig: *„Männer, die Pornos konsumieren, denken nicht nur schlechter über Frauen. Sie schlagen und vergewaltigen auch eher als Nicht-Konsumenten. — Das sagen nicht mehr nur die Feministinnen. Das sagen jetzt auch Wissenschaftler. Und sie können es belegen."*(9) Und: *„Die neuere psychologische Wirkungsforschung, vor allem aus den USA, beweist eindeutig direkte Zusammenhänge zwischen dem Konsum von Pornographie und der Zunahme sexueller Aggressionen von Männern..."*(10)

Leider setzt sich die „Emma" mit diesen Untersuchungen sehr einseitig im Sinne ihrer Annahmen auseinander. Die passenden Ergebnisse werden referiert, Kritiker werden gar nicht oder im falschen Zusammenhang erwähnt. Eine dieser Kritiken will ich im folgenden darstellen.

Bei den Forschungen, die „Emma" als Beweise anführt, handelt es sich im wesentlichen um amerikanische Laborexperimente. Diese Untersuchungen der „amerikanischen Porno-Psychologie", wie Rüdiger Lautmann sie nennt, weisen seiner Meinung nach (11) im theoretischen Ansatz und im Aufbau alle ein ähnliches Muster auf. Zu den Grundannahmen gehört immer die, daß Pornographie schädlich sei. *„Die Prämisse heißt: obszöne Objekte haben schlimme Konsequenzen."*(12) Diese Vorannahme beeinflußt sowohl das Erkenntnisziel als auch die Forschungsanordnung. Es wird lediglich nach Art und Ausmaß der Schäden geforscht. Erwartungwidrige Erkenntnisse führen höchstens zu leichten Modifizierungen der Theorie. Eine Reihe von Experimenten bestätigte 1973, daß die Erregung sexueller Motivation die Aggressivität dämpfen könne. Nach Lautmann wurde daraufhin der Geltungsbereich des „Schadensdogmas" eingeschränkt, die Ergebnisse wurden jedoch nicht zum Anlaß genommen, die Wirkungsweise von Pornographie umfassend und vorbehaltlos zu untersuchen.

Andere Erkenntnisse wurden heruntergespielt oder zum Ausgangspunkt neuer Befürchtungen gemacht. Rüdiger Lautmann beschreibt hier als Beispiel die Annahme der „Pornospirale": Immer wieder wurde — gerade von der amerikanischen Porno-Psychologie — nachgewiesen, daß das Interesse an Pornographie schnell nachläßt, daß sich die meisten Personen recht bald nicht mehr stimulieren lassen (Sättigungseffekt). Diese Erkenntnis wurde nicht etwa als Argument für die Harmlosigkeit der Pornographie angeführt, sondern es wurde daraus geschlossen, daß die Pornographie immer ausgefallener, immer schlimmer werden muß, um noch zu erregen; „Pornospirale" ohne Ende? Laut Rüdiger Lautmann gibt es aber bislang keine Untersuchungen, die dies bestätigen.

Ferner zweifelt er die Übertragbarkeit der Laborergebnisse auf den Alltag an. Er stellt die Annahme und Verarbeitung von Pornographie durch eine Versuchsperson in der Laborsituation und im Alltag gegenüber. Beispielsweise sind die Möglichkeiten der Pornographie konsumierenden Person, mit den durch die Pornographie ausgelösten Gefühlen umzugehen, sehr unterschiedlich. Die Fülle der Möglichkeiten im Alltag ist — schon wegen der Überprüfbarkeit der Variablen — nicht ins Labor übertragbar. Im Alltag ist eine sexuelle Motivation vorhanden, ein Aufhören ist jederzeit problemlos möglich, beides ist in der Laborsituation nicht der Fall. Im Labor wird die Dimension der Aggression — denn nur um die geht es — meist an der Aggressionsmaschine gemessen, wo die Versuchsperson einem unsichtbaren Gegenüber Stromstöße steigender Intensität verpassen kann. Diese Maschine läßt der Versuchsperson kaum eine Alternative, ihren experimentell erzeugten Ärger auszudrücken und abzureagieren.

Obwohl einigermaßen verläßliche Prognosen darüber, welche Pornographie bei welchen Individuen zu welchen (schlechten) Folgen führt, nicht möglich sind, hat die amerikanische Porno-Psychologie das offizielle Wissen über die Wirkungen der Pornographie geprägt, stellt Lautmann fest. Kritiken sind selten und vorsichtig, sie greifen nie den Grundansatz an; die meisten ForscherInnen meiden dies heikle Gebiet. Rüdiger Lautmann schreibt: *„Unser Wissen über die Wirkungen der Pornographie kommt in einem Rahmen zustande, in dem verschiedene Denkverbote und Schweigegebote gelten. Voraussetzungsfreies Denken und offenes Reden gefährdet hier die Reputation der Forscher/innen."* (13)

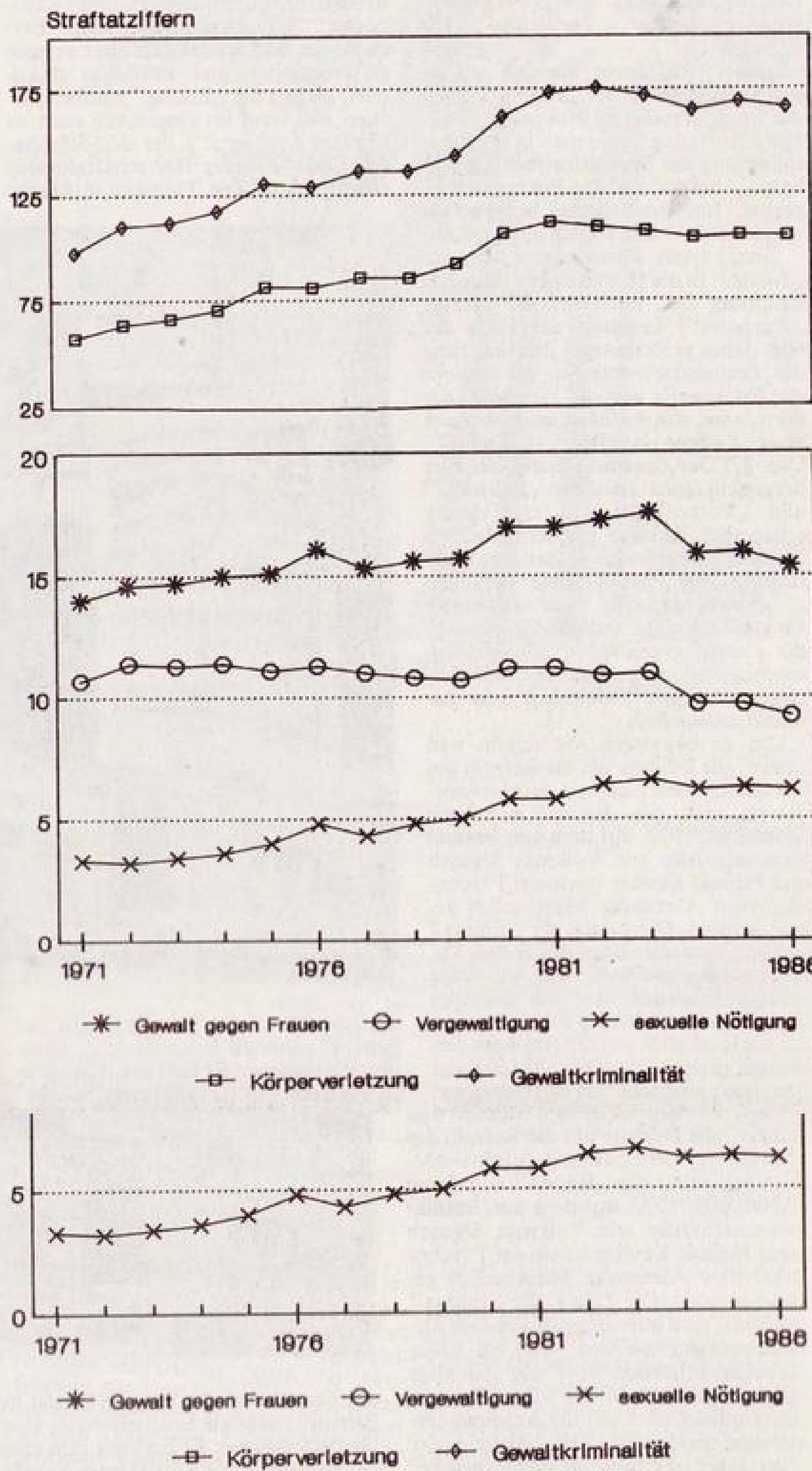
Nach Meinung von Rüdiger Lautmann läßt sich aus diesen Experimenten ableiten, daß *„Aggressionsvorstellungen von einer Anzahl Menschen in ihre sexuelle Motivation eingebaut werden (können)"*.(14) Mehr jedoch nicht. Keinesfalls beweisen diese Forschungen, daß die Gewalt in der Gesellschaft derart linear von der Pornographie ableitbar ist, wie „Emma" das nahelegt, auch nicht die Gewalt gegen Frauen. Rüdiger Lautmann würde umfassender untersuchen: *„Um eine beobachtbare Zunahme von Gewalt in der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern zu erklären, würde ich nicht bei der noch so ‚harten' Pornographie ansetzen, sondern beispielsweise bei den herrschenden Bildern von Männlichkeit, bei den Vorstellungen über geschlechtsspezifische Sexualität, beim allgemeinen Gewaltniveau und seinen Veränderungen sowie bei der öffentlichen Dramatisierung von Gewalt."*(15)

Pornographie ist sicher nicht wirkungslos. Aber nicht allein die Pornographie prägt das Geschlechterverhältnis, sondern die in dieser Gesellschaft herrschende Gewaltkultur spiegelt sich in der Pornographie.

ma., Hamburg



Aubrey Beardsley



Straftatziffer: Häufigkeitszahl, das ist die Zahl der polizeilich angezeigten Straftatfälle pro 100.000 der Bevölkerung. Zu beachten ist der Sprung in der Skala!
Gewalt gegen Frauen: bedeutet hier: sexuelle Gewalt gegen Frauen, die Summe der angezeigten Fälle von Vergewaltigung und sexueller Nötigung.
Vergewaltigung: nach § 177 StGB
sexuelle Nötigung: nach § 178 StGB
Körperverletzung: gefährliche und schwere Körperverletzung gegen Männer und Frauen nach §§ 223a, 224, 225, 227, 229 StGB.
Gewaltkriminalität: enthält Mord und Totschlag einschl. Versuche; Kindestötung; Vergewaltigung; Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer; Körperverletzung mit tödlichem Ausgang; gefährliche und schwere Körperverletzung sowie Vergiftung; erpresserischer Menschenraub; Geiselnahme; Angriff auf den Luftverkehr.

Quelle: eigene Darstellung anhand der Kriminalstatistik des BKA

Anmerkungen:
(1) „Emma", 11/1987, S. 26.
(2) Alice Schwarzer, Die Würde der Frau ist antastbar, in: „Emma", 12/1987, S. 19.
(3) „Emma", 10/1987, S. 17.
(4) Alice Schwarzer, Die Würde der Frau ist antastbar, in: „Emma", 12/1987, S. 19.
(5) „Emma", 10/1987, S. 21, bezieht sich auf etwa Anfang der 80er Jahre.
(6) Judith Rauch, Die Beweise liegen vor, in: „Emma", 11/1987, S. 23 ff.
(7) „Emma", 11/1987, S. 24.
(8) Robin Morgan, zitiert in: „Emma", 11/1987, S. 24.
(9) Judith Rauch, a.a.O., S. 23.
(10) Alice Schwarzer, Begründung zum Gesetzentwurf, in: „Emma", 12/1987, S. 22.
(11) Rüdiger Lautmann, Die künstliche Welt der Porno-Psychologie, in: „Psychologie heute", 5/1987, S. 38 ff.
(12) ebenda, S. 40.
(13) ebenda, S. 45.
(14) ebenda, S. 44.
(15) ebenda, S. 44.



Fortsetzung von vorheriger Seite

den soll, ob eine bestimmte Darstellung als Sexualobjekt die Menschenwürde im Sinne des Gesetzes verletzt oder nicht. Da es eine unausgesprochene Grenze für die Darstellung der Männer gibt, sollte man sie auch für Frauen finden. Nur zeigt der Stand der Diskussion, daß wir in dieser Richtung keinen Schritt weiter sind. Nachdem die prinzipiellen Positionen ausgetauscht sind, müßte eine öffentliche Debatte um Fälle und Regelbeispiele das Material für eine eindeutigere Formulierung eines Gesetzentwurfs liefern.

Chr.

„Büchse der Pandora geöffnet" ?

(Hellmuth Karasek in ,,EMMA'', Jan. '88)

Die Debatte um Sexualität und Pornographie Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre

,,Wir wußten nicht, wohin das führt, wir haben eigentlich genau das Falsche gemacht ... Wir wußten nicht, daß wir der Spießigkeit von Sexsaunen und der Geschäftemacherei von pornographischer Literatur Tor und Tür öffneten'', gesteht ,,Spiegel''-Redakteur Karasek auf einer Veranstaltung der ,,Emma'' gegen die Pornographie im November 1987. Die ,,Hoffnung'', die man in die Liberalisierung des Sexualstrafrechts gelegt habe — bei der u.a. das Pornographieverbot für Erwachsene aufgehoben worden war — hätten sich nicht erfüllt.

Damit greift Karasek eine von der ,,Emma'' in die Debatte geworfene Behauptung auf, nach der die heutige ,,Pornoflut'' Ergebnis der Ende der 60er Jahre geforderten Liberalisierung des Sexualstrafrechts sei. *,,Vorläufer der Pornowelle war die ,Sexwelle' der 60er Jahre, die Aufklärung, aber auch neue Zwänge brachte.''* (,,Emma'', Okt. 87) Der Zusammenhang, der hier hergestellt wird zwischen ,,Sexwelle'' und ,,Pornoflut'' wird erst richtig schauerlich dadurch gemacht, daß die ,,Emma'' zwei Sätze vorher ihre Auffassung von Pornographie definiert: *,, ,Pornographisch' sind diejenigen Darstellungen zur sexuellen Anregung, die Frauen erniedrigen, sie in Ohnmachtsposition gegenüber Männern zeigen und zum Frauenhaß oder gar -mord aufstacheln.''*

Um zu beweisen, wie dumm und ,,naiv'' die Debatte um die Reform des Sexualstrafrechts damals geführt worden sei, zitiert die ,,Emma'' aus einem ,,Hearing'' 1970, auf dem u.a. Sexualwissenschaftler wie Volkmar Sigusch und Helmut Kentler sowie der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich gehört wurden. Die Zitate, die ,,Emma'' anführt, sind allerdings so aus dem Zusammenhang gerissen, daß ein völlig falscher Eindruck über die damalige Diskussion entsteht. Im folgenden darum ein Rückblick auf die Auseinandersetzung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, die sehr viel differenzierter geführt wurde und weitaus mehr zum Thema hatte als nur die Pornographie.

Bei der Beurteilung der damaligen Debatte muß sich vor Augen geführt werden, daß nach dem 2. Weltkrieg in den 50er/60er Jahren eine enorm restriktive sexualfeindliche Moral herrschte. Kirchliche ,,Aufklärungsschriften'', in denen sexuelle Lust als ,,Sünde'' galt, hatten Hochkonjunktur. Vorehelicher und außerehelicher Geschlechtsverkehr waren als ,,unzüchtige Handlungen'' verpönt. Kin-
Geschlechtsverkehr waren als ,,unzüchtige Handlungen'' verpönt. Kindern und Jugendlichen sprach man jede eigene Sexualität ab. Dies wurde mit dem ,,Schutz der geschlechtlichen Reinheit und Unerfahrenheit'' bei Kindern und der ,,Unbescholtenheit'' von Mädchen begründet. Selbstbefriedigung (Masturbation) galt als ,,krankhaft'' und wurde wie eine grassierende Seuche mit den schrecklichsten Mitteln bekämpft. Homosexualität war strafbar und wurde bis 1969 nach einem Gesetz aus der NS-Zeit verfolgt. In diesem sexualfeindlichen Klima war die Frau besonders betroffen. Voreheliche ,,Koitusbeziehungen'' von Frauen wurden geächtet und stempelten nicht selten die Frau zur ,,Hure'' ab. Die Sexualität der Frau wurde rigoros auf die Ehe beschränkt. ,,Ehebruch'' und sexuelle ,,Untreue'' wogen daher schwerer als beim Mann. Trotz wissenschaftlicher Gegenbeweise hielt sich jahrelang das Vorurteil, daß das sexuelle Empfinden der Frau weniger stark sei als beim Mann. In der Frage der Verhütung und des Schwangerschaftsabbruchs wurde die Frau bevormundet und durch den § 218 lebensgefährlichen Situationen ausgesetzt.

In diesem Klima sexualfeindlicher Moral galt auch jede Beschreibung und Darstellung des nackten menschlichen Körpers schon als ,,Unzucht'' und erregte der Rechtsprechung zufolge ,,öffentliches Ärgernis''. ,,Unzüchtig'' war eine Schrift, wenn ihr Inhalt eine ,,Beziehung zum Geschlechtlichen'' aufwies und das ,,Scham- und Sittlichkeitsgefühl'' gröblich verletzte. Unter die ,,Verbreitung unzüchtiger Schriften'' (§ 184) fiel damals z.B. auch die Werbung für Verhütungsmittel.

Die sog. ,,Sexwelle'' Ende der 60er Jahre war somit eine Gegenreaktion auf eine überholte, von Tabus und Intoleranz geprägte Sexualmoral. Die Reform des Sexualstrafrechts trug lediglich einem neuen Entwicklungsstand, vor allem in der Jugend, Rechnung. Dabei wurde vom Gesetzgeber natürlich auch versucht, die Sexualbedürfnisse unter — indirekte — Kontrolle zu bekommen.

Die Diskussion um die Strafrechtsreform im Bereich der Sexualität wurde in fortschrittlichen Kreisen unter Pädagogen, Sexualwissenschaftlern, Psychologen und Soziologen aber weitaus differenzierter und kritischer diskutiert, als uns die ,,Emma'' glauben machen will, und im Gegensatz auch zu Karasek (,,Spiegel''), der sich offenbar das Ende sexueller Herrschaftsformen erhofft hatte. Die Toleranz in Fragen der Moral und der Sexualität ,,ist nur Schein'', schrieb beispielsweise Theodor W. Adorno. Er und mit ihm andere Vertreter der ,,Frankfurter Schule'' sahen zwar durchaus eine gewisse Liberalisierung der sexualfeindlichen Moral, aber sie bestritten, daß sie den Menschen freier mache, denn in einer Gesellschaft, in der Sexualität kein Problem ist, wäre Pornographie völlig reizlos und überflüssig (nach Anton-Andreas Guha, Sexualität und Pornographie, Ffm 1971). Dennoch haben fortschrittliche Wissenschaftler die Liberalisierung des Sexualstrafrechts unterstützt, weil darin die Möglichkeit gesehen wurde, daß die Menschen, vor
terstützt, weil darin die Möglichkeit gesehen wurde, daß die Menschen, vor allem Kinder und Jugendliche, zu befriedigenderen zwischenmenschlichen Beziehungen kommen könnten. So forderte beispielsweise der Psychologe Helmut Kentler vor dem ,,Sonderausschuß für eine Strafrechtsreform'' 1970 vom Gesetzgeber eine gezielte Sexualerziehung und Sexualaufklärung, die die Sexualität von Kindern und Jugendlichen anerkennt. Nach Auffassung von Kentler könnten vor allem zwei Bedingungen entscheidend dazu beitragen, die Sexualkriminalität zu verringern. *,,1. Durch gezielte Aufklärung der Bevölkerung ... wären mehr Toleranz in der Beurteilung sexueller Einstellungs- und Verhaltensmuster und mehr Verständnis für sexuell zwar auffälliges, sozial aber nicht schädliches Sexualverhalten zu erzeugen, so daß allmählich allgemein freizügigere Normen entstehen können und als vernünftig anerkannt werden. 2. Eine Sexualerziehung, die sexuelle Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen anerkennt und nicht mehr in der Verhinderung sexueller Befriedigung, sondern in Humanisierung und Kultivierung des Sexuallebens ihre Ziele sieht, könnte die sexuelle Problematik entschärfen, sexuelle Konflikte erträglicher und lösbar machen und vor allem Zwänge, die zu sexuellen Fehlentwicklungen führen, aufheben.''* In einer die sexuellen Bedürfnisse streng unterdrückenden Sexualerziehung wurde also auch eine Ursache für aggressives Verhalten gesehen, wo *,,sexuelle Befriedigung nur auf dem Wege aggressiver Ausbrüche gefunden wird. Die Lebenslaufanalyse von Sexualmördern, auch von Tätern, die Notzuchtverbrechen begingen, erbringt immer wieder die Bestätigung dieser These.''* (Kentler) Anton-Andreas Guha stellte in ,,Sexualität und Pornographie'' fest, daß fehlende Chancen oder Fähigkeiten für sexuelle Triebbefriedigung zu ,,willenlosem Gehorsam und grausamer Aggressivität'' führen könnten.

In diesem Zusammenhang stand auch die Diskussion um eine Freigabe der sog. ,,normalen'' oder ,,sanften'' Pornographie, die ,,Emma'' nun auch abgeschafft sehen möchte, da der ,,Hart-Porno nur die logische Konsequenz aus dem Weich-Porno'' sei. Die Grenzen seien zudem fließend, *,,beides wird aus einer Quelle gespeist: aus der Verachtung von Frauen''* (,,Emma'', Dez. 87).



Die Sex-Welle rollte. Drohte der Untergang des Abendlandes, wie viele meinten?

Nach damaligen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Untersuchungen war aber ein Zusammenhang zwischen dem Konsum von Pornographie und Sexualverbrechen nicht auszumachen. *,,In der gesamten, für die Pornographiewirkung belangvollen wissenschaftlichen Literatur sind keine Hinweise enthalten, aus denen auf eine schädliche Wirkung der ,einfachen', also von ,hartem Sex' freien Pornographie, geschlossen werden könnte.''* (Kentler, vor dem Sonderausschuß für eine Strafrechtsreform, 1970) Nach allen Untersuchungen sei sogar festgestellt worden, daß sexuell Deviante (Abweichende) und Sexualstraftäter weniger oder ebenso häufig Erfahrungen mit Pornographie gemacht hätten wie sexuell unauffällige Männer. *,,Insgesamt kann wissenschaftlich hinlänglich als bewiesen angesehen werden, daß Pornographie die Triebrichtung eines Menschen nicht beeinflussen oder ändern kann.''* (Sigusch, vor dem Sonderausschuß)



Sexualaufklärung im Rahmen antiautoritärer Erziehung

Der Pornographie wurde, nach vormaliger repressiver Sexualunterdrückung, sogar eine gewisse ,,Ventilfunktion'' eingeräumt, die Ersatz für beschädigte natürliche Sexualität sei. Dies Argument tauchte auch bei der Frage nach der sog. ,,harten'' Pornographie auf, bei deren Beurteilung die Folgen für den Betrachter allerdings unterschiedlich eingeschätzt wurden.

So sprach sich beispielsweise Sexualwissenschaftler Volkmar Sigusch für eine Abschaffung des § 184a aus. *,,Wir hätten Bedenken, diesen § 184a des Entwurfs beizubehalten ... Tatsächlich sexuell deviante, also wirkliche Sadomasochisten und Pädophile können nach allen vorliegenden Erfahrungen und Untersuchungen diese Darstellungen praktisch als ein Ventil benutzen, um ihre Triebimpulse, die sie in dieser Gesellschaft sonst nur unter Gefahren abführen können, an Hand dieses pornogrphischen Materials abzuleiten ...''*

Völlig sinnentstellt gibt die ,,Emma'' im Rahmen ihrer Kampagne die Position von Alexander Mitscherlich zu dieser Frage wieder: So behauptet die ,,Emma'', Mitscherlich sei für die völlig Freigabe dessen, was er unter Pornographie versteht (...), bis hin sogar zu den *,,extremen Formen von sodomistischer und pädophiler Pornographie oder dem Einschluß von Mord''.* Gleichzeitig hoffe er auf den Schutz einer aufklärenden Selbsthilfe der Bürger gegen aggressive Schundliteratur. (,,Emma'', Okt. 87)

Was Mitscherlich wirklich gesagt hat, liest sich dagegen so: *,,Alles bis hierher Gesagte''* (er hatte einige Ausführungen zur einfachen Pornographie gemacht) *,,gilt für die sogenannte einfache Pornographie unter Ausschluß der extremen Formen sodomistischer und pädophiler Pornographie oder der Darstellung von Mord in pornographischen Zusammenhängen. Aggressive Schundliteratur bemächtigt sich mehr und mehr perverser sexueller Verhaltensformen, wie etwa der Sodomie. Auch hier, glaube ich, wird man durch Verbote wenig erreichen. Die aufklärende Selbsthilfe der Bürger — z.B. Sodomie als das darzustellen, was es ist — scheint mir der einzig wirkliche Schutz zu sein.''*

,,Die aggressive Schundliteratur ist für mich als Psychologe ein viel größeres Problem als die Pornographie.'' Mitscherlich gibt weiter an, daß er die *,,Verknüpfung von Libido und Aggression, vom Markt her gesehen, für ganz besonders tückisch''* hält. *,,Dabei ist die Aggression die führende Triebkraft; die Sexualität wird sozusagen nur mitgeschleppt. Bei der echten Pornographie steht dagegen die Sexualität im Vordergrund und nicht die Aggression.''*

Die Frage, ob er der Meinung sei, die Aggressionsschriften mitzuerfassen, beantwortet er mit Ja. Er gibt allerdings mit Recht zu bedenken, daß mit Verboten nichts beser wird, da die einschlägigen Produkte dann unter den Ladentisch verschwinden würden, und schlägt statt dessen vor: *,,Sollte man nicht eher solche Darstellungen in Fernsehsendungen oder in der Presse veröffentlichen und als das interpretieren, was sie sind, damit sie nicht als Triebreiz stehen bleiben, sondern z.B. als ganz niederträchtige Form der Ausbeutung der Meinungsfreiheit gekennzeichnet werden ...''*

Kentler dagegen spricht sich mit der Begründung, daß über die Wirkung des ,,harten Sex'' noch keine Ergebnisse vorliegen, für ein generelles Verbot von harter Pornographie sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene aus. *,,Da Aufforderungen zu aggressiven Handlungen nicht auf so starke Hindernisse und Widerstände stoßen wie Reize mit sexuellem Aufforderungscharakter, da außerdem nicht auszuschließen ist, daß insbesondere bei sexuell gehemmten Menschen eine Koppelung der sexuellen Antriebe mit Aggressionen entsteht ...''*

An anderer Stelle sagt allerdings auch er: *,,Ich könnte mir vorstellen — ich bin kein Jurist —, daß die bestehenden Gesetze durchaus genügen, um die Verbreitung der Darstellung der Grausamkeiten und Gewaltakten usw. zu verhindern, so daß man hier nicht einen besonderen Pornographieparagraphen zu schaffen braucht, zumal da es wahrscheinlich sehr schwierig sein wird, im Einzelfall zu unterscheiden, was nun schon eine sado-masochistische Grausamkeitsdarstellung und was noch einfache Darstellung von Sexualität ist. Denn man muß bedenken, auch die Sexualität enthält durchaus eine, wie ich sagen möchte aggressive Tendenz, und diese muß sogar dargestellt werden können, wenn man über Sexualität angemessen aufklären will.''*

Bei der Einschätzung der damaligen ,,Pornowelle'' wurden aber auch Probleme gesehen. Nach Meinung von Anton-Andreas Guha beispielsweise sei Pornographie keineswegs mehr ,,Ausdruck der Daseinslust'', sondern Ausdruck ,,sexueller Not und Verkrümmung''. *,,Sie zeigt, daß die Menschen der Konsumgesellschaft immer noch sexuell zu kurz kommen ... das massenhafte Bedürfnis nach leichtverdaulichem Sex-Konsum mit den Augen offenbart gerade einen Mangel, keineswegs eine Übersättigung ...''* (Sexualität und Pornographie, Ffm. 1970)

Immerhin stellte Kentler aber schon 1970 fest, daß folgende Veränderungen im Verlaufe der ,,Sexwelle'' eingetreten waren: größere Aufgeschlossenheit für sexuelle Probleme (über sexuelle Probleme sprechen), eine größere Toleranz gegenüber Personen, die sich sexuell anders verhalten als man selbst, liberalere Einstellungen gegenüber sexuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen, größeres Interesse für Probleme der Sexualerziehung bei Eltern und Pädagogen. Bei Frauen sei zu beobachten, daß sie gegenüber dem Manne sexuelle Ansprüche stellten, die darauf hinauslaufen, als Sexualwesen mit Recht auf sexuelle Befriedigung ernst genommen zu werden. (vor dem Sonderausschuß)

Zurück zur Kampagne der ,,Emma''. Die dargestellten Untersuchungen sind für eine Beurteilung der sog. ,,Sexwelle'' und der Wirkung von Pornographie (sowohl harter als weicher) doch offenbar sehr aufschlußreich oder zumindest beachtenswert. Warum spielen sie für die ,,Emma'' aber nur eine Rolle als ,,Vorläufer'' der heutigen ,,Pornoflut'', die Frauen nach Meinung der ,,Emma'' nur quält und schändet.

Und warum zeigt die ,,Emma'' gegenüber den konservativen MoralistInnen aus CDU und CSU keine ,,Berührungsängste''? *,,Es ist nicht unsere Aufgabe, uns von Kräften zu distanzieren, die unsere Versuche, etwas zu verändern, punktuell unterstützen.''* Und zynisch fügt sie später hinzu: *,,Der Vergewaltiger fragt auch nicht vorher, was sein Opfer wählt.''* (Alice Schwarzer in ,,Konkret'' 2/88)

Nach Regierungsantritt ließ die CDU 1983 erst einmal Aufklärungsmaterial ,,Betrifft Sexualität'' in Millionenhöhe im Reißwolf verschwinden! Eine Kampagne, die wirklich ernsthaft etwas gegen die Gewalt gegen Frauen und Mädchen tun will, muß die Erfahrungen der spießigen, sexualfeindlichen Ära der 50er und 60er Jahre unter der Regierung von ,,Christdemokraten'' mit einbeziehen. Sexualfeindlichkeit hat auch etwas mit Frauenunterdrückung zu tun.

Sy.

Linke zu AIDS

Beginnen wir allem voran, damit wir wissen, wovon wir reden, mit den neuesten Zahlen des Bundesgesundheitsamts (BGA), die die „Deutsche AIDS-Hilfe" dankenswerterweise in ihrem regelmäßig erscheinenden „AIDS-Informationsdienst" veröffentlicht (1):

Danach wurden vom 1.1.82 bis zum 31.12.87 1669 AIDS-Erkrankungen, davon 724 an AIDS Verstorbene registriert. Da bei AIDS anders als bei allen anderen Krankheitsstatistiken schlicht kumulativ von 1982 heraufgerechnet wird, ist mensch zu rechnen gezwungen. Nach Abzug der Zahl der Verstorbenen von der kumulativen Gesamtzahl bleiben nach offizieller Zählung heute 945 AIDS-Kranke im Bundesgebiet und Westberlin. Die Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen gibt das BGA wie folgt an: 185 Fälle von '82 bis '84. 1985 kamen 156 Fälle hinzu, 1986 noch einmal 298, 1987 714. Davon im ersten Halbjahr 1987 370, im zweiten Halbjahr 344. Das wäre grob eine Verdoppelung von Jahr zu Jahr mit leicht fallender Tendenz.

Von den 1.669 seit 1982 insgesamt AIDS-krank gemeldeten Menschen gehö-

von Jahr zu Jahr mit leicht fallender Tendenz.

Von den 1.669 seit 1982 insgesamt AIDS-krank gemeldeten Menschen gehö-ren lt. BGA 67 Personen nicht den bekannten Risikogruppen der Homosexuellen Männer, Fixer, Hämophilen, BluttransfusionsempfängerInnen und deren (heterosexuellen) PartnerInnen an. Das sind 4% aller Erkrankten. Nach derselben Quelle waren es am 31.1.86 3,8%. Das sind 0,00015% der Gesamtbevölkerung.

Da wir erstens in der BRD bisher keine Meldepflicht haben, zweitens alle derartigen Kurven durch Anfangskumulationen verzerrt werden, also eine unbekannte Dunkelziffer mitgerechnet werden muß, drittens die Kriterien der Zählung schwanken, sind die Zahlen mit Vorbehalt aufzunehmen. Es sind gewissermaßen politische Zahlen. Dennoch geben sie einen Anhaltspunkt zum quantitativen Umfang des AIDS-Problems in der BRD, besonders wenn mensch sie mit anderen Zahlen vergleicht. Pro Jahr sind in der BRD z.B. 450 Drogentote, 170.000 Krebstote, 370.000 Herz- und Kreislauftote zu beklagen, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Als Leiter der Abteilung Sexualwissenschaft der Frankfurter Universität durchaus engagiert in der AIDS-Prophylaxe, schreibt Volkmar Sigusch (2): „*Gegenwärtig kommt es in unseren Betrieben alle 18 Sekunden zu einem Arbeitsunfall, alle drei Stunden zu einem tödlichen. In der Zeitung (3) aber steht: 'Jetzt rüstet Grönland zum Kampf gegen Aids'. Zwar gäbe es 'bisher noch keinen akuten Fall von Aids auf der Insel' — doch man kann nicht wissen.*

Statistisch faßbar, sterben bei uns jedes Jahr Hunderttausende an Herzversagen, Krebs, Alkohol, Nikotin und anderen Drogen, Hunderttausende wollen sich selbst das Leben nehmen. Es gibt bei uns Infektionskrankheiten, an denen sehr viel mehr Menschen sterben als an Aids. Die 63 alten Menschen, die bei einer 'Grippewelle' zu Tode kommen, treten nicht einmal statistisch in Erscheinung. Wer denkt schon in Aids-Zeiten daran, daß es zigmal gefährlicher ist, bestimmte Arzneimittel einzunehmen? Daß mehr junge Frauen, statistisch: unter 35 Jahren, bisher jedes Jahr an den Auswirkungen der Empfängnisverhütung mit oralen Kontrazeptiva (4), der sogenannten Pille, gestorben sind als Riskierte an Aids? Von den tödlichen Viruserkrankungen der Armen der Welt ganz zu schweigen. Und von den 15 Millionen Kindern, die laut WHO jährlich an Atemwegsinfektionen sterben. Und von den 20 Millionen Lepra-Kranken, die als Ausgestoßene irgendwo dahinvegetieren…

Doch lassen wir das Aufrechnen, weil es zu Kosten-Nutzen-Analysen, Schuldzuweisungen und Selektionen führt und sonst gar nichts: Jedem Kranken gebühren medizinische Hilfe und menschliche Anteilnahme gleichermaßen".

Von diesem Stand wollen wir ausgehen.

Die theoretische Diskussion

Wer sich in den Jahren '85 und '86 nicht nur von amtlichen und halbamtlichen HochrechnerInnen vollquatschen lassen wollte, konnte auf zwei kritische Veröffentlichungen zurückgreifen: Rolf Rosenbrock, „AIDS kann schneller besiegt werden" (5), sowie Frank Rühmann, Mitarbeiter an dem von Reemtsma getragegen „Hamburger Institut für Sozialforschung, „AIDS — eine Krankheit und ihre Folgen". (6)

Rosenbrock, diplomierter Politikwissenschaftler, Mitarbeiter der Zeitschrift „Argument" klotzt gegen Hochrechnungshysterie, kontraproduktive Gauweilereien wie Zwangs- und Massentests und sonstige staatliche Zwangsmaßnahmen. Er setzt dagegen auf breite Aufklärung, freiwillige Meldepflicht, Förderung individueller Risikoeinschränkung durch zielorientierte Beratung von sog. Risikogruppen, politisch: staatliche Förderung und Integration von AIDS-Selbsthilfe in die staatlichen Gesundheitsprogramme, statt obrigkeitsstaatlicher Verwaltung des Problems. Seine Hauptkritik gilt allerdings nicht einer überzogenen staatlichen Sicherheitspropaganda, sondern einem uneffektiv entwickelten Präventionsprogramm. Kernsatz seines Programms: „*AIDS-Prävention ist deshalb — zumindest beim*

paganda, sondern einem uneffektiv entwickelten Präventionsprogramm. Kernsatz seines Programms: „*AIDS-Prävention ist deshalb — zumindest beim* *derzeit gegebenen Wissenstand — zeitstabil wirksame Verhaltenssteuerung in potentiell riskanten Situationen*".

Mit dieser Linie wurde sein Buch zum Renner der AIDS-Hilfen in den beiden zurückliegenden Jahren. Die Verleihung der „AIDS-Sicherheitsnadel" an engagierte Ehrenamtliche Helfer wurde zum Symbol dieser Politik. Inzwischen ist Rosenbrock Mitglied der Mitte '87 eingerichteten AIDS-Enquete-Kommission des Bundestages und das Netzwerk der AIDS-Hilfen mit der „Deutschen AIDS-Hilfe" als Dachverband halbamtlicher Bestandteil der offiziellen AIDS-Politik der Bundesregierung.

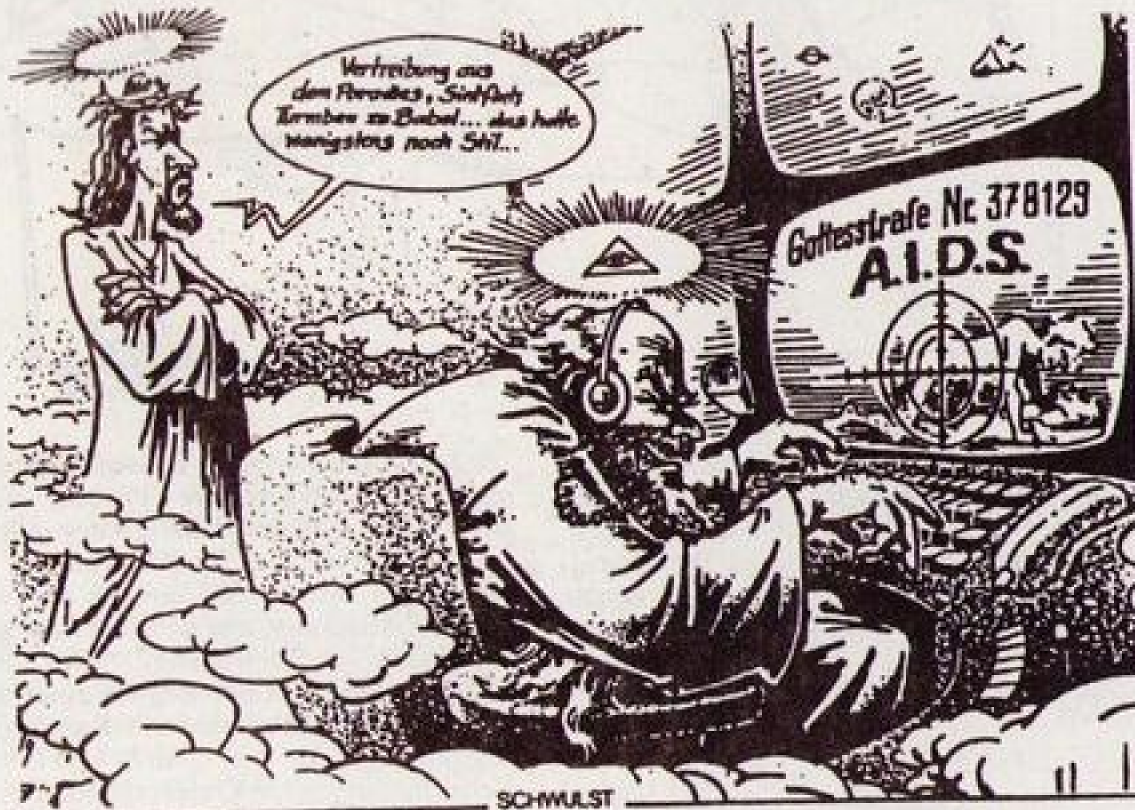
Anders als Rosenbrocks aufgeklärt technokratische Kritik, die sich an der mangelnden Effektivität autoritärer Präventionsvorstellungen à la Gauweiler und Ausarbeitung einer effektiveren Alternative abarbeitet, ging Rühmann's, schon ein gutes Jahr zuvor veröffentlichte Kritik, ans Eingemachte der politischen AIDS-Profiteure.

liegt vielmehr darin, daß sie neben dem Element der Unsicherheit auch ein sehr deutliches Versprechen von Sicherheit beinhaltet. Einer Sicherheit freilich, die nur um den Preis eines bestimmten Verhaltens zu erreichen ist, und dessen inhaltliche Bestimmung sich scheinbar aus der Natur *der Krankheit ergibt. (… Eine Krankheit wie AIDS, die einerseits als drohende Apokalypse beschrieben wird, als Seuche, gegen die es kein medizinisches Mittel gibt, evoziert Ohnmachtsgefühle und erzeugt im Zeichen der Prävention die Bereitschaft zur Unterwerfung unter neue und alte Normen. Durch die Zuschreibung zu bestimmten Verhaltensweisen ist es auch gelungen, diese Präventionsgedanken in einem vorher nicht gekannten Ausmaß zu popularisieren und als zwingende Notwendigkeit darzustellen*". Ohne eine interessierte Medienkampagne wäre AIDS nicht zu dem geworden, was es heute ist, nämlich über das medizinische Problem hinaus zu einem sozialpsychologischen Phänomen.

Rühmann's Konsequenz: „*Die politische Instrumentalisierung der Krankheit AIDS muß wieder von der realen Krankheit getrennt werden. Sie ist keine Meta-*

Rühmann's Konsequenz: „*Die politische Instrumentalisierung der Krankheit AIDS muß wieder von der realen Krankheit getrennt werden. Sie ist keine Meta-**pher für gesellschaftliche Unmoral und Unordnung. Sie ist als reales Leiden schlimm genug, so daß sie nicht auch noch als politischer Gefahrenherd bestehen bleiben muß*".

Mit den Positionen von Rosenbrock und Rühmann waren Grundlinien einer möglichen innerlinken Auseinandersetzung um die Behandlung der AIDS-Problematik skizziert: Hier das kritische Aufspringen auf die staatliche Präventionslokomotive mit dem erklärten Ziel der Verhaltensänderung, dort die Abwehr einer die Selbstbestimmung des Individuums normierenden staatlichen Funktionalisierung der Krankheit, ohne die Notwendigkeit sachbezogener Aufklärung und praktischer Maßnahmen leugnen zu können. Das Dilemma ist deutlich: Im Schlepptau der staatlichen Kampagne und staatlicher Maßnahmen befinden sich beide. Diese Hilflosigkeit dürfte ein Grund für die Zurückhaltung im linken Blätterwald bis Anfang '87 sein, wenn auch nicht der einzige.



Aus: „Dem Rosa", 2/87

Auch Rühmann geht von der realen Bedrohung der Allgemein-Bevölkerung durch die Krankheit aus und sieht das Kondom als einzigen möglichen Schutz. Für ihn ist AIDS eine „Metapher" für eine globale Wende zu autoritären Lebensvorstellungen und staatlichen Konzepten. „*AIDS hat mit anderen Worten einen gesellschaftlichen Sinn. Es wird etwas anderes thematisiert als nur die faktische Krankheit*". Mit den apokalyptischen Hochrechnungen werde „*eine neue Strategie der Prävention etabliert*". Es gehe um die „*Stigmatisierung des Unangepaßten*". Allerdings würde man „*die gesellschaftliche Funktion der Diskussion um AIDS ganz entschieden unterschätzen, würde man sie nur darin sehen wollen, daß AIDS als eine mysteriöse und unheilbare Krankheit Unsicherheit und Angst hervorrufe und strukturiere, die dann auf Sündenböcke projiziert werden kann. Die besondere Wirkung der Diskussion um AIDS, die ihr eine so wichtige gesellschaftspolitische Bedeutung verleiht,*

Ehre, wem Ehre gebührt

Das Jahr '87 brachte nicht nur die zweite Medienwelle der bürgerlichen AIDS-Kampagne mit großen und kleinen Sellern des apokalyptischen Genres nach dem Muster des „Spiegel", des Schwe-den MA Koch uam. Es spülte auch reichlich kritische, alternative, linke Publikationen, darunter allerdings auch einige Wiederkäuer an Land. Boom ist Boom. Da macht weder AIDS, noch die Linke eine Ausnahme.

Neben mehreren Büchern von Frauenverlagen, auf die später einzugehen sein wird, sind die Veröffentlichungen des „konkret Literatur Verlages" besonders hervorzuheben. Zum einen ein Heft in der Reihe „konkret Sexualität" unter dem Titel „Operation AIDS" Anfang des Jahres, zum zweiten ein Sammelband zu AIDS unter dem Titel „AIDS als Risiko", herausgegeben von Volkmar Sigusch, in denen von einer Reihe namhafter kritischer WissenschaftlerInnen sowohl von der sachlichen, als auch von der politischen Seite in Fortsetzung der oben skizzierten Kontroverse eine fundierte alternative Aufklärung gegen die herrschende Apokalypse in Gang zu setzen versucht wird. Von ähnlicher Struktur ist das Heft „Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte, Kultur und Gesellschaftspolitik", 4/87 mit einem Schwerpunktthema zu AIDS.

Ich will hier kein Potpourri der sexual- und politikwissenschaftlichen Szene vorführen. Das mag jedeR mit Gewinn selbst lesen. Ich beschränke mich auf eine Skizze der Stichworte, die auf wissenschaftliche Vertiefung von Rühmann und Rosenbrock zielen und in der linken Presse zu verbreiten oder kontrovers auszutragen wären:

* Der Schweizer Psychologe Paul Parin liefert das Stichwort von der „*Mystifizierung von Aids als 'Verschiebungsersatz' (Sigmund Freud) für unerträgliche Verhältnisse*". Als traditioneller Verschiebungsersatz diene zum einen die Bedrohung durch potentielle Feinde von außen, zum zweiten der Sündenbock im Innern. Bei AIDS fallen seiner Meinung nach beide Erscheinungen zusammen: „*die unheimliche Krankheit und die ausgegrenzte machtlose Gruppe, der die Schuld am Übel zugeschrieben wird und die deshalb bekämpft werden muß*". Die Homosexuellen, als Hauptsündenbock, seien „*die Verbündeten derer, die sie als gefährliche Randgruppe diskriminieren und als die größte Bedrohung der Menschheit darstellen.* Grund: Sie neigten, wie unter anderen Bedingungen die Juden, dazu, die ihnen zugeschriebene Rolle als gefährliche, ekelhafte, gewissenlose oder auch grausame Verursacher ihres eigenen Unglücks und einer bedrohlichen Volkseuche anzunehmen und durch Kasteiung und Verzicht auf ihr eigenes Sexualleben tätige Reue zu üben. Im übrigen sei die AIDS-Kampagne Ausdruck des vorherrschenden politischen Klimas. Bei der politischen Instrumentalisierung von AIDS gehe es um das „*Ende einer liberalen Epoche*". (8)

* Martin Dannecker, Mitarbeiter an dem von V. Sigusch geleiteten Institut für Sexualforschung an der Frankfurter Uni, thematisiert Forschungsansätze und Kontroversen zum Stichwort „Entliberalisierung". Seine These: „*Die Angst vor Aids ist so gewaltig geworden, daß der Widerstand der Menschen gegen von außen kommende Eingriffe in ihre Sexualität nahezu erlahmt ist. Sie sind bereit, die in der Phase der sexuellen Liberalisierung hervorgebrachte Subjektivierung der Sexualität zur Disposition zu stellen und die Entscheidung über das richtige Sexualverhalten anderen zu überlassen. Die Richtung, die der Sexualität durch Aids aufgezwungen wird, ist mit dem, was die sexuelle Liberalisierung einmal meinte, dann auch nicht zu vereinbaren*". (9)

Dannecker steht damit im Schnittpunkt dreier Konfliktlinien: Zum einen der These des Hamburger Sexualforschers Gunter Schmid, die sexuelle Liberalisierung sei in einer Überflußgesellschaft nicht rückgängig zu machen. Beides gehöre zusammen. (10) Zum zweiten der von der großen Mehrheit männlicher wie weiblicher nicht nur bürgerlicher, sondern auch linker Fachleute und Publizisten wie Rühmann, G. Amendt, Melitta Walter u.a. vertretenen Auffassung, AIDS sei der Ausdruck einer schon vorher zu beobachtenden Liberalisierungsmüdigkeit und bereits stattfindenden Entliberalisierung. Dies zieht sich als Grundtenor durch die meisten hier untersuchten Beiträge. Zum Dritten der vor allem von Feministinnen vertretenen Position, AIDS sei eine Chance für eine neue sexuelle Revolution, neue Zärtlichkeit usw. Hierauf komme ich noch genauer.

* An dem Stichwort „AIDS als ordnungspolitisches Vehikel" geht fast kein Beitrag vorbei. Eine wegweisende Spur für die Konkretisierung der Analyse und entsprechende Agitation legte Götz Aly mit seinem Aufsatz „Tuberkulose und Euthanasie" (11), aus dem die Parallelität von aktuellen reaktionären AIDS-Präventionsfantasien und faschistischer Volks- und Rassenhygienik erschreckend ins Auge springt. Diese Spur wäre durch die Einbeziehung von Arbeiten über Humangenetik und Sterbehilfe, wie sie vor allem von Forschern der Reemtsma-Stiftung vorgelegt werden, in die aktuelle Diskussion zu befördern. (12)

* Konträre Stichworte zum praktischen Verständnis von AIDS-Prävention liefern zum einen Karl Georg Kruse von der „Deutschen AIDS-Hilfe", zum andern ein Peter Rogge, z. Zt. freier Journalist in New York (13): Kruse beschwört die Autonomie der Selbsthilfegruppen vom Staat, betont aber gleichzeitig, eine Arbeitsteilung zwischen AIDS-Hilfen und staatlichen oder staatsnahen Organisationen sei „*wohl zweckmäßig*". Die Aufklärungs- und Präventionsarbeit aller Beratungsstellen müsse „*aufeinander abgestimmt sein, muß sich ergänzen, darf sich keinesfalls widersprechen*". Als Ziel fordert er, ganz auf der Linie Rosenbrocks: „*Aufklärung in richtiges Verhalten umzusetzen*". Mit dieser Zielsetzung und den praktischen Vorgaben ist die AIDS-Selbsthilfe bei aller Abgrenzung unvermeidlich Bestandteil staatlicher AIDS-Politik. Kommt noch der Bündniszwang hinzu, das „kleine Übel" der Süßmuth-Linie gegen das große der Gauweilereien im Land zu verteidigen.

Extrem dazu weiß Peter Rogge von Tendenzen zu berichten, angesichts der Stigmatisierungspolitik „*die Krankheit offensiv zu gebrauchen*". In den USA habe sich diese Tendenz bereits unter dem Namen „New Cancer Power", die für eine Politik der terroristischen AIDS-Infektion eintrete, subversiv organisiert. Er präsentiert ein Interview mit einer unter dem Pseudonym Maria Plague auf-

Fortsetzung nächste Seite



„Schnabeldoktor". Mittelalterlicher Arzt in der üblichen Schutzkleidung, die vor Ansteckung durch die Pest schützen sollte.
(Aus: „Leben mit AIDS", ebv-Rissen, 1987)

„Schnabeldoktor". Mittelalterlicher Arzt in der üblichen Schutzkleidung, die vor Ansteckung durch die Pest schützen sollte.
(Aus: „Leben mit AIDS", ebv-Rissen, 1987)

Fortsetzung von vorheriger Seite

tretenden Repräsentantin dieser Gruppe. Ihre Argumentation: „*Die Selbsthilfegruppen beschränken sich darauf, für die medizinische und psychische Betreuung der Kranken private Spenden und staatliche Unterstützung zu erbetteln. Außerdem versuchen sie, über eine Aufklärungskampagne die Ausdehnung der Seuche zu verhindern und der Bevölkerung klarzumachen, daß ein Aids-Kranker ein Pest-Kranker ist. Wie wird diese Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung honoriert? Indem sich diejenigen aus der Verantwortung stehlen, die zur Verbreitung dieser Seuche beigetragen haben*", — Gesundheitsbehörden, Polizei, Politiker, Pharmakonzerne. Es komme jetzt nicht darauf an, das Problem einzugrenzen, um die Welt für die Verantwortlichen sicherer zu machen, sondern es auszuweiten, „*das heißt, den Infizierten klarzumachen, daß sie trotz des erwarteten Todes einen realen Machtfaktor darstellen. Statt einer Politik des Mitleids eine aggressive Politik des 'Betroffen-Machens'. Erpressen wir die Gesellschaft mit uns*". Anfangs seien sie nur eine Handvoll Leute gewesen, inzwischen hätten sie derartigen Zulauf erfahren, „*daß es uns möglich war, ein Netz über das ganze Land zu spannen. (...) Wir sind Männer und Frauen, die sich in die höchsten Gesellschaftskreise hineingevögelt haben*".

Mag der aufgeklärte Verstand eine derartige Irrationalisierung für möglich halten oder nicht, zumindest liefern solche Argumentationen der Reaktion ihren Stoff, mit dem sie die Anpassung der Selbsthilfen an das staatliche Normierungsprogramm weiter vorantreiben kann. Die bereits erfolgte und weiter angedrohte Internierung sog. AIDS-Desperados spricht eine deutliche Sprache.

* Zu erinnern ist schließlich noch an die Thesen über die Entstehung von AIDS

* Zu erinnern ist schließlich noch an die Thesen über die Entstehung von AIDS als „'Altlast' der Forschung", die unter dem Pseudonym Booby Hatch in der Zeitschrift „Wechselwirkung" vom 27.11.85 und folgenden veröffentlicht wurden. (7) Der Untersuchungsansatz wäre geeignet, der bürgerlichen Schicksalspropaganda entgegenzutreten. Die „Zuspitzung" dieser These durch Prof. Segal in der „taz" vom 18.2.87 als „AIDS — man made in USA" (7), in der er etwas zu bestimmt die Ansicht vertrat, AIDS stamme aus dem Biowaffen-Labor der NATO in Fort Detrik, wurde allerdings nicht nur von der bürgerlichen Presse, sondern später auch durch Booby Hatch in der „Wechselwirkung" als unbewiesene Indizienkette und in sachlichen Details unzutreffend zerrupft. Zwar tauchte die These von Hatch, wie auch die von Segal in einigen linken Blättern desweiteren durchaus noch auf, aber die Ursachenanalyse zu AIDS führt in der linken Presse seitdem ein Schattendasein.

Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang allerdings noch zwei sehr unterschiedliche Hinweise zum Stichwort „Kofaktoren". Als Kofaktoren werden die biologischen oder sozialpolitischen Bedingungen bezeichnet, die über die bloße Virusinfektion hinaus Ausbruch und Verlauf der Krankheit begünstigen, verzögern oder verhindern.

Der Bremer Kernphysiker Jens Scheer sieht in den durch Strontium 90 nachweislich verursachten Schädigungen des Immunsystems einen solchen Kofaktor für die Ausbreitung von AIDS. Historischer und geografischer Verlauf von Strontium-Schädigungen und AIDS-Entwicklung seien statistisch zur Deckung zu bringen.(14)

Volkmar Sigusch schließlich faßt die Kritik der hysterischen Apokalypse in der Schlußfolgerung zusammen: „*Für den Vertreter einer psychosozialen Medizin ist es eine gesicherte Erkenntnis: daß die Aids-Kampagne der Presse das Wohlbefinden weiter Bevölkerungskreise beeinträchtigt, daß sie unter entsprechenden individuellen Voraussetzungen von krankmachender Potenz ist, daß sie zu jenen vieldiskutierten Kofaktoren gerechnet werden muß, die auch bei den Infektionskrankheiten als mitverursachend immer zu bedenken sind*". (15) Insgesamt allerdings ist die Erforschung und Diskussion der Kofaktoren ein ungeschriebenes Kapitel auch der kritischen Auseinandersetzung mit AIDS.

GRÜNE Hoffnungen

Für die GRÜNEN ist, um mit Sigusch fortzufahren, „AIDS ein ökologischer Verteidigungsfall". Sigusch zitiert aus einem Brief des GRÜNEN MdB Herbert Rusche. „*Zur Vorbeugung gibt es grundsätzlich nur einen Rat: Grundsätzlich jeden Kontakt zwischen eigenen und fremden Körperflüssigkeiten zu vermeiden... Ganz egal, ob eine Frau oder ein Mann antikörper-positiv oder antikörper-negativ ist, sind solche Vorbeugemaßnahmen ('safer sex') sinnvoll*". In Anzeigen und Broschüren, fährt Sigusch fort, wiesen die GRÜNEN darauf hin, daß das *jetzt jede Frau und jeder Mann wissen sollte!*" Ja, sie wüßten sogar mehr: Auch der Schweiß stecke an. Wer dagegen „*seit Jahren in einer monogamen Zweierbeziehung*" lebe, brauche keine Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen. Sigusch resümiert: „*Dank der grünen Gründlichkeit wissen wir jetzt, daß mittlerweile auch der spuckende, urinierende, kotende und schwitzende Körper vernünftigerweise zu vermeiden wäre. Mein lieber Abgeordneter Rusche*", schließt Sigusch, „*Sie wollen Schutz und Sicherheit, doch Sie gehen einen gefährlichen Weg, den nicht einmal die CSU öffentlich zu betreten wagte*". (16)

Ein bißchen barsch, möchte mensch meinen, klingt das schon. Immerhin sind die GRÜNEN bekannt, wenn nicht für Pluralismus, dann doch wenigstens für Heterogenität. Und selbstverständlich grenzen sie sich entschieden von Zwangsmaßnahmen und besonders Gauweilereien ab.

So bestand ihr erster Vorstoß zur Entwicklung einer eigenständigen AIDS-Politik im Frühjahr '87 in der parteiinternen Vorlage des Entwurfs für ein Antidiskriminierungsgesetz. „*Stahlhelmfraktion schlägt auf Randgruppen ein*", „*knallharte Machtpolitik*" wird den Gauweilers entgegengeschleudert. Auch die unkritische Hoffnung auf Rita kriegt ihr Fett ab: Der AIDS-Staat könne sich auch schleichend einstellen. Im Koalitionskompromiß nach der Wahl sei den bayerischen Zwangsmaßnahmen keineswegs eine prinzipielle Absage erteilt worden, sondern die Möglichkeit weiterer Erfassungsmaßnahmen offengehalten worden. Der bayerische Probelauf könne durchaus noch Modellcharakter bekommen. „*Bei der labilen politischen Situation an der AIDS-Front kann es nicht der grünen Weisheit letzter Schluß sein, immer nur Frau Süßmuth das Rückgrat zu stärken*". Gefordert wird deshalb eine „*demokratische AIDS-Politik (mit den Stichworten vernüftige Prävention und solidarischer Einsatz für alle Betroffe-*

„*demokratische AIDS-Politik (mit den Stichworten vernüftige Prävention und solidarischer Einsatz für alle Betroffe-*

nen)". Grüne AIDS-Politik müsse daher „*AIDS als Bürgerrechtsfrage ins Zentrum der radikal-demokratischen Politik der Partei rücken*". Konsequenz: Ein Antidiskriminierungsgesetz müsse her. Zwar, schränkten die InitiatorinnEn ein, sei auf eine Durchsetzbarkeit kaum zu hoffen, aber eine solche Forderung sei doch ein „*öffentlichkeitswirksames Signal*".

Der Vorschlag fiel nach kurzem Hickhack u.a. in der „taz" bei der Fraktionsmehrheit durch. In der „taz" tat sich Klaus Hartung bei dieser Gelegenheit durch die Kritik hervor, der Vorschlag ziele auf eine Privilegierung von Minderheiten! (17)

Die Fraktion stellte stattdessen im Bundestag einen Antrag zur Einrichtung einer paritätisch zu besetzenden Enquete-Kommission zu AIDS unter dem Arbeitstitel „*Möglichkeiten der Menschen in der Bundesrepublik, mit Aids zu leben*"... Aufgabe der Kommission solle sein, „*gemeinsame Strategien als Grundlage für Entscheidungen des Deutschen Bundestages*" zu erarbeiten.

In der Begründung heißt es: „*Nach Abzug aller Panik- und Angstübertreibungen entwickelt sich die Immunschwäche AIDS zu einer Krankheit, die die Gesellschaft und das Leben vieler Menschen bedroht*". Die Kommission solle Gegenmaßnahmen entwickeln, „*die es uns allen ermöglichen, mit der Krankheit zu leben*". Sie solle ein Vorsorgeprogramm entwickeln, daß „*die berechtigten Sorgen der Menschen vor Aids ernst*" nehme und müsse dies der Bevölkerung bewußt machen. Aber: „*Jeder Form von Diskriminierung, Selektion oder Ghettoisierung muß entgegengetreten werden. Die Enquete-Kommission hat (aber) in den Schlafzimmern der Menschen in der Bundesrepublik nichts zu suchen*".

MdB Heike Wilms-Kegel, Ärztin, inzwischen Mitglied der Kommission, fügte als persönliche Erklärung u.a. noch hinzu, Aufgabe der Kommission dürfe keinesfalls sein, „*Vorschäge zu erarbeiten, die darauf hinauslaufen, eine Veränderung des sexuellen Verhaltens der Menschen zu erreichen. Ganz im Gegenteil: Ich erwarte von der Kommission, daß sie sicherstellt, daß die sexuelle Selbstbestimmung und das Recht der Menschen auf Sexualität nicht beschnitten wird und darüberhinaus Lösungsvorschläge erarbeitet, die garantieren, daß an AIDS erkrankte und HIV-positive Menschen in keinster Form diskriminiert werden*". — Soweit die Absichten. Die Praxis folgt aus der paritätischen Besetzung. Eine eigenständige GRÜNE Politik zu AIDS ist in der Kommission nicht möglich.

Am Wochenende, d. 5./6.12.87 unternahmen die GRÜNEN mit Einberufung eines Kongresses „AIDS und Menschenrechte" den Versuch, in Sachen AIDS-Prävention auf eigene Beine zu kommen. In Frontstellung gegen Tendenzen zu einem „*starken Staat*", in dem Politik mit der Angst, Überwachung und Ausgrenzung „*längst nicht mehr nur auf Bayern begrenzt*" sei, wurde als Aufgabe formuliert: „*AIDS stellt auch die GRÜNEN vor neue Anforderungen: Manche Positionen müssen angesichts von AIDS neu überprüft werden (z.B. in der Bewertung der Gentechnologie). Es müssen Konzepte einer GRÜNEN Gesundheitspolitik im Hinblick auf AIDS weiterentwickelt werden — hin zu einer AIDS-Prävention, die auf Selbstbestimmung baut und auf Eigenverantwortung abzielt, die den Schwarzen Peter der AIDS-Verhütung nicht einseitig auf Test-Positive abschiebt, die ohne Moral- oder Test-Propaganda auskommt. Politische Vorstöße sind notwendig, um Rahmenbedingungen für eine sinnvolle AIDS-Prävention zu schaffen — in der Drogenpolitik, im Verhältnis der Gesellschaft gegenüber Schwulen und Prostituierten. Die GRÜNEN sind gefordert, Antworten darauf zu finden, wie die Gesellschaft lernen kann, mit AIDS zu leben, wie Menschenrechtsverletzungen, Stigmatisierungs-und Ausgrenzungsprozessen entgegengewirkt werden kann*".

Es wurde, wie die „taz" (8.12.87), durchaus solidarisch mit dem GRÜNEN Unternehmen berichtet ein GRÜNER Kongreß ohne GRÜNE. Der überwiegende Teil der rund 200 TeilnehmerInnen kam aus AIDS-Hilfen, Selbsthilfeorganisationen von Schwulen und Prostituierten oder waren AIDS-Kranke und HIV-Positive. Insofern war der Kongreß auch repräsentativ für die Haltung der „Szene"-Zeitungen wie „taz", „Pflasterstrand" und auch die Mehrheit der sog. Stadtblätter, in denen sich die Arbeit der Selbsthilfegruppen, AIDS-Hilfen usw. mehr oder weniger ungefiltert widerspiegelt. Dem „Pflasterstrand" konnte mensch in einer seiner Märzausgaben ein Kondom entnehmen. In den Stadtzeitungen wird für die Arbeit der örtlichen AIDS-Hilfen geworben, zumeist aus ihrer eigenen Feder.



Aus: „taz", 12.2.87

Schnelle Einigkeit bestand offenbar in der Verurteilung der Gauweiler-Linie in Bayern und anderswo. Ebenso über die Unbrauchbarkeit von Tests als Präventionsmittel. Als die Frankfurter Medizinerin Helga Rübsamen-Waigmann massive Testaufrufe mit Hinweis auf die bevölkungspolitische Apokalypse forderte, gab es einen Proteststurm. Differenzen gab es aber bereits zu Ausführungen von Heike Wilms-Kegel, die bei Gauweiler und Süßmuth „*dieselben Absichten, die hinter der Politik stehen*" kritisierte. Die bayerischen GRÜNEN sahen das als Verharmlosung des Gauweiler-Katalogs.

Nicht unerwähnt bleiben darf die Kritik an der Linken: Hans Peter Hauschild von der Frankfurter AIDS-Hilfe brachte vor, die Linke habe AIDS bisher verschlafen. Sie sei in einem billigen Taumel nach dem Motto „alle gegen Gauweiler" verfallen. Helmut Ahrens, Drogenreferent der „Deutschen AIDS-Hilfe" äußerte bei einer Podiumsdiskussion am Sonntag den Verdacht, es gebe auch in der alternativen Szene die Neigung zu Repressionen, um sich vor den Folgen einer angeblichen Desperado-Mentalität zu schützen. Er dürfte dabei nicht zuletzt an die Kommentare von Kuno Kruse in der „taz" (20.2.87) gedacht haben, in denen dieser die Maßnahmen gegen AIDS-Infizierte mit Sätzen rechtfertigen konnte wie: „*Die erste HIV-infizierte Prostituierte hat einen Strafbefehl bekommen. Das ist, abstrahiert vom Einzelfall, juristisch geboten*". (taz, 14.2.87) oder „*Die strafrechtliche Verfolgung darf kein Tabu sein*" (taz, 20.2.87).

Die abschließende Diskussion, schreibt der „taz"-Berichterstatter und andere Meldungen liegen bezeichnenderweise nicht vor, „*zeigte, daß die Partei immer noch kein eigenes Konzept im Umgang mit der Immunschwächekrankheit und ihren gesellschaftlichen Folgewirkungen hat*".

In der Diskussion um konkrete Schritte wie Methadon-Programme für Fixer, Ausstiegsprogramme für Prostituierte uam. zerfiel der Kongreß endgültig in Einzelmeinungen. „*Vieles von dem, was hier an Einzelmaßnahmen gefordert wurde, zum Beispiel die Methadon-Programme, ist in der Partei nicht Konsens*", kommentierte MdB Regula Schmidt-Bott.

Desungeachtet ließen die GRÜNEN anschließend verlauten, der Kongreß sei sich einig gewesen, „*daß auch die AIDS-Politik der Bundesregierung keine überzeugende Alternative zu Zwangsmaßnahmen nach bayerischem Vorbild darstellt*". Der Kongress habe „*Wege aufgezeigt, wie es möglich ist, AIDS als das zu bekämpfen, was es ist, nämlich als eine ernste Erkrankung, und nicht als neue gesellschaftliche Bedrohung*". Für das Frühjahr '88 wird der Beginn einer auf dem Kongreß beschlossenen Kampagne angekündigt, die u.a. „*flächendeckende Veranstaltungen*" in Kreisverbänden, Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Zwangsmaßnahmen und parlamentarische Initiativen in Bund und Ländern umfasse.

Als ein erstes Produkt dieser Kampagne veröffentlichte z.B. die Hamburger GAL-Mitte Ende Januar eine Presseerklärung, in der es u.a. heißt: „*AIDS ist die große Seuche des Jahrtausend-Wechsels, vergleichbar in ihren Auswirkungen mit PEST und SYPHILIS, die während ihrer Höhepunkte jeweils bis zu 30% der Bevölkerung dahinrafften. Es gibt ernstzunehmende Stimmen, die uns AIDS-Betroffenen eine noch schlimmere Zukunft vorhersagen. Aus diesem Grund macht die GAL-Mitte AIDS zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte des Jahres 1988*". Alles, was gegen AIDS getan werden könne, sei: „*Vorbeugen, Forschen, um den Teufelskreis zu durchbrechen*, sich auf massive Veränderungen der Bevölkerungsstruktur vorzubereiten". Beruhigend wird noch hinzugefügt, die GAL wolle eine „*Politik vorantreiben, die es ermöglicht, mit AIDS zu leben und die Epidemie zu begrenzen. Wir wollen erreichen, daß dabei Demokratie und soziale Absicherung erhalten bleiben*".

Oh je! Wer bewahrt die Bevölkerung vor solchen Idioten! Die GRÜNEN offenbar nicht. Da ist Volkmar Sigusch letztlich dann doch beizupflichten.

Bleibt noch anzumerken, daß die einzige Zeitung, die mensch mit einem gewissen Recht in Ermangelung eines parteieigenen für ein GRÜNES Theorieblatt halten könnte, Ex-KBWler Joscha Schmierers „Kommune", in unserem Beobachtungszeitraum seit Anfang '87 nicht einmal eine ganze Seite für das Thema AIDS aufwandte. (18) Immerhin: Beklagt wird die Funktionalisierung von AIDS für Pogrom- und ausländerfeindliche Ausgrenzungs- und Entliberalisierungspolitik und die „*enormen Möglichkeiten der konservativ-reaktionären Politik im Zusammenhang mit AIDS*". Etwas mehr geistige Ausrüstung auf diesem Gebiet wäre aber wohl nützlich gewesen.

DKP: „Bündnis der Aufgeklärten

Wie könnte es anders sein! Die DKP steigt gleich mit fertigem Aktionsprogramm ein. Anders als in anderen Fragen, hat sie hierbei ja auch volle Rückendeckung durch den großen und den kleinen Bruder jenseits der großen Mauer.

Anders als von dort allerdings vernimmt mensch im Aktionsprogramm der DKP „*Für eine humane Anti-Aids-Strategie*" keine Schuldzuweisung an die moralische Verkommenheit des Kapitalismus. Selbst die Thesen Segals wurden nur mit „*großer Aufmerksamkeit*" referiert und vorsichtig auf sowjetische Quellen verwiesen, die die „*Ansicht vertreten*", daß AIDS künstlicher Herkunft sei. Auf Behauptungen legt man sich nicht fest. (19)

Ausgangspunkt der DKP: „*Aids geht wirklich jeden an!*" („UZ", 14.2.87)

„*Aids ist eine besorgniserregende, lebensbedrohende Krankheit. Sie ist aus-* *wirklich jeden an!*" („UZ", 14.2.87)

„*Aids ist eine besorgniserregende, lebensbedrohende Krankheit. Sie ist ausschließlich mit den notwendigen gesundheitspolitischen und therapeutischen Maßnahmen, aber nicht mit ordnungspolitischen Mitteln und Maßnahmen zu bekämpfen.*". In diesem Sinne werden AIDS-Tests bei Menschen ohne „*begründeten ärztlichen Verdacht*" abgelehnt. Erweiterung der Forschung auf die Kofaktoren, die Erhaltung und Erweiterung des sozialen Netzes für die Kranken, die Entwicklung von Hilfsprogrammen vor Ort, Kampf gegen Tendenzen der Aussonderung und und Vernichtung „lebensunwerten Lebens" nach Nazi-Tradition werden gefordert. Zum bayerischen Maßnahmenkatalog titelte die „UZ" (28.2.87): „*CSU-Beschlüsse von Nazi-Geist erfüllt*". Alles recht ehrbar.

Aber die DKP wäre nicht mehr die DKP, wenn dies alles wäre: Zum einen hört das Programm just dort auf, wo es interessant werden würde. So bleibt z. B. trotz aller scheinbaren Konkretheit offen, wie die DKP zu Spritzen- und Methadonausgabe an Fixer und Drogenabhängige, zu Ausstiegsprogrammen für Prostituierte steht usw. Zum zweiten dürften selbst hauseigene LeserInnen über den Satz stolpern: „*Jeder ist in der Lage, durch Verhaltensänderung, durch Vermeidung von 'Risikosituationen' sich und andere vor der tödlichen Krankheit zu schützen*". Daran würde selbst Frau Süßmuth noch kritisch anmerken, daß diese Formulierung doch wohl die Frauen vergesse! Im übrigen könnte er von ihr stammen.

Zum dritten hat die DKP angesichts der rigiden Maßnahmen in der DDR natürliche Schwierigkeiten mit dem Problem der Meldepflicht: „*Es gibt keine prinzipiellen Gründe gegen die Meldepflicht*", heißt es in dem Prgramm. Das Für und Wider könne „*nur konkret*" beantwortet werden. Gegen Meldepflicht sei nichts einzwenden, wenn das Virus dadurch gestoppt werde, wenn die „*Maßnahme faktisch durchsetzbar*" sei, andere gesundheitspolitische Strategien, z.B. Strategien der Verhaltensbeeinflussung dadurch nicht be- oder verhindert würden, wenn schließlich „*Aufwand (Staatseingriff, Rechtseinschränkung etc.) und Nutzen (an Gesundheit) in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen*".

Nicht zu vertreten dagegen sei die Meldepflicht, wenn Kranke Aussonderung, Arbeitsplatzverlust, Ghettoisierung zu befürchten hätten, wenn aus Opfern einer Krankheit Täter, Verbrecher an der Volksgesundheit gemacht, die Kranken in den Untergrund getrieben würden und damit das Ziel, die Krankheit einzudämmen und die Kranken zu heilen, nicht erreicht würde.

Auch hier: Die „sanfte Linie" läßt grüßen. Trotz starker Worte: Die DKP bleibt ihrem staatsbejahenden Opportunismus treu! Sie kann sich nun mal als Nachbeter realsozialistischer Staatlichkeit nicht davon lösen, sich den Kopf der Herrschenden zu zerbrechen. (20)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Alte Linke — Vielfalt oder Einfalt?

Tatsächlich: Gemessen an anderen Fragen war AIDS für die verbliebenen Gruppen der alten Linken, zumindest 1987, offenbar kein Thema, weder in theoretischer, noch in praktischer Hinsicht. Der bayerische Maßnahmenkatalog und die sich in der Republik ausbreitendenden Gauweilereien provozierten zwar Kommentare gegen reaktionäre „Wendekonzepte". Unterm Strich bietet sich aber selbst detektivischem Spürsinn und gutwilligem Blick in der Gesamtheit nicht mehr als ein chaotisches Bild, das in den besseren Fällen auf bemühte Hilflosigkeit, in den schlimmeren auf Verstaubtheit, Ignoranz oder gar kritiklose Übernahme der produzierten Apokalypse schließen läßt.

* Die Zeitschrift „Links" opfert im April '87 ganze anderthalb Seiten für die Kritik einer „Restauration der Sozialunterdrückung", die AIDS für eine *„allgemeine moralisierende Änderung des Sexualverhaltens"* funktionalisiere. Hauptobjekt der Kritik ist jedoch die Linke, bzw. „schwule Szene", in der *„immer stärker moralisierende Auffassungen und Selbstbezichtigungen um sich greifen..."* Grund dafür: *„Die Restauration alter sexueller Normen hat schon vor AIDS begonnen"*. Wer an den Freiheiten festhalte, drohe in Isolation zu geraten. Das führt „Links" zu der Frage: *„Ist unter solchen Bedingungen die sexuelle Freizügigkeit ein zu verteidigender Wert?"* Die Frage ist schon Verneinung. Trotzdem folgt ihr unverdrossen, die Aufforderung, die Linke könne es sich nicht leisten *„voller Selbstmitleid das Schicksal zu beklagen und der politischen Rechten ein so weites Feld zu überlassen"*, sowie der Aufruf zum Kampf gegen *„die Moralpropheten, die Saubermänner, die Volksverhetzer, die unter dem Vorwand der AIDS-Bekämpfung den Überwachungsstaat weiter ausbauen und sich ein neues altes Repressionsinstrument verschaffen: die Se-*
kämpfung den Überwachungsstaat weiter ausbauen und sich ein neues altes Repressionsinstrument verschaffen: die Se-
xualunterdrückung". Das war's. Seitdem kein Wort mehr zur Sache.

* Die „linke zeitung korrespondenz", (5/87), Organ der „Demokratischen Sozialisten", bringt im April eine Spalte: „Bayern schlägt zu — Repression statt Bekämpfung von AIDS". Gegenstand ihrer Kritik: Zwangstests, namentliche Meldepflicht mit Hinweis auf die Volkszählung. Man schlägt sich auf die Schulter, schon auf dem letzten Parteitag die Auflösung aller „Rosa Listen" und ihre Nicht-Wiedereinführung unter Scheingründen wie AIDS gefordert zu haben, und erklärt *„nun sorgfältig beobachten"* zu wollen, was sich in Bayern tue und Gegenwehr, *„soweit möglich"*, zu unterstützen. Im übrigen wird postuliert: *„Daß nur jeder sich selbst schützen kann, hierzu müssen die zum Teil sehr schleppend anlaufenden Informationskampagnen Aufklärungsarbeit leisten"*. Ende. Frau Süßmuth wird's wahrscheinlich nicht einmal danken.

* Die „SoZ", Zeitung der VSP (vereinigte KPD (frühere /ML) und der GIM) macht eine bessere Figur: Im März brachte sie einen ganzseitigen Artikel aus Frank Rühmanns Schreibmaschine, in der er das „Ausgrenzungskonzept der CSU" und zugleich die Arbeitsteilung zwischen Gauweiler und Süßmuth auseinandernimmt. Zwei Wochen später veröffentlich die „SoZ" einen Aufruf des „Anti-Strauß-Komitees" und der „Homosexuellen Alternative München" zur „Demonstration gegen AIDS-Zwangsmaßnahmen der bayerischen Staatsregierung". Im Kommentar dazu heißt es allerdings apodiktisch: *„Das einzige, was derzeit vor der Krankheit schützt, ist das Kondom und nicht der Test"*. Die Notwendigkeit eines allgemeinen Schützes wird von der „SoZ" weder begründet, noch in Zweifel gezogen.

Seither beschränkte sich das Engagement der „SoZ" auf Kommentare zu staatlichen Zwangsmaßnahmen: Zu den AIDS-Kontrollen durch den BGS im Mai '87 schrieb Winfried Wolf: *„Stück für Stück wird die Errichtung des Aids-Staats praktiziert. Die Methode lautet: Zwei Gauweiler-Zimmermannsche Schritte vor, ein Süßmuthscher zurück. (...) Der Widerstand gegen den Aids-Staat läßt sich nicht delegieren"*. Das Nürnberger Urteil im Dezember '87 charakterisierte Manuel Kellner als *„Gauweilerisierung der BRD"*. Auch viele Linke seien *„verunsichert, wenn der Staat hartes Eingreifen mit dem 'Schutz unschuldiger Opfer' und dem 'Allgemeinwohl'"* begründe. Die Unterdrückung treffe aber die Opfer. Völlig unbelangt blieben *„die Verantwortlichen für die unkontrollierten Zauberlehrlingsspiele in den Chefetagen und Forschungsabteilungen der Konzerne. (...) Sie sind es, die als erste aus dem Verkehr gezogen werden müssen"*. (21)

* Die „Politischen Berichte", Zeitung des BWK tun sich durch knackige Kurzberichterstattung zum Thema hervor, auch in den Branchenausgaben zur Gesundheitspolitik. Für den BWK sind sowohl die Gauweiler- wie die Süßmuth-Linie *„offizielle Hetze"*, die systematisch Ursache und Ausbreitungsweg der Krankheit vermengen. Bemerkenswert ist die These des BWK, nicht der AIDS-Erreger sei neu entstanden, sondern die Anfälligkeit der Menschen habe sich geändert. *„Aids, so viel kann und sollte ruhig auch jeder Laie sagen, ist ein Produkt dieser Gesellschaft, die Seuchen produziert, weil sie den Menschen verachtet und ihm das nötige nicht gönnt"*. (22) Damit liegt der BWK näher an den Thesen der UdSSR, die AIDS für ein Produkt imperialistischer Fäulnis hält, als die DKP.

* Als prinzipientreue Marxisten nähert sich die Redaktion der „Kommunistischen Arbeiterzeitung"/München dem Virus. In einem 90 Seiten starken Broschürchen im DINA4-Format zu Gentechnik und AIDS (23) werfen sie mit Marx die Frage auf, ob die Menschheit sich immer nur Aufgaben stelle, die sie lösen kann. Nach einem ausführlichen Exkurs über die Thesen Segals und die von Booby Hatch, den sie mit dem Fazit abschließen, entscheidend sei nicht, ob das Virus mit oder ohne Absicht zusammengestückelt wurde, sondern daß es jetzt vorhanden sei, und „wir" auch die Verantwortung für das trügen, was wir nicht beherrschen, kommen sie zu der Antwort: *„Gegen AIDS hilft nicht der Verzicht auf Gentechnologie und Genforschung. Gegen AIDS wird nur hundert mal mehr, hundert mal bessere, hundert mal gründlichere Genforschung etwas ausrichten. Dazu muß sie allerdings denen aus der Hand genommen werden, denen es schon reicht, wenn sie mit der Gentechnologie Kasse machen können. Das ist in der Tat unverantwortlich"*. Ende der Durchsage. Eine Erörterung der konkreten medizinischen, moralischen und politischen Probleme findet nicht statt.

* Mit der „Roten Fahne" der „Marxistisch-leninistischen Partei Deutschlands" (MLPD) betreten wir den
„Marxistisch-leninistischen Partei Deutschlands" (MLPD) betreten wir den
harten Boden der Arbeitermoral. *„Meldepflicht für Aids"*, korrigiert sich die Redaktion nach empörten LeserInnenzuschriften, in denen beklagt worden war, daß für die Redaktion in einer ersten Stellungnahme offenbar nur das Interesse der AIDS-Infizierten, nicht aber das der *„überwiegend noch gesunden Bevölkerung"* maßgebend gewesen sei, *„darf nicht grundsätzlich abgelehnt werden"*. Die Meldepflicht mit Hinweis auf staatliche Eingriffe in die Individualrechte abzulehnen, sei *„falsch, denn freizügiges Sexualverhalten der Aids-Kranken zum Beispiel ist kein berechtigtes Interesse. Von ihnen muß man im Interesse der Volksgesundheit eine Änderung ihres Sexualverhaltens verlangen. In dieser Situation ist es die wichtigste Aufgabe, ein Umsichgreifen von Aids zu verhindern. Das geht nicht ohne administrative Maßnahmen und Kontrolle über Verlauf und Ausbreitung der Krankheit"*.

Im übrigen druckte die „Rote Fahne" in vier Folgen die Thesen Segals aus der „taz" nach. Zweifel kamen nicht auf. (24)

* Ins Reich der Legende verweisen möchte mensch am liebsten Berichte über die „Marxistisch Reichistische Initiative" (MRI) in Freiburg, einer Gruppe der „Neuen Linken", die den Anspruch erhob, Marxismus und Psychoanalyse zusammenzubringen. Von ihr wird aus Freiburg berichtet, sie sei dazu übergegangen, den Intimverkehr ordensmäßig zu organisieren, daß heißt im Rahmen AIDS-getesteter Kollektive, außerhalb derer bei Strafe des Ausschlusses nicht mehr gevögelt werden dürfe. Die MRI hatte Anfang des Jahres '87 schon durch Forderungen nach Tätowierung Infizierter von sich reden gemacht.

„AIDS als Chance"

Obwohl jetzt schon über Gebühr lang, enthielte unsere Übersicht doch nur die Hälfte der Wahrheit, würden wir nicht noch wenigstens einen Blick ins weibliche, keineswegs nur feministische Lager riskieren, die feministischen Männer dabei eingeschlossen.

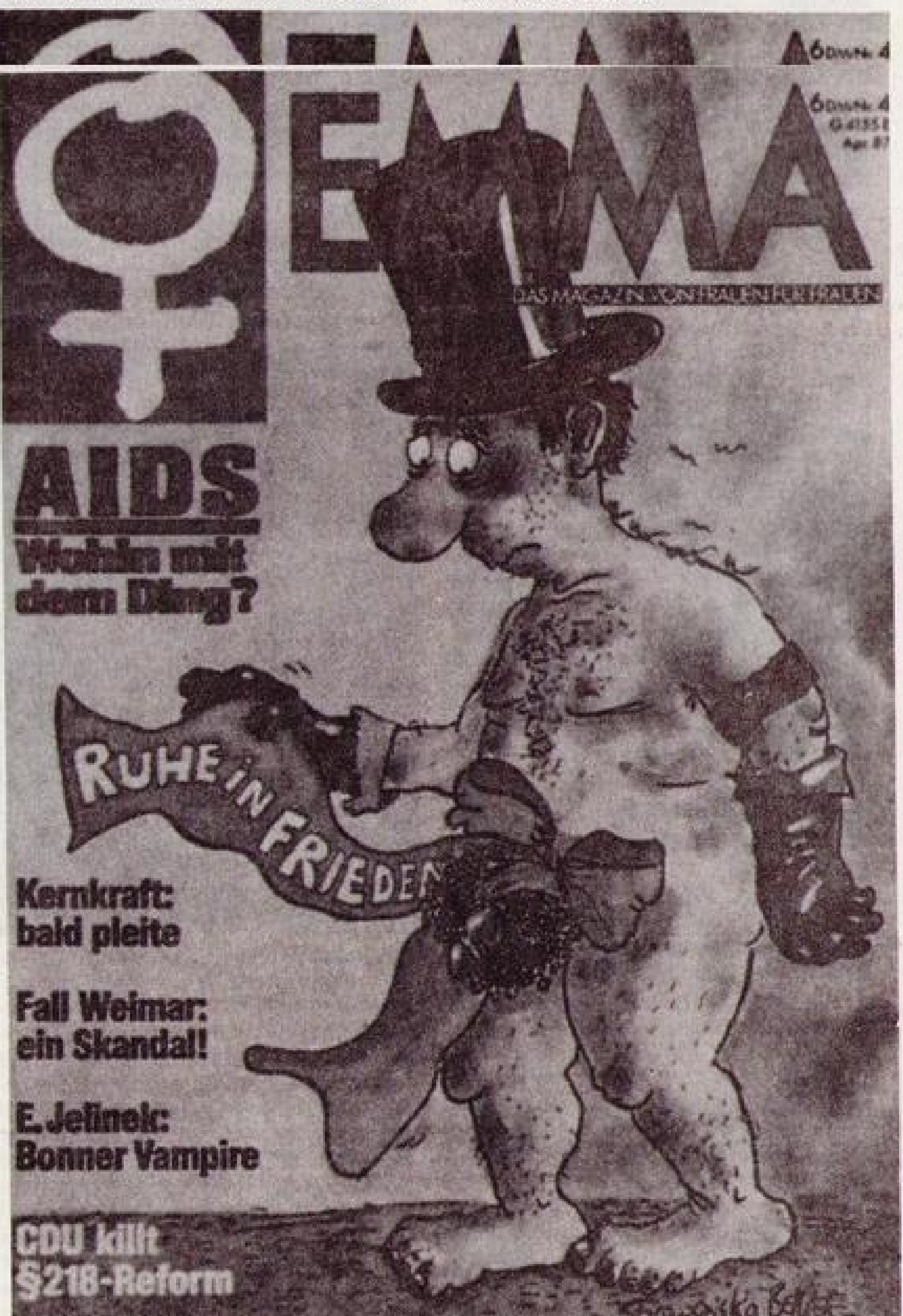
Schon in den anfangs erwähnten Beiträgen zur theoretischen Diskussion machen eine ganze Reihe Frauen darauf aufmerksam, daß unter der Parole „AIDS geht alle an" vor allem die Emanzipation der Frauen erhebliche Rückschläge erleide. Als Freundinnen, Geliebte, Ehefrauen werde ihnen zur Last der Schwangerschaftsverhütung, die sie trotz — manche meinen auch: wegen — der sexuellen Liberalisierung immer noch zur Hauptsache zu tragen hätten, nun in der Süßmuthschen Kondomkampagne auch noch die Verhütung der tödlichen Folgen der Sexualität unter AIDS-Belastung aufgebürdet. Mensch erinnert sich an die „BILD"-Schlagzeile: *„Jetzt kaufen Frauen die Präservative"*. Auch die Hetze gegen die Prostituierten ziele neben einer allgemeinen sexualfeindlichen Diskriminierung der Frauen als unberechenbarer Infektionsherd auf die Entlastung der Männer, denen gesunde Huren zur Verfügung gehalten werden sollten, obwohl nachgewiesen sei, daß die Ansteckungsgefahr von Männern auf Frauen ungleich höher sei als umgekehrt. In dieser Sicht sind sich Männer wie Frauen, Feministinnen und Nicht-Feministinnen der Linken einig. Ihr ist — außer einer lohnenswerten, aber in diesem Artikel nicht zu leistenden genaueren Darstellung — nichts hinzuzufügen.

Mehrere von Frauen herausgegebene Bücher zu AIDS mit einer Vielzahl von Beiträgen aus weiblicher Sicht kamen 1987 auf den Markt. So ein von Melitta Walter, bis '86 Bundesvorsitzende von „PRO FAMILIA", herausgegebener Diskussions-Sammelband mit recht kontroversen Thesen, so ein Sachbuch von Diane Richardson, das der Verlag als Ratgeber anbietet. (25)

Einzelveröffentlichungen erschienen in der „taz" u.a. von Heide Soltau „AIDS entmachtet den Phallus" (26), sowie Anfang des Jahres in der „Emma", „AIDS — das Monster ist zu zähmen". (27)

Damit sind die Exponentinnen der Kontroverse genannt, die zugleich eine Zuspitzung der gesamten linken Diskussion um AIDS repräsentieren. Einig im Ausgangspunkt, der Notwendigkeit der AIDS-Verhütung sowie der Feststellung: *„Die Gefahr geht vor allem von den Männern aus"* (26), kommen sie doch zu recht konträren Konsequenzen.

Heide Soltau frohlockte in der „taz: *„Die Frau als Objekt der Begierde kann nicht mehr hemmungslos bestiegen werden. Mit anderen Worten: 'Safer-Sex' untergräbt die Macht der Patriarchen"*. Es gehe *„primär um eine Veränderung des Sexualverhaltens von Männern. Womit Frauen nicht von jeder Verantwortung freigesprochen werden sollen. Präservative für Frauen aber gibt es nicht. Was ihnen bleibt, wenn Männer sich weiterhin so kondomabstinent zeigen, ist die Verweigerung"*. Vom Ende der sexuellen Befreiung könne deswegen aber keine Rede sein, *„wohl aber vom Ende der un-*



gehinderten Triebentfaltung. Der Traum von der grenzenlosen Freiheit der Sexualität ist ausgeträumt". Es gelte, *„unseren Begriff von Emanzipation (zu) überdenken"*. Wie G. Anders 1949 in seinem New Yorker Tagebuch (28) notiert habe, müsse wieder Geschmack an den „Umwegen" entwickelt werden. Sexualität müsse nicht ins Reich der Tabus zurücksinken, *„wir müssen nicht alle Lüste unterdrücken, aber unser Umgang mit der Natur — mit uns und unserem Körper — wird sich verändern"*. (26)

„Emma" (29) ließ es dabei nicht bewenden. Der Süßmuthschen Kondom-Propaganda („Ich liebe mit") hielt sie eine witzig gemeinte „Anzeigen-Aktion" „Ich liebe ohne" entgegen. Gemeint: ohne Mann. Im Text: *„Männer sind kein Schicksal. Denn gegen Männer können wir uns schützen. Auch ohne Kondome"*. „Emma"-Herausgeberin Alice Schwarzer ergriff die Gelegenheit, einen neuen Anlauf in der Agitation für clitoralen, statt vaginalen Sex zu unternehmen. *„Penis reinstecken?" fragt sie in einem Kommentar zu AIDS und erklärt, „bei der 'Vereinigung' von Penis und Vagina'"* komme neben dem Nachteil der ungewollten Schwangerschaft nun auch noch die AIDSgefahr hinzu: *„Zwei gute Gründe, die Zwanghaftigkeit der Penetration in der Heterosexualität infragezustellen. Und dabei vielleicht auf Gewohntes zu verzichten, aber vielleicht auch Neues, vor allem für Frauen Aufregendes!, zu entdecken"*. (30)

Für Luise F. Pusch, als habilitierte Expertin für Männergewalt in der Sprache, ist „Emma" *„die einzige Zeitung, die wirklich aufklärt"*. Jedoch: *„Die respektlose Frage der EMMA 'Wohin mit dem Ding?', ist noch ziemlich zahm. Zwar suggeriert sie einerseits tapfer die Entbehrlichkeit, ja Lästigkeit des 'Dings', andererseits setzt sie aber immer noch voraus, daß es irgendwohin müsse und will nur wissen: Wohin denn genau? Aber wir leben nicht nur im Zeitalter von AIDS. Die Frage sollte also lauten: Muß 'das Ding' überhaupt irgendwohin? Würden wir vielleicht über einen Körperteil wie die Nase fragen: 'Wohin mit dem Ding?' Wieso kann das Ding nicht einfach da bleiben, wo es ist, statt in anderen Körpern tödliche Schäden anzurichten oder (viel seltener) seinem Besitzer dort den Tod zu holen?*

Der rastlose männliche Erfindungsgeist hat uns nicht nur die Pille beschert, sondern auch die Samenbanken. Sie werden da eingesetzt, wo es dem Mann paßt, nicht da, wo es jetzt angemessen wäre. Der Fortbestand der Menschheit ist gesichert, auch wenn 'das Ding' nie mehr in einen anderen Körper gesteckt wird. Er ist, in Umkehrung alles bisher Dagewesenen, gefährdet, wenn es da weiter hineingesteckt wird". (31)

Diese Position deckt sich mit solchen wie denen von Monika Goletzka, die mit ihrem Artikel „Abschied vom koitalen Mann" in der „Zeit" vom 27.2.87 das Stichwort *„AIDS als Chance einer neuen Zärtlichkeit"* lieferte. Diese These konnte sie auch in „Vorgänge" 4/87 noch einmal ausbreiten.

Den radikal-feministischen Positionen halten Frauen wie Melitta Walter entgegen: *„Daß AIDS eine Chance bedeute, halte ich für glatten, zynischen Zweckoptimismus"*.

Aber was tun? 'Safer-Sex-Spielregeln' empfindet sie als technokratisch. Telefonsex und ähnliche Ausweichmanöver als pornografisch. Der Appell: Mann raus aus dem Bett, Frau rein ins Bett, kehre die Verhältnisse einfach um und nivelliere die Andersartigkeit der Geschlechter. Lesbische Liebe als Allheilmittel gegen AIDS zu instrumentalisieren, sei absurd. *„Treue und Verzicht, gemessen an der Realität, sind ausgesprochen lebensfern!"* Ausgemacht für sie ist jedoch *„Diese Krankheit verändert die Sichtweise des sexuellen Verhaltens"*. Konkret: *„Da hilft Frau keine Pille, keine Spirale, kein Diaphragma mehr. Da muß ein Kondom her. Der facto muß der Mann ran"*. Fazit: *„Der sexuellen Befreiung nachzutrauern ist überflüssig. Wir haben um sie gekämpft, dafür haben wir Spielräume bekommen, die nach altem Brauch in Krisenzeiten wieder gestrichen werden"*. (25)

„Katastrophe AIDS", diese Position war — bei allen sonstigen Differenzen — auch auf dem von Sybille Plogstedt, Alt-SDSlerin, heute Chefredakteurin des sozialdemokratischen „Vorwärts", wesentlich initiierten Kongreß „Frauen und AIDS" am 21./22.11.87 in Bonn konsensfähig. Die AIDS-Gefahr sei *„nur mit dem Bäumesterben"* vergleichbar, und alles weise daraufhin, *„daß wir es mit dem Menschensterben ähnlich halten wie mit dem Bäumesterben"*. Auch die Frauen seien davon gleichermaßen betroffen. Das könne an der AIDS-Entwicklung in Afrika gesehen werden, wo das Verhältnis infizierter Männer zu infizierten Frauen inzwischen nahezu 1:1 sei. Keine Ehe(frau) komme mehr um die Frage herum: *„Wo sind die Männer, wenn nicht zu Hause?"*, so Frau Plogstedt in in ihrem Einleitungsreferat zu den Dimensionen von AIDS. Wahrlich apokalyptische Visionen! Ihre materiellen Grundlagen wurden auf dem Kongreß ebensowenig in Zweifel gezogen wie in der anschließenden Berichterstattung in der „taz" (32)

Damit sind wir am Ende. Die Übersicht macht deutlich, daß die Linke der Angst-Kampagne mit AIDS noch einiges an Kraftanstrengung entgegensetzen muß, um sich nicht im Netz eigener Ängste, Schuldgefühle und Verdrängungen hinter der staatlichen Angst-Verschiebungs-Propaganda weiter auf die Süßmuth-Bahn und in reaktionären Sumpf ziehen zu lassen.

Anmerkungen

(1) Die folgenden Angaben nach „AIDS-Informationsdienst", 27./28. Nov./Dez. '87 und 16./17. Dez. '86 und Jan.'87;

Die angegebenen Statistiken entstammen Berechnungen des Bundesgesundheitsamts. Bei Nachfragen verweisen sowohl örtliche wie auch die „Deutsche AIDS-Hilfe" in West-Berlin darauf, daß die Zahlen „bereinigt" werden müssen. Zur politischen und sachlichen Bewertung siehe: Memorandum der „Deutschen AIDS-Hilfe" von 1987 (auch in AK 289);

(2) Volkmar Sigusch: „Aids für alle, alle für Aids — Momente der Vergesellschaftung" in „AIDS als Risiko", konkret Literatur Verlag, 1987;

(3) A.a.O. zitiert aus: „Arzt heute" vom 22.11.85.

— Momente der Vergesellschaftung" in „AIDS als Risiko", konkret Literatur Verlag, 1987;
(3) A.a.O. zitiert aus: „Arzt heute" vom 22.11.85,
S.5;

(4) A.a.O. aus: Kimbel, K.K.: Wer kann Arzneimittel sicherer machen? Deutsches Ärzteblatt 82, 2820-2822, 1985;

(5) Rolf Rosenbrock: „AIDS kann schneller besiegt werden — Gesundheitspolitik am Beispiel einer Infektionskrankheit", VSA, 1986;

(6) Frank Rühmann: „AIDS — eine Krankheit und ihre Folgen", Edition Qumran im Campus Verlag, 1985.

Mit Frank Rühmann führten wir ein Gespräch in AK 284, April '87;

(7) Siehe dazu auch AK 280, S. 6: „AIDS — Schicksalsschlag der Natur — oder Supergau der Gentechnologie?";

(8) In „AIDS als Risiko: „Die Mystifizierung von Aids", S. 54 ff;

(9) In „Vorgänge", 4/87: „Sexuelle Liberalisierung und Aids";

(10) In „Das große DER DIE DAS", Herbstein, 1986. Schmidt ist Professor für Sexualwissenschaften an der Abteilung für Sexualforschung der psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Hamburg. Er ist auch Autor im konkret-Buch „AIDS als Risiko";

(11) In „Vorgänge", 4/87; siehe auch AK 290;

(12) Gemeint sind beide Teile der Reemtsma-Stiftung: das „Institut für Sozialforschung", sowie die „Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts";

(13) Beide in „AIDS als Risiko";

(14) Siehe dazu „Neue Hanauer Zeitung" (NHZ), 4/5/87;

(15) Im Vorwort von „AIDS als Risiko";

(16) V. Sigusch in „AIDS als Risko", wo er einen Brief von Rusche an „Sexualität konkret" zitiert;

(17) Siehe, „taz", 16.3.87;

(18) „Kommune", 4/87, S. 12: „Aids, Minderheiten und Aids";

(19) Siehe „UZ", 10.7.87, „Aids-Virus: Natürlich oder künstlich?";

(20) Das Aktionsprogramm, siehe: „UZ", 29.10.87;

Zu den AIDS-Maßnahmen siehe AK 290;

(21) „SoZ", Nr. 5 vom 12.3.87; Nr. 6/7 vom 26.3.87; Nr.20 vom 21.5.87; „SoZ vom 3.12.87;

(22) So u.a. in „Politische Berichte" 6/87;

(23) „Fluch und Segen der Genforschung, AIDS und der kleinste Stahlarbeiter der Welt", hrsg. von der „Kommunistischen Arbeiterzeitung", München, 1987;

(24) „Rote Fahne", 8/87, 10/87, 11/87, 12/87,13/87, 16/87, 17/87;

(25) Melitta Walter, „Ach wär's doch nur ein böser Traum! — Frauen und Aids"; Diane Richardson, „Frauen und die AIDS-Krise. Das Handbuch", beides erschienen im Orlanda Frauenverlag, Westberlin '87. Eine recht brauchbare Besprechung dazu von Heide Soltau läßt sich in der „taz" vom 19.11.'87 nachlesen;

(26) In „taz" vom 21.2.87;

(27) „Emma", 3/87;

(28) Günther Anders, „Lieben Gestern, Notizen zur Geschichte des Fühlens", Verlag C.H. Beck, 1986. Heide Soltaus vollständiges Zitat lautet: „'Kultur besteht in Umwegen. Und Umwege sind zumeist Umwege um Tabus', notierte Günther Anders 1949 in sein New Yorker Tagebuch. Darin setzte er sich wiederholt mit der sexuell befreiten amerikanischen Jugend auseinander. 'Wer beim erstbesten oder erstschlechtesten Zwitschern des Sexualappetits sofort mit beiden Händen in den Spaghetti-Topf hineingreifen könne, sei zu bedauern. Er betrüge sich um alles: Um die Vorfreude des langsamen Auftauchens des Gasthofes: um das Abwägen des Menüs; um das Warten; um den weißgedeckten Tisch; um den Duft vor dem Essen; um die Horsd'oevres; um das Dessert'". Siehe Anders, S. 114 ff.;

(29) In „Emma", 8/87;

(30) In „Emma", 3/87;

(31) In Melitta Walter, „Ach wär's doch nur ein böser Traum: „Sprachgebrauch als Vorspiel zum Hauptakt", S. 48;

(32) „taz",vom 23.11.87.

,,Absondern, dezimieren" — Rechtsextreme AIDS-Kampagne

Im dumpfen Klima der Bewegungslosigkeit zwischen Union, FDP und SPD (plus/minus Grün) gibt es so manchen unruhigen Stammtisch. Die Rechte jenseits von CDU/CSU ist seit geraumer Zeit auf der Suche: nach erfolgversprechenden organisatorischen Fotmen, nach durchschlagenden Themen. Die von Frey und Mußgnug seit 1987 lancierte Allianz zwischen NPD und DVU bzw. Liste D entspricht insofern einer allgemein rechtsaußen empfundenen Notwendigkeit, jetzt den Erfolg zu wagen. Am Geld soll's, soweit möglich, nicht scheitern, auch nicht an publizistisch-organisatorisch erfahrenem Personal und Instrumentarium. So lassen sich, im begrenzten Rahmen, unter günstigen Voraussetzungen, kleine Siege erringen: ein Liste-D-Abgeordneter sitzt seit September '87 im Bremer Parlament. Weitere Länderwahlen stehen aber an — unter anderem Schleswig-Holstein! —, Europa-Wahlen wollen bestritten sein (wozu sich Frey gerade durchgerungen hat); die entscheidende Probe auf's Exempel werden die nächsten Bundestagswahlen sein. Ohne ein griffiges, politisch-propagandistisches Konzept kann da nichts laufen. Das schwierige Unterfangen besteht darin, abgekaute Themen wie Nationalismus und Rassenwahn unters Wahlvolk zu bringen, ohne einerseits als platte Nazi-Neuauflage dazustehen oder andererseits als bloßer Unions-Nachbeter. Das neurechte Angebot des ideologischen Zwischenreichs einer historisch unbelaste-
schenreichs einer historisch unbelaste-
ten ,,nationalen Identität'' auf Grundlage eines modernisierten Biologismus hat sich alles in allem nach links hin als Fiasko, nach rechts als kontraproduktiv erwiesen (siehe AK 290).

So nimmt's denn kaum Wunder, daß — nach ,,Ausländer raus''-Kampagnen und Wende-Einklage — nunmehr auch die Rechtsaußen-Szene beginnt, sich ein neues Thema zurechtzulegen: AIDS. **Nachdem die Politikangebote von CSU-Gauweiler und CDU-Süssmuth das Terrain unter sich weitestgehend aufgeteilt haben und von einer eigens sozialdemokratischen Position nichts, von einer unabhängigen linken noch weniger zu hören ist, machen sich die Vordenker des Rechtsaußenlagers jetzt daran, ihre eigenen AIDS-Parolen zu entwickeln.**

Startsignal aus Coburg

Der Stand der Dinge ist noch recht bescheiden, gewiß. In der Wahlkampagne der Frey'schen Liste D in Bremen beispielsweise hatte AIDS keine herausragende Funktion; Ausländer- und Verbrechensbekämpfung waren weit spektakulärere Themen.

Wie zuvor schon beim Appell, mit ,,vereinten'' Kräften rechtsextreme Wahlerfolge zu organisieren, blieb es dem Zirkel um das traditionsreiche, in der gesamten Szene verankerte Coburger Monatsblatt ,,Nation Europa'' (NE) vorbehalten, das Signal zu blasen: ,,Handeln statt hoffen'' forderte NE mit dem Schwerpunktheft zum Thema AIDS im August '87. Angeführt von Herausgeber Dehoust bereitete ,,Nation Europa'' das Them so auf, daß Umrisse einer rechtsextremen AIDS-Politik sichtbar werden. Zugleich erfolgte der Anstoß, auch praktisch-politisch aktiv zu werden:

— Ein fortlaufender Informationsdienst, begonnen im Augustheft '87 — nach dem Muster laufender Übersichten zur europäischen ,,Rechten'' und zur ,,Überfremdungsfront'' —, der von NE Monat für Monat zusammengestellt wird, soll das notwendige aktuelle Agitationsfutter bereitstellen.

— Darüber hinaus bemüht sich NE, besonders unter Ärzten einen Initiativkreis zu rekrutieren, der sich rechtsextremer AIDS-Politik widmen soll. Als Start wurden 60 bis 80 Ärzte angeschrieben, einen Verein zu bilden: ,,*Dieser Einladung sind ganze fünf Ärzte gefolgt*'', heißt es noch im August. Gleichzeitig wird ein ,,Verein zur Aidsverhütung e.V.'' in Frankfurt als nachahmenswertes Beispiel zitiert. Zwei Monate später wird insistiert: ,,*Dazu ist unseres Erachtens ein Verein notwendig.*'' Schließlich kündigt NE im Januar an: ,,*Es wird deshalb Anfang 1988 ein Verein gegründet werden, der politisch völlig unabhängig ist, aber in Bezug auf den Kampf gegen Aids keinerlei Kompromisse kennt.*''

Das französische Muster: Le Pen

Vorbild für diese Inszenierung ist der — im vergleichbaren Rahmen — gegenwärtig aktivste Rechtsextremisten-Verband, die französische ,,Front Nationale'' Le Pens. Sie liegt derzeit bei über 10 Prozent der Wahlstimmen (Le Pen rechnet bei der kommenden Präsidentschaftswahl mit 15 Prozent) und hat gute Beziehungen zu Teilen der Gaullisten. Dehoust formuliert dramatisch: ,,*Die Rechte hat nur eine Alternative. Sie muß sich nach dem Vorbild in Frankreich zusammenraufen, oder sie wird untergehen.*'' (NE 1/88) Bei Le Pens Massenversammlungen ist AIDS mittlerweile ein Zentralpunkt. Als Spezialist tritt der von den Gaullisten der RPR übergetretene FN-Abgeordnete Dr. Bachelot auf, der verschiedene parlamentarische Vorstöße mit außerparlamentarischen Initiativen verbindet — so die Gründung eines politischen ,,Cercle National Santé'' (Nationaler Arbeitskreis für Gesundheit) seit Mai 1987 (NE 8/87), so ein ,,*landesweit arbeitendes AIDS-Beobachtungs- und Informationsinstitut*'' (NE 9/87).

Am stärksten profiliert Le Pen sich mit dem Vorschlag, den NE-Herausgeber Dehoust der BRD-Rechten als Hauptattraktion anempfiehlt: ,,*Die politische Rechte täte gut daran, sich des Themas AIDS so anzunehmen, wie dies Le Pen in Frankreich mit viel Erfolg tut, indem er nicht nur den Stopp der illegalen Einwanderung von AIDS-Trägern, sondern vorsorglich auch die Einrichtung von ‚Sidatorien' fordert: geschlossene Häuser zur Isolierung der Virusverbreiter.*'' (NE 8/87) (1)

Für Gauweiler auf jeden Fall

Wie die gesamte Rechte machen sich die rechtsextremen Schreiber aus Coburg die Gauweiler-Linie zu eigen. Ob bei den burschenschaftlich und CSU-liierten Jungakademikern der ,,unabhängigen'' ,,Münchner Freiheit'', ob bei der erzkonservativen ,,Deutschen Tagespost'' (,,Aufklärung allein genügt nicht''), ob bei der ,,Deutschlandstiftung'' mit ihrem ,,Deutschlandmagazin'' (Exklusiv-Interview mit Gauweiler) — quer durch das rechtskonservative Spektrum reüssiert Gauweiler. Da steht ,,Nation Europa'' nicht abseits: Aus dem ,,Schulreport'' (3/87) drucken die Coburger einen Artikel aus Gauweilers Feder nach (NE 8/87). Damit auch der letzte weiß, woher der Wind weht, folgert das Blatt im gleichen Heft ausdrücklich: ,,*Infolgedessen sehen wir in den Maßnahmen, wie sie in Bayern vorgeschlagen werden und teilweise schon praktiziert werden, derzeit den einzigen Erfolg versprechenden Weg. Unabhängig von sonstigen politischen Differenzen sind wir der Meinung, daß die Linie Gauweiler unbedingt unterstützt werden muß.*'' Allerdings, die Zwischentöne! ,,Derzeit'' und ,,teilweise'' — die Wunschträume der Rechtsextremen gehen weiter als das, was die Gauweiler-Linie (bislang) bietet.

Dem ,,Liberalismus" eine Niederlage bereiten

Zunächst aber sind sich die diversen Rechtsaußen-Schreiber mit der katholisch-konservativen Deutung von AIDS völlig einig. Wie es die einschlägig umtriebige Psychagogin Christa Meves formuliert: ,,*(...) die sexistische Ideologie (...), die mit der sexuellen Revolution die Oberhand gewann, die Ideologie, daß jedermann jederzeit ein Recht auf jeglich Spielart polymorph-perverser Sexualität habe, und daß Homosexualität ebenso gesund wie natürlich sei*'' — oder kürzer, das ,,*Aufbranden der sexistischen Parolen gegen Ende der sechziger Jahre*'' —, das ist das Grundübel. (‚Deutschlandmagazin'' 4/87) Eingebettet ist das selbstverständlich in weit existentiellere Befunde. In den Worten des Kardinals Wetter (wiedergegeben im ,,Deutschlandmagazin'' 7/87, wo Gauweiler selbst sich ausdrücklich auf den Kardinal beruft): ,,*Wir wissen doch nicht erst seit dem Auftreten von AIDS, wie sehr viele Menschen (...) geradezu das Opfer falscher Konzepte von Selbstverwirklichung und sexueller Emanzipation geworden sind. Dieses Umfeld zeigt, daß der ethische Grundwasserspiegel, der natürlich auch das Sexualverhalten bestimmt, tief abgesunken ist und daher angehoben werden muß (...).*'' Angehoben wohin? Der Kardinal: ,,*AIDS hat unsere Gesellschaft zu einem Offenbarungseid gezwungen. Umkehr tut not, eheliche Treue und Enthaltsamkeit müssen wieder unerschütterliche Pfeiler sittlichen Verhaltens werden.*'' AIDS wird als ,,Symptom einer Weltanschauung'' verstanden, wie es Christian Mattausch in ,,Nation Europa'' (8/87) auf den Punkt bringt. In dieser Sicht bietet AIDS die epochale Chance, ,,*jene ideengeschichtlichen Ecksteine der Nachkriegsära*'' zurechtzurücken, die, besonders seit den unseligen rebellischen Spät-Sechziger-Jahren, den ,,Westen und seine Gesellschaftsform'' — eine ,,dekadente Gesellschaft'' — bestimmen. In altfaschistischem Jargon heißt das Konglomerat aller Übel ,,Liberalismus'': Rütteln an ehrwürdigen Werten, Mißachtung überkommener Autoritäten, Verweigerung von (Selbst-)Disziplin und Ordnung, sexuelle Libertinage... Je nach geschichtsphilosophischem Geschmack ist das eher soziologisch (wie bei Mattausch) oder eher ethisch eingefärbt wie bei Hans Hochsieder, der als ,,sittengesetzliche Bedeutung'' von AIDS erkennt: ,,*Die Entwurzelung der Liebe beim Geistwesen Mensch ist die Ursache der Pandemie der erworbenen Immunschwäche, von Aids.*'' Fritz Joß wiederum schlägt in bevölkerungspolitischem Zusammenhang die Sicht vor, daß mit Hilfe von AIDS ,,*die Natur selber schließlich ‚sich rächen' könnte*'' (NE 10/87).

Wie auch immer hochtönend, die große Perspektive, der Atem der Geschichte/Gottes, das Eingreifen der Vorsehung — hier wird es endlich, endlich einmal spürbar! Sonderlinge der rechts-gläubigen Szene werden sich solchen Einordnungen des Phänomens AIDS nicht lange querlegen können; dabei ist nicht so sehr die Anpreisung



irgendwelcher Wundermittel ihr Fehler (so beispielsweise des rechten Ernährungs-Apostels M.O. Bruker, der wieder einmal seine zuckerfreie Vollwertkost als Stein des Weisen andient: ,,*Bei Beachtung dieser Besonderheiten besteht also keinerlei Anlaß, sich Sorgen um eine Erkrankung an AIDS zu machen.*'') Schief liegt, wer die Parole ,,Keine Angst vor AIDS'' ausgibt (Bruker in ,,Der Gesundheitsberater'' 2-3/87). Denn darum geht es Rechten wie Rechtsextremen: mit der Angst vor AIDS dem ,,*Liberalismus*'' eine ,,*entscheidende Niederlage*'' zu bereiten (NE 10/87).

Volk und Rasse

Einer der Hauptkampfplätze (so etwas fällt dem geschulten Auge sofort auf) ist Afrika. Was immer da an Situationsbeschreibung, historischer Herleitung und zeitlicher Bestimmung umstritten sein mag, was schert's den Rechtsextremen: ,,*(...) in den sechziger Jahren*'' traten bereits, so NE-Autor Dr. med. Rudolf Kemmerich, in zentralafrikanischen Ländern bestimmte AIDS-ähnliche Krankheitsbilder auf — voilà: ,,*Damit war die Quelle der Krankheit gefunden.*'' (NE 8/87) Dr. Hans Hochsieder, Regierungsmedizinaldirektor aus Österreich, verlängert die Historie so, daß ,,*das AIDS-Virus (...) vermutlich schon zu Beginn dieses Jahrhunderts in Zentralafrika vorhanden gewesen*'' sei (NE 1/88). Offenbar wird rechtsextrem auch kolportiert, ,,*daß AIDS bereits mit den Negersklaven nach Amerika gekommen sei*''. (Das freilich will selbst Professor Dr. med. Erich Ludwig dubios erscheinen, dessen Beitrag NE aus dem Nachrichtenblatt des NPD-Tarnvereins ,,Hamburger Liste für Ausländerstopp'', HLA, Heft 3/87, übernimmt.) Entscheidend ist, ,,*daß ein ins Gewicht fallender Teil der schwarzafrikanischen Bevölkerung sowie Schwarzer aus der Karibik bei der Verbreitung des Virus eine maßgebliche Rolle spielen*''. Welchem Rassisten fiele da nicht Altvertrautes ein, etwa ,,*die ausgeprägte Neigung Schwarzer und Negrider zur Promiskuität (häufiger Wechsel sexueller Beziehungen)*'' (Mattausch)?!

Wenn ,,Afrika'' und ,,die Afrikaner'' als AIDS-Quelle auszumachen sind, ist die Frontstellung endlich klar: Die AIDS-Kampagne der Rechtsextremen läuft unter der Parole ,,*neue Front im Kampf um die Erhaltung unseres Volkes und der anderen europäischen Völker*'' (Dietl, NE 8/87); Ärzte und alle ,,*diejenigen, die an der Front stehen*'' (Joß, NE 1/88) sollen nicht zufällig für ,,Volksgesundheit'' und gegen ,,Volksseuche'' antreten, denn: ,,*AIDS ist eine vitale Bedrohung besonders auch unseres Volkes, das unter Geburtenschwund leidet.*'' (Dehoust, NE 8/87). Oder, wie es der unübertroffene Fritz Joß zusammenfaßt: Es geht um die rassisch verstandene ,,*Substanz der europäischen Völker*''.

Hier liegt der Schlüssel zum ,,Volks''-Verständnis der Rechtsextremen: Problematisch sei AIDS deshalb, so Joß (NE 8/87), weil die Krankheit ,,*auf unser Volk und die anderen europäischen Völker*'' ähnlich wirke ,,*wie die Masseneinwanderung von Farbigen aus Übersee*''. Ebensowenig aber wie die ,,Neger'' zum deutschen Volk (bzw. zu den europäischen Völkern) gehören sollen, gehört zur ,,*normalen Bevölkerung*'' (Joß, NE 2/87), wer der ,,Hauptrisikogruppe'' zugeschlagen wird: ,,*nämlich Rauschgiftsüchtige, Homosexuelle, Neger*'' (Dietl). So weit geht die Sorge um die ,,Volksgesundheit'' nicht, daß diese Gruppen ins Volk eingeschlossen wären: ,,*Es gibt z.B. die Meinung*'' , referiert Dietl als Einleitung zur Rubrik ,,Lebensschutz: Kampf der Volksseuche AIDS!'', daß aufgrund der Krankheit ,,*damit zu rechnen (sei), daß diese Gruppen nachhaltig dezimiert würden und im nächsten Jahrtausend diese Krankheit dann wieder in ihrer Bedeutung nachläßt*''. Wäre AIDS tatsächlich so klar einzugrenzen, gäbe es für die Rechtsextremen keinen Anlaß zur Sorge, sondern zu Siegesmeldungen: ,,*Hauptrisikogruppe sind nach wie vor die homosexuellen Männer und die Drogenabhängigen, bei denen man allerdings der Auffassung sein kann, daß ihre Dezimierung nicht unbedingt negativ zu bewerten ist.*'' (Joß, NE 2/87) Alles, was bei Süssmuth — und selbst bei Gauweiler noch — an Versorgung für Gefährdete und Erkrankte vorgesehen ist, wird dementsprechend als ,,AIDS-Verbreitungs-Hilfe'' (Dehoust), letztendlich als kriminell eingestuft. Im Zukunftsbild der Rechtsextremen ist Schluß ,,*mit dem liberalistischen Geschwätz gegen die ‚Ausgrenzung der Kranken', von Menschenwürde und Datenschutz*'' (Ludwig), Schluß auch mit der sich ,,*wie die Seuche ausbreitenden Mafia der Sozialarbeiter*'' (Dehoust); ,,*Reihenuntersuchungen, Meldepflicht und Absonderung der Kranken werden selbstverständlich*'' (Dehoust); ,,*Frau Süssmuth ist dann ein Fall für die Strafrichter*'' (Dehoust). (2)

„Neger verrecke!"

Gewinnt AIDS im Wunschtraum des alarmierten Rechtsextremismus die Dimension eines Volksreinigungsmittels, wie begrüßenswert erst wäre dann dessen Anwendung im internationalen Rassenkampf! Die alte Forderung ,,*sofortiger Einwanderungsstopp und Ausweisung aller fremdrassiger Immigranten*'' (Joß, NE 10/87) läßt sich nun nicht nur mit dem AIDS-Argument neu verstärken. Des weißen Mannes Wagenburg-Mentalität erschöpft sich noch nicht einmal in weltumspannenden Apartheid-Phantasien: ,,*Mauern hoch, damit Europa nicht afrikanisch wird*'' (Dehoust). Trotz aller Bedrohlichkeit nämlich ist auch Grund zu großer Freude. Denn dort, ,,*in den afrikanischen Ländern*'' — ,,*wo der Bevöl-*
ßer Freude. Denn dort, ,,in den afrikanischen Ländern'' — ,,wo der Bevöl-
kerungsdruck übergroß geworden ist'', wo ,,*die Lösung des Bevölkerungsproblems*'' längst überfällig ist, wo ,,*die Menschen der Entwicklungsländer*'' im Gegensatz zu Europa ,,*sich rasant vermehren*'' — ,,*ist damit zu rechnen (...), daß sich die Bevölkerung Afrikas im Jahr 2050 wieder auf einen natürlichen Stand eingependelt haben wird*''. Dank AIDS gelingt das — wenn nichts schief geht —, was anders nicht durchführbar ist (Eichmann sei's geklagt): ,,*Man kann*'', so Fritz Joß, ,,*die ‚Buschneger' nicht massenweise sterilisieren, weil das politisch und übrigens auch technisch überhaupt nicht möglich ist.*'' Gelobt sei sie deshalb, die Ausrottungskrankheit, das Rassen-Zyklon B! Oh, ,,*Segen einer Krankheit*''! (Joß, NE 10/87) Es sei denn..., es sei denn, es geht doch etwas schief: Es sei denn, daß ,,*irgendein Unglückswurm doch noch ein Mittel gegen AidS entdecken sollte*'' (Joß, NE 10/87).

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Anmerkungen:

(1) Französisch SIDA = AIDS

(2) Bemerkenswert die bis in die Wortwahl gehende Übereinstimmung zwischen den Rechtsextremen der „Nation Europa" und den „Republikanern". Mensch vergleiche: *„Das verfassungsmäßig garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben von derzeit noch über 99 Prozent der Bevölkerung muß über einigen, vergleichweise unbedeutenden Persönlichkeitsrechten der kleinen Minderheit der Infizierten stehen. Leider kreist die Diskussion derzeit vor allem um den Schutz der Infizierten vor einer Diskriminierung (was auch wichtig ist) und nicht um den Schutz des Lebens der Nichtinfizierten."* („Der Republikaner", 5/87). Originalton „Nation Europa" (Dehoust), 8/87: *„Die Deutsche AIDS-Verbreitungs-Hilfe hat es inzwischen soweit gebracht, daß in diesem unseren Lande fast nur davon gesprochen wird, wie die Risikogruppen und von der Seuche bereits Infizierte vor ‚Ausgrenzung' und ‚Diskriminierung' geschützt werden können. Die Sorgepflicht des Staates für die körperliche Unversehrtheit der 99 % (noch) Gesunden wird dabei sträflich vernachlässigt."*

Genannte Literatur:

Bruker, M.O., „Keine Angst vor AIDS", Der Gesundheitsberater, 2-3/87, S. 11
Dehoust, Peter, „Zu diesem Heft: AIDS", Nation Europa, 8/87, S. 3-4
Deutsche Tagespost, 3.10.87 („Aufklärung allein genügt nicht")
Deutschlandmagazin, 7/87 (Interview mit Gauweiler, S. 6-10)
Dietl, Klaus, „Lebensschutz: Kampf der Volksseuche AIDS!", Nation Europa, 8/87, S. 31-37
Hochsieder, Hans, „AIDS: Sittengesetzliche Bedeutung", Nation Europa, 1/88, S. 57-62
Joß, Fritz, „Jahrhundertseuche AIDS", Nation Europa, 2/87, S. 65-66
Joß, Fritz, „Vom Segen einer Krankheit", Nation Europa, 10/87, S. 9-14
Joß, Fritz, „AIDS: Handeln statt zusehen!", Nation Europa, 1/88, S. 63-69
Kemmerich, Rudolf, „AIDS — die Pandemie des 20. Jahrhunderts", Nation Europa, 8/87, S. 5-15
Ludwig, Erich, „Zusehen oder handeln?", Nation Europa, 8/87, S. 16-18 (aus: HLA-Nachrichten, 3/87)
Ludwig, Klausdieter, „AIDS: Handeln statt zusehen!", Nation Europa, 11-12/87, S. 82-90
Mattausch, Christian, „AIDS — Symptom einer Weltanschauung", Nation Europa, 8/87, S. 19-26
Meves, Christa, „Frißt die sexuelle Revolte ihre Kinder?", Deutschlandmagazin, 4/87, S. 2
Münchner Freiheit, 4/87 („Kein Vorrang für die Vorbeugung?")
Der Republikaner, 5/87

Holger Strohm — schwarzer Reiter der AIDS-Zeit

In seinem neuen Buch ,,Die Ansteckung. Was Sie alles über AIDS wissen müssen'' (Reinbek 1987) verspricht Holger Strohm eine Menge. Da dürfen 180 Textseiten mit über 1.200 Anmerkungen genauer nachgelesen werden. Zumal es sich um eine Krankheit handelt, die in ihrer Bedrohung der durch einen Atomkrieg gleichkomme.

AIDS verbreite sich, so eine Überschrift, wie ein ,,Flächenbrand''. Doch was folgt, ist keine Analyse der bisherigen Seuchenausbreitung, sondern Computersimulationen für Zukunftsszenarien. Grundlegende Annahmen der Modelle bleiben unbekannt, so daß LeserInnen sich kein eigenes Urteil bilden können. Mit R.C. Gallo, dem AIDS-Papst aus USA fabuliert Strohm gar, 98% der AIDS-Kranken seien gar nicht bekannt. Woher weiß der das? Oder kann er wieder nicht die Kranken von den gesunden Trägern des HIV (Menschliches Abwehrschwäche-Virus) unterscheiden?

Die Bedeutung der 1.133 AIDS-Fälle der Bundesrepublik bis zum 2. Quartal 1987 besteht für Strohm weder darin, daß es sie gibt, noch in Relation zu etwa 6.000 Tuberkolose-Toten im gleichen Zeitraum, sondern in ihrem Anlaß für apokalyptische Visionen. Der aktuelle Stand der Krankheit begründet die allgemeine Hysterie nicht. Drei Viertel der Betroffenen waren und sind homo- und bisexuelle Männer, die zu Recht in Sorge sind, während der Anteil auf heterosexuellem Wege infizierter Personen ohne die Risiken Bluter, TransfusionsempfängerIn, Spritzen von Drogen oder dunkle Hautfarbe seit anderthalb Jahren bei 3,5% liegt. Der Anteil von Frauen an den Aids-Kranken besträgt in Nordamerika und Westeuropa zwischen drei und fünf Prozent. Strohms Behauptung, die gesamte Menschheit sei bedroht, stützt sich nicht auf Tatsachen. Horrorvisionen aus der Presse werden von ihm völlig unkritisch und willkürlich ausgesucht: nämlich danach, ob sie in sein Konzept ,,Lernen durch Verängstigung'' passen.

Wenn Strohm mit Kuno Krause (damals ,,taz'') sinniert, AIDS habe sich mit atemberaubender Geschwindigkeit um den Erdball verbreitet, so ist das falsch: 43.533 der 63.998 AIDS-Fälle (bei der Weltgesundheitsorganisation WHO als zentraler und offizieller Meldestelle registriert) (dpa vom 6. Nov. 87), sind US-AmerikanerInnen. Von diesen sind bis auf den heutigen Tag 93% schwule, bisexuelle und farbige Menschen sowie FixerInnen. Weiße Heterosexuelle, im Amtsdeutsch die ,,Normalbevölkerung'', sind dort mit zwei Prozent dabei. Obwohl die von Strohm angeführten Autoritäten u.a. aus dem Bundesgesundheitsamt (BGA) seit Jahren die Litanei von der Bedrohung der Heterosexuellen vorsingen,
aus dem Bundesgesundheitsamt (BGA) seit Jahren die Litanei von der Bedrohung der Heterosexuellen vorsingen,
gestand selbst Prof. Deinhardt vom deutschen Zentrum für die AIDS-Kooperation mit der WHO ein, er wisse nicht, warum sich die HIV-Infektion nicht schneller in diesem Bevölkerungsteil ausgebreitet habe (nach: R. Rosenbrock, AIDS kann schneller besiegt werden, Hamburg, 3. Aufl., 1987, S. 37).

Die ,,alten Risikogruppen'' (homo- und bisexuelle Männer, Prostituierte, FixerInnen, Bluter und TransfusionsempfängerInnen) müssen nach Strohms Meinung heute erweitert werden um Heterosexuelle mit ,,Intimkontakt'' zu Infizierten, Feten und Neugeborene, Personen aus Ländern mit hoher Durchseuchung, Ärzte und Pflegepersonal. (S. 126) Dabei handelt es sich um Erfindungen, die auf dem Mist der ,,Fachzeitschriften'' gediehen sind.

Beispiel Ärzte und Pflegepersonal:
Diesen Punkt spickt Strohm mit sechs Literaturhinweisen, unter denen keine der Originaluntersuchungen ist. In der Weltliteratur gab es vier oder fünf Fälle, bei denen die Einordnung als ,,durch die berufliche Tätigkeit bedingt'' als möglich angesehen wurde, weil kein anderer Risikofaktor bekannt war. Der sonst gern zitierte Prof. Stille wird nicht zur Kenntnis genommen, wenn er mit Bezug auf diese Fälle wie im Schlußwort einer Debatte des ,,Deutschen Ärzteblattes'' (Nr. 84 v. 23. Juli 1987, S. B 1408) formuliert: ,,die Übertragungsgefahr für das medizinische Personal beim Umgang mit Blut und anderen Körperflüssigkeiten ist insgesamt sehr gering.''

Auch wenn heute elf Fälle bekannt sind, besteht kein Grund, ein besonderes Risiko zu erdichten.

Beispiel Prostituierte:
Für die Betroffenheit von Prostituierten wird in erster Linie der ,,Spiegel'' zitiert, für den diese Gruppe so etwas wie ein biologisches Tschernobyl darstellt. Die Fakten sprechen allerdings dagegen. Bis Oktober 1986 wurde in den Statistiken des BGA eine einzige Prostituierte mit AIDS geführt, die keiner anderen ,,Risikogruppe'' zuzuordnen war. Dann wurde die Statistik verändert. Prostituierte zu erwähnen lohnt sich für das BGA offensichtlich genauso wenig wie Lokomotivführer.

Strohm fällt auch nicht auf, daß das Fehlen insbesondere der männlichen Prostituierten, der Stricher, unter den AIDS-Fällen eines der zentralen Dogmen des gegenwärtigen Erkenntnisstandes der Ausbreitung der Seuche betrifft, nämlich: bei ungeschütztem Sexualverkehr und besonders beim Analverkehr. Mit Bezug auf den ,,Spiegel'' zu behaupten: ,,die meisten Stricher haben das Virus'' (S. 128), ist kein Beweis.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. In Köln wurden 60 Stricher getestet, einer war HIV-antikörperpositiv (,,Arztezeitung v. 6.5.87). Die ,,Anonyme AIDS-Beratungsstelle'', München, testete von Juni 1985 bis Juni 1986 1.306 Prostituierte, 6 FixerInnen und 2 Stricher waren HIV-antikörperpositiv (,,AIDS-Forschung'', H. 2, 1987, S. 104-109). Seit Einführung des bayrischen Maßnahmenkatalogs wurden 857 Prostituierte beiderlei Geschlechts in München getestes, nur ein Stricher war HIV-antikörperpositiv (,,Ärztezeitung'' v. 29.10.87). In Bezug auf weibliche Prostituierte sieht die Lage auch in den USA nicht anders aus, obwohl die Krankheit dort vier Jahre weiter fortgeschritten sein soll. Eine Studie der US-Seuchenüberwachungsbehörde CDC (in: Morbidity and mortality weekly report 36, 1987, S. 2011-2013) kommt zu dem Ergebnis, daß sich in den verschiedenen Regionen die Rate der HIV-antikörperpositiven Prostituierten sich nicht von der Rate der HIV-antikörperpositiven ,,normalen'' Frauen unterscheide. ,,Der Hauptrisikofaktor für eine HIV-Infektion bei Prostituierten scheint i.v. Drogenmißbrauch zu sein.'' Wenn Strohm zur Bestätigung seiner Thesen einen Aufsatz zitiert, in dem zwei Ärzte der US-Army über HIV-Antikörpertests bei 399 Nürnberger Prostituierten berichten unter der bezeichnenden Überschrift: ,,Lack of infection'' ... (S. 114, Anm. 36), dann ist das eine glatte Lüge. Es gab keine HIV-antikörperpositive Prostituierte in Nürnberg.

Strohm, aber auch die Süßmuths und Gauweilers, müssen sich fragen lassen, wie sie eine Gefährdung von oder durch die Prostituierten beweisen wollen, wenn an *dem* Umschlagplatz sexuell übertragbarer Krankheiten eine besondere Häufung nicht auszumachen ist.

Das Böse ist immer und überall ...!

Das Böse ist immer und überall ...!

Aber nicht nur alle seien gefährdet, sondern die Gefahr drohe von überall. Die Übertragung durch Sperma und Blut/Blutprodukte stellt trotz einiger Unschlüssigkeiten kein Mensch mehr in Frage; Strohm fügt dem hinzu: durch Küssen, Tränen und Schweiß (S. 87), möglicherweise durch bis zu 50 Insektenarten (S. 88), durch Atemspenden (= Tröpfcheninfektion) (S. 85), vielleicht durch Händeschütteln (S. 89).

Die Belege für die Gefährdung aus allen Richtungen sind dürftig oder glatt gelogen. Süßmuth oder Gallo meinen, aus dem Nachweis von HIV in Tränen, Schweiß und Speichel könne auf eine mögliche Ansteckungsgefahr geschlossen werden. Es gibt jedoch keine wissenschaftliche Untersuchung, daß ein Viruskontakt auf diesem Wege zu einer Ansteckung führen könnte. Das Gegenteil berichten gerade die von Strohm für die Gefährdung durch Händeschütteln herangezogenen Experten der CDC.

Der ,,Beleg'' für die Übertragung durch Insekten ist die Meinung des ,,Spiegel'' und ein Aufsatz, der nicht von Insekten handelt. Die Insektentheoretiker selbst beweisen höchstens die *Existenz* von HIV in Insekten, nie die *Überragung*. Selbst R.C. Gallo, sonst gern von Strohm bemüht, winkt ab: ,,Es ist nichts dran an der Geschichte''. (,,Ärztezeitung'' v. 2.7.87). Auch wußte der ,,Virologe Dr. Chermann vom Pariser Pasteur-Institut'', Strohms Kronzeuge (S. 88), auf Nachfrage nicht, wie HIV in seine Küchenschaben gelangen konnten.

Die immer wieder bemühten Autoritäten möchten — aus welchen Gründen auch immer — die HIV-Übertragung durch Anhusten nicht *ganz* ausschließen. Durch diese Konstruktion eines ,,Restrisikos'', für das es weder Anhaltspunkte noch Abschätzungen gibt, gibt es ausreichend Spielraum für düstere Fantastereien.

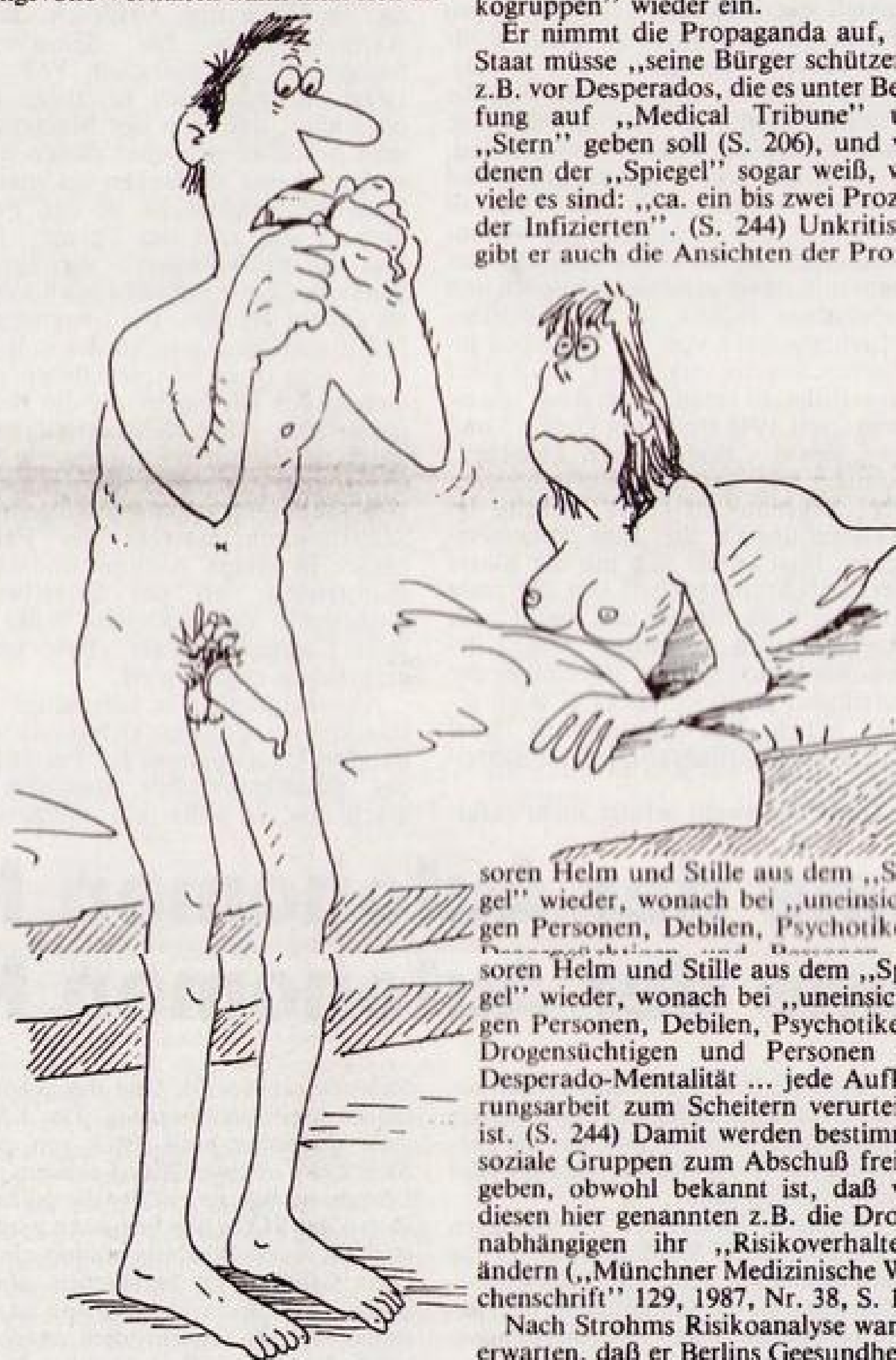
Folgen einer Erfindung

Die Erfindung der Bedrohung aller aus allen Richtungen mündet in der Aussage: ,,Aber im Grunde gibt es gar keine Risikogruppen.'' (S. 131) Dieser wichtige Satz wird mit Zitaten ehemaliger und stellvertretender Minister, eines Professors und der Meinung der ,,Medical Tribune'' belegt. Unter dem Meinungsnebel, der bis hier durch einen bizarren Datenwald waberte, bleibt jedoch verborgen, was dieser Satz wirklich aussagt: Ohne Risikogruppen gibt es keine Antwort auf die zentralen Fragen der Erforschung aller Infektionskrankheiten: Warum gerade diese Menschen, warum an diesem Ort und warum zu diesem Zeitpunkt?

Ohne Antwort — und genau die leugnet Strohm — gibt es keine Bekämpfung.

Was ist zu tun?

Angesichts der bisherigen Ergebnisse eine überraschende Frage. Aber Strohm meint, ausgiebiges Testen sei *die* Bedingung jeder Vorbeugung, denn Infizierte könnten sich Gesunden gegenüber nur verantwortlich verhalten, wenn sie von ihrer Infektion überhaupt wüßten. (S. 205) Das verantwortungsvolle Verhalten kann man sich an



dieser Stelle schon gar nicht mehr vorstellen. Die Schilderung verantwortungsvoller Sexualität ist denn auch eher eine Karikatur: Der Penis (falls vorhanden, d. Aut.) wird in je zwei Schichten Spermizid ,,gegen Schadstoffe'' und Kondome eingepackt, um sodann durch ,,rechteckige (?!) Latexfolien'' hindurch mündliche Liebkosungen vorzunehmen. ,,Zwecks Petting sollen Chirurgenhandschuhe übergestreift werden''. (S. 237) Dieses, als *den* Safer Sex darzustellen, ist falsch.

Diese sandwich-artige Risikozonen-Kondomisierung soll — wenn's halbwegs logisch bleiben soll — in den Fällen angewendet werden, in denen einer der Partner HIV-antikörperpositiv oder dessen verdächtig ist. Der Verdacht aber besteht immer, denn wer weiß schon, wem die PartnerInnen die Hände schütteln, wie sie ihre Wäsche waschen und welche Insekten sie umschwirren?

Die Tests sind nicht 100% sicher, sondern es gibt etwa 0,04% ,,falsch-negative'' Ergebnisse, d.h. der Mensch ist infiziert, der Test aber zeigt nichts an. Zudem kann die Antikörperbildung erst bis zu 14 Monaten nach der Infektion meßbar sein. Die Forderung nach Massentests zum Schutz der Gesunden sind deshalb Unsinn, den Strohm nur nachplappert.

Unter Berufung auf ,,Stern'', ,,Spiegel'' und ,,Medical Tribune'' wird die Sicherheit von Kondomen ,,selbst bei fachmännischer Verwendung'' infrage gestellt. ,,Kondome flogen den Prüfern um die Ohren, noch ehe das festgesetzte Berstvolumen erreicht wurde.'' (S. 234) Gell, das würden Sie doch gern im Selbstversuch bestätigen, Herr Strohm?

Die Spitzfindigkeit, Kondome seien ,,dazu gemacht, Spermien zu stoppen'', also komme das HIV möglicherweise, da wesentlich kleiner als diese, durch ein Kondom hindurch (S. 234), ist durch jahrzehntelange SchülerInnenversuche widerlegt, da die wassergefüllten Dinger nie auf den Lehrerpulten ausgelaufen sind.

Das scheinheilige ,,Kondome sind besser als gar nichts'' (ebenda) arbeitet nur den Moralisten der Kirchen in die Arme, die Sex nur zum Zwecke der Kindererzeugung in der Ehe erlaubt sehen (wollen).

Rettet die Demokratie!

Strohm hat sich in den Kopf gesetzt, irgendwie die Notwendigkeit des Staatseingriffs in die Privatsphäre zu begründen. Darum besteht er auf ,,wahrscheinlich notwendigen Reihenuntersuchungen'' (S. 211), von denen er weiß, daß sie gesundheitspolitisch völlig sinnlos wie die Tests selbst sind. (S. 211-214) Er behauptet, man könne dadurch die ,,hauptsächlichen Streuquellen der Infektion in der Bevölkerung aufdecken'' (S. 210), führt also an dieser Stelle die zuvor geleugneten ,,Risikogruppen'' wieder ein.

Er nimmt die Propaganda auf, der Staat müsse ,,seine Bürger schützen'', z.B. vor Desperados, die es unter Berufung auf ,,Medical Tribune'' und ,,Stern'' geben soll (S. 206), und von denen der ,,Spiegel'' sogar weiß, wieviele es sind: ,,ca. ein bis zwei Prozent der Infizierten''. (S. 244) Unkritisiert gibt er auch die Ansichten der Professoren Helm und Stille aus dem ,,Spiegel'' wieder, wonach bei ,,uneinsichtigen Personen, Debilen, Psychotikern,
soren Helm und Stille aus dem ,,Spiegel'' wieder, wonach bei ,,uneinsichtigen Personen, Debilen, Psychotikern,
Drogensüchtigen und Personen mit Desperado-Mentalität ... jede Aufklärungsarbeit zum Scheitern verurteilt'' ist. (S. 244) Damit werden bestimmte soziale Gruppen zum Abschuß freigegeben, obwohl bekannt ist, daß von diesen hier genannten z.B. die Drogenabhängigen ihr ,,Risikoverhalten'' ändern (,,Münchner Medizinische Wochenschrift'' 129, 1987, Nr. 38, S. 18).

Nach Strohms Risikoanalyse war zu erwarten, daß er Berlins Geesundheitssenator Fink zustimmend zitiert; daß nämlich ,,massive Eingriffe des Staates in das Sexualleben der Bürger und Isolierung als letztes Mittel nicht ausgeschlossen werden''. (S. 245) Der ,,AIDS-Faschismus'' mit den Bornemannschen ,,AIDS-KZ'' steht als Drohung im Raum. Da meint Strohm ganz arglos: Es ,,ergeben sich eine Reihe moralischer Fragen'', z.B. ob das ,,Euthanasieproblem — wieder aktuell'' werde. (S.246) — Nein, Herr Strohm, das mit dem Begriff ,,Euthanasie'' bezeichnete Mordprogramm des nationalsozialistischen Deutschlands wird nie wieder ,,aktuell'' werden.

Wenn Strohm die LeserInnen total verängstigt und sie argumentativ dem Maßnahmestaat ausliefert; wenn er nach dem Schutz des Staates vor HIV-Infizierten ruft und gleichzeitig vor den Folgen warnt; wenn er Massentests befürwortet und die logischen gesellschaftlichen Folgen nicht sehen will: Dann handelt es sich um Demagogie.

AIDS in Afrika

In der allgemein dunklen Vorstellung von Afrika ist dieses ein dunkler Kontinent, dessen Menschen südlich der Sahara eine dunkle Hautfarbe haben. Bei soviel augenscheinlicher Finsternis scheinen Spekulationen nicht nur zugelassen, sondern notwendig. Die WHO nimmt sich da von der allgemeinen Raterei nicht aus. Sie glaubt, unabhängig von den Zahlen, die afrikanische Staaten melden, 50.000 AIDS-Kranke ,,schätzen'' zu müssen. Da darf dann Strohm hemmungslos mit dem ,,Spiegel'' und anderen Blättern mithalten, die sich im Niveau nur wenig von ,,Bild'' unterscheiden.

Eine Besonderheit der Ausbreitung von AIDS in Afrika ist das Verhältnis erkrankter Frauen zu Männern von fast 1:1. Anstatt zu fragen, wie dieser Unterschied zu Nordamerika und Westeuropa zustande kommt (BRD, Stand 31.8.87: 79 Frauen zu 1.219 Männern = ca. 1:15), wird wieder der ,,Spiegel'' nachgeplappert: der afrikanische Mann wechsle die Partnerinnen häufiger als der Europäer. (S. 118) Das scheint mir kein Indiz für ein Seuchenausbreitungsmuster, sondern für Minderwertigkeitsgefühle eines weißen Machos gegenüber dem Mythos ,,potenter schwarzer Mann''.

Strohm behauptet eine ,,neue AIDS-Variante'' aus Afrika, die ,,besonders auch für das ärztliche und Pflegepersonal'' hochansteckend sei. In der angegebenen Quelle steht davon kein Wort. (S. 119, Anm. 70) Vielmehr berichten darin die Autoren des Institut Curie, Paris, von 17 ,,Kaukasiern'' (in rassistischer Sprechweise das Gegenteil des ,,Niggers''), die sich zwischen 1983 und 1986 bei längeren Afrika-Aufenthalten heterosexuell angesteckt haben sollen. Das Bemerkenswerte an diesem Aufsatz ist einmal die schlampige Schilderung der Krankengeschichte, in der jede Untersuchung ,,kaukasischer'' Sexualpartner fehlt; zum anderen der Vorschlag, zur Einschätzung des Risikos einer HIV-Infektion durch heterosexuelle Kontakte in Afrika unverheiratete ,,Kaukasier'' (z.B. Soldaten) ein Jahr nach ihrer Ankunft auf dem Kontinent auf Antikörper hin zu untersuchen. Da fällt Strohm nichts auf. Warum nicht?

Was aber tun, wenn wir Urlaub machen?

1. ,,In Entwicklungsländern, besonders in den von AIDS stark betroffenen Ländern, ist vom Sexualverkehr mit Einheimischen abzuraten.'' (S. 235) Warum dann nicht auch in den USA, wo die Zahl der nachgewiesenen AIDS-Kranken etwa der geschätzten Zahl für den gesamten afrikanischen Kontinent entspricht? Weiß Strohm, daß er diese rassistische Sichtweise mit Ministerin Süssmuth teilt? (Informationen des BMJFG, Nr. 8 v. 13.4.87)

2. Strohm/,,Der Praktische Arzt'' raten, ,,Tropenaufenthalte mit dubiosen hygienischen Verhältnissen, Genuß von ungewaschenem Obst oder sonstwie kontaminierten Lebensmitteln zu meiden''. (S. 236) — Weder in ,,den Tropen'' noch in Afrika bestehen ,,dubiose'' hygienische Verhältnisse, sondern klar zu beschreibende gesundheitliche Gefährdungen, denen die schwar-
Tropen'' noch in Afrika bestehen ,,dubiose'' hygienische Verhältnisse, sondern klar zu beschreibende gesundheitliche Gefährdungen, denen die schwar-
ze Bevölkerung ihr ganzes Leben ausgesetzt ist, und die mit der Übertragung von AIDS nichts zu tun haben.

3. ,,Außerdem ist Körperpflege wichtig. Da der Erreger empfindlich für Seifen ist, sollte man sich regelmäßig duschen und waschen''. Auch ,,Menschenansammlungen und öffentliche Bäder'' sind in Afrika zu meiden. (S. 236) Warum macht Strohm aus gutgemeinten ,,Aids-Tips für Prostituierte'' des Hamburger Arbeitskreises AIDS von 1987 (Anm. 57) AIDS-Tips für Afrika-TouristInnen?

4. Prostituierte sind besonders zu meiden, weil sie hochgradig ,,verseucht'' sind. Unter den Belegen (S. 129, Anm. 25-30) ist keine Originalarbeit, die immerhin einer methodischen Kritik zugänglich wäre (z.B. wegen der winzigen Stichproben). Der Aufsatz zum Beweis für die Durchseuchung afrikanischer Prostiuierter mit HIV-2, einer neuen Variante des HIV (= HIV1) (S.129, Anm. 31), beschäftigt sich mit HTLV-IV, einem noch nicht näher bestimmten Verwandten von HIV, bei Prostituierten der Ivory Coast. Wie hoch das Vorkommen von Antikörpern bei wievielen Untersuchten ist, erfahren wir nicht. Stattdessen dient der schon erwähnte Aufsatz über die heterosexuelle Ansteckung von ,,Kaukasiern'' (S. 129, Anm. 32) als Beleg für eine flächendeckende Verbreitung von AIDS durch Wanderbewegungen von Prostituierten. Davon ist im Text mit keinem Wort die Rede; usw. usf.

Wie kann man einen solchen rassistischen Mist verbreiten? Wenn Strohm (ohne Distanzierung) von den ,,schwarzen Verwandten der Grünen Meerkatze'' (S. 62) spricht, weiß ich nur eine Antwort: Er selbst ist ein Rassist.

R., Bonn

Für eine andere Palästina-Solidarität

Am 16.1.88 fand eine Demonstration zur Unterstützung der Kämpfe in den besetzten Gebieten statt. Der KB nahm an dieser Demonstration nicht teil. Er begründete diese Entscheidung wenige Tage vor der Demonstration in einer Erklärung.

Ausgangspunkt dieser Erklärung waren die von den einzelnen im Bündnis vertretenen Gruppen vorgelegten Flugblattentwürfe, aus denen große Teile mehr oder weniger undiskutiert in das Aufrufflugblatt übernommen werden sollten. Entscheidend für die Abgabe unserer Erklärung waren jedoch die — um den Bestand des Bündnisses nicht zu gefährden — mit Bedacht ignorierten Probleme der Palästinafrage und -solidarität. Wir entschieden uns für die Vorlage einer Erklärung, weil wir nicht zu einer eigenen Demo aufrufen wollten und konnten, uns aber auch nicht unter diese Demonstration mit für uns nicht akzeptablen Positionen und Forderungen subsumieren lassen wollten, ohne bestehende Differenzen bekannt zu machen. (Die DKP wählte den einfacheren Weg, unterschrieb zur Unterstützung der Demo und war mit drei Buchstaben und einer Handvoll Mitgliedern vertreten.)

Wir gaben die Erklärung drei Tage vor der Demo dem *Bündnis* zur Kenntnis mit der Zusage, sie nicht auf der Demonstration oder vorher zu verteilen, und mit dem Angebot, sie in diesem Kreis — wenn erwünscht — zu diskutieren, auch nach der Aktion selbst. (Es kursiert nun das Gerücht, wir hätten die Erklärung auf der Demonstration verteilt. Mich würde interessieren, wer ...)

Die ersten Reaktionen auf unsere Erklärung waren — nicht nur an diesem Abend — heftig: Wir seien in das Lager der Zionisten übergewechselt bis dazu, daß wir Faschisten seien.

Wir veröffentlichen diese Erklärung mit dem Ziel, zunächst innerhalb der westdeutschen Linken die Debatte um die Palästina-Solidarität erneut aufzunehmen.

Im folgenden dokumentieren wir unsere Erklärung und einige bei uns bisher eingegangene Stellungnahmen.



Problematische Parolen nicht nur in der Palästina-Solidarität

Erklärung der KB-Gruppe Hamburg zur Nichtteilnahme an einer Palästina-Solidaritätsdemonstration

Am 8. Januar traf sich auf Initiative der palästinensischen Gruppen PAV und PSV, der Gesellschaft zur Unterstützung Gefolterter und Verfolgter e.V. und der Fachgruppe Immigranten und Flüchtlinge der GAL ein Kreis, um unter dem Titel „Aktionsbündnis Palästina 1988" eine Solidaritätsdemonstration für die Kämpfe der Palästinenser in den besetzten Gebieten und Israel vorzubereiten. An diesem Treffen nahmen neben den Initiatoren auch die DKP, der KB, mehrere autonome und anarchistische Gruppen sowie das Palästina-Komitee, die Autonome Nahost-Gruppe und die Palästina-Schulungsgruppe teil.

Das Treffen wurde praktisch damit beendet, daß ein Termin für die Demo festgelegt und die Diskussion um den Demo-Aufruf auf einen anderen Tag geschoben wurde. Die Forderungen und die grobe Stoßrichtung des Flugblatts wurden aber schon festgelegt.

Es zeichnete sich schon beim ersten Treffen ab, daß wir angesichts der mehrheitlich unterstützten inhaltlichen Vorstellungen Schwierigkeiten haben würden, uns an dem Aktionsbündnis zu beteiligen. Inzwischen, nach Abschluß der Diskussion und Vorliegen des endgültigen Aufrufs, sehen wir für uns keine Möglichkeit mehr, die Demonstration zu unterstützen, weil die Vorstellungen für eine gemeinsame Aktion offenbar allzu kontrovers sind.

Im Aufruf zur Demonstration wird bewußt vermieden, den Staat Israel zu erwähnen, der — unabhängig von unserer Kritik an der Weise seines Entstehens und seiner expansionistischen und repressiven Politik — das Selbstbestimmungsrecht von 3,3 Millionen jüdischen Israelis verkörpert. Im Aufruf ist stattdessen lediglich die Rede von einem „seit 1948 besetzten Gebiet" und von einem „zionistischen Gebilde". Ähnlich wie bei den Wortschöpfern der „sogenannten DDR" scheint im Aktionsbündnis die Idee vorzuherrschen, man könne sich mit der Magie der Anführungszeichen um die reale Existenz eines Staates und damit auch einer staatlich verfaßten Nation irgendwie herummogeln. Bei einigen der beteiligten Gruppen ist es ja auch direkt üblich, den Staatsnamen Israel nur in Anführungszeichen zu schreiben.

Diese Wortwahl erfolgt nicht zufällig. Sie bringt zum Ausdruck, daß im Aktionsbündnis das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volks von Israel entweder glatt bestritten wird, oder aber, daß man der Meinung ist, man bräuchte sich über diesen Punkt einfach keine Gedanken zu machen. Gedankenlosigkeit ist in der Politik niemals gut, aber das Thema „Israel und die Palästinenser" verträgt Gedankenlosigkeit vielleicht noch weniger als andere Themen. Die Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volks von Israel ist spiegelbildlich das Gegenstück zur Negierung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts durch die Zionisten. Aus unserer Sicht ist das eine so schlecht wie das andere. Wir können nicht glaubwürdig für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in einem Aktionsbündnis demonstrieren, wo das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volks von Israel „ausgeklammert" bzw. unausgesprochen negiert wird.

Aus dem Aufruf ist überhaupt nicht zu erkennen, daß man sich im Aktionsbündnis Überlegungen zur Perspektive des palästinensischen Kampfes gemacht hat. In jeder rein militärischen Konfrontation sind die Palästinenser dem Staat Israel unterlegen und würden aufgrund des Kräfteverhältnisses auch immer unterlegen bleiben. Die Palästinenser können ihre nationale und soziale Befreiung letzten Endes nicht gegen das jüdische Volk von Israel, sondern nur gemeinsam mit diesem erreichen. Insofern kann der bewaffnete palästinensische Kampf immer nur eine Hilfsfunktion haben, während die Priorität auf dem politischen Kampf liegen muß. Und politischer Kampf heißt in erster Linie Kampf um Bündnispartner, und in diesem Fall konkret: Kampf zur Schaffung eines Bündnisses zwischen palästinensischen und jüdischen Werktätigen.

Wer diese Priorität negiert oder aus Gedankenlosigkeit außer acht läßt, müßte die Frage beantworten, welche Alternativen es gibt. Aus unserer Sicht kann die hauptsächliche Alternative, nämlich Vertrauen auf das Bündnis mit angeblich „antiimperialistischen" Regimes wie denen Syriens und Libyens oder gar des Iran, nur zu negativen Ergebnissen führen.

Aus dem Aufruf ist nicht zu erkennen, daß man im Aktionsbündnis die politische Dimension des palästinensischen Kampfes überhaupt im Blick hat. Hinter den Umschreibungen und Auslassungen des Textes kann sich Mangel an eigenen Gedanken ebenso verbergen wie abenteuerliche Lösungsvorstellungen, bei denen die jüdische Bevölkerung Israels irgendwann, irgendwie und irgendwohin „verschwindet". Dieses Aktionsbündnis setzt seine Demonstration zumindest, vorsichtig gesprochen, Mißverständnissen und Mißdeutungen aus. Erfahrungsgemäß werden solche Mißdeutungen von den interessierten Seiten auch bewußt produziert, was aus unserer Sicht ein Grund mehr sein muß, Zweideutigkeiten und Gedankenlosigkeiten zu vermeiden. Zudem ist, angesichts der in Teilen des Aktionsbündnisses herrschenden konfusen Vorstellungen, für uns unberechenbar, wieweit es während der Demonstration zu Torheiten und Schlimmeren kommen könnte, die über die Grundtendenz des Aufrufs noch hinausgehen.

Wir wollen auch nicht eine Demonstration unterstützen, bei der die Forderung nach einem allseitigen antiisraelischen Boykott zu den Hauptparolen gehören wird. Wir halten diese Parole erstens in dem bekannten historischen Kontext („Kauft nicht bei Juden") in der BRD für unangemessen, und wir sehen zweitens, daß sie wegen der auf der Hand liegenden Mißdeutungsmöglichkeiten der Solidarität mit den palästinensischen Kampf mehr schaden als nutzen wird. Wir haben den Verdacht, daß man sich im Aktionsbündnis über die politisch-praktische Frage, welchen Nutzen die Demo für den palästinensischen Kampf haben soll, allzuwenig Gedanken gemacht hat.

Kommunistischer Bund, Hamburg

Stellungnahme der Autonomen Nahost-Gruppe Hamburg

Warum wir an der Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes festhalten werden !
oder
Warum die Strategie des langandauernden Volkskrieges nicht dadurch falsch wird, weil er zu lange dauert !

Um es dem KB vorweg zu sagen, wir haben uns eine ganze Reihe von Gedanken gemacht. Einige unserer Gedanken, die sich im übrigen in über 5jähriger praktischer Solidaritätsarbeit und in der Auseinandersetzung und Nähe mit unseren palästinensischen Genossinnen und Genossen entwickelt haben, werden wir im Folgenden darlegen.

Wir sind gefordert, unsere Position zur Auseinandersetzung um die Nichtteilnahme des KB an der Demonstration zur Solidarität mit dem Volksaufstand im besetzten Palästina am 16.1.1988 in Hamburg darzulegen.

Wir tun dies an dieser Stelle, weil wir hoffen, daß die Position des KB, wie in ihrer Erklärung nachzulesen, weder von der Gesamtheit des KB, noch von der Mehrheit der Leserschaft des AK, in der Weise getragen wird, und deshalb eine Auseinandersetzung im AK für sinnvoll halten.

Im Vordergrund der Auseinandersetzung steht zwar die Nichtbeteiligung des KB an der Hamburger Demonstration, der eigentliche Kern ist aber vielmehr erstens die veränderte Haltung des KB zur Perspektive und zu den Möglichkeiten und Chancen eines langandauernden Volkskrieges, hier des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Staat Israel, den der KB bis Mitte/Ende der 70iger Jahre noch unterstützt hat.

Zweitens hält der KB es nicht mehr für sinnvoll, eine Strategie zu verfolgen, die das Problem des Zionismus und des Staates Israel als eine untrennbare Einheit betrachtet, das nur durch eine revolutionäre Veränderung in der Region und die Zerstörung des zionistischen Staatsgebildes gelöst werden kann.

Stattdessen fordert der KB sozusagen als unabdingbare Vorrausetzung für die Parteinahme auf Seiten der PalästinenserInnen und für die Solidarität mit dem palästinensischen Volk, die Anerkennung des Existensrechtes Israels.

Das ist auch genau der Widerspruch,- der in der Kritik an dem Bündnis zum Ausdruck kommt.

Weil im Bündniss für eine Demonstration zur Solidarität mit dem Volksaufstand in Palästina nicht die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der jüdischen Israelis Konsens ist, wohlgemerkt nicht des palästinensischen Volkes, sondern der jüdischen Israelis, muß der KB seine Solidarität versagen.

Das palästinensische Volk kämpft seit zwei Jahrzehnten einen langandauernden Volkskrieg um die Erlangung seiner legitimen, und von den fortschrittlichen Kräften weltweit anerkannten, Rechte. Der Kampf wird in dem Bewußtsein geführt, daß es eben ein langandauernder Kampf sein wird, in dem nicht nur das palästinensische Volk, sondern ebenso die arabischen Völker in ihrem Streben nach Emanzipation und Befreiung von Unterdrückung, Entrechtung und sozialer und wirtschaftlicher Unterentwicklung gemeinsam ihre Feinde besiegen werden, nämlich die reaktionären arabischen Staaten, den Imperialismus und die rassistische Ideologie des Zionismus, die in dem Staat Israel seinen materiellen Ausdruck findet und eine direkte Ursache der Unterdrückung des palästinensischen Volkes ist.

Das ist die Dimension, in der der Kampf des palästinensischen Volkes sich fortentwickeln wird. Und das gehört zu dieser Auseinandersetzung. Der KB hat sich spätestens nach 1982 von dieser Sichtweise abgewandt und seitdem einer Lösung nachgejagt, in der die politische Praxis der PLO daran gemessen wird, inwieweit sie ein Bündniss mit fortschrittlichen Gruppen im feindlichen *zionistischen* Lager einzugehen gewillt ist, wer immer da als fortschrittlich angesehen wird. Aus diesem Grund scheint der KB und insbesondere die Berichterstattung des AK den Blick für die Entwicklungen auf palästinensischer Ebene verloren zu haben. Die Entwicklung zum momentanen Aufstand im besetzten Palästina ist eben auch ein Ausdruck von einer qualitativen Veränderung in dem Bewußtsein des palästinensischen Volkes und der politischen und militärischen Strategie der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der PLO. Wer die Diskussion im Lager der palästinensischen Linken seit 82 verfolgt hat, wird feststellen, daß dem Kampf und zwar dem politischen und militärischen Kampf im besetzten Palästina die größte Priorität zugesprochen wurde und alle verfügbaren Kräfte auf die Intensivierung der Massenarbeit ausgerichtet wurden. Und dies obwohl und weil den palästinensischen Linken im Libanon der Kampf angesagt worden war und sie einen erbitterten Kampf führen mußten, um die bewaffnete Präsenz des palästinensischen Volkes in den Lagern im Libanon zu verteidigen. Denn auch der Flügel um Arafat hatte gerade das Interresse den palästinensischen Widerstand im Libanon zu neutralisieren, um für sein Bündniss mit dem Imperialismus glaubhaft zu werden.

Der KB meint zur zur Politik Arafats: „*Politik muß an Erfolgen gemessen werden. Es könnte sich die naheliegende wenn auch falsche Schlußfolgerung aufdrängen, daß Arafats Friedensdiplomatie außer einer schweren Schäden und Verletzungen verursachenden Spaltung der palästinensischen Nationalbewegung nichts bewirkt hat. Man könnte aber auch umgekehrt argumentieren, daß Arafats im Prinzip richtige, weil praktisch einzig mögliche Politik nicht vorankommen wird, solange sie nicht mit einem Höchstmaß an Offenheit und Genauigkeit dem Urteil der palästinensischen Öffentlichkeit gestellt wird, solange also nicht offensiv und ehrlich für diese Politik geworben wird.*"(AK 280,9.3.87,S.20)

U.a. mit diesen Worten leitet der KB eine Serie zum palästinensisch- israelischen Dialog ein und läßt einen längeren Artikel folgen, in dem eben ein Vertreter der palästinensischen Bourgeosie sich darüber beschwert, daß weder der Imperialismus noch die palästinensischen Massen die Politik des nationalen Verrats unterstützt haben und unterstützen, sie also momentan gescheitert ist.

Es liegt der Verdacht nahe, daß der KB sich hier die Haltung der palästinensischen Bourgeoisie zu eigen macht, nämlich nach dem Motto „Retten, was zu retten ist", einen irgendwie gearteten Staat oder ein Territorium zu gewinnen. Das mag im Interresse von Arafat und seiner Clique sein, den Preis müßte aber das palästinensische Volk bezahlen. Und mit diesem Interresse liegt es auch nahe, den Kontakt von PLO Repräsentanten mit fortschrittlichen Israelis als wichtigen Schritt zu feiern, ohne darauf zu sehen, das es sich bei letzteren keineswegs um Gegner des Zionismus handelt.

Wer an eine Lösung glaubt, die an der Beseitigung des zionistischen Regimes Israel vorbeigeht, der irrt nicht nur, sondern verbreitet auch Illusionen über den Charakter des zionistischen Staates und seiner konterrevolutionären Rolle nicht nur im Nahen Osten, sondern weltweit.

Die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der PLO haben aus ihren Fehlern gelernt und sich auf veränderte Bedingungen eingestellt. Und sie haben die Hoffnung auf den Sieg und die Notwendigkeit des Kampfes nicht aufgegeben, im Gegensatz zum KB.

Daher rührt auch die Diffamierung derjenigen Kräfte, die hier in der BRD und Westberlin für die Rechte des palästinensichen Volkes eintreten und ebenso nicht damit aufhören, die rassistische Ideologie des Zionismus und den Staat Israel anzugreifen. (wir wollen hier nicht um Gänsefüßchen streiten). So geschehen im Zusammenhang mit der Demonstration in Westberlin am 18.2.87 zur Unterstützung des palästinensischen Volkes im Lagerkrieg. (nachzulesen im AK Nr.280 vom 9.3.87)

Dort wurde den Organisatoren der Demonstration " ein rabiater Antizionismus, der die Grenzen zum Antisemitismus zu überschreiten droht " vorgeworfen und es wurde ihnen unterstellt, vor das jüdische Gemeindezentrum in Westberlin gezogen zu sein.

Dies ist vor allem deshalb eine Sauerei, weil im Beisein von Vertretern des KB und der AL in Westberlin, eben diese Problematik ausführlich in den vorbereitenden Treffen diskutiert wurde.

Dort wurde eben gerade festgestellt, das einerseits der allseits bekannte Mossad sich gerne in diesen oder ähnlichen Einrichtungen einnistet, um von dort aus seine konterrevolutionären Aktivitäten zu organisieren und andererseits eben die Gefahr existiert, sich damit gegen die jü-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

dische Gemeinde als solche zu stellen. Deshalb wurde bewußt darauf verzichtet dorthinzuziehen. Statt dessen wurde vor das Büro der zionistischen Weltorganisation gegangen, um dort gegen die zionistische Vertreibungs- und Unterdrükkungspolitik zu protestieren,die zu einem großen Teil und weltweit von dieser Organisation finanziert wird.

In Hamburg nun die Fortsetzung dieser Diffamierung. Hier wird den Organisatoren sogar vorgeworfen, ,,unangemessene'' Forderungen zu vertreten, die im historischen Kontext mit der Parole ,,Kauft nicht bei Juden'' stehen.

Anlaß für diese maßlose Unterstellung sind die Forderungen auf dem Aufruf zur Demonstration in Hamburg:

Boykottiert israelische Waren!
Arbeitet nicht in israelischen Kibuzzim!
Macht keinen Urlaub in Israel!

Dazu ist nur kurz zu antworten, daß
1. bekannt ist, daß z.B. der Ghaza Streifen inzwischen, nach 20 Jahren Besatzung, eher einem großen Flüchtlings-und Arbeitskräftelager (300.000 PalästinenserInnen) gleicht, das morgens um 4.00 Uhr früh von über 80.000 palästinensischen Arbeitern verlassen wird, um sich als Tagelöhner, mit einem Lohn, der durchschnittlich um 40-50% niedriger liegt, als der von Israelis und ohne soziale Absicherungen in der israelischen Wirtschaft zu verdingen. Ihre Anwesenheit ist inzwischen so wichtig für die israelische Ökonomie geworden, daß es wegen des Ausfalls von palästinensischen Arbeitskräften zu starken Protesten in Israel kam,als nach der Ermordung eines israelischen Polizeichefs in Ghaza durch ein palästinensisches Kommando, eine 4-tägige Ausgangssperre verhängt und der Ghaza Streifen einfach mit NATO-Draht dicht gemacht wurde.

Jetzt, während des Volksaufstandes, ist der Generalstreik eine wichtige Waffe im Kampf gegen die Besatzer.

Hier sei der Vergleich zu Südafrika erlaubt, wo ein wichtiges internationales Ziel zur Unterstützung des Kampfes des azanischen Volkes, die Verhängung von Boykottmaßnahmen gegen das südafrikanische Regime ist.

Die Forderung nach dem Boykott israelischer Waren rührt eben daher, daß deren Produktion mit dem Blut der Palästinenser bezahlt wird.

2. ist bekannt und überall nachzulesen und vorallem im besetzten Palästina (egal ob 1948 oder 1967 besetzt) allzu deutlich zu sehen, daß die Kibuzzim militär- und siedlungsstrategische Wehrdörfer sind, die die Funktion haben, das palästinensische Volk zu vertreiben, dessen Existensgrundlagen zu vernichten und es militärisch zu kontrollieren. Gerade die terroristischen Siedlerbanden wie Gush Emunin etc, sind das Produkt von 20 bzw. 40 Jahren militärischer und zionistischer Kibuzzim-Erziehung.

3. ist es bekannt, daß die fortschreitende Krise der israelischen Ökonomie durch den intensiven Ausbau des Tourismus abgefangen werden soll. Ebenso wie in der Türkei sollen verstärkt westeuropäische Urlauber mit ihren Devisen ins Land ge-
holt werden. Der Tourismus spielt dabei
gefangen werden soll. Ebenso wie in der Türkei sollen verstärkt westeuropäische Urlauber mit ihren Devisen ins Land ge-
holt werden. Der Tourismus spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie langfristig die Beteiligung an Projekten wie SDI.

Ein wichtiges Ziel ist es, den Zionismus als rassistische Ideologie weltweit zu verdammen, ähnlich wie es gelungen ist, die Arpartheidpolitik des südafrikanischen Regimes weltweit zu diskreditieren. Einige wichtige Schritte in dieser Richtung sind bereits geschehen, so z.B. die Verurteilung des Zionismus als Rassismus durch die UNO und es werden weitere Schritte folgen, gerade angesichts des Volksaufstandes im besetzten Palästina, der die politische und moralische Perspektivlosigkeit des israelischen Regimes in der Weltöffentlichkeit drastisch offenbart.

Das dies ein wichtiger Teil des Kampfes gegen die zionistische Besatzung auf internationaler Ebene ist, zeigt auch die Reaktion des israelischen Regimes. So hat als erste Reaktion auf den Volksaufstand der israelische Ministerpräsident Shamir die Intensivierung der Informationsaktivitäten im Ausland als vordringlichste Aufgabe der israelischen Politik festgelegt. Das internationale Ansehen Israels solle durch den Aufstand nicht geschädigt werden.

Bestimmte Kreise in der BRD und Westberlin müssen sich fragen lassen, inwieweit sie diesen Zielen inzwischen dienlich sind. (siehe die Nahost Reise von Schily und Co).

Wir müssen begreifen und dafür eintreten, daß die Lösung des Konflikts in der Beseitigung der rassistischen Ideologie des Zionismus liegt.

Der Staat Israel macht nicht eine falsche Politik die mensch kritisieren muß, er ist die Verkörperung einer aggressiven, menschenfeindlichen Politik nicht nur gegenüber dem palästinensischen Volk. Genau wie der Arpartheidstaat Südafrika ist er nicht reformierbar.

Zur Erklärung des KB:

Zitat: ,,*Der Staat Israel... ,der das Selbstbestimmungsrecht von 3,3 Millionen jüdischen Israelis verkörpert''*
Zitat: ,, *...man könne sich um die reale Existens eines Staates (nämlich Israel,d.Verf.) und damit auch einer staatlich verfaßten Nation (nicht,d.Verf.) herummogeln ....''*

Der Staat Israel existiert real, ebenso real wie der Staat Südafrika existiert, soweit so gut, aber eine minimale Bedingung an eine staatlich verfaßte Nation wäre z.B. die Festlegung der Staatsgrenzen. Dies hat Israel bis heute nicht nötig gehabt. Es sei denn, mensch interpretiert Äußerungen von Begin wie: ,,Die Grenzen Israels gehen vom Euphrat bis zum Nil'', als Grenzfestlegung.

Entscheidend ist aber, daß es sich um einen Siedlerstaat handelt, der überhaupt nur lebensfähig ist, weil er imperialistischen Interessen in der Region dient und deswegen von Großbritannien und später von den USA am Leben erhalten wird.

Allein die Dauer eines Unrechts macht daraus nicht Recht. Und im Schaffen von Tatsachen waren Israels Strategen schon bei der Planung ihres zionistischen Projektes ebenso brutal wie konsequent.

Es gibt ausgezeichnete Untersuchungen z.B. über die zionistische Siedlungspolitik seit Anfang des Jahrhunderts (1), die aufzeigen, daß der Landraub und der Bau von Siedlungen im 1948 besetzten oder 1967 besetzten Palästina auf die systematische Vertreibung, Besiedelung und schließlich Annektierung des palästinensischen Bodens hinauslaufen soll. Es war gerade ihre Strategie, unverrückbare Tatasachen zu schaffen. So entsteht heutige Realität, die wie alles nicht endgültig ist.

Letztlich liegt es vor allem in der Hand derjenigen, die die Situation des palästinensischen Volkes, sei es im 48 besetzten oder im 67 besetzten Palästina verursacht oder mitgetragen haben, über die Legitimität ihres Handelns nachzudenken und daraus ernsthafte Konsequenzen zu ziehen.

Eine palästinensische Genossin aus dem Ghaza Streifen sagte dazu einmal: ,,Solche Strömungen entstehen immer dann, wenn der Widerstand wächst. So war es auch 82, als es plötzlich in Israel Massendemonstrationen gegen den Krieg gab. In Israel ist vorher nie gegen den Krieg oder die Besatzung demonstriert worden. Die haben von 67 bis 82 ständig im Krieg gelebt, warum gab es da keine Demonstrationen? Wenn der Widerstand stark war, wenn ihre Söhne gestorben sind, und sie gemerkt haben, daß es an ihre eigene Existens geht, da haben sie demonstriert'' (2) (Sie bezog sich dabei auf die Peace-now Bewegung in Israel)

Die grundlegende Frage, ob die Juden ein Volk sind, d.h. ein nationales Recht beanspruchen können, hat für die palästinensische nationale Revolution eine grundsätzliche Bedeutung. Eine klare Beantwortung dieser Frage war für die palästinensischen Revolutionäre eine Voraussetzung, um das Programm der national-demokratischen Revolution in Palästina festzulegen, genauso wie sie von uns selbst eine Voraussetzung ist, um
aussetzung, um das Programm der national-demokratischen Revolution in Palästina festzulegen, genauso wie sie von uns selbst eine Voraussetzung ist, um
dieses Programm überhaupt zu verstehen. Die Antwort auf diese Frage ist im Artikel 20 der Nationalcharta von 1968 eindeutig festgelegt: ,,...Die auf den historischen und religiösen Verbindungen der Juden mit Palästina gegründeten Ansprüche sind mit den historischen Fakten unvereinbar ebenso wie mit einer richtigen Auffassung der Voraussetzungen für eine Staatsbildung''. Warum die Juden die Voraussetzung für eine Staatsbildung nicht erfüllen, wird durch die nachfolgenden Sätze begründet: ,,*Das Judentum als Religion ist keine Nationalität mit eigenständiger Existenz. Desweiteren stellen die Juden kein einheitliches Volk mit eigener Selbstständigkeit dar, vielmehr sind sie Bürger des Staates, dem sie angehören.''*

Mit anderen Worten: Im befreiten Palästina soll den Juden kein nationales Recht zugestanden werden. Die bürgerliche Freiheit, die sie dann genießen werden, kann nur ihre Assimilation erleichtern und fördern.

Diese Position ist allerdings nicht neu. Sie stimmt mit der Position überein, die früher in Europa die der Kommunisten war und nicht nur der Kommunisten, sondern auch der bürgerlichen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts. Sie alle kamen darin überein, die Emanzipation der Juden als Mittel für ihre notwendige Assimilation zu verteidigen. (3)

An dieser Stelle sei nochmals daran erinnert, daß heute ca. 18 Mio. Juden in der Welt leben, 3,3 Mio davon in Israel.

Die Entwicklung der sogenannten ,,jüdischen Heimstätte in Palästina'' in den letzten 40 Jahren belegt nur allzudeutlich, das die Versprechen der zionistischen Führer an die Juden in der Welt ein einziger Betrug waren und sind. Die heute in Israel lebenden Juden sehen sich mit einer anwachsenden Zahl palästinensischer Jugendlicher konfrontiert, die alles für die Erlangung ihre Rechte riskieren. Die israelische Wirtschaft ist trotz gigantischer Finanzhilfen in ihrer größten Krise, die Auswanderungszahlen übersteigen die der Einwanderungen und die Zahl der ,,nichtjüdischen Israelis'' wird in ca. 20 Jahren mit der Zahl der ,,jüdischen Israelis'' gleichziehen.Der zionistische Staat kann die permanente Aggression gegen das palästinensische Volk nicht beenden, ebensowenig, wie er sein Bündnis mit den imperialistischen Mächten und den reaktionären Staaten aufgeben kann.

Das ist die eigentliche Tragödie der jüdischen Bevölkerung in Israel.Sie sind heute erneut das Opfer imperialistischer Weltmachtpolitik.

Zitat: ,,*Insofern kann der bewaffnete Kampf immer nur eine Hilfsfunktion haben, während die Priorität auf dem politischen Kampf liegen muß.''*

Der palästinensische Widerstand wird sich für diesen klugen Satz bedanken. Wer nicht begriffen hat, daß das, was sich heute im besetzten Palästina abspielt, politischer Kampf ist, dem ist nicht mehr zu helfen. Und er hat eben auch übersehen, daß die Entwicklung zu einem schon 8 Wochen andauernden organisierten Aufstand, mit den vielfältigsten Ebenen des Kampfes, eine politische Entwicklung ist, die nur aus der jahrelangen Massenarbeit unzähliger Genossinnen und Genossen entstehen kann.

Das der zionistische Staat rein militärisch nicht zu schlagen ist, muß nicht erst vom KB in Hamburg festgestellt werden. Diese Weisheit ist durch die Erfahrungen zahlreicher Völker,die mit ihrem Blut ihre Unabhängigkeit erkämpft haben oder dabei sind, diese zu erkämpfen, bereits Bestandteil des Bewußtseins der Befreiungsbewegungen weltweit.

Zitat: ,,*Die Palästinenser erreichen ihr Ziel nur gemeinsam mit dem jüdischen Volk von Israel.'' ,,Der politische Kampf der Palästinenser muß in erster Linie der Kampf um Bündnisspartner sein, und in diesem Fall konkret: Kampf zur Schaffung eines Bündnisses zwischen palästinensischen und jüdischen Werktätigen''*

Die Frage, ob der palästinensische Widerstand es in der heutigen Phase zu seinen wesentlichen Ziele erklären muß, im feindlichen Lager, oder auch in der israelischen Bevölkerung, nach Bündnispartnern zu suchen, ist zuletzt durch den PNC in Algier beantwortet worden. Der Standpunkt des Nationalrates ist, ,,*den Kontakt zu israelischen demokratischen Kräften zu entwickeln, die den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die Besatzung und die israelische Expansion und um die Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte, einschließlich seines Rechtes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und der Errichtung eines unabhängigen Staates ebenso anerkennen, wie die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes.''*

Oder anders, wer der Meinung ist, die PLO sollte die Priorität ihres politischen Kampfes auf die Schaffung eines Bündnisses mit den ,,jüdischen Werktätigen'' in Israel legen, soll dies auf dem Marktplatz in Ghaza den 10-16 Jährigen erklären.

Oder noch anders, wer sich die Untersuchung von Bassem Shirhan (4) über pa-
Marktplatz in Ghaza den 10-16 Jährigen erklären.

Oder noch anders, wer sich die Untersuchung von Bassem Shirhan (4) über pa-
lästinensische Kinder und Jugendliche ansieht, stellt fest, daß sie in der Frage Zionismus und Judenfrage einen höheren Bewußtseinsstand haben, als mancher Linke in diesem Land.

Auf jeden Fall hat die politische Diskussion auf palästinensischer Ebene schon seit Jahren mehr Auseinandersetzungen über die Frage geführt, wie ein demokratischer, überkonfessioneller Staat auf dem Boden Palästinas und die Entwicklung dorthin aussehen kann, als sich der israelische Staat je über die Anerkennung der bloßen Existenz des palästinensischen Volkes gemacht hat.

Soweit zu den Ratschlägen des KB in Bezug auf den politischen Kampf der PalästinenserInnen.

An den KB ist nun konkret die Frage zu richten, mit wem er überhaupt solidarisch ist. Auf wen sich seine Ideen von politischer Entwicklung im arabischen Raum überhaupt beziehen. Und es muß die Frage erlaubt sein, welche Anstrengungen der KB unternimmt, die Solidarität der fortschrittlichen und demokratischen Menschen in der BRD und Westberlin mit dem palästinensischen Volk weiterzuentwickeln.

Denn das dies eine unserer Aufgaben ist, ist doch wohl unstrittig.

Autonome Nahost Gruppe Hamburg
PLK 059 072 B
2000 Hamburg 4

Anmerkungen:
1) siehe Victoria Waltz, Die Erde habt ihr uns genommen, Das Arabische Buch, Dortmund 1986
2) Ich hoffe meine Tochter geht den gleichen Weg wie ich, Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1987
3) Zur Auseinandersetzung um die Judenfrage siehe auch: Abraham Leon, Judenfrage und Kapitalismus, Trikont, 1971 und Karl Marx, Zur Judenfrage, MEW Bd. 1

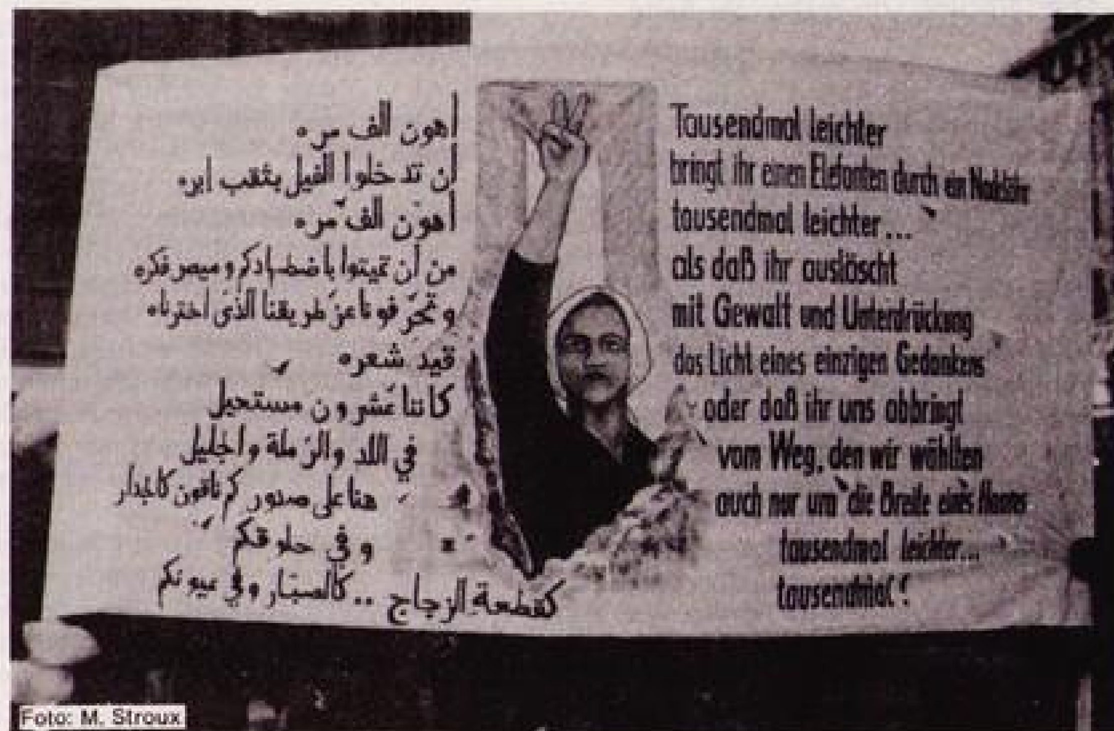


Foto: M. Stroux

Der Staat Israel verkörpert nicht das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes

Stellungnahme zur Erklärung des KB zur Nichtteilnahme an der Palästina-Demonstration in Hamburg

Der KB Hamburg hat anläßlich der Vorbereitung einer Solidaritätsdemonstration für die Kämpfe der Palästinenser in den besetzten Gebieten und Israel eine Erklärung verbreitet, in der begründet wird „Warum wir an der Demonstration nicht teilnehmen werden.“ Ein paar kritische Anmerkungen zu dem Begründungszusammenhang dieser Erklärung.

Die Erklärung wirft dem Vorbereitungskreis für die Demonstration vor, das Selbstbestimmungsrecht von 3,3 Millionen jüdischen Israelis zu verleugnen bzw. nicht explizit zu erwähnen, das sich in der Existenz des Staates Israel manifestiere. Der Vorbereitungskreis für die Demonstration mogele sich um die reale Existenz einer verfassten Nation Israel herum, in dem er sie in seinem Aufruf nicht erwähne, auch sei es bei einigen der an der Vorbereitung beteiligten Gruppen üblich, Israel in Anführungszeichen zu schreiben, wie es die Springerpresse mit der 'DDR' mache. Die Leugnung des Selbstbestimmungsrechtes des jüdischen Volkes sei das spiegelbildliche Gegenstück zur Negierung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes durch die Zionisten und da wolle man nicht mitmachen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Zentraler falscher Gedanke, wie ich meine, ist dabei die Verwechslung des Begriffes 'Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes', mit der von dem/der Verfasser/in propagierten 'Existenzberechtigung des Staates Israel (in seiner jetzigen Form!). Die Begriffe gehen dabei reichlich durcheinander und deshalb ein kleiner Griff in die 'Mottenkiste' des ML:

Marx hat sich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker hauptsächlich im Zusammenhang mit dem irischen Befreiungskampf gegen die koloniale Unterjochung Englands auseinandergesetzt. Er ging davon aus, daß sich die englische Arbeiterklasse nicht vom Kapitalismus befreien könne, solange sie mithelfe oder auch nur erlaube, ein anderes Volk in Knechtschaft zu halten. Er propagierte deshalb die Lostrennung Irlands von England und warb in der englischen Arbeiterklasse für die Unterstützung des irischen Befreiungskampfes. (Diese Politik konnte sich leider bis heute nicht in der englischen Arbeiterklasse durchsetzen).

Lenin hat sich in mehr als hundert Artikeln zur nationalen Frage und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geäußert. 1903 wurde die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker in das Programm der SDAPR aufgenommen, ohne jedoch konkretisiert zu werden. Die Diskussion innerhalb der russischen Sozialdemokratie bewegte sich in den Jahren danach jeweils um die konkrete Auslegung dieses Programmpunktes. Insbesondere Vertreter der nationalen Minderheiten, die in dem Vielvölkerstaat des Zarenreiches durch die russische Zentralmacht unterdrückt wurden, propagierten eine nach Nationalitäten getrennte Parteiorganisation. Sie verstanden unter dem Selbstbestimmungsrecht der Völker das Recht auf Föderation in einem Staat und die regionale Autonomie. Im Zusammenhang mit dieser Diskussion spalteten sich mehrere mit der SDAPR assozierte Gruppierungen nationaler Minderheiten ab und bildeten eigenständige Parteien. Lenin und die Mehrheit der SDAPR vertraten eine andere Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker:

„Die Marxisten stehen selbstverständlich der Föderation und der Dezentralisation feindlich gegenüber, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Kapitalismus für seine Entwicklung möglichst große und möglichst zentralisierte Staaten verlangt. Unter sonst gleichbleibenden Umständen wird das klassenbewußte Proletariat stets für einen größeren Staat eintreten. Es wird stets gegen mittelalterlichen Partikularismus ankämpfen, wird stets den möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenschluß zu großen Territorien begrüßen, auf denen sich der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie breit entfalten kann.(1) Denn: „Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur die Aufhebung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung.(2)

Für Lenin bestand das Selbstbestimmungsrecht der Völker allein in der Freiheit einer unterdrückten Nation, sich von der Unterdrückernation abzuspalten.

„Wie die Menschheit zur Abschaffung der Klassen nur durch die Übergangsperiode der Diktatur der unterdrückten Klasse kommen kann, so kann sie zur unvermeidlichen Verschmelzung der Nationen nur durch die Übergangsperiode
riode der Diktatur der unterdrückten Klasse kommen kann, so kann sie zur unvermeidlichen Verschmelzung der Nationen nur durch die Übergangsperiode
der völligen Befreiung, das heißt Abtrennungsfreiheit aller unterdrückten Nationen kommen.(3)

Die Propagierung des Selbstbestimmungsrechtes, sprich der Abtrennungsfreiheit, der unterdrückten Nation durch die Arbeiterklasse der Unterdrükkernation war für Lenin ein wesentliches Element der Bündnispolitik, um der durch die Bourgeoisie lancierten Spaltung der Arbeiterklasse entlang nationaler Unterschiede zu begegnen. Während die Sozialisten sich gegen jede Unterdrückung anderer Nationen durch „ihre“ Bourgeoisie wenden, schaffen sie die Voraussetzungen dafür, daß sich der Haß des Proletariats der unterdrückten Nationen nicht gegen sie richtet. Die Aufgabe der Sozialisten der unterdrückten Nationen ist es, die vollständige, auch organisatorische Einheit der eigenen Arbeiterklasse mit dem Proletariat der Unterdrückernation zu propagieren.Unter kapitalistischen Bedingungen bleibt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen im allgemeinen die Ausnahme; als eine dieser seltenen Ausnahmen führt Lenin die Abtrennung Norwegens von Schweden 1905 an. In der Regel gilt jedoch: „Unter dem Kapitalismus kann die nationale (und überhaupt die politische) Unterdrückung nicht beseitigt werden. Dazu ist die Aufhebung der Klassen, d.h. die Einführung des Sozialismus unerläßlich. Doch wenn der Sozialismus auch auf der Ökonomik begründet ist, so erschöpft er sich doch keineswegs darin. Zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung ist ein Fundament notwendig — die sozialistische Produktion; aber auf diesem Fundament bedarf es noch einer demokratischen Organisation des Staates, einer demokra-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

tischen Armee usw. Hat das Proletariat den Kapitalismus in den Sozialismus umgestaltet, so schafft es die Möglichkeit für die völlige Beseitigung der nationalen Unterdrückung; diese Möglichkeit wird „nur" — „nur"! — dann zur Wirklichkeit werden, wenn die Demokratie auf allen Gebieten vollständig durchgeführt sein wird — bis zur Festlegung der Staatsgrenzen entsprechend den 'Sympathien' der Bevölkerung, bis zur völligen Freiheit der Lostrennung einschließlich. Auf dieser Basis wird ihrerseits in der Praxis die absolute Beseitigung auch der kleinsten nationalen Reibungen, des geringsten nationalen Mißtrauens erfolgen und damit die beschleunigte Annäherung und Verschmelzung der Nationen, die durch das Absterben des Staates vollendet werden wird.(4) Soweit zur Klärung der Begrifflichkeiten aus ML-Sicht und nun zurück zu Israel und die Begrifflichkeiten darauf angewendet.

Wie wir gesehen haben bezieht sich die von Lenin entwickelte programmatische Forderung der kommunistischen Bewegung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auf unterdrückte und nicht auf Unterdrückernationen. Und im Nahen Osten ist die Situation recht eindeutig: Der imperialistische Staat Israel ist der Unterdrücker, das palästinensische Volk die unterdrückte Nation. Die Rolle Israels im Nahen Osten ist durchaus vergleichbar mit der des rassistischen Südafrika und seiner Politik gegenüber den Frontstaaten. Repressiv nach innen, hochgerüstet nach außen, eine ständige Bedrohung für seine unmittelbaren Nachbarn. Südafrika hält völkerrechtswidrig Namibia besetzt, Israel die Westbank, den Gazastreifen und Ostjerusalem mit der teilweise vollzogenen bzw. langfristig geplanten Einverleibung in das israelische Staatsgebiet. Israel und Südafrika gehören zu den größten Waffenim — und exporteuren, die imperialistischen Metropolen ausgenommen, auf der Welt. Der südafrikanische Geheimdienst wie der israelische Mossad unterstützen weltweit reaktionäre Regimes bei der Aufstandsbekämpfung. Und auch Rassismus findet sich nicht allein in Südafrika, sondern auch in Israel. Das reicht von einem weit verbreiteten Alltagsrassismus gegenüber arabischen Menschen, bis hin zu militanten faschistischen Gruppen im Umfeld der Siedlerbewegung.

Der imperialistische Staat Israel verkörpert keineswegs das Selbstbestimmungsrecht der 3,3 Mill. Juden Israels, sondern die Herrschaftsinteressen und Großmachtpläne der israelischen Bourgeoisie, auf Kosten seiner Nachbarn, der Palästinenser und der israelischen Arbeiterklasse. Insofern kann die Anerkennung des Staates Israel in seiner jetzigen Verfasstheit auch nicht zur Grundlage eines Aktionsbündnisses, das sich mit den Kämpfen der Palästinenser in den besetzten Gebieten solidarisieren will, gemacht werden.

Die KB-Erklärung unterstellt dem Aktionsbündnis, sich keine Gedanken zur Perspektive des palästinensischen Kampfes gemacht zu haben und allein auf eine militärische Konfrontation mit Israel zu setzen, sowie Vertrauen auf Bündnisse „mit angeblich antiimperialistischen Re-

fes gemacht zu haben und allein auf eine militärische Konfrontation mit Israel zu setzen, sowie Vertrauen auf Bündnisse „mit angeblich antiimperialistischen Re-

gimes wie Syrien und Lybien oder gar des Irans" zu setzen. Im Aufruf des Aktionsbündnisses lassen sich diese Gedanken nicht wiederfinden. Der Aufruf bezieht sich positiv auf die Protestaktionen „der arabischen Massen in den großen Städten des Libanons, Kairo und in den Hauptstädten anderer arabischer Länder", von 'antiimperialistischen' Regimes, Syrien etc. ist keine Rede.

In der Tat, ein zentraler Gedanke fehlt im Aufruf des Aktionsbündnisses, was in der Erklärung zu recht kritisiert wird: der Kampf für ein Bündnis zwischen palästinensischen und jüdischen Werktätigen. (Haben die/der Verfasser/in versucht, diesen Gedanken im Aufruf zur Demo unterzubringen, bevor sie das Aktionsbündnis verließen?)

Dieser Gedanke ist zum derzeitigen Zeitpunkt jedoch genauso perspektivlos wie die den Verfassern des Demoaufrufes unterstellte militärische Lösung des palästinensischen Elendes. Denn in der Frage der Einschätzung des palästinensischen Befreiungskampfes stehen die jüdischen Werktätigen, die Arbeiterklasse, voll unter der ideologischen Hegemonie der eigenen Bourgeoisie, und es gibt keine nicht-zionistische Partei mit Masseneinfluß in der Arbeiterklasse, die für ein solches Bündnis zwischen jüdischen und palästinensischen Werktätigen ansprechbar wäre. So bleibt auch dieser wichtige Gedanke auf der Ebene des Wunschdenkens.

Die Schreiber der KB-Erklärung mutmaßen, daß sich hinter den Umschreibungen und Auslassungen des Aufrufes zur Demo abenteuerliche Lösungsvorstellungen verbergen, „bei denen die jüdische Bevölkerung Israels irgendwann, irgendwie, irgendwohin verschwindet". Nach meinem Kenntnisstand ist dies nie die Politik einer mehrheitsfähigen Strömung in der PLO oder ihrer Unterstützer in Westeuropa gewesen. Der Slogan, die 'Juden ins Meer zu werfen', ist immer der Slogan der arabischen Bourgeoisie gewesen. Während es jahrelang die Politik der PLO gewesen ist, nach einer erfolgreichen palästinensischen Revolution ein friedliches Zusammenleben von Palästinensern und Juden in den Grenzen des heutigen israelischen Staatsgebietes zu ermöglichen. (Heute würde sich eine Mehrheit in der PLO wahrscheinlich mit einer 'Ministaatlösung' innerhalb der besetzten Gebiete zufrieden geben.) Wenn es innerhalb des Aktionsbündnisses wirklich solche abenteuerlichen Vorstellungen geben sollte, die darauf hinauslaufen, die jüdische Bevölkerung Israels „verschwinden zu lassen", so müßten diese Vorwürfe sicherlich besser belegt werden; im Aufruf ist davon nichts zu lesen.

Kauft nicht bei Juden ?

Ein weiterer wichtiger Grund des KB sich nicht an der Demonstration beteiligen zu wollen, ist die im Demoaufruf erhobene Forderung nach einem Boykott israelischer Waren. Diese Forderung wird in dem bekannten historischen Kontext „Kauft nicht bei Juden", für unangemessen gehalten. Ein schlimmer Satz, wie ich finde, denn er impliziert, daß es durchaus Situationen geben könne, die einen Boykottaufruf rechtfertigen. Der Satz provoziert also zwangsläufig die Frage, was der israelische Staat dem palästinensischen Volk denn noch antun müsse, damit ein Boykottaufruf gerechtfertigt erscheint.

Sicherlich ist es richtig, vor dem Hintergrund dessen, was der deutsche Faschismus dem jüdischen Volk angetan hat, dreimal so überlegt und vorsichtig in der öffentlichen Beurteilung der israelischen Politik vorzugehen. Dennoch müssen die Kriterien zur Beurteilung repressiver Regimes wie Israel und Südafrika die gleichen bleiben. Nichts von dem, was der deutsche Faschismus dem jüdischen Volk angetan hat, rechtfertigt die Politik des israelischen Staates gegenüber den Palästinensern oder seinen Nachbarn. Wir müssen dieser Politik mit der gleichen Schärfe begegnen und dürfen hier nicht mit zweierlei Maßstäben messen. Und dabei kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß die Forderung nach einem Boykott israelischer Waren sich nicht nur irgendein Solikomitee in Hamburg ausgedacht hat, sondern daß sie mittlerweile auch von Palästinensern die in Israel leben, erhoben wird. (Siehe TAZ-Interview mit dem Chefredakteur der Israel erscheinenden palästinensischen Zeitung 'Al Fajir', Hanna Siniora, vom 25.1.88, der eine entsprechende Kampagne zivilen Ungehorsams, Boykotts israelischer Zigaretten etc. in dieser Zeitung lancierte.)

Die KB-Erklärung spricht von Mißdeutungsmöglichkeiten, denen sich die Demonstration mit einer solchen Forderung aussetze. Wahrscheinlich steht dahinter die Befürchtung, sich des Verdachtes des Antisemitismus auszusetzen, oder aber in der Öffentlichkeit antisemitische Ressentiments zu provozieren. Ich glaube nicht, daß dies zutrifft. Die gleichen re-

in der Öffentlichkeit antisemitische Ressentiments zu provozieren. Ich glaube nicht, daß dies zutrifft. Die gleichen re-

aktionären und vielleicht auch antisemitischen Kreise in der BRD, die sich so vehement gegen einen Handelsboykott Südafrikas aussprechen, werden dies auch im Falle Israels tun. Die Erben des deutschen Faschismus gehören in der BRD zu den Hauptunterstützern der israelischen Außenpolitik und haben mit dem palästinensischen Befreiungskampf absolut nichts im Sinn.

Viele der Vorwürfe der KB-Erklärung lassen sich aus dem Aufruf des Aktionsbündnisses nicht ableiten, stützen sich vielleicht auf andere Quellen oder aber Vermutungen und bleiben somit für Menschen, die nicht direkt an den Bündnisverhandlungen beteiligt waren unverständlich. Summa Summarum halte ich die Auswirkungen der KB-Erklärung, die Aufforderung zur Nichtteilnahme an der Demonstration, für schädlich.

Nach meiner Erfahrung werden Widersprüche innerhalb von Aktionsbündnissen, in denen man sich auf einen gemeinsamen Demonstrationsaufruf nicht einigen kann, besser durch einen eigenen Aufruf, nicht jedoch durch Demobilisierung gelöst. Die Schlußfrage der KB-Erklärung an die Veranstalter der Demo, „welchen Nutzen denn die Demo für den palästinensischen Befreiungskampf haben soll", geht deshalb voll an uns, den KB zurück. Wem nützt das Nichtdemonstrieren? Dem palästinensischen Befreiungskampf gewiß nicht.

M., Hamburg

Zitate:
1) Lenin, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage", LW 20, Seite 31
2 + 3) Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", LW 22, Seite 148
4) Lenin, „Die Ergebnisse der Diskussion um die Selbstbestimmung", LW 22, Seite 331

Von Muhammed Azazmeh und Yatron Matras:

Zum Palästina-Konflikt

I. Israel als Stützpunkt des „Westens" im Nahost

Die engen Beziehungen zwischen den USA sowie der EG und Israel müssen vor dem Hintergrund der politischen Funktion Israels im Nahen Osten betrachtet werden:

— Als parlamentarische Demokratie und Exerzierfeld der freien Marktwirtschaft ist der Staat Israel ideologisch der wichtigste und konsequenteste Repräsentant der „westlichen Zivilisation" im Nahost.

— Während alle anderen Regimes im Nahen Osten in dauernden Legitimationszwang gegenüber der eigenen Bevölkerung geraten, ist der Staat Israel aufgrund eben dieser Faktoren der stabilste Partner der USA in der Region, dessen langfristige Hinwendung zum „Westen" auch durch populäre Unterstützung gesichert ist.

— So bildet Israel einen der wichtigsten militärischen Stützpunkte der USA und der NATO im Nahost, obgleich hier keine amerikanischen oder anderen Truppen stationiert sind und keine gemeinsamen Manöver stattfinden. Diese sind aufgrund der engen technisch-militärischen Zusammenarbeit, der gemeinsamen politischen Zielsetzungen und der uneingeschränkten Loyalität Israels diesen gegenüber überflüssig.

— Neben der Funktion eines strategischen Stützpunktes ist Israel für die Aufrechterhaltung des wichtigsten Übungsfeldes der westlichen Waffenindustrie zuständig. Die ständige Initiierung militärischer Konfrontationen aus eigenen innen- und außenpolitischen Überlegungen dient gleichzeitig dazu, die neuesten Waffensysteme und -techniken auszuprobieren und ihre Effizienz gegenüber modernen sowjetischen Waffen zu testen, sie nach konkretem Bedarf auch weiterzuentwickeln (s. Libanon-Invasion 1982). So ist Israel auch an der Rüstung und Ausbildung mehrerer Heere beteiligt (z.B. Lateinamerika, Sri Lanka, Südafrika); mit einem neu unterzeichneten Abkommen wird der israelischen Elektro-Industrie ein mit den NATO-Staaten gleichberechtigter, teilweise sogar bevorrechtigter Zugang zu amerikanischen Märkten (z.B. SDI) gewährt.

— Politisch und ideologisch stellt Israel ein äußerst wichtiges Glied der weltweiten Bekämpfung politischer und nationaler Befreiungskräfte dar und verkörpert damit unter dem Motto der „Terrorismusbekämpfung" die westliche — zur Zeit Reagansche — Strategie zum „Nord-Süd-Konflikt".

II. Israel als Hauptkonfliktfaktor im Palästina-Konflikt

II. Israel als Hauptkonfliktfaktor im Palästina-Konflikt

Jegliche Lösung des Palästina-Konflikts, die die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser beinhaltet, scheitert an der Ablehnung Israels. Bisher signalisierte keine israelische Regierung bzw. regierungsbildende politische Kraft ihre Bereitschaft, über eine Lösung in Form einer Neugestaltung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Palästina zu verhandeln. Eine solche Lösung — dies gilt auch für eine eventuelle Teilung Palästinas, wie sie zur Zeit von Kräften innerhalb der PLO, von „links-zionistischen" Kräften in Israel sowie von manchen Regierungen (s. EG-Position) propagiert wird — kann daher dem israelischen Staat nur aufgezwungen werden:

— durch Intervention der Großmächte — daran sind diese zur Zeit nicht interessiert, die USA aus den o.g. Gründen, die SU aus einem prinzipiellen Interesse an einem Gleichgewicht und der Vermeidung einer Konfrontation (s. Vorschlag zur Berufung einer intern. Friedenskonferenz);

— durch wirtschaftlichen Druck und Sanktionen von außen;

— durch verstärkten Widerstand der palästinensischen Organisationen oder der palästinensischen Bevölkerung — diese sind jedoch militärisch und politisch kaum in der Lage, durch eine längere, intensive Auseinandersetzung neue Verhältnisse zu schaffen;

— durch militärische Intervention der arabischen Staaten — diese scheitert an Israels Überlegenheit bzw. am Veto der USA. Außerdem ist es fraglich, ob sich die arabischen Staaten in näherer Zukunft von ihrer Politik der Selbstsicherung nach innen und de facto Anerkennung Israels (außer Ägypten auch Marokko, Jordanien, Saudi Arabien) abkehren, und wenn, ob solche Regimes eine gerechte Lösung herbeiführen würden;

— durch wirtschaftlichen Kollaps Israels, eine Schwächung des Staates bzw. das Hervortreten stärkerer oppositioneller Kräfte (darunter zumindest auch *Teile* der Armee) — also einen Bürgerkrieg — eingehen würden, um die herrschenden politischen Verhältnisse zu ändern. All diese sind jedoch gegenwärtig nicht in Sicht. Am letzten Punkt scheitern unserer Einschätzung nach die Bestrebungen der „Links-Zionisten" bzw. der israelischen KP und deren Umfeld, auf eine Teilung Palästinas zwischen zwei Staaten hinzuwirken.

III. Zur Entstehung des Zionismus

Eine Kritik der gegenwärtigen Politik Israels kann unserer Meinung nach ohne eine historische Kritik des Zionismus, der Kolonisierung Palästinas und der Entstehung des Staates Israel nicht vollständig, auch nicht konsequent sein. Eine solche, ausführliche Kritik würde den Rahmen dieses Papiers sprengen; daher also nur einige Thesen dazu:

— Die Suche nach einer Lösung zum Problem der Selbstbestimmung der Juden hat in Europa mehrere Bewegungen hervorgebracht, darunter bildeten zionistische Kreise zu Beginn dieses Jahrhunderts und bis zum zweiten Weltkrieg eine Minderheit.

— Die zionistische Bewegung bestand und besteht aus mehreren Strömungen; deren gemeinsame Ziele die jüdische Kolonisierung Palästinas und die Herausbildung einer Form der politischen Selbstbestimmung der Juden dort waren;

— So unterschiedlich die individuelle Motivation der beteiligten Personen zur Auswanderung war, so unterschiedlich einige ideologische Hintergründe der einzelnen Strömungen gewesen sein mögen (Bildung einer sozialistischen Gesellschaft, einer religiösen, etc.), so wäre eine jüdische Kolonisierung ohne Unterstützung der Kolonialmächte und ohne den Appell seitens der zionistischen Bewegung an die Interessen der Kolonialmächte undenkbar gewesen. So sind die ersten Siedlungen mit Zustimmung des Osmanischen Reiches und unter Schutz Frankreichs gegründet worden, das zionistische Establishment mit Hilfe britischer Unterstützung verfestigt, die Entstehung des Staates Israel durch Mitwirkung der Sowjetunion (1) und der West-Alliierten ermöglicht, seine Aufrechterhaltung durch westliche, vor allem amerikanische Unterstützung gewährt worden;

— Neben der Übereinstimmung mit kolonialen Interessen charakterisiert

währt worden;
— Neben der Übereinstimmung mit kolonialen Interessen charakterisiert

die zionistische Bewegung auch in ihren frühesten Stadien eine eurozentrische Einstellung gegenüber der arabischen Bevölkerung im Nahost, vor allem eine nationalistische und rassistische Politik gegenüber den Palästinensern. Schon in den ersten Auseinandersetzungen zwischen Zionisten und der entstehenden arabischen Nationalbewegung wird die Funktion der zionistischen Bewegung als Handlanger der Kolonialmächte deutlich, eine Politik, die bis heute verfolgt wird.

— Ziel der zionistischen Bewegung war von Anfang an die Übernahme der politischen, wirtschaftlichen und strategischen Kontrolle in Palästina. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Politik sind die Landenteignungen, Vertreibungen und andre Maßnahmen zum Transfer von Boden von arabischen in jüdische Hände.

— So versteht sich der Staat Israel als jüdischer Staat, der einerseits eine Entrechtungspolitik gegenüber den Palästinensern praktiziert, andererseits den Anspruch erhebt, stellvertretend für alle jüdischen Bevölkerungen der Welt zu agieren.

— Durch die politischen Unterdrückungsmaßnahmen, die Existenz von Bürgern zweier bzw. mehrerer Klassen, was sich u.a. auch in den alltäglichen Bereichen der Städteplanung, Erziehung und Wohnpolitik widerspiegelt, durch die wirtschaftliche Ausbeutung rechtloser palästinensischer Arbeitskräfte sowie durch die militärische Besatzung der Westbank, des Gaza-Streifens und des Golan stellt der Staat Israel heute ein *de facto Apartheidssystem* dar.

IV (Anti)Zionismus und Antisemitismus

Der Vorwurf, jede Kritik am Zionismus gleiche einer antisemitischen Einstellung, unterstellt, daß es außerhalb des Rahmens des Zionismus keine selbständige jüdische politische Identität gegeben habe oder geben könne, daß der Zionismus für die Juden die einzig mögliche Realisierung ihrer Selbstbestimmung sei; andererseits legitimiert die Verleugnung jeder eigenständigen jüdischen Identität in den Herkunftsländern indirekt die zionistischen Axiome, wonach eine selbstbewußte, emanzipierte jüdische Existenz nur im Rahmen eines eigenen Nationalstaates möglich sei.

— Historisch bildeten die Juden jahrhundertelang ethno-kulturelle Minderheiten in ihren jeweiligen Herkunftsländern, der sog. „Diaspora". Ihre Forderung nach Emanzipation war ein Kampf um die politische Gleichstellung, um die kulturelle Autonomie in den jeweiligen Ländern, die, entsprechend den historischen Gegebenheiten einer eingewanderten Minderheit *nicht territorial* gebunden war.

— Bis zum zweiten Weltkrieg organisierten sich unter den jüdischen Bevölkerungen Europas mehrere politische Bewegungen, die weder die Assimilation der Juden noch ihre Auswanderung nach Palästina propagierten, sondern ihr Recht auf Gleichstellung und kulturelle Autonomie betonten. Eine der größten dieser Parteien war der sozialdemokratische jüdische „Bund".

— Zu einer antizionistischen Position, wie wir sie verstehen, gehört auch das Aufzeigen der historischen Alternativen zum Zionismus, d.h. die Unterstützung der jüdischen Minderheit(en) in ihrem Kampf gegen den Antisemitismus sowie um Selbstbestimmung als ethno-kulturelle Minderheiten, als Teil dieser Gesellschaft. Diese Aufgabe, die die antifaschistischen Kräfte in Europa versäumt haben, stellt sich auch heute in Bezug auf die hier überlebenden Juden dar. Andererseits halten wir eine antizionistische Position, deren Urheber sie aus der Negierung jüdischer Selbstbestimmung und jüdischer Identität überhaupt ableiten, für unseriös. Ein solcher Standpunkt leistet dem Antisemitismus Vorschub und bekräftigt die Position der Zionisten und deren Anspruch, alleinige Vertreter und Beschützer der Juden zu sein.

V. Perspektiven für Palästina

Wieder wäre dieser Rahmen zu bescheiden, um diverse Lösungsmöglichkeiten im Einzelnen zu besprechen. Vor dem Hintergrund des oben Skizzierten halten wir es für nötig, Zukunftsperspektiven für Palästina entlang den folgenden Prinzipien zu diskutieren:

— Den Kern des Palästina-Konflikts

lang den folgenden Prinzipien zu diskutieren:
— Den Kern des Palästina-Konflikts

und somit auch den Schlüssel zu seiner Lösung bildet die historische Auseinandersetzung zwischen der palästinensischen Nationalbewegung und dem Zionismus.

— Keine Lösung des Konflikts ist denkbar ohne die Gewährung des Rechts des palästinensischen Volkes auf volle politische Selbstbestimmung in seiner Heimat Palästina.

— Die zionistische Kolonisierung sowie die Entstehung des zionistischen Staates betrachten wir als historisches Unrecht. Nur, während politische Herrschaftsstrukturen auch modifiziert bzw. beseitigt werden können, bildet inzwischen die jüdische Bevölkerung Palästinas einen Teil der Gesamtbevölkerung des Landes, der in jede Diskussion um eine Lösungsmöglichkeit miteinbezogen werden muß.

— Für uns ist daher nur eine gemeinsame Zukunft beider Bevölkerungsteile — jüdisch-israelisch und arabisch-palästinensisch — als gleichberechtigte Partner vorstellbar. Unter den jetzigen Bedingungen stellt sich die Notwendigkeit einer Beendigung der repressiven Politik, einer Aufhebung der diskriminierenden Strukturen und Praktiken und einer radikalen Änderung der politischen Verhältnisse in Palästina. Dabei muß vor allem der Verknüpfung von politischen Rechten an Herkunft, Religion und Nationalität ein Ende gesetzt werden.

Hamburg, Januar 1988

(Der Text ist ein Positionspapier, das für die Diskussion in der GAL geschrieben wurde)

Anmerkungen
(1) u.a. durch indirekte Waffenlieferungen; die SU war auch der erste Staat, der Israel anerkannt hat.

Dem IWF das Gruseln lehren

Kampagne gegen die Herbsttagung von IWF und Weltbank

Seit Jahren geplant werden sich im September rund 15.000 Finanzpolitiker und ihre Zuarbeiter zu einer Tagung des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank-Gruppe in West-Berlin treffen. Wie andere Gipfeltreffen in der großen bürgerlichen Politik finden diese reihum in den Zentren der Metropolen statt, gestern in Tokio, heute in West-Berlin, morgen wieder in New York. Im Prinzip ist dies die Routine der praktischen imperialistischen Politik. IWF und Weltbank sind jedoch zwei der internationalen Drehscheiben, die verantwortlich sind für eine Politik gegenüber den Völkern der ,,3. Welt'', die Not und Elend, Hunger und Mißbildung, Unterdrückung und Unterentwicklung nicht nur billigend in Kauf nehmen, sondern mit diesen apokalyptischen Reitern bewußt Politik machen. Deshalb soll und wird diese Konferenz nicht in Ruhe stattfinden.

Dies wird so sein, so sicher wie das sonntägliche Amen in vielen Kirchen und das distanzierende Händeringen erschrockener Parlamentarier ob der tumultarischen Verhältnisse in West-Berlin im September 1988. Und besonders wichtig: dies wird nicht das Ergebnis einer bewußten, geplanten Kampagne gegen den IWF/die Weltbank sein. Die bekannten Verläufe von Kampagnenplanungen, deren Abläufe, die Konferenzen und Aktionsberatungen spielen heute nicht mehr die Rolle wie vor Jahren. Manchen mag dies als eine begrüßenswerte Entwicklung erscheinen. Doch schon heute, ein dreiviertel Jahr vor dem show-down in West-Berlin, trifft sich die Angst vor dem Staat, seiner Repression gegen die Demonstrationen, wie sie zu erwarten ist, mit der Unfähigkeit, ob der eigenen Lage und der zerstrittenen Solidarität mit den Völkern der ,,3. Welt'' einen halbwegs gemeinsamen Weg zu gehen.

An der Zeit für Planungen und Dis-

diese Konferenz nicht in Ruhe stattfinden.

Dies wird so sein, so sicher wie das sonntägliche Amen in vielen Kirchen und das distanzierende Händeringen erschrockener Parlamentarier ob der tumultarischen Verhältnisse in West-Berlin im September 1988. Und besonders wichtig: dies wird nicht das Ergebnis einer bewußten, geplanten Kampagne gegen den IWF/die Weltbank sein. Die bekannten Verläufe von Kampagnenplanungen, deren Abläufe, die Konferenzen und Aktionsberatungen spielen heute nicht mehr die Rolle wie vor Jahren. Manchen mag dies als eine begrüßenswerte Entwicklung erscheinen. Doch schon heute, ein dreiviertel Jahr vor dem show-down in West-Berlin, trifft sich die Angst vor dem Staat, seiner Repression gegen die Demonstrationen, wie sie zu erwarten ist, mit der Unfähigkeit, ob der eigenen Lage und der zerstrittenen Solidarität mit den Völkern der ,,3. Welt'' einen halbwegs gemeinsamen Weg zu gehen.

An der Zeit für Planungen und Dis-

kussionen, am Wissen über IWF, die Weltbank, das internationale Finanzsystem und einer halbwegs gemeinsamen Einschätzung, daß die Mechanismen der internationalen Weltwirtschaftsordnung verantwortlich sind für die schlimme Lage von mehr als der Hälfte der Menschheit, daran hat es nie gemangelt. Schon auf den letzten Treffen während der Kampagne gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Mai 1985 in Bonn wurden erste, vage Planungen gegen die IWF/Weltbank-Tagung gehandelt. Vorbereitende Diskussionen gibt es in den verschiedenen politischen Lagern seit der ersten Hälfte 1987. Im Mai 1987 fand ein Kongreß mit dem Titel ,,Elende Schuld — unverschuldetes Elend'' statt; Träger dieser Veranstaltung war der Bundeskonkreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BuKo genannt), der mit seiner Zielsetzung für dieses Mai-Treffen repräsentativ war und ist für das Wollen fast aller fortschrittlichen und linken Organisationen und Zusammenhänge. *,,Die Solidaritätsbewegung erkennt die Brisanz von ,Verschuldung und Verelendung'. Sie sieht die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse und der Entwicklung einer Gegenstrategie — insbesondere angesichts der Tatsache, daß im September 1988 in West-Berlin die Jahrestagung von IWF und Weltbank in einem spektakulären Rahmen abgehalten wird. Diese beiden Organisationen dienen den Reichen und Mächtigen dieser Erde zur Disziplinierung der Ausgebeuteten und Aufbegehrenden: die Verschuldung der ,3. Welt' verstärkt den direkten Eingriff der Metropolen in diese Länder und ihre ,Anpassung'.*

Der 11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen soll zum Kampf gegen die Strukturen und Mechanismen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen beitragen und die Solidarität mit den vom ,unverschuldeten Elend' Betroffenen gegen die Verursacher der ,elenden Schuld' stärken.''

An dieser Konferenz nahmen mehrere hundert Menschen teil, viele als politische Individuen, aber eben auch Vertreterinnen und Vertreter des gesamten linken bis linksradikalen Spektrums: von den Jusos über die DKP, autonome Gruppierungen und eben auch das grüne Spektrum, angefangen von der Bundespartei Die Grünen bis hin zu ökologisch und naturschützend orientierten Basisbewegungen. Auf dieser Konferenz wurde die ,,Fuldaer Erklärung'' verabschiedet, die auch heute noch die inhaltliche Grundlage für einen großen Teil der an dieser Kampagne Teilnehmenden bildet. Die einzige ausdrückliche Ausnahme sind bisher Teile des autonomen Spektrums, die sich bewußt an den Beschlußfassungen zur Fuldaer Erklärung nicht beteiligen. Doch zu diesem Punkt später mehr...

Ein Aktionstreffen im Oktober 1987 sollte den Startschuß zu der Kampagne bilden. Auf diesem Treffen wurde deutlich, daß Vorstellungen über diese Kampagne sehr unterschiedlich, äußerst vage oder einfach gar nicht vorhanden waren. Eine Bekräftigung der Fuldaer Erklärung fand nicht statt, vielmehr wurden die unterschiedlichen Positionen zu den Begriffen ,,Schuldenstreichung'' und ,,Verhinderung'' diskutiert.



Plenum einer der drei Konferenzen auf Cuba im Jahre 1985 zm Thema Verschuldung und Gegenwehr; mehrere Tausend Menschen aus allen Ländern Lateinamerikas nahmen an den Konferenzen teil.



Plenum einer der drei Konferenzen auf Cuba im Jahre 1985 zm Thema Verschuldung und Gegenwehr; mehrere Tausend Menschen aus allen Ländern Lateinamerikas nahmen an den Konferenzen teil.

In der Fuldaer Erklärung wird die Forderung nach Streichung der Schulden der Länder der ,,3. Welt'' unterstützt. In Abstufungen wird diese Forderung von Cuba und Burkina Faso erhoben, andere Regierungen fordern im Prinzip eine Schuldenstreichung, unterstützen diese Forderungen auf internationalen Konferenzen, verhalten sich aber sonst zähneknirschend zahlungswillig gegenüber dem IWF, der Weltbank und den Privatbanken.

Die Kritik an diesen Forderungen setzt zum einen an der richtigen Erkenntnis an, daß die Schuldenstreichung an sich, als einzelner Akt, nichts an den Verhältnissen der gegenwärtigen internationalen Weltwirtschaftsordnung ändert, die Wurzel des Übels weiterexistiert. Zum zweiten sei diese Forderung deshalb problematisch, da in ihr die Verantwortung der politischen Eliten in den verschuldeten Ländern der ,,3. Welt'' für die heutige miese Lage ,,ihrer'' Länder unberücksichtigt bleibt. Ja vielmehr eine Streichung der Schulden, ohne Auflagen, nur diesen Eliten neuerlich den Rücken freimacht für einen neuen Schub der mit dem Imperialismus kolaborierenden Politik. Bis hierher gehen zum Beispiel die Grünen und ein Teil des autonomen Spektrums gemeinsam in den Grundzügen ihrer Kritik an der Forderung nach Schuldenstreichung heran. Ihre Wege trennen sich im nächsten Schritt: Die Grünen möchten länderspezifische Variationen bei der Umsetzung der Schuldenstreichung, um so die jeweilige Eigenschuld der Eliten mit zu berücksichtigen, während ein Teil des autonomen Spektrums diese Forderung gänzlich verwirft und die Notwendigkeit einer umfassenden Revolution in der ,,3. Welt'' zur Lösung deklariert. So erklären die letzteren die Forderungen der Schuldenkonferenzen in Cuba unter Leitung von Fidel Castro für politischen Spinnkram, während die Grünen ihrerseits ein Auge zudrückend den ganzen Prozeß kontrolliert sehen möchten.

Zum zweiten Punkt der Kontroverse: Zu der Aktionskonferenz im Oktober 1987 wurde vom BuKo mit der Zielsetzung aufgerufen: *,,Ein Ziel der Kampagne ist es, die Tagung der IWF und Weltbankstrategen in West-Berlin, deren Beschlüsse wieder Hungertod, Not und Elend von Millionen Menschen weltweit bedeuten werden, zu stören, so gut es uns gelingt, auf allen Ebenen, mit vielfältigen Aktionen, von der Mahnwache bis zur Verhinderung.''* Natürlich ist allen klar, daß der Begriff ,,Verhinderung'' in ähnlicher Weise eine mehr propagandistische Grundorientierung darstellt, wie beispielsweise die Forderung der Anti-AKW-Bewegung und ,,Brokdorf muß wieder zur Wiese werden''. Aber so möchten die vielen Gruppierungen aus der ökologischen und linksreformistischen Ecke den Begriff ,,Verhinderung'' gestrichen haben, entweder weil es ihrer Ansicht nach die Bündispolitik erschwere oder sie eine solche angestrebte politische Praxis nicht mittragen möchten. Andererseits wird aus der linksradikalen und autonomen Ecke jedem und jeder, die und der diesen Begriff kritisiert, der Vorwurf des Reformismus und Opportunismus gemacht.

Auf der im Januar in Bonn abgehaltenen weiteren Aktionskonferenz wurde dieser Streit verlängert, und aus eben diesem Grunde ist die Erklärung zum Aktionsrahmen, der auf dieser Aktionskonferenz beschlossen wurde, ganz und gar schwammig. Diese Aktionskonferenz in Bonn bekräftigte nochmals die Fuldaer Erklärung und beschloß für den April eine weitere Aktionskonferenz, diesmal am Ort des Geschehens: in West-Berlin.

Markt der Möglichkeiten mit dem Elend der Welt

Der in Bonn beschlossene Aktionsrahmen ist ein sehr guter Ausdruck für die heutige politische Verfaßtheit eines repräsentativen Teils der Aktivistinnen und Aktivisten in der BRD. Die Bankenwoche, die von der Anti-Aparheid-Bewegung traditionell im Mai anläßlich der Aktionskonferenzen der großen BRD-Banken organisiert wird, und in der gegen die Unterstützung des Apartheid-Regimes durch BRD-Banken Protest organisiert wird, ist auf dem Papier in diese Anti-IWF-Kampagne integriert worden, ohne daß auf den Aktionskonferenzen die Organisatorinnen und Organisatoren dieser Bankenwoche zugegen waren. Die Aufforderung, anläßlich der 1. Mai-Demonstrationen mit entsprechenden Transparenten auf die Straße zu gehen, macht auch den Tag der Arbeiterbewegung zum Teil der Kampagne. Im Januar schon ,,phantasievolle dezentrale Aktionen'' zu beschließen, spricht für sich.

Das einzige, was konkret faßbar ist, wird in einem ganz kurzen Fahrplan zusammengefaßt: neuerliche Aktionskonferenz im April; ganz sicher wird es ein Tribunal im September geben; etwas weniger sicher eine Gegenkonferenz; mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Demonstration oder etwas artverwandtes. Das Tribunal ist deshalb gesichert, weil Die Grünen ihr Geld und ihr organisatorischen Know How zugesagt haben, und Elmar Altvater, einer der fortschrittlichen Wissenschaftler zum Thema Verschuldung, die Schirmherrschaft übernommen hat. Dieses Tribunal wird sicherlich ein Forum für Vertreterinnen und Vertreter aus der ,,3. Welt'' sein, ihre Positionen zum Thema vorzutragen, und Experten und Professoren werden den Zustand der ,,3. Welt'', die Mechanismen der Ausbeutung und der Verschuldung nochmals detailiert darstellen. Aus Gründen der politisch begründeten Parität wird der Gegenkongreß basisnäher, von einem Mehr an Linksradikalität geprägt sein.

Schon jetzt ist aber abzusehen, daß die Frage der Demonstration zum Zeitpunkt einer solchen Konferenz in West-Berlin zum eigentlichen innenpolitischen Reibungspunkt werden wird. Innensenator Kewenig hat angekündigt, daß bis zur Konferenz im September ,,das autonome Problem'' gelöst sein wird; angesichts der Praxis der letzten Jahre ist hier jede Befürchtung vor staatlicher Repression berechtigt. Genau die Befürchtung vor neuerlichen Polizeistaatsaktionen in West-Berlin erzeugt die Angst, aufgrund der bisher keine Diskussion um das Thema Demonstration in West-Berlin im September in der Öffentlichkeit geführt wurde.

Die größeren politischen Parteien und Gruppierungen halten sich bisher zu dieser Kampagne mehr als bedeckt. Die Parallelität der Konferenzen im Januar — in Bonn die Aktionskonferenz zum IWF, in Marburg die Anti-AKW-Konferenz — führte sofort dazu, daß die Anti-AKW-Bewegung in Bonn nicht vertreten war. Die Friedensbewegung hatte zwar keine Konferenz, vertreten war sie jedoch auch nicht. Die einzigen, die sich je nach ihrem Stil und ihren Mitteln ernsthaft einsetzen, sind die Grünen und Teile der autonomen Szene.

Bei den Grünen ist dies noch relativ leicht zu realisieren: einige wenige Männer und Frauen genügen, Hauptsache sie haben die Prokura für einen der gefüllten Geldstrümpfe. Da lädt man dann auch schon mal zu einer Konferenz zum Thema in Brüssel ein, Dolmetscher sind vorhanden, über die Flüge ließe sich bestimmt eine Vereinbarung treffen.

Teile der autonomen Szene verhalten sich bisher kritisch bis abgrenzend. Grundlage ist einmal der schon beschriebene Vorwurf an den Rest der Kampagnen-Träger, daß die Ablehnung einer Verhinderungsstrategie eben praktischer Reformismus sei. Zum zweiten wird die analytische Aufbereitung des Themas Verschuldung und Verelendung der ,,3. Welt'' kritisiert: die Übernahme von Vorstellungen einer Demokratisierung des internationalen Weltwirtschaftssystems von Politikern aus der ,,3. Welt'' entziehe jeder Diskussion die Legitimationsgrundlage. Die Entwicklung und die Spaltung der Weltbevölkerung in Satte und Hungernde sei kein Unfall des Kapitalismus, sondern bewußtes Produkt einer Politik von IWF, Weltbank und US-Imperialismus als planmäßige Fortschreibung der NS-Strategien für einen Großraum unter deutscher Kontrolle, wie er 1935 konzipiert wurde. Unter dem Banner der strikten Abgrenzung gegen jeden reformistischen Ansatz wird von einem Teil der autonomen Szene jede gemeinsame Beschlußfassung in deser Kampagne im Ansatz verhindert, und die sich weitende Kluft ist in dieser Entwicklungsrichtung auch gewollt. Einer Abstimmung über die Fuldaer Erklärung wie einer Diskussion, die diesen Namen auch verdient, hat man sich auf den letzten Trefffen durch Abwesenheit konsequent entzogen.

Andererseits darf der Vorwurf über irdendein unprodutives Verhalten einer Gruppierung oder Strömung in dieser Kampagnenvorbereitung keinesfalls überhöht werden, da sich gemessen an den Erwartungen und formulierten Ansprüchen allesamt unernst verhalten. Sicherlich ist ein Protest gegen die IWF/Weltbank-Tagung in West-Berlin eine symbolische Handlung, da dieser Protest nicht an der internationalen Weltwirtschaftsordnung rütteln kann. Selbst Bündnisse wie die Blockfreienbewegung, oder auch nur der fortschrittliche Flügel in dieser Bewegung, sind gegenwärtig nicht in der Lage, zu einem gemeinsamen, solidarischen Handeln im eigenen Interesse zu gelangen. Wieviel weniger Macht hat da eine so zersplitterte Bewegung um eine Kampagne. Aber im Wesen spielt sich etwas anderes ab: das Thema IWF/Weltbank und internationale

Ansatz verhindert, und die sich weitende Kluft ist in dieser Entwicklungsrichtung auch gewollt. Einer Abstimmung über die Fuldaer Erklärung wie einer Diskussion, die diesen Namen auch verdient, hat man sich auf den letzten Trefffen durch Abwesenheit konsequent entzogen.

Andererseits darf der Vorwurf über irdendein unprodutives Verhalten einer Gruppierung oder Strömung in dieser Kampagnenvorbereitung keinesfalls überhöht werden, da sich gemessen an den Erwartungen und formulierten Ansprüchen allesamt unernst verhalten. Sicherlich ist ein Protest gegen die IWF/Weltbank-Tagung in West-Berlin eine symbolische Handlung, da dieser Protest nicht an der internationalen Weltwirtschaftsordnung rütteln kann. Selbst Bündnisse wie die Blockfreienbewegung, oder auch nur der fortschrittliche Flügel in dieser Bewegung, sind gegenwärtig nicht in der Lage, zu einem gemeinsamen, solidarischen Handeln im eigenen Interesse zu gelangen. Wieviel weniger Macht hat da eine so zersplitterte Bewegung um eine Kampagne. Aber im Wesen spielt sich etwas anderes ab: das Thema IWF/Weltbank und internationale

Weltwirtschaftsordnung verführt geradezu zu kompensatorischem Handeln in Form von langwierigen Debatten, in denen sich um den letzen Mechanismus im IWF gestritten wird. Die innenpolitische Brisanz geht jedoch verloren, wenn die praktisch-politische Vorbereitung des Protestes in West-Berlin im September unter all dem akademischen Geplauder zu kurz kommt.

wo./Hamburg

Aktionsrahmen

,,— Anläßlich der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank finden Aktionen vor dem Finanzministerium und dem BMZ in Bonn statt. Ebenso sollen Aktionen (z.B. Menschenteppich) vor der Deutschen Bundesbank in Frankfurt stattfinden. Im Rahmen dieser Aktionen sollen die Forderungspakete und die ,,enger zu schnallenden Gürtel'' zum Einatz kommen. Die Aktionen zur Frühjahrstagung sollen mit einer zentralen Pressekonferenz abgeschlossen werden.

— Wir werden uns dezentral an den Veranstaltungen zum 1. Mai beteiligen, um an einzelnen Phänomenen exemplarisch den Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftssystem, Ausbeutung der Dritten Welt, Neuer Internationaler Arbeitsteilung und Verelendung in den Metropolen darzustellen (z.B. an den Auseinandersetzungen um Rheinhausen).

— Zwischen dem 11. und 27. Mai finden die Aktionsnärsversammlungen der drei größten deutschen Banken statt. Hierzu wird es dezentrale Aktionen vor allem auch in den Städten, in denen diese Aktionärsversammlungen stattfinden, geben. Hierzu gehören auch die Auftritte der ,,Kritischen Aktionäre''.

— 2. — 5. Juni: Aktionen rund um den BuKo 12 in Frankfurt.

— Im September wird es in der BRD dezentrale Mobilisierungswochen geben, die sowohl inhaltlich auf die Jahrestagung hinleiten als auch organisatorisch die Gegenaktionen in Westberlin vorbereiten sollen.

— Aktionwoche von Freitag dem 23. bis Freitag dem 30. Sept. 88;

— Großdemonstration am Sonnabend;

— Kongreß/Gegentribunal;

— phantasievolle dezentrale Aktionen.''

Am 24.1.88 in Bonn von ca. 60 Vertreterinnen und Vertretern von Parteien, Organisationen und Basisbewegungen beschlossen. Die letzten vier Spiegelstriche sollen den eigentlichen Aktionsrahmen für die September-Woche, die IWF/Weltbank-Tagung, beschreiben. Interpretationshilfe: „Demonstration am Sonnabend" ist eine „offene" Formulierung, d.h. wann eine Demonstration im September stattfinden soll, ist noch völlig offen.

Fortsetzung von Seite 1

Die Grünen Schleswig-Holstein:

Von Kopf bis Fuß auf Koalition eingestellt

Nachdem inzwischen dreimal der Sprung ins Parlament verfehlt wurde, gab es bei den SH-Grünen bereits im Vorfeld des Oldesloer Parteitags einen flügelübergreifenden Konsens, mit den erfolglosen Konzepten von gestern und vorgestern öffentlichkeitswirksam zu brechen.

Zwar wurde schon der letzte Wahlkampf fast ausschließlich mit der rot-grünen Perspektive bestritten (1) und die Meßlatte für die Tolerierung einer Engholm-Regierung denkbar niedrig gehängt, allerdings ignorierten die Sozialdemokraten die grünen Offerten fast ausnahmslos. Und so blieb es im Wahlkampf nur den Grünen überlassen ,,rot-grün'' zu propagieren — mit dem bekannten Resultat.

Diese bittere Erfahrung und das Wissen um den trostlosen Zustand des eigenen Ladens, ließ zunächst den bis dahin tonangebenden linken Flügel der schleswig-holsteinischen Grünen über eine spektakuläre Promi-Kandidatur nachdenken. Nicht nur die Unlust des ausgewählten Rainer Trampert auf das plattdeutsche Abenteuer beendeten die Fundi-Überlegungen. Vor allem deren neue Rolle als Minderheitsflügel — der auf das Wahlfiasko folgende Norderstedter Parteitag sah erstmals die Realos dominieren — vereitelte weitere Gedanken an eine fundamentalistische Prominentenkandidatur. Nun war die neue Mehrheit aus Traditionsrealos (um den Kieler Fraktionsgeschäftsführer Nico Sönnichsen und den Landesgeschäftsführer Michael Gärtner) und Neurealos (deren Vordenker die Ex-Linken Lars Hennings und Gabi Hanowski-Zabel sind) am Zug. Inspiriert durch die linken Promi-Überlegungen präsentierten die Realos Anfang Januar eine Idee, auf die die ,,taz'' auch hätte alleine kommen können. In ihrem Strategieantrag ,,Mit klaren Konturen gewinnen'' (2)schlagen N. Sönnichsen, H. Mühlenhardt und fünf weitere Realos neben einem ,,eindeutigen Koalitionsangebot an die SPD'' Otto Schily und Thea Bock als grüne Ministeranwärter für das Kabinett Engholm vor.

Bei diesem Coup hatten sich die SH-Realos, trotz der Begeisterung bei ,,taz'' und ,,Kieler Rundschau'', schwer verrechnet. Die gebeutelte Parteibasis sah sich von den eigenen Leuten zu Knallchargen degradiert und reagierte nach dem Motto ,,Otto — find' ich doof'' (selbst in der Kieler Realo-



Hochburg stieß der Sönnichsen/Mühlenhardt-Antrag auf schroffe Ablehnung). Zu verkraften wäre diese Basis-Beleidigung noch gewesen, wenn nicht Otto himself seinen norddeutschen Fans einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Kurzerhand ließ er eine Woche vor dem Parteitag seine SH-Realos in die Bundeshauptstadt einfliegen und erklärte ihnen, daß er auf einen Image-Verlust durch ein eventuelles schlechtes Abschneiden zwischen Nord- und Ostsee keinen Bock hätte.

Zur Abfederung negativer Außenwirkungen für beide Seiten vereinbarte man eine Sprachregelung, nach der Otto für Engagements neben seiner Tätigkeit im ,,Atomskandal''-Ausschuß nicht zur Verfügung stehen könne (so ganz war diese Vereinbarung nicht einzuhalten. In ihrer Parteitagsrede qualifizierte die Schily-Verhandlungspartnerin Hanowski-Zabel Otto enttäuscht als ,,großbürgerliche Primadonna''.) Spätestens nach den Bonner Gesprächen war die Luft aus der Realo-Konzeption raus. Die Einsicht, daß man zu hoch gepokert hatte und die Grünen in Schleswig-Holstein nicht der Nabel der Partei sind, kam zu spät — kurz vor der Oldesloer Delegiertenkonferenz wurde der Realo-Antrag ersatzlos zurückgezogen.

Durch die realpolitischen Fehlkalkulationen waren unerwartet wieder die Linksgrünen als Schadensbegrenzer gefragt. Tamara Tschikowani, Jan Bartkowiak und Brigitte Arendt blieb es überlassen, die letztlich harmoniestiftende Wahlstrategie zu formulieren. Statt Otto und Thea schlugen sie ,,Koalition nicht mehr ausgeschlossen'' (3) und ,,wir arbeiten für rot-grün'' (4) den 150 Parteidelegierten vor. Dieser zunächst mehrheitsfähige (5) Koalo-Antrag der Fundis konnter die Otto-Strömung jedoch nicht zufriedenstellen. Zum Ende des ersten Tages der LDK erklärten die potentiellen Realo- und ,,Mitte''-Kandidaten, daß sie unter diesen Umständen nicht mehr für die Landesliste zur Verfügung stehen. Eine darauffolgende Parteinacht im kleinen Kreis der Landes-Promis förderte dann einen Kompromiß zutage, der das fundamentalistische Koalitionsangebot um die realpolitische Variante einer ,,konzeptionellen und personellen Vorbereitung'' (6) ergänzte.

Um den flügelumspannenden ,,Kompromiß'' nicht durch eventuelle Nein-Stimmen aus dem Fundi-Lager zu gefährden, rief Jan Bartkowiak seine Fraktion zur Stimmenthaltung auf. Mit nur 25 Gegenstimmen akzeptierte der Parteitag die Realo-Erpressung. Daraufhin zogen die Realos unter dem Beifall der Delegierten ihre Kandidatur-Absage zurück, und einer einvernehmlichen Aufstellung der Landesliste stand nichts mehr im Wege. Fast einstimmig wählte der Parteitag das Trio Tamara Tschikowani (Fundi), Horst Mühlenhardt (Altrealo) und Jutta Hansen (Neurealo) an die Spitze der grünen Liste.

Anschließend war bei allen Flügeln Optimismus und Zufriedenheit ange-



sagt. Besonders die Linken freuten sich, daß sie mit ihrem Pro-Koalitionsantrag die innerparteilichen Gegenspieler ausgebremst hatten. Nicht ganz so happy zeigten sich Realos und ,,Mitte''. Nach dem Otto-Durchfall hatten Sönnichsen/Mühlenhardt & Co. nichts Politikfähiges mehr anzubieten. Zudem mußten sie noch mit ansehen, wie der falsche Flügel für Koalo-Positionen stritt. Daß man inhaltlich hochzufrieden mit den LDK-Ergebnissen sein konnte, tröstete die Realos nur unzureichend über die eigene Dummheit hinweg, mit der Otto-Option die Erwartungen so hochgeschraubt zu haben, daß selbst der jetzige Koalitionsbeschluß schon fast ein fundamentalistisches Odium bekam. Schon am Morgen danach präsentierte Max Thomas Mehr von der ,,taz'' die Quittung für enttäuschte Erwartungen: ,,*Diese Grünen sind nicht wählbar.*'' (7)

Begünstigt durch ständige Wahlniederlagen und öffentliche Nichtbeachtung spezialisierten sich die SH-Grünen mit den Jahren auf innerparteiliche Kabinettstückchen, die für Außenstehende immer unverständlicher wurden. Der Oldesloer Parteitag markiert den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung.

ra/kiel

Anmerkungen
(1) s. AK 286, S. 8 oder AK 282, S. 10
(2) veröffentlicht in den Delegiertenunterlagen vom 13.1.
(3) veröffentlicht in den Delegiertenunterlagen vom 22.1.
(4) T. Tschikowani in ihrer Parteitagsrede am 30.1.
(5) mit 90 gegen 50 Stimmen angenommen
(6) nach der mündl. Begründung von G. Hanowski-Zabel am 31.1.
(7) Ausgabe vom 1.2.

Zwei Kumpane

Während der grüne Landesparteitag weitgehend unbemerkt über die Bühne ging, führten zwei Wochen zuvor ein ausgetretener und ein eintrittswilliger Grüner der Partei vor, wie man trotz Null-Relevanz in die Schlagzeilen kommt.

Am 22. Januar präsentierte der schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Thomas Wüppesahl Reiner Pfeiffer als potentiellen Spitzenkandidaten der Grünen zur Wahl am 8. Mai. Der Mann fürs Grobe in der Partei der Feinfühligen — kein schlechter Gag, den sich Wüppesahl da einfallen ließ. Massive Medienpräsenz war garantiert, als der Ex-Grüne seinen Pfeiffer in die Bütt schickte. Und

der ließ sich nicht lumpen. ,,Seit



habe ich auch Barschel erzählt,

rantiert, als der Ex-Grüne seinen Pfeiffer in die Bütt schickte. Und
der ließ sich nicht lumpen. ,,*Seit spätestens '79 habe ich grün gewählt*'', war nur ein überraschendes Bekenntnis der halbstündigen Pfeiffer-Rede. Dem völlig befremdeten Publikum hatte er auch mitzuteilen, daß ,,*jeder von Ihnen auch das getan hätte, was ich getan habe; der Zweck heiligt die Mittel.*'' Denn schon in der Kieler Staatskanzlei habe er für die Grünen gekämpft: ,,*Ich war der heimliche Pressesprecher der Grünen. Die Engholm-Presseerklärung* (gemeint ist eine gefälschte Presseerklärung, in der Pfeiffer namens der Grünen den späten Kircheneintritt Engholms als Wahlkampfmasche kritisierte. Anm. ra) *war eine gelungene PR-Aktion für die Grünen.*'' Da diese allzu subversiven und von manchen, nicht zuletzt von Pfeiffers Lieblingspartei, unverstandenen Aktivitäten, vom ehemaligen Medienreferenten trotzig gerechtfertigt wurden, war Pfeiffers Karriere bei den Grünen zu Ende, bevor sie richtig begonnen hatte. Auch die Enthüllung, daß ,,*ich in Bremen den Grünen 1979 zum Parlamentseinzug verholfen habe*'', (weil er sie als Chefredakteur des CDU-nahen ,,Weser-Reports'' ständig in seinem Blatt zu Wort kommen ließ) konnte da nichts mehr retten.

Kein Satz in Pfeiffers Rede ohne kleine oder größere Absurditäten (,,*Daß ich seit '78 für grün kämpfe und dies auch weiterhin tun werde, habe ich auch Barschel erzählt, aber der hat nur gelacht.*''). Von der völligen Unernsthaftigkeit seines Angebots hatte er jedenfalls in wenigen Minuten das Publikum überzeugt.



Was den grünen Bundestagsabgeordneten Thomas Wüppesahl bewogen haben könnte, für Pfeiffer den politischen Rahmen herzustellen, bleibt rätselhaft. Seine offizielle Begründung ,,*mit Pfeiffer brauchen die Grünen keine Angst vor der 5%-Hürde zu haben und können sogar 10% anvisieren*'', reicht schon fast an das Kuriositäten-Kabinett seines Schützlings heran. Ernsthafteres war zu diesem Thema vom ehemaligen Kripo-Beamten nicht zu hören. Seit geraumer Zeit befindet sich Wüppesahl in einem von ihm angezettelten Kleinkrieg mit seinem Geesthachter Ortsverband und den SH-Grünen insgesamt. Ein Streit, bei dem sich die Kontrahenten gegenseitig Nazi-Symbole überreichen und auch schon mal handfester die Fetzen fliegen. Mitglied der Bundestagsfraktion blieb er, allen Ausschlußforderungen zum Trotz, dennoch. Selbst als Wüppesahl kurz vor der letzten Landtagswahl eine Pressekampagne gegen die Partei in Gang setzte, mochten die Bonner Abgeordneten nicht auf ihren Vorzeige-Polizisten im Innenausschuß verzichten. Mit der Pfeiffer-Aktion hatte Wüppesahl allerdings den Bogen überspannt. Mit seltener Einmütigkeit wurde er aus der Fraktion ausgeschlossen. Pfeiffers Aufnahmeantrag in die grüne Partei war ähnlich erfolglos.

Trotzdem, und ohne jede Spur einer Chance überhaupt angehört zu werden, erschienen die beiden Scharlatane auf der Oldesloer LDK. Dort warteten sie ungerührt auf den unvermeidlichen Rauswurf, um dann mit einem ansehnlichen Medienaufgebot den Saal wieder zu verlassen und den Grünen ,,zutiefst undemokratisches Verhalten'' vorzuwerfen.

Es ist zu befürchten, daß dies nicht der endgültige Abgang des dubiosen Politikerduos gewesen ist.

Gewaltfreiheit und ,,Militanzphantasien"

Turbulenzen in der GAL Hamburg

Daß die Realos außer Beschwörungen wenig zu bieten haben, ist schon länger bekannt. Ihre stärksten Momente erleben sie, wenn aus aktuellem Anlaß auf dem Medienmarkt Nachfrage nach Demagogien gegen ,,Fundamentalisten'' und andere Linke besteht. So auch anläßlich der Wahlschlappe der Hamburger GAL im Mai letzten Jahres. Die Journaille wurde prompt beliefert: Schuld an der Niederlage — das wußten die Bonner Damen und Herren Schily, Kleinert, Schoppe und Vennegerts ganz genau — war die ,,fundamentalistische Verweigerungshaltung'' der GAL, ihr ,,Gesinnungsradikalismus'' und ihre ,,unklare Haltung zur Gewalt''. Je grobschlächtiger die ,,Analyse'', desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß sie möglichs vielen Produzenten von ,,Pressevielfalt'' auffällt.

Die Hamburger Realos, die sich selbst zur neuen grünen Mitte zählen, drohten zugleich Konstruktivität an. Schnellstens klärungsbedürftig — so Thea Bock, Erwin Jurtschitsch und Paul Rieckmann in ihrem Papier ,,GAL wie weiter? Zu den nächsten Aufgaben der Partei'' — seien u.a. ,,das Verhältnis und der Umgang der GAL mit außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen'' und ,,der Umgang der GAL mit der Gewalt in Gesellschaft und Staat''.

Monatelang blieb es bei der Ankündigung, diesen Defiziten abhelfen zu wollen. Erst mit dem Vertragsabschluß in der Hafenstraße schien die Konjunktur günstig für einen gewaltfreien Vorstoß. Dohnanyi war der Mann der Stunde, der friedensstiftende Engel, der die Gewaltpotentiale — SPD-Rechte und Polizeiapparat auf der einen, die ,,militanten Kader'' der Autonomen auf der anderen Seite — zum Einlenken gezwungen hatte. So jedenfalls die Legende, die kurz vor Anbruch der Adventszeit den Lesern von ,,Morgenpost'', ,,Hamburger Rundschau'' und ,,taz'' das Herz erwärmte.

Für das grüne Publikum wurde diese alternative Weihnachtsgeschichte noch um eine besonders schöne Enthüllung erweitert: Wesentlich zum Vertragsabschluß beigetragen habe die GAL, die sich klugerweise als ,,praktizierender Gesamtrealo'' aufgeführt habe (Jurtschitsch, Rieckmann plus wechselnde Partner). Mehr noch: Der Sieg der ,,Zivilisten'' (Dohnanyi, die guten Polizisten und die Gewaltfreien) über die ,,Putschisten'' (SPD-Rechte, böse Polizisten und Autonome) sei von Thea Bock und Thomas Ebermann ,,strömungsübergreifend'' herbeiverhandelt worden.

Religion und Wunderglauben — für einen bekannten Linksradikalen des 19. Jahrhunderts nichts weiter als ,,Opium für das Volk'' — scheinen tatsächlich süchtig zu machen. Glaubenskritikern, die eine wesentliche Voraussetzung der Verhandlungslösung in der glaubwürdigen Abschreckung — die nicht zuletzt durch den Barrikadenbau demonstrierte ,,Gewaltbereitschaft'' der Hafenstraßenbewohner — sehen, wird ,,Mythenbildung'' vorgeworfen. Statt fundamentalistischen ,,Militanzphantasien'' anzuhängen, pflegt man in Hamburger Realo-Kreisen Machtphantasien: von einem auf Druck der Grünen zu ,,struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit'' abgerüsteten Staatsapparat unter ,,demokratischer Kontrolle''. Wie das durchzusetzen ist? Indem ,,die zivile Gesellschaft, allen voran die Grünen (...) weiter einseitig und provokant abrüsten''. Da die Grünen weder über ,,Präzisionsschleudern'' noch über im weitesten (Zimmermannschen) Sinne ,,waffenähnliche Gegenstände'' verfügen, kann die einseitig-provokante Abrüstung eigentlich nur noch der Lederjacke (,,passive Bewaffnung'') gelten, die besser zum Trödler gebracht werden sollte. Vor allem scheint es den Verfassern aber auf den Abrüstungsappell anzukommen: ,,*Die GAL muß dafür kämpfen, alle politischen Kräfte auf Gewaltfreiheit zu verpflichten*''. Wie sich dafür das Parlament als Tribüne nutzen läßt, hat Frau Schoppe mit ihrem überfraktionell beklatschten ,,Entmummungsappell'' schon vorgemacht. Es reicht also auch nicht mehr, als Grüne Gewaltfreiheit vorzuleben, nein, missionarisch ist der Eifer, alle anderen sollen auch gleich verpflichtet werden.

Ein linker ,,Putsch"

Die einseitigen Abrüster hatten Glück. Ein von der GAL-Mehrheit produziertes Skandälchen verschaffte ihnen die Gelegenheit, sich als diskriminierte Minderheit zu präsentieren. Landesvorstand und Fraktionsmehrheit hatten bei der Besetzung des von der CDU beantragten Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (PUA) Hafenstraße ,,voll durchgezockt'' und beide der GAL zustehenden Posten mit Vertreterinnen der ,,sog. Mehrheitsströmung'' besetzt: durch ,,Machtpoker,, ,,Verleumdung, Intrige und letztendlich Putsch'' (Zitate aus einer Stellungnahme der von der Mehrheit ,,ausgegrenzten'' und ,,menschlich fertiggemachten'' Abgeordneten Conny Jürgens).

Soweit der Ablauf des Gemetzels öffentlich nachvollziehbar ist, scheint es um ein Gemisch persönlicher und politischer Unvereinbarkeiten zu gehen. Die Neigung der Abgeordneten Jürgens zu undiskutierten Alleingängen und öffentlich vorgetragener

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Hafenstraßen-Schelte schien den Mehrheitsvertreterinnen nicht der geeignete Arbeitsstil für einen Ausschuß, der nach dem Willen der CDU vor allem „Straftaten der Hafenstraßenbewohner'' und ihre angebliche Duldung und Begünstigung durch Senat und Behörden feststellen soll. Für die von der Minderheit immer wieder beschworene (aber nie vorangetriebene) innergrüne Gewaltdebatte dürfte der Ausschuß auch nicht das geeignete Forum sein. Hier werden die Interessen von Menschen verhandelt. Die mitangeklagte SPD hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, der von CDU und Springer-Presse gut abgestimmten Kampagne („Senator Kuhbier schützte Stromdiebe'') offensiv entgegenzutreten. In dieser Situation kann die Aufgabe der GAL nur darin bestehen, *„alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Untersuchungsausschuß in ein Instrument der Enthüllung zu verwandeln, sich also offensiv zu verhalten''*. So steht es in einer Erklärung des „Komitees'' (Michael Herrmann, Hans-Joachim Lenger, Jan Philipp Reemtsma) zu den Beratungen der GAL. Darin erklären die drei Experten, die in einem Buch die illegalen Praktiken der Behörden in ihrem jahrelangen Kleinkrieg gegen die Hafenstraße detailliert nachgewiesen haben, ihre Bereitschaft, die Arbeit der GAL im Untersuchungsausschuß „in jeder geeigneten Form zu unterstützen''. Unter der Bedingung allerdings, daß die dort arbeitenden GAL-Vertreterinnen mit der politischen Situationsbeschreibung des Komitees übereinstimmen.

Dazu gehört auch die Aussage, der Kampf um die Hafenstraße zeige, *daß die entscheidenden und nachhal-*
Kampf um die Hafenstraße zeige, *„daß die entscheidenden und nachhaltigsten Impulse politischer Auseinandersetzung immer wieder von außerparlamentarischen bzw. antiparlamentarischen Bewegungen ausgehen, die alle nur denkbaren Formen symbolischer und anderer Gegengewalt ausgebildet haben und ausbilden und denen gegenüber oppositionelle Parlamentarier unterstützende Aufgaben wahrnehmen müssen. Nicht zufällig sind dagegen wichtige Beiträge zur Unterstützung der ‚Hafenstraße' nicht von der GAL ausgegangen.''*

Diese dreiste Einmischung von außen ist mit der von der Minderheit betonten führenden Rolle der Partei gänzlich unvereinbar. Und das taktische Verhältnis zur Gewalt, das in der Erklärung deutlich wird, *„entspricht nicht den Grundlagen der grünen PARTEI, die sich selbst auf gewaltfreie Widerstandsformen festgelegt hat''* (Antrag von Th. Bock, A. Goehler u.a. an Landesvorstand und Fraktion).

Der Rückzug auf das grüne Parteiprogramm ist übrigens für die Hamburger Grünen ein Novum. In den bisherigen GAL-Programmen ist die Gewaltfrage ausgeklammert worden; im Selbstverständnis der inszwischen aufgelösten AL — 1982 Mehrheitsflügel des Wahlbündnisses — ist dagegen von einer „Pflicht zum Widerstand'' die Rede: *„Dabei bestimmen die Betroffenen die Formen ihres Widerstandes autonom und lassen sich diese nicht von den Institutionen dieses Staates vorschreiben. Die Instandbesetzungen oder die Brokdorf-Demo sind die besten Beispiele dafür''*.

Aber das ist sicher eine ganz unzulässige „nostalgische Bezugnahme auf den Gründungsgeist der GAL''. Davor warnt dringend der seinerzeitige AL-Aktivist und inzwischen auch vom „Spiegel'' wegen seiner substanzlosen Geschwätzigkeit hochgeschätzte Überraschungsautor Kurt Edler. Dessen „vorläufiger Strategievorschlag'' enthält auch die ganz besonders zeitgemäße Forderung an die GAL, es künftig mit „produktiver, weil kritischer Nähe zu den Bewegungen und zur politischen Gegenkultur anstelle mißmutiger Dienerschaft'' zu versuchen.

Jetzt aber los!

In der Frage der PUA-Besetzung haben sich die Verfechter der „Milieudistanz'' (K.E.), die „raus aus dem ‚Szene'-Ghetto'' und stattdessen „selbstbewußt in fremdes Terrain einbrechen'' (1) (derselbe) wollen, nicht durchsetzen können. Zwar geben sie ihren Protest gegen den „Abgeordneten-Durchmarsch'' zu Protokoll, erklären aber gleichzeitig, den „Putsch'' hinnehmen zu wollen: „Die Klügeren geben nach'' ..., „um die Arbeit im PUA im Interesse des ‚Hafens' zügig anzufangen''. (2)

Das wäre über den innerorganisatorischen Turbulenzen fast vergessen worden. Fünf oder sechs Fraktionssitzungen lang sei nur über die Ausschußbesetzung, aber „nicht einmal über die Zielrichtung der PUA-Arbeit diskutiert'' worden, vermerkt das Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 15.12.87.

Inzwischen hat sich eine Arbeitsgruppe konstituiert, in der das Komitee, Mitglieder des Initiativkreises Hafenstraße und die GAL-Abgeordneten im PUA, Christina Kukielka und Ulla Jelpke, mitarbeiten. Im Ausschuß wird es zum einen darauf ankommen, den von der CDU festgelegten Fragenkatalog mit Hilfe detaillierten Faktenwissens um gezielte Zusatzfragen zu erweitern. Fragen nach den Rechtsbrüchen von Senat, Wohnungsbaugesellschaft SAGA und Behörden zum Nachteil der Hafenstraßenbewohner; durch gezieltes Verfallenlassen der Häuser, Behinderung von in Selbsthilfe vorgenommenen Instandsetzungsarbeiten durch das Bezirksamt, die bei Polizeiaktionen in den Häusern angerichteten Zerstörungen, durch Abhören der Telefone und andere Polizeiübergriffe.

Einen ersten Erfolg kann die GAL bereits verbuchen. Die von der CDU beantragte Begehung der Häuser durch PUA-Mitglieder — gedacht vor allem als Provokation und Machtdemonstration — wurde auf Initiative der GAL und nach anfänglicher Passivität der SPD von einem Senatsgutachter für rechtswidrig erklärt.

Daß für die GAL bei diesem Untersuchungsausschuß „nicht so viel rausspringen wird'', wie Fraktionsgeschäftsführer Schalthoff meint, kann ja sein. Es geht aber auch um etwas mehr als nur darum, der GAL, etwa über „pfiffige Fragen der Abgeordneten'' (Erwin Ju.), ein paar neue Wähler zuzuführen. Für die Bewohner der Hafenstraße ist es nicht egal, ob ihre Häuser befreites Gebiet bleiben oder ob dort künftig regelmäßig und unter Polizeischutz „Begehungen'' stattfinden.

Über solche kurzfristigen Erfolge hinaus könnte die Arbeit der GAL im PUA auch dazu beitragen, den alltäglichen Kapitalismus und sein polizeistaatliches, nicht an Gesetze gebundenes Vorgehen gegen Widerstandsnester aller Art transparenter zu machen. Die neu eingerichtete Arbeitsgruppe will das zumindest versuchen. Sie *„folgt der Hypothese, daß sich im Konflikt um die ‚Hafenstraße' Machtverhältnisse auskristallisiert haben, die exemplarischen Charakter besitzen: Die Verschränkung von Sozialpolitik, Innenpolitik und Stadtplanung, die im wachsenden Maße der Regie von Polizei und Verfassungsschutz unterstellt wurden, zeigt am Beispiel ‚Hafenstraße', wie die Machtapparate auf das wachsende Elend in den Städten und neue Formen der Selbstorganisation reagieren werden. Die Arbeit im PUA soll dazu beitragen, solche Strukturen zu enthüllen.''*

Die GAL-Realos werden dieser an den altmodischen „Politikmustern der 70er Jahre'' (Jurtschitsch, Rieckmann, Spilker) orientierten Enthüllungsarbeit nichts abgewinnen können. Sie wollen den Kampf um die Hafenstraße für eigene Zwecke instrumentalisieren. Die GAL müsse *„wieder zu einem Focus einer entwickelten politischen Kultur, wie sie sich auch am Hafenstraßenkonflikt gezeigt hat, werden''* (3). Wer da noch am Vertrag „rummäkelt'' (Erwin Ju.) wie Initiativkreismitglied Udo Hergenröder oder das Komitee, stört nur den „reformpolitischen Aufbruch''. Die Interessen der Hafenstraßenbewohner kommen in solchen Jahrhundertplanungen nicht vor.

Js.

Anmerkungen

1) Der Autor meint damit „Gespräche mit Bundeswehreinheiten, Kontakte zu kapitalistischen Berufsverbänden, Diskussionen mit Mitgliedern anderer Parteien", die zwar längst existierten, „aber eben eher verschämt und nicht systematisch"; zitiert aus: „Zur Rolle der Grün-Alternativen in der BRD-Gesellschaft".

2) Mitunterzeichner sind neben den notorischen Stänkerern Jurtschitsch und Rieckmann und den Fraktionsmitgliedern Bock und Jürgens auch Fraktionsgeschäftsführer Herbert Schalthoff und Michael Stamm.

3) „Aufbruch 88: Für eine reformpolitische GAL"; von Erwin Jurtschitsch, Paul Rieckmann und Heinz Spilker.



Foto: H. Wojahn

DKP: Die Krise bleibt und bleibt

Seit längerem ist man daran gewöhnt, daß bei Vorstandstreffen und Parteitagen der DKP nicht mehr nur von immer neuen Glanzleistungen der einzigen Arbeiterpartei, von übererfüllten Mitgliederwerbungen und von der Einheit der Reihen die Rede ist. Die Parteikrise ist ständiger Gast, wo immer sich DKP-Gremien trefen.

Als die Krise um 1980 die Organisationen der Neuen Linken schüttelte, feixte die DKP noch: Das sei eben typisch kleinbürgerlich-maoistisch. Das könne einer echten Arbeiterpartei aber nicht passieren. Nun geht die Krise der DKP schon in ihr drittes Jahr, und ein Ende zeichnet sich nicht ab. Es ist der bekannte Kreislauf: Kleinen Phasen der Ermutigung und Zwischenstarts folgen immer tiefere Enttäuschungen und Depressionen. Die fünfmal mit dem Ruf „Land in Sicht!'' leichtfertig an Deck Gescheuchten winken beim sechsten Weckruf nur noch gelangweilt aus ihren Kojen ab.

Mit „neuen Herausforderungen und Chancen für die Entwicklung der DKP'' beschäftigte sich der Parteivorsitzende Herbert Mies auf einer Vorstandstagung Ende Januar. Eine gute und eine schlechte Nachricht hatte Mies mitgebracht. Beginnen wir mit der guten Nachricht: Die DKP steht vor „gewachsenen Erfolgsermöglichkeiten'' und ''neuen revolutionären Chancen''. Sie ist in den Kämpfen „gefordert wie nie zuvor'' und wichtiger denn je. Gorbatschows Politik macht den Sozialismus so attraktiv, wie er noch niemals war.

Und nun die schlechte Nachricht: Die DKP kann die „neuen Herausforderungen und Chancen'' nicht in politisch-organisatorischen Profit umsetzen. Im Gegenteil, es geht weiter abwärts. Es ist, verrät Herbert Mies, *„nicht leichter, sondern zum Teil schwieriger geworden, die Partei zu mobilisieren, größere Teile in die Aktion zu führen, mehr Mitglieder zu Aktivitäten zu motivieren. Der Aktivistenstamm ist nicht größer, sondern vielfach kleiner geworden.''* Es gibt *„Einbrüche in der Mitgliederentwicklung''*, Austritte und zusätzliche Integrationsschwierigkeiten nach den hochstaplerisch angelegten Kampagnen früherer Jahre zur Mitgliederwerbung. Es gibt einen *„Rückgang im eigenständigen Auftreten unserer Grundorganisationen und unserer Mitglieder.''* Die „Einheit und Geschlossenheit'' der DKP ist durch teilweise heftige interne Debatten erschüttert, was fallweise *„zu einer zeitweiligen Lähmung von Organisationen der Partei und einer ausschließlich nach innen gerichteten Orientierung''* geführt habe.

Diese Beschreibungen vom Niedergang der DKP, dem ein katastrophales Absinken ihrer sowieso immer nur mikroskopischen Wahlergebnisse vorausgegangen war, diese Hiobsbotschaften sind eigentlich nicht neu. Vielleicht daß die Tonlage, in der davon berichtet wird, inzwischen ein wenig schriller und verzweifelter geworden ist. Das Wort *„alarmierend''*, das jetzt in Herbert Mies' Rede auftauchte, war bisher wohl noch nicht für den Zustand der Partei verwendet worden.

Wo liegen die *„Ursachen für die gegenwärtige Lage der Partei''*? Das läßt sich leichter fragen als beantworten, was übrigens nicht nur der DKP so geht. Die Ursachen sind *„ebenso differenziert, widersprüchlich und komplex wie die Lage selbst''*, sagte Herbert Mies und bestätigte damit seinen internationalen Ruf als einer der scharfsinnigsten Analytiker der modernen Ar-

Fortsetzung nächste Seite

Neuer Fraktionsvorstand

Neuer Fraktionsvorstand

Blockfreier Block abgeblockt

Privat sprach eigentlich sowieso eine ganze Menge dagegen, denn Antje Vollmer & Co. haben „privat und familiär alle Hände voll zu tun'', wie sie in der Begründung ihrer Kandidatur zum Fraktionsvorstand der Bundestagsgrünen schrieben. Das Opfer, das sie dennoch selbstlos für die Sache zu bringen bereit waren, wurde ausgeschlagen. Nachdem sie sich darauf festgelegt hatten, nur kollektiv als Sechserpack oder überhaupt nicht für den Fraktionsvorstand zur Verfügung zu stehen, blieben sie alle draußen. Indem sie es geschafft haben, Fundis einerseits und Realos andererseits gegen sich aufzubringen, haben sie vielleicht immerhin einen ihrer Zwecke erreicht, nämlich zur Reintegration der Partei beizutragen.

Seit Ende November letzten Jahres hatte sich ein Block von angeblich „Blockfreien'' um Antje Vollmer in mehreren Positionspapieren mit dem Anspruch zu Wort gemeldet, die Grüne Partei aus der herrschenden „Streitsucht und Zerrissenheit'' herauszuführen. Als eines ihrer Ziele stellte sich dabei immer deutlicher die Übernahme von Fraktionsvorstand und Bundesvorstand heraus. Die Parteigremien sollten nicht mehr die reale Strömungsvielfalt der Partei widerspiegeln, da dies den „Flügelstreit'' nur fördere, sondern ausschließlich vom neuen Block der „Blockfreien'' besetzt werden. Ein Schritt hin zu monolithischen Parteistrukturen. Oder sollte der Ausschluß der zwei bisher meinungsführenden Strömungen aus den Parteigremien etwa als schöpferische Weiterentwicklung basisdemokratischer Ideale interpretiert werden?

Jedenfalls, diesmal waren sich Fundis und Realos einig: der „totale Machtanspruch'' der Antje Vollmer sei „völlig überzogen'', die ganze Idee sei „zutiefst undemokratisch''. Stattdessen sprachen sich die beiden Flügel für ein paritätisches Modell aus, bei dem Realos, Fundis und Mittelblock je zwei Vertreter/innen in den Fraktionsvorstand schicken sollten.

Vergeblich dementierten Vollmer & Co. in ihrer Kandidaturerklärung vom 25.Januar: 1.Sie verstünden sich gar nicht als Mitte, sondern als Spektrum quer durch alle Strömungen, von ökosozialistisch bis linksrealo. 2.Ihr Ziel sei es keineswegs, eine neue Mittelströmung in der Partei als dominante Kraft durchzusetzen. 3.Ihnen gehe es im Gegenteil gerade darum, „die eindeutige Dominanz einer politischen Strömung abzulösen''.

Am 26.Januar dann nach mehrstündiger Debatte das Meinungsbild der Fraktion: mit 23 gegen 16 Stimmen wurde das Modell von Vollmer & Co. verworfen. Gegenüber dem ersten Aufruf des Mittelblocks von Ende November, den 23 grüne MdBs unterschrieben hatten, waren also sieben Abgeordnete verloren gegangen. Darunter einige Linke, denen das Unternehmen bei näherem Hinsehen wohl doch nicht ganz geheuer gewesen war. Dennoch stellt der Mittelblock mit 16 Stimmen immer noch die stärkste Einzelgruppe in der Bundestagsfraktion, sodaß Antje Vollmer mit Grund doch noch ganz zufrieden bilanzieren konnte: dies Ergebnis sei ein „beträchtliches Startkapital'' für künftige Interventionen ihres Blocks.

Im neuen Fraktionsvorstand sind nun für die Linken Regula Schmidt-Bott aus Hamburg und Ellen Olms aus Westberlin, für die Realos Hubert Kleinert (der als Einziger auch schon dem vorigen Vorstand anehörte) und Charlotte Garbe. Die prominenten Sprecherinnen der Mittelgruppe, Antje Vollmer, Christa Nickels und Marie-Luise Beck-Oberdorf, hatten sich durch ihr Ultimatum, nur im Sechserpack oder gar nicht in den Vorstand zu gehen, selbst aus dem Rennen geworfen. Als diesem Block nahestehend kamen Helmut Lippelt und Christa Vennegerts in den Fraktionsvorstand.

„Antje hat einen großen Fehler gemacht'', ließ sich der verstimmte Oberrealo Otto Schily vernehmen. Das ist nicht zu leugnen, denn offensichtlich war ihr Vorgehen weder für Fundis noch für Realos akzeptabel, also von vornherein nicht mehrheitsfähig. Vermutlich hätte Schily es vorgezogen, sich mit Vollmer & Co. dahingehend zu arrangieren, daß man gemeinsam die Linken aus dem Vorstand herausgehalten und sich die Plätze einvernehmlich geteilt hätte.

Die neue Fraktionssprecherin Regula Schmidt-Bott hat in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau'' die Hoffnung bekundet, daß es im neuen Fraktionsvorstand zu einer besseren, konstruktiven Zusammenarbeit der Flügel kommen wird. Es sei die Absicht des neuen Vorstands, heftige öffentliche Streitereien wie in der Vergangenheit zukünftig zu vermeiden. „Wir werden uns darauf konzentrieren, was wir an gemeinsamen politischen Forderungen aufstellen und umsetzen wollen.'' — Gemeint ist damit nicht das Vermeiden von Auseinandersetzungen um kontroverse Themen wie das Verhältnis zum Staat und zur Gewalt. Sie wolle sich aber dafür einsetzen, „daß wir es nicht abstrakt diskutieren im Sinne von Glaubensbekenntnissen, sondern ganz konkret in den jeweiligen Situationen, wie wir uns in Widerstandsbewegungen verhalten.'' (FR, 30.1.)

Es scheint durch alle Strömungen der Grünen Partei hindurch einen breiten Grundkonsens zu geben, daß es mit dem öffentlichen Flügelstreit nicht so unbekümmert und oftmals gehässig weitergehen dürfe wie in der Vergangenheit. Das Schreckgespenst einer drohenden Machtübernahme durch die selbstlose Parteirettungstruppe um Antje Vollmer scheint zu diesem guten Vorsatz kräftig beigetragen zu haben. Aber, um es mit den treffenden Worten von Regula Schmidt-Bott zu sagen: *Wie lange das durchgehalten werden wird, werden wir sehen.''*

Fortsetzung von vorheriger Seite

beiterbewegung. Konkret nannte Mies an erster Stelle ,,*die mit der Umwälzung der Produktivkräfte verbundenen Veränderungen in der Arbeiterklasse*'', die ,,*Unklarheiten und Fragen zu Rolle und Profil der DKP in der heutigen Zeit*'' mit sich brächten.

An zweiter Stelle sprach Mies davon, daß sich die ,,*Herausbildung einer einheitlichen Position der DKP*'' zur sowjetischen Reformentwicklung schwierig gestalte. Es gebe da in der DKP eine ,,ganze Palette'' von falschen Standpunkten, unrealistischen Erwartungen und Fehlinterpretationen, gegen die der Kampf geführt werden müsse.

Als weitere Ursache der internen Probleme nannte Mies den ,,häufigen Wechsel'' in unteren und teilweise auch mittleren Leitungsgremien der Partei, was zum Verlorengehen von Erfahrungen und zum Verlust an Kontinuität der Arbeit führe. Wobei die Frage offenbleibt, worauf wiederum dieser häufige Wechsel unter den Parteifunktionären zurückzuführen ist.

Zu den Ursachen der Krise rechnete Mies auch die internen Debatten, die vom Parteivorstand offenbar vorwiegend als störend und lähmend wahrgenommen werden. ,,*Erstmalig in der Geschichte der DKP*'' seien innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten entstanden, ,,*die nicht leicht zu überwinden waren und sind*''. Statt ,,Einheit und Geschlossenheit'', was eigentlich der einzig mögliche Zustand einer revolutionären Arbeiterpartei sein sollte, macht sich eine nicht einzudämmende Verunsicherung breit, wie es mit der Partei denn nun weitergehen soll. Oder gar: Wozu es denn überhaupt mit der Partei noch weitergehen soll, wo es doch mit den Grünen eine ganz passable, parlamentarisch erfolgreiche Partei gibt, während für die DKP wahlmäßig weder auf Landesebene und erst recht nicht im Bundestag etwas zu holen ist.

Es soll sogar, klagte Mies, soweit gekommen sein, daß sich einzelne Teile der Partei nicht mehr vom Parteivorstand vorschreiben lassen, wie sie die Lage zu sehen haben, obwohl ihnen dazu doch Kompetenz und Überblick fehlen. Untere Parteiebenen haben sich sogar schon angemaßt, über Vorstandsbeschlüsse *abzustimmen*.

Womit nach Mies auch schon weitgehend die Frage beantwortet wäre, wie es aus der Krise wieder empor geht: ,,*Von einer in sich zerstrittenen, sich selbst in Frage stellenden, sich auseinander diskutierenden Partei kann niemals Ausstrahlung ausgehen.*'' Diskutieren, schön und gut, sagt Mies, aber die DKP muß in erster Linie eine ,,Partei der Aktion'' sein oder wieder werden. Man soll, sagt Mies, doch bitte wieder ,,Meinungsverschiedenheiten rascher klären'' und ,,mindestens in der Bewertung der Gesamtlage'' eine einheitliche Sichtweise wiederherstellen. Vor allem aber soll endlich wieder die gesamte Partei zu Aktionen mobilisiert werden, damit die reiche Ernte der ,,neuen Chancen'' nicht unnütz auf dem Halm verfault. Und, mag Mies sich denken, wer frühmorgens Flugblätter und abends Würstchen an streikende Arbeiter verteilt, hat weniger
dem Halm verfault. Und, mag Mies sich denken, wer frühmorgens Flugblätter und abends Würstchen an streikende Arbeiter verteilt, hat weniger
Zeit und Lust für parteifeindliches Rumgequatsche.

Skeptisch stimmt: der Parteivorstand hat den gleichen Gedankengang auch schon vor einem Jahr und vor einem halben Jahr geäußert, ohne daß sich die Lage der DKP gebessert zu haben scheint. Eines allerdings hat der Parteivorstand anscheinend geschafft: Nachdem man den aufmuckenden Hamburger Landesverband geprügelt und verwarnt hat, ist die interne Opposition verstummt. Nur erwächst daraus noch kein neuer Aufschwung.

Mit der Krise der DKP beschäftigen sich, auf höherem Niveau als der Parteivorsitzende Mies, auch mehrere Aufsätze in der Theoriezeitschrift der DKP, den ,,Marxistischen Blättern'' (2/88). Chefideologe Willi Gerns konstatiert dort folgende Ursachen der Krise: 1.,,*Die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution einhergehenden tiefen Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse und ihres Umfelds*'' führen auch zu einer neuen sozialen Zusammensetzung der Parteimitglieder. ,,Beträchtlich gewachsen'' sei der Anteil von Mitgliedern aus den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz. Das sei zwar einerseits positiv, andererseits aber problematisch. Denn während Arbeitern die nötige stramme Disziplin schon am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften beigebracht wird, neigen die Intelligenzler und Mittelschichtler durch ihre ,,*individuell geprägte Arbeits- und Lebensweise*'' zum Unverständnis und zur Mißachtung der ,,kommunistischen Organisationsprinzipien''. Ihnen darin Nachhilfeunterricht zu geben, müsse stärker zum Gegenstand der ,,ideologischen Überzeugungsarbeit'' werden.

2.In Verbindung mit dem eben Gesagten habe man es heute ,,*mit einem insgesamt wesentlich höheren Bildungsniveau der Parteimitglieder zu tun*''. Auch das sei selbstverständlich positiv, führe aber andererseits auch zu erhöhten Erwartungen an die innerparteiliche Demokratie.

3.Die Arbeit der DKP bewege sich heute in einer ,,*Legalität, wie es sie so noch nie gegeben hat*''. Einerseits sei das wieder sehr positiv, andererseits aber auch problematisch ,,*hinsichtlich der Verankerung der Organisationsprinzipien der Partei*''. Unter den Bedingungen der Illegalität oder Halblegalität sei es nämlich leichter, die Akzeptanz der Leitungsbeschlüsse und einen strammen Zentralismus durchzusetzen. Bei der gegebenen Legalität bedürfe dies jedoch ,,größerer Überzeugungsarbeit''.

4.Der DKP sei in den letzten Jahren ein bündnispolitischer Ausbruch aus der Isolation gelungen. Noch nie seit den Jahren unmittelbar nach dem Krieg sei beispielsweise die ,,Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten'' so weit entwickelt gewesen wie heute. In der Friedensbewegung sei die DKP ein gleichberechtigter, geachteter Partner, usw. Das könne als Fortschritt gar nicht hoch genug bewertet werden, habe aber seine problematischen Aspekte: Bündnisse seien ,,*ideologisch keine Einbahnstraße*'', sie lassen auch unerwünschte Fremdeinflüsse in die DKP zurückfliessen. Und Parteimitglieder, die sich an das mitunter ganz angenehme (und erfolgreiche!) Arbeiten in ,,basisdemokratischen Zusammenhängen'' gewöhnt haben, wollen diese Arbeitsweise auch in die Partei hineintragen. Auch hier sei mehr erzieherische Arbeit nötig, damit alle Mitglieder begreifen, daß die Partei eine ,,Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten'' ist, in der die ,,Gewährleistung zentralisierten, einheitlichen Handelns'' obenan stehen muß.

5.,,Außerordentlich positiv'' seien die Veränderungen in der Politik der SPD zu bewerten, ebenso wie die ,,Sammlung radikaldemokratischer Kräfte'' bei den Grünen. ,,*Auch mit diesen Entwicklungen sind allerdings Probleme verbunden. Vieles von dem, was früher allein von uns Kommunistinnen und Kommunisten vertreten wurde, gehört heute auch zur Politik der SPD und der Grünen. Bei manchen Genossinnen und Genossen tauchen damit Probleme ihrer Identität als Kommunisten auf. Sie fragen sich, wo denn der besondere Platz, die besondere Notwendigkeit des Kommunistseins heute ist.*'' — Kennwa Gerns, Kennwa!

6.,,Widersprüchliche Wirkungen'' verursache schließlich auch der ,,Umbruchprozeß'' in der UdSSR. Einerseits rufe diese Entwicklung in der Partei natürlich ,,Begeisterung und Sympathie'' hervor. Andererseits führe sie aber auch zu ,,kritischen Fragestellungen''. Fragen nicht nur an die Adresse der UdSSR, sondern auch an die eigene Parteiführung. Bei einem Teil der Mitglieder sei ,,*der Eindruck entstanden, daß die Führung der DKP in der Vergangenheit ein geschöntes Bild des*
ne Parteiführung. Bei einem Teil der Mitglieder sei ,,*der Eindruck entstanden, daß die Führung der DKP in der Vergangenheit ein geschöntes Bild des*
Sozialismus gezeichnet habe und der Partei nicht die Wahrheit gesagt habe. Damit ist hier und da das Vertrauen gegenüber den Parteiführungen geschwächt worden.'' Dieses Vertrauen gelte es wiederherzustellen.

Was diesen Punkt angeht, hat Willi Gerns leider versäumt oder nicht für nötig gehalten, festzustellen: Das Mißtrauen ist mit Grund entstanden. Die DKP hat es sich immer zur Herzenssache gemacht, jeder ,,Verleumdung'' der UdSSR entgegenzutreten, und dabei Tatsachen bestritten oder verfälscht, die im Zuge der neuen Offenheit heute in der UdSSR freimütig angesprochen werden. Da stehen die bedenkenlosen Apologeten von Gestern dann offen als Blamierte von Heute dar. Und: Ob UdSSR, DDR oder auch Rumänien — die DKP bleibt *immer noch* ihrem traditionellen Grundsatz treu, daß wahr nur das sein kann, was realsozialistische Regierungen offiziell verkünden, und daß eigene kritische Überlegungen und Recherchen unvereinbar mit den Geboten des proletarischen Internationalismus sind. ,,*Entsprechend unserer internationalistischen Verbundenheit mit der DDR und den anderen sozialistischen Ländern sind wir in dieser Situation zu entschiedener Parteilichkeit und Parteinahme herausgefordert*'', verordnet das Präsidium der DKP seinen Untertanen angesichts der aktuellen repressiven Maßnahmen der DDR-Regierung. (UZ, 4.2.) Solche mutwilligen Schädigungen heilt kein noch so stimmungsvolles UZ-Pressefest und kein noch so knackiges Bockwürstchen, das kämpfenden Arbeitern mit schönem Gruß von der DKP überreicht wird.

Kt., Hamburg

Kirche mit schlechter Musik

Der ,,Fall Krawczyk'' — Liedermacher und Niedermacher

Liedermacher Stephan Krawczyk hat das ,,stinkende Riff'', wie er die DDR in einem seiner Lieder nannte, verlassen und ist angekommen im Lande der Freiheit des anders Denkenden als Handelnden. Den albernen Versuch, ihn zu einem Agenten zu stempeln, haben die DDR-Behörden nach wenigen Tagen aufgegeben. Ein neuer ,,Fall Biermann''? Diesem Verdacht geben Krawczyks Texte und Lieder keine Nahrung. Seine nun auf West-LP zugänglichen Konzerte und die Hefte der Untergrundzeitschrift ,,Grenzfall'', die uns vorliegen, zeigen, daß es sich bei der Oppositionsgruppe um Krawczyk und die ,,Initiative ,Frieden und Menschenrechte''' nicht gerade um die Erben Rosa Luxemburgs und Bertold Brechts handelt. **Selten in der Geschichte des realen Sozialismus, die jüngere DDR-Geschichte eingeschlossen, ist eine Oppositionsgruppe mit einem derart ärmlichen politischen Inventar angetreten.**

Glänzte der frühe Wolf Biermann noch mit sozialistischer Bürokratiekritik und poetischer Polemik, brachte Bahro bei allem Hang zur Prophetie und Exzentrik noch wesentliche Elemente einer marxistischen Gesellschaftskritik in seinem Buch ,,Die Alternative'' zum Ausdruck, so bleiben die Texte der Krawczyk & Co. meist noch unter dem Niveau von einschlägigen ,,taz''-Kommentaren. Die DDR sei eine ,,*Minderheitsdiktatur*'', während die BRD von einer ,,*reichhaltigen und stark individuell geprägten Kulturlandschaft*'' gekennzeichnet sei, wohingegen in der DDR ,,*Kulturlosigkeit*'' herrsche (Freya Klier in einem ,,Offenen Brief'' an die Regisseurin Margarete von Trotta in ,,Grenzfall'' 10/87). Margarete von Trotta möge ,,*aufatmen*'', so Freya Klier in ihrem ,,Offenen Brief'', daß ,,*der biografische Zufall Sie in einem Land aufwachsen ließ, in dem Sie Ihre künstlerischen Talente und Ihr politisches Engagement überhaupt leben dürfen*''.

Bei solchen Anklängen an das intellektuelle und politische Niveau der ,,Bild''-Zeitung konnte es nicht verwundern, daß sich die ,,Grenzfall''-Leute am 12. Oktober vergangenen Jahres in Berlin/DDR mit drei CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten trafen, wobei auch der deutschlandpolitische Scharfmacher der Fraktion, Eduard Lintner, mit von der Partie war. Wie ,,Grenzfall''-Autor Gerd Poppe in einem Artikel seines Blättchens über das Treffen mitteilte, versuchten die DDR-Dissidenten die CDU-ler bei dem Gespräch von der ,,*Idee eines Zeitungsaustausches*'' zwischen beiden deutschen Staaten zu überzeugen. Diese hübsche Idee, mit der Walter Ulbricht Anfang der sechziger Jahre, zu Zeiten des KPD-Verbots,
schen beiden deutschen Staaten zu überzeugen. Diese hübsche Idee, mit der Walter Ulbricht Anfang der sechziger Jahre, zu Zeiten des KPD-Verbots,
den Westen in Verlegenheit brachte, war den Christdemokraten nicht unsympathisch. Jeder halbwegs schlaue CDU-Politiker weiß, daß es um die Menschenrechte in der DDR schlecht bestellt sein muß, solange die Brüder und Schwestern zwischen Rügen und dem Vogtland weder die ,,Hör Zu'' noch die ,,Praline'' abonnieren können. Bis es soweit kommt, muß freilich erst ,,*der von der DDR noch betriebenen Abgrenzungspolitik der Boden entzogen*'' werden (,,Grenzfall''-Vorabdruck 11/87). Dann ist schließlich auch eine ,,*Lösung der deutschen Frage*'' vorstellbar, als ,,*Bestandteil eines gesamteuropäischen Vertragssystems*'', dem sich dann auch eine ,,*Konföderation*'' beider deutscher Staaten anschließen könne (,,Grenzfall''-Vorabdruck 11/87). Der ,,Grenzfall'' träumte von einem Spiel ohne Grenzen mit gesamtdeutschem Schunkeln.

Was hier via ARD und ZDF unter dem Glasnost-Etikett nach Ost und West ausgestrahlt wurde, schmückt sich zu Unrecht mit den Namen Luxemburg oder Gorbatschow. Daher haben die Schriftsteller der DDR auch anders als seinerzeit bei Biermann darauf verzichtet, sich zu diesem Thema aus dem Fenster zu lehnen. Krawczyk und seine Freunde profitieren in der BRD von dem Vorurteil, er sei ein bedeutender, ja sogar einer der bedeutendsten Künstler in der DDR. Daß es in der DDR Liedermacher mit provokanter Poesie und kritischem kommunistischen Engagement gibt, wie Steffen Mensching und Hans-Eckhard Wenzel, bleibt den meisten Konsumenten der Westmedien hinter den Kraftmeiereien eines talentlosen Barden verborgen.

Die offiziellen Stellen in der DDR reagierten auf Krawczyk und die ,,Grenzfall''-Leute in altbewährter Weise mit wenig politischer Auseinandersetzung und viel repressivem Aufwand auf den Versuch, unter dem schützenden Dach der Kirche eine halblegale Opposition zu konstituieren. Daß jemand wie Stephan Krawczyk weder singen noch dichten kann, ist weder Grund, ihn in den Knast zu sperren, noch ihn zum Erben von Bertold Brecht zu stilisieren. Hier haben es sich eine Reihe demokratischer und linker Künstler in der BRD von Margarete von Trotta bis Henning Venske allzu leicht gemacht, indem sie Krawczyk in einem Brief an Honecker flugs eine ,,*Tradition im Sinne von Rosa Luxemburg*'' bescheinigten (,,taz'', 25.1.88).



Ob Purple Schulz und Peter Maffay dafür die kompetente Jury sind, darf überdies bezweifelt werden. Maßlos war die Stellungnahme der ehemaligen DDR-Bürger Sarah Kirsch, Wolf Biermann, Reiner Kunze, Erich Loest und anderer: ,,*Ja, es ist Krieg... Der kalte Krieg der Herrschenden in der DDR gegen andersdenkende Landeskinder eskaliert geradezu hysterisch*'' (,,taz'', 26.1.88). Uns ist nicht bekannt, daß auch nur einer der unter diesem Aufruf versammelten Unterschriftsteller und FAZ-Poeten gegen die Verhaftung von Ingrid Strobl und Ulla Penselin protestiert hat. Das hätte sich Marcel Reich-Ranicki denn auch verbeten.

Dümmlich und ein gefundenes Fressen für die Westmedien war ein Artikel des Präsidenten des PEN-Zentrums der DDR, Professor Heinz Kamnitzer, im ,,Neuen Deutschland'' zu den Zwischenfällen bei der Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemonstration im Januar. Kamnitzer warf den Dissidenten, die mit dem Transparentspruch von der ,,Freiheit des Andersdenkenden'' ihre Ausreise nach Westen beschleunigen wollten, vor, eine Totenfeier für ,,*Märtyrer*'' der KPD ,,*mutwillig entweiht*'' zu haben: ,,*Was da geschah, ist verwerflich wie eine Gotteslästerung. Keine Kirche könnte hinnehmen, wenn man eine Prozession zur Erinnerung an einen katholischen Kardinal oder protestantischen Bischof entwürdigt.*'' (,,Neues Deutschland'', 28.1.88). Daß Rosa Luxemburg sich über einen Vergleich ihrer Person mit reaktionären Pfaffen scharf empört hätte, kann angesichts ihrer Schriften als sicher gelten. Rosa Luxemburgs Gesammelte Werke einschließlich ihrer kritischen Bemerkungen über Lenin und Trotzki — inklusive jenes viel mißbrauchten Satzes, den jeder Antikommunist herunterbeten kann, der nie eine Zeile von ihr gelesen hat — sind in der DDR in den siebziger Jahren erschienen, ungekürzt, im Dietz-Verlag der SED.

Der Kamnitzer-Kommentar zeigt nicht nur, zu welch lächerlichen Verrenkungen eine opportunistische Kirchenpolitik in der DDR heute fähig ist. Er weist zudem auf den unerfreulichen Umstand hin, daß nach vier Jahrzehnten DDR aus manchen jungen Kommunisten alte Betbrüder geworden sind, die sich nicht scheuen, im Zentralorgan ihrer Partei Kirche mit schlechter Musik zu spielen. Solche Staatsvergötzung wird weder die Kirchenoberen der DDR beeindrucken noch die vom Imperialismus geforderte und geförderte Rechristianisierung der DDR in irgendeiner Weise behindern.

Die DDR reagiert wie jeder Staat letztlich repressiv auf seine Gegner, die ihn grundsätzlich in Frage stellen. Um die Aussicht, nach wenigen Tagen Haft in ein Land ihrer Wahl entlassen zu werden, dürften Oppositionelle in zahlreichen Ländern die ,,Grenzfall''-Akteure beneiden. Anders als in Ländern der freien Welt wie Chile oder der Türkei riskiert in der DDR heute niemand Kopf und Kragen, der sich mit der Obrigkeit anlegt. Folter für Regimegegner ist im NATO-Partnerland Türkei an der Tagesordnung, nicht in der DDR. Die Krawczyk & Co. werden hierzulande nach ein paar Interviews und einem TV-Konzert bald in Vergessenheit geraten. Nichts ist so uninteressant wie der Dissident von gestern.

Gerd Eggeling

Die Toten mahnen

Die Toten mahnen

Von Professor Dr. Heinz Kamnitzer

Der Trauermarsch für die ermordeten Nationalhelden unseres Staates wurde vorsätzlich gestört, die Totenfeier für die Märtyrer der Kommunistischen Partei sollte mutwillig entweiht werden. Man wollte sich nicht in Ehrfurcht einer Demonstration anschließen, sondern auf sich selbst aufmerksam machen.

Was da geschah, ist verwerflich wie eine Gotteslästerung. Keine Kirche könnte hinnehmen, wenn man eine Prozession zur Erinnerung an einen katholischen Kardinal oder protestantischen Bischof entwürdigt. Ebensowenig kann man uns zumuten, sich damit abzufinden, wenn jemand das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht absichtlich stört und schändet.

Wem ein weltlicher Vergleich näher liegt, der braucht sich nur vorzustellen, ein Zug zur letzten Ruhestätte von Olof Palme würde durch Proteste, welcher Art auch immer, besudelt werden. Übrigens in jedem zivilisierten Land treten in einem solchen Fall Gesetze in Kraft, die ahnden, wenn jemand das Andenken von Verstorbenen beleidigt.

Um so mehr empört deswegen, wenn der Generalsekretär der CDU in Berlin (West), Herr Landowsky, verlangt, die Verantwortlichen sollten sich selbstkritisch fragen, „ob die Festnahmen dazu beitragen, das Vermächtnis von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu erfüllen". Was er unter diesem Vermächtnis versteht, hat er sehr deutlich im Abgeordnetenhaus zu Schöneberg verkündet. „Ich meine, daß der Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ... ein objektiver, sicherlich nicht gewollter Beitrag war, die Weimarer Republik überhaupt zu ermöglichen."

Wer so heute noch den Meuchelmord rechtfertigt, billigt den Terrorismus in unserer Zeit, ob er will oder nicht.

Man sollte sich dabei lieber nicht auf Rosa Luxemburg selbst berufen, wonach Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist. In der Tat, dieser Satz findet sich in einem Manuskript, das sie während ihrer Haft Anfang 1918 niedergeschrieben hat. Falls man ihn zitiert, darf man nicht darüber sich ausschweigen, daß sie später abgelehnt hat, diese Notizen zu veröffentlichen, weil die deutsche Revolution vom November 1918 ihr beigebracht hat, was die russischen Bolschewiki schon vorher wußten.

Sie selbst hat unmittelbar vor ihrem Tode klar gemacht, was ihr Vermächtnis ist. „Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne."

„Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren, dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: Dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist."

Man mag mit ihr einverstanden sein oder nicht. Wer jedoch ihre letzten Erkenntnisse unterschlägt, ist entweder unredlich oder unwissend.

Neues Deutschland, 28.1.1988

„Grenzfall" — Eine Zeitung der DDR-Opposition

Dokumentation von Texten zwischen Juni und Dezember 1987

Wieder einmal hat sich die DDR einiger ihrer Opponenten durch Rückgriff auf die besonderen deutschen Verhältnisse entledigt. Ausbürgerung ist ja so einfach bei dieser sonst so schwer zu überwindenden Grenze. Wie freiwillig sie gekommen sind, soll hier nicht thematisiert werden. Wir stellen stattdessen im folgenden Auszüge aus einer der wichtigsten Oppositionszeitungen, dem „Grenzfall", vor, woraus hervorgeht, daß wir es bei dieser Gruppierung mit einer Strömung zu tun haben, die hier sicherlich gut bei den GRÜNEN aufgehoben wäre. Nicht am linken Rand, sondern eher bei den Realos. Daß die DDR-Führung mit dieser Kritik nicht leben wollte, macht deutlich, wie rigoros die DDR immer noch mit ihrer Opposition umgeht. Andererseits zeigen die Textauszüge aber auch, daß es zumindest zeitweilig möglich gewesen ist, eine recht harte Kritik zu verbreiten.
Die im folgenden dokumentierten Artikel kommen aus dem Zeitraum zwischen Juni und Dezember 1987. Teilweise sind die vorliegenden Verfielfältigungen so schwach, daß wir Wort erraten mußten (diese sind dann in Klammern gesetzt), an wenigen Stellen konnten wird die Schrift gar nicht mehr entziffern (dieses Stellen sind als ??? gesetzt).

Kommentiert

Die Jubelfeiern nehmen kein Ende. Vor einem Monat konnten die Untertanen des Dachdeckers eine so deutsche Begegnung beobachten, daß einem schlecht werden konnte und nun paradiert unsere Armee durch die „Hauptstadt" zum 38. Jahrestag der DDR.

Der Besuch war sicherlich herrlich für die Besucher. Es gab keinen Eklat, keine so richtig unangenehme Frage. Alles wurde einem aus dem Weg geräumt und vor jedem Gespräch lag für den Abschluß schon die Erfolgskrone bereit. Die Medien konnten spektakeln. Das ZDF konnte z.B. aus dem Palast der Republik hofberichterstatten, natürlich mit gewissem Niveau und kleinen kritischen Vokabeln. Man durfte (wie) auch schon im Vorfeld, jetzt nochmal so richtig die Erfolgsblümchen streuen. Und der gute Erich schaffte es ja auch: beherrscht eine Woche lang die Medien und bringt selbst den Altrocker Udo Lindenberg dazu, sich auf den Boden der scharwenzelnden Hofschranzen zu begeben. Überall bekommt er auch sein Fähnlein aufgezogen, die Stelle an der mancher Kommentator leise an Honeckers Rolle beim Mauerbau erinnerte, und von der Hochfinanz auf der Villa Hügel bis zum DKP-Chef Mies wollen ihm alle die Hand drücken.

Glücklicherweise hat man uns die Nachrichten, in denen die lächerlichen Änderungen des Zollgesetzes als Reiseerleichterungen verkauft wurden, nicht län-
Nachrichten, in denen die lächerlichen Änderungen des Zollgesetzes als Reiseerleichterungen verkauft wurden, nicht län-
ger als einen Nachmittag zugemutet. Trotzdem bleibt irgendwie ein schaler Geschmack zurück. Vielleicht war es die hochgehaltene Formulierung zur Grenzfrage im heimatlichen Rathaus, die zeigte, wie sich Herr Honecker „eine Grenze, die (verbindet)" vorstellt. Bei den Beschränkungen der Reisemöglichkeiten nach Polen scheint es natürlich eine gute Zielvorgabe, jedoch besitzt die DDR-polnische Grenze immerhin nicht ein solches System von Sperranlagen. Dafür hat man dort meistenteils leicht zu überwachende Flußläufe. Vielleicht war mit der Äußerung unseres Staatsratsvorsitzenden gemeint, daß man die ständig Milliarden verzehrende Grenze durch einen breiten Wassergraben ersetzen möge. Immerhin fände sich auch dies noch in der Logik des Schutzwalldenkens wieder.

Was hilft's; nun ist er wieder da und wird seinem vorbeidefilierenden Volksteil am 7. Oktober zuwinken, er wird die Worte Sozialismus und Frieden im Munde führen, trotzdem er doch drüben demonstriert hat, wer seine politischen Freunde sind. Der Volksmund macht daraus: „Auferstanden aus Krediten"! All das ist aber schon wieder so weit weg, daß man (zur) Tagesordnung übergehen sollte (und) da steht als anlaßbezogenes Ereignis gerade die Amnestie ins Haus, wahrscheinlich das einzige in dieser Palette, mit dem sich möglicherweise noch etwas Vernüftiges machen läßt.

Stephan Michalke

Grenzfall 10/87
Honecker-Besuch

Offener Brief an Margarethe v. Trotta

Berlin, Juni 1987

Liebe Margarethe von Trotta!

Ein Brief — vor einem halben Jahr schon fertig und in den Papierkorb gewandert — ist jetzt doch fällig. Denn das Unbehagen, das mich damals zum Schreiben bewog, hat zugenommen und überlagert nun Sympathien, die mich den ursprünglichen Brief nicht abschicken ließen.

Der Grund dafür sind jene gesellschaftlichen Abläufe, für die eine zunehmende staatliche Repression in der DDR nur der physische Ausdruck einer zwar weniger sichtbaren, dafür aber weit fundamentaleren Gewalt ist.

Sie sind vor ein paar Monaten korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste in der DDR geworden — der Akademie eines Landes, in dem (in den letzten Jahren wie nie zuvor) die eigene kritische Kultur regelrecht ausgemerzt wurde. Ihr Schritt steht deshalb für mich in einem erschütternden Widerspruch zu Ihrem Auftreten im eigenen Land und vor allem zu Ihrer engagierten filmischen Arbeit. Vielleicht sind Sie sich nicht im klaren (darüber) gewesen, was für einen Stellen(wert) die Kunstakademie innerhalb einer Minderheitsdiktatur hat …

So erfreut sich Ihr Land (trotz Innenminister Zimmermann) einer noch reichhaltigen und stark individuell geprägten Kulturlandschaft, das macht: Kunst und Kultur sind nicht automatisch der Regierungspartei unterstellt, haben einen erheblichen Freiraum. Das ist in der DDR nicht der Fall. … Es gibt keinen unabhängigen Verlag, keine freie Theatergruppe — das gesamte Film-, Funk- und Fernsehwesen, sämtliche Theater, Verbände, die Akademie und vor allem sämtliche Kunsthochschulen des Landes unterstehen der Einheitsschiene SED. Sie ausschließlich bestimmen über den Einsatz
Kunsthochschulen des Landes unterstehen der Einheitsschiene SED. Sie ausschließlich bestimmen über den Einsatz
sämtlicher für die Kultur zur Verfügung stehenden Gelder. Über das finanzielle Monopol hinaus besitzt (sie) natürlich auch das personelle. (Und wo) früher vielleicht antifaschistische Widerstandskämpfer, auch bürgerliche Humanisten ihren Funktionen einen gewissen persönlichen Glanz verliehen, da sitzen heute kalte und fehlerlose Funktionäre, zuvor lange und gründlich auf Eignung geprüft. Zuverlässig und weit im Vorfeld von Gewalt erledigen sie nun (oftmals in Personalunion, weil das die Reibung mindert) in ihren Schulen und Verbänden alles, was einigermaßen kritisch auch nur einen kleinen Finger reckt.

Schauen Sie sich den Film der DDR an. Ist Ihnen nicht aufgefallen, was diesbezüglich für eine Öde herrscht? Halten Sie es für einen Zufall, daß es an Begabungen und eigenwilligen Talenten in Ihrem Land geradezu wetterleuchtet, während der Film hier offenbar zum künstlerischen Erliegen zu kommen scheint? Vor kurzem erfuhr ich hinter der vorgehaltenen Hand (das ist die derzeit zweite, aber ????? Kommunikationsebene) (von einer) Angestellten im Außenhandel, ????? ????? habe im letzten Jahr ganze ?????filme ins Ausland verkaufen können und seit Januar noch keinen einzigen — das war Ende Mai …

Die Kulturlosigkeit liegt wie ein Alpdruck auf diesem Land — und in diesem Klima erscheint plötzlich Ihr Rosa-Luxemburg-Film. Es ist ein großartiger Film — mit endlich ????? Frau statt eines ideologischen Sprachrohrs (ich denke, Sie werden sich als Strafarbeit den Clara-Zetkin-Film auferlegt haben und wissen, wie hier Revolutionäre filmisch erledigt werden). Und auf einmal schütteln nun jene, die mit nicht nachlassender Rigorosität jeden künstlerischen Ansatz im eigenen Land, der nicht ins SED-Konzept paßt, im Keime ersticken (so sie ihn nicht für „Oben" zurechtbiegen und also verkleinern können), die aus dem Land gejagt haben, wer sich nicht mundtot machen ließ und die zuverlässig dafür sorgen, daß möglichst kein kritischer junger Mensch mehr eine Kunsthochschule in diesem Land betritt — auf einmal schütteln Ihnen jene Funktionäre überschwenglich dankend die Hand … ein ungewöhnlich großer Beifall tost auf und die Einheitspresse der Staatsfunktionäre veranstaltet wahre Jubelsaltos … — wie erklären Sie sich diese Begeisterung und vor allem den auftretenden Widerspruch?

Ich denke, der Beifall ist so ungewöhnlich ausgefallen aus zwei Gründen. Zuallererst konnten die Herren mit Ihnen ein prächtiges Stück „Klassenkampf" veranstalten. Denn Luxemburg ist nicht gleich Luxemburg. Das Berufsverbot des DDR-Liedermachers Stephan Krawczyk vor zwei Jahren wurde unter anderem mit jenem Text begründet, den er damals auf seinen Konzerten verlas: es war ein Zitat aus Rosa Luxemburgs Aufsatz zur russischen Revolution. Sie werden ihn kennen. Dieser Aufsatz ist von entscheidender Bedeutung für Menschen, die in einem sozialistischen Land leben, weil hier R.L. schon früh den Keim einer Parteicliquenherrschaft in der jungen Sowjetmacht und den damit verbundenen Abbau von Demokratie aufspürt und kritisiert.

Inzwischen hat sich dieser Keim über unserem Land zu einer alles plattwalzenden Frucht ausgeweitet, wir leiden unter ihr in einer Weise, die Sie sich in Ihrer freien Kulturwelt wahrscheinlich nicht vorstellen können. Aus diesem Grund werden die entsprechenden Zitate aus diesem Aufsatz immer wieder von leidenschaftlichem Beifall begleitet, aus diesem Grund wurde der Text in der DDR jahrzehntelang nicht gedruckt.

In Ihrem Film spielt dieser Aufsatz keine Rolle — und das ist verständlich, denn es sind nicht Ihre Aufsätze und nicht die wunden Punkte westlicher Länder. Aber der Applaus unserer Staatsfunktionäre hätte Sie zur Vorsicht mahnen müssen, denn er erhält hier eine besondere Bedeutung: Die Herren kommen in Ihrem Film nicht vor und danken Ihnen das auf profunde Weise.

Und mit der Aufnahme in ihre Akademie lösen sie gleich noch ein zweites Problem. Die Leere an guten hauseigenen Künstlern droht erschreckend sichtbar zu werden, deshalb haben sie sich noch etwas Perfides ausgedacht — sie füllen die klaffenden Lücken zunehmend mit westlichen (wenn's geht, natürlich links stehenden) Künstlern und Schriftstellern. Man darf gespannt sein, wer so noch nach Ihnen kommt…

Ich meine, eine politische Haltung ist geographisch nicht teilbar, wenn sie sich beim Überschreiten einer Grenze ins Gegenteil verkehrt, fehlt ihr die Glaubwürdigkeit. In einem Land, in dem der fundamentale Abbau jedes eigenständigen gesellschaftlichen Denkens durch eine bestimmte Macht betrieben wird, macht sich mitschuldig, wer sich in ihren Gremien ansiedelt.

Einige Momente in Ihrem Film haben mich merkwürdig berührt, sie betrafen zumeist die Festungshaft von Rosa Luxemburg und hatten mich schon beim Lesen der Briefe stark (beschäftigt) — das kleine Gärtchen, ihre Bibliothek, die Grünpflanzen …

Es mag Ihnen lächerlich erscheinen, aber es drängte sich mir krä??? Vergleich auf! Ich habe ein ???? in einer Haftanstalt zugebracht (als Kriminelle natürlich, denn politische Gefangene gibt es bei uns nicht). Und da herrschte dickes Milchglas, daß der Gefangene den Himmel nicht sehen kann oder einen Baum. Da gab es weder Grünpflanzen noch irgendetwas anderes Persönliches. Und keinen Bleistift, um ein paar Gedanken oder ein Gedicht vielleicht auf Klopapier zu kritzeln — es gab ein Blatt Papier im Monat, um einen Brief zu schreiben. Und wenn man den Monat über nicht so pariert hatte wie erwartet vom Kollektiv der Aufseher, dann wurde auch dieses eine Blatt gestrichen.

Nicht Papiermangel war der Grund für solche Sparsamkeit, sondern das entwürdigende Erziehungskonzept dieser Staatsmacht, das für den Gefangenen eigenes Denken, eigene Notizen nicht vorsieht. Und es wird wohl noch immer mit deutscher Gründlichkeit eingehalten. Vor ein paar Wochen gab ich der Mutter eines Freundes, der im Strafvollzug an einer starken Haftpsychose litt, den winziges ???chen mit Bildern des Malers M???. Die Mutter handelte sich Ablehnung und Schelte ein, da sie ja genau instruiert worden war, daß nichts Persönliches an den Gefangenen weitergeleitet wird…

Der Freund war inhaftiert, weil er das Land verlassen wollte.
— Das haben wir sechzig Jahre später — in einem Staat, der sich sozialistisch nennt.

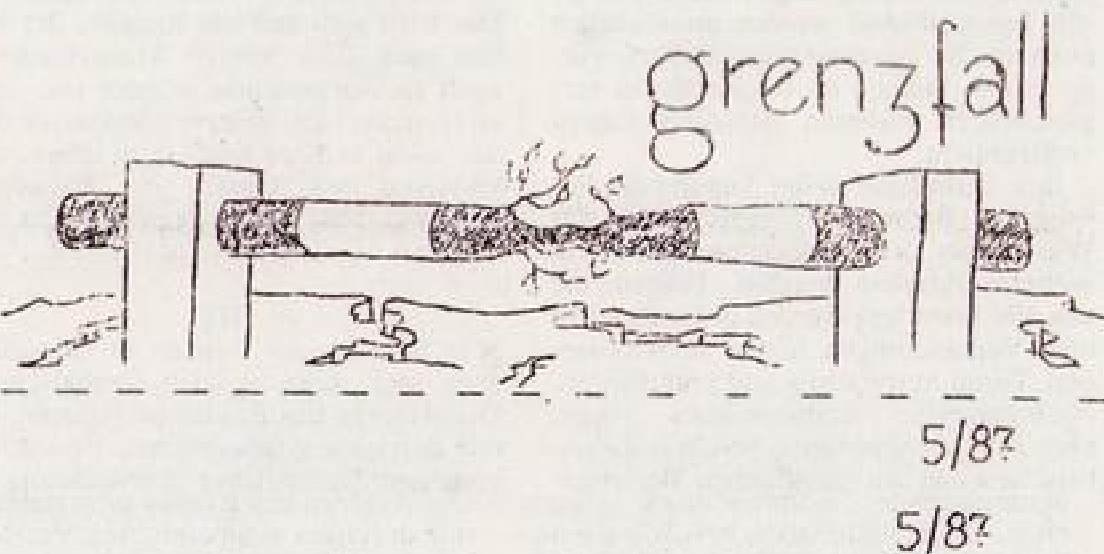
Es ist diese restlose Entmündigung die einschneidenste Realität in unserem Land. Und wenn ich in Ihrem Film sehe, wie liebevoll Sie Ihre Rosa Luxemburg gerade auf die kleinen überlebensnotwendigen Dinge im Knast pochen lassen, muß ich (lächelnd) feststellen, daß Sie wohl eher aus einer behüteten Welt kommen.

Sie sollten aufatmen, daß der (biologische) Zufall Sie in einem Land aufwachsen ließ, in dem Sie Ihre künstlerischen Talente und Ihr politisches Engagement überhaupt leben dürfen.

(Moderater) Gruß

Freya Klier
(Theaterregisseurin)

grenzfall 10/87
Freya Kliersch an Margarethe von Trotta



5/87



Friedensvertrag und kollektive Sicherheit in Europa

Alle sagen: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen. Dennoch sind die beiden deutschen Staaten nach wie vor Zentrum der Konfrontation zwischen Ost und West. Sie sind Aufmarschgebiete, Waffenarsenale und potentieller Kriegsschauplatz in Europa.

Gemeinsame Sicherheit — Schlagwort der meisten Politiker und Ziel der Friedensbewegung — ist, wie sich immer deutlicher herausstellt, die einzige Alternative zu diesem Dilemma. Aber die Sicherheitspolitik kann erst dem Sicherheitsbedürfnis des Gegners Rechnung tragen, wenn die beiden Militärgruppierungen, die sich zur Zeit des Kalten Krieges formierten, aufgelöst werden.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die Abschaffung der Atomwaffen entlang der Konfrontationslinie, wie es die SPD und die SED vorschlagen. Ein deutlicheres Auseinanderrücken der Militärgruppierungen wäre allerdings die gefechtswaffenfreie Zone, wie sie von Egon Bahr (Abrüstungsexperte der SPD) Anfang 1987 vorgeschlagen wurde.

Bei der Beschlußfassung der Palme-Kommission für einen atomwaffenfreien Korridor in Europa gab der sowjetische Militärexperte Arbatow allerdings ein Minderheitsvotum ab, in dem er darauf hinwies, daß in einem Krisenfall diese Maßnahmen schnell wieder rückgängig gemacht werden können. Deshalb brauchen wir völkerrechtlich abgesicherte Abrüstungsmaßnahmen, wie z.B. eine umfassende Ächtung von Massenvernichtungswaffen (Modell könnte der Vertrag von Tlatelolco vom 14.2.1967 sein), ein Verbot von offensiven Waffensystemen bzw. Militärstrategien (dafür Einführung von alternativen Verteidigungskonzepten), den Abzug fremder Truppen und die Auflösung ausländischer Militärstützpunkte. Allgemeines Ziel ist ist ein System kollektiver Sicherheit in Europa.

Der Einstieg dafür und eine Absicherung für territoriale Abrüstung ist die völkerrechtliche Klärung der deutschen Verhältnisse. Diese kann nur durch eine Friedensvertragsregelung (wie ės das Potsdamer Abkommen vorsieht) erreicht werden. Solch eine Friedensvertragsregelung mit beiden deutschen Staaten ist kein nationales Problem der Deutschen, sondern eine Voraussetzung zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges und für eine bedeutende innenpolitische Entspannung in den Ländern Mitteleuropas. Zum Beispiel würde durch die damit verbundene Neuregelung des DDR-Staatsbürgerschaftsgesetzes und des Grundgesetzes der Bundesrepublik der von der DDR immer noch betriebenen Abgrenzungspolitik der Boden entzogen.

Wichtige Punkte des Friedensvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten und den Mächten der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition sind u.a.:
— Die beiden deutschen Staaten erklären, daß sie keinerlei Gebietsansprüche erheben. Dadurch würden jegliche revanchistischen Wunschträume endgültig zerstört.
— Der Friedensvertrag erfolgt in Übereinstimmung und unter Aufnahme der Schlußakte und der Folgedokumente der
— Der Friedensvertrag erfolgt in Übereinstimmung und unter Aufnahme der Schlußakte und der Folgedokumente der
KSZE. Dadurch wäre der KSZE-Prozeß völkerrechtlich aufgewertet.
— Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten werden neu geregelt und im Sinne einer Konföderation entwickelt. Dadurch würden freier Meinungsaustausch, Reiseverkehr und ungehinderter Kontakt zwischen den Bürgern beider deutscher Staaten möglich.
— Die Territorien der beiden deutschen Staaten werden zu ABC-waffenfreien Zonen erklärt. Dadurch gäbe es eine völkerrechtlich gesicherte, von Massenvernichtungswaffen freie Zone.
— Abzug aller fremden Truppen aus den beiden deutschen Staaten. Dadurch würde es zu einer starken Truppenreduzierung an der Konfrontationslinie kommen.
— Die beiden deutschen Staaten treten aus den jeweiligen Militärbündnissen aus und verpflichten sich, keine militärischen Bündnisse einzugehen. Dadurch entstünde ein Korridor von neutralen Staaten in Europa bzw. dessen Beginn, und die beiden Militärgruppierungen würden räumlich auseinanderrücken.
— In den beiden deutschen Staaten wird die Wehrpflicht für immer abgeschafft und eine alternative Verteidigung eingeführt. Dadurch würde eine rein defensive Verteidigungspolitik erreicht.

Ein völkerrechtlicher Weg, der im Zentrum der Konfrontation die unheimlich großen Waffenvorräte abbaut und politische Entspannung bedeutet, ist im Interesse ganz Europas, weshalb es in Europa darüber hinaus Friedensforscher, Politiker und Engagierte gibt, die auf eine Friedensvertragsregelung für die beiden deutschen Staaten drängen.

Soll nicht das, was vor einigen Jahren als friedenspolitische Notwendigkeit erkannt wurde, im Zuge der jetzigen Entspannungsphase eine Chance haben?

Gleichzeitig mit der Friedensvertragskonferenz könnte sich eine Konferenz für ein System kollektiver Sicherheit in Europa konstituieren.

(Ohne Autorennennung)

Grenzfall 11/12
Friedensvertrag

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

„Grenzfall“ — Eine Zeitung der DDR-Opposition

Dokumentation von Texten zwischen Juni und Dezember 1987

Offener Brief an Gorbatschow

Berlin, d. 27.5.87

Verehrter
Michael Sergejewitsch Gorbatschow!

Wir begrüßen Sie herzlich in unserem Land und möchten Ihren Aufenthalt in der DDR nutzen, Ihnen einige Gedanken zu Ihrer Politik mitzuteilen. Die wichtigen Veränderungen in der UdSSR wurden von vielen Menschen in den sozialistischen Ländern mit Überraschung, Sympathie und Hoffnung aufgenommen.

Auch wir sind froh darüber, daß durch Sie im Abrüstungsbereich ein „Neues Denken“ und Handeln begonnen hat. So wurde der Gedanke der einseitigen Abrüstung durch das Moratorium über Atomteststopps zu einem wichtigen Impuls weiterer Verhandlungen. Ihre weitgehenden Angebote zur schnellen Reduzierung und baldigen Beseitigung aller Atomwaffen finden unsere Unterstützung.

Viele Ihrer Vorstellungen zur Umgestaltung der Gesellschaft in Ihrem Land berühren sich mit den Forderungen der unabhängigen Friedensbewegung und der demokratischen Opposition in der DDR. Die gesellschaftliche Umgestaltung in der UdSSR kann für die DDR und die anderen sozialistischen Länder nicht ohne Konsequenzen bleiben. Jede Skepsis und Ignoranz, die darin nur das Bemühen eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe an der Spitze der Partei sieht, geht an den politischen und ökonomischen Ursachen dieser tiefgreifenden Veränderung vorbei. Die Analyse der Ursachen für wirtschaftliche Stagnation, Bürokratisierung, unwissenschaftliche Planung, politische Verhärtung, Zensur, fehlende Öffentlichkeit, Machtmißbrauch und degenerative Erscheinungen im Kaderbereich zeigt die Reformbedürftigkeit von Staat und Gesellschaft. Eine selbstherrliche Behauptung, daß die Probleme der UdSSR nicht die unseres Landes seien, ist angesichts der angestauten Konflikte blanker Zynismus.

Uns geht es nicht darum, bürgerliche Verhältnisse nach westlichem Muster zu übernehmen, sondern ein Gesellschaftssystem zu befördern, das die Einheit von Demokratie und Sozialismus ermöglicht.

Reformansätze von Oben können nur

Demokratie und Sozialismus ermöglicht.

Reformansätze von Oben können nur dann erfolgreich sein, wenn sie von einer breiten Emanzipationsbewegung getragen werden. Wichtige Entscheidungen sollten nicht nur transparent sein, sondern sie müßten von Mehrheiten initiiert und getroffen werden. Das verlangt einen Übergang vom bürokratischen Zentralismus zur Selbstverwaltung in allen Bereichen. Im wirtschaftlichen Bereich muß die Selbstverwaltung über technokratische, nur auf ökonomische Effizienz gerichtete Reformschritte hinausgehen. Allein Stärkung des Managments, westliche Geldgeber und Einbau von Marktmechanismen werden die Situation der Menschen nicht entscheidend verbessern. Wirtschaftliche Entwicklung und der Einsatz moderner Technologien dürfen nicht ein Festhalten an überkommenen Wachstumskonzepten bedeuten. Auch Tschernobyl hat die Grenzen deutlich gemacht. Jedes weitere Beharren auf dem Einsatz und Ausbau der Kernenergie ist unverantwortlich.

„Neues Denken“ bedeutet vor allem, daß alle gesellschaftlichen Gruppen über ihre Wertvorstellungen und Lebensbedürfnisse in den Dialog treten. Irreversible Entscheidungen, die künftigen Generationen die Lebensgrundlage entziehen, müssen verhindert werden. Bereits heute verurteilt der Konsumfetischismus in den Industrieländern immer mehr Menschen in der „dritten Welt“ zu immer größerer Armut. Deshalb darf „Neues Denken“ nicht an den Landes- oder Blockgrenzen haltmachen. Der innergesellschaftlichen Kontrolle von Unten muß der offene Dialog über alle Abgrenzungen hinweg zur Seite gestellt werden.

Diesem Gedanken fühlen sich viele unabhängige Gruppen in Ost und West verpflichtet, wie die Bewegung „Freiheit und Frieden“ in der VR Polen, die „Charta 77“ in der CSSR und die Vertrauensgruppen in der UdSSR. Setzen Sie sich bitte dafür ein, daß die Arbeit dieser Gruppen und anderer unabhängiger Initiativen nicht weiter behindert wird. Stellvertretend für viele, die wegen ihres gesellschaftlichen Engagements verfolgt werden, nennen wir Sergej Swetuschkin, der seit März 1987 in der UdSSR inhaftiert ist.

Verehrter Michail Sergejewitsch, Ihre Politik der Umgestaltung findet bei unserer Bevölkerung deshalb so große Resonanz, weil die von Ihnen benannten Probleme uns nur allzu gut bekannt sind.

Die Reaktion des Machtapparats in der DDR ist hingegen eher von Mißtrauen und Ablehnung gekennzeichnet. Er unterstützt die gleichen Kräfte, die in der UdSSR die Erneuerung behindern und sabotieren. Dies findet z.B. seinen Ausdruck darin, daß verschiedene Personengruppen vom Besuch des Hauses der sowjetischen Wissenschaft und Kultur abgeraten wird. Vom staatlichen Filmvertrieb der DDR angekaufte bestimmte neue sowjetische Filme werden in der Öffentlichkeit nicht gezeigt mit der Begründung, sie besäßen keine künstlerische Qualität und die in ihnen dargestellten Probleme seien nicht die unseren. Jugendliche, die bei offiziellen Demonstrationen Transparente mit der Aufschrift „Glasnost“ und „Perestroika“ trugen, wurden zeitweilig festgenommen. Ohne staatliche Weisung angebrachte Plakate mit Ihrem Bildnis werden unverzüglich entfernt. Ihr gegenwärtiger Besuch wurde in den Medien im Gegensatz zu vergleichbaren früheren Anlässen nahezu verheimlicht.

Ihre Teilnahme an der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten macht ein weiteres Problem deutlich. Fragen, die uns alle betreffen, werden in Gesprächen

weiteres Problem deutlich. Fragen, die uns alle betreffen, werden in Gesprächen und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen besprochen und entschieden. Nichtssagende Kommuniques tragen eher zur Desinformation bei. Wie die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern gestaltet werden, wie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sich entwickeln sollen, kann nicht Aufgabe einiger weniger Funktionäre, Politiker und Militärs bleiben.

Wir begrüßen Ihren Vorschlag, in Moskau ein Menschenrechtsforum einzuberufen. Allerdings möchten wir diesen mit dem Hinweis erweitern, daß bei einer Diskussion einer so wichtigen Thematik die Teilnahme der unabhängigen Gruppen unbedingt erforderlich wäre.

Wir wünschen Ihnen für Ihre weitere schwierige politische Arbeit viel Erfolg und hoffen, mit Vertretern des gesellschaftlichen Lebens der UdSSR bald in einen Dialog eintreten zu können.

Für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ unterzeichnen:
Ibrahim M. Böhme, Werner Fischer, Monika Häger, Ulrike Poppe, Gerd Poppe, Wolfgang Templin

(Dieser Offene Brief wurde während des Besuchs offiziell in der sowjetischen Botschaft übergeben und in Empfang genommen)

Grenzfall 6/87
Brief an Gorbatschow

Petze, Petze ging zur Botschaft
Drei Anmerkungen zum Brief an Gorbatschow („Grenzfall“ 6/87)

I

Keinesfalls hat ein „Neues Denken“ im Abrüstungsbereich durch Gorbatschow begonnen. Selbst in der gewiß provinziellen DDR gibt es spätestens mit Beginn dieses Jahrzehnts z.B. in der eigenständigen Friedensbewegung „Neues Denken“ im Abrüstungsbereich. Und in der Sowjetunion ist das „Neue Denken“ im Abrüstungsbereich (in seinem Beginnen) nicht an die Person des (von I. Böhme, W. Fischer, M. Häger, U. Poppe, G. Poppe, W. Templin) verehrten Michael Sergejewitsch gebunden. Das „Neue Denken“ in der SU ist das alte Denken einer neuen Funktionärs-Generation ... die übrigens bald das Rentenalter erreicht.

II

Das haben wir unter Stalin/Ulbricht gut gelernt: Was in der SU geschieht, kann in der DDR ohne Konsequenz nicht bleiben. Aber derzeit ist nicht zu übersehen: Die DDR kann auf veralteten „Umgangsformen“ beharren und das über Jahre, während die SU sich gesellschaftlich umzugestalten beginnt, ist also doch nicht platt „Satellit Moskaus“. Wenn auch nicht auf diesem reaktionären, so habe ich doch zwanzig Jahre auf einen Beweis relativer Selbständigkeit der DDR gehofft. Im Brief an Gorbatschow wird der Machtapparat in der DDR denunziert, er vollziehe die sowjetische neue Entwicklung nicht nach. Insofern lese ich aus dem Brief die Bitte an den Adressaten heraus, sich doch kräftig ins hiesige Leben — „die inneren Angelegenheiten der DDR“ — einzumischen. Natürlich „positiv“. Das trifft sich nett mit Reagan, der sich frei nach Jalta betreffs Mauerniederriß auch an Gornatschow wendet und nicht an Honeker. Ich beharre romantisch darauf, nicht in einer Kolonie zu leben, statt klassisch, wie Goethe vor Napoleon, mich vor Michael Sergejewitsch zu verneigen.

III

III

Wer heute neues Denken in Gänsefüßchen sagt, sagt zugleich Gorbatschow. Die Autoren des Briefes projizieren ihre mir durchaus sympathischen Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung in den nun einmal stehenden Begriff „Neues Denken“. Damit aber tragen sie ihre Hoffnung, dem Motor eigenen Handelns, *von Unten fort* und außer Landes. Ist das leere Form, Spielhaltung? Wo nicht, darf ich schließen: Wenn „Gorbatschow“ die Autoren enttäuscht, und das wird „er“ tun, sofern „er“ nicht eine Reform/Revolution permanent über „sich“ hinausgehen lassen wird, was zu glauben mir utopisch scheint, wenn also Gorbatschow die Autoren enttäuscht, was geschehen wird, weil sein (nachlesbares) Programm nun wahrlich das nicht ist, was die Autoren in's „Neue Denken“ hineinlegen, werden sie, gleich allen, die je in Heilsbringer Hoffnung setzten, statt sich selbst zu traun, zu der Zeit, wo diese Enttäuschung über sie kommt, dastehen, wie von Eltern verlassenen Kinder — handlungsunfähig.

Juni 87

Knud Wollenberger
Gruppe Gegenstimmen

Grenzfall 8/87
Brief an Gorbatschow

INHALT

Gewaltfreiheit und ,,Militanzphantasien''
Turbulenzen in der GAL Hamburg 41